Ralf Reinders: Kulturrevolution und Häuserkampf Seite 6

C 21734 D



Arbeiterkampf

Jg.11 Nr. 194 2.2.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 3
Förderpreis DM 5,–

20 000 in Frankfurt fordern:



Hände weg von El Salvador!

Bereits kurz nach der Amts- 20.000 vielleicht sogar der Paulskirche betonte ein

Bereits kurz nach der Amtsübernahme des neuen US-Präsidenten Ronald Reagan wurde die finanzielle Unterstützung der Junta El Salvadors durch die USA erhöht. Eine noch stärkere Einmischung der USA in El Salvador ist für die nächste Zukunft zu erwarten. Auf der anderen Seite haben die Befreiungskräfte einen großen Erfolg errrungen: Sie sind als wesentliche politische und militärische Macht El Salvadors nicht mehr zu leugnen. Erfreulich, daß die internationale Solidarität gegen eine US-Intervention zunimmt.

20.000, vielleicht sogar mehr, folgten dem Aufruf der Lateinamerika-Komitees, und kamen am 31. Januar nach Frankfurt, um gegen die drohende US-Intervention in El Salvador zu demonstrieren. Ein riesiger Zug mit unzähligen Transparanten bewegte sich durch die Stadt; immer wieder wurden Parolen gegen die amerikanische Einmischung, für die Anerkennung der FDR/FMLN, aber auch ‚Waffen für El Salvador' und – in Anlehnung an die alte Vietnam-Solidarität – ‚USA-SA-SS' gerufen.

Auf der Kundgebung vor der Paulskirche betonte ein Vertreter der Komitees, wir müßten uns auf einen langandauernden Freiheitskampf des Volkes von El Salvador einrichten, und dürften in der Solidaritätsarbeit nicht nachlassen. Karsten Voigt, Sicherheitsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, hatte einige Mühe, sich Gehör zu verschaffen. Seine Partei, meinte er, lehnte eine militärische Intervention in El Salvador ebenso ab wie in Polen. Außerdem wolle die SPD Gespräche zwischen der Reagen-Administration

Fortsetzung Seite 2

„Aufstand der Mitte"
Grüne Partei am Ende?

Erwartungsgemäß haben sich nach dem enttäuschenden Ausgang der Bundestagswahlen die Flügelkämpfe in der Grünen Partei erheblich verschärft. Während sich die ganz Rechten um Gruhl und Springmann bereits abgesetzt haben und ihre eigene „Grüne Föderation" aufzubauen versuchen, betreiben Gruhls in der Partei verbliebenen Anhänger unter dem verlogenen Motto „Aufstand der Mitte" die Zerstörung der Partei von innen.

Buhmann ist dabei wie üblich die 1979 vom KB abgespaltene „Gruppe Z". Ein der „Gruppe Z" vom Bundeshauptausschuß (BHA) der Grünen Partei gestelltes Ultimatum – ihre Finanzen offenzulegen und ihre Organisationstermine für alle Mitglieder der Grünen Partei zu öffnen – ist am 18.1. abgelaufen. Jürgen Reents hat als Sprecher der Gruppe erklärt, daß man den Forderungen nicht nachkommen werde („Z" Nr. 8). Für die Rechten war dies das letzte Signal zum Amoklauf:

o Sofort am 18.1. beantragte der bayrische Landesvorstand, *„die Z-Fraktion so schnell wie möglich aus der Partei auszuschließen"*.
o Am 19.1. stellte Georg Otto (Niedersachsen), Regisseur des „Aufstands der Mitte" und Statthalter Gruhls, Antrag auf Einleitung eines Ausschlußverfahrens gegen *„die führenden Mitglieder der ‚Z'-Fraktion"*.
o Ebenfalls am 19.1. traten Gruhl und eine noch nicht genau zu übersehende Zahl von Mitgliedern der Landesverbände Niedersachsen und Hamburg aus der Grünen Partei aus.
o Schon seit Anfang Januar sammeln die Rechten Unterschriften unter einen „Aufruf an die Grüne Mitte", der eine *„klare Distanzierung von der Gruppe Z"* und deren *„Zurückdrängung"* fordert. Das inhaltsarme Pamphlet trägt zahlreiche Unterschriften prominenter Grüner. Es wird außer von den Rechten auch von der BUS-Fraktion unterstützt – den sogenannten „Undogmatischen Sozialisten" um Ziran (Hessen) und Wolschner (taz), die in Wahrheit längst keine Sozialisten mehr sind, sondern sich eher als „Jungkonservativ" verstehen.

Die nächste Schlacht dürfte am 21. Februar anstehen, wenn der Bundeshauptausschuß in Kassel tagt. Daß die Grüne Partei die geballte Zerstörungswut von Rechten und BUS-Leuten überleben kann, hoffen inzwischen nur noch Optimisten.

Fortsetzung Seite 15

Aufruf zur 2. Sozialistischen Konferenz

Vom 13. bis 15. Februar wird in Marburg die zweite Sozialistische Konferenz stattfinden. Sie dient dem Verständigungsprozeß zwischen den verschiedenen Richtungen der sozialistischen und kommunistischen Bewegung und der Herausbildung gemeinsamer politischer Initiativen.
Die Themen werden sein: 1. Politische und ökonomische Entwicklung der BRD; 2. Politik der Gewerkschaften und das Verhältnis der Linken zum DGB; 3. Frauenbewegung und sozialistische Bewegung; 4. Internationale Lage, Kriegsgefahr und die Friedenspolitik der Linken.
Die erste Sozialistische Konferenz zum Thema „Ökologie und Marxismus" stand ganz unter dem Zeichen der Positionsfindung der vom Marxismus ausgehenden Kräfte gegenüber den ökologischen Kräften. Das Ergebnis dieser Konferenz bestand denn auch wesentlich darin, daß die wichtigsten Strömungen und Organisationen der Linken beschlossen, einen gemeinsamen Diskussionsprozeß fortzusetzen.
Die zweite Konferenz steht vor der Anforderung, die Diskussion um die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Linken zu führen. Darüber hinaus soll der Versuch gemacht werden, auf der Konferenz über gemeinsame praktische Initiativen zu diskutieren. Hierfür bietet sich — aus unserer Sicht — insbesondere die Frage einer gemeinsamen Friedenspolitik an.
Getragen wurde die Vorbereitung von wesentlichen Gruppierungen der Linken: Der Redaktion der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes" (Prokla), SB, Sozialistische Studiengruppen (SoSt), KB, Teilen der ehemaligen „KPD", Arbeiterpolitik, GIM, „Gruppe Z" und unorganisierte Sozialisten. Angekündigt haben ihre Teilnahme auch schon Vertreter der Jusos und der DKP. Eingeladen sind darüber hinaus natürlich alle weiteren Gruppen und Einzelpersonen.

Alle Teilnehmer können sich gegen einen Unkostenbeitrag von 12 DM anmelden bei:
Sozialistische Konferenz c/o SOAK,
Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1.
Die Gebühr ist zu zahlen auf das Postscheckkonto
Han 40 1611-306; Sonderkonto Rundbrief
Über die gleiche Adresse sind die beiden Vorbereitungsbände zur Konferenz zu bestellen:
Materialienband 3 für 8 DM (grün)
Materialienband 4 für 9 DM (gelb)
Ebenso können hier Plakate und Prospekte bestellt werden, in denen das Programm der Konferenz ausgedruckt ist.

Brokdorf und der Polizei-Parteitag

Am Abend des 2. Februar hat der Hamburger Landesparteitag der SPD begonnen. Mehrere tausend Polizisten, BGS-Leute, MEKler sowie ein paar Dutzend Delegierte sind zusammengekommen. Die Delegierten wollen oder sollen dem Weiterbau in Brokdorf ihren Segen geben. Die Polizisten sollen unterdessen im Auftrag der SPD den flankierenden Dialog mit der kritischen Jugend führen. Entgegen der Spruchweisheit, daß Gewalt kein Argument sei, ist die Polizei mit Knüppeln, Tränengas, Chemical Mace, Wasserwerfern und bissigen Kötern zum Dialog angetreten. Wer nicht hören will, muß fühlen. Soll heißen: Wenn die Jugend die SPD schon nicht lieben will, dann soll sie wenigstens ihre Polizei fürchten.
Dabei hätte die Jugend doch wirklich Grund, die SPD zu lieben. Um nur ein überzeugendes Beispiel zu nennen: Der Kampf der SPD und der Bundesregierung gegen die Arbeitslosigkeit. Die SPD-Politik erhält und schafft Arbeitsplätze für:

+ Abrißunternehmer und ihre Beschäftigten;
+ Polizisten, Spitzel etc.;
+ Techniker und sonstiges Personal von Atomkraftwerken;
+ Bundeskanzler und Minister;
+ Alte Nazi-Richter;
+ Beschäftigte in der Kriegsproduktion;
+ Bankrotteure und Hochstapler wie Herrn Garski aus Westberlin;
+ Für Justizminister, die sich auf Regierender Bürgermeister umschulen lassen möchten.

Da die SPD aber auf die Überzeugungskraft dieser Leistungen offensichtlich selbst nicht vertraut, stehen die Uniformierten (ca. 4.000, wie es heißt) mit ihren schlagenden Argumentationshilfen bereit. Eine Demonstration, zu der Bunte Liste, Grüne, KB und andere aufgerufen haben, ist vorsorglich verboten worden. Die Verbotsbegründung ist ein kleines Meisterwerk sozialdemokratischer Reformjustiz: Die geplante Demo sei »gegen den Bau des Kernkraftwerkes *»gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf gerichtet«*. Nach den *»bisherigen Erfahrungen«* stehe fest, *»daß der Begriff 'Kernkraftwerk Brokdorf' eine Signalwirkung für Gegenaktionen unter besonders starker Beteiligung von Kernkraftgegnern hat. Insbesondere werden auch Kernkraftgegner, die zur offenen Gewalttätigkeit neigen, von dieser Signalwirkung des Begriffs erfaßt.«* Das reiche aus, um die Demo als *»unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit«* zu verbieten. Es folgt dann in der Begründung noch ein sehr schöner und bedenkenswerter Satz: **»Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch unfriedliche Demonstrationsteilnehmer wird in außerordentlicher Weise verstärkt durch den Beschluß des SPD-Landesvorstandes vom 10.1.81, mit dem bekanntermaßen eine weitere Beteiligung Hamburgs am Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf beschlossen wurde.«** Dieser Satz deutet ein feines Verständnis für den Zusammenhang von Ursache und Wirkung an. Bald wird es wohl soweit sein, daß allein schon der »Begriff« SPD eine entsprechende »Signalwirkung« haben wird. In dieser Partei linke Opposition sein zu wollen, ist wahrlich kein Vergnügen: Entweder, man paßt sich im kritischen Moment immer wieder an die offizielle Parteipolitik an und macht sich damit als Opportunist total unglaubwürdig — wie die Hamburger Jusos. Oder man hält die Sache konsequent durch und wird zur Zielscheibe einer Hexenjagd und Ausschlußkampagne — wie der Abgeordnete Hansen, der die Kriegspolitik der SPD nicht mehr mitmachen will.
Bleibt noch zu erwähnen, daß am Samstag, 31. Januar, im Auftrag des SPD-Senats eine Generalprobe auf den großen Dialog mit der kritischen Jugend stattfand: Kurz nach Beginn einer Hausbesetzung in der Neanderstraße (St. Pauli) rückten die uniformierten Dialogführer der SPD in riesiger Zahl zur gewaltsamen Räumung an. Einem Uniformierten reichte es nicht, wie andere nur chemical mace um sich zu spritzen. Er zückte die Pistole und schoß. In die Luft. Es war ja auch nur eine Probe.

Erpressfreiheit

Daß die sog. Pressefreiheit in der BRD von den großen Anzeigenkunden garantiert wird, wissen sogar Herr Augstein und Herr Springer. Deswegen ist es ihnen auch recht und selbstverständlich, daß die Presse nichts schreibt, was der Politik der Siemens-AEG & Co. KG gefährlich werden könnte. Wenn ein Schnapsproduzent, Branchenführer gar, der jährlich 30 Millionen DM in seine Werbung steckt („Ich trinke Jägermeister, weil ...") von einer satirischen Zeitschrift (Pardon) aus einem kleinen Verlag (Neuer Konkret Verlag) angepinkelt wird, sind die Grenzen der Pressefreiheit erreicht. Günter Mast aus Wolfenbüttel, Fabrikant des klebrigen Likörs namens Jägermeister, ließ bei Gericht den Streitwert auf 1 Million DM festsetzen; verliert PARDON diesen Prozeß in allen Instanzen, sind dann die Gerichtskosten so immens, daß die Zeitschrift möglicherweise ihren Laden zumachen kann. Womit die von unseren Industriellen garantierte Pressefreiheit mal wieder gerettet wäre ... Was hat PARDON verbrochen?



Es hat in Heft 1/81 eine Satire von

Es hat in Heft 1/81 eine Satire von Ernst Volland und dem Fotografen Wolfgang Krolow veröffentlicht, die in der Form fast identisch mit den Jägermeister-Annoncen ist. Ein 8jähriger Junge war da zu sehen, der sagte: „Ich trinke Jägermeister, weil mein Dealer zur Zeit im Knast sitzt!"

Likörfabrikant Mast klagt, weil er meint, diese Satire sei mit seinen Anzeigen verwechselbar. Und damit hat er Recht. Denn so jugendgefährdend, aber auch rassistisch und frauenfeindlich („menschenverachtend" sagte sogar die Richterin des Landgerichts), wie seine Anzeigenserie, die Alkohol als Problemlöser in allen Lebenslagen anpreist, ist, das kann eine Satire kaum unterbieten.

Am 20. Februar ist vor der Pressekammer das Urteil der ersten Instanz zu erwarten. (– Das ist dieselbe Kammer, deren Urteil im Verfahren BILD gegen WALLRAFF kürzlich in Karlsruhe korrigiert wurde! –).

PARDON-Chefredakteur Henning Venske, galligbitter wie ein abgestandener Fernet Branca: „Wenn wir das Ding gewinnen, kommt mein Bild von unserer Justiz völlig durcheinander." In der Tat ist es beste deutsche Gerichtstradition, schon seit Ludwig Thoma und dem Kaiserreich, die Satire auf justiziable Normen festzulegen. „Die Satire darf alles!" – sagte allerdings Tucholsky. Darf sie wirklich alles? Nochmal Venske: „Ob die Satire alles darf, weiß ich nicht. PARDON darf nicht alles. PARDON darf nicht profaschistisch sein, nicht militaristisch, nicht frauen- und kinderfeindlich, nicht rassistisch und nicht antikommunistisch."

Das ist es wohl, was den Jägermeister stört ...

Vietnam braucht unsere Hilfe!



Die schlimmste Hochwasserkatastrophe seit Jahrzehnten vernichtete 1978 einen Großteil der Ernten, Vieh, Häuser, Dämme und Kanäle. Millionen von Menschen mußten evakuiert werden.

Fast 6 Jahre sind vergangen, seit die US-Imperialisten Hals über Kopf aus Saigon flüchteten. Doch an einen friedlichen Wiederaufbau des großenteils zerstörten Landes ist bis heute nicht zu denken.

Nach wie vor haben die vietnamesischen Bauern mit den Hinterlassenschaften des jahrzehntelangen Krieges zu kämpfen. 2,5 Millionen Tonnen Bomben waren über Vietnam abgeworfen worden. Die 24 Millionen Bombenkrater würden — nebeneinandergelegt — eine Fläche von 140000 ha ausmachen („AIB", 5/80). Neben den hunderttausenden Bomben und Granaten, die bereits entfernt wurden, hat insbesondere die chemische Kriegsführung schwere langfristige Schäden hervorgerufen. Durch Entlaubungsmittel sind ganze Wälder für Jahrzehnte vernichtet worden. Wenn man allgemein sagen kann, wo die US-Armee zugeschlagen hat, da wächst kein Gras mehr, machen die Bauern um Ho-Chi-Minh-Stadt (ehemals Saigon) seit längerem die gegenteilige Erfahrung — allerdings mit gleich negativen Folgen. Hinter dem lateinischen Namen Pennisetum Polystrachyon verbirgt sich eine teuflische Pflanze. *„Zusammen mit anderen Arten von Unkraut hat es weite Flächen Südvietnams überwuchert, bildet ein undurchdringliches Gestrüpp an Orten, die früher bestes Reisland oder dichter tropischer Wald waren. Wohl sind es fünf Jahre, seit der Krieg zu Ende ist und schon zehn Jahre, seit Agent Orange und andere giftige Entlaubungsmittel in großen Mengen angewandt wurden, aber das ‚amerikanische Gras' bereitet noch immer große Schwierigkeiten für die Landwirtschaft. Ob abgebrannt oder ausgegraben, es wächst immer wieder nach, droht die Ernte zu ersticken. Niemand weiß, wie lange es dauern wird, bis dieses Unkraut vernichtet ist"* („Vietnam-Kurier" 5/80).

Neben den langfristigen ökologischen Schäden durch die amerikanische Kriegsführung gab es in den letzten Jahren zahlreiche Naturkatastrophen, die große Teile der Ernte vernichtet haben. 1977 war es eine langanhaltende Trockenheit. 1978 wurden durch eine Hochwasserkatastrophe 30-35% der Reisernte vernichtet, der Viehbestand beträchtlich reduziert, Dämme und Deiche zerstört und landwirtschaftliche Anlagen sowie Wohnhäuser beschädigt („AIB", 5/80).

Bei den Überfällen aus China und dem Kampuchea Pol Pots wurden insbesondere Schulen, Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen zerstört. 1980 wurden durch mehrere Taifune und Überschwemmungen 70 % der Reisernte vernichtet! *„Allein am 8. Oktober hatte ein Taifun 8,5 Millionen Menschen geschädigt, 114000 Häuser vernichtet und 1700 Schiffe zerstört"* („SZ", 13.1.81). Ende Juli und Anfang August waren 480000 ha neugepflanzter Reis durch den stärksten Taifun seit der Gründung des sozialistischen Vietnam vernichtet worden. Große Teile der Stromversorgung in den betroffenen Gebieten wurden beschädigt. Die vietnamesische Regierung rief alle *„befreundeten Länder und Internationale Organisationen"* auf, *„schnelle internationale Hilfe in Form von Nahrungsmitteln, Dünger, Schädlingsbekämpfungsmitteln etc."* zu leisten („Bangkok Post", 4.8.80).

Unter dem Vorwand, es stünden ja vietnamesische Soldaten in Kampuchea, wird die Hilfe für Vietnam allerdings von zahlreichen Regierungen immer wieder verweigert. Insbesondere die Bundesregierung weigert sich, ihre bereits zugesagte Hilfe für Vietnam zu zahlen.

Hilfe aus der BRD – nur privat

Nach den Naturkatastrophen des letzten Jahres hatten die katholischen Bischöfe Vietnams vor Weihnachten noch einmal einen dringenden Appell zur Hilfe für die Bevölkerung veröffentlicht — dieser erschien allerdings nur im „Osservatore Romano", dem Blatt des Vatikan, nicht dagegen in der BRD-Presse. Trotzdem nahm sich das „Komitee Not-Ärzte", das auch bereits das umstrittene „Schiff für Vietnam" betreibt, der Sache an und gründete mit breitester Unterstützung von Prominenten (von CDU bis SPD) die Aktion „Reis für Vietnam", die bereits die ersten 1000 Tonnen Reis nach Haiphong verschifft hat. So erfreulich die Gründung dieser Aktion und die Unterstützung durch diverse Politikerprominenz ist, darf darüber doch nicht vergessen werden, daß die Bundesregierung nach wie vor ihre zugesagte Hilfe verweigert. Außerdem sollte über die Erfolge der Aktion „Reis für Vietnam" nicht vergessen werden, daß andere Organisationen bereits seit Jahren Hilfe für Vietnam leisten, was aber in den BRD-Medien so gut wie nicht erwähnt wird.

Seit 15 Jahren unterstützt die „Hilfsaktion Vietnam" das vietnamesische Volk durch Millionenspenden. Zur Unterstellung, die vietnamesischen Soldaten in Kampuchea würden sich an der Hilfe bereichern, nimmt die Vorsitzende der Hilfsaktion, Sybille Weber, die mehrfach selbst in Vietnam und Kampuchea war, Stellung: *„Diese Behauptung ist nicht nur völlig aus der Luft gegriffen, sie ist auch eine zynische Verdrehung der Realität. Denn Fakt ist, die Vietnamesen helfen den Kampucheanern, wo sie können und manchmal sogar, wo sie eigentlich schon nicht mehr könnten. Es sind nicht nur der Saatreis und die Reissprößlinge, die sie trotz aller eigenen Schwierigkeiten nach Kampuchea abgaben, es waren und sind Versorgungsgüter aller Art, vor allem Medikamente, und die in einem Umfang, der die medizinische Versorgung ihrer eigenen Landsleute fast in Frage stellt"* („Vietnam-Kurier", 6/80). Wie schlimm die Lage in Vietnam tatsächlich ist, zeigen einige Zuteilungen, die jede Person pro Jahr (!) erhält: 3 Kilo Fleisch und 10 Eier, 4 Meter Stoff für Kleidung. Pro Monat gibt es nur 3 Kilo Reis und 12 Kilo andere Nahrungsmittel sowie 1 Kilo Fisch — wenn es welchen gibt.

Die „Hilfsaktion Vietnam" hat als Schwerpunkt ihrer Hilfe derzeit Reis und Medikamente gesetzt.

Eine andere Organisation, die seit Jahren in Vietnam Hilfe leistet, ist „Terre des Hommes". Derzeit betreut sie zwei Rehabilitationszentren in Ho-Chi-Minh-Stadt, eines für unterernährte Waisenkinder und eines für querschnittgelähmte Kinder. Nach dem Einmarsch chinesischer Truppen in sechs Nordprovinzen Vietnams, nach der Zerstörung der öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Krankkenhäusern, Bahnhöfen, Fabriken durch die chinesischen Truppen beschloß „Terre des Hommes" im Herbst 1979, in der Provinz Lang Son vier Behelfsschulen für 2000 Schüler einzurichten.

Mit der Unterstützung durch die Bundesregierung hat auch diese Organisation keine guten Erfahrungen gemacht. So berichtet Milo Roten, Beauftragter von „Terre des Hommes" für Vietnam: *„Wir haben 1973 in Dalat für querschnittgelähmte Kinder ein Zentrum gebaut. Damals zeigte die Bundesregierung Interesse, einen Teil des Zentrums zu finanzieren. Im Endeffekt ist nichts daraus geworden, nicht zuletzt wegen des Umschwungs in Vietnam. Aber man kann sagen, daß die Bundesregierung vor 1975 Gelder in Aussicht gestellt hat für das gleiche Projekt, für das wir jetzt Mittel beantragt, aber nicht erhalten haben"* („Vietnam-Kurier", 5/80).

Asien-Australien-Kommission

Weitere Informationen bei:

Terre des Hommes Deutschland
Postfach 4126
4500 Osnabrück

Hilfsaktion Vietnam e. V.
Bismarckstraße 33
4000 Düsseldorf

Spenden bitte über unser Verlagskonto



Unter den rund 700 000 Kriegsversehrten Vietnams befinden sich Tausende von Kindern. Die materiellen Mittel zu ihrer Rehabilitation sind sehr knapp.

Hände weg von El Salvador!

Fortsetzung von Seite 1

und der FDR/FMLN vermitteln. Große Zustimmung der Demonstranten fand dagegen ein Tübinger Theologie Professor, der Hunger und Unterdrückung in der 3. Welt mit dem Wettrüsten und den Waffenexporten in Zusammenhang brachte. Deshalb warb er für die Unterstützung des Antrags von SPD-Abgeordneten zur Kürzung des Wehretats.

Nach Beiträgen der chilenischen Exil-Linken in der BRD und der türkischen Demonstrationsteilnehmer sowie eines Sprechers der DGB-Jugend kam schließlich Ana Guadalupe Martinez zu Wort, Mitglied der politischDiplomatischen Kommission der FDR/FMLN. Immer wieder von Beifall und Parolen unterbrochen, sagte sie, sie sei gerührt über die demonstrierte Solidarität in einem Land, das momentan eine wichtige Rolle spiele. Die FDR/FMLN habe alle Möglichkeiten, um zu einer politischen Lösung zu kommen, ausgeschöpft. Es bleibe nur noch der bewaffnete Kampf, um dem blutigen Terror der Militärjunta ein Ende zu bereiten. Das Wichtigste sei jetzt, eine Intervention der USA zu verhindern, die Einstellung der Hilfe an die Junta zu erreichen, und die FDR/FMLN moralisch, politisch und finanziell zu unterstützen.

– Im Anschluß an die Demonstration gingen in der Frankfurter Innenstadt Scheiben, vornehmlich von Bankhäusern, zu Bruch, ohne daß es jedoch zu nennenswerten Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Die ‚BamS' (1.2.) texte dazu einigen Schwachsinn zusammen in dem Sinne, daß der „rote Terror" einer „schwarzen Gruppe" kurz vor der Machtübernahme in Deutschland stehe.

Anscheinend läßt sich die Justiz ihr Weltbild jedoch von ‚Welt' und ‚Bild' diktieren. Vier willkürlich in der Innenstadt „Festgenommene" waren bei Redaktionsschluß immer noch nicht auf freiem Fuß, und es sieht so aus, als wolle man an ihnen Rache nehmen.

Weitere Informationen auf Seite 42: „Freiheit für El Salvador!"

Irland:

Forderung der Gefangenen nachgegeben

Solidaritätsdemonstration in Frankfurt am 20.12.80 mit den irischen Hungerstreikenen

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen in Nordirland wurde am 18.12.80 nach 53 Tagen (!) beendet. Einer der Genossen, Sean Mc. Kenna, lag bereits im Sterben.

Die britische Regierung hat zu allen fünf Forderungen der Gefangenen Zugeständnisse gemacht. Die Anerkennung des politschen Status ist aber nach wie vor nicht erreicht.

Die britische Regierung hat zu allen fünf Forderungen der Gefangenen Zugeständnisse gemacht. Die Anerkennung des politischen Status ist aber nach wie vor nicht erreicht.

Durch den Hungerstreik wurden die unmenschlichen Bedingungen in den britischen Konzentrationslagern und Gefängnissen in Nordirland ins Licht der Öffentlichkeit gebracht. Die große internationale Solidarität und die Demonstrationen und Proteste in ganz Irland haben sicherlich zur Verbesserung der Bedingungen und zur Vereinheitlichung des irischen Befreiungskampfes beigetragen.

Der folgende Bericht der WISK (Westdeutsches Irland Solidaritäts Komitee) schildert die Ereignisse der letzten Wochen des Hungerstreiks und gibt eine erste Einschätzung der Ergebnisse.

Am 18. Dezember 1980 beendeten zuletzt 40 Gefangene aus der IRA und Irish National Liberation Army ihren Hungerstreik, mit dem sie ihre Anerkennung als politsche Gefangene durchsetzen wollten. Sieben Gefangene hatten mit dem Hungerstreik am 27. Oktober 1980 begonnen, ihnen hatten sich am 1.12. drei gefangene Frauen im Knast Armagh angeschlossen, sowie weitere 30 Gefangene in den H-Blocks um 15.16.12..

Seit Beginn des Hungerstreikes bis zum 18. Dezember haben allein in Irland mehr als 300 (!) Demonstrationen zur Unterstützung der Gefangenen und ihrer Forderungen stattgefunden, Solidaritätsstreiks, alltägliche Pickets, Fackelzüge, Go-ins, Veranstaltungen. Zehntausende hatten jeweils in Belfast und Dublin ihre Unterstützung auf die Straße getragen. Das Nationale H-Block/Armagh Komitee hatte zuletzt fast 200 örtliche Aktionsgruppen.

International waren die Stimmen der Solidarität zahlreich, kamen aus der Solidarität zahlreich, kamen aus einem illustren Spektrum, nicht zuletzt deshalb, weil die Kampagne wesentlich darauf abgestellt war, Unterstützung bis weit ins bürgerliche Lager hinein zu finden: Vom Bischof von Namibia, britischen Labour-Abgeordneten, amerikanischen Hafenarbeitern, der baskischen ETA, italienischen Sozialisten, der KPF, Brandts Intimus Felipe Gonzales, noramerikanischen Indianern, Parlamentariern in Belgien, Dänemark, Holland und anderswo, Gewerkschaftlern, Prälaten, Künstlern, der UN, von Gaullisten und und kam die Unterstützung, wenn auch auf primär humanitärer Basis. Die Liste der Unterzeichner der fünf Forderungen – keine Gefängniskleidung, keine Arbeit im Gefängnis, Vereinigungsfreiheit mit anderen politischen Gefangenen, das Recht, Schulung, handwerkliche Betätigung selbst zu regeln, einen Brief, einen Besuch, ein Paket mit Nahrungsmitteln pro Woche, Wiedereinführung des Strafnachlasses – ist endlos.

In der BRD gab es neben verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen in 20 Städten die nationale Demonstration in Frankfurt, zwei Tage nach Ende des Hungerstreikes mit der Forderung „Briten raus aus Irland" und „Up the Provos, up the INLA" – gut zudem, daß über Irland die Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand hier auf der Demo nicht ausgespart blieben, die Solidaritätsparolen auch ihnen galten.

Ereignisse der letzten Wochen

1.12. (36.Tag): Drei gefangene Frauen in Armagh schließen sich dem Hungerstreik an:

„Wir Frauen in Armagh tragen zwar unsere eigenen Kleider, aber wir weigern uns, Knastarbeit zu verrichten oder mit der Gefängnisleitung zu kooperieren, die unter dem Befehl der britischen Regierung steht, in dem Versuch zu kriminalisieren, woran wir glauben und wofür wir kämpfen – die Freiheit Irlands. Die Sache der Freiheit Irlands ist keine kriminelle, sondern eine politische und um dieses zu unterstreichen, treten wir in den Hungerstreik.

Unsere Forderungen sind:

- *das Recht, keine Gefängnisarbeit zu verrichten*
- *das Recht auf freie Schulungs- und Freizeitmöglichkeiten*
- *das Recht auf einen Besuch, ein Paket und einen Brief pro Woche*
- *das Recht des gemeinsamen Umschlusses mit anderen politischen Gefangenen*
- *Wiederherstellung aller Rechte, die wir aufgrund unseres Protestes verloren haben.*

Des weiteren unterstützen wir voll die Forderung unserer Genossen in den H-Blocks, keine Gefängnisuniform zu tragen.

Mairead Farrell, Mairead Nugent, Mary Doyle, „A"-Flügel, Knast Armagh".

Der Abgeordnete der nordirischen Official Unionist Party, Rev. Robert Bradford, drängt die britische Regierung, die Gefangenen in den H-Blocks als Kriegsgefangene anzuerkennen und in Zukunft Verurteilte als Spione und Saboteure standrechtlich zu erschießen. „Wir müssen das Krebsgeschwür aus unserer Gesellschaft entfernen. Der beste Weg dahin ist die Exekution der Terroristen."

4.12. (39.Tag): Der britische Nordirlandminister Atkins gibt die Richtlinie für die spätere Lösung aus:

„Wir sind der selben Meinung wie die Europäische Menschenrechtskommission, daß der politische Status für die Hungerstreikenden in Armagh und den H-Blocks nicht in Frage kommt, daß wir aber dennoch bereit sein sollten, die humanitären Aspekte der Bedingungen in den Gefängnissen, die sich aus dem Protest ergeben, behandeln sollten."

41. Tag: 2500 Polizisten und ein 500köpfiges Kontingent der südirischen Armee werden in Dublin auf- schen Armee werden in Dublin auf- geboten, als dort 60 000 zur britischen Botschaft in Ballsbridge demonstrieren.

Nur einmal hatte Dublin eine derart große Demo gegen die Praktiken britischer Okkupation des Nordens erlebt: 1972, kurz nach dem von britischen Paratroopern verübten Massaker, dem am sog. „Bloody Sunday" 14 Bürgerrechtsdemonstranten zum Opfer fielen. Damals brannten 100 000 in Dublin die britische Botschaft nieder.

9.12.(44.Tag): Allison, Verantwortlicher der Nordirlandverwaltung für die Knäste, fordert die Gefangenen auf, von *„den sehr liberalen Möglichkeiten, Kleidung, Umschluß und Arbeit betreffend, Gebrauch zu machen, ihr Leben im Gefängnis zu gestalten und so am Leben zu bleiben."* Erstmals sprechen die irischen Medien von einem Durchbruch, hatte Allison doch erkennen lassen, den Gefangenen das Tragen eigener Kleidung gestatten zu wollen.

45.Tag: In ganz Irland kommt es zu Arbeitsniederlegungen und Streiks zur Unterstützung des Hungerstreiks, zehntausende demonstrieren in acht Städten Nordirlands.

Ein hoher Beamter der Nordirlandadministration erläutert den Gefangenen im Knasthospital die Position der britischen Regierung und beantwortet Fragen, vor allem des Sprechers der Hungerstreikenden, Brendan Hughes.

Die Gefangenen erklären, sie hätten nicht die Absicht, den Hungerstreik abzubrechen, der Offizielle der Briten, der jedem Gefangenen eine Kopie des Atkins-Statements vom 4.12. zurückließ, hätte sich strikt geweigert, von Brendan Hughes unterbreitete Vorschläge zu diskutieren und zu akzeptieren.

12.12. (47.Tag): In Derry kommt es zu Straßenschlachten, Mollies fliegen, Jugendliche sind drei Tage nicht von ihrem militanten Solidaritätsausdruck abzubringen.

Der Gesundheitszustand von Sean Mckenna, Tommy McKearny und John Nixon hat sich drastisch verschlechtert.

50.Tag: 30 weitere Gefangene schliessen sich dem Hungerstreik an und erklären: *„Die Entscheidung, die Zahl der Hungerstreikenden zu erhöhen, ist gefallen wegen der ernsten Situation unserer sieben Genossen, die sich nunmehr 50 Tage im Hungerstreik befinden. Die Entscheidung ist keineswegs leicht gefallen, aber angesichts der Tatsache, daß die britische Regierung in keiner Weise etwas unternommen hat, um zu einer ehrlichen und realistischen Lösung dieses Problems zu kommen, glauben wir, daß uns keine andere Möglichkeit mehr bleibt. Während sie den Anschein, gar die Illusion schaffen, etwas in Bewegung zu setzen und durchsichtige Erklärungen der Besorgnis über die Gesundheit unserer Genossen verbreiten, sind Maggie Thatcher und Humphrey Atkins kaltblütig geblieben in ihrer Entschlossenheit, uns zu brechen."*

17.12. (52.Tag): Die britische Premierministerin Thatcher erklärt:

„Ich glaube, daß nunmehr eine nahezu universale Übereinstimmung in Irland und anderswo existiert, daß Gewalttäter kein Recht auf politischen Status haben können. Politischen Status aber wollen die Hungerstreikenden. Den kann und will die Regierung nicht gewähren."

Mutter und Schwester von Sean McKenna erklären nach einem Besuch, daß Sean nur noch kurze Zeit zu leben habe und während des Besuches an keiner Stelle dem Gespräch habe folgen können. Das H-Block-Information-Centre in Belfast weist darauf hin, daß Tommy McKearny und Raymond McCartney nun – nach McKenna – ebenfalls Sehstörungen haben und John Nixon kaum mehr etwas hört.

53.Tag: Im Europaparlament wird von Fianna Fail-Abgeordneten ein von Fianna Fail-Abgeordneten ein Antrag auf eine Dringlichkeitsdebatte eingebracht, um *„Haftbedingungen gemäß der Menschenrechte zu schaffen"*. KPI -, KPF-, Fine Gael- und Irish Labour - Abgeornete, französische Gaullisten, sowie eine Reihe unabhängiger Abgeordneter unterstützten den Antrag, der jedoch mit 81 gegen 204 Stimmen abgelehnt wird.

Die Situation von Sean McKenna hat den kritischen Punkt erreicht. Die Ärzte lassen verlautbaren, daß Sean die nächsten 24 Stunden nicht überleben werde. Geistliche gewähren Sean die letzte Ölung.

Gegen Abend wird den sieben Gefangenen ein 34seitiges Dokument („Ordnung für nordirische Gefängnisse – mit besonderer Berücksichtigung von Maze und Armagh") vorgelegt. Das Dokument ist angeblich die ausgearbeitete Version und Grundlage des Atkins-Statements vom 4.12. .

Während Sean McKenna per Helikopter in das Royal Victoria Hospital nach Belfast geflogen wird, diskutieren die übrigen sechs Gefangenen die ihnen vorliegenden Texte. Gegen 19 Uhr verlangt Brendan Hughes den Knastleiter Hilditch zu sprechen, um ihm zu eröffnen, daß der Hungerstreik beendet werde, sobald sicher sei, daß McKenna überhaupt lebend im Royal Victoria Hospital ankomme. Um 19.46 Uhr wird der Hungerstreik abgebrochen.

Am nächsten Tag wurde das folgende Statement von Bobby Sands, der als Sprecher aller Gefangenen ebenfalls die Dokumente erhalten hatte, bekannt: *„Wir, die republikanischen protestierenden Gefangenen „on the blanket" in den H-Blocks 3, 4, 5 und 6 gratulieren unseren Genoss(in)nen in Armagh, im Knastkrankenhaus, Long Kesh, im Musgrave Park Militärhospital und in den oben genannten H-Blocks, daß sie in ihrem Hungerstreik einen Sieg errungen haben.*

Republikanische Gefangene werden keine irgendwie geartete Knastuniform tragen und keinerlei Knastarbeit verrichten. Der Zeitpunkt, an dem der „blanket protest" aufhört, wird ausschließlich von der Aufrichtigkeit und der Art und Weise der Erfüllung der Zusagen durch die britische Regierung abhängen.

Was uns angeht, so wissen wir, daß die Massen, die für uns auf die Straße gingen, unsere wirkliche Garantie sind.

Wir danken unseren Genoss(inn)en aus der republikanischen Bewegung und versprechen ihnen unsere fortgesetzte Unterstützung im Kampf für eine sozialistische Republik.

Wir danken dem National H-Block/Armagh Committee und allen, die sich an der Kampagne zu unserer Unterstützung beteiligt haben. Diesen sagen wir in der ganzen Welt und in unserem eigenen Lande 'go raibh mile maith agaibh agus nollaig. Shona daoibh.' Vielen Dank und Frohe Weihnachten."

Der Inhalt der „Gefängnisordnung"

Kleidung:

In dem Dokument heißt es, die Drillich-Knastuniform sei eine Sache der Vergangenheit, wenn der Blanket-Protest beendet würde. Die Drillichanzüge sollen durch „zivile" ersetzt werden, die zwischen 7.30 und 17 Uhr zu tragen seien.

Eigene Kleidung darf währen des Umschlusses (17.30 bis 20.30), an Wochenenden und während Besuchen getragen werden.

Da die Gefangenen zukünftig sowohl die „zivilen" Knastkleider als auch ihre eigenen hätten, würde es die Knastadministration nicht genau nehmen, wenn Gefangene auch während der Arbeit ihre eigene Kleidung trügen („Guardian", 6.1.).

Arbeit:

Der Begriff Arbeit soll nicht eng ausgelegt werden. Das Reinigen der Zellen, Schulungskurse (etwa Sprach- und Handwerkskurse) gelten als Arbeit. Die Zeiten würden flexibel gehandhabt: bis 20 Stunden für Schu- handhabt: bis 20 Stunden für Schu- lungen pro Woche, je nach Gegenstand; zusätzliche Selbststudiumskurse lägen ebenfalls in den Möglichkeiten.

Vereinigungsfreiheit:

Soll in den jeweiligen Blocks täglich von 17.30 bis 20.30 Uhr möglich sein, an Wochenenden und Feiertagen ganztägig.

Briefe, Pakete, Besuche:

„Jeder Gefangene hat das Recht auf acht Briefe, vier Pakete und vier Besuche im Monat." Zusätzliche Pakete zu Weihnachten, zum Geburtstag und am irischen Haloween.

Strafnachlaß:

Die frühere Praxis, Strafen nach der Hälfte der Zeit als abgesessen zu betrachten, sofern der Gefangene sich „gut benimmt", soll wiederhergestellt werden. Da die Gefangenen in ihrem Blanket-Protest (jeder Tag im Protest ging von dem Strafnachlaß ab, mußte abgesessen werden) unterschiedlich lange sind, soll sofort mit der individuellen Überprüfung jedes Falles begonnen werden.

Der Kampf muß fortgesetzt werden

Die Briten haben also – entgegen ihrer Propaganda, hart geblieben zu sein, der republikanischen Bewegung eine Niederlage beigebracht zu haben – weitgehende Zugeständnisse gemacht.

So war denn auch das Wort „Victory" nach Ende des Hungerstreikes in aller Munde. Primär jedoch Erleichterung überall in den katholischen Ghettos und wie immer in den letzten zehn Jahren ein friedliches Weihnachtsfest.

Noch immer ist das Zustandekommen des schließlichen Endes des 53-tägigen Hungerstreikes jedoch nicht vollständig zu rekonstruieren. So sind wir denn auch heute noch im Unklaren, ob es vielleicht nur ein kalkuliertes pragmatisches Einlassen der Provos auf die Zugeständnisse war – verständlich vor dem Hintergrund, daß Sean mcKenna bereits im Koma lag.

Die Verhandlungen der Nordirlandadministration haben – folgt man Andeutungen in der irischen Presse – nicht nur mit den Sprechern der Gefangenen stattgefunden, sondern genauso mit der Führung der republikanischen Bewegung, was Thatchers natürlich nicht zugeben können, da man es ja mit Paten, Mafiosi, Terroristen und einer gigantischen kriminellen Konspiration im übrigen zu tun hat, die öffentlich keine Verhandlungspartner sein können. Schon bei den ersten Initiativen des Kardinals O'Fiaich war durchgesickert, daß dieser sich mit Repräsentantan der Provos traf.

Dies will die republikanische Bewegung für sich nicht öffentlich verwerten, da offenbar gewisse zusätzliche Garantien bei Abbruch des Hungerstreikes in aller Geheimhaltung zugesichert worden sind.

In Kenntnis der Praktiken und der Doppelzüngigkeit des britischen Feindes hatten sowohl die Gefangenen als auch die republikanische Bewegung gewarnt, jetzt ja nicht sich dem Glauben hinzugeben, alles sei ausgestanden. Nein, vielmehr gelte es, wachsam zu sein und genauestens zu verfolgen, ob und in welcher Form die Briten ihre Züsagen umzusetzen gedenken.

Und bis heute ist der „Blanket-Protest" nicht beendet, da die Briten jetzt wohl wieder viel Zeit zu haben glauben, weswegen die IRA in den jüngsten Tagen mit einer Reihe von Anschlägen im britischen Mutterland selber wieder etwas drängt.

Die Angehörigen der Gefangenen wollten natürlich kurz vor Weihnachten und danach den Gefangenen eigene Kleidung bringen und wurden an den Toren des Kesh zurückgewiesen. Ebenso verweigerte die Knastadministration einem jungen Gefangenen den Besuch bei seinem Bruder, der an Leukämie erkrankt im Sterben liegt.

Bernadette McAliskey sagte auf

Bernadette McAliskey sagte auf einer Pressekonferenz des National H-Block/Armagh Committees, das den Provos – von der Humanität zur Politik zurückgekehrt –auf ihrer eigenen Pressekonferenz nach Ende des Hungerstreikes keine Silbe wert war, daß eben diese starre Haltung der Briten das Klima der Kooperation sehr schnell wieder zerstört habe.

Bereits am 1.Januar hatte das Derry H-Block Action Committee angekündigt, ein neuer Hungerstreik werde beginnen, sollte nicht binnen 14 Tagen mit der Erfüllung und Realisierung der Zusagen begonnen werden. Bei einem erneuten Hungerstreik würde die einzige Forderung die nach „politischem Status" sein, „Verhandlungen" fänden nicht mehr statt.

Der Kampf um den politischen Status geht also – so oder so – in seinem inhaltlichen Sinne weiter. Zusagen sind eine Sache, deren Realisierung eine andere. Und den britischen Verantwortlichen sollten die jüngsten Attacken der IRA Warnung genug sein.

In ihrer Weihnachtsbotschaft hatten die Provos proklamiert: *„Der britische Imperialismus, die wahrhaftige Obszönität und Ursache allen Leidens innerhalb und außerhalb der Knäste besteht weiter. Der Widerstand gegen diesen Imperialismus, die Ursache der politischen wie sozialen Übel, wird im Jahre '81 nicht nachlassen!"*

UP THE IRA ! UP THE INLA!

Anti-H-Block/Armagh-Komitee im Westdeutschen Irland-Solidaritätskomitee
Postfach 35, 637 Oberursel 5,
15.1.1981

Wir planen für das späte Frühjahr eine weitere Rundreise mit Genoss(inn)en aus England's Vietnam.

Das Urteil im Pekinger Prozeß

9 mal Tod im Knast

Am 25.1. wurde im Prozeß gegen 10 Angeklagte der Kulturrevolution das Urteil gesprochen: Zwei Todesurteile (deren Vollstreckung auf zwei Jahre „zur Bewährung ausgesetzt" ist), einmal lebenslang, sowie Haftstrafen zwischen 16 und 20 Jahren. Angesichts des Alters der Angeklagten bedeutet das, daß nur einer von den 10 eine theoretische Chance hat, den Knast lebend wieder zu verlassen.

Die Urteilsverkündung hatte bemerkenswert lange auf sich warten lassen: Bereits am 1.12.80 war das Verfahren gegen den ersten Angeklagten (Jiang Tengjiao) mit den Schlußplädoyers abgeschlossen worden; die Schlußplädoyers gegen die weiteren Angeklagten waren bis zum 23.12. gehalten; und der komplizierteste Teil des Prozesses, das Schlußplädoyer gegen Jiang Qing, endete am 29.12. Von da bis zur Urteilsverkündung verging noch fast ein voller Monat. Diese Verzögerung wird von westlichen Kommentatoren meist damit erklärt, daß Jiang Qing, die frühere Ehefrau Mao Tse-tungs, durch ihr kämpferisches Auftreten vor Gericht das Konzept des Gerichts und der Machthaber durcheinander gebracht habe. Ohne das Auftreten Jiang Qings schmälern zu wollen, kann diese Deutung allein aber nicht überzeugen: Schon v o r Prozeßbeginn war in westdeutschen Zeitungen zu lesen, daß Jiang Qing *„jede persönliche Verantwortung leugnen und sich ausschließlich als Vollstreckerin von Anweisungen des Parteivorsitzenden Mao bezeichnen"* werde („Frankf. Rundschau", 12.11.80). Noch früher hatten andere Zeitungen schon gemeldet, daß Jiang Qing in den 'Voruntersuchungen' gesagt habe: *„Ich werde sterben, ohne zu bereuen"* („Welt", 20.9.80). Eine Überraschung war ihr Auftreten vor Gericht also nicht. Die Probleme dürften demnach nicht so sehr durch einen unvorhergesehenen Prozeßablauf entstanden sein, sondern durch eine Zuspitzung der Meinungsverschiedenheiten in der Partei- und Staatsspitze. Der Ausgang dieses Kampfes ist auch nach dem Ende des Prozesses noch nicht klarer.

Die Urteile

Jiang Qing

Während der Kulturrevolution Erste
Stellvertretende Leiterin der Gruppe

Während der Kulturrevolution Erste Stellvertretende Leiterin der Gruppe für Kulturrevolution beim ZK der KP Chinas. Von 1969 bis 1976 Mitglied des Politbüros.

Verurteilt zum Tode. Die Vollstreckung wurde auf zwei Jahre „zur Bewährung ausgesetzt".

Jiang Qing hatte sich als einzige der 10 Angeklagten in allen Punkten des Prozesses umfassend verteidigt. Dabei hatte sie nicht nur politisch argumentiert, daß sie lediglich Beschlüsse des ZK und Anweisungen Mao Tse-tungs ausgeführt habe, sondern hatte vielfach den Behauptungen der Anklageschrift auch in der Sache widersprochen. Sie hielt dem Gericht vor, sie habe keinen Zugang zu ihren Akten und Unterlagen gehabt, so daß ihr jede Beweisführung unmöglich gemacht worden sei; ebenso sei ihr die Vorlage wichtiger Briefe Mao Tse-tungs verweigert worden. Auch die Anrufung von ihr benannter Zeugen sei abgelehnt worden: Hua Guo-feng, Jeh Tschien-jing (ehemaliger Verteidigungsminister, ebenso wie Hua in letzter Zeit aus dem öffentlichen Leben verdrängt) und Wang Dunghsing (führend aktiv beim Rechtsputsch von 1976, vor einigen Monaten aus dem Politbüro ausgestoßen). **Der Hinweis auf diese Zeugen zeigt, daß Jiang Qing sehr klug auf die Widersprüche in der Parteispitze setzte und durchaus nicht die auf ihre Hinrichtung versessene Möchtegern-Märtyrerin ist, als die sie z.T. in der bundesdeutschen Presse dargestellt wird.**

Zhang Chunqiao

Mitglied des Politbüros von 1969 bis 1976, seit 1973 auch Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros (höchstes Parteigremium). Von 1967 bis 1976 Vorsitzender des Revolutionskomitees (=Bürgermeister) von Schanghai.

Ebenso wie Jiang Qing zum Tode verurteilt, obwohl dies im Plädoyer des Staatsanwalts nicht ausdrücklich gefordert worden war. Die Vollstrekkung wurde gleichfalls auf zwei Jahre ausgesetzt.

Zhang Chunqiao hatte sich geweigert, die Anklageschrift entgegenzunehmen, und hatte während des gesamten Prozesses konsequent geschwiegen – was dem Gericht aber sichtlich weniger Probleme bereitete als die kämpferische Rundum-Verteidigung von Jiang Qing.

Yao Wenyüan

Von 1969 bis 1976 Mitglied des Politbüros.

Verurteilt zu 20 Jahren Haft.

Yao Wenyüan war in der ersten Prozeßphase als Kronzeuge der Anklage gegen Jiang Qing und Zhang Chunqiao aufgetreten. Später hatte er aber doch den Anklagen gegen seine Person in vielen Einzelheiten widersprochen. Er habe, so erklärte er in seinem Schlußplädoyer, zwar „Fehler" gemacht, aber keinesfalls habe er, wie behauptet, den „Sturz der Diktatur des Proletariats" angestrebt. Auch müßten seine „Taten" als Ausdruck bestimmter historischer Bedingungen gesehen werden.

Das vergleichsweise „milde" Urteil trägt vor allem der Tatsache Rechnung, daß Yao Wenyüans eigenständige politische Bedeutung im Zusammenhang der Kulturrevolution vom Gericht gering eingeschätzt wurde.

Wang Hongwen
Von 1973 bis 1976 Mitglied des

Wang Hongwen

Von 1973 bis 1976 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und einer der Stellvertretenden Parteivorsitzenden; er galt damals als „Kronprinz" Mao Tse-tungs.

Verurteilt zu lebenslanger Haft.

Wang Hongwen kann als d e r große Verlierer des Pekinger Prozesses gelten: Wang hatte sich ohne jeden Ansatz einer Verteidigung 100%ig schuldig bekannt (*„Alle Anklagen in der Anklageschrift und das Beweismaterial entsprechen den Tatsachen und sind richtig"*), hatte sich als Kronzeuge vor allem gegen Jiang Qing total zur Verfügung gestellt und hatte im Schlußplädoyer um eine „Chance" gebettelt, *„meine Verbrechen zu sühnen und mich umzuerziehen"*.

Daran gemessen ist das Urteil außerordentlich hart. Immerhin ist ja zu bedenken, daß Wang Honwen erst 1973 in die Parteiführung gelangte, also mit den behaupteten Untaten der Kulturrevolution nicht in Zusammenhang zu bringen ist.

Sein Verrat hat sich für Wang Hongwen ganz offenbar nicht gelohnt. Anscheinend gab seine frühere extrem hohe Parteiposition den Ausschlag für die Härte des Urteils.

Chen Boda

Mitglied des Politbüros von 1956 bis 1970, von 1969 bis 1970 auch Mitglied des Ständigen Ausschusses.

Verurteilt zu 18 Jahren Haft.

Der 76jährige, anscheinend schwerkranke Chen Boda, hatte sich in sehr unterwürfiger Weise vollständig schuldig bekannt und um ein mildes Urteil gebeten. Gemessen an den Vorwürfen der Anklage gegen ihn kann das Urteil in der Tat als „milde" bezeichnet werden – was aber in Anbetracht sei-

teil in der Tat als „milde" bezeichnet
werden – was aber in Anbetracht sei-

nes Alters und Gesundheitszustandes wenig bedeutet.

Huang Yongsheng

Mitglied des Politbüros von 1969 bis 1971, zugleich Generalstabschef der Armee.

Verurteilt zu 18 Jahren Haft.

Huang Yongsheng hatte wesentliche Punkte der Anklageschrift gegen seine Person als unwahr zurückgewiesen. Insbesondere erklärte er, mit den angeblichen Putsch- und Mordplänen Lin Biaos gegen Mao Tse-tung 1971 nichts zu tun gehabt zu haben. Daß er sich während des Prozesses „starrsinnig" zeigte und *„in vielen wichtigen Fragen die Tatsachen leugnete"*, wurde vom Gericht ausdrücklich als strafverschärfend gewertet.

Wu Faxian

Mitglied des Politbüros von 1969 bis 1971, zugleich Kommandant der Luftwaffe.

Verurteilt zu 17 Jahren Haft.

Wu zeigte im Prozeß totale „Reue" und bekannte, *„wirklich Unheil angerichtet"* zu haben. Sein Urteil gilt ausdrücklich als *„leichtere Strafe"*.

Li Zuopeng

Mitglied des Politbüros von 1969 bis 1971, zugleich Erster Politkommissar der Marine.

Verurteilt zu 17 Jahren Haft.

Li erklärte in seinem Schlußplädoyer, die Vorwürfe gegen ihn seien zwar *„nicht völlig richtig"*, aber würden *„in der Grundlage"* doch den Tatsachen entsprechen, weshalb er *„im wesentlichen damit einverstanden"* sei. Auch s e i n e Strafe gilt als „milde".

Qiu Huizuo

Mitglied des Politbüros von 1969 bis 1971, zugleich Direktor der Logistikabteilung der Armee.

Verurteilt zu 16 Jahren Haft.

Qiu verzichtete darauf, sich im Prozeß zu verteidigen, bekannte sich voll schuldig (*„Ich verdiene bestraft zu werden"*) und lobte den Prozeß als *„korrekte Maßnahme"*. Außerdem äußerte er den Wunsch, *„sich umzuerziehen"*. Die *„relativ gute Haltung"* dieses Angeklagten wurde vom Staatsanwalt ausdrücklich betont.

Jiang Tengjiao

Ehem. Politkommissar der Luftwaffe von Nanking.

Verurteilt zu 18 Jahren Haft.

Jiang ist Kronzeuge der Anklage bezüglich der angeblichen Putschpläne Lin Biao's von 1971. Als solcher wird er höchstwahrscheinlich auch wieder in den bevorstehenden nächsten politischen Prozessen zu diesem Thema auftreten.

Jiang Tengjiao bekannte sich schuldig, eine Zentralfigur bei den angeblichen Putschplänen gewesen zu sein, insbesondere auch persönlich die Ermordung Mao Tse-tungs geplant, befohlen und unmittelbar betrieben zu haben. Gemessen an diesen Eingeständnissen kann das Urteil tatsächlich als relativ „mild" gelten.

Bei aller Unterschiedlichkeit zwischen den einzelnen Urteilen muß aber doch festgestellt werden: Falls es nicht zu einer Begnadigung oder sonstigen „unvorhergesehenen Umständen" kommt, hat von den zehn Verurteilten nur Yao Wenyüan eine theoretische Chance, den Knast lebend zu verlassen – er würde nach vollständiger Verbüßung des Urteils 69 Jahre als sein. Das wäre dann im Jahre 2000.

Die chinesischen Machthaber wollen ihre Gegner im Knast begraben. Auch die beiden Todesurteile sollen sich so erledigen. Der „Aufschub" der Hinrichtungen zur „Bewährung" ist nicht mehr als der taktisch bedingte Versuch, die Ermordung Jiang Qings und Zhang Chunqiaos mit anderen Mitteln durchzuführen.



Hamburg: 70 – 80 Genossinnen und Genossen des KB (und einige weitere Sympatisanten der Kulturrevolution) marschierten am 26. Januar in die Vertretung der chinesischen Außenhandelsgesellschaft in Hamburg, um dort eine Protesterklärung gegen die Terror-Urteile im Pekinger Prozeß zu übergeben. Presse (von MORGENPOST bis TAZ) und Rundfunk haben diese Aktion ebenso ignoriert wie die zuvor von uns verschickte Resolution.

Prozeßwelle in China

Peking (dpa) – Nach Abschluß des Pekinger Prozesses gegen die „Viererbande" hat in den großen Städten Chinas die angekündigte Serie von Verfahren gegen frühere „Konterrevolutionäre" in den Kommunalbehörden begonnen. Wie gestern verlautete, wurden Verhandlungen in Shanghai, Nanking, Kanton, Kunming und Harbin eröffnet. Unter den Angeklagten ist ein Neffe Mao Zedongs. Für die nächsten Monate wird mit mehreren hundert Prozessen in allen Landesteilen gerechnet.

aus: „Welt" vom 31.1.81

Nachrichten vom Widerstand

Mit dem Jahresanfang 1981 hat in China eine intensive Propaganda-Kampagne für die Durchsetzung **„politischer Stabilität"** eingesetzt. Diese „politische Stabilität" soll die **„Regulierung der Volkswirtschaft"** (1) flankieren.

Aus einem typischen Ausrichtungs-Artikel dieser Kampagne sei hier beispielhaft zitiert:

„In gewisser Weise hängen Erfolg oder Mißerfolg der Regulierung (der Volkswirtschaft) *davon ab, ob wir die Situation von Stabilität und Einheit beständig konsolidieren können... Nach dem Sturz der Viererbande endete das landesweite Durcheinander. Unser Land ging vom Aufruhr zur Ordnung über, und eine politische Situation von Stabilität und Einheit entstand. Das ist die Haupttendenz der gegenwärtigen politischen Situation* (2). *Jedoch müssen wir auch einen klaren Kopf bewahren und begreifen, daß immer noch Faktoren der Instabilität bestehen und oft auftreten. In der Vergangenheit haben Vorgänge an anderen Orten und in Shanghai unsere Aufmerksamkeit gefordert. Zum Beispiel verwenden mancherorts Leute, die sich nach nichts anderem als nach landesweitem Chaos sehnen, Methoden, wie sie in der „Großen Kulturrevolution" gebraucht wurden, um die Massen aufzuhetzen und Unruhe zu schaffen. Einige konterrevolutionäre Elemente verursachen abscheulicherweise Explosionen und verteilen konterrevolutionäre Flugblätter, um die volksdemokratische Diktatur zu bekämpfen* (3). *Mancherorts bilden einige Leute illegale Organisationen, verbreiten illegale Zeitungen, schüren Emotionen gegen die Partei und den Sozialismus, und stellen sogar geheime Verbindungen untereinander her"* (4). Der Artikel erwähnt dann eine Z u n a h m e krimineller Handlungen – genannt werden u.a. Mord, Raub, Betrieb von illegalen Spielhöllen, Vergewaltigung, Verschleppung und Nötigung von Frauen zur Prostitution, Organisierung von „Call Girl Clubs" und Rauschgift-Handel. Abschließend fordert der Artikel eine *„beständige Festigung der Diktatur des Proletariats"* und die Zerschlagung der *„übriggebliebenen Kräfte der konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing"* (5).

Daß Krimalität aller Arten (die seit dem Rechtsputsch 1976 einen lebhaften Aufschwung genommen hat) stets und bewußt in einem Atemzug mit Erscheinungsformen politischer Opposition genannt wird, kennzeichnet Chinas Regime und sein Verständnis von „Diktatur des Proletariats". Daß zum jetzigen Zeitpunkt (Endphase des Pekinger Prozesses und eines Machtkampfs in der Partei- und Staatsführung) eine massive Kampagne für „politische Stabilität" geführt wird, deutet darauf hin, daß die Herrschenden die Probleme – einschließlich des politischen Widerstands – trotz mehrerer Anläufe immer noch nicht im Griff haben.

Besonders bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die gegenwärtig wieder überall auftauchenden Warnungen vor „Überbleibseln der konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing", denen zum soundsovielten Male „energische Schläge" versetzt werden wollen. **Häufig taucht dabei der Hinweis auf, daß von diesen Kräften Kampfformen der Kulturrevolution verwendet würden, daß einige Leute sogar „eine zweite Kulturrevolution" fordern würden und daß „Gefolgsleute Lin Biao's und der Viererbande" eine Revision der gegen sie ergangenen „korrekten Urteile" anstreben** (6). **Gelegentlich stehen direkt daneben Warnungen** vor „Konterrevolutionären", die Waffen stehlen und Bombenattentate durchführen (7). Einem Bericht der japanischen Nachrichtenagentur 'Kyodo' zufolge hat sich Deng Xiaoping höchstpersönlich auf einer Parteikonferenz im Dezember '80 für harte Maßnahmen gegen die *„jungen Radikalen"* ausgesprochen, die *„eine zweite Kulturrevolution"* in Gang zu setzen versuchen. Diese Oppositionskräfte wollten die Kulturrevolution „wiederaufleben lassen" und würden das „Modernisierungs"-Programm mit Brandstiftungen und Bombenattentaten angreifen. Auch würden sie *„illegale Untergrundorganisationen"* aufbauen (8).

Angesichts dieser Situation sind alle Parteimitglieder aufgefordert, **„unbedingt politische Einmütigkeit mit dem Zentralkomitee zu bewahren"** und alle Befehle der Parteiführung getreulich auszuführen (9). Diese Formulierungen erinnern stark an die Propaganda kurz vor dem Rechtsputsch vom 6.10.76.

Anmerkungen

1 Die „Regulierung der Volkswirtschaft" wurde im Frühjahr 1979 verkündet und sollte ursprünglich zwei Jahre dauern. Inzwischen wurde aufgrund der wirtschaftlichen Probleme eine Verlängerung der „Regulierungsphase" beschlossen. Gemeint ist eine einschneidende Überprüfung der nach dem Rechtsputsch 1976 propagierten gigantischen Wirtschaftsziele, -pläne und -projekte, u.a. auch die vorübergehende Stillegung vieler im Bau befindlicher Großprojekte. Im Stil der üblichen Propaganda wird die Schuld an den damaligen überspannten Plänen etc. selbstverständlich dem „ultra-linken Einfluß" zugeschoben.

2 Alle derartigen Artikel beginnen schematisch damit, in mehreren Sätzen die „ausgezeichnete Lage" zu loben, bevor sie auf ihr eigentliches Thema, die konkreten Probleme, kommen.

3 Gemeint ist mit dieser Formulierung jeweils die Partei- und Staatsführung.

4 Da zuvor schon die Bildung illegaler Organisationen erwähnt wurde, gibt der Hinweis auf „geheime Verbindungen" scheinbar keinen Sinn. Gemeint sind mit dieser Formulierung in der Regel Fraktionsbildungen i n n e r h a l b des Partei- und Staatsapparates.

5 Text von Radio Shanghai, 9.1.81 – nach SWB, 14.1.

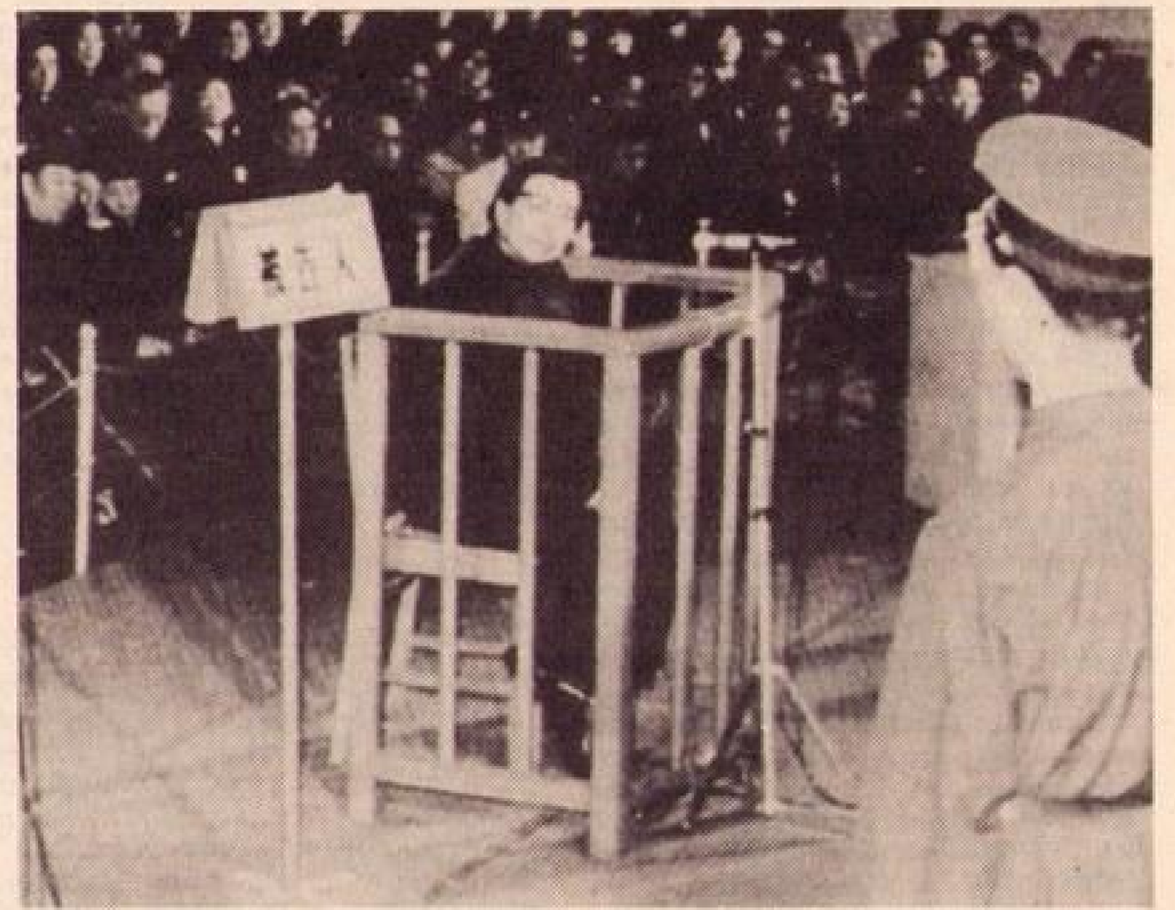
6 Text vom Radiosender der Provinz Kiangsi, 16.1. – nach SWB, 20.1.

7 z.B. Text vom Sender der Provinz Liaoning, 12.1. – nach SWB, 15.1.

8 Kyodo, 18.1. – nach SWB, 21.1.

9 z.B. Text vom Sender der Provinz Hunan, 15.1. – nach SWB, 20.1.

Freiheit für Jiang Qing!



Jiang Qing auf der Anklagebank

Eines der krassesten und grausamsten Beispiele für die patriarchalische Verachtung der Frau ist wohl aus Indien bekannt: Starb der Ehemann, wurde die Witwe verbrannt. Sie ist unnütz ohne Ehemann, sie hat in seinem Schatten gelebt, stand zu Lebzeiten unter seinem Schutz. Mit seinem Tod erlischt ihr gesellschaftlicher Stand und sie wird umgebracht.

An diese patriarchalische Unsitte und Ideologie fühle ich mich erinnert, wenn ich an das Leben und Arbeiten der Genossin Djiang Qing denke.

Es war kaum ein Monat nach Maos Tod vergangen, als sie, die über 30 Jahre lang mit ihm zusammengelebt hatte, verhaftet wurde. Mit ihr drei weitere führende Funktionäre der KP Chinas. Kurz darauf wurde eine zynische Hetzkampagne gegen die Vier, und insbesondere gegen Djiang Qing, entfacht. In den Medien und auf Wandzeitungen wurde die „Viererbande" überschüttet mit teuflischen Anschuldigungen wie Mordversuch an Mao und anderen Parteiführern, Staatsstreichplänen usw. Djiang Qing wurde dabei als Anführerin herausgestellt, als Inbegriff und Ausgeburt alles Bösen und aller Schlechtigkeit, als machtlüstern, intrigenbesessen und mit brennendem Ehrgeiz ausgestattet. *„Hexe", „neue Kaiserin". „drittklassige Schauspielerin"* sind nur einige der bösen Bezeichnungen, mit denen sie belegt wurde. Auch Zeichnungen, Karikaturen, Scherenschnitte, Theaterstükke wurden in den Dienst der Hetzkampagne gestellt.

Politische Argumente und überzeugende Beweise fehlen dieser Kampagne bis heute. Apelliert wurde an die primitivsten Gefühle und reaktionärstes Denken. Dabei stehen neben dem Versuch, die „Viererbande" und besonders Djiang Qing sogar für Naturkatastrophen und jeden Mißstand verantwortlich zu machen, neben Rache auch Chauvinismus und Frauenverachtung.

Die konstruierten Anklagen, die gegen Djiang Qing und die anderen Angeklagten im Pekinger Schauprozeß erhoben werden, wurden im AK schon ausführlich dargestellt, desgleichen die Skandalgeschichten über Djiang Qings „dekadenten Lebenswandel" – die auch den Hauptteil dessen ausmachen, was die westdeutsche Presse aufgegriffen und ausgeschmückt hat. Z.B. die Geschichte, daß kein Staub auf den Blättern der Bäume liegen durfte, wenn Djiang Qing durch einen Park ging, oder über Verkehrssperrungen für ganze Stadtviertel, um Djiang Qings Nachtruhe nicht zu stören. Über Grausamkeiten gegen Hausangestellte, die barfuß in der Kälte stehen mußten, wenn die Heizung zu spät angemacht worden war usw. usf. Ich will mich in diesem Artikel mit dem bislang weniger beachteten Aspekt beschäftigen, daß Djiang Qing so in den Mittelpunkt der Kampagne gegen die „Viererbande" gerückt worden ist, weil sie eine Frau ist, und zwar eine der wenigen, die eine führende Stellung in der KP Chinas erreichen konnte – und daß die Angriffe gegen Djiang Qing auch Angriffe gegen die Emanzipation der Frau in China sind.



Dieses alte Bild von Jiang Qing und Mao unterschrieb der „Stern" mit dem HERRlichen Satz „Mao verlor die politische Kontrolle über seine ehrgeizige Frau". So etwas darf einem Mann doch wirklich nicht passieren! ...

Die Kampagne gegen Djiang Qing – ein Angriff auf die chinesische Frau

Sehr bald nach der Verhaftung der „Viererbande" wurde neben den anderen Skandalgeschichten gegen Djiang Qing der „Vorwurf" erhoben, sie sei eine Feministin oder gar eine *„feministische Chauvinistin"*.

Dabei taten sich Organe der Volksbefreiungsarmee (auch in China mehr eine „männliche" Angelegenheit) besonders hervor. Am 21.11.76 wurde in einem Bericht über eine Armeeversammlung zur „Kritik an der Viererbande" folgende Geschichte über den Besuch Djiang Qings bei einer Armeeinheit berichtet: *„Als sie zur Einheit kam, traf sie mehr als 400 Kader und Kämpfer. Sie gab den männlichen Genossen aber nicht die Hand. Sie schüttelte nur die Hände von z w e i anwesenden weiblichen Kämpferinnen und erzählte laut den männlichen Genossen: ‚Ich will eure Hände nicht schütteln. Ich bin ein weiblicher Chauvi'* " (nach SWB, 3. 12.76.).

Wie kann frau besser als durch diese Geste Djiang Qings zum Ausdruck bringen, wie wichtig frau es findet, wenn in einer Volksbefreiungsarmee Frauen als Kader tätig sind, wie besser, als durch so eine Geste kann frau Frauen ermuntern, zahlreicher in die Führung eines traditionell so starken männlichen Machtorgans einzudringen, um dort auch Ernst zu machen mit der Befreiung der Frau?

Der Berichterstatter der Kritikversammlung versteht das nicht – sein Senf dazu: *„Was für ein Unfug"*. Und in der den meisten Erzählungen über die „Viererbande" eigenen besonderen Logik fährt er fort: *„Es ist nicht schwer zu bemerken, daß es Djiang Qings Ziel war, Kaiserin von China zu werden"* (ebenda).

Die Tageszeitung der Armee entdeckte wenige Tage später Djiang Qing's eigentliches Ziel in der Frauenfrage: sie habe eine primitive matriarchalische Gesellschaft schaffen wollen. Es sei *„notwendig für die Frauen des Proletariats und der anderen ausgebeuteten Klassen, sich mit den Männern ihrer Klassen im Kampf gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen zu vereinigen"*. Djiang Qing habe stattdessen versucht, zum Kampf der Frauen gegen die Männer aufzuhetzen, um ihre düsteren Ziele zu erreichen: *„Djiang jedoch gab die Frage als einen Kampf der Frauen gegen die Männer aus. Die marxistische Lehre, wonach die revolutionäre Klasse selbst die größte schöpferische Macht ist, wurde in ihrer Sichtweise auf die biologische Stellungnahme reduziert:* **‚Die Frauen machen den wesentlichen Teil der schöpferischen Macht aus'.** *Wenn Djiang Qing lärmte:* **‚Die Männer sollten den Weg freigeben für Frauen, die die Regierung übernehmen wollen',** *ist klar, daß sie nicht die arbeitenden Frauen meinte, sondern bourgeoise, karrieristische Frauen wie sie, die die arbeitenden Menschen rücksichtslos behandeln, Männer wie Frauen..."* (nach SWB, 7. 12.76).

Entkleidet man diesen Angriff von offenkundigem Unfug und Bosheit, so bleibt als „Vorwurf", daß Djiang Qing bei den Frauen eine besondere Kraft innerhalb der der revolutionären Klasse sah und die Übernahme auch führender Funktionen durch Frauen gefordert hat – ganz im Sinne von Mao, der einmal schrieb: **„Für die Frau ist nun die Gelegenheit gekommen, ihr Haupt zu erheben; die Macht des Mannes gerät von Tag zu Tag mehr ins Wanken."**

Wie weit die Kampagne gegen Djiang Qing genutzt wurde, mit ihr die Emanzipation der Frau anzugreifen (oder umgekehrt durch unverhüllte Propaganda des Patriarchats die Massen aufzuhetzen gegen Djiang), machen weitere „theoretische Ausführungen" dieses Artikels deutlich. Djiang Qing soll nie müde geworden sein, über die „matriarchalische Gesellschaft" zu sprechen. Unter anderem soll sie gesagt haben: **„In der Stammesgesellschaft organisierten die Frauen das häusliche Leben. Wenn die Produktivkräfte sich weiter entwickeln, werden sie den Staat organisieren".** Der Einwand der Armeezeitung: *„Aber das Matriarchat ist eine Stufe primitiver Gesellschaft, in der die Produktivkräfte extrem gering entwickelt waren. Die Männer waren Jäger und Fischer, es war aber unsicher, ob sie etwas erbeuteten. Die Frauen, als Sammler und primitive Landbearbeiter, hatten eine sicherere Nahrungsquelle, was zu der bedeutenden Rolle der Frauen führte, die sie in der primitiven Gesellschaft einnahmen. Welche Bedeu-*

Fortsetzung nächste Seite

»Wir wissen, was für eine du damals warst!«

Jiang Qing's *„widerwärtige Geschichte in den 30er Jahren in Schanghai"*, d.h. ihre damalige Arbeit als Schauspielerin, gehörte zu den Themen des Pekinger Prozesses. Mit Hinweis auf den „unseriösen Hintergrund" von Jiang Qing, die sich damals Lan Ping nannte, hatte die Parteileitung die Heirat zwischen ihr und Mao Tse-tung verbieten wollen. Mao's Widerstand – mit Sitzstreiks vorm Parteibüro u.ä. – setzte sich schließlich durch. Die Parteileitung gab die Heiratsgenehmigung aber nur unter der Auflage, daß Jiang Qing sich 30 Jahre lang nicht politisch in der Öffentlichkeit betätigen dürfe. Als sie nach Ablauf der 30 Jahre Mitte der 60er Jahre politisch aufzutreten begann, war man schnell dabei, die „anrüchigen Geschichten" um Lan Ping wieder auszugraben, um die linke Politikerin Jiang Qing im Rahmen der herrschenden, recht konservativen Moral „unmöglich zu machen". Das ist der Hintergrund der folgenden Ereignisse, die im Prozeß zur Anklage standen:

Jiang Qing soll Anfang Oktober 1966 eine illegale Hausdurchsuchung bei fünf Personen aus dem Kulturleben Schanghais veranlaßt haben, um „belastendes" Material aus ihrer Zeit als Schauspielerin – insbesondere persönliche Briefe aus dieser Zeit – sicherzustellen und zu vernichten. Der kleine Krimi ist einer näheren Betrachtung wert: Jiang Tengjiao (ein Offizier, der im Pekinger Prozeß auch in Zusammenhang mit den angeblichen Putschplänen Lin Biaos von 1971 angeklagt war) wurde Anfang Oktober 1966 zum Luftwaffenkommandeur Wu Faxian (ebenfalls einer der Angeklagten) nach Peking gerufen. Wu brachte Jiang Tengjiao zu Ye Qun, der Frau Lin Biaos (1971 ums Leben gekommen). Ye Qun gab Jiang Tengjiao den Auftrag, aus zuverlässigen Jugendlichen (Kinder von Armeeangehörigen u.ä.) eine Truppe zusammenzustellen, die – als „Rote Garde" getarnt – die Häuser der erwähnten 5 Personen durchsuchen und alle Papiere, Fotos u.ä. abtransportieren sollte. (Hausdurchsuchungen und Hausbesetzungen durch Rote Garden gehörten damals zum Alltagsleben).

Vor Gericht bestritt Jiang Qing, mit diesen Hausdurchsuchungen etwas zu tun gehabt zu haben. Das Gegenteil war nicht zu beweisen, was das Gericht aber keineswegs daran hinderte, abschließend zu behaupten, die Durchsuchungen seien *„auf Anweisung von Ye Qun und Jiang Qing"* erfolgt. Der Fortgang der Geschichte spricht allerdings nicht gerade für die Version des Gerichts:

– Wu Faxian, totaler Kronzeuge der Anklage, behauptet, gesehen zu haben, wie Jiang Tengjiao nach Abschluß der Durchsuchungen das beschlagnahmte Material an Ye Qun übergab. Diese habe dabei gesagt: *„Sieh es dir nicht an. Gib es mir. Ich bringe es zu ihr. Jiang Qing wartet darauf"*.

– Nach einer anderen Version aus den Prozeßberichten sei Jiang Tengjiao bei seiner Rückkehr aus Schanghai von Wu Faxian und Ye Qun empfangen worden, die das Material an sich genommen hätten. Am nächsten Tag sei er von Ye Qun angerufen worden, die ihm mitteilte: *„Es wurde dem Boß übergeben, der sehr zufrieden ist"*. Dienstfertig setzt der Prozeßbericht in Klammern hinzu, daß sich „der Boß" auf Jiang Qing bezogen habe. Wieso eigentlich?

– Eine dritte Version lautet, daß Ye Qun „persönlich" das beschlagnahmte Material von Jiang Tengjiao übernommen habe; am folgenden Tag habe sie ihm dann telefonisch mitgeteilt: *„Die Höheren Autoritäten sind sehr zufrieden"*. Der Prozeßbericht fährt listig fort: *„Wu Faxian und Jiang Tengjiao wußten sehr genau, daß mit ‚die Höheren Autoritäten' Jiang Qing gemeint war"*. Wieso eigentlich?

Einer Version zufolge soll Ye Qun also das Material ausdrücklich Jiang Qing übergeben haben, einer anderen zufolge war nur vom „Boß" die Rede. **Tatsache ist jedenfalls, daß das beschlagnahmte Material keineswegs an Jiang Qing übergeben wurde.** Vielmehr wurde es *„auf Anweisung von Ye Qun und Wu Faxian"* versiegelt und in einen sicheren Raum des Luftwaffenhauptquartiers gebracht. Dort lag es etwa ein Vierteljahr, bis Anfang Januar 1967. Erst dann wurde es, auf telefonische Anweisung von Ye Qun, in das Büro von Lin Biao gebracht, wo es in Anwesenheit von Ye Qun, Jiang Qing und Xie Fuzhi (damaliger Sicherheitsminister, 1972 verstorben) verbrannt wurde.

Ist es sehr wahrscheinlich, daß Jiang Qing – so maßlos ehrgeizig und verschlagen, wie die Propaganda sie heute schildert – sie belastendes Material ein Vierteljahr lang in fremden Händen ließ, statt es sofort selbst zu verbrennen? Ist es überhaupt wahrscheinlich, daß sie einen solchen Auftrag ausgerechnet Ye Qun übergeben hätte, statt ihre wahrscheinlich nicht geringen eigenen Möglichkeiten einzusetzen, um an das ‚Material' zu kommen?

Einen interessanten Hinweis hierzu gab während des Prozesses der Angeklagte Chen Boda: Ye Qun habe ihm einmal gesagt, daß Jiang Qing *„sehr ehrgeizig"* sei und daß sie die ganze Armee kommandieren wolle. *„Chen Boda sagte* (vor Gericht – Anm. AK) *daß, nachdem er von dem Machtkampf zwischen Lin Biao und Jiang Qing erfahren hatte, seine Sympathien auf Seiten Lin Biaos waren. Aber, sagte er, er habe die Ehrgeiz-Besessenheit von Jiang Qing erst schrittweise durchschaut"*.

Dieser Hintergrund deutet eher darauf hin, daß Ye Qun sich zunächst in sehr e i g e n e m Interesse 1966 das „belastende" Material gegen Jiang Qing beschafft haben könnte. Für das Gericht war das selbstverständlich kein Thema. Dafür konnten mehrere 1966 von den Hausdurchsuchungen Betroffene als „Zeugen" im Prozeß auftreten, um Jiang Qing zu demütigen: **„Dein Name war damals Lan Ping, nicht wahr? Wir wissen, was für eine du in den 30er Jahren warst...".**

(Nach Prozeßberichten der chinesischen Nachrichtenagentur „hsinhua", nach SWB, 12.12. und 20.12.).



Wandzeitungen stellten Jiang Qing als durch die Luft reitende Hexe dar.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

tung aber hatte ,Freiheit' in diesem primitiven Stadium der Ignoranz und des täglichen Kampfes ums Überleben? ...". Also bleibts beim Patriarchat, weil das viel weiter „fortgeschritten" ist? ...

Eher Randerscheinung gegenüber solch abgebrühten Angriffen auf die Emanzipation der Frau in der Kampagne gegen Djiang Qing sind die zahlreichen Skandalgeschichten; mir ist nur eine aufgefallen in bezug auf Frauenbefreiung. Eine Versammlung von 5.000 Frauenvertreterinnen griff angebliche Vorstellungen Djiang Qing über „Mode" an: *„Djiang Qing versuchte, einen Kleidungsstil populär zu machen, der alte (vorrevolutionäre) und ausländische Mode verband und weder Fisch noch Fleisch war. Sie ordnete an, daß das Kleid produziert und zum Verkauf angeboten wurde, obwohl die Frauen in Tientsin sagten, daß es im täglichen Leben oder bei der Arbeit unbequem zu tragen sei... Während sie versuchte, diesen Kleidungsstil populär zu machen, der rückwärtsgerichtete Elemente und Unterwürfigkeit gegenüber ausländischen Dingen verband, beauftragte sie Stellen, die für besondere Entwürfe zuständig waren, ihr ein Kleid im Stile der Kaiserin Wu Tse-Tien anzufertigen, das sie nach der Machtergreifung in Partei und Staat tragen wollte"* (nach SWB, 7.12.76).

Feminismus ist aller Laster Anfang

Es ist bezeichnend für die Hetzkampagne gegen Djiang Qing, daß in den Angriffen auf ihren „Feminismus" immer gleich der Bogen zu Karrieresucht und ihren angeblichen Plänen, Kaiserin von China zu werden, geschlagen wird.

Djiang Qing wird so zum abschreckenden Beispiel für die chinesischen Frauen: Wer vom Kampf der Frauen gegen die Männer redet, führende Funktionen für Frauen fordert (und als eine der wenigen auch einnimmt), der kann nur finstere Absichten haben.

Besonders deutlich wird diese Verleumdung in einem Bericht über eine Massenversammlung in Kwangsi, Anfang November 1976: *„Als sie in Kwangsi war, sprach sie nicht über die Rolle der Frau in den drei großen revolutionären Bewegungen, sondern sprach fieberhaft mit versteckten Absichten über die Frauengesellschaft in China und sagte dabei, daß auch Frauen Monarchen sein könnten und es auch im Kommunismus noch eine*

Frauen Monarchen sein könnten und es auch im Kommunismus noch eine

Kaiserin geben könnte...". Frau stelle diese irrwitzige Behauptung einmal in Beziehung dazu, daß zum Zeitpunkt dieser Versammlung, 1976, Hua Guo-Feng, der männliche Parteichef, seine Autorität öffentlich daraus ableiten ließ, von Mao selbst als „Thronfolger" eingesetzt worden zu sein.

Weiter heißt es in dem Bericht: *„... Sie pries wiederholt die Kaiserinnen Lu und Wu Tse-Tien und predigte wütend, daß ,Frauen die Welt beherrschen'. Wahrer Grund für die Karrieristin und Verschwörerin Djiang Qing beim Predigen über Kaiserinnen war es, für sich eine öffentliche Meinung zu schaffen, um die Macht in der Partei zu ergreifen in ihrem eitlen Bestreben, Kaiserin von China zu werden"* (SWB, 11.11.76).

Und wie bei solchen chauvinistischen Horrorgeschichten über machthungrige „Weiblichkeitsfanatikerinnen" üblich, fehlt auch nicht ein bißchen „sex and crime". In den chinesischen Medien ist man da nicht so drastisch; da heißt es, sie habe sich in Kanton *„obszöne Filme aus kapitalistischen Ländern", „obszöne Geschichten und Fotos aus Hongkong"* kommen lassen (nach einem Bericht Kantoner Polizisten, die es ja wissen müssen, SWB, 11.11.76).

Oder: *„Immer wenn Djiang Qing nach Hainan kam, brachte sie eine große Menge obszöner Filme mit, deren Inhalt Stierkämpfe, Pferde, Hunderennen, Krimis, absurde und sexuelle Filme umfaßte. Sie waren alle drittklassig und gemein"*. Die westdeutsche Presse, die fast jede Schote aus Peking als wahre Meldung präsentiert, schmückt in diesem Punkt noch etwas aus. Die „Hamburger Morgenpost" brachte auf der ersten Seite *„Maos Witwe n a c k t vor Gericht"*; erst im Text wurde erkennbar, daß nach einer zweifelhaften Meldung aus Hongkong Djiang Qing sich aus Protest gegen eine Vorverhandlung ausgezogen haben soll. Der „Stern" in der bekannten Art, emanzipierte Frauen anzumachen, dachte sich das angebliche Djiang Qing-Zitat aus: *„Sex ist nur am Anfang interessant, was später zählt ist Macht"*, und faßte einige Jahre Lebens Djiang ings so zusammen: *„Sie handelte danach, schlief sich an der Seite von Filmregisseuren nach oben und becircte 1939 Mao, nachdem sie sich davon überzeugt hatte, daß dem Kommunistenführer eine große Zukunft bevorstand"*. Und die ,seriöse' „Süddeutsche Zeitung" weiß zu berichten, daß Djiang Qing ein Verhältnis zu Wang Hung-Wen, einem ihrer jetzigen Mitangeklagten, hatte, den sie *„zärtlich ,goldener Knüppel' "* nannte und der ihr hörig war. Womit auch genug über die miese Rolle der westdeutschen Presse bei der „Information" über die Kampagne gegen die „Viererbande" gesagt wäre.

Die böse und die gute Frau Mao

Am Beginn der Kampagne gegen die „Viererbande" und insbesondere gegen Djiang Qing stand Mao offiziell noch im Ruf des großen, unfehlbaren Steuermanns, der *„allerrötesten Sonne in den Herzen aller Chinesen"*. Logischerweise setzte die Hetzkampagne alles daran, Djiang Qing politisch und persönlich in großen Abstand zu ihm zu bringen. Mao soll zumindest in den letzten Jahren nicht viel von ihr gehalten haben, sie als herrschsüchtig angeprangert haben, sie gewarnt haben, gegen „die Partei" zu konspirieren.

Und Djiang Qing ihrerseits hatte auch keine hohe Meinung von Mao, so will es zumindest die Hetzkampagne: *„Sie las nie marxistisch-leninistische Schriften und auch nicht die Werke des Vorsitzenden Mao und sagte dazu mit vordergründigen Absichten: ,Immer wenn ich lese, bekomme ich Kopfschmerzen' "*. Diese Propaganda-Linie ist nicht neu; auch Lin Biao wurde nach 1971 unterstellt, er habe nie etwas gelesen.

Was die Kronzeugen gegen Djiang Qing *„besonders ärgert, ist, daß sie die Anweisung gab, das Bild des Vorsitzenden Mao nicht in ihrem Haus aufzuhängen und daß die Worte und Gedichte des Vorsitzenden nicht an ihren Wänden hängen durften"*.

Selbst Djiang Qings angebliche Vorliebe, die Abenddämmerung und den Sonnenuntergang zu fotografieren, statt Morgendämmerung und Sonnenaufgang, sollen ihre geistige Ferne zu Mao demonstrieren, denn dies habe sie gemacht *„mit der selbstverständlichen Folgerung, den Vorsitzenden anzugreifen, die immer scheinende rote Sonne in unseren Herzen ..."* (nach SWB, 7.12.76).

Als leuchtendes Gegenbild zu Djiang Qing wird die erste Ehefrau Maos, Yang Kai-hui, die 1930 von den Reaktionären umgebracht wur-

den Reaktionären umgebracht wur-

de, herausgestellt, deren Andenken – wie kann es anders sein – von Djiang Qing hintertrieben worden sein soll: *„Djiang Qing war so niederträchtig, daß sie den Menschen nicht erlaubte, die heroischen Taten der Märtyrerin zu veröffentlichen"* (aus dem Bericht von einer Gedenkfeier, SWB 13.12. 76). Gleichzeitig wird Djiang Qings Biographie umgeschrieben: in den 30er Jahren, in denen Maos erste Frau vom Klassenfeind ermordet wurde, soll die Schauspielerin Djiang Qing auf Veranstaltungen aufgetreten sein, die Spenden für Tschiang Kaischeks Armee einbrachten, was *„ein klares Anzeichen für ihren reaktionären politischen Standpunkt in den 30er Jahren"* sei – und ein Beweis für Maos Blindheit, der diese Frau wenig später heiratete, möchte frau dann hinzufügen.

Freiheit für Djiang Qing!

Es ist, als ob die Initiatoren der Hetzkampagne gegen die „Viererbande" gewußt haben, was sich jetzt bestätigt im Pekinger Monsterprozeß, als sie Djiang Qing in den Mittelpunkt von Verleumdung und Menschenjagd stellten: Daß diese Frau mit ihrem Mut und ihrer Standfestigkeit der energischste und am wenigsten beugsamste Gegner ist.

Sie sitzt da, legt keines dieser fürchterlichen Geständnisse ab, die in derartigen Schauprozessen Gewohnheit sind, sie nimmt nichts zurück, beruft sich zu Recht darauf, in allem auf Weisung der Partei gehandelt zu haben. Sie nennt den Staatsanwalt einen Winkeladvokaten und bezeichnet den Richter, der sie, wie früher Prinzig in Stammheim Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin, gewaltsam aus dem Saal schleppen läßt, als Faschisten.

Sie sitzt da, stellvertretend für die Kulturrevolution, stellvertretend für ihren langjährigen Lebensgefährten Mao Tse Tung und stellvertretend für den Anspruch der chinesischen Frauen, ihre Befreiung zu Ende zu führen. Und weil dies auch ein Schauprozeß gegen die Befreiung der Frau ist, muß das Schicksal Djiang Qings besonders der Frauenbewegung am Herzen liegen.

Eine Genossin der AG Frauen Hamburg

Ralf Reinders — Gefangener der Bewegung 2. Juni, z.Z. im Hochsicherheitstrakt

Kulturrevolution und Häuserkampf — eine Front

„Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!" (Mao Zedong).

Nicht nur, daß in China ein Schauprozeß läuft, der in Form und Inhalt an den faschistischen Reichstagsbrandprozeß erinnert, auch die reaktionären (und nur die) Leichenfledderer in der Taz haben ihren Senf in einigen Sonderseiten und Kommentaren dazu aufgetragen.

Die Kommentare waren mit Jospis gekennzeichnet. Eine Kostprobe davon: *„Zum zweiten ist China für die westliche Linke ein weithin unverarbeitetes Thema. Wir, die wir 68 unseren Eltern vorwarfen, gegen den deutschen Faschismus und gegen den ,größten Führer aller Zeiten' aktiv nichts unternommen zu haben und sie wegen ihres ,Wir haben nichts gewußt!' verachteten, wir, diese einst so integre 68er Linke, stehen heute vor einem ähnlichen moralischen Tribunal. Nachdem wir jahrelang die Worte des ,Großen Vorsitzenden' nachgebetet haben und dabei großzügig und mit revolutionärem Pathos über Hunderttausende unschuldige Opfer der Kulturrevolution und die Millionen von Hungertoten infolge der maoistischen Experimente hinweggegangen waren, wir sind heute moralisch aufgefordert, uns gegenüber unserer historischen Mitschuld zu verhalten . . .!"*



Der „Viererbande" wird vorgeworfen, sie hätten die Schüler zur Aufsässigkeit gegen die Lehrer und zum Zerstören der Schul-Einrichtungen aufgehetzt. Darüber empört sich diese Karikatur. Rechts oben Jiang Qing.

Nachtijal, ick hör' dir trapsen! War es nicht immer die Rechte, die blutbefleckte Hand, die kommunistische Revolutionen mit dem Terror der Faschisten gleichsetzt? Gut, Jospis hat keine blutigen Hände, aber für einen Pazifisten doch ziemlich schmutzige Gedanken. In einem anderen Kommentar würde er es begrüßen, wenn sich Jiang Qing (Maos Frau) selbst richten würde.

Das ist so die Richtung derer, die sich selbst nie die Hände schmutzig machen wollen, die immer von unblutigen, sogenannten sauberen Revolutionen träumen. Da aber Revolutionen die wirklich schlechte Eigenschaft haben, blutig zu verlaufen, kann der Bürger kein Verständnis mehr aufbringen. Bürgerrechte bleiben für ihn unteilbar. Die Revolutionärin soll sich selbst richten. Rudolf Hess soll rausgelassen werden. Jeder faschistoide Dissident aus Rußland ist angenehmer als eine kämpfende Sozialistin. Bei solch einem Weltbild drängt sich uns eine Vorstellung direkt auf: der kleine Mann soll die Kastanien aus dem Revolutionsfeuer holen, der große Mann, der Kritiker von Welt aber frißt sie auf. Sollte aber doch etwas schief gehen, dann wird der kleine kritisiert, sich die Finger verbrannt zu haben. Gegen solche Gedanken hat sich die Kulturrevolution gewendet und gegen solche Gedanken wehren wir uns auch.

Anhand seiner obigen Kommentare kann man Jospis entgegentreten und widerlegen. Doch das wäre nicht genug. Er muß auch bedauert werden, zutiefst, hat er doch Mao nie verstanden, sondern nur nachgebetet. Nachbeten hat Mao nie empfohlen, eher studieren, suchen und Antiautoritarismus gegenüber Lehrern (damit auch gegen sich). Der Meister der Dialektik wird hier von einer Kröte der mechanischen Denkweise beleidigt.

Oder kommt die Verwirrung des Schreibers nur deswegen zustande, weil mit dem Anwachsen der alternativen Presse eine Gattung von „Journalisten" aufkommt, die jederzeit und ohne durchzublicken über alles schreiben kann? Heute über Häuserkampf, morgen über die Kulturrevolution, über Afghanistan, über Gorleben, Marx, Ökonomie, Ökologie, immer was gerade ansteht. Solche Schreiberlinge treten mit solch einer Selbstsicherheit auf, die jedem, der sich ernsthafter mit der jeweiligen Materie beschäftigt hat, nur einen eiskalten Schauer über den Rücken laufen läßt. Wo diesen Schreiberlingen nun aber jedes Fachwissen fehlt, ersetzen sie es durch dreiste und freche Unterstellungen.

Wäre es allerdings nur die unsichere und durch die Dunkelheit seines Wissens tappende Schreiberhand, dann könnte man noch Verständnis aufbringen. Hier jedoch spielt noch etwas anderes mit rein. Der bourgeoise Sohn fühlt sich vom revolutionären Vater betrogen und als Folge davon tötet er ihn geistig.

Wer aber einen Adler töten will, kann ihm nicht bloß eine Feder ausreißen. Und wer einen großen Revolutionär geistig ermorden will, der kann keinen Halt kennen, der muß auch dessen Lebenswerk in den Dreck ziehen.

Liest man die Kommentare Jospis' genauer, untersucht sie auf ihren Inhalt, dann sticht eines hervor: hat er erst mit einer Kritik an Mao und der Kulturevolution begonnen, so setzt er seine Kritik plötzlich unvermittelt viel weiter an. Plötzlich sind die Chinesen nämlich nicht nur in der Kulturrevolution betrogen worden. Viel weiter geht der Betrug Maos und der KP Chinas zurück. Ganze dreißig (30) Jahre werden gezählt, d.h. seit dem Sieg der Chinesischen Revolution wird Unrecht am chinesischen Volk begangen. Der unbefangene Leser fragt sich jetzt, waren die Tränen an Maos Totenbahre die Freudentränen eines geknechteten Volkes? Waren sie froh darüber, diesen Tyrannen, der ihnen den kaiserlichen chinesischen Himmel zerstört hat, endlich los zu sein?

Über die Anzahl der Menschen, die in der chinesischen Revolution umgekommen sind. gibt es nur Schätzun-

in der chinesischen Revolution umgekommen sind, gibt es nur Schätzun-

gen, auch verständlich, schließlich gab es in China keine preußischen Meldegesetze.

Tschu En-lai hat dem heutigen französischen Justizminister Peyrefitte gegenüber die Zahl der während der chinesischen Revolution umgekommenen Menschen auf 20 bis 50 Millionen geschätzt. Nur hatte der Franzose nicht die Dreistigkeit besessen und die Zahl einfach als Verbrechen gegen die Menschlichkeit begriffen. Er hat nüchtern festgehalten, daß die meisten Menschen in dieser Zeit verhungert waren. Allerdings, nicht ohne noch hinzuzufügen, daß es in China vor der Revolution gang und gäbe war, daß durch die Ausbeutung und durch Naturkatastrophen regelmäßig bis zu 50 Millionen Menschen verhungert sind. Was vor der Revolution Tagesordnung war, wird nachher, jedoch ohne es zu belegen, die Folge maoistischer Experimente.

Claudie Broyelle geht nach ihrer zweiten Rückkehr aus China noch weiter. Sie weiß sogar zu berichten, daß während des *„großen Sprungs* (in ihrer Birne) *nach vorn"* die Menschen in China vor Hunger so schwach waren, daß sie nicht einmal den reifen Reis ernten konnten und mit angucken mußten, wie er am Halm verfaulte! Guten Morgen, liebe Bildzeitung! Für wie dämlich haltet ihr uns eigentlich?

Dieser Aussage, daß der „große Sprung nach vorn" für Hungersnöte verantwortlich war, tritt ein Artikel von Anna Luise Strong entgegen. Der stammt allerdings aus dem Jahre 1964 und nicht erst 1980.

Strong argumentiert in dem Artikel (the Rise of the Chinese People's Communes — and six years after Pekin: New World Press 64), daß die Kommunebewegung eine entscheidende Rolle bei der V e r h i n d e r u n g der Massenhungersnot in den drei harten Jahren (1960-62) gespielt hat, als die Auswirkungen von Naturkatastrophen größten Ausmaßes durch das plötzliche Ausbleiben sowjetischer Hilfe verschlimmert wurden.

Anna Strong wird noch öfter herhalten müssen, wenn man Zeugen des „großen Sprungs" oder der Kulturrevolution heranziehen will. Denn sie hat sich an der Basis der Bewegung informiert und nicht aus bürgerlichen Zeitungen.

Der Angriff gegen Mao und die Kulturrevolution in Teilen der Linken (es ist ja nicht nur die Pis eines Jos) wächst in dem Maße, wie sich diese Teile selbst aus allen revolutionären Zusammenhängen herauskatapultieren und ihr Heil nicht selten in antikommunistischem, unpolitischem Gefasel suchen. Kampuchea, Vietnam, Afghanistan, Kuba, China, nichts wird mehr untersucht. Die Problemstellung wird am gut verzierten Schreibtisch geklärt. Schuld hat der Dieb Vietnam, der Kampuchea vom Faschismus gereinigt hat. Schuld hat Mao, der die Massenrebellion gegen eine neu etablierte Herrschaft mobilisierte. — Schuld hat der Jugendliche in Kreuzberg, der plündert.

Nicht mehr die Ursachen sind gefragt und werden hinterfragt. Die Wirkungen werden einfach zur Ursache verklärt.

Da werden bürgerliche Analysen über die Ideologie der Chinesischen KP erstellt und entstellt, nur weil sich der Analytiker nicht erklären kann, warum sowohl Rechte als auch Linke in China dieselben Parolen benutzen.

Da wundert sich der Fachmann darüber, wie in China die Rechten die Linken als rechte beschimpfen. In China wundert man sich. In Deutschland, wo sich gerade unsereins immer von Rechten anhören muß, daß wir eigentlich Rechte und keine Linken seien, da nicht.

Auch wir haben nicht richtig gescheckt, warum Lin Piao und Tschen Poda erst als Linke bejubelt wurden und später, ziemlich unvermittelt, als Rechte angegriffen wurden.

Nur, wenn wir unsere eigene Praxis, Zirkel und Gruppen einem Vergleich unterziehen, dann müssen wir ja wohl alle ehrlich zugeben, daß es darin Genossen gab und gibt, die heute noch die schärfsten Verfechter einer Idee sind, die sie morgen schon heftig bekämpfen.

Über die Methoden, wie Widersprüche zu lösen sind, gibt es immer Streit und Diskussion. Und über die Methoden, die Kulturrevolution voranzutreiben, gab es anscheinend Widersprüche, die sich erst im Laufe der Kulturrevolution entwickelt bzw.

Widersprüche, die sich erst im Laufe der Kulturrevolution entwickelt bzw.

entzündet haben.

Jiang Qing, nicht nur die Frau Maos, auch eine eigene Persönlichkeit mit einem ungebrochenen revolutionären Bewußtsein, hat ganz gut kapiert, wie man Widersprüche unter den Gegnern fördert. Hat sie es von Mao oder hatte er es von ihr? Aus 1 mach 2!

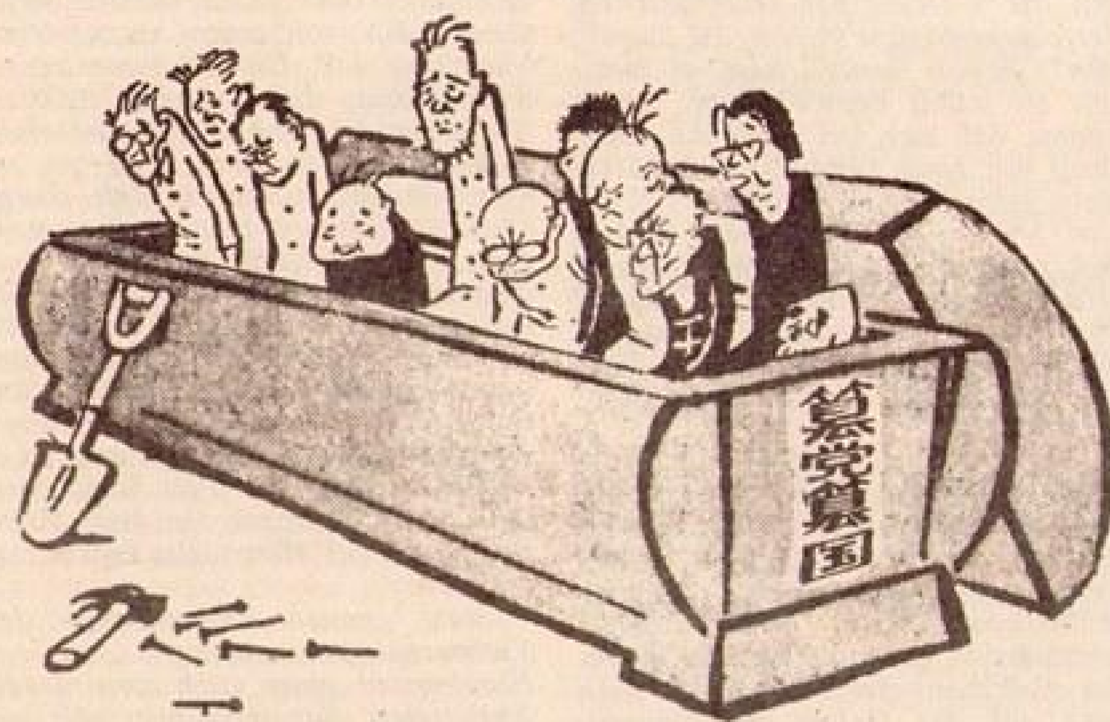
Sie hat mit ihrem großartigen Auftritt beim Prozeß nicht die revolutionäre Märtyrerin herausgekehrt. Sie hat ganz bewußt die Anklage von ihrer Person weg, auf die Kulturrevolution und auf die Mitstreiter Mao, Tschu En-lai und Hua Kuo-feng gelenkt. *„Mein Tod wird die Beleidigung von hunderten Millionen Chinesen bedeuten. Die Todesstrafe wird mir ein Vergnügen sein"* (Jiang Qing vor Gericht).

Sie hat bewußt die Todesstrafe riskiert, weil sie weiß, daß ein Todesurteil gegen sie ein nachträgliches gegen Mao ist. Damit kann zwar Deng einverstanden sein, nicht aber die große Mehrheit des chinesischen Volkes und auch nicht Hua sowie starke Kräfte innerhalb der Volksbefreiungsstreitkräfte.

Jiang Qing hat den Widerspruch zwischen den Kulturrevolutionären und der Hua/Deng-Einheitsfront in den Hintergrund gedrängt und den Widerspruch zwischen Hua und Deng vorangetrieben. Sie hat aus 1 zwei gemacht. Sie konnte das alles leicht vorantreiben. Jeder weiß, daß die Kulturrevolution auf dem 9. und 10. Parteitag (1969 und 73) vom gesamten ZK als positiv eingeschätzt wurde.

Hua hat sogar auf dem 11. Parteitag, nach Maos Tod, die Zerschlagung der „Viererbande" als Sieg der Kulturrevolution verkauft und diese selbst verteidigt, indem er Mao wie folgt zitierte: *„Die gegenwärtige große proletarische Kulturrevolution ist absolut notwendig und kommt genau zum richtigen Zeitpunkt, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, einer kapitalistischen Restauration zuvorzukommen und den Sozialismus aufzubauen!"* Das ZK stimmte dem zu. Das war bereits unter Deng Xiaoping.

Jiang Qings Auftreten im Gerichtssaal hat uns dieser großartigen Revolutionärin nähergebracht. Sie hat aber auch einige Erinnerungen in uns wachgerufen. Waren wir etwa über die Kulturrevolution so begeistert, weil es





Volkszeitung, Peking

Aussergewöhnlich geschmackvolle Karikaturen begleiteten den Prozeß: Die Angeklagten im Sarg stehend oder bei der Abladung auf dem „Müllhaufen der Geschichte"

uns Spaß gemacht hat, die Texte Maos nachzubeten? Oder waren es vielmehr die Inhalte der Kulturrevolution, die sich mit unseren Idealen so haarscharf deckten? Wir waren doch deswegen so begeistert, weil in den Betrieben Chinas die Fließbänder angehalten wurden, damit darüber diskutiert werden konnte, warum der Arbeiter X oder die Arbeiterin Y die Leistung nicht bringen konnten. Schwächere Leistungen wurden nicht wegen der Schwäche kritisiert, sondern man versuchte rauszukriegen, woran das lag und wie man die Probleme des Einzelnen lösen kann, damit er/sie eines Tages wieder mehr leisten kann. Fließbänder wurden langsamer gestellt, weil man sich an der Leistung der Schwachen und nicht der Stärkeren orientierte.

Die Kulturrevolution sorgte dafür, daß die Elektroschocks in den psychiatrischen Anstalten abgeschafft wurden.

Daß die chinesischen Frauen gleiche Rechte und Löhne bekamen. In den Schulen wurden die Noten abgeschafft. Die Schulen der „Elite", wo man nur Kinder hoher Funktionäre und ehemaliger Großgrundbesitzer ausbildete, wurden zerschlagen und den Kindern der ärmeren Schichten zur Verfügung gestellt.

Die Kulturrevolution zerschlug an den Unis ein Erziehungssystem, das dahin tendierte, die Konkurrenz der Studenten um gesellschaftliche Spitzenpositionen anzuheizen. Weg mit der Konkurrenz, war eine Parole.

Professoren, die langsam lernende Studenten aus ärmeren Bauern- und Arbeiterfamilien als dumm beschimpften und sie als Hemmschuh für eine akademische Qualität bezeichneten, bekamen die Antwort in Form eines Schandhutes zurück.

An der Peita (Pekinger Uni) wurden Delegiertenkomitees nach den Prinzipien der Pariser Kommune von 1871 aufgestellt. Die Studenten hielten fest: „*Delegierte sind unser Dienstpersonal, sie müssen uns zu Diensten sein und dürfen nicht auf unseren Rücken reiten. Diese Delegierten können bei festgestellter Inkompetenz jederzeit abgewählt werden*". Jeder, der 68 an der Rebellion hier beteiligt war, weiß genau, daß das auch unsere Vorstellungen waren. Für uns war die Kulturrevolution Ausdruck dafür, daß die Menschen anfangen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und sich nicht weiter von einer neuen Herrschaftskruste fremdbestimmen lassen.

Es war der erste Versuch, von der Kampfphase realer Sozialismus in die Phase der kommunistischen Revolution überzuwechseln. Und da kann ein Spruch von „maoistischen Experimenten" nur als schlechter Witz oder — wie Mao sagen würde — als übler Gegenwind in muffiger Bunkerluft begriffen werden.

Mao hat nur seinen politischen Weg fortgesetzt, den er schon 1949 in seiner Schrift „Über die demokratische Diktatur des Volkes" niedergelegt hat, die sogar das Herz vieler junger Anarchos höher schlagen läßt. Ein Zitat daraus: „*Unsere Partei steht im Gegensatz zu bürgerlichen Parteien. Diese haben Angst, von der Aufhebung der Klassen der Staatsmacht und der Parteien zu sprechen. Wir aber erklären offen, daß wir einen zähen Kampf, gerade für die Schaffung jener Voraussetzung führen, die das Verschwinden aller dieser Einrichtungen beschleunigen werden ... sie müssen begreifen, daß die gesamte Menschheit den Weg der Abschaffung der Klassen, der Staatsmacht und der Parteien beschreiten muß; das ist nur eine Frage der Zeit und der Voraussetzungen*".

Das Werk Maos verdient es, in seiner Gesamtheit gelesen zu werden. Nur so begreift man nämlich die Kulturrevolution nicht als Experiment, sondern als Praxis, die die Voraussetzungen der Abschaffung der Klassen, der Staatsmacht und der Parteien verbessern helfen sollte.

Mao ist in der Phase des Sozialismus davon ausgegangen, daß Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf noch vorhanden sind. Und daß es noch immer den Kampf zwischen zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem der kapitalistischen Restauration, geben wird. Wie recht er doch hatte, wenn wir uns heute die Staaten des realen Sozialismus ansehen und wenn wir China heute erleben.

Es gibt wohl kein anderes Volk und einen anderen KP-Vorsitzenden, die — trotz aller Fehler — den Prozeß der Abschaffung der Klassen und der Parteien so weit vorangetrieben haben, wie das chinesische Volk und Mao Tse-tung.

Mao hat den Traum einer kommunistischen Gesellschaft nie ausgeträumt, und er hatte bis zum Lebensende die Kraft für diesen Traum zu kämpfen. Wenn heute die jungen Rebellen in Freiburg, Zürich, Amsterdam, Göttingen, Bremen, Kreuzberg u.a. ihre Parole „Staat verschwinde" rufen, dann haben sie mit Mao einen, der theoretisch und praktisch auf diesem Gebiet bereits einen Takt vorgelegt hat.

Auch wenn es viele Häuserkämpfer noch nicht wissen, ihre Ideale und die der Kulturrevolution decken sich.

Vergleicht man die Kommentare in der Taz über den Häuserkampf mit denen über die Kulturrevolution, dann stellt sich — bis auf wenige Ausnahmen — der gleiche politische Trend raus. Der Trend läuft nach dem Motto: Wenn wir stillhalten, gewaltfrei argumentieren, dann erhalten wir uns den kleinen Freiraum, der journalistisch, aber auch für die Besetzer vorhanden ist. Da das aber eine bürgerliche Einstellung ist, kommt es auch zum Verriß der Kulturrevoluion. Man erhascht Beifall von der falschen Seite. Freiheit und Kommunismus erkämpft man aber nicht dadurch, daß nichts mehr riskiert wird und der Zug auf halber Strecke stehenbleibt. Ganz im Gegenteil, erst wenn man versucht, die erkämpften Freiräume oder Voraussetzungen zu erweitern, kann man alte Freiräume erhalten. Empfehlungen, daß Gewalt bloß in die bekannte (?) Sackgasse führt — Originalton M.S. — sind nur noch Empfehlungen einer sattgewordenen Generation, die noch politisch mitreden will, aber längst nicht mehr kann. Politisch satt sich an der Informationsbörse klammernd.

Wer in Zeiten des rebellischen Aufbruchs in Frage nach dem Wohin mit der Feststellung, daß es zu nichts führt (M.S.) beantworten kann, handelt ziemlich unverantwortlich; um nicht defätistisch zu sagen.

Da reiht sich dann ganz logisch ein inhaltsloser Demo-Bericht eines alt und müd gewordenen Kämpen ein. Anstatt den Platz in der Taz einem weniger Prominenten, aber an den Kämpfen Beteiligten zur Verfügung zu stellen, bzw. dafür lieber die erfrischenden und Aufbruchsstimmung verbreitenden Sachen des Häuserrates zu bringen, wird Papier in unserer so baumknappen Landschaft vergeudet.

Der Häuserrat hat der Taz schon mal eine richtige Antwort erteilt. Verstanden wurde sie nicht, auch wenn heute vieles über den Häuserkampf vor Opportunismus nur so trieft. Zweckopportunismus sollte man lieber sagen, denn die Angst, daß auch die Häuserkämpfer es den Taz-Frauen nachmachen und die Parole der Kulturrevolution aufgreifen: „Bombardiert das Hauptquartier", spielt inzwischen bei der Berichterstattung eine Rolle.

Hauptquartier ist die Taz ja glücklicherweise nicht, könnte aber dabei helfen, die vorwärtstreibenden Momente des Kampfes mitzusuchen und den vielen unerfahrenen Genossen bei der Suche nach der politischen Strategie zu helfen. Eine Zeitung kann mithelfen, den rebellischen und revolutionären Enthusiasmus anzuheizen, anstatt Feststellungen zu treffen, daß Gewalt in die Sackgasse führt.

Uns ist es jedenfalls noch nicht gelungen, die Krise des Staates von seiner Gewaltanwendung abzuleiten. Sollte es wirklich stimmen, daß Gewalt in die Sackgasse führt, dann müßte dieser Staat total eingeklemmt sein. Gewalt ist immer nur die Fortsetzung unserer Politik mit anderen Mitteln und Methoden. Gewalt ist Politik gegen den Feind, das sollten doch gerade die Preußen beherrschen. Davon, daß Gewalt in die Sackgasse führt, hat Clausewitz nie gesprochen.

In diesem Sinne haben der Häuserrat und die Unterstützer bisher äußert klug und geschickt gehandelt. Daß dabei auch Fehler gemacht werden und wurden, ist auch klar. Der Überschwang, der bei Anschlägen und Demonstrationen mitläuft, ist eine Jugendsünde, die durch politische Aufklärung und Agitation beseitigt werden kann und muß.

Sie sind aber kein Grund, die Gewalt an sich infragezustellen. Der Fehler liegt nicht an der Gewalt, sondern an den Fehlern, die dabei gemacht werden.

Wir finden es nur traurig, wenn Genossen, die von sich behaupten, 68er zu sein, den Rebellen heute nicht ihre Fehler, sondern nur eine angebliche Sackgasse erklären können. Dabei gilt es doch in erster Linie, den Rebellen zu raten, den Häuserkampf auf gar keinen Fall stagnieren zu lassen. Mit der Stagnation beim Besetzen würde der politische Zerfall des Häuserkampfes als sozialer Bewegung einsetzen.

Es kommt aber darauf an, den Häuserkampf nicht nur als Kampf um Wohnraum, sondern als Kern einer sozialen Bewegung zu begreifen. Da sich der Kampf gegen das System der Betonkultur direkt richtet, muß auch ein breitestes politisches Spektrum von Betroffenen angesprochen werden.

Das Hexenhaus (von Frauen in Kreuzberg instandbehextes Haus — Anm. AK) ist ein fantastischer Anfang in dieser Richtung. Die autonome Frauenbewegung hat den Häuserkampf damit um eine neue politische Ebene bereichert.

Der Versuch, die politische Ebene auch auf Knastler, Rentner, Obdachlose, Arbeitslose, Therapiegruppen usw. auszudehnen, sollte vorangetrieben werden. Desto breiter das politische Spektrum der Besetzer, umso größer die Zahler derer, die die Häuser verteidigen werden.

Und wenn es gelingt, den Häuserkampf politisch auszudehnen, ihn breiter zu verankern, dann wird sich auch die politische Krise des Systems vergrößern.

Wenn sich die politische Krise des Systems vergrößert, vielleicht sogar durch unseren Kampf, dann stehen wir auch nicht plötzlich in einer Sackgasse. Wir stehen dann nur vor neuen Überlegungen, wie der Kampf und mit welchen Methoden er weiter vorangetrieben werden muß.

Vertraut auf die eigene Kraft! Lernt aus der eigenen Praxis und der Praxis anderer; deshalb: Kulturrevolution und Häuserkampf – eine Front!

Protest gegen Todesurteil gegen Jiang Qing

In einem Telegramm an die Chinesische Botschaft in Bonn protestierte die Offene Frauengruppe Bremerhaven gegen das Todesurteil gegen Jiang Qing.

Bremerhaven, 27.1.81

Impressum
Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als FörderAbo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14täg. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.500.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Die Spitzel eines Eisbergs

Polizeiarbeit im rechtlichen Grenzland

„Du mußt Dir das mal vorstellen, jeder in deiner Umgebung kann ein Bulle sein oder ein Spitzel. Bei jeder Kontrolle können sie dich einsacken, sieht doch eh jeder, wie du mit deinen kleinen Augen rumschleichst. Und wenn sie Bock haben, dann lassen sie dich schmoren - stundenlang. Zwischendurch holen sie dich zum Verhör, du willst nix sagen und weißt vielleicht auch wirklich nix. Aber allmählich, so ganz allmählich, fühlst du, wie dir der Affe den Rücken hochkriecht, es fängt tierisch an zu jucken, du frierst, immer doller schlägt das Blut im Kopf – und die ganze Zeit spielt dieser Scheißbulle hinter seinem Tisch mit dem Päckchen – mit d e i n e m Päckchen. Wenn du jetzt redest, dann geht er einen Augenblick raus, und läßt das Päckchen liegen. Und anschließend könntest du nach Hause, da müßte eigentlich auch noch was liegen.

Weißt du, mich haben sie nie soweit gekriegt, ehrlich, aber ich kann's verstehen, wenn jemand zum Spitzel wird.

Am schlimmsten sind aber diese Zivilbullen, mit Matte und Ring im Ohr und so. die sehn manchmal echt nicht nach Bulle aus. Also das sind echte Schweine, anders als die auf Demos, wenn du denen in die Finger fällst, na dann gute Nacht. Und viele sind das geworden, das glaubst du nich!"

Doch, inzwischen ja.

Nicht alle Tage geschieht es festgenommenen Hanfrauchern, daß sie im Polizeipräsidium von einem Geschäftspartner in Sachen Haschisch auf einen Kaffee in die Kantine eingeladen werden. Doch in der Freien und Hansestadt Hamburg, wo sich dieser Vorfall im Oktober letzten Jahres ereignete, überraschen derartige Neuigkeiten kaum mehr. In diesem Fall hieß der Geschäftspartner Werner Lühr, ist beamtetes Mitglied des lokalen Rauschgiftdezernats und war dem einen der beiden festgenommenen Jungen, Stefan, kein Unbekannter. Hatte er doch ein knappes halbes Jahr vorher dem damals noch Minderjährigen 40 g Haschisch zu einem reichlich überhöhten Preis abgekauft und ihn seitdem zu größeren Geschäften in Kilo-Höhe gedrängt. Trotz dieser ständigen Angebote von Werner und der Aussicht auf eine „schnelle Mark" ließen Stefan und ein Freund doch lieber die Finger von derartigen Deals, die für sie ein paar Nummern zu groß waren. Nach ihrer Festnahme an jenem Herbstabend allerdings sah die Situation schon ungünstiger aus: mit einem drohenden Verfahren wegen Verstosses gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtmG) am Hals waren sie erpreßbar. Doch ihr ehemaliger Kun-

»Das Pickelhaubensystem ist vorbei«

Alfred Stümper, 1972

de, alias RD-Spezi Werner, bot Hilfe an. Er forderte sie unverblümt auf, ihm Haschisch zu besorgen, am besten gleich mehrere Kilogramm auf einmal, später sollten es dann auch noch Kokain und Heroin „nicht un-

einmal, später sollten es dann auch

noch Kokain und Heroin „nicht unter 10 Gramm" sein. „Ein Geschäft anschieben", heißt sowas im Fachjargon – doch die beiden zogen rechtzeitig die Notbremse. Über eine Drogenberatungsstelle wurden sie an „Stern"-Autor und Christiane F.-Vater Kai Hermann vermittelt. Der ließ sich als angeblicher Dealer der beiden Jungen von einem Kommando des RD festnehmen; in einer Plastiktüte mitgeführte „Ware" entpuppte sich als gutbürgerliche Hausliteratur („Brehms Tierleben" und „Die Frau als Hausärztin", „stern", 2/81).

Hamburgs Rauschgiftfahnder mußten sich kritische Fragen über diese *„unkonventionelle Methode der Aufhellung und Aufklärung"* (Hans Zühlsdorf, ehem. Kripochef der Hansestadt, in „Kriminalistik" 5/74) gefallen lassen. Frei nach dem Motto „ist der Ruf erst ruiniert ..." traten sie die Flucht nach vorn an: RD-Chef Plewka bestritt vehement die Tatsache, Minderjährige als Informanten und Lockspitzel einzusetzen (taz, 22.12.80); ein Polizeireporter der BILD-Hamburg forderte, der Polizei an der „Drogenfront" nicht auch noch in den Rücken zu fallen; und Hamburgs neuer Innensenator Pawelczyk meint es seinen Beamten schuldig zu sein, *„daß sie bei ihrer schwierigen Arbeit eine feste Grundlage bekommen"* („Hamburger Abendblatt", 17.1.81). Bis zum 1. Februar soll ihm von der Polizeiführung der endgültige Entwurf einer Dienstanweisung für den Umgang mit V-Leuten auf den Tisch gelegt werden. Statt Selbstkritik und Überprüfung dieser *„rechtlich problematischen und teilweise auch als anrüchig geltenden"* Methoden (H. Zühlsdorf, „Kriminalistik" 5/74) also die rechtsstaatliche Lösung: da sich das Agieren im *„rechtlichen Grenzland"* (O-Ton BKA) nicht mehr verheimlichen läßt und mit zu vielen Pannen verbunden ist, müssen wieder mal die Grenzsteine versetzt werden.

Ach wie gut, daß niemand weiß .....

Die offene Forderung nach rechtlicher Absicherung verdeckter Fahndung ist erst in jüngster Zeit derart laut geworden. Vor nunmehr 13 Jahren wurde in Hamburg die Frage nach der Anzahl der beschäftigten V-Leute vom damaligen Ltd. Kriminaldirektor Lang noch entrüstet zurückgewiesen: *„Den bezahlten Polizeispitzel gibt es bei uns nicht mehr. Wo denken sie hin? Die Tips kommen freiwillig aus der Unterwelt. In Ausnahmefällen soll es gelegentlich eine Art ‚Finderlohn' geben"* („Zeit", 28.4.67).

Derartige Darstellungen aus Polizistenmunde sind nicht unbedingt auf die Goldwaage zu legen, aber tatsächlich waren die Zeiten noch erträglicher. Mit Ausnahme der Bereiche Einbruch, Diebstahl und Hehlerei und natürlich der Politischen Polizei (für die trotz der ursprünglich von den alliierten Militärgouverneuren verfügten Trennung geheimdienstlicher und polizeilicher Arbeit immer schon jene „Ausnahmefälle" galten) steckten Untergrundfahndung und Spitzelunwesen noch in der Entwicklungsphase. Erst das Entstehen der außerparlamentarischen Linken und die Expansion des illegalen Drogenmarktes in der BRD schufen zwei willkommene Testfelder, auf denen die verschiedenen Spielarten „verdeckter Fahndung" eingesetzt werden konnten. Im Bereich Rauschgift standen zwei Typen zur Auswahl:
- der beamtete Untergrundfahnder
- und der Spitzel, der in der Regel straffällig geworden und damit erpreßbar ist.

Beide wahlweise als Informant, Lockspitzel (Agent provocateur) oder Scheinkäufer einzusetzen.

1970 wurden die ersten verdeckten Rauschgiftfahnder eingesetzt, of-

1970 wurden die ersten verdeckten Rauschgiftfahnder eingesetzt, of-

fiziell sieben Stück bundesweit. Sie vermehrten sich in der Folgezeit wie die Karnickel.

Im gleichen Jahr kauften beispielsweise in Hamburg Zivilfahnder schon regelmäßig „Stoffproben" vor dem damaligen Szenetreff „Charlie". Drei ihrer Dealer wurden mit dem Versprechen einer Strafverschonung dazu angestiftet, *„ordentliche Mengen von 5 Kilo an"* zu beschaffen. Ein Vierter bekam zu diesem Zweck von den Beamten 10.000 DM und verschwand mit ihnen (eigene Quelle). Pannen dieser Art ereigneten sich zum Gaudi der Szene noch häufiger und wurden von der Polizei als *„Probleme der polizeilichen Untergrundarbeit"* bitter beklagt. („Kriminalistik" 5/74). Noch mangelte es an Erfahrung und den rechtlichen Grundlagen, und erst allmählich wagte man auf Fachebene, dieses heikle Thema zu diskutieren. Zwar hatte sich unter Kriminalisten schon längst die Überzeugung breitgemacht, *„in der kriminalpolizeilichen Aufklärungspraxis sei die Verwendung von Spitzeln unerläßlich"* („Kriminalistik", 1964, S. 238), doch für den bislang vergleichsweise bescheidenen Rahmen hatte es keiner großen theoretischen Erörterungen bedurft.

Ein Polizeiveteran plaudert aus der Schule

Als erster trat der für seine V-Leute bekannte Frankfurter Kriminalbezirkskommissar Karl Mörschel auf. **„Im Verlauf von gut 20 Jahren als Leiter des Einbruchsdezernates habe ich es immer als meine vornehmste Aufgabe angesehen, V-Leute anzuwerben, zu finden und mit ihnen Kontakt zu halten und zu pflegen"** („Kriminalistik" 4/71). Er unterschied zwei Arten nichtbeamteter Informanten:

- Personen, die nur als Informanten dienen, ohne selber dabei kriminell zu werden, und die deshalb für einen längeren Zeitraum verwendbar sind, und
- Personen, die selbst kriminell tätig sind und von denen *„die Gunst des Zufalls"* (eine gelungene Umschreibung für Erpressung) oder *„eine Spannung in der Unterwelt"* (sprich Konkurrenz) Informationen erwarten läßt.

Er empfahl, den Umgang mit V-Leuten zentral zu regeln, damit *„vor Gericht n u r e i n e r Angaben machen kann"* (Hervorhebung im Original, Anm. AK) und die *„Front vor Gericht"* klarbleibt. Er beklagte sich, daß diese Rechtsbrüche nicht bedingungslos als notwendiges Übel akzeptiert wurden. *„Unsere Waffen werden im Interesse einer liberalen Rechtsauffassung immer stumpfer"*, weil sie *„angeblich unmoralisch"* seien.



Sie sind überführt ... ach du bist das!

aus „Hamburger Abendblatt", 21.1.81

Sie sind überführt ... ach du bist das!

aus „Hamburger Abendblatt", 21.1.81

Dem Mann konnte geholfen werden: ein junger Staatsanwalt meldete sich zu Wort und drückte gleich forsch auf die Tube: *„ ... ist der wichtigste V-Mann daher in der Regel der aktive Teilnehmer am Rauschgifthandel. ... nach seinem Einschleusen soll und muß der V-Mann in strafrechtlich relevanter Weise tätig werden ... "*, doch *„wenn der V-Mann den Erfolg seiner Tat im Inneren nicht will, scheidet Strafbarkeit wegen vorsätzlichen Deliktes aus"*. Im Klartext: es ist alles erlaubt, der V-Mann muß

»Man müßte eher sagen, daß die Mithilfe bei der Aufklärung von Straftaten einen Dienst an der Gesellschaft darstellt und hoch eingestuft werden kann.«

Kriminalhauptkommissar H. Schmidtmann, Ffm, 1975

nur guten Willens sein und sein Führungsbeamter muß *„den Fall vorher mit der zuständigen Staatsanwaltschaft"* absprechen („Kriminalistik", 11/71).

Er lobte den *„Wert einer vertrauensvollen Zusammenarbeit sämtlicher beteiligter Behörden – der örtlich zuständigen Polizei, der Landeskriminalämter und der Zollfahndungsstellen.* (Das BKA spielte damals noch keine große Rolle, Anm. AK). *Nur durch eine solche Zusammenarbeit könne im übrigen verhindert werden, daß sich die V-Leute der verschiedenen Verfolgungsorgane gegenseitig bespitzeln"*. Schon damals kam es nämlich zu jenen denkwürdigen Situationen, daß sich bei Abschluß eines Deals nur noch beamtete Geschäftsleute gegenübersaßen, die den Kauf bzw. Verkauf „angeschoben" hatten und nun zur gegenseitigen Verhaftung schreiten wollten. Ein echtes Problem, das sich bei der sprunghaften Vermehrung dieser Spezies Polizist in Zukunft noch häufiger ergeben sollte.

Der „politische Terrorismus" wurde zu einer häufig benutzten Begründung für den Ausbau und die Zentralisierung der Polizeiapparate; insbesondere die Aufstellung „Mobiler Einsatzkommandos", auch Sonderkommandos genannt, kam in Mode. Ihr Aufgabenbereich erstreckte sich auch auf das Gebiet der Rauschgiftfahndung. Gegen *„eine gewisse Neigung zu echter (organisierter) krimineller Bandenbildung, teilweise auch internationaler Prägung"*, galt es „operativ" zu agieren (A. Stümper, „Die Polizei", 6/72). „Operiert" wurde allerdings – damals wie heute – nur auf der untersten Ebene, auf der Szene wurde das Klima spürbar rauher. Die damals marktbeherrschenden amerikanischen und iranischen Ringe wurden dagegen nie ernsthaft gefährdet. Da sie sich v.a. aus GI's bzw. Mitarbeitern des iranischen Geheimdienstes SAVAK rekrutierten, soll dabei auch politische Rücksichtnahme eine Rolle gespielt haben.

1974 faßte der „Spezialist" für Bandenkriminalität, der schon erwähnte **Hans Zühlsdorf**, den aktuellen Stand der ersten Ausbauphase zusammen: in den meisten Fällen wurden V-Leute *„von Beamten in einem gegen sie laufenden Verfahren angeworben ... Einzelfälle können im allgemeinen noch in enger Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft gelöst werden"*. Probleme rechtlicher und technischer Art ergaben sich jedoch noch bei der länger dauernden Untergrundarbeit, für die der Einsatz *„hauptberuflicher Agenten unter zentraler Führung des BKA zu prüfen sei"* („Kriminalistik" 5/74). Inzwischen seien *„insbesondere zur Bezahlung von V-Leuten erhebliche finanzielle Mittel eingeworben worden ... Die polizeiliche Arbeit in diesem Kriminalitätsbereich gleicht in etwa den Methoden der Staatsschutzdienststellen"* („Kriminalistik" 8/74).

Wie auch bei Staatsschutzprozessen stellte sich vor Gericht allerdings das Problem, daß mit dem amtlich gedeckten Verschwinden eines V-Mannes oder Informanten auch *„Löcher im Vorgang"* entstanden. In jedem Fall mußte seine Identität geschützt werden, galt es, ihn nicht „verbrennen" (enttarnen) zu lassen. Mit deutlichen Fallbeispielen aus der Praxis wurde empfohlen, *„frühzeitig mit der ermittelnden Staatsanwaltschaft zusammenzuarbeiten"*, für eine sinnfällige Ergänzung der Aktenlage zu sorgen und Festnahmen so zu inszenieren, daß keine Rückschlüsse auf etwaige Informanten möglich sind („Kriminalistik" 4/75).

Die Macher: Nicht kleckern, sondern klotzen

Ein dreiviertel Jahr vor dem „Deutschen Herbst" wartete Kuno Bux, Präsident des baden-württembergischen LKA, mit einem zeitgemäßen Vorschlag auf: *„Um die konspirative Kriminalität, den Rauschgifthandel, Waffenhandel und Bandendiebstahl einigermaßen in den Griff zu bekommen, sei es höchste Zeit, dieses Problem politisch in Angriff zu nehmen, beispielsweise durch Aufstellung von Polizeieinheiten, deren Mitglieder nicht Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft seien oder die eine ähnliche Organisation und ähnliche Statuten hätten wie die Nachrichtendienste"* („Stuttgarter Zeitung", 10.1.77). Anfang der 70er waren vorsichtige Äußerungen in diese Richtung noch auf öffentliche Entrüstung gestoßen.

Von *„neuen Dimensionen der Verbrechensbekämpfung"*...*„auf dem Hintergrund eines auch sonst durch Aktivitäten terroristischer oder gewalttätig extremistischer Gruppen stark angespannten inneren Sicherheitszustandes"* war von nun an die Rede. Man könne dieser Art Verbrecherprofis im illegalen Drogenhandel nicht mit *„offenem Visier"* entgegentreten und außerdem nicht dauernd davon ausgehen, *„daß wir clever genug sind, u.U. mit der Staatsanwaltschaft und ggf. unter Anwendung des §34 StGB (Rechtfertigender Notstand) die Dinge immer wieder h i n z u b i e g e n"* (Hervorhebung im Original, Anm. AK). *Wir leben in einem Rechtsstaat, in dem der Grundsatz gilt, daß kein Eingriff ohne Rechtsgrundlage erfolgen darf"... „Alles Reden von Rechtsstaatlichkeit im berufsethischen Unterricht... nützt dann nichts, wenn der junge Polizeibeamte nicht...eine ganz saubere, einwandfreie Rechtsgrundlage hat"* („Kriminalistik",9/79).

Der Autor heißt **Alfred Stümper** und übernahm nach dem Vorsitz der AG Terrorismus auch den Vorsitz der AG Rauschgift der Innenministerkonferenz. Er ist inzwischen zu einem der ausgekochtesten „Sicherheitsexperten" der Republik avanciert. Unter seiner Federführung erfuhr der Rauschgiftbereich einen rasanten Ausbau auf allen Ebenen: BKA, Zoll, BGS und Länderpolizeien wurden (in dieser Reihenfolge) mit reichlich materiellen und personellen Erweiterungen beglückt, Computertechnologie ersetzte die alten Datensammlungen und wurde untereinander bzw. mit bestehenden verkabelt; unter der Überschrift „Rauschgiftbekämpfung" arbeitet das BKA inzwischen weit internationaler, als es ihm beim „Kampf gegen den Terrorismus" vom Ausland eingeräumt worden war, Knäste werden aus dem Boden gestampft, zigtausende Konsumenten kriminalisiert... Die Rauschgiftbekämpfung war zumindest finanziell neben dem „Antiterrorismus" als sicherheitspolitisches Schwerpunktprogramm getreten; zur Vollständigkeit fehlen jedoch noch ein paar Bausteine. Einer ist jener *„Ermächtigungsraum"* (Kuno Bux), der die Beamten *„zumindest*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

zeitweise" von der Strafverfolgungspflicht der StPO entbindet, ihnen also einen rechtsfreien Raum im Untergrund verschafft („Kriminalistik" 5/80).

Die Herren wollen Sondergesetze, in der Praxis bestehen sie schon seit langem. Auch höchstrichterlich sind die Weichen inzwischen gestellt: der erstinstanzliche Freispruch eines jungen Mannes aus Augsburg, der zum Eigenverbrauch gelegentlich schon kleinere Geschäfte getätigt hatte und nach einem von Zivilbeamten „angeschobenen" 40g-Heroin-Deal festgenommen worden war, wurde vom Bundesgerichtshof am 5. Juni 1980 aufgehoben. Begründung: *„Es werde ganz überwiegend von der juristischen Wissenschaft gebilligt, daß polizeiliche Lockspitzel eingesetzt werden dürfen und daß auch in diesem Fall der Polizist korrekt gehandelt habe. Der junge Dealer sei immerhin schon einige Zeit zuvor in kleinere Geschäfte verwickelt gewesen, so daß er gewillt gewesen sei, auch größere Geschäfte abzuwickeln"* („FR", 6.6.80).

Die Opfer - eine Auswahl

Westberlin, frühe 70er: Der VS-Spitzel Peter Urbach beliefert Teile der Linken und der bewaffneten Gruppen mit Waffen, Sprengstoffen und Opiaten. Seine Kunden werden wahlweise verhaftet (s. Bommi Baumann, „Wie alles anfing").

Hamburg, 1973: Der Düsseldorfer Jochen M. wird als „Lockvogel" eingesetzt, der Deal beträgt 4,5 kg Haschisch. Er erhält dafür in einem eigenen Verfahren ein äußerst mildes Urteil und will 1972 -76 für das RD gearbeitet haben (eigene Quelle).

Hamburg, 1975: Es existieren erste Berichte von Fixern, die mit beschlagnahmtem Heroin nicht einmal

Berichte von Fixern, die mit beschlagnahmtem Heroin nicht einmal

zur Anzeige gelangen, aber von Beamten als Gegenleistung zu Spitzeldiensten angehalten werden, außerdem als Agents provocateurs.

Hamburg, 1977: Ein 24-jähriger Fixer wird von einem Beamten namens „Bobby" als Spitzel zur Wiederbeschaffung einer größeren Menge Valoron eingesetzt. Nach zweijähriger Zusammenarbeit trennt sich „Bobby" von ihm, indem er ihn mit 9,8g Heroin am Flughafen verhaftet. Strafe: 2 Jahre Knast („Konkret" 6/80).

München, 1979: Einem süchtigen Polizeispitzel gelingt es, einen stadtbekannten Dealer zu einem größeren Geschäft anzuregen. Der Trick klappt, der Dealer wandert in den Knast, bei seiner Verhandlung steht der Lockspitzel nicht mehr als Zeuge

»Es sei deshalb an dieser Stelle die provokatorische Frage erlaubt, ob etwa das Aufbauen und Führen von V-Leuten als Vergnügen angesehen wird?«

H. Schmidtmann, 1975

zur Verfügung - er ist inzwischen an den Folgen seiner Sucht gestorben („Süddeutsche Zeitung", im August 79).

Göttingen, 1979: *„Polizeibeamte werden als Dealer in der Szene tätig. Sie nehmen selber Drogen, tätigen Geschäfte mit dem angeblichen Ziel, die großen Dealer zu fangen. Es sind Fälle bekannt, in denen durch die Polizei erst Drogengeschäfte in Gang kamen, die die kleineren Dealer von Göttingen und der Umgebung von sich aus nicht getätigt hätten. Das Ergebnis - nicht für die Polizisten natürlich: hohe Gefängnisstrafen, die sie für ihre bisherigen Geschäfte nicht bekommen hätten. (...) Dies alles findet mit Wissen der Staatsanwaltschaft statt, die* (erpreßten Polizeispitzeln, Anm. AK) *sogar straffreies Mitführen von Drogen zum eigenen Konsum zusichert"* (Göttinger Stadtzeitung", Dezember 79).

Hamburg, 1980: Ein kurzfristig rückfällig gewordener Klient einer Hamburger Therapieeinrichtung wird von einem „freien Mitarbeiter" des RD zu einem 1,5 g-Heroingeschäft überredet, die Hälfte darf er behalten. In der ersten Verhandlung bekommt er 12 Monate ohne Bewährung, in der zweiten Instanz die gleiche Haftstrafe mit Bewährung. Grund: Handel und Besitz von Betäubungsmitteln; der Umstand der Spitzelbeteiligung wird „strafmildernd" gewertet (Quelle: anwaltliche Auskunft).

Kollege V-Mann

„Der derzeit aktuelle Stand:
- **der Einsatz von Informanten**
- **die Arbeit durch Polizeibeamte im Untergrund**
- **alle Arten der Observation,**
- **Telefonüberwachungsmaßnahmen**
- **die Verwendung optischer und akustischer Hilfsmittel**
- **es gehören dazu Vertrauens- und Scheinkäufe wie**
- **kontrollierte Rauschgiftlieferungen.**

Alle aufgeführten Ermittlungsmethoden, die lediglich Grenzbereiche berühren, sind ja nicht gesetzeswidrig."
(Kriminaldirektor Werner Pietrzek, Bundeskriminalamt, in „Kriminalistik" 7-8/80)

Heidenheim (Ba.-Wü.),Sommer 1980: Zwei Beamte des Rauschgift-MEK machen sich an zwei Frauen ran, schlafen mit ihnen und versuchen über sie eine „Haschisch-Connection" anzuschieben. Aus persönlicher Gefälligkeit vermittelt die eine der beiden Frauen über einen alten Bekannten 150 ml Haschischöl. Der wird prompt verhaftet, gegen sie wird ebenfalls ein Verfahren eingeleitet. Erst jetzt erfährt sie, daß ihr „Liebhaber" Polizist ist; als sie schwanger zu sein glaubt, will sie seine Identität erfahren. Sinngemäße Antwort eines Beamten: Was sie eigentlich wolle, auch V-Männer hätten ein Recht auf Privatleben. Später stellt sich heraus, daß sie nicht schwanger ist. Ihr wird empfohlen, die Sache nicht an die große Glocke zu hängen. Trotzdem packt sie vor Gericht aus, und der Richter stellt daraufhin das

und der Richter stellt daraufhin das

Verfahren gegen sie ein, da der V-Mann ihre Menschenwürde verletzt habe und deswegen der Strafanspruch des Staates gegen sie hinfällig geworden sei. Außer einer Dienstversetzung der beiden Beamten ist absehbar, daß keine weiteren Sanktionen gegen die beiden verhängt werden, da sonst *„die ganze Arbeitsweise des MEK aufgedeckt"* würde (so jedenfalls ein Vertreter der Staatsanwaltschaft gegenüber der FR, 15.12.80). Oberster Dienstherr der Untergrundfahnder: Kuno Bux.

Hamburg, Dezember 1980: Nach der Festnahme Kai Hermanns melden sich Eltern und Betroffene beim „stern" und schildern ähnliche Fälle. Eine Pressekonferenz steht ins Haus.

Kommentare aus Polizistenmunde zu dieser Anhäufung von „Ausnahmefällen": *„...undenkbar. Das würde ja in der juristischen Konsequenz bedeuten, daß man Beweismittel unterdrückt..."* (Sielaff, ehem. Hamburger RD-Chef, in „Konkret" 6/80).

„Das auf freiwilliger Anerkennung unserer Rechtsordnung beruhende Menschenbild des Grundgesetzes stellt die Entscheidung jedes Einzelnen zur Beachtung der Rechtsordnung in die eigene Verantwortung des Menschen. Es bleibt ihm überlassen, ob er die Rechtsordnung respektiert oder nicht... Der Tatentschluß des Täters ist bereits gefallen, und die Polizei verschafft ihm hier nur eine Realisierung seines Tatentschlusses in einer von der Polizei kontrollierten Situation" (F. Hitz, Polizeioberrat im BGS und Dr. E. Krüger, Ltd. Kriminaldirektor an der Polizeiführungsakademie, in „Kriminalistik" 6/79).

Friedliche Koexistenz zwischen Polizei und organisiertem Verbrechen

„Unsere V-Leute sind besonders ausgesuchte Beamte. Sie müssen so hohen Charakter- und Ausbildungsanforderungen entsprechen, daß sie vollkommen integer sind", beschrieb Hamburgs RD-Chef Plewka seine Kollegen im Untergrund („Hamburger Abendblatt", 6./7.12.80).

Neben diesen Jubel-Polizisten gibt es auch andere Stimmen. So schrieb der Gießener Strafrechtsprofessor Arthur Kreuzer schon 1975: *„Das jüngste Kind der Kriminalpolizei - der Untergrundfahnder in der Drogenszene - ist zugleich eines ihrer fragwürdigsten Instrumente. In ihm wird die Methodenannäherung* (zwischen Beamten und Kriminellen, Anm. AK) *am sichtbarsten. (...) Schließlich sind Rückwirkungen auf das allgemeine polizeiliche Arbeiten zu befürchten. Der junge polizeiliche Untergrundfahnder wird nicht selten vom Abenteuerdrang inspiriert sein. Parallelen zur Spionage liegen auf der Hand. Abgesehen von seinem eigenen erheblichen Sicherheits- und beruflichem Risiko ist nicht auszuschließen, daß er die nötige rechtliche und funktionale Distanz und Unabhängigkeit gegenüber dem Gegenstand seiner speziellen Aufgabe verliert ... Solche Gefahren werden unter Eingeweihten als so ernst erachtet, daß man auf einer Fachtagung von der Notwendigkeit sprach, spezialisierte Untergrundfahnder vor ihrer Rückführung in andere Dienstaufgaben für die übrige polizeiliche Tätigkeit zu ‚resozialisieren'*" (A. Kreuzer, „Drogen und Delinquenz", Wiesbaden 1975).

In den Vereinigten Staaten, wo man mit „integren" Beamten schon mehr Erfahrungen gemacht hat, werden mittlerweile in besonders anfälligen Dienstbereichen Beamte nach möglichst kurzer Zeit versetzt („Hamburger Abendblatt", 6./7. 12. 80). Hierzulande ist man von solchen Überlegungen trotz immerhin gut zwei Dutzend in den letzten drei Jahren bekanntgewordener Fälle von dealenden Beamten noch meilenweit entfernt. Aber nicht nur wegen grundsätzlicher Zweifel an der Integrität von Polizeibeamten im Untergrund lehnen wir ihren Einsatz und jegliche Verwendung von straffällig gewordenen Drogenkonsumenten zu Spitzeldiensten strikt ab. Findige sozialliberale Politiker und Polizeiführer werden gewiß in der nächsten Zeit - nicht nur in Hamburg - auf die bekannt gewordenen Vorfälle mit Dienstanweisungen und Verordnungen reagieren und allerhöchstens bereit sein, diese Vorfälle als Ausnahmefälle zu bezeichnen, gegen die man mit der nötigen Schärfe vorgehen werde.

Es ist aber keine Ausnahme, es ist die im System der Untergrundfahndung fest verankerte Regel.

Die gesamte Arbeit der Rauschgiftfahndungsapparate gleicht ja prinzipiell eher dem Versuch, beispielsweise einen Öl-Multi von den Tankstellenwärtern her aufzurollen. Offiziell liest sich das so: *„Wir müssen schließlich versuchen, die Organisation* (der Händlerringe, Anm. AK) *bis in ihre Spitze zu durchdringen und die Mitglieder durch kriminalistische Kleinarbeit zu überführen"* (W. Pietrzek, BKA-Kriminaldirektor, „Kriminalistik" 7-8/80).

Schön gesagt, nur mit entscheidenden Mängeln in der Praxis behaftet: wo denn sind die Mitarbeiter des BKA, die die türkischen Rechtsparteien zielstrebig bis zum „Kopf" durchsetzen? Wer unterwandert derzeit den pakistanischen Generalstab? Wer wurde in die afghanische Guerillagruppen eingeschleust? Wer von den vielen BKA-Mitarbeitern macht derzeit Karriere in der bolivianischen Armee? Wer besorgt die Geschäftsunterlagen bundesdeutscher Chemiekonzerne, die sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, die Zutaten zur Heroinraffinierung zu liefern? Und wer schließlich kontrolliert, daß wirklich kein bundesdeutsches Sturmgewehr, keine einzige Kugel als Kompensationsgeschäft für Heroin in Mohnanbauländer gelangt?

Von diesen - politisch bestimmten - Grenzen werden alle Pläne, die *„Logistik, Operationsbasen und Verbindungen zu zerstören"* (BKA-Pietrzek), zum leeren Gerede. Von den rund 60.000 im vergangenen Jahr erfaßten Drogendelikten betrafen bei wohlwollender Berechnung gerade ein knappes Tausendstel den organisierten Handel. Und von denen erwischte es - um im Ölbild zu bleiben - gerade die Tankwagenfahrer und die Besitzer freier Tankstellen.

In der Praxis wird dafür weiterhin das Märchen von der „Seuchentheorie" gepflegt, von der „Infizierung" mit Drogen durch Abhängige und Kleindealer. *„Gerade der Kleindealer und Zwischenhändler ist es doch, von dem die Gefahr ausgeht. Kein Großhändler und kein Schmuggler steht als Verkäufer auf dem Schulhof, es ist der Klein- und Zwischenhändler, der ständig bemüht ist, seinen Kundenstamm auszuweiten, der die ersten Schüsse kostenlos abgibt und der Ungeübte und Unerfahrene experimentieren läßt und auf diese Weise nicht nur neue Konsumenten, neue Abhängige, sondern möglicherweise auch tödliche Unfälle produziert"* (Pietrzek, „Kriminalistik" 7-8/80). Wer so argumentiert, muß sich den Vorwurf gezielter Desinformation gefallen lassen. Aber vielleicht ist Ehrlichkeit auf dieser Ebene auch gar nicht zu erwarten; mit dem jetzigen Zustand läßt es sich ja ganz gut leben: Sicherheitspolitiker haben für jede technische und personelle Erweiterung der Polizeiapparate die beste Begründung zur Hand, seitdem der Hinweis auf die Gefahr des „Terrorismus" nicht mehr ohne Kritik geschluckt wird; die außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik in Drogenanbauländern werden nicht gefährdet; mit dem organisierten Handel herrscht friedliche Koexistenz, und auf unterster Ebene produzieren die V-Leute ihre „Erfolge" notfalls selbst.

Das vom Bundestag noch kurz vor Beendigung der letzten Legislaturperiode verabschiedete neue Betäubungsmittelgesetz (BtmG) sieht Strafmilderung für aussagebereite Bandenmitglieder vor. Bei verschärfter Auslegung fallen schon Fixer, die sich gegenseitig mit Heroin versorgen und Wohngemeinschaften mit Hanf im Balkonkasten unter den Begriff der Bande. Damit ist der Kronzeuge gesetzlich verankert. Bei den „Anti-Terror-Gesetzen" war das noch nicht möglich.

Eine ganz saubere, einwandfreie Rechtsgrundlage.

Drogenkommission/KB
Die Tageszeitung, Red. Hamburg

Darmstadt:

»...was glauben Sie, was hier los wäre, wenn Merck in Zusammenhang mit Heroin genannt wird, nicht?«

Im Februar 1980 gab die türkische Regierung bekannt, drei Jahre zuvor seien 20.000 Liter illegal importiertes Essigsäureanhydrid der Firma Merck beschlagnahmt worden (siehe AK 172, „Ein HOECHST MERCK– WÜRDIGES Geschäft"). Essigsäureanhydrid ist für die Raffinierung von Heroin aus Opium unentbehrlich.

Das folgende Interview mit dem Pressesprecher der Firma Merck entnahmen wir einem Artikel von Hans-Georg Behr in „Transatlantik" vom Februar.

06151 722 386 - - - »Schmidt – Ja, ich habe Ihren Anruf erwartet. Sie müssen verstehen: Wir legen größten Wert darauf, in solchen Zusammenhängen nicht genannt zu werden, das ist uns äußerst wichtig.«

Herr Schmidt scheint es sehr eilig zu haben, schade, daß ich ihn nicht sehen kann. Der Stimme nach muß er Ende der Dreißig sein; wahrscheinlich hat er Notizen vor sich liegen.

»Ich muß das in aller Entschiedenheit klarstellen: BEI UNS IST ALLES UNTER STRENGSTER KONTROLLE, da kann KEINERLEI MISSBRAUCH stattfinden, das sind wir schon unserem RUF schuldig.«

»Aber Herr Schmidt, Sie haben doch selbst gesagt, Essigsäureanhydrid sei ›eine ganz normale Industriechemikalie, genauso gebräuchlich wie Kochsalz‹.«

»Wann soll ich das gesagt haben?«

»Im Februar, als die türkische Regierung bekanntgab, sie hätte 20000 Liter illegal importiertes Essigsäureanhydrid Ihrer Firma beschlagnahmt.«

»Nun ja, das war natürlich nur so ein Vergleich.« Herr Schmidt hat nun doch etwas mehr Zeit. »Vergleiche können doch bekanntlich etwas hinken. Man muß das etwas volkstümlich ausdrücken – wir haben hier in Darmstadt ohnedies genügend Ärger mit Bürgerinitiativen, und was glauben Sie, was hier los wäre, wenn Merck in Zusammenhang mit Heroin genannt wird, nicht?«

Ich versuche einen verständnisvollen Grunzlaut.

»Sehen Sie. Und deshalb müssen wir uns entschieden dagegen wehren, als eine Zuliefererfirma zur Heroinproduktion dargestellt zu werden. Wir haben unsere Produktion und den Verkauf von Essigsäureanhydrid unter strengster Kontrolle. Es ist zwar eine ganz normale Industriechemikalie, aber wir kontrollieren sie. Das tun wir, obwohl wir es gar nicht tun müßten. Wir wissen immerhin erst seit 1975, daß damit auch... Unsinn getrieben wird. Und seither passen wir auf. Natürlich kann man einen gewissen Mißbrauch nicht verhindern. Da gibt es zum Beispiel Apotheker, sage ich Ihnen... Also ab Werk kostet der Liter eine Mark und zehn. Aber da gibt es Apotheker, die verkaufen das unter der Hand weiter und verlangen dafür bis zu achtzig Mark!«

»Wieso das?«

»Weil wir eben so streng aufpassen. Wenn Essigsäureanhydrid unserer Firma in Heroinlabors gerät, dann immer nur über solche dunklen Kanäle.«

»Herr Schmidt, Sie wollen doch nicht sagen, daß Tonnen von Essigsäureanhydrid...«

»Doch. Das muß über Apotheker laufen. Anders können wir uns das nicht erklären. Wir liefern ausschließlich an uns bekannte, langjährige Kunden. Da hat mir einer einmal erzählt, sie hätten erlebt, wie schon leere Kanister noch einmal ausgequetscht wurden...«

»Aber Herr Schmidt, um ein Kilo Heroin herstellen zu können, brauchen Sie gut einen Liter Essigsäureanhydrid.«

»So? Wirklich? Aber sehen Sie – man kann doch nicht in solche Labors hineinsehen.«

»Doch, ich war in einigen.«

Lange Pause. »Und... war was von uns dabei?«

»In Ghaziantep und in Täbris stammte alles von Merck-Iran.«

»Aber im Iran stellen wir gar kein Essigsäureanhydrid her. Das geschieht ausschließlich in Darmstadt, aus Kontrollgründen.«

»Exportieren Sie vielleicht in den Iran?«

»Natürlich. Das wird dort dann umgefüllt.« Kurze Pause. »Aber unter allerstrengster Kontrolle. Da geht kein Kubikzentimeter daneben.«

»In Täbris war es ein Schuppen voller 20-Liter-Kanister.«

Sehr lange Pause, ich höre Herrn Schmidt atmen, und dann kommt plötzlich: »Haben Sie die Konterbanden-Nummern notiert?«

Mein Gott, Herr Schmidt! Sie können sich nicht vorstellen, wieviel Schiß ich hatte, als ich da herumschlich. Ein paar leere Kanister konnte ich mir etwas genauer ansehen, und da war links oben ein schwarzer Balken:

»Sind die Konterbanden-Nummern vielleicht links oben?«

»Moment - - - Ja.«

»Dann waren sie geschwärzt.«

»Sehen Sie, ich habe es doch gleich gesagt! Es handelt sich UM DUNKLE KANÄLE. WIR hätten doch KEIN INTERESSE, Konterbanden-Nummern schwärzen zu lassen, nicht wahr? Wir hatten da schon einmal etwas Unangenehmes, letzten Sommer mit dem ZDF. Die hatten diesen schwedischen Film aus Pakistan gebracht, und da war auch was von uns zu sehen, gottseidank nur ein Glas. Das ist uns eindeutig irrtümlich rausgerutscht, und da haben wir Wert auf die Darstellung gelegt, daß wir ja nicht wissen können, was womit alles angestellt wird. Ich muß das in aller Entschiedenheit klarstellen: WIR HABEN MIT SOLCHEN GESCHÄFTEN NICHTS ZU TUN. Schreiben Sie das doch bitte!«

P.S. Bundesminister Graf Lambsdorff teilt mit, eine Kontrolle der zur Heroinherstellung nötigen Spezialchemikalien, insbesondere von Essigsäureanhydrid, könne „aus prinzipiellen Gründen der freien Marktwirtschaft" nicht in Frage kommen („Transatlantik", 2/81).
Drogenkommission

Prozesse gegen Instandbesetzer:

Fauler Zauber in Moabit

Während in Westberlin noch nie so viele Häuser innerhalb eines Monats besetzt wurden wie im Januar (ca. 15 bis 20 Neubesetzungen; ein genauer Überblick liegt noch nicht vor), und Räumungen augenblicklich dank der Stärke der Bewegung einerseits und der „Senatskrise" andererseits nicht für opportun gehalten werden, beginnt der Staatsapparat die Abrechnung mit den Instandbesetzern auf eine andere Art und Weise:

Über hundert Verfahren werden in den kommenden Wochen und Monaten gegen Beteiligte des heißen Wochenendes vom 12. – 14.12.80 durchgezogen. Immer noch sind insgesamt sechs Leute im Knast, gegen eine weitere Frau, die auf Haftverschonung freigekommen war, wird seitens der Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Haftverschonung betrieben.

Der erste Prozeßtag gegen Guido, der am 12.12. festgenommen wurde, fand am 23.1.81 im Moabiter Sicherheitsbereich statt, also dort, wo sonst gegen „Terroristen" verhandelt wird. Die Anklage selbst, aber auch die Tatsache, daß der Prozeß im Sicherheitsbereich stattfindet, ist bereits eine massive Vorverurteilung und die Weichen für das entsprechende Urteil sind gestellt.

Der erste Prozeßtag gegen Guido:

Guido wird sozusagen das „Übliche" vorgeworfen: „Schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Sachbeschädigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt".

Guido sitzt immer noch in Haft (warum es gerade ihn getroffen hat, kann niemand sagen), obwohl bereits am ersten Prozeßtag klargeworden ist, daß die Anklageschrift total „zusammengeschustert" wurde — und sicher nicht nur die gegen ihn!

Die Polizeizeugen widersprachen sich doch zu sehr: Zwei der Bullen sagten aus, es seien schlechte Lichtverhältnisse gewesen (es war Nacht), und deshalb hätten sie nur Kontraste erkennen können. Zwei andere dagegen: Sie hätten auch das Gesicht Guidos klar erkennen können, da es durch Scheinwerfer taghell gewesen sei. Derjenige Beamte, der die Aussage zur angeblichen Widerstandshandlung Guidos gemacht hatte, war sich im
sei. Derjenige Beamte, der die Aussage zur angeblichen Widerstandshandlung Guidos gemacht hatte, war sich im
Prozeß nun aber auch nicht mehr so sicher, ob Guido ihn nun mit Fausthieben getroffen habe, oder ob er nur gegen seinen Schild getrommelt habe. Obwohl zwei Bullen Guido die ganze Zeit vor und nach der Festnahme beobachtet haben wollten, konnten sie sich nicht erklären, wie Guido zu einem geschwollenen Gesicht und einer Platzwunde an der Stirn gekommen war. Ferner wurden den Beamten verschiedenfarbige Palästinenser-Tücher vorgelegt, wobei jeder Beamte glaubte, ausgerechnet er habe nun das richtige getroffen. Der eine wollte ein hell-dunkles Tuch ausgemacht haben, der zweite ein beige-braunes, der dritte ein kariertes mit Bommeln, der vierte erkannte gleich ein schwarz-weißes als das von Guido wieder. Mit dem richtigen, einem rot-karierten konfrontiert, räumte er nach einem dezenten Hinweis von Staatsanwalt Möllenbrock ein, auch dies sei möglich. Einig waren sich die Zeugen jedenfalls darin, daß sie Guido am Palästinenser-Tuch erkannt haben wollten: Die werden ja in Westberlin auch kaum getragen und haben bekanntlich Seltenheitswert.

Ein anderer Beamter nahm in aller Offenherzigkeit gleich seine ganze Aussage zurück: Er habe — im Gegensatz zum Protokoll, das er unterschrieben hatte — gar nicht sehen können, wer einen Stein nach ihm geworfen habe, da er den Demonstranten den Rücken zugekehrt habe. Im übrigen sei er von seinen Kollegen zur Unterschrift unter seine Aussage „bewegt" worden.

Trotz dieser hanebüchenen Aussagen ist Guido immer noch nicht frei, weil die Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen eine Haftverschonung eingelegt hat.

Die Staatsanwaltschaft will in diesem Verfahren Urteile ohne Bewährung und für mehr als ein Jahr durchsetzen! Aber von einem Haftbefehl gegen den mit 115 Millionen DM subventionierten und „pleitegegangenen" Baukapitalisten Garski ist immer noch nichts bekannt.

Nur damit, daß hier konsequent die Linie der „Abschreckung" gefahren werden soll, kann erklärt werden, warum auch bei einer Demonstrantin — vor Weihnachten aus dem Knast noch entlassen — jetzt Beschwerde gegen die Haftverschonung eingelegt wurde.

Der Kriminalisierungsstrategie gegenüber hält der Besetzerrat fest: **„Wie sollen wir Hausbesetzer das ‚Interesse (der Senatoren) an einer politischen und friedlichen Lösung der Konfrontation' verstehen, wenn sie nicht gleichzeitig alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel konsequent nutzen, um eben dies zu erreichen? Wie sollen wir das verstehen, wenn der Senat unsere Forderung nach sofortiger Einstellung aller Ermittlungsverfahren seit Wochen ignoriert, obwohl doch gerade er und nur er dazu die eigentlichen Mittel in seinen Händen hält? Wie sollen wir das verstehen, wenn der Justizsenator von der Möglichkeit der Weisungsbefugnis an die Staatsanwaltschaft bei den Haftprüfungsterminen keinen Gebrauch macht? Wie sollen wir das**
den Haftprüfungsterminen keinen Gebrauch macht? Wie sollen wir das
verstehen, wenn die Fraktionen im Abgeordnetenhaus kein Interesse an einem Amnestiegesetz bekunden...? Wir Hausbesetzer können hinter der ‚öffentlichen Bekundung des Willens zur Wiederherstellung des inneren Friedens' und der gleichzeitigen Verhinderung eben solcher durch die bewußte Ignoranz senatspolitischer Möglichkeiten und Maßnahmen nur erkennen, daß der Senat kein wirkliches Interesse an einer politischen als auch friedlichen Lösung hat. Und er deshalb auch die politische Verantwortung für den bestehenden Konflikt allein zu tragen hat."
Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren!

Antirepressions-Kommission
KB-Westberlin



Fünf Polizisten wehren sich verzweifelt – aber letztendlich erfolgreich – gegen den Angriff eines Demonstranten.

Augenzeugenbericht

Daß am Donnerstag während der Aktion gegen das Urteil gegen Guido von den Bullen und Zivilbullen völlig enthemmt vorgegangen wurde, zeigt ein Bericht eines Betroffenen.

„Wir liefen den Kottbusser Damm hinunter, als neben uns Scheiben einer Bank zu Bruch gingen. Wir flüchteten, als wir hinter uns ein beleuchtetes Auto sahen, in eine Parallelstraße des Kottbusser Damms. Als wir merkten, daß uns das Auto verfolgte, rannten wir durch eine Toreinfahrt und versteckten uns hinter einem parkenden Auto. Das uns verfolgende Auto kam ebenfalls auf den Hof, und zwei stiegen aus. Nachdem uns eine der Personen entdeckt hatte, befahl er uns mit gezogener Pistole die Hände hochzunehmen. Die zweite Person trat hinzu und packte meinen Freund, wobei dieser zu Boden ging. Gleich darauf bekam ich einen Schlag ins Gesicht. Ich weiß nicht, ob von der Faust oder mit der Knarre. Auch ich ging zu Boden und wurde mit weiteren
oder mit der Knarre. Auch ich ging zu Boden und wurde mit weiteren
Fußtritten traktiert. Dann wurden wir zu ihrem Auto gezerrt und mußten uns mit gespreizten Beinen und Händen über den Kopf mit dem Oberkörper über den Kühler legen. Ich blutete stark aus der Nase und fühlte, daß mein Gesicht stark geschwollen war. Wir wurden durchsucht und bekamen unseren Personalausweis abgenommen. Nach ca. 10 Minuten tauchte ein Streifenwagen mit zwei Beamten auf, die uns dann zu ihrem VW-Bus führten. Auf dem Revier in der Friesenstraße wurden wir erkennungsdienstlich behandelt. Im Krankenhaus wurden Schädel-, Nasenbein- und Jochbein-Prellungen bei mir festgestellt. Das linke Augenfeld war total blutunterlaufen. Erst am nächsten Morgen wurde ich entlassen."

Letzte Meldung: Urteil im Prozeß gegen Guido

Bereits am 29.1.81 wurde das Urteil gegen Guido gesprochen: trotz widersprüchlichster Zeugenaussagen seitens der Bullen erhielt Guido eine Gefängnisstrafe von 14 Monaten ohne Bewährung. Die Staatsanwaltschaft hatte gar 19 Monate gefordert. Mit diesem unerträglichen Urteil ist die Linie für die nächsten Prozesse vorgegeben. Am 4. Februar findet bereits der nächste Prozeß gegen Peter K. statt.

... und die Reaktionen

Dieses Urteil, das Urteil gegen Manne (siehe nebenstehenden Artikel) und die Tatsache, daß Rita, die am 12.12. verhaftet, dann am 23.12.80 mittels Haftverschonung zunächst wieder freigelassen worden war und nun erneut eingeknastet wurde, waren der Grund für neue ‚actions'. Am Donnerstag abend trafen sich ca. 300 Leute am Mehringdamm in Kreuzberg. Trotz großen Bullenaufgebots wurde der Mehringdamm – in der Regel von kleineren Trupps von Demonstranten – verschönt. So ziem-
Regel von kleineren Trupps von Demonstranten – verschönt. So ziem-
lich keine Scheibe der Banken und Kaufhäuser blieb heil. Es wird von mehreren hunderttausend Mark Sachschaden gesprochen.

Auch in anderen Stadtteilen krachten Scheiben zusammen. Insgesamt wurden 10 Leute festgenommen, die aber alle wieder auf freiem Fuß sind.

Am 30. Januar sollte dann in Moabit in der Wilsnackerstraße ein weiteres Haus besetzt werden. Diesmal jedoch räumten die Bullen das Haus und sämtliche Besetzer wurden festgenommen. Daraufhin zogen ca. 300 Leute durch Moabit: *„Eins, zwei, drei – laßt die Leute frei!"* Mit einem großen Aufgebot versuchte auch hier die Polizei vergeblich, die Demonstration schon im ansatz zu verhindern. Auch in dieser Nacht brachen Scheiben in verschiedenen Bezirken aus unerfindlichen Gründen zusammen. Im Laufe der Nacht wurden nochmals 20 Leute verhaftet.

Auch am Wochenende gab es Putz

Für Samstag, den 31. Januar, war eine Demonstration am U-Bahnhof Wilmersdorfer Straße um 13 Uhr angesetzt. Ca. 400 Leute marschierten unter der bekannten Parole „Eins, zwei, drei – laßt die Leute frei!" durch die Fußgängerzone zur Kantstraße und weiter zum Kudamm. Spätestens ab der Kantstraße waren dann sehr viele Bullen anwesend, die das Tempo der Demonstrationsteilnehmer zu bestimmen suchten, indem sie massiv drängelten. Ein kürzeres Stück Kudamm und zurück zum Ausgangspunkt, und die Demo löste sich nach rund 1 1/2 Stunden wieder auf. Um 15 Uhr wurde sich dann erneut in Schöneberg um den Kleistpark herum getroffen. Diesmal waren die Bullen mit einem Großaufgebot sofort anwesend. Mit brutalstem Polizeieinsatz wurde rund um den Kleistpark geräumt. Doch immer wieder konnten sich kleinere Demonstrationszüge formieren. Im Laufe des Nachmittags gingen dann erneut viele Scheiben in Steglitz, Schöneberg und anderen Stadtteilen zu Bruch. Die Polizeiführung setzte in dieser Situation, als kleinere Gruppen unterwegs waren, voll auf den Einsatz von Zivilstreifen, die Jagd auf die Leute machten. Und noch einmal wurden 34 Leute festgenommen. Einige wurden gleich in U-Haft gesteckt. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht bekannt.

Sogenannte Verkehrskontrollen werden in Westberlin inzwischen mit vorgehaltener Pistole gemacht!

Wurde in der „BILD"-Ausgabe vom 30.1.81 von „Terroristen" (gemeint waren Demonstranten) gesprochen, so war in den Sonntags-Ausgaben sämtlicher West-Berliner Zeitungen von „Krawallmachern", „Randalierern" und von „Zusammenrottungen" die Rede, aber nichts von dem Hintergrund, der zu der Eskalation geführt hat. Nur der neue Senat hält kluge Reden und spricht von politischer Lösung.

**Antirepressions-Kommission
KB/Gruppe Westberlin**

Kulturzentrum instandberockt

Am Freitag, den 23.1.81, veranstaltete „Rock gegen Rechts Berlin" im bekannten Punk/New-Wave-Lokal „Merhaba/S.O.36" ein Benefizkonzert für die Hausbesetzer. Sogar der Wirt des „Merhaba" reduzierte die Saalmiete auf ein Minimum, ein Teil der Getränkeeinnahmen gehen an die Hausbesetzer und auch die Anlage stand umsonst. Das übliche Murren und Vorbeimogeln an der Kasse blieb diesmal aus, der Saal wurde voll, so daß über 2000 DM dem Besetzerrat zur Unterstützung der Gefangenen übergeben werden können.

Wacholder, die erste Gruppe, deutete an, daß an diesem Abend noch ein paar Überraschungen bevorstünden. Schließlich wurde bekanntgegeben, daß die Veranstaltung im soeben eröffneten (instandbesetzten) KUnst und KUltur Centrum Kreuzberg (kurz „KUKUCK" fortgesetzt wird... und alle gingen mit.

„Besser ein KUKUCK im Haus als ein Vogel im Senat"

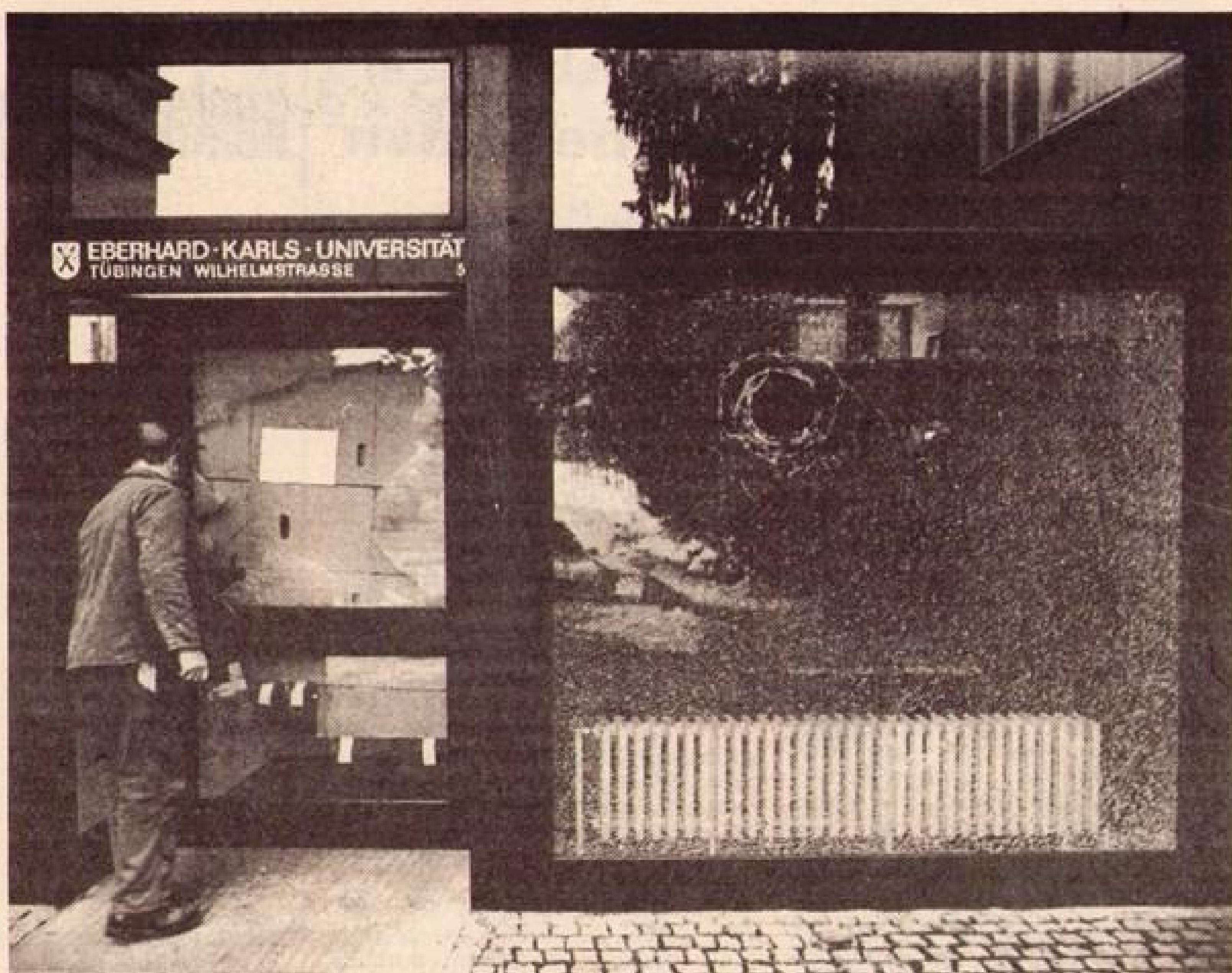
Inzwischen war nämlich in der Anhalter Str. 7, nähe U-Bahnhof Kochstr., ein dreigliedriger, 5-stöckiger Gebäudekomplex besetzt worden, zentralgeheizt (war in Betrieb), mit Fahrstuhl, einem großen Veranstaltungsraum (500-800 Leute), viel gut erhaltenem Wohnraum, Büros und geeigneten Übungs- und Lagerräumen. Die Zeit zuvor hatten zwei WGs alle Versuche des Hausbesitzers, das Haus völlig zu entmieten, gerichtlich überstanden.

Nun konnte der Abend mit den Rockgruppen Panzerknacker AG und Andromeda erfolgreich und stimmungsvoll fortgesetzt werden.

Von nun an soll hier täglich Programm laufen, damit uns der KUKUCK noch lange erhalten bleibt. Neben diversen Theatergruppen hat sich hier auch „Rock gegen Rechts" inzwischen häuslich niedergelassen.

**Ein Genosse und RGR-Mitglied
aus Westberlin**





Besetzung, Räumung und Demonstration in Tübingen

Seit eh und je ist es in Tübingen, der kleinen Stadt mit den vielen Studenten, schwierig, erschwinglichen Wohnraum zu erhalten. Die Wohnraummisere hat sich auch hier in den letzten Jahren erheblich zugespitzt. Für Studenten, Lehrlinge und Ausländer gibt es praktisch keinen öffentlichen Wohnungsmarkt mehr. Entsprechender Wohnraum wird fast ausschließlich unter der Hand gehandelt. Vor dem Hintergrund einer liberalen Kommunalpolitik konnten in der Vergangenheit einige besetzte Häuser gehalten werden. Der Stadt diente dabei ihr „Entgegenkommen" oft genug als alleiniger Beitrag zur Lösung der Wohnungsmisere. Auch die Besetzung eines Teils der Thiepvalskaserne (leerstehende Kaserne der franz. Garnison) im Sommer 80 zu Wohnraumzwecken und die Forderung nach Überlassung zweier großer Hallen für ein autonomes Kulturzentrum schien nach langen, zähen Verhandlungen doch noch von Erfolg gekrönt zu sein. Die Besetzer hatten sich am Verhandlungstisch mit Vertretern des Bundes, des Landes und den „Größen" der Stadt schon auf einen Kompromiß geeinigt, als die Landesregierung intervenierte des und den „Größen" der Stadt schon auf einen Kompromiß geeinigt, als die Landesregierung intervenierte und – allen getroffenen Vereinbarungen zum Trotz – kurzerhand die zwei Hallen dem Technischen Hilfswerk zur Verfügung stellte. Auch machte die Landesregierung unmißverständlich klar, daß sie keine weiteren Hausbesetzungen mehr dulden würde. Sowohl den ausgetricksten Wohnungskämpfern als auch den Stadt- und Uni-Vertretern, die den sozialen Frieden zu wahren suchten, war klar, daß daß damit der Häuserkampf in ein neues Stadium tritt. Parolen wie „*Belogen und betrogen wächst die Wut in uns*" tauchten an den Häuserfronten in der Stadt auf.

„Ohne Polizei kein Krawall"

Am 12.1.81 zogen 50 Tübinger „Stattvielharmoniker" ins städtische Haus Sigwartstr. 17 ein, in das sich noch am selben Tag die Uni-Bürokratie einnisten wollte. Tag und Nacht wurden die Besetzer von zahlreichen zivilen und uniformierten Staatsschützern mit Kameras und Ausweiskontrollen observiert. Die Tübinger Presse bereitete von Anfang an die Bevölkerung auf eine Räumung vor. Mitten in der zweiten Nacht räumten etwa 200 Polizeibeamte (!) das Haus. Die 50 Besetzer leisteten keinen Widerstand. Wenige Stunden später klirrten beim Tübinger Rathaus und bei der Volksbank die ersten Scheiben. Heftiger Steinschlag bezwang auch die Scheiben der besseren Qualität, wie sie Banken und Geschäftsleute lieben. Der Sachschaden an Glas und durch Wandmalereien beträgt über 100.000 DM. Da der Umbau der Sigwartstraße zu Wohnzwecken nur 70.000 Mark gekostet hätte, zeigte sich einmal mehr die trotz Sparhaushalt ungetrübte Verschwendungslust unserer Bürokratie.

In letzter Zeit etwas entschlafene Geister wurden durch die beherzten Aktionen im Anschluß an die Räumung wieder munter: Themen wie Hausbesetzung, Mietwucher, Sachbeschädigung wurden zum Stadtgemung wieder munter: Themen wie Hausbesetzung, Mietwucher, Sachbeschädigung wurden zum Stadtgespräch.

Der neue Leiter der Polizeidirektion Tübingen, Jürgen Horn (ehemals Leiter des Lagezentrums im Landespräsidium Stuttgart!), bestätigte im Anschluß an die Räumung, daß die Polizei bei allen Wohnraumverteilungskämpfen neben den Wohnungssuchenden die entscheidenste Rolle spielen wird. Mit allen Mitteln wurde versucht, einen Teil der Wohnungskämpfer zu kriminalisieren. So die Leute aus der Ludwigstraße. Dort steht ein seit Ende 79 besetztes Haus, dessen Bewohner aber inzwischen alle einen Mietvertrag haben.

Eine Hausdurchsuchung morgens um 5 Uhr 30 ohne Durchsuchungsbefehl („Gefahr im Verzug"), die Aufnahme sämtlicher Personalien und das Durchwühlen und Fotografieren jedes einzelnen Zimmers waren ein Schritt. Das Finden angeblicher Diebesbeute aus einem Tübinger Einbruch im Werte von mehreren tausend Mark ein weiterer. Aufgespürt und sichergestellt wurde auch eine noch ungebrauchte Farbsprühdose. Bei der Polizei gingen plötzlich Hinweise ein, daß der Täter eines längst vergessenen Einbruchversuchs in ein Pelzgeschäft in der Ludwigstraße zu finden sein solle. Ein erneuter Versuch einer Durchsuchung scheiterte diesmal aber mangels Durchsuchungsbefehl. Trotzdem wurde durch die stundenlange Umstellung des Hauses mit Polizeikräften erreicht, daß die umliegenden Anwohner erneut auf die „Gefährlichkeit" ihrer Nachbarn aufmerksam wurden. Das Haus in der Ludwigstraße wird seither entweder durch Kriminalbeamte oder ständig vorbeifahrende Streifenwagen systematisch für jedermann erkennbar observiert. Jede(r) Frau/Mann, der/die sich zur nächtlichen Stunde auch nur in die Nähe zur Ludwigstraße begibt, muß mit einer Personenkontrolle einschließlich einer Leibesvisitation rechnen.

Die Hetzkampagne gegen nächtliche Steinewerfer und Fassadenmaler sowie die speziellen Kriminalisierungs- rechnen.

Die Hetzkampagne gegen nächtliche Steinewerfer und Fassadenmaler sowie die speziellen Kriminalisierungsversuche der Ludwigstraße zeigen die ersten Erfolge: Die SPD, die Jusos, die Grünen, aber auch die AL und natürlich der KABD verurteilten die Steinwürfe in einem Atemzug mit der Bekundung einer gewissen unterschiedlich starken Solidarität mit der Besetzung. **Demgegenüber trat die Fachschaftsräte-VV (ASTA-Ersatz) auf einer Demonstration am 22.1. gegen die Wohnraummisere allen Distanzierungsgerüchten ihrerseits entgegen und forderte genau wie die übrigen Kundgebungsredner alle zur Solidarität mit der Ludwigstraße auf. Diese Demonstration war mit über 2000 Teilnehmern für Tübinger Verhältnisse gut besucht und dürfte allen Wohnraumkämpfern/innen weiteren Auftrieb geben.**

KB-Sympathisanten aus Tübingen

Interview mit Leuten aus der Tübinger Häuserkampfbewegung

Frage: Einen Tag nach der Räumung der Sigwartstr. 17 sind bei Banken, staatlichen und universitären Einrichtungen Scheiben zu Bruch gegangen. Der Gesamtschaden beläuft sich auf fast 100 000 DM.

War das ein Rachefeldzug, eine Aktion aus der ersten Wut heraus oder wie kam es dazu?

Antwort: Die „Scherbennacht" war eine Gemeinschaftsproduktion „Tübinger unordentlicher Musikvereine" – es handelte sich um eine Uraufführung, an der Musiker aus den unterschiedlichsten Szenen mitgewirkt haben. Es gibt unter den Musikern verschiedenste politische Positionen, wir können hier also nur von uns selbst sprechen. Wut hatten wir natürliche alle über den Polizeieinsatz etc., aber für uns war diese Aktion kein Rachefeldzug. Wir sehen darin eine neue Qualität des Widerstands hier in Tübingen. Rachefeldzug, das hat mit reagieren zu tun. Die Polizei fährt groß auf, also müssen wir was Entsprechendes bringen. Wer so vorgeht, ist auf Niederlage programmiert. Für uns war der Polizeieinsatz nur Auslöser; über neue Formen des Widerstands hatten wir vorher schon ziemlich viel diskutiert.

Frage: „Neue Qualität des Widerstands" – könntet ihr das kurz erklären?

Antwort: Ja, um diesen Begriff hat es hier nach der Scherbennacht einige Auseinandersetzungen gegeben. Ein großer Teil der Uni-Linken hat unsere Aktion abgelehnt, sowas könne nur die aufgebauten Sympathien bei der Bevölkerung zerstören.

Diese Uni-Linken starren auf die Scherben wie das Kaninchen auf die Schlange. Als Ausdruck spontaner Wut und Verzweiflung hätten sie unsere Aktion gerade noch gelten lassen, aber das Prädikat „politisch" haben sie scheinbar für sich gepachtet, das sprechen sie uns ab. Wir hatten aber keine Lust mehr, uns wie gewohnt bei der Bevölkerung als Opfer der Repression anzupreisen. Wir wollten in die Offensive kommen.

Frage: Einige Linke werfen euch vor, ihr hättet Zürich kopieren wollen.

Antwort: Kopieren – das klingt abwertend und so ist das wohl von diesen Leuten auch gemeint. Natürlich war das, was in Zürich gelaufen ist und auch in der BRD seit Bremen, sehr wichtig. Das hat uns viel Mut gemacht, wir verfallen da aber nicht in Euphorie, „neue Jugendbewegung" oder sowas.

Jeder Ort hat seine besonderen Bedingungen, seine eigene Szene. Das wissen wir und deshalb kopieren wir nicht. Uns stinken aber die „Linken", die immer von Zürich schwärmen und gleichzeitig jammern, daß hier wissen wir und deshalb kopieren wir nicht. Uns stinken aber die „Linken", die immer von Zürich schwärmen und gleichzeitig jammern, daß hier alles ganz anders sei. Wohnungsnot, Probleme mit Arbeit etc., das sind Sachen, die überall auftauchen und auch die Erfahrungen mit Lügen der Politiker und den Grenzen bestimmter Aktionsformen. Es galt hier in Tübingen, einen Schritt vorwärts zu machen, das haben viele Leute gespürt – wir haben diesen Schritt durch unsere Aktion gemacht.

Frage: Was habt ihr an der bisherigen politischen Arbeit der Tübinger Linken auszusetzen?

Antwort: In Tübingen liefen bisher die politischen Aktionen hauptsächlich über die Uni-Gruppen. Die haben die technischen Möglichkeiten und eine ziemliche Mobilisierungskraft. Ohne diese Strukturen wäre hier sicher weniger gelaufen, aber gleichzeitig haben diese Strukturen blockierend gewirkt. Bestimmte Leute haben die Versammlungen dominiert und da ist viel an anderen, neuen Vorstellungen unter den Tisch gefallen. Das war vielen Leuten klar, aber übers gemeinsame Motzen ist das zunächst nicht hinausgegangen.

Die Unzufriedenen haben sich dann bei Aktionen kennengelernt, das waren kleine Sachen, z.B. daß man eigene, phantasievolle Parolen gerufen hat oder die Demorouten so umgestaltet hat, daß mehr dabei rauskam als die üblichen Prozessionen. Die Besetzung Ludwigstraße 15 vor einem Jahr und eine Abräumaktion bei dem Faschisten Heinzmann (Hoffmann-Freund) waren dann schon Aktionen, die ohne die Uni-Linken geplant und durchgeführt wurden. An der Zahl der Leute, die da mitgemacht haben, und an den Sprühparolen, die jetzt immer häufiger auftauchen, kann man ablesen, daß sich einiges verändert hat.

Frage: Glaubt ihr nicht, daß ihr Gefahr lauft, euch mit militanten Aktionen von der Gesamtbewegung zu isolieren?

Antwort: Da liegt sicher eine Gefahr drin – aber uns gehts ja auch nicht um Militanz schlechthin. Sprüche wie z.B. „Scherben bringen Glück", die sind sicher lustig, aber wenn sich Leute darüber definieren, dann kritisieren wir das. Wir meinen, daß ist eine ganz wesentliche Sache, daß innerhalb unserer kleinen Aktionsgruppen diese Selbstkritik läuft, daß wir uns füreinander verantwortlich fühlen – wir propagieren keinen Aktionismus, bei dem Leute in die Fänge der Polizei und Justiz geraten können. Isolierung von der Gesamtbewegung? Tatsächlich sind viele Leute aus der Häuserkampfbewegung erstmal auf Distanz zu uns gegangen. Übereinstimmung gab es aber darin, daß nicht die Scherben das Wichtige sind, sondern die kriminelle Wohnungsmisere. Die Leute haben sich auch von der Hetze der Polizei nicht abschrecken lassen. Auf der Demo am Donnerstag waren über 2000 Leute.

Mit der Vermittelbarkeit von Aktionen ist das so eine Sache. Wir verstehen darunter nicht, daß wir nur solche Aktionen machen, von denen wir wissen, da wird die Bevölkerung zustimmen. Wir machen uns auch nicht von der Reaktion der Presse abhängig. Es läßt sich nicht alles vermitteln, da stößt man sehr bald auf Grenzen.

Die Besetzung von einem Haus, das lange leergestanden hat und keiner Privatperson gehört, wird hier in Tübingen von vielen Bürgern akzeptiert, häufig sogar begrüßt. Das ist bei denen eine Art Nützlichkeits- und Gerechtigkeitsdenken. Wenn es aber um die Besetzer selbst geht, um deren Lebensformen, oder wenn sich die Besetzer gegen die Polizei wehren, da hören die Sympathien bald auf. Das wird wohl vorläufig nicht zu ändern sein.

Früher haben wir dazu eine andere Position gehabt. Wir haben vor Werkstoren agitiert und unser großes Problem war, wie schaffen wir's, die Arbeiter für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen.

Frage: Ihr habt früher ja selbst in kommunistischen Organisationen mitgearbeitet. In welchem Verhältnis steht ihr heute zum Kommunismus?

Antwort: Du kannst dir vorstellen, daß wir dir diese Frage nicht umfassend beantworten können – wir können es vielleicht mal stichwortartig probieren: Nach wie vor halten wir die marxistische Theorie für die einzig bedeutende Grundlage, von der aus eine Analyse auch des heutigen kapitalistischen Systems geleistet werden kann. Auch halten wir die Arbeiterklasse immer noch für eine bedeutende gesellschaftliche Kraft – die Frage, über die wir uns mit den werden kann. Auch halten wir die Arbeiterklasse immer noch für eine bedeutende gesellschaftliche Kraft – die Frage, über die wir uns mit den Kommunisten hier im allgemeinen uneins sind, ist die, wo diese Kraft der Arbeiterklasse sich hinbewegt! In diesem Zusammenhang sei nur auf die Rolle der Gewerkschaften hingewiesen, die sich ja durchaus nicht durch revolutionäre Gedanken und Taten auszeichnet. Die sind viel mehr stolz darauf, in „vertrauensvoller Zusammenarbeit" mit dem Management zu einem „vernünftigen" kapitalistischen Wirtschaftsablauf beizutragen, womit allemal die Steigerung der Profitrate gemeint ist. Das heißt nicht, daß wir – wie die TAZ – voreilig „Abschied vom Proletariat" nehmen, sondern heißt nur, daß eine Einschätzung der heutigen Arbeiterbewegung, ihre Situation und ihre Möglichkeiten, theoretisch nur bruchstückhaft aufgearbeitet ist. Da sehen auch wir noch eine unserer Hauptaufgaben. Klargemacht haben wir uns auch, daß wir uns die vormals gehegten Revolutionshoffnungen für nicht absehbare Zeit abschminken können. Aus dem Ganzen folgt, daß wir von dem alten Schema „Intellektueller hier – Arbeiterklasse dort" und dazwischen die zwangsläufig einleuchtende Vermittlung – wie es z.B. die MG (Marxistische Gruppe) mit masochistischer Genüßlichkeit immer noch auslebt – ablassen. Die in letzter Zeit so stark aufgekommenen Ein-Punkt-Bewegungen, denen auch der „Arbeiterkampf" viel Bedeutung zumißt, sind ein klarer Ausdruck dafür, daß viele Leute ihre konkret eigenen Bedürfnisse nicht mehr hinter Erfordernisse irgendwelcher abstrakter Ideen zurückstellen wollen. Eine Gefahr bei der Ein-Punkt-Bewegung ist allerdings die, daß die umfassenden Grundlagen der Politik, gegen die punktuell vorgegangen wird, nicht aufgearbeitet werden. Das kann nicht nur falsche Einschätzungen zur Folge haben, sondern auch, daß viele bei Abflauen einer solchen Bewegung auf nimmer Wiedersehen ins Privatleben verschwinden.

Hausbesetzer weiter in Haft

Nürnberg. Die mit dem windigen „Argument" begründete Räumung vom 5.1., die Besetzer hätten den Hausbesitzer privat überfallen, endete mit 69 Verhaftungen (s. AK 193, S. 6). Mangels Beweise mußte die Staatsanwaltschaft inzwischen 68 Besetzer wieder freilassen. Einer jedoch, Eberhard S., ist weiterhin eingesperrt, und zwar unter verschärften Bedingungen: Einzelhaft, Einzelhofgang, Besuchssperre! Und dies alles, weil Eberhards Auto angeblich am Tatort gesehen worden ist.

Der Hausbesitzer, von der Presse zum überfallenen Schwerverletzten hochgepäppelt, erfreute sich schon einen Tag später bester Gesundheit. In einem Flugblatt setzen sich die Nürnberger Hausbesetzer gegen „Verhaftungswillkür" und die „gezielte Kriminalisierungskampagne" zur Wehr und fordern:

- Sofortige Freilassung von Eberhard S.!
- Vernichtung der erkennungsdienstlichen Unterlagen, die von allen „Verdächtigen" angefertigt worden sind!
- Sofortiger Stop des Verhaftungskarussels!

»Stuttgarter Häusersterben«

ist der Titel einer 94seitigen Dokumentation, die die ASH (Arbeiterinnen- und Arbeiterselbsthilfe Stuttgart) herausgegeben hat. Die Broschüre (7.50 DM) enthält eine Darstellung der Geschichte der ASH und ihres selbstverwalteten Betriebs, einen Forderungskatalog an die Stadtverwaltung, umfangreiche Briefwechsel mit Ämtern („Ämterkrieg") sowie eine Adressen- und Bildliste leerstehender, abgerissener oder wieder bewohnter Häuser.

Die Dokumentation kann direkt von der ASH, Rostocker Straße 7, 7000 Stuttgart 50, bezogen werden; außerdem über das SZ (Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1 – gegen Voreinsendung von Briefmarken, Geld oder Scheck iHv 8.--), in Eßlingen bei Provinzbuch.



»Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Scheiben klirren«

Düsseldorf. Während einer Demonstration gegen Stadt„sanierung" und für die Freilassung der inhaftierten Westberliner Instand(be)setzer hatte die Bullizei ständig provoziert und mehrere Male brutal reingeknüppelt (s. AK 192).

Einige Demonstranten wurden bereits beim Verlassen ihrer Wohnung festgenommen, sie wurden aber noch während der Demo wieder freigelassen. Mehrere im Laufe der Demo Festgenommene wurden im Polizeiwagen und/oder auf dem Polizeipräsidium mißhandelt. Besonders brutal war dabei ein Zivilbulle, der einen der Festgenommenen mit einem Totschläger (!) mehrfach auf den Kopf schlug. Einige der Festgenommenen werden wahrscheinlich Strafanträge stellen. Sie selbst haben alle mit Verfahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und evtl. Sachbeschädigung (wegen einiger Farbeier) zu rechnen.

Zur Unterstützung der Festgenommenen bei den Prozessen ruft der Ermittlungsausschuß auf:

Rechtshilfekonto
Konto-Nr. 228882 - 432
U. Ernitz
Postscheckamt Essen
STICHWORT: DEMO 10.1.81

In den Tagen nach der Demo wur-
Postscheckamt Essen
STICHWORT: DEMO 10.1.81

In den Tagen nach der Demo wurde in der bürgerlichen Lokalpresse hemmungslos gegen die „professionellen Krawallmacher" gehetzt. Auch wurde mit der Lüge, die „Aktion Wohnungsnot" (AWN) als Veranstalterin habe sich von den „Krawallmachern" distanziert, versucht, die Düsseldorfer Häuserkämpfer zu spalten. So meinte der Chef der Schutzpolizei, Gbureck: *„Es marschierten schon äußerst komische Heilige im Demonstrationszug mit. Von einheimischen Rockern und Punkern bis zu auswärtigen Schlägertrupps war so ziemlich alles vertreten. Da waren die Veranstalter natürlich überfordert."* (WZ, 13.1.81)

Dagegen erklärte die AWN in einer Presseerklärung: *„Wir stellen hier klar, daß sich weder die Aktion Wohnungsnot noch die Demonstrationsleiterin weder von den politischen Inhalten noch von der Wut und der Betroffenheit der Demonstrationsteilnehmer distanzieren. Allerdings sind AWN und Demonstrationsleitung vom Vorgehen und von den Provokationen der Polizei entsetzt."* Ausdrücklich betont die AWN nochmals, daß sie sich nicht von „Farbbeuteln und Knallern" als Ausdruck von „Wut und Betroffenheit" distanziert.

Nach der Demonstration stellte sich nicht wieder die von den Stadt„sanierern" gewünschte Ruhe ein. Nachdem bereits in der Nacht vor der Demonstration die Scheiben des RWI-Hochhauses und des divi-Supermarktes in Bilk zu Bruch gingen, klirrten die Scheiben kräftig weiter. Unter dem Motto: *„Laßt hundert Blumen blühen – Laßt hundert Scheiben klirren"* zeigten unbekannte Aktivist/inn/en, wer alles neue Scheiben braucht. So z.B.:

- das Stadtteil-Entwicklungs-Büro in Bilk (zweimal),
- das U-Bahn-Informationsbüro (Düsseldorf wird derzeit auch durch einen unsinnigen und inzwischen unbezahlbaren U-Bahn-Bau zerstört),
- das Neue Heimat-Büro,
- McDonald in Oberkassel
- divi-Supermarkt (er mußte die gera-

– das Neue Heimat-Büro,
– McDonald in Oberkassel
– divi-Supermarkt (er mußte die gera-

de erneuerten Scheiben schon wieder ersetzen, außerdem verbreitete eine Portion Buttersäure einen übelkeitserregenden Gestank in dem Laden),
- McDonald in Bilk wurde ebenfalls mit Buttersäure versorgt,
- die „AGV", eine an der Zerstörung Bilks beteiligte Spekulantenfirma, wurde angekokelt.

In der bürgerlichen Lokalpresse war von diesen und einigen anderen Aktionen nichts zu lesen. Offenbar haben sie in der unguten Tradition der westdeutschen Presse sich mal wieder selbst eine Nachrichtensperre auferlegt.

Detlef/Düsseldorf

„Ick bünn all door"

Drei Tage vor Ablauf des Ultimatums des Verwaltungsgerichts Hannover an die Hausbesetzer, die Räume der Jüdenstr.35 und die Kraaker Schuel zu verlassen, wurde in Göttingen ein weiteres Spekulationsobjekt demonstrativ besetzt. Es war bekannt geworden, daß auch für ein Fachwerkhaus in der Weender Landstr. 51 eine Abrißgenehmigung der Stadt vorlag.

Erneut ins Fettnäpfchen getreten ist wiederum die FDP, deren Ratsherr und Fraktionsvorsitzender Herr Dawe, seines Zeichens auch Mitglied des Bauausschusses, noch vor wenigen Wochen mahnende Worte bezüglich des um sich greifenden Spekulierens mit altem Wohnraum fand. Nun durfte die Öffentlichkeit erfahren, daß Herr Dawe neben seinem politischen Einkommen und seinem Beruf als Arzt auch noch eine Baufirma unterhält, die nun just zu den von ihm gegeißelten Zwecken das betreffende Haus erworben hatte.

Im Wortverdrehen als Politiker nicht ungeübt, wußte Herr Dawe sich jedoch gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wohl zu wehren: *„Er erklärte, daß eine Baufirma wie die seine das legitime Recht habe, dafür zu sorgen, daß sie Aufträge bekomme oder eigene Objekte durchzuführen. Das mache jede Baufirma so."* (GT v. 30.1.81) Offensichtlich sichern Abrisse Arbeitsplätze.

Die Besetzer selbst erhielten von den noch im Obergeschoß bis 31.5.81 wohnenden Parteien – einer alten Dame und einem Studenten – freundliche Unterstützung und wurden tagsüber reichlich mit Zitronentee der 68jährigen Witwe versorgt. Sie *„kommentierte die Besetzungsaktion mit den Worten, daß das doch eine 'prima Sache' sei. Die Witwe meinte, daß sie nun endlich nicht mehr so alleine sei. 'Im übrigen will ich gar nicht ausziehen'."* (GT v. 30.1.81)

Als nach 7 Stunden Besetzung die Bullen das Haus zur Räumung umstellten, gelang es der Mehrzahl der im Haus Anwesenden, in der vor dem Haus anwachsenden Menschenmenge unterzutauchen, zwei Personen wurden allerdings noch im Haus erkennungsdienstlich behandelt. Die Kripobeamten gingen so weit, in die Privatwohnungen der Mieter einzudringen, wobei die alte Dame standhaft versuchte, ihnen den Zutritt zu verwehren und erst durch massiven Druck des anwesenden Oberstaatsanwaltes („Gefahr im Verzuge") eine Durchsuchung ihrer Wohnung möglich wurde. Sie stießen lediglich auf einige junge Besucher der Witwe, aber auch sie konnten sich später dem obligatorischen Polizeiphoto beim Verlassen des Hauses nicht entziehen.

Auch wenn über die Konzeption dieser Besetzung noch gestritten werden muß und es zu bedauern ist, daß der Ermittlungsapparat der Kripo neue Nahrung erhalten hat, darf man doch davon ausgehen, daß auch nach einer Räumung des besetzten Hauses in der Jüdenstr. 35 Wohnungsspekulanten und Abrißpolitiker in Göttingen kein ruhiges Plätzchen finden werden.

KB/Gruppe Göttingen

Bullen gegen Kieler Hausbesetzer
Die Provokationen beginnen

Im Dezember konnten wir von der ersten Hausbesetzung in Kiel berichten. Die Aktion machte große Teile der Kieler Bevölkerung auf die menschenfeindliche Sanierungspolitik der Stadtverwaltung in Verbindung mit „gemeinnützigen" Baukonzernen aufmerksam. Die örtliche Monopolpresse, „Kieler Nachrichten", und sogar der NDR berichteten mehrfach darüber. Sympathiekundgebungen und Solidaritätsadressen erreichten die Besetzer auch von außerhalb der linken Szene. SPD-Prominenz sah sich genötigt, öffentlich „Verständnis" zu äußern. Stadt und „Neue Heimat" hielten es deshalb für angebracht, trotz Hinweise auf die „Rechtswidrigkeit", die Besetzung offiziell zu „dulden", bis das Grundstück für eine Neubebauung benötigt werde, was allerdings selbst nach Äußerungen der „Neuen Heimat" noch Jahre dauern kann. Die Stadtverwaltung legte den Besetzern sogar einen neuen Stromanschluß ins Haus.

Die Hausbesetzung war also ein voller Erfolg im Kampf gegen die Kahlschlagsanierung. Doch dann tat sich seltsames in dem besetzten Haus: In einem Speicher, der zum Haus gehört, bewahrt ein Kieler Künstler seine Kunstwerke auf. Eines Nachts drangen Unbekannte in diesen verriegelten Speicher ein und schlugen alles kurz und klein. Die „Kieler Nachrichten" ließen sich natürlich die Gelegenheit nicht entgehen, diesen Vandalenakt mit der Hausbesetzung in Verbindung zu bringen. Aber dafür gibt es nicht den geringsten Hinweis und die Hausbesetzer wiesen zurecht daraufhin, daß sie nicht durch Zerstörungen in Erscheinung getreten seien, sondern durch das Gegenteil. Am Sonnabend voriger Woche spitzten sich dann die Ereignisse zu. Zunächst brach Feuer aus in dem Haus. Wieder wurde ohne jeden Anschein von Beweis nach bekanntem Muster die Verbindung zu den Hausbesetzern nahegelegt.

In der Nacht zum folgenden Montag, gegen 4 Uhr 13, griffen dann die Bullen selbst ins Geschehen ein: Sie drangen ins Haus ein und nahmen drei Leute fest unter der Beschuldigung, bei zwei Läden die Schaufensterscheiben eingeschlagen und aus der Auslage Lebensmittel geklaut zu haben. Eine Viertelstunde später kamen die Bullen mit Verstärkung wieder und durchsuchten das ganze Haus. Einer der Festgenommenen führte die Bullen gezielt ins Zimmer eines Besetzers. Gerade diesen Festgenommenen hatten die Besetzer vorher nie gesehen. Eine weitere dreiviertel Stunde später kamen die Bullen zum dritten Mal. Diesmal wurden 3 weitere Personen festgenommen.

Auf der Wache wurde allen, bis auf einem das Recht verweigert, ihren Anwalt anzurufen. Einige der Festgenommenen berichteten später, sie seien von den Bullen geschlagen worden, außerdem sei ihnen Blut abgezapft worden.

Am Dienstag Morgen, gegen 9 Uhr, waren die Bullen wieder da. Ohne Haussuchungsbefehl wurden Türen aufgebrochen und Zimmer durchstöbert. Natürlich gibt es auch in diesem Fall nichts, was auf eine Verbindung zwischen dem Einbruch und den Hausbesetzern hinweisen könnte. Die Besetzer schreiben in einem Flugblatt dazu: *„Es (kann) nicht unser Ziel sein, Leute zu schädigen, die selbst durch die Sanierung bedroht sind, wie zum Beispiel einer der betroffendn Ladeninhaber. Wir bemühen uns im Gegenteil, mit allen Betroffenen gegen die Sanierung zu kämpfen."* Das wissen anscheinend auch die Bullen recht gut. Wie die Festgenommenen später berichteten, bezogen sich die Verhöre hauptsächlich auf Strukturen und Personen der Hausbesetzung und nicht auf den Einbruch.

Ein Kieler Genosse

□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□

□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□

Besetzt

Der in Westberlin entzündete Funke scheint auf die Provinz übergesprungen zu sein: in einer Reihe kleinerer Städte sorgen Besetzungsaktionen für öffentliches Interesse und bereiten den Stadt,vätern' unruhige Nächte.

Kirchheim. Bereits seit dem 19.12.80 halten 13 Leute im schwäbischen Kirchheim ein Haus besetzt. Trotz Störmanöver der Stadtverwaltung, wie Stromabstellen, läuft die Besetzung (TAZ, 21.1.81).

Dietzenbach. Im Anschluß an eine Silvesterfete (be)setzten 100 Jugendliche das seit drei Jahren geschlossene Jugendhaus wieder in Betrieb und entfalten seitdem eine selbstverwaltete Jugendarbeit. Der Solidarität mit den Besetzern haben sich sogar zwei Stadtverordnete der SPD angeschlossen (FR, 5.1.81).

Friedberg. Nach monatelanger Wohnungssuche ohne Erfolg besetzten Jugendliche am 5.1.81 ein leerstehendes, zum Abbbruch bestimmtes Haus (FR, 6.1.81).

Iserlohn. Am 9.1.81 zogen 100 Leute in ein aus 20 Wohnungen, Kneipe und Kegelbahn bestehendes Haus (TAZ, 13.1.81).

Rüsselsheim. Prompt reagierten 70 Jugendliche, als sie das von der Stadt zu Jahresanfang geschlossene Jugendhaus besetzten und es als „Autonomes Kulturcafe" wiedereröffneten. Neben lokalen Initiativgruppen wird die Aktion auch von Jusos und SDAJ getragen (Die Neue, 15.1.81).

Westberlin. Als Antrittsgeschenk für den neuen Übergangsbürgermeister Vogel konnte die Westberliner Besetzerbewegung drei neu besetzte Häuser in Kreuzberg und Neukölln präsentieren (Die Neue, 20.1.81).

Wohnungskommission

□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□

Räumung droht

Aus einer „Kurzbiographie", die wir von der Hausgemeinschaft „Freies Wiesenufer" in **Oldenburg** bekamen, geht hervor, daß die Besetzer mit der baldigen Räumung rechnen. *„Wir, etwa 30 junge Leute, besetzten, durch akute Wohnungsnot gezwungen, am 21.11.80 im Oldenburger Sanierungsgebiet Osternburg in der Uferstr. 38 eine leerstehende Fahrradfabrik. Das etwa 1 ha große Gelände mit mehreren Wohnhäusern und Werkhallen gehört der „NILEG" (Gesellschaft von Bund, Land und einzelnen Städten).*

Sie will das Gelände sanieren, um hier 100 Eigentumswohnungen zu errichten. Auch die „EWE" will uns in den nächsten Tagen Strom und Wasser abdrehen.

Wir haben die Räume mit „Leben" gefüllt, und in Kfz-, Fahrrad-, Töpfer-, Schmuck- und Hängemattenwerkstätten hat das Arbeiten begonnen. Eine Bäckerei ist im Aufbau.

In den letzten Tagen häufen sich die Gerüchte über einen „Räumungsantrag" und eine Klage wegen „Hausfriedensbruch". Laut Presse (Nord-West-Zeitung), die versucht, uns zu kriminalisieren, ist dies bereits bewilligt. Auch die Abrißgenehmigung ist bereits von der Stadt Oldenburg bewilligt.

Es kann schon heute losgehen. *Am Montagabend, d. 14.1., wurde ein seit drei Tagen besetztes Haus im Dobbenviertel, das der Stadt gehört, mit großem Bullenaufgebot geräumt.*

Wir haben das Recht, in unserer Stadt zu wohnen! Wir haben das Recht auf lebendige Stadtstrukturen, billigen Wohnraum, ... auf unseren Widerstand, Unser Leben! Keine Kriminalisierung von Hausbesetzern! Alle lieben Menschen sind aus gegebenem Anlaß dringend eingeladen, die Fabrik vollzubesetzen! Kommt Alle!

Hausgemeinschaft Freies Wiesenufer
29 Oldenburg, Uferstr. 38

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro

29 Oldenburg
Bielefeld

Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier



Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

BRD-Rüstungsexport in Kriegsgebiete



BRD-Rüstungsexport in Kriegsgebiete

- „Deutsche Panzer nach Saudi-Arabien?" („Spiegel", 5.1.81).
- „Es bleibt bei U-Boot-Lieferung nach Chile" („SZ", 15.1.)
- „Bonn gibt Zurückhaltung auf: Waffenexport wird erweitert" (Göttinger Tageblatt", 10.1.).

Diese und ähnliche Schlagzeilen zeigen an, daß zukünftig der Waffenexport skrupellos ausgeweitet werden soll. Die Genehmigung der U-Boote für die Mörderbande in Chile, die genehmigte Lieferung von Kriegsschiffen nach Kuweit und die Diskussion um die Panzerlieferung nach Saudi-Arabien, in eine Region, in der laut Reagan-Berater Peter Duignan *„der nächste Krieg ausgetragen"* („UZ", 13.1.81) werden soll, machen diese Verschärfung deutlich. Zumindest offiziell zeigten sich BRD-Politiker gern als Moralapostel in Sachen Waffenexport. Auch jetzt gilt noch, wie es der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Wolff von Amerogen, ausdrückte, daß *„die Welt die Zeit von 1933 bis 1945 nicht vergessen"* hat, und daß *„wir daher nicht so auftreten"* dürfen, *„wie unsere Freunde"* („FR", 21.1.). Noch im Wahlkampf erklärte Außenminister Genscher: *„Unser Land macht sicher eine Menge Fehler, aber in der Frage des Rüstungsexports sind wir das Land mit der größten Zurückhaltung";* und noch im Januar, als das Saudi-Arabiengeschäft längst beschlossen war, erklärte er: *„Zu den großen Gefährdungen des Weltfriedens gehören Waffenexporte"* (nach „stern", 22.1.81).

So ist der BRD laut Verfassung jeder Angriffskrieg untersagt, es gilt das Verbot von Waffenlieferungen in Spannungsgebiete, überhaupt sollen außerhalb der NATO nur in „Ausnahmefällen" Waffen geliefert werden.

Diese Regelungen führten vor allem dazu, daß Doppelmoral, Heuchelei und Vertuschung zu den staatstragenden Pflichten führender Politiker in Sachen Waffenexport gehören. Schrankenlos kann nur an die NATO-Bündnispartner geliefert werden. So stimmte etwa Bundesminister Matthöfer gegen den Waffenexport an die von ihm so bezeichnete Mörderbande in Chile – Matthöfer ist auch Schirmherr der „Aktion zur Befreiung politischer Gefangener in Chile e.V." –, gleichzeitig organisierte er die Finanz- und Militärhilfe (600 Millionen DM) für die türkische Mörderbande, die auch ohne weiteres verbesserte Exemplare des Leopard-Panzers (I) erhielt. Trotz vielfacher Forderungen innerhalb der SPD und im Parlament ist traditionell *„die Bundesregierung nicht bereit, nähere Auskünfte zu geben über Art und Empfänger ihres Rüstungsexports"*(„FAZ",12,11.75), so daß darüber nur teilweise ein Überblick gegeben werden kann. Denn immerhin ist die BRD längst zum fünftgrößten Waffenexporteur aufgestiegen (nach den USA, der SU, Frankreich und Großbritanien), sie weist die höchsten Zuwachsraten auf.

Auch im Waffenexport: „Wir" sind wieder wer!

150.000 Menschen sind in der BRD unmittelbar in Rüstungsbetrieben beschäftigt, einschließlich Zulieferbetrieben rund eine halbe Million. Im Vergleich zu den Jahren 1971 – 73 stieg der Rüstungsexport für die Jahre 1974 – 76 um 450% (Angaben nach „Neue", 20.1.81). Es folgen in dieser Rangliste Italien mit 290% Steigerung, die USA mit 120%, Großbritanien mit 71%, Frankreich mit 44% und die SU mit 31% (Angaben nach „Forum Europa" 1/2 79 und „Neue", 22.6.79).

Schwierig ist es, die tatsächliche Höhe der Rüstungsexporte zu ermitteln. Nach Angaben der ACDA (US-Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung) belief sie sich 1976 auf 13 Mrd. Dollar, für 1977 (nach Angaben des US-Wissenschaftlers Haftendorn) auf 20 Mrd. Dollar, SIPRI gibt für 1978 die gleiche Summe an. Hingegen spricht die „AG Waffenexport der SPD-Bundestagsfraktion" in einem Zwischenbericht für 1977 bereits von 100 Mrd. Dollar.

Gestiegen sind besonders die Rüstungsausgaben der 3. Welt-Länder. Gemessen an den Rüstungsausgaben aller Länder lag ihr Anteil 1955 bei 3% und 1978 schon bei 14% („Neue", so.). Da sie kaum über eine eigene Rüstungsproduktion verfügen, müssen sie 70% ihrer Rüstung importieren („GT", 26.6.79).

Dabei sollte man sich nicht täuschen lassen. Hauptkriegstreiber sind dabei die engsten Freunde des Imperialismus: Der Iran (unter dem Schah), Israel, Ägypten, Saudi-Arabien und Indien gaben genauso viel für die Rüstung aus wie die übrigen 100 Staaten der 3. Welt zusammen (nach „Neue", 20.1.81).

Der BRD-Anteil am Rüstungsexport wird mit 2 bis 5% angegeben (Quellen wie oben – USA 45%, SU 35%, Frankreich 8% - „Spiegel", 19.1.81). Da aber insbesondere die BRD ihren Anteil vertuscht, und die Schätzungen der erwähnten SPD-AG auf offiziellen Zahlen beruhen, dürfte der BRD-Anteil eher höher liegen. Der Umfang der BRD-Exporte stieg von 189 Millionen Dollar im Jahre 1970 auf 656 Millionen im Jahre 1976. Das ist nahezu eine Verdoppelung gegenüber 1975 (393 Mio.). 1977 gab selbst die Bundesregierung 1,924 Mrd. DM an (nach „Forum-Europa", s.o.), 1978 wurden die 2 Milliarden DM überschritten („stern", 5/81). *„Allerdings erfassen diese Zahlenangaben nur einen Teil des militärischen Transfers. Hilfen und Ausrüstungen für die Produktion von Waffen (eine Spezialität der Bundesrepublik), Schiffsmotoren und andere Ausrüstungen für Kriegsschiffe, elektronische Bauteile und militärische Transportmittel (Flugzeuge, Militär-LKW) sind nicht enthalten. Würden sie hinzugerechnet, würden sich die Zahlenangaben schätzungsweise mindestens verdoppeln"* (U. Albrecht in ‚ami' 6/76). Werden vorgefertigte Panzerteile in Frankreich oder anderen Ländern zusammengebaut, so zählt dies ebenfalls nicht als Waffenexport. Natürlich ist es unsinnig, wenn behauptet wird, die BRD liefere nicht in Spannungsgebiete: *„Überall auf der Welt, wo Konflikte die Länder erschüttern und Menschen aufeinander schießen, sind Waffen ‚made in Germany' heiß begehrt"*, schrieb der „stern" (vom 14.8.80). Während das Weißbuch von 1979 den Rüstungsexport *„in Staaten der Dritten Welt ... grundsätzlich (als) problematisch"* betrachtet, liefert die BRD nach Listen der US-Behörden in 80 Länder (s. Liste). Das wollen wir hier an Beispielen dokumentieren.

Gemeinschaftsprojekte

Zusammen mit anderen NATO-Ländern, vornehmlich Frankreich, Italien und Großbritanien werden Waffensysteme wie z.B. Tornado, Alpha Jet, Transall-Transportflugzeuge, die Panzerabwehrraketen HOT und MILAN, der Raketenpanzer Roland entwickelt und gebaut. Da die jeweiligen Partner keinen Exportbeschränkungen unterliegen, werden nach der Produktion formal die deutschen Anteile an den Partner verkauft, der dann das fertige Stück weitervertreibt. Mit Frankreich ist diese Form der Zusammenarbeit sogar durch einen 1971 unterzeichneten Vertrag abgesichert, demzufolge sich die Vertragspartner verpflichten, *„einander beim Export von Kriegswaffen nicht zu behindern, sondern – zum Wohle der Rüstungswirtschaft – zu helfen. Bei gemeinsam entwickelten Rüstungsgütern, die von einem Partner exportiert werden sollen, muß der andere die von ihm gefertigten Teile beisteuern."* („Spiegel", 2.10.72).

Auf diese Art und Weise erhielt Brasilien 1971 U-Boot-Jagdflugzeuge und 1976 Roland-Flugabwehrraketen, eine deutsch-französische Koproduktion, montiert auf rein westdeutschen Marder-Panzern. Südafrika gelangte zu gut zwei Dutzend Transall-Transportern, Israel zu 12 Raketenschnellbooten, alles ganz legal. Als der Bundessicherheitsrat sich genötigt sah, den geplanten Verkauf von „Roland"- und „Milan"-Raketen an Zaire zu untersagen, wandte sich Mobutu einfach an Frankreich und wurde auch prompt bedient (Angaben nach „ami" 6/76). *„Insbesondere die Struktur des Euromissile-Konsortiums, in dem MBB und Aerospatiale die Hauptpartner sind, hat den Export von westdeutscher Rüstungstechnologie in eine steigende Zahl von Ländern der dritten Welt möglich gemacht, ohne daß die westdeutsche Kontrolle greift. Produkte von Euromissile wie die Panzerabwehrlenkwaffen HOT und MILAN, werden offiziell von Frankreich verkauft. Viele französische Kunden wären nach den westdeutschen Richtlinien ... vom Empfang westdeutscher Waffen ausgeschlossen"* (SIPRI-Jahrbuch 80/81, S.94).

Über Frankreich sind die BRD-Waffenexporteure auch voll am Nah-Ost-Geschäft beteiligt: Der Emir von Katar erhielt bereits sechs Alpha-Jets, Ägypten hat den Kauf von 44 Flugzeugen dieses Typs vertraglich vereinbart. Von der deutsch-französischen „Milan" sind 100.000 Exemplare bestellt, davon 2.000 aus Syrien, und auch der Irak schießt mit „Milan" (alle Angaben nach „Spiegel", 19.1.81). Insgesamt liefert Frankreich 20% der Waffen an den Irak. Während die SU (80%) ihre Waffenlieferungen nach Beginn des Iran/Irak-Krieges nicht steigerte („FAZ", 16.12.80), war Frankreich nicht nur in die Kriegspläne des Iraks eingeweiht, sondern schloß auch noch im November den Verkauf von Alpha-Jets ab (insgesamt ist von 150 Alpha-Jets die Rede), die im Irak teilweise zusammengebaut werden sollen.
zusammengebaut werden sollen.
Auch die Koproduktion „Hot" wurde in den Irak geliefert. Siemens beteiligt sich über eine französische Firma an der Lieferung von Radar-Einrichtungen und Blindflugsystemen. Schon 1974 hatte Daimler-Benz 10.000 LKWs geliefert (Angaben nach „taz", 14.11.80).

Export von Produktionsanlagen

Dieser Export umgeht ebenfalls die Exporteinschränkungen. Besonders deutlich wird die Heuchelei derjenigen Politiker, die zur Zeit Bedenken gegen die Belieferung der chilenischen Junta äußern, wenn man sich vor Augen hält, daß diese bereits 1976 ca. 4.000 Sturmgewehre der BRD-Rüstungsfirma Heckler & Koch besaß. Sie waren einfach in Thailand in westdeutscher Lizens gebaut worden, die thailändische Regierung genehmigte den Export sofort. Produktionsstätten dieses äußerst vielseitig verwendbaren und entsprechend beliebten Exportschlagers befinden sich u.a. in Brasilien, Iran, Saudi-Arabien, Malaysia, Pakistan, Griechenland (die griechische Junta soll ebenfalls über 100.000 Exemplare erhalten haben, „Spiegel" 5/78). So kommentierte die „Metall" (Zeitung der IG-Metall) ein Foto von Soldaten der Junta in El Salvador im Einsatz mit Heckler & Koch Sturmgewehren: *„Die Rüstungskriminalität steht in der Bundesrepublik in hohem Ansehen ... Wo immer auf dieser Welt Menschen von ihren Regierungen gequält, gefoltert und ermordet werden – dort hat das ehrbare Unternehmen vom Neckarstrand seinen Gewinn ... Auch der Schah von Persien ließ auf seine Untertanen mit Heckler-Waffen schießen und Idi Amin hielt es in Uganda ebenso"* (zit. nach „Neue", 23.12.). Bezeichnenderweise dementierte nicht die Firma, sondern der Betriebsrat wandte sich *„entrüstet und empört"* gegen diesen *„absoluten Gipfel von Bösartigkeit"*, sie mit *„Mordgeschäften in Verbindung"* zu bringen (s.o.).

MBB läßt seinen Hubschrauber BO 105 in Indonesien produzieren („Zeit", 7.5.71), der – wen wundert es – dann prompt u.a. in Südafrika wieder auftaucht. In weltweiten Anzeigen wurde dieser Hubschrauber als Militär- und Rettungshubschrauber angeboten („Neue", 20.1.81). *„Die bundeseigene Fritz-Werner-AG ... ist am Bau von Militärfabriken in Guinea, Iran und Nigeria sowie Israel und Indonesien beteiligt"* („ami", 6/76). Die Schah-Polizei erhielt noch 1979 Handschellen und Schlagstöcke dieser Firma; als sie 1974 dem Schah ein riesiges Militärarsenal lieferte, kontrollierten im Aufsichtsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau so illustre Minister wie Schmidt, Leber, Lauritzen, Eppler aber auch Heinz Oskar Vetter vom DGB das Geschäft. Mit Wissen von Wischnewski lieferte sie im Biafra-Krieg an beide Seiten 20 Millionen Schuß Munition. Saudi-Arabien bekam eine Waffenfirma unter dem Titel „Sägewerk". Als sich ein Entwicklungshelfer über die Lieferung einer 12-Millionen-Waffen-Firma nach Nepal in der Presse beschwerte, verwarnte ihn sein Minister Eppler, daß er *„gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland handle"* (Angaben nach „Neue", 13.3.80).

„Die Türkei baut mit Hilfe der Luther-Werke Braunschweig und Krupp-Essen eine Panzerfertigungsanlage für Leoparden. Deutsche Sprengstoffabriken der Firma Meissner, Dynamit-Nobel und Rheinmetall gingen an Portugal, Pakistan, Iran, Ägypten und Brasilien" („ami", 6/76). Nach Auskunft des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Grüner, sind für die Errichtung solcher Rüstungsfirmen im Ausland *„allein die Rechtsvorschriften des betreffenden ausländischen Staates maßgebend"*, d.h. ohne jede Kontrolle möglich (nach Anfrage im Bundestag 1976 – aus „Neue", 20.1.81). Gerade dadurch konnte die BRD schon frühzeitig international in Konkurrenz zu Frankreich und England, die seinerzeit solche Geschäfte ablehnten, treten.

Nicht als Waffen gerechnet werden auch Einzelteile, die somit weder genehmigungspflichtig sind, noch statistisch erfaßt werden. Der damalige für Rüstungsfragen zuständige Staatssekretär Mann lakonisch: *„Ein Fahrgestell ist eben nur ein Fahrgestell"* und damit *„etwas höchst uninteressantes"* („Spiegel", 41/72). So wurden Marder-Fahrgestelle nach Frankreich verscheuert, dort mit der deutsch-französischen Gemeinschaftsrakete „Roland" vervollständigt und nach Brasilien geliefert. Umgekehrt empfahl Helmut Schmidt den Saudis höchst persönlich, sich den Marder-

Fortsetzung nächste Seite

Wer schrieb dies ?

‚Auch heute nehmen viele Staaten, die oft nach innen reaktionär sind, in der Hauptseite teil am Kampf der Völker gegen den Imperialismus, vor allem gegen die Supermächte. Man muß nicht begeistert sein über die inneren Verhältnisse in Pakistan, um dennoch Waffenlieferungen dorthin zu befürworten, weil das Land an der Front gegen den Sozialimperialismus steht. Das ist ein gravierender Grund, gegen ein allgemeines Verbot zu sein oder auch gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz der Bundesregierung."

***

„Aber es gibt auch Kolonial- und Marionettenstaaten, in denen die
Marionettenstaaten, in denen die
Unterdrückung nach innen zur Hauptseite wird. Südafrika gehört sicher dazu, Chile wohl nicht mehr."

Aus der KVZ des KBW vom 5.1.81

SPD: Der Militärgeist marschiert

Muß Hansen gehen?

Wenn diese Zeitung erscheint, ist wahrscheinlich ein Mitglied des Bundestages, einer unserer ‚Volksvertreter', vom Präsidium seiner Partei gerügt, verwarnt oder sogar ausgeschlossen worden. Jedenfalls wollen die SPD-Oberen am Montag, den 2. Februar, in einer Parteipräsidiums-Sitzung einen Schlußstrich im ‚Fall Hansen' ziehen.

Hansen hatte in der Februar-Ausgabe der Zeitschrift ‚Konkret' kritisiert, daß die Regierungspolitik auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik immer wieder gegen geltende Parteitagsbeschlüsse der SPD und die *„proklamierte Zielsetzung seiner Partei"* verstößt. Konkret geht er auf das U-Bootgeschäft mit Chile ein, dem der Bundessicherheitsrat unter Führung Helmut Schmidts hinter dem Rücken von Fraktion und Partei zugestimmt hat. Zum zweiten führt er das Versprechen Schmidt's an, Saudi-Arabien mit Leopard 2-Panzern zu beliefert. Er fordert, den Verteidigungshaushalt nicht noch weiter zu erhöhen, sondern im Gegenteil um eine Milliarde zugunsten verstärkter Entwicklungshilfe zu senken. Die ‚Nachrüstungsbeschlüsse' sollen gekündigt und dafür eine gesamteuropäische Konferenz über eine atomwaffenfreie und entmilitarisierte Zone einberufen werden.

Abschließend macht Hansen deutlich, daß der Hintergrund seiner Kritik die Sorge um die Glaubwürdigkeit seiner Partei ist. *„Nur wenn Sozialdemokraten innenpolitisch wie außenpolitisch wieder sichtbar etwas tun für mehr soziale Gerechtigkeit und tatsächlich Solidarität mit den Schwachen praktizieren, statt nur davon zu reden, gibt es eine Rechtfertigung für ihre Beteiligung an der Regierung dieser Republik, gibt es eine Chance, Rest von Glaubwürdigkeit zu retten"* (Konkret, 2/81). Der nächste Akt spielt in Bonn. Im Sinne von Hansen's Ausführungen haben 24 SPD-Bundestagsabgeordnete für die Etat-Beratungen ihrer Fraktion einen Antrag eingereicht, mit dem Ziel, den Rüstungsetat um eine Milliarde zu kürzen und die Entwicklungshilfe um eben diesen Betrag aufzustocken. Begründet wurde der Antrag u.a. mit entsprechenden Arbeiten der Nord-Süd-Kommission (Vorsitzender Willy Brandt). Der Antrag wurde natürlich in der Fraktion niedergestimmt. Allerdings stimmten noch weitere 13 Abgeordnete dafür, so daß insgesamt 37 Abgeordnete den Antrag unterstützten. Nicht dabei waren die SPD-„Linken" Uwe Holz, Wolfgang Roth und Karsten Voigt. Voigt gefiel sich in der Rolle eines Mahners vor *„drohenden Parteiordnungsverfahren"*. Dummdreist warf er den ‚Dissidenten' vor, *„einer wirklichen Debatte über den Verteidigungshaushalt auszuweichen und allein die Demonstration ihres Protestes gegen die Regierung zu suchen"* (FAZ, 28.1.).

Der ehemalige stellvertretende Juso-Chef, der erst vor kurzem einer der außenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion wurde, hat seine Lektion gut gelernt. Denn genau solche Schnackis haben die SPD-Oberen schon immer ihren linken Kritikern um die Ohren gehauen.

Einen Tag nach dieser Fraktionssitzung war die Hetze gegen die SPD-‚Abweichler' voll in Gang. CDU-Wörner *„sprach von einem unverhüllten Angriff auf den Lebensnerv der Sicherheit des Landes und der Bürger"* (SZ, 27.1.81). „Zeit"-Chefredakteur Theo Sommer holte gegen Hansen, *„der vom Intellektuellen nur die Stirnglatze hat"* (Zeit, 30.1.), zum Tiefschlag aus und forderte seinen Kopf. *„Die SPD solle sich entscheiden zwischen Hans (Apel) und Hansen"* (ebd.). Aber auch die FDP-‚Linke' Helga Schuchardt war mit einem bissigen Kommentar über den *„billigen Show-Antrag"* zur Stelle (FAZ, 28.1.).

Wehner reagierte umgehend. Am Montag (26.1.) hatte die Fraktionssitzung stattgefunden, auf der über den Etat beraten wurde. Am Dienstagabend trommelte er die Fraktion zu einer Sondersitzung zusammen und ließ Hansen – wohl als ‚Drahtzieher' des Antrags der 24 – eine Rüge erteilen. Bei der Diskussion darum erhielt Hansen nicht einmal das Wort. Demokratie a la SPD!

Doch mit ihrer Taktik, den Widerstand gegen die wahnwitzige Militärpolitik zu spalten, hatten die SPD-Führer Erfolg. Für Mittwoch hatten die 24 Abgeordneten eine Pressekonferenz einberufen, um ihren Antrag ausführlich zu erläutern. Doch es kamen nur drei. Neben Hansen noch Coppik und Thüsing. SPD-‚Linke' – was nun?

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Panzer der BRD in Argentinien zu besorgen, der dort unter dem Tarnnamen „Tam" zu haben sei („Spiegel", 12.1.81). Italien bietet Interessenten einen Kampfpanzer „Lion" an, der *„in Wahrheit eine kaum retuschierte Kopie des deutschen Rüstungsschlagers 'Leopard' ist ... Die Hälfte der Bauteile wird in westdeutschen Werken produziert"*

(„Spiegel", 12/76). Mit diesem wahrhaft genialen Trick konnte der Leo damit sogar nach Libyen gelangen. Kommentar von Georg Leber 1977 dazu: So könnten sich ja die Sowjets selbst überzeugen, *„daß wir mit dem Leopard und seinen exzellenten Fähigkeiten nicht genrahlt haben"* („FR", 6.1.81).

Ungehinderter Export von Kriegsschiffen

Der Export von Kriegsschiffen wird von der BRD schon lange ohne jede Beschränkung betrieben, so daß neben NATO-Partnern gerade die re-



aktionärsten Regimes (Südafrika, Argentinien, Brasilien etc.) auf der Lieferliste auftauchen (s. Liste aus „Wehrtechnik" 2/78, abgedruckt in Arbeiterkampf 125, S. 38). So wundert die aktuelle Liefergenehmigung an Chile kaum, und auch von einer angeblichen Erwägung Helmut Schmidts, diese Liefergenehmigung eventuell zurückzuziehen, ist gar nichts zu halten. Typisch dafür war die Lieferung von vier U-Booten an die griechische Militärjunta, die im September 68 publik geworden war. Karl Schiller (damals Wirtschaftsmi-
September 68 publik geworden war. Karl Schiller (damals Wirtschaftsmi-
nister) behauptete, es gebe für deren Lieferung keine Genehmigung. Die Werft konterte, die U-Boote würden in Teilstücken geliefert, die nicht genehmigungspflichtig seien. Während sich die SPD-Bundestagsfraktion gegen die Lieferung aussprach, wurde sie schließlich von der Bundesregierung genehmigt. Erst Jahre später wurde bekannt, daß alles Theater gewesen war, denn schon im Herbst 1968 hatte die NATO die Lieferung der U-Boote als „zur Sicherung der westlichen Allianz" erforderlich gefordert („FR", 10.1.81).

Insgesamt lieferte die BRD seit 1945 293 Schnell- und Patrouillenboote, 62 U-Boote, 24 Kleinkampfschiffe und 19 größere Schiffe; auch für die Fregatten der BRD wird die Eignung für j e d e s Land in Anzeigen hervorgehoben (Angaben nach „Neue", 20.1.81).

Illegaler Waffenhandel

Schon anhand der spärlichen Fälle, die hin und wieder auch der Öffentlichkeit bekannt werden, läßt sich der Sumpf erahnen, in dem solche Geschäfte abgewickelt werden. Nicht vergessen ist sicherlich der Skandal, den es um die Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes am illegalen Waffengeschäft gab: So *„lieferte der BND über die Fa. Dobbertin in Hamburg ab 1966 deutsches Kriegsmaterial in Krisenherde der Weltpolitik, ohne Rücksicht auf die offizielle Regierungsmaxime..."* Zu den *„bedeutenderen Geschäften"* gehörten u.a. Waffenlieferungen nach Nigeria zur Zeit des Biafra–Krieges, an Rhodesien, Südafrika, Griechenland, Jordanien. Über die Firma Merex gingen allein von 1965–67 für 95 Mio.DM Waffen an Indien, Pakistan und Saudi-Arabien („Spiegel", 11.12.78).

In einem späteren Prozeß gingen die Merex–Leute frei aus, die betroffenen Politiker und Beamten kamen ebenfalls ungeschoren davon. SPD–Minister Ehmke hatte den Strafverfolgungsbehörden die Einsicht in die BND-Akten verweigert, bis die mit den Waffenschiebereien verbundenen Straftaten verjährt waren. Die Unterlagen waren vernichtet worden. Bei einem Brand im Bundeswirtschaftsministerium am 3.4.69 gingen die Merex-Akten „verloren" („FR",22.11., 27.11., 2. und 4.12.75: „Spiegel", 22.12.75; s. H.J.Schulz:„Militarismus und Kapitalismus in der BRD").

Auch der jetzige Bundespräsident Carstens wurde späterhin der Falschaussage in einem Ausschuß verdächtigt.

Der BRD–Konzern MBB lieferte *„mit getürkten Flugplänen 1977 1900 Panzerabwehrraketen vom Typ 'Mamba' an den chilenischen Diktator Pinochet"* („Stern", 25.1. 79). Ebenfalls illegal lieferte der Rüstungsriese Rheinmetall 40 Fliegerabwehrgeschütze nach Argentinien („Stern", 14.8.80). *„Maschinengewehre –angeblich 100 Stück die für das NATO–Land Italien bestimmt waren, fanden sich in Saudi-Arabien wieder ... Eine Abfüllanlage für Munition, die Paraguay bestellt hatte, verrichtet nunmehr in Südafrika ihre Dienste "* („FR", 5.8.80). Der Ex–Generalinspekteur der Bundeswehr, H.Wust, betätigte sich als *„Vermittler im zwielichtigen Geschäft"* von Geheimverhandlungen zwischen westdeutschen Firmen und Saudi-Arabien, wobei er u.a. *„für militärische Zwecke umgebaute"* OTRAG–Raketen offerierte („Stern", 29.9.80). *„So verschiffte ein Deutscher unter dänischer Flagge aus Jugoslawien mehr als 13.000 sowjetische Schnellfeuergewehre samt 16 Millionen Patronen nach Südafrika. Ein hessischer Kaufmann lieferte seit 1974 mehr als 2000 Tonnen Kriegsmaterial, darunter 120 Panzer, nach Syrien und in den Libanon. Im Mai 72 fand die Polizei bei einem anderen Händler Verkaufsunterlagen für HS 30 Schüt-*
bei einem anderen Händler Verkaufsunterlagen für HS 30 Schüt-
zenpanzer, Chieftain-Panzer und Starfighter-Konstruktionspläne" („Spiegel", 3.7.78); eine Liste, die sich noch beliebig verlängern ließe.

NATO – Militärhilfe

„Im Gegensatz zur Militärhilfe an nichteuropäische Entwicklungsländer ist diese NATO–Hilfe in den Debatten der Parteien der BRD nie grundsätzlich fraglich gewesen, auch die SPD hielt sie als eine der Verpflichtungen des NATO–Bündnisses für notwendig" (Albrecht, „Deutsche Waffen für die 3.Welt, S.109). In Absprache mit den USA war die BRD für Portugal, Griechenland und die Türkei zuständig. Da es sich um ein NATO-Projekt handelt, war und ist die zur Zeit am Beispiel Chile zur Schau gestellte Besorgnis über den inneren Zustand dieser Länder völlig überflüssig. Gerade die Hochrüstung der Türkei zeigt die totale Hemmungslosigkeit der westdeutschen Kriegstreiber.

Portugal erhält seit 1980 wieder NATO–Ausrüstungshilfe, vorgesehen waren erst einmal 58 Mio.DM. Darüberhinaus hat die Bundesregierung bereits die Zahlung von weiteren 120 Mio.DM in den Jahren 81 – 83 zugesagt. Auch zur Zeit der faschistischen Militärs erfreute sich Portugal reger BRD–Waffenhilfe, insbesondere der Unterstützung in den Kolonialkriegen. In der Eile hatte man sogar „vergessen" die Bundeswehrzeichen von gelieferten Flugzeugen zu beseitigen.

Griechenland erhielt allein in den 60er Jahren Material für mehrere hundert Mio.DM, u.a. zahlreiche Kampfflugzeuge, 4 U-Boote, Raketen und Panzer (Albrecht, a.a.O.). Ende 79 wurde ein neuer Vertrag über 70 Mio.DM abgeschlossen („ami" 3/80).

Türkei: sie erhielt bis 1970 insgesamt fast 300 Mio.DM (Albrecht, a.a.O.). Im Rahmen der „Türkei–Hilfe", die Wirtschafts- und Militärhilfe umfaßt, kamen noch einmal mehrere 100 Mio.DM dazu; das neueste Abkommen vom November 80 sieht noch einmal 600 Mio.DM Militärhilfe für die faschistische Junta vor. Nachdem die BRD die Militärs an die Macht gerüstet hat, muß sie nun eben auch dafür sorgen, daß sie dran bleiben.

Alle diese Summen tauchen natürlich weder unter Waffenexport, noch unter Rüstung in den Statistiken auf, sondern im Einzelplan 05 : Auswärtiges Amt.

Die politischen Dimensionen

Daß Waffenexport nicht nur eine Frage des Profits der Rüstungskonzerne ist, dürfte inzwischen eine Binsenwahrheit sein. Ein Blick auf die Rangliste der Empfängerstaaten bundesdeutscher Waffenhilfe außerhalb der NATO bestätigt dies:

1. Iran:	959,8 Mio.DM
2. Argentinien:	433,9 Mio.DM
3. Saudi-Arabien:	57,2 Mio.DM
4. Nigeria:	56,2 Mio.DM
5. Israel:	32,4 Mio.DM

(Für die Jahre 76 – 78, „Spiegel", 14/79)

– Argentinien bezog seit 1974 für 120 Mio.DM Schnellboote, Torpedos, Flugabwehrkanonen und Panzerabwehrraketen.

– Seit 1975 gingen für 321 Mio.DM U- und Schnellboote sowie die dazugehörigen Raketen und Granaten nach Ecuador.

– Venezuela kaufte U-Boote für 164 Mio.DM (alles „Spiegel", 14/79). Ein Drittel der Waffenlieferungen gehen auch nach Afrika („Stern", 5/81), wo häufig lediglich kleinere Armeen vorhanden sind und die BRD ganze Armeeteile ausrüstet. Der „Bayernkurier" erklärte dazu rundheraus, daß es den *„realistischen Erfahrungen"* widerspräche, keine Waffen zu liefern: *„Vor allem in den kleinen Staaten Afrikas ist die Armee der einzig stabile Fak-*
lem in den kleinen Staaten Afrikas ist die Armee der einzig stabile Fak-
tor" (vom 9.2.75). Auf der gleichen Linie behauptete der Rüstungsindustrielle Bölkow: *„Unsere Waffenlieferungen verhindern Kriege"* (nach „Spiegel", 3.7.75). So war für den CDU–Verteidigungsminister Hassel der Rüstungsexport seit jeher eine *„besondere Art der Entwicklungshilfe"* („Welt", 14.4.66) und die extrem hohe Militärhilfe an den Iran begründete das Auswärtige Amt der SPD/FDP-Koalition in gleicher Manier: Diese Militärhilfe wurde bis zum Sturz des Schah als *„deutscher Beitrag"* bezeichnet, mit dem *„gesellschaftliche Konflikte abbaubar werden und letztlich zur Hebung der Lebensqualität in diesem Teil der Welt beigetragen wird"* („FR", 4.9.74).

Wenn man sich die bisherige Praxis der BRD im Rüstungsgeschäft – insbesondere die Unterstützung des Schah-Militärs, die auch schon damals der „Befriedung" der Region dienen sollte – anschaut, könnte man fragen, was die ganze Aufregung um das Panzer-Geschäft mit Saudi-Arabien soll. Wie wenig Skrupel die BRD an den Tag legt, zeigt die Tatsache, daß ohne die Unterstützung der BRD, Südafrika nicht in den Stand versetzt worden wäre, Atombomben zu bauen. Rheinstahl lieferte Südafrika sogar die Artilleriegeschütze, mit denen solche Bomben abgeschossen werden können („Neue", 14.8.80).

Anfänglich wurde noch taktiert; so stellte Genscher die Behauptung auf, Saudi-Arabien sei gar kein Spannungsgebiet, höchstens etwas in Spannung durch den Krieg Iran/Irak. Inzwischen ist deutlich geworden, daß die Panzerlieferung der BRD weitreichende Folgen haben dürfte und die BRD auch öffentlich ihren Vorsatz, nicht in Spannungsgebiete zu liefern, ablegen möchte. Laut Spiegel ist diese Aktion zwischen allen drei Parteien in Bonn abgesprochen. CDU-Kohl bezeichnete es als *„einen Akt der Klugheit im deutschen und im europäischen Interesse, unseren Freunden zu helfen, auch dann, wenn diese Freunde in Spannungsgebieten leben"* („FR", 12.1.81). *„Die Bundesregierung denkt offenbar daran, für künftige Waffenexporte in Regionen außerhalb des Nato-Bereiches 'nationale Interessen' als entscheidendes Kriterium heranzuziehen und ausländische Kaufwünsche vor allem unter diesem Aspekt zu prüfen"* (ebenda).

Den „Schutz der Ölquellen, ... mehr Engagement in dieser Region" fordern die USA. Helmut Schmidt begründet den Deal mit der Notwendigkeit, Saudi-Arabien in weitgehende Abkommen einzubinden – Kredite von Saudi-Arabien, Verkauf von Industrieanlagen, direkte Beteiligung an BRD-Industrieanlagen, wie seinerzeit durch den Schah (lt. „Spiegel", 5.1.81).

Doch gerade eine Lieferung von Panzern nach Saudi-Arabien kann kaum mit der Begründung einer „Befriedung" dieser Region geschehen. Darüberhinaus ist offensichtlich, daß die BRD damit ihr direktes Engagement in kriegerischen Auseinandersetzungen dieser Region vorbereitet. Allgemein wird eingeschätzt, daß das Scheichtum in Saudi-Arabien im Inneren noch wackliger dasteht als seinerzeit der Schah im Iran. Dennoch wurde seit der ersten „Ölkrise" (1973) und insbesondere nach dem Sturz des Schah das Scheichtum durch die USA und Frankreich systematisch aufgerüstet. Der Militärstratege Weinstein schreibt dazu in der „FAZ" (16.12.80), daß die US-Eingreiftruppe in Ermangelung von Stützpunkten und Stationierungen in diesem Raum keineswegs allein die Schutzgarantie übernehmen könne. Der Aufbau eines militärischen Brükkenkopfes mit 30.000 Mann Luftlandetruppen sei ein *„militärisches Vabanquespiel"*. Die Ankündigung des Leo-Geschäftes mit Saudi-Arabien hat weiterhin die Forderung nach Waffenlieferung durch andere Staaten in diesem Raum zur Folge gehabt. Auch Syrien hat sein Interesse nach 300 Leo-Panzern angemeldet. Insbesondere Israel hat Protest angemeldet, da es sich im 'latenten Kriegszustand' mit Saudi-Arabien befände, Shimon Peres bestand *„nachdrücklich darauf ..., daß den Israelis dann auch die entsprechenden Waffen geliefert werden"* („Welt", 28.1.81). Bisher waren deshalb solch weitgehende Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien für unvereinbar *„mit einer ausgewogenen Nahostpolitik"* erklärt worden („Spiegel", 5.1.81).

Die Lieferung solch hochmoderner Rüstungsgüter wird den Einsatz von Militärspezialisten und Ausbildern zur Folge haben. So ist schon seit Februar letzten Jahres bekannt, daß Bundeswehr-Ex-General Schnez einen Plan *„über Gliederung, Bewaffnung und Ausstattung von selbständigen mechanisierten Brigaden"* für Saudi-Arabien entworfen hat. Diesen führte er als Vertreter für die Magirus-Deutz aus, welche die LKWs dazu liefern will. Mit diesem Konzept will Schnez nicht nur Saudi-Arabien in Stand setzen, *„seine Grenzen und Ölfelder zu verteidigen, sondern auch 'schnelle und weitreichende Angriffe' ('Blitzkriege') und 'den Kampf gegen subversive Elemente' zu führen"* („Stern", 28.2.80).

Es ist offensichtlich: Die BRD möchte auch am Golf eine militärische Großmachtrolle einnehmen. Die Waffenexporte sind ein weiterer Schritt zum direkten militärischen Engagement der BRD.

KB/Gruppe Göttingen und Antimilitarismus-Kommission

Liste von bisherigen AK-Artikeln zum Waffenexport:

AK 192, S. 37	HDW-Arbeiter streiken für Chile U-Boote
AK 155, S. 38	Waffen 'made in Germany' in aller Welt
AK 134, S. 33	Ausbildung ausländischer Offiziere in der BRD
AK 125, S. 38	Größter Waffenexport in der Geschichte der BRD
	Liste der Kriegsschifflieferungen der BRD
AK 122, S. 2	BRD – Somalia: Waffen in Spannungsgebiete ganz offiziell
AK 119, S. 34	Waffengeschäft mit den Faschisten in Argentinien
AK 107, S. 32	Leopard an Lybien verkauft?
AK 103, S. 45	Militärische Zusammenarbeit BRD / RSA
AK 99, S. 40	BRD U-Boote für Indonesien
AK 91, S. 12	BRD-Waffenexporte 1976
AK 77, S. 12	BRD-Militärhilfe für die 3.Welt (Liste)
	SPD-Betriebsräte fordern mehr Rüstungsexporte
AK 72, S. 16	Merex-Staatsanwalt gibt grünes Licht für weiteren Waffenhandel
S. 19	BRD-Kriegstechnik für Indien
AK 68, S. 14	BRD will Rüstungsexport weiter steigern

„Aufstand der Mitte" – Grüne Partei am Ende?

Gruhl geht ...

Der Austritt von Gruhl wird von ihm selbst und von seinen Freunden bei der „grünen Mitte" als Reaktion auf eine angebliche ultimative Aufforderung des Bundesvorstands dargestellt, sich zum Saarbrücker Programm zu bekennen. Auf Beschluß des Bundeshauptausschusses hatte Norbert Mann (Bundesvorstand) Gruhl in einem Brief um die Beantwortung folgender Frage gebeten: *„Nachdem Sie verschiedentlich Die Grünen, deren Mitglied sie sind, essentiell kritisiert haben, fragen wir Sie, welche Gründe Sie dazu bewegen, weiterhin Mitglied zu bleiben und damit eigentlich Satzung und Programm der Grünen zu akzeptieren"*. Gruhl antwortete mit einem Brief, in dem er seinen Austritt erklärt und folgendermaßen begründet: *„Wenn jetzt plötzlich 1/2 Jahr nach Dortmund an mich die Frage gerichtet wird, warum ich noch Mitglied bliebe, obwohl ich das Programm kritisierte, dann kann ich daraus nur das Folgende schließen: Die roten und bunten Gruppen glauben jetzt endgültig, die Macht in der Partei in der Hand zu haben. Und mir wird der Austritt nahegelegt. Dagegen ist bis jetzt noch kein einziges Mitglied der kommunistischen Z-Fraktion zum Austritt aufgefordert worden ..."*.

In einem „taz"-Interview hat Gruhl die wirklichen Motive für seinen Austritt angedeutet. Auf das Stichwort des Interviewers: *„Dutschke ist tot, und Sie sind jetzt ausgetreten. Für mich persönlich hat die Uralt-Konstellation Dutschke-Gruhl schon viel Hoffnung auf eine Zukunft der Grünen bedeutet, die ich — eigentlich schon lange — nicht mehr sehe ..."*, knüpft Gruhl so an: *„Ich habe manchmal daran gedacht, daß alles anders gelaufen wäre, wenn Dutschke nicht so tragisch ums Leben gekommen wäre. Der hätte die Kraft gehabt, den Unsinn abzuwenden ..."*. Abgesehen von der Peinlichkeit, daß Gruhl meint, sich als politischer Testamentsverwalter von Dutschke aufspielen zu können, enthält diese Aussage einen wahren Kern: **Das seit der Europawahl verfolgte Konzept einer Partei „Von Dutschke bis Gruhl" ist gescheitert, Gruhl kehrt zu seinem Ausgangspunkt zurück.**

... aber wer geht mit?

Zur Zeit gibt es keinen gesicherten Überblick darüber, wieviele Mitglieder zusammen mit Gruhl die Grüne Partei verlassen haben. Die im folgenden angegebenen Zahlen stammen von den Ausgetretenen selbst bzw. von der „Grünen Mitte" und dürften mehr oder weniger stark nach oben hin „aufgerundet" worden sein:

- 30 Mitglieder des Kreisverbandes Hannover-Land;
- der Vorstand des Kreisverbandes Uelzen trat nach der Amtsenthebung der Vorstandsvorsitzenden mit 30 weiteren Mitgliedern aus;
- der Kreisvorstand Lüchow-Dannenberg — und zwar *„aus Protest gegen die Unterwanderung des Bundesvorstandes durch radikale Gruppen"* (lt. „Lüneburger Landeszeitung" vom 24.1.). Ohne die Mitglieder überhaupt informiert zu haben, wurde über die Presse eine Gegenkandidatur mit einer freien Wählergemeinschaft angekündigt.
- 80 Leute sollen (laut einem Rundschreiben von Georg Otto) zwischen dem 18. und 22.1. in Hamburg aus der Grünen Partei ausgetreten sein. Diese Zahl scheint märchenhaft aufgebauscht zu sein. Heinz Böhmecke, einer der Sprecher der Hamburger Rechten, sprach selbst (am 24.1.) bloß von 20 Austritten, darunter Holger Strohm, der sich schon in der Bunten Liste als anitkommunistischer Kronzeuge bekannt machte. 7 Leute, darunter Böhmecke und Strohm, unterschrieben eine Austrittserklärung, in der die Gruppe Z als *„kriminelle Vereinigung"* diffamiert wird. Peter Möller (Grüne Hochschulgruppe, BUS-Fraktion) hat aufgerufen, in Hamburg einen alternativen, garantiert Z- und keimfreien n e u e n Landesverband aufzubauen. Die Tendenz der Rechten dazu ist aber z.Z. noch lustlos, notiert Georg Otto in seinem Rundschreiben. Bömecke macht sich (24.1.) trotzdem schon Gedanken, über *„entsprechende Spielregeln bei Aufnahme von Mitgliedern"*, die dafür sorgen sollen, daß die feinen Leute in einem neuen Landesverband wirklich unter sich bleiben. Nicht nur *„Antidemokraten"* sollen draußen bleiben (will Böhmecke das selbst beurteilen oder will er Auskünfte beim VS einholen?), sondern auch Kräfte, *„die solchen Typen* (Gruppe Z — Anm. AK) *die Tür öffnen"*.

„Die grüne Mitte organisiert sich!"

Auf der Rückfahrt von der letzten Bundeshauptausschuß-Sitzung hatten Helmut Lippelt (Bundesvorstand) und Freya Scholing (niedersächsische Spitzenkandidatin bei der Bundestagswahl) die Idee: *„... aus Sorge um die Abwanderungstendenzen der ökologischen Mitte"* vereinbarten sie einen *„Aufruf an die grüne Mitte"* (so erzählt es jedenfalls Freya Scholing). Statt eines Rückzuges, der natürlich durch das *„aggressive, zentralistische geführte Auftreten der ‚Z'"* provoziert werde, gelte es vielmehr, *„durch Kandidatur und Wahl von demokratischen und ökologischen Vertreter die ‚Gruppe Z' zurückzudrängen"*. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, *„dafür Sorge zu tragen, daß ... in Hamburg basisdemokratische Strukturen verwirklicht werden ...* (und) *daß die Landesmitgliederversammlung in Hamburg besucht und die anderen Landesvorstände und die Mitglieder des BHA über den Verlauf der Versammlung informiert werden"*. Letzteres hat der Bundesvorstand bereits aufgegriffen: Die Hamburger Landesversammlung am 18.1. wurde vom Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann (BUS-Fraktion) genauestens „beobachtet"; welchen Inhalt sein Bericht über die Versammlung hat, ist uns leider zur Zeit nicht bekannt.

Der „Aufruf an die grüne Mitte" kursiert zur Zeit bundesweit als Unterschriftenliste — *„nur wenn in kurzer Zeit eine große Zahl Unterschriften eingehen und sich die Mitte überall auf Orts-, Kreis- und Landesebene organisiert, kann ein weiteres Auseinanderentwickeln von Grünen und Grüner Föderation gestoppt und eine Konzentration der Grünen auf eine Politik der ökologischen Mitte eingeleitet werden"*, meint Georg Otto in einem Begleitschreiben. Neben ihm gehören zu den Erstunterzeichnern Anke Burmester (Schleswig-Hostein, Mitinitiatorin der Anti-Z-Kampagne), Heinz Böhmecke (GLU Hamburg), Karl Hamrun (Achberger Kreis, Hamburg), Gerda Degen (NRW), Marie-Luise Beck-Oberdorf (Landesverbandssprecherin Baden-Württemberg), Jo Müller (Bremen, früher „KPD"), Dieter Trautmann (Westberliner Landesverbandssprecher), Freya Scholing und Jürgen Marquardt (Lüchow-Dannenberg).

Ist die Anti-„Z"-Hysterie noch steigerungsfähig?

Seit der letzten BHA-Sitzung hat die „grüne Mitte" eine Reihe neuer „Diskussionsbeiträge" gegen die Gruppe Z in Umlauf gebracht, die in ihrem platten Anti-Kommunismus jedem Vergleich mit den geifernden Kommentaren eines Peter Boenisch standhalten. Zum Beispiel der Beitrag von Marie-Luise Beck-Oberdorf, der Sprecherin des baden-württembergischen Landesverbandes. Über das grüne Frauentreffen im November schreibt sie: *„Der nachhaltigste Eindruck blieb für mich jedoch, daß niemand anders denken durfte als die Z-Leute oder sonst einem starken seelischen Druck unterworfen wurde — es herrschte wirklich Angst im Raum ... Die Kraft der Menschen in den K-Gruppen ist ungeheuerlich, sie ziehen sie aus dem Haß von Feindbildern ... Noch unter dem Eindruck des Wochenendes rief ich eine Freundin in Hamburg an, langjähriges KB-Mitglied, denn ich wollte mich versichern, ob ich mich nicht in eine Vision hineingesteigert hätte. Ich fragte sie, ob denn dieser Stil bei ihnen im KB auch schon geherrscht habe. Ihre Antwort: ‚Es war die Hölle!'"*

Freya Scholing weiß in ihrem Mitgliederrundschreiben über die *„‚Z'-Fraktion(KB)"* zu berichten: *„Diese dogmatische Kadergruppe schlägt jedem ins Gesicht, ob Sozialist oder Christ!"* (ist das nun bildlich gemeint oder wurde schon jemand verhauen? Anm. AK) Deshalb müsse *„jetzt von unten her, von der breiten Basis der Mitglieder aus, gehandelt werden"*, zumal *„der Bundesvorstand die Augen verschließt und auch in Nürnberg* (Tagung des BHA) *keine wirkliche Alternative erarbeitet wurde"*.

In einem weiteren, im Göttinger Kreisverband verbreiteten Papier wird phantasiert, *„daß Z und KB ihr Vorgehen vorher gut absprechen"* (ob die Leitung der Z damit einverstanden ist? Anm. AK), daß die Mitglieder von Gruppe Z und KB auf den Mitgliederversammlungen bewußt ein *„aggressives Klima"* verbreiten und häufig *„von der Sache her ungerechtfertigt lange, zum Teil am Thema vorbeizielende Redebeiträge halten"*.

Heinz Böhmecke weiß in einem total kindischen Rundschreiben sogar zu berichten, *„daß der KB die Z (Zentrumsfraktion) b e a u f t r a g t hat, Die Grünen zu linken"*. Ausgerechnet Böhmecke wirft der Z vor, sie wolle *„im Gewand politischer Prinzipien persönliche Eitelkeiten befriedigen"*. Außerdem empört er sich über die *„hämisch grinsenden, meist Matraze Ostseite paffenden Z'ler, die ansonsten völlig humorlos sind"*.

Daß mit solchen Polit-Clowns weder ‚Staat' noch Politik zu machen ist, dürfte auch den Regisseuren des „Aufstands der Mitte" bewußt sein. Daß sie mit dieser Sorte von Menschen die Grüne Partei kaputtkriegen können, kann sein. Daß man mit ihnen aber eine ernsthafte rechte Konkurrenz zur Grünen Partei bilden könnte, ist ausgeschlossen.

Gruhl, der im Unterschied zum größten Teil seines Anhangs immerhin ein politischer Kopf ist, weiß schon, warum er in letzter Zeit wieder als Redner auf CDU-Veranstaltungen (JU, RCDS) auftritt — da ist langfristig einfach mehr zu holen...



Grüne Hamburg

Die Sache mit den 47.000 Mark

Bei der kürzlich erfolgten Abspaltung der rechten Grünen vom Hamburger Landesverband spielte ein Streit um eine schöne Summe Geld — rund 47.000 Mark — als letzter Anstoß eine wesentliche Rolle. Die reichlich verwickelte Vorgeschichte sei hier knapp geschildert:

Der Vorläufer der heutigen Grünen, die ‚SPV Die Grünen', hatte bei den Europa-Wahlen 1979 in Hamburg 3,5% der Stimmen bekommen. Das brachte gut 100000 Mark Wahlkampfkostenrückerstattung aus Steuergeldern. Davon blieben nach Abzug von Schulden etc. noch rund 47000 Mark übrig. Die vier Gruppierungen, die in Hamburg den Landesverband der ‚SPV Die Grünen' gebildet hatten (GAZ, GLU, AUD und Achberger Kreis) einigten sich zunächst darauf, diese 47000 Mark, Öko-Projekten zur Verfügung zu stellen. Diese Vereinbarung mißfiel dann aber der GAZ und der GLU doch wieder: Sie forderten die Auszahlung der 47000 Mark zu gleichen Teilen an die vier Trägergruppierungen der ‚SPV Die Grünen'. Der Achberger Kreis schloß sich dem an. Nur die AUD wollte an der alten Regelung festhalten. Da man sich nicht einigen konnte, waren die 47000 Mark auf dem Konto erst einmal blockiert.

Inzwischen war als Nachfolgeorganisation der ‚SPV Die Grünen' die Grüne Partei gegründet worden. Nun vertrat vor allem die linke Gruppe Z, die 47.000 Mark seien automatisch Eigentum des neuen Landesvorstandes geworden, also auf dessen Konto zu überweisen. Davon allerdings wollten die Trägergruppen der alten SPV — mehrheitlich zum rechtesten Flügel der Grünen Partei zugehörig — überhaupt nichts wissen. Ein „Kompromiß", einstimmig im Landesvorstand beschlossen, schien die Gemüter beruhigen zu können: Die 47000 Mark sollten dem Landesverband als K r e d i t für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt werden. Anschließend sollten die 47000 Mark aber vom Landesverband aus der erwarteten Wahlkampfkostenerstattung an Öko-Projekte gegeben werden, auf die man sich geeinigt hatte.

Alles kam jedoch etwas anders als erhofft: Das Wahlergebnis und die Wahlkampfkostenrückerstattung fiel erheblich niedriger aus, als man vorher einkalkuliert hatte. Der Landesverband, der einen großzügigen Wahlkampf geführt hatte (u.a. mit mehreren für die Dauer des Wahlkampfs bezahlten Funktionären und einer aufwendigen U-Bahn-Werbung), stand plötzlich vor einem niederschmetternden Schuldenberg.

In dieser Situation kam die Gruppe Z auf den glorreichen Einfall, die als K r e d i t aufgenommenen 47000 Mark n i c h t zurück- bzw. an die vereinbarten Projekte auszuzahlen, sondern sie zur Deckung der Schulden des Landesverbandes einzubehalten bzw. einen Teil auch an die Hamburger Kreisverbände ‚auszuschütten'. Nur 5000 Mark sollten an Projekte gegeben werden. Auf der Landesversammlung im Januar, auf der die Gruppe Z dies beantragte, gab es voraussehbar ein Mordsspektakel seitens der Rechten. Die siegesgewohnte Gruppe Z schien haarscharf vor ihrer ersten Abstimmungsniederlage zu stehen. Davor bewahrte sie jedoch der „Kompromiß"-Antrag eines Nicht-Zlers: Gespräche mit den Projekten aufzunehmen, an die das Geld ausgezahlt werden sollte, um dann zu einem s p ä t e r e n Zeitpunkt zu e n t s c h e i d e n, ob sie nun das Geld bekommen oder ob man es vielleicht doch lieber behalten oder anderweitig verwenden will. Dieser Antrag wurde mit 100 gegen gut 50 Stimmen angenommen. Die Rechten verließen daraufhin unter wütendem Protest die Versammlung.

Die Gruppe Z verbreitet jetzt eine frisch-frech formulierte Stellungnahme zu dem Streit um die 47000 Mark: Das Geld gehöre von rechts wegen sowieso dem Landesverband. Die Vereinbarung im Landesvorstand (erst Wahlkampf-Kredit, dann Auszahlung an Projekte) habe man bloß t a k t i s c h *„als Variante ‚kleineres Übel' akzeptiert"*, um erstmal zu verhindern, daß sich die Trägergruppen der alten ‚SPV Die Grünen' das Geld nehmen. Die Vereinbarung sei damals der einzige Weg gewesen, um überhaupt *„an das Geld ranzukommen"*. Diese Vereinbarung im Vorstand sei aber als Null und Nichtig anzusehen:

- Da die Trägergruppen der ‚SPV Die Grünen' keinen Anspruch auf die 47000 Mark mehr gehabt hätten, hätten sie darüber gar keine Vereinbarung schließen können.
- Durch ihre *„faktische Verfügungsgewalt"* als Kontoinhaber über die 47000 Mark hätten die SPV-Trägergruppen einen *„Druck ausgeübt, der eine freie Vereinbarung ausschloß"*.

Die Gruppe Z verweist im Weiteren pfiffig darauf, daß ein V e r t r a g über die Rückzahlung der 47000 Mark gar nicht geschlossen worden sei. Es gebe lediglich den besagten Vorstandsbeschluß der aber *„keinerlei Einschränkungen der Widerrufbarkeit beinhaltet"*. Soll heißen: Der Vorstand (in dem sich damals nach offiziellen Angaben auch 5 Z-Leute befanden) hat zwar 1980 einstimmig beschlossen, die 47 000 Mark nur als K r e d i t zu behandeln, hat damit also de facto eindeutig anerkannt, daß dieses Geld nicht sein Eigentum ist — aber den Beschluß kann man selbstverständlich jederzeit widerrufen.

Nachtrag: In der Endphase des Bundestagswahlkampfes 1980 wollte die Gruppe Z im Namen des grünen Landesvorstands beim KB einen „Wahlkampfkredit" von 50000 Mark locker machen. Wir haben abgelehnt — und offensichtlich gut daran getan.

Herbert Gruhl läuft den Heimathafen wieder an!

Bei seinem ersten öffentlichen Auftritt nach seinem Parteiaustritt zeigte Gruhl gleich Flagge: Er sprach auf einer Gemeinschaftsveranstaltung des RCDS (Studentenorganisation der CDU), der GAZ und der FBI/BU (eines rechten Bürgervereins, der sich insbesondere dem Kampf gegen die „Häuserbeschmierer" verschrieben hat).

Gruhl begrüßte gleich zu Anfang die Einladung des RCDS: *„Wenn die CDU das früher auch gemacht hätte, wäre ich heute vielleicht noch drin."*

Er freue sich insbesondere, daß er in Baden-Württemberg seinen ersten Auftritt habe: *„Gerade in Baden-Württemberg haben die Wähler nicht die Bundespartei und ihr Programm gewählt. Die Menschen hier sind viel zu fleißig, um für Arbeitszeitverkürzung einzutreten. Die Menschen hier haben aus Sorge um ihre Umwelt, den Kaiserstuhl und den Schwarzwald, grün gestimmt."*

Er forderte dann die zahlreich erschienen Gäste (500, davon mindestens die Hälfte aus dem RCDS-Umfeld) auf, mit ihm für „die Rettung des Planeten" zu kämpfen. In diesem Zusammenhang empfahl er die „Grüne Föderation", deren Gründung für den Freiburger Raum durch einige grüne Dissidenten am Schluß der Veranstaltung angekündigt wurde.

Welche Chancen dieses Projekt in Baden-Württemberg haben wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Verdächtig ist immerhin, daß der Freiburger MdL der Grünen, Helgo Bran, ebenfalls auf dieser Veranstaltung sprach. Schon im letzten Jahr hatte er übrigens für den RCDS einen Vortrag gehalten... Allerdings mußte er sich von Gruhl schelten lassen, auch die Baden-Württemberger Grünen hätten ja in ihrem Programm „unerfüllbare materialistische Forderungen" formuliert.

RCDS

GAZ FBI-BU

DR. HERBERT GRUHL

GRÜNE NOTWENDIGKEIT – GRÜNE ILLUSION

Dienstag, 27.1. 20 Uhr c.t.

AULA DER UNIVERSITÄT

Ebenfalls als Rednerin angekündigt war Frau OYE, Spitzenfunktionärin der AUD/Freiburg, die aber nicht mehr zum Zug kam. Zuviel Zeit hatte Gruhl mit seinen philosophischen Ergüssen verbraucht. Kostprobe: *„Reich ist man nicht durch das, was man besitzt, sondern durch das, was man mit Würde zu entbehren bereit ist."* Und: *„Vielleicht kommt es soweit, daß wir zu der Lebensweise der ersten christlichen Mönche zurückkehren müssen."* Für Gruhl wäre das bestimmt nicht das schlechteste.

Ein Genosse aus Freiburg

Göttingen: Chancen für ein Bündnis?

Unter dem Motto „Alternativen für die Kommunalpolitik" hatten die Göttinger Stadtzeitung, der AK gegen Atomernergie, die Mieterinitiative Kreuzbergring, die Bunte Liste-Initiative und -Frauengruppe, der AK Antifaschismus, die DKP, die Christen für den Sozialismus un nach langem hin und her (s. dazu AK 192) auch die Grünen für den 27.1. zu einer Diskussionsveranstaltung aufgerufen. 200 Interessierte erschienen zu der Veranstaltung, die sich zunächst anhand einleitender Erfahrungsberichte zweier Bürgerinitiativen mit der Göttinger Wohnungs- und Verkehrsmisere und deren Nicht-Behandlung (das ist noch gelinde ausgedrückt) durch den Stadtrat befaßte, dann aber doch ganz im Zeichen der im Herbst anstehenden Kommunalwahl und den Möglichkeiten zur Herausbildung einer alternativen Liste unter Einbeziehung des gesamten Protestpotentials stand.

Mitglieder der anwesenden Initiativen erklärten ihr Interesse an der Existenz e i n e r Alternative für die kommenden Wahlen und plädierten für ein Bündnis aller in Frage kommenden Initiativen, Parteien und Organisationen, unabhängig von dem Problem, ob sie sich selbst würden beteiligen können oder nicht.

Der Vertreter der DKP, gleichzeitig Ratsmitglied, der schon eingangs der Veranstaltung in einer ansonsten kaum beachteten und gelungenen

der Veranstaltung in einer ansonsten kaum beachteten und gelungenen

Selbstdarstellung einige Heiterkeitserfolge zu verzeichnen hatte, als er mehrmals zur „eigentlichen Kernfrage", nämlich „wer soll das alles bezahlen", vordrang, war erst nach einigem Nachfragen bereit, zum Problem Bündnis Stellung zu nehmen. Der dann folgende Eiertanz war auch nicht schlecht. Nach einem Vortrag über die Problematik „Bürgerinitiativen und ihr Verhältnis zu Parteien und Parlamenten" meint er , die DKP hätte bereits beschlossen, zu den Kommunalwahlen zu kandidieren; ob dies unbedingt alleine geschehen solle, dazu wollte er sich nicht eindeutig erklären.

An dieser Stelle sei vermerkt, daß auch der KBW seine Bereitschaft erklärte, dazu beizutragen, die „Einheit in bestimmten kommunalpolitischen Fragen herzustellen". Wohlan!

Seitens der linken Grünen wurde nochmals auf ihre grundsätzliche Bereitschaft, für ein gleichberechtigtes Bündnis aller Interessierten einzutreten, hingewiesen; allerdings wurde angemerkt, daß hier mit einigem Widerstand des rechten und „gemäßigten" Flügels der Grünen zu rechnen sei, denen das Spektrum, der die Veranstaltung tragenden Initiativen, schon „zu links" gewesen sei, und die sich weiterhin an ihren vermeintlichen Führungsanspruch gegenüber der Basisbewegung klammerten. Die Vertreter der „Gruppe Z" behaupteten, eingehend auf einen Beitrag der Buli-Initiative, in dem für die Schaffung e i n e r kommunalpolitischen Alternative plädiert worden war, daß sie das Ziel, d.h. die Zusammenfassung des Protestpotentials, teilen würden, aber erst einmal über die „Sachthemen" in Form von parteiunabhängigen kommunalpolitischen Arbeitskreisen diskutieren wollten. Zu der Vorstellung eines gleichberechtigten Bündnisses wollten sie sich auffallenderweise nicht klar äußern. Mit dem Vorschlag zu parteiunabhängigen Arbeitskreisen wird sich die Vorbereitungsgruppe dieser Veranstaltung, die auch weiterhin zusammenarbeiten wird, auseinandersetzen müssen, und es bleibt abzuwarten, inwieweit dieser Vorschlag bei allen Beteiligten von dem Gedanken an ein wirklich gleichberechtigtes Bündnis getragen wird, oder ob die rechten Grünen nicht weiterhin alles unternehmen werden, das Zustandekommen eines solchen Bündnisses zu torpedieren.

Vorherrschend war auf der Veranstaltung jedenfalls eindeutig das Interesse an der Schaffung e i n e r Alternative: Eine Teilnehmerin meinte: „Die Linke Bündnisliste an der Uni hat uns gezeigt, wie's gemacht wird. Warum sollten wir das nicht auch hinkriegen?"

Dem können wir uns nur anschliessen.

KB Gruppe Göttingen

Grüner Alleingang zur Bürgerschaftswahl 1982?

Solange ich zurückdenken und das aus eigenem Augenschein beurteilen kann, dient die Berichterstattung im AK über die GRÜNEN Hamburgs hauptsächlich der Desinformation und Gerüchtemacherei und spielte oft genug den Kronzeugen für rechtsgrüne Attacken gegen den Hamburger Landesverband und speziell die Gruppe Z.

So war für mich auch der neueste Bericht über die *„Landesmitgliederversammlung der Grünen Hamburg"* (AK 193, S. 12) erneute Bestätigung dieses bedauerlichen Umstandes. Angefangen bei den verfälschenden Zahlenspielchen über die Teilnehmerschaft der Versammlung, mit der Ihr die politische Bedeutung der Hamburger GRÜNEN herunterspielen wollt, über die diffamatorische Darstellung finanzieller Probleme, zu denen Ihr fast noch mehr flunkert und verdreht, als die auf Spaltung der GRÜNEN versessenen Parteirechten, bis hin zur Darstellung unseres kommunalpolitischen Antrags (der auf dieser LV nicht weiter behandelt wurde), ist Eure Berichterstattung halbwahr bis falsch, in ihrer interpretatorischen Intention eindeutig g e g e n die GRÜNEN Hamburgs gerichtet.

Konkret – aber durchaus exemplarisch – möchte ich hier nur den letzten Punkt, also Eure Darstellung und Besprechung unseres Antrages, richtigstellen, und zwar nicht durch eine förmliche Gegendarstellung, sondern einen Diskussionsbeitrag, der mir auf Anfrage bei der AK-Redaktion nach einigem Hin und Her eingeräumt wurde.

So behauptet Ihr vom kommunalpolitischen Antrag, den Jan Wetzel und ich formulierten, daß damit *„die Weichen für einen* **Alleingang** *der Grünen bei den Bürgerschaftswahlen 1982"* gestellt worden seien. Warum ?: Der Antrag *„fordert die Einrichtung von mindestens 18 (!) Arbeitsgruppen der Grünen... In diese Arbeitsgruppen sollen 'möglichst viele Nicht-Parteimitglieder' miteinbezogen werden, sofern diese den* **grünen** *Wahlkampf 'mittragen' wollen und bereit sind, sich vor den grünen bzw. 'Z'-Karren spannen zu lassen."*

Weichen für einen Alleingang der Grünen bei den Bürgerschaftswahlen

Sehen wir hier einmal über den *„Z-Karren"* großzügig hinweg. Von einem *„g r ü n e n"* Bürgerschaftswahlkampf wird in unserem Antrag tatsächlich gar nicht gesprochen, sondern in Abgrenzung dazu: von einem *„alternativen Wahlkampf"*. So heißt es zur Funktion der von uns geforderten kommunalpolitischen AGs präzise: *„Die Mitarbeit in den AGs soll nicht bloß grünen Parteimitgliedern vorbehalten sein, sondern im Gegenteil möglichst viele Nicht-Parteimitglieder mit einbeziehen, die bereit sind, einen alternativen* (!!) *Wahlkampf in Hamburg mit zu tragen und zu unterstützen, und die daran interessiert sind, schon im Vorfeld des Wahlkampfes auf dessen spätere Gestaltung Einfluß zu nehmen."*

Mit anderen Worten: Im genauen Gegensatz zu Euren Unterstellungen, zielt unser Antrag darauf, daß die spätere Grundlage einer alternativen Wahlbeteiligung – nämlich ein kommunalpolitisches (Wahl) Programm – kein rein-grünes Produkt ist, sondern Ausdruck eines möglichst breiten Konsenses verschiedener alternativer Strömungen Hamburgs, um auch von dieser Seite her – möglicherweise sich entwickelnden – sektiererischen Stimmungen innerhalb der GRÜNEN jede Legitimation für Alleinvertretungsansprüche und Alleingänge a la Frankfurt zu entziehen.

Als pure Stimmungsmache gegen die Hamburger GRÜNEN und speziell gegen die Gruppe Z entpuppen sich dann auch einige nachfolgende Unterstellungen Eures Artikels, etwa, wenn Ihr formuliert: *„Der Antrag des 'Z'-Chefs läßt wenig Gutes für die Bürgerschaftswahlen 1982 hoffen (...) Das ist eine Politik der Spaltung, die im provokatorischen Vorgehen der rechten Grünen in Frankfurt und anderen Orten Hessens und Niedersachsens ihre Parallele hat"*.

Tatsächlich läßt Eure Journalistik wenig Gutes auch für die Bürgerschaftswahlen 1982 erhoffen und findet im provokatorischen Stil mancher rechts-grüner Attacken gegen den Hamburger Landesverband und die Gruppe Z ihre Parallele.

Ihr wißt ganz gut, daß sich die Gruppe Z stets bemüht hat (und sich weiter bemüht), daß zu Kommunal- und ähnlichen Wahlen auf breitestmögliche Bündnisse unter Einbeziehung aller Kräfte, mit denen Einigung irgendwie möglich ist und die an alternativen Wahlkämpfen interessiert sind, orientiert wird. Speziell zum – wie Ihr schreibt –*„provokatorischen Vorgehen der rechten Grünen in Frankfurt"* hatte ich einen Initiativ-Antrag an die Hamburger LV vorbereitet, der allerdings aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden konnte (und den ich deshalb möglicherweise an den Hamburger Vorstand richten werde), der zur von Euch angeschnittenen Problematik eindeutig Stellung nimmt, wenn auch nicht im Sinne der von Euch behaupteten *„Parallele"* zur Politk der Frankfurter GRÜNEN-Mehrheit. Hierin heißt es u.a.:

„Mit Enttäuschung und Entrüstung hat die Hamburger Landesversammlung der GRÜNEN die Ergebnisse zur Vorbereitung der Frankfurter Kommunalwahlen durch den dortigen Kreisverband der GRÜNEN zur Kenntnis genommen. Die Hamburger Landesversammlung (...) verurteilt das Vorgehen einer knappen Mehrheit von Parteirechten unter Federführung der sog. BUS und das BHA-Mitglied Manfred Zieran, das zur Verhinderung einer notwendigen demokratischen Listenverbindung mit politischen Kräften und Strömungen in Frankfurt führte, die bisher erheblich mehr für die Entwicklung eines alternativen radikaldemokratischen und ökologischen Sektors in dieser Stadt getan haben, als die personell nur sehr kleine Gruppe der dortigen GRÜNEN, die bisher kaum durch eigenständige Aktivitäten aufgefallen ist....".

Wie Ihr seht, führen mich nicht meine eigenen Ansichten und Initiativen, sondern bloß Eure Unterstellungen und Diffamierungen auf einen parallelen Kurs zu Manfred Zieran und Freunde. Dieser Antrag war Euch übrigens bekannt, obgleich er nicht gestellt wurde: Ich zeigte ihn LG-Mitglied Hr., als wir auf der LV vorübergehend nebeneinander saßen. Auch ist Euch bekannt, daß sich die Gruppe Z auch in anderen Städten – z.B. in Niedersachsen – g e g e n grüne Alleinkandidaturen einsetzt, sofern andere politische Kräfte am Ort Bereitschaft zur gemeinsamen Kandidatur signalisieren.

Nachdem also leicht beweisbar ist, daß sich die Gruppe Z, oder speziell ich, keineswegs für grüne Alleinkandidaturen eingesetzt hat, insgeheim darauf orientiert oder überhaupt in diese Richtung Sympathien entwickelt (und m.W. dies bisher auch von keiner anderen Strömung – außer den BUS'lern an der Uni – innerhalb der GRÜNEN Hamburgs betrieben wird), bleibt zu fragen, was denn der r e a l e Gegenstand der Kontroverse zwischen KB und – in diesem Fall – der Gruppe Z ist.

Trotz Verschleierung derselben, sprecht Ihr diese eigentliche Differenz doch in Eurem Artikel an, wenngleich dies wohl nur ein paar Eingeweihte verstehen können: *„Ebenso eindeutig sprachen sich die 'Z'-Grünen vehement gegen die Behandlung eines Antrages aus, der formulierte, daß für die Bürgerschaftswahl 1982 ein gleichberechtigtes Wahlbündnis anzustreben sei."*

„Gleichberechtigt" mit wem?

Konkret sprecht ihr hierbei einen Antrag Eures Organisationsmitgliedes J.R. an, der zugleich auch Mitglied der Hamburger GRÜNEN ist und dort die Interessen des KB zu vertreten versucht. Mehrere KB'ler – u.a. zwei LG-Mitglieder – bestätigten mir auf der LV, daß der KB diesen Antrag unterstützt, seine Fassung also offiziell im KB abgesprochen war, und keine Einzelleistung ist.

So forderte der Antrag Eures Genossen allen Ernstes: *„Die Grünen Hamburg streben an, sich in ein solches Wahlbündnis g l e i c h b e r e c h t i g t einzubringen. Sie erheben für sich keinen Avantgarde-Anspruch gegenüber den zahlreichen anderen Kräften, die sich in Hamburg für eine alternative Politik einsetzen"*. So weit, so gut. Und w e l c h e s Wahlbündnis hatte der Antrag konkret im Auge? Das wird einen Satz vorher exakt definiert: *„Anknüpfend an den aktiven Wahlkampf der Bunten Liste 1978 sollten vor allem die Zusammenschlüsse der Betroffenen – Frauengruppen, Mieterinitiativen, Jugendgruppen usw. – Ausgangspunkt und Basis eines solchen Wahlbündnisses sein"*.

Zweifellos spricht Euer Antrag nicht von einem p o l i t i s c h e n „Ausgangspunkt...", weil jedes Kind weiß, daß die gesamte alternative Wahlbewegung, unter Einschluß der GRÜNEN, in der Bürger- und Basisbewegung ihren „Ausgangspunkt..." hatte und hat und dies deswegen auch gar keine Antrags-Forderung sein kann, sondern der Antrag versteht „Ausgangspunkt und Basis" des von Euch gewollten Wahlbündnisses in o r g a n i s a t o r i s c h e r Hinsicht, wie Euer Hinweis auf die 'alte' Buli-Konzeption erkennen läßt. Euer Antrag fordert also, daß die GRÜNEN akzeptieren mögen, daß ein lockeres Initiativenbündnis organisatorischer Rahmen für die Bürgerschaftswahl 1982 sein soll, in das sich die GRÜNEN „gleichberechtigt" einbringen mögen. Die GRÜNEN sollen also mit ihren 800 Mitgliedern und ungezählten Symphatisanten mit d e m s e l b e n Gewicht an Einfluß auf ein künftiges Wahlbündnis, wie e i n e von fünf oder fünfzig Frauen-„gruppen", die Ihr dann – je nach Bedarf – aus dem Hut zaubert, „gleichberechtigt" bei Euch mittun dürfen.

Ein solcher Vorschlag entzieht sich schlicht der politschen Kritik. Nur Narren operieren derart realitätsfern. Und Euer Antrag will ja noch mehr. Er versucht, *„Ausgangspunkt und Basis"* eines möglichen Wahlbündnisses für 1982 schon jetzt festzuschreiben, wobei er nicht von den Realitäten von 1982 oder heute ausgeht, sondern von der unwiderruflich verlorenen Realität von 1978, also einem Traum und Wunschbild nachläuft, das für Euch noch den zusätzlichen Vorteil einer träumerischen Ausblendung der GRÜNEN hat, die ja von Euch und dem Antragsteller nicht als *„Zusammenschluß von Betroffenen"* gewertet wird und von ihren eigenen Mitgliedern auch kaum mit einer Jugend- oder Frauengruppe auf dieselbe Stufe gestellt wird.

Wacht doch endlich auf! Eine Wiederholung des Buli-Wahlkampfes von 1978 wird es nie mehr geben können. Zu grundsätzlich haben sich dafür die Voraussetzungen geändert, manche subjektiven mit negativer Tendenz, manche objektiven mit positiver (vergl. z.B. „Z" Nr. 8, S. 57 ff). Ihr mögt das bedauern, es liegt aber in diesen Veränderungen auch viel positive Chance für eine alternative Kandidatur. Demgegenüber steht's um das Erbe der ‚alten' Buli ziemlich traurig, woran weniger ihre späte Spaltung, als vielmehr ihr von Anfang an innewohnender extremer Spontaneismus Schuld trägt: Fast alle Arbeitsbereiche der ‚alten' Buli, in denen zahlreiche Initiativen aktiv waren, sind zerfallen, die meisten schon im ersten Jahr nach dem 78er Wahlkampf, mit der jüngsten Auflösung der Frauen-Aktionseinheit als vorläufigen Schlußpunkt dieser Entwicklung.

Da auch der KB heute nur noch ein Schatten seiner 78er-Existenz ist, hat sich zudem eine weitere Existenzbedingung für einen derartigen Organismus negativ entwickelt, die damals immerhin als notwendige Antipode zum nur lockeren Koordinationsbetrieb der Buli-Initiativen in manch

trieb der Buli-Initiativen in manch

brisanter Lage für die dringend notwendigen Arbeitsabläufe und Informationsflüsse sorgen konnte. Der KB entfiele also als notwendiges „Innenskelett" eines solchen lockeren Bündnisses und ein „Ersatz" ist dafür nicht in Sicht.

Diejenigen, die tatsächlich an einem alternativen Konzept zur Bürgerschaftswahl 1982 interessiert sind, sollten sich beizeiten an den Gedanken gewöhnen, daß nur eine verhältnismäßig stabile Form oberhalb des Niveaus des ‚alten' Buli-Konzeptes von 1978 geeignet ist, eine mehrjährige politische Verantwortung gegenüber den alternativen W ä h l e r n zu übernehmen, und zwar sowohl für die danach (hoffentlich) anstehende parlamentarische Arbeit in Bürgerschaft und Bezirksparlamenten, als auch für die notwendige Kontinuität außerparlamentarischer Aktion. Dies der Alternativbewegung in Hamburg klar zu machen, fällt m.E. in die Verantwortung sowohl des KB als auch der Gruppe Z, weil b e i d e für das ‚alte' Buli-Konzept gemeinsam verantwortlich waren und das bis in die Gegenwart hineinreichende negative Erbe dieses Konzeptes, nämlich die noch heute allenthalben anzutreffende Gläubigkeit an den Spontaneismus, der das angeblich schon irgendwie zu Wege bringen wird, sich hauptsächlich als Blindenbrille bei den notwendigen Aufgaben, die jetzt vor uns liegen, erweist.

Wenn ich dies fordere, ist mir dabei die "Urangst" kommunistischer Gruppen durchaus klar, die in einem ‚festeren' politischen Organismus n e b e n ihnen einen 'Konkurrenten' wittern, der tendenziell die V o r z ü g e der eigenen festen Arbeitsformen und schnellen Informationsflüsse aufhebt und infrage stellt. Aber nachdem die „Parteiaufbau-Konzepte" a l l e r „K-Grupppen" unwiderruflich gescheitert sind und die (objektiv wie subjektiv) nach einer sozialistischen Opposition strebenden Kräfte a n d e r e Wege gehen als die Anfang der 70er Jahre erwarteten und 'festgelegten', sollte sich auch der KB auf solcherlei 'Konkurrenz' einlassen und seinen Kopf nicht in den zerronnenen Sand von 1978 zu stecken versuchen.

Tatsächlich werden auf die Hamburger GRÜNEN – als der m.E. deutlich dominierenden und damit auch hauptverantwortlichen Kraft der alternativen Wahlbewegung Hamburgs – noch allerhand gar nicht einmal einfach zu lösende Probleme zukommen, wenn sie an ihrem Anspruch festhalten wollen, a l l e an einem alternativen Wahlkampf interessierten Kräfte – gemäß ihres jeweiligen Einflusses und ihrer höchst unterschiedlichlichen Interessen, an einem solchen Bündnis teilzunehmen – in eine gemeinsame Wahlfront ‚einbauen' wollen. Dabei sind m.E. allerdings Anträge, wie sie auf der letzten



... und eine Antwort: Widersprüche verkleistert

Im AK 193 hatten wir die Absicht der „Gruppe Z" dargestellt, zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1982 eine grüne Alleinkandidatur in Gestalt einer „offenen Liste" (d.h. z.T. mit nichtgrünen Kandidaten) durchzusetzen. Dazu behauptet W. jetzt:

1. Wollen die „Z"-Grünen gar keinen grünen Wahlkampf führen, sondern einen „alternativen".

Das ist aber nicht der Widerspruch. Denn wir unterstellen selbstverständlich nicht, daß Hamburgs „Z"-dominierte Grüne etwa eine ökologisch-grüne Programmatik vertreten, sondern wissen, daß sie durchaus bemüht sind, sich der alternativen Bewegung anzubiedern.

2. Habe er, W., einen zweiten Antrag in der Tasche gehabt, der eindeutig die Spaltungspolitik der Frankfurter Grünen um Zieran verurteilte und sich für eine *„notwendige demokratische Listenverbindung"* mit anderen politischen Kräften einsetzte.

Das stimmt, ich durfte diesen Antrag lesen, danke schön. Allerdings vergißt W. den zwischen uns erfolgten Wortwechsel zu zitieren, was ich hiermit nachhole. W.: Zu einem Bündnis würden Bündnispartner gehören. Wo aber seien die in Hamburg zu finden? Ich wolle doch wohl nicht ernsthaft den KB und die Bunte Liste den Grünen als Bündnispartner andienen? (Ich wollte ernsthaft!) Der von uns unterstützte Antrag, in dem sich die Grünen für ein gleichberechtigtes Wahlbündnis erklären sollten, würde von ihnen „vom Tisch gefegt" werden. Damit allerdings niemand den Grünen Bündnisbereitschaft absprechen könne, würde er, W., „zur gegebenen Zeit" seinen Verurteilungsantrag gegen Zieran aus der Tasche holen.

Ein total lächerlicher Avantegardeanspruch

Ein total lächerlicher Avantegardeanspruch

Liest man W.s Artikel genau, so ist er in Wirklichkeit gar keine Gegendarstellung, sondern eine Bestätigung unserer Aussage in AK 193, daß er mit seinem Antrag *„eindeutig die Weichen für einen Alleingang der Grünen bei den Bürgerschaftswahlen 1982"* stellen wollte. Zitieren wir ihn deshalb noch einmal mit seiner zentralen Aussage: *„Tatsächlich werden auf die Hamburger GRÜNEN als der m.E.* **deutlich dominierenden und damit auch hauptverantwortlichen Kraft der alternativen Wahlbewegung Hamburgs** *noch allerhand gar nicht einmal einfach zu lösende Probleme zukommen, wenn sie an ihrem Anspruch festhalten wollen, alle an einem alternativen Wahlkampf interessierten Kräfte, gemäß ihres jeweiligen Einflusses und ihrer höchst unterschiedlichen Interessen, an einem solchen Bündnis teilzunehmen, in eine gemeinsame Wahlfront ‚einbauen' zu wollen".*

Damit erklärt Willi K. Goltermann die Grünen zur Hamburger „Avantgarde" die die anderen „interessierten Kräfte" in ihr Konzept „einbaut" *„gemäß ihres jeweiligen Einflusses"* – wobei die „Z"-Grünen sicher die Punktrichter über den „Einfluß" der betreffenden „Kräfte" spielen wollen.

Wir bitten den AK-Leser, sich diese Passagen aus Goltermanns Artikel noch einmal genau anzuschauen: Es gibt keine andere Lesart, als die von uns bereits im letzten AK dem Vorgehen der „Z" Vorgeworfene. Fast könnte man W. dafür danken, daß er dies ausdrücklich in unserer Zeitung bestätigt. Woraus W. diesen Avantegardeanspruch im Namen der Grünen eigentlich konkret herleiten will, bleibt schleierhaft!

Vollends absurd wird dieser Avantgardeanspruch, wenn er zudem noch auf die außerparlamentarische Aktion übertragen wird, für deren *„notwendige Kontinuität"* die von den „Z"-Grünen geschaffene *„verhältnismäßig stabile Form"* laut W. angeblich sorgen soll.

Hier sind doch einmal einige Worte zur Situation in Hamburg angebracht: Die Grünen sind in der Hamburger Linken, vor allem in der Aktion, ein zahlenmäßig sehr kleiner und politisch bedeutungsloser Faktor. Ohne die „Gruppe Z" wären die Grünen in Hamburg sogar ein totales Nichts. Auch für die Hamburger Grünen gilt zudem der bundesweite Trend, daß sie ihre „beste Zeit" schon überschritten haben, daß Siechtum und Spaltung ihr derzeitiges Dasein bestimmen. Die letzte grüne Landesversammlung (im Januar) hat die katastrophale Situation und die Handlungsunfähigkeit der Hamburger Grünen offensichtlich gemacht.

„Negatives Erbe" und „Spontaneismus"

macht.

„Negatives Erbe" und „Spontaneismus"

Was eigentlich ist so schrecklich an einem Antrag, der die Zusammenschlüsse der Betroffenen aus der Basisbewegung und die positiven Erfahrungen des Wahlkampfs und des Erfolgs der Bunten Liste von 1978 als *„Ausgangspunkt und Basis eines Wahlbündnisses"* nehmen will?!

Sieht man einmal davon ab, daß W. mit Übertreibungen das Problem zu bewältigen versucht (es ist reine Demagogie, aus dem Antragstext herauslesen zu wollen, daß das Gewicht der Grünen in einem Wahlbündnis gleich dem einer sechsköpfigen BI ist; darüber sagt der Antrag nichts aus, kann er auch nicht, denn darüber müßte ja erst noch gesprochen werden), um dann ebenso demagogisch von 5 - 50 Frauengruppen zu sprechen, die der KB *„je nach Bedarf aus dem Hut zaubert"* – eine Lesart, die wir bisher nur von Holger Strohm kannten, den selbst die „Z" wohl nicht für einen zuverlässigen Kronzeugen halten wird. Sieht man von W.s rhetorischen und demagogischen Schlenkern ab, so bleibt eine Absage an das Konzept der Bunten Liste, eine überhebliche Mißachtung der Hamburger Basisbewegung und ihrer Initiativen sowie eine Zukunftsperspektive, die nichts Gutes für die Bürgerschaftswahlen 1982 verheißt.

Hamburgs Basisinitiativen und die Träger der '78er BuLi sollten mit Aufmerksamkeit registrieren, daß sie nach „Z"-Diktion wohl dafür geeignet waren, Wahlkampf zu führen, den Erfolg der BuLi zu organisieren und damit dazu beizutragen, das Ansehen der Bunten Liste überhaupt erst geschaffen zu haben und eine wichtige „Pilotfunktion" für die bundesweite alternative Wahlbewegung eingenommen zu haben; nicht geeignet allerdings sind sie, so hat die „Z" entschieden, für die Weiterentwicklung der von ihnen erarbeiteten politischen Erfolge. Der der alten BuLi *„von Anfang an innewohnende extreme Spontaneismus"* gehört zu den billigsten Erklärungsansätzen ihres Scheiterns und zeugt von der Unfähigkeit, die reale Entwicklung der BuLi selbstkritisch zu reflektieren.

Es geht nicht darum, die weitverbreitete Existenz spontaneistischer Tendenzen zu bestreiten; sie allerdings als *„negatives Erbe dieses Konzepts"* Bunte Liste zu interpretieren, ist schlichtweg falsch und verkennt, daß sie in erster Linie Ausdruck mangelhafter politischer Vereinheitlichung innerhalb der Linken ist. Nicht das Konzept kann hierfür verantwortlich gemacht werden, sondern die Tatsache, daß es nicht gelungen ist, dieses Konzept weiterzuentwickeln und zu festigen. Hier wäre eine selbstkritische Diskussion und Änderung gemachter Fehler angebracht. Was aber macht W.? Er erklärt den '78er Ansatz für „unwiderruflich verloren" (zwar wortgewaltig, aber wenig überzeugend), um

klärt den '78er Ansatz für „unwiderruflich verloren" (zwar wortgewaltig, aber wenig überzeugend), um

dann eine neue Konzeption aus dem Hut zu zaubern, die kontinuierlich über Stichworte wie *„Professionalisierung"*, *„kompetente Parlamentsarbeit"* und *„reformerische Stadtpolitik"* (Rainer Link in „Z" Nr.8 und „Bunte Zeitung" Nr. 2) ihre Konturen entwickelt hat.

Ernstlich können W. und die „Z" doch wohl kaum davon ausgehen, daß ihre Organisation in einem Kraftakt dieses Problem bewältigt. Real allerdings muß man registrieren, daß sie diesen Weg zu gehen versuchen. Wie klingen sie uns noch in den Ohren, die schönen Worte bei der Spaltung des KB, daß jetzt alles anders wird; nach der Spaltung der Bunten Liste, daß man nach der „Machtpolitik des KB" jetzt den „demokratischen Neuanfang" beginnen wird;die wohlklingenden Phrasen bei der Gründung der Grünen Partei, daß mit dieser nicht nur eine neue politische Kraft, sondern auch eine neue Form des Umgangs miteinander und des politischen Zusammenlebens entstanden sei. Und in der Wirklichkeit? Über das „Z"-Innere möchte ich mich hier mangels Kenntnis nicht auslassen. Die abgespaltene Bunte-Liste-„Bergpartei" und -Parlamentsfraktion jedenfalls zeugen davon, daß die Durchschaubarkeit von Diskussionsprozessen und Ergebnissen, das Zustandekommen von Entscheidungen immer weiter den „Berg" dieser „Partei" hinabgerutscht ist. Die Grünen bundesweit sind gelähmt in politischen Intrigen und Machtkämpfen; die Grünen Hamburgs sind hiervon nicht ausgenommen, woran eine ebenso rücksichtslose wie kurzsichtige Machtpolitik der „Z" nicht ganz schuldlos ist. Dies schreibe ich auch vor dem Hintergrund, daß ich die „Z" in den Grünen für Linke halte und eine Identifikation mit vielen von ihr formulierten politischen Positionen möglich ist.

Es ist ein negatives Erbe der Bunten Liste und des in ihr stark vertretenen KB, daß wir es nicht geschafft haben, die Ansätze von 1978 zu stabilisieren, daß zu oft die im KB entwickelte Konzeption nicht zur Diskussion gestellt, sondern einfach in die Tat umgesetzt wurde; daß zu oft Diskussion und geduldige Überzeugungsarbeit durch die „Sachzwänge" ersetzt wurden. Zum negativsten Erbe der alten BuLi gehört auch, daß wir die Wichtigkeit des Elements der demokratischen Entscheidungen, des imperativen Mandats, der Kontrolle, der Wählbarkeit und Abwählbarkeit von Mandats- und Funktionsträgern etc. zu spät erkannt und uns dazu bekannt haben. Gerade die „Z" hat diesen Umstand hemmungslos ausgenutzt und den gesamten alten BuLi-Apparat 'rechtzeitig' den hieraus resultierenden 'Gefahren' entzogen.

W.'s Alternative: Auf Sand gebaut

W. ist zuzustimmen, daß die *„eigentliche Differenz"* bisher nur für Eingeweihte voll verständlich ist. Allerdings liegt der Grund hierfür darin, daß die „Z" ihr neues Konzept bisher nur bruchstückhaft veröffentlicht hat, nicht zuletzt wohl deswegen, weil sich die „Z" selber ihres Konzepts noch nicht ganz sicher ist.

W. hat die Alternative bereits angedeutet, wenn er *„für eine mögliche gemeinsame Wahlfront" „einige bemerkenswerte Entwicklungen in verschiedenen linken Gruppen Hamburgs"* andeutet. Im Klartext für den nicht eingeweihten Leser: W. meint die Flirtversuche der „Z" mit Teilen des Hamburger SB und mehr noch mit der Gruppierung „Sozialistische Studiengruppen" (SOST). Während ersteres unseres Wissens mehr hochgespielte Einzelkontakte sind, wird zwischen letzteren und der „Z" tatsächlich versucht, einen Zusammenhang herzustellen. Ein Blick in die neue Zeitung der früher stärker an der DKP, heute eher an linken sozialdemokratischen und Gewerkschaftsströmungen orientierten SOST, zeugt davon, daß die neuen Entwicklungen in der „Z" von dieser Seite mit Aufmerksamkeit registriert werden. So wird sehr wohlwollend über den Artikel von Rainer Link zur „Professionalisierung alternativer Parlamentsarbeit" („Z" Nr. 7) berichtet („Sozialismus" 1/81). Der Konfrontationskurs der „Z" gegenüber der außerparlamentarischen Bewegung wird hier von jenen, die in dieser Bewegung abwesend sind und ihren Aktionen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, mit verständlicher Genugtuung registriert. Diese Bündnisorientierung der „Z" ist verbunden mit radikalen Kursänderungen und Absagen an ehemalige Gemeinsamkeiten zwischen uns und der „Z". W. hat dies ja mit seiner Ver-

den mit radikalen Kursänderungen und Absagen an ehemalige Gemeinsamkeiten zwischen uns und der „Z". W. hat dies ja mit seiner Ver-

bannung der Träger der außerparlamentarischen Bewegung ins zweite Glied seiner zukünftigen politischen Perspektive angedeutet.

Die „Z"-Konzeption läuft real auf eine Trennung von der Bewegung heraus, deren Kämpfe vom „kompetenten" Teil in den Parlamenten auf ihre Brauchbarkeit abgeklopft werden, eine Entwicklung, die heute bereits bei den Grünen, aber auch in der Tendenz in Teilen der bunten und alternativen Listen erkennbar ist. Für Hamburg heißt das, daß die „Z" einen irgendwie gearteten Bezug auf die Hamburger Basisbewegung zwar für notwendig hält, deren realen Einfluß allerdings so gering wie möglich zu halten versucht. Stattdessen wird das Bündnis mit jenen favorisiert, die für die Entwicklung der außerparlamentarischen Bewegung – und damit auch für die Herausbildung einer alternativen Wahlbewegung – wenig bis gar nichts beigetragen haben (ohne damit deren umfangreiche theoretische Arbeit geringschätzen zu wollen).

Erstaunen muß, wie leicht die „Z" die Abgrenzung zur Basisbewegung vollzieht und gleichzeitig auf neue Kräfte setzt, deren Bereitschaft zum Engagement erstmal nicht mehr ist, als *„angedeutete Entwicklungen"* (W.) oder als von W. häufig wohl eher prahlerisch verbreitete Verallgemeinerungen von Zweiergesprächen. Wirklich erstaunlich, wie schnell das eine Pferd verlassen wird und auf ein anderes übergewechselt wird,noch bevor der Sattel fest sitzt (und man sehr schnell fest im Sattel sitzt, nur das Pferd ist über alle Berge).

Welches Bündnis meinen wir?

Interessanterweise begründet W. die Absage an die alte Bunte Liste mit der *„politischen Verantwortung gegenüber den alternativen Wählern"*, während er gleichzeitig an keiner Stelle von der Verantwortung gegenüber den Trägern und Aktivisten des BuLi–Wahlerfolges spricht; bzw. die „Z" und die Bunte Liste – „Parlamentsfraktion" sich sogar direkt dieser Verantwortung entzogen haben und dies damit begründen, daß die Basis der Liste hinderlich sei bei der Wahrnehmung der Verantwortung gegenüber den Wählern. Ein Trick, der ernstgenommen werden sollte. Kennen wir die gleiche Argumentation doch zur Genüge von der SPD, die den Wähler in ihrer parlamentarischen und Regierungsarbeit immer dann herbeizitiert, wenn es gilt, die Basis der eigenen Partei zu bremsen. Ein schlechter Vergleich? Beileibe nicht! Denn sowohl W., als auch beispielsweise Rainer Link von der BuLi–„Parlamentsfraktion" erklären eindeutig, daß sie die Grundlagen der BuLi von 1978 für **„unwiderruflich verloren"**(W.) oder als **„durch die negativen Erfahrungen widerlegt"** (Rainer L. in „Bunte Zeitung", Nr.2) betrachten. Beide wissen aber, daß sie damit mit Sicherheit nicht die Meinung der BuLi-Basis repräsentieren. Eine durch und durch undemokratische Herangehensweise, die ihre Krönung darin findet, daß die „Parlamentsfraktion" und der „Z"–Teil der alten BuLi munter weiterhin mit dem Namen „Bunte Liste" auftreten (obwohl diese nach ihren eigenen Aussagen längst dem Müll der Geschichte angehört) und genauso munter weiter die mit dem gemeinsam erarbeiteten Erfolg geflossenen Gelder verwenden (und, wie man angesichts ihres neuen ehrgeizigen Zeitungsprojekts „Bunte Zeitung" befürchten muß, auch verschwenden).

„Die Wähler", auf die sich die „Z" beruft, sind anonym und treten als Entscheidungsfaktor nur alle vier Jahre in Erscheinung. Somit sind sie für die „Z"–Politik erheblich bequemer als die Basisbewegung, die ständig Einfluß auf Entscheidungsprozesse nehmen will und die ständig ihre Meinungen zum Ausdruck bringt. Die „Z"–Politiker haben sich gegenüber der Basisbewegung tatsächlich verselbstständigt, wobei dies nicht in der Zwangsläufigkeit der „Verselbstständigung der Apparate" liegt, wie dies vielleicht einige „Immer schon – Kritiker" des Konzepts Bunte Liste schlußfolgern, sondern die Ursache dafür in der politischen Auseinanderentwicklung zwischen verschiedenen Flügeln der BuLi liegt; wobei die mangelhafte demokratische Absicherung innerhalb der BuLi es der „Z" ermöglicht hat, eine Machtpolitik zu praktizieren, die der Bunten Liste schwer geschadet hat und deren heute noch spürbaren

Machtpolitik zu praktizieren, die der Bunten Liste schwer geschadet hat und deren heute noch spürbaren

Spaltungsfolgen von der „Z" schamlos gegen die Hamburger Basisbewegung gewendet werden (wobei es im Initiativenteil der Bunten Liste heute einige erfreuliche Neuentwicklungen gibt, dazu demnächst Näheres im AK).

Wir streben für 1982 ein Wahlbündnis an, das aufbaut auf existierenden sozialen Bewegungen und das sich an einer fortschrittlichen, prosozialistischen politischen Linie orientiert, ohne daß es das Bekenntnis zum Sozialismus zur Voraussetzung hat. Alternative Politik heute muß dem Umstand Rechnung tragen, daß sie sich auf eine Bewegung stützt, die politisch bunt und pluralistisch ist. Sie bezieht ihre wesentliche Existenzberechtigung aus den bestehenden spontanen und außerparlamentarischen Bewegungen, die derzeit nicht auf einheitlicher politischer Grundlage arbeiten. Sie muß heute Formen der Zusammenarbeit finden, die über eine Verbindung gemeinsamer Aktion und politischer Diskussion Vereinheitlichung möglich machen, die geeignet sind, daß diese Bewegungen zu einer wichtigen gesellschaftspolitischen Kraft werden und politische Veränderungen möglich werden.

Die Bunte Liste von 1978 und andere alternative Wahlbündnisse sind z.T. erfolgreiche Formen solcher Zusammenarbeit. Wir träumen nicht nostalgisch von einer Wiederholung des BuLi–Wahlkampfes von 1978, wie W. meint, sondern wir wollen an den positiven Ansätzen von 1978 anknüpfen. D.h. daß wir es nicht hinnehmen werden, die Bedeutung der Basisbewegung für ein solches Bündnis derart reduzieren zu lassen, wie W. und die „Z" dies wollen, sondern daß wir im Zusammenschluß der Betroffenen einen wesentlichen Grundstein für dieses Bündnis sehen. D.h. auch, daß wir selbstverständlich alle Bemühungen unterstützen werden, dieses Bündnis und seine Trägerschaft zu erweitern, aber nicht um den Preis, daß dafür die Erfolge der Basisbewegung als Motor unserer Arbeit und die sich auch radikal äußernde Form ihres Widerstandes aus taktischen Gründen hintenan gestellt werden. Haben wir im letzten AK vor dem Avantgardanspruch der Hamburger „Z"–Grünen gewarnt, dann nicht deswegen, weil wir der Ansicht sind, so würde es sich unvermeidlich entwickeln, sondern weil es darauf ankommt, die „Z"–Durchmarsch–Mentalität rechtzeitig zu bremsen, damit nicht bereits im Vorfeld die alternative Wahlbewegung Hamburgs eine solche Schwächung erfährt, wie dies 1979 in Bremen, bei den Bundestagswahlen 1980 vor dem Hintergrund der konkreten Grünen–Entwicklung und 1981 in Frankfurt und Teilen Niedersachsens der Fall war/ist.

LV von Eurem Genossen J. gestellt wurden, wenig hilfreich, sondern wirken eher störend.

Neben den Hamburger GRÜNEN, verschiedenen Splitterprodukten der 'alten' BuLi, inzwischen neu entstandenen Basisgruppen und Initiativen, kommen für 1982 noch eine Reihe weiterer Interessenten für eine mögliche gemeinsame Wahlfront infrage, wie einige bemerkenswerte Entwicklungen in verschiedenen linken Gruppen Hamburgs signalisieren. Man wird verantwortlicherweise diese Entwicklungen abwarten und beobachten müssen, gelegentlich auch fördern und nicht schon jetzt – also noch ein Jahr vor Beginn des Wahlkampfes – Festlegungen über künftge konkrete Bündniskonzeptionen machen, die lediglich den eigenen beschränkten Erkenntnishorizont reproduzieren und die angedeuteten Entwicklungen dann eher bremsen oder in falsche Richtungen beeinflussen könnten.

Dazu kommt. daß der Grüne LV noch gar keine Grundlagen für sofort stattfindende Bündnisverhandlungen, die Euer Antrag auch noch forderte, entwickelt hat. Diese bestünden in der Erarbeitung eines kommunalpolitischen (Wahl-)Programms, zu dessen Entwicklung unser Antrag ein erster Anstoß sein sollte. Die Alternative bestünde im Rückzug auf das Saarbrückener Programm (oder das Anhängen an anderswo erarbeitete Vorstellungen), was darauf hinauslaufen würde, 1982 – ähnlich wie 1978 – bloß auf das Einsammeln von Proteststimmen zu setzen, also die Verärgerung im Wahlvolk über die Politik der anderen auszubeuten, unfähig, die abgegebenen Wahlstimmen als bestimmten Auftrag für eine konkrete Alternative interpretieren zu können, was bedeutet, letztlich noch mieser mit dem sog. Wählerauftrag umzuspringen, als dies die bürgerlichen Parteien eh schon tun, die immerhin mittels ihrer Waschmittelsprüche doch auch noch gewisse politische Orientierungen vermitteln.

Die mit unserem Antrag beabsichtigte Stärkung der Hamburger GRÜNEN (z.B. in Verhandlungen mit künftigen Bündnispartnern) wurde mir noch auf der LV von Eurem LG-Mitglied Hr. kurioserweise zum Vorwurf gemacht. Ich nehme an, daß Euch inzwischen der Zynismus dieser Kritik offenkundig wurde, so daß Ihr deshalb im letzten AK Eure Unterstellungen als „Kritik" an unserem Antrag verkauftet. Denn eine politische Stärkung der Hamburger GRÜNEN wollt Ihr ja – 'auf Deibel komm raus' – verhindern. Mal seh'n, ob Euch dies gelingt (inzwischen habt Ihr ja – welch Ironie des Schicksals – mit Datum vom 27.1. 1981/Poststempel ein ganz ähnliches Arbeitsprogramm, wie mit unserem Antrag gefordert, für Euer „Initiativen-Treffen" vorschlagen lassen).

Willi K. Goltermann, Mitglied der Gruppe Z (und KV Altona der GRÜNEN)

P.S. Vieles konnte ich leider nur andeuten, nicht ausführen, weil der zugestandene Platz nicht reichte.

Kommunalwahlen in Hessen

In einer Reihe von Orten, Städten und Kreisen kandidieren zu den diesjährigen Kommunalwahlen am 22. März Listen, die alternative Inhalte vertreten, sich auf Bürgerproteste gegen die etablierten Parteien beziehen, vor allem im Umweltschutz- und stadtplanerischen Bereich. In diesem Artikel soll versucht werden, weitere Kandidaturen zu beschreiben, neben den Berichten über Darmstadt, Frankfurt (siehe AK 193) und den Kreis Groß-Gerau am Frankfurter Flughafen. Es werden allerdings durchaus noch nicht alle Kandidaturen erfaßt, insbesondere nicht die auf dem Lande. Daß da z.T. bis in den entferntesten Winkel des hessischen Berglandes um Wählerstimmen gerungen wird, erfuhren wir städtischen Wahlaktivisten oft nur per Zufall:

– Die „Andere Liste“ aus Rödermark ist ein solches Beispiel. Diese Gemeinde, südlich von Offenbach gelegen, hatte zwei Jugendzentren in den beiden Ortsteilen, die den Zugriff der Bürokratie nicht überstanden. Vor allem Aktive aus diesen Jugendzentren und Ex-SPD-Mitglieder sind jetzt zur Kommunalwahl angetreten. Schwerpunkte ihres Interesses sind die kommunale Jugendpolitik und die örtliche Verkehrsplanung. Eine „Umgehungsstraße“ führt mittlerweile durch den Ort. Die Mietpreise machen den Alteingesessenen sehr zu schaffen, seit Frankfurter wegen der dort katastrophalen Wohnungs- und Lebenssituation ins Umland drängen. Die Kommune tut nichts, um den Einwohnern des Ortes akzeptable Bedingungen des Weiterwohnens zu ermöglichen.

Die „Andere Liste“ sieht ihr Wirkungsfeld allerdings nach wie vor vor allem im außerparlamentarischen Bereich, will der kommunalen Bürokratie aber auch über ein Eingreifen in Gremien die Arbeit etwas saurer machen. Interessant ein Versuch der DKP, das Ganze zu vereinnahmen, indem man den Namen DKP um den attraktiven Zusatz „Alternative Liste“ erweitern und einzelne Aktivisten mit auf die Liste lassen wollte. Die Wahlinitiative bestand aber auf einer von Parteien unabhängigen Kandidatur, wobei man eventuell durchaus bereit gewesen wäre, DKPler unter Benennung ihrer Parteizugehörigkeit mitkandidieren zu lassen. So weit ging das Alternativsein der DKP allerdings nicht.

– In Marburg kandidiert eine „offene“ Liste der Grünen. Es ist den Grünen allerdings nicht gelungen,
Grünen allerdings nicht gelungen,
breitere Kreise des alternativ-grünen Spektrums, der BI-Szene usw. für ihr Unternehmen zu gewinnen. Nachdem Forderungen aus dem Sozialistischen Zentrum (SB) und von anderen, eine parteiunabhängige eigenständige Bündniskandidatur unter Einschluß der Grünen zu machen, von diesen mit Hinweis auf ihre eigene Existenz, die weitere Kandidaturen überflüssig mache sowie die „zu schmale Personaldecke“ abgelehnt wurden, sind SZ und andere Kräfte erst mal auf einige Distanz gegangen. Auch das Kommunikations- und Freizeitzentrum, das den Kulturteil der Wahlplattform verfaßte, will nicht mehr mittun und nimmt eine abwartende Haltung ein.

Die Grünen werden ihren Wahlkampf im wesentlichen alleine ohne Unterstützung der Basisbewegung führen müssen.

– In der Nähe von Marburg, in Ebsdorfergrund, kandidiert eine „Demokratische Liste“, die sich auf Aktive der Jugendzentrumsbewegung und der Dorfzeitung „Grundblick“ stützt. Das Dorf ist bereits im Kampf gegen die Errichtung einer Mülldeponie im Ortsteil Dreihausen vom Umweltschutzgedanken „durchdrungen“ worden.

– Bereits seit März liefen ausgehend von der Kasseler „Stadtzeitung“ Bemühungen, eine „Kommunalpolitische Konferenz“ einzuberufen, die eine Bestandsaufnahme über kommunalpolitische Brennpunkte der Stadt erstellen und eine Diskussion zum Aufbau einer Alternativen Kandidatur unter Einschluß der Grünen einleiten sollte. Derartige Bemühungen stießen auf wenig Interesse vor allem bei den Grünen, die lieber mit ihrem Parteiladen eine Eigenkandidatur durchziehen wollten. Bei den Basisinitiativen erregt eine derartige Wahlsituation allerdings kein gesteigertes Interesse, so daß die Grünen andernorts isoliert von der Basisbewegung kandidieren werden.

– In Hanau hat sich die **GAL (Grüne Alternative Liste Hanau)** gegründet. Die GAL wird von den Aktivisten der alten GLH (Grüne Liste Hessen) gebildet, die großenteils gleichzeitig auch Mitglieder der Grünen sind. Die GAL steht auch anderen linken Kräften offen bis hin zum KBW. Themen wie Mensch und Umwelt, Verkehrspolitik und Planung, Wohnungs- und Gesundheitspolitik, Jugend, Schule und Kindergärten, Ausländerpolitik und die US-Truppen im Raum Hanau sind Schwerpunkte der Arbeit. Nach wie vor soll der parlamentarische Ansatz nur eine Unterstützung der außerparlamentarischen Arbeit bilden.

– Auf weitgehendes Desinteresse der alternativen Szene stößt eine Wahlbeteiligung in Offenbach. Sowohl die Anti-AKW-BI als auch die „Fabrik“-Leute als Träger oppositioneller Politik der Stadt sehen keinen Sinn in parlamentarischer Arbeit. Die Offenbacher Grünen treten mit einem an Umweltschutz und kommunalen Schwerpunkten orientierten Programm auf, das vor allem auf Mittelschicht-Leute zielen dürfte.
zielen dürfte.

– Die **„Wiesbadener Liste“ (WiLi)** sieht sich als **„grün-bunt-alternative Wählervereinigung“**. Auch hier kam es zu einem Zusammengehen von grünen und GLH-Leuten, ohne daß die Grünen darauf bestanden, ihre Partei zum einzigen Träger der Liste zu machen. Die Liste wird von einem Teil der Szene unterstützt, kann aber nicht auf die Unterstützung der BI gegen AKWs rechnen, die zu den eingefleischtesten Wahlboykotteuren der BRD zählt. Umwelt, Wohnen, Verkehr, Frieden, Kultur, Soziales, Arbeit, Wirtschaft, sexuelle Selbstbestimmung und Gleichberechtigung sind Arbeitsbereiche der Aktiven aus der Liste. Ihr Symbol ist der Specht:

„- einzelne Spechte können uns selbstsüchtigen Menschen lästig werden; das steht aber in keinem Verhältnis zu dem außerordentlichen Nutzen, den diese Vögel uns bringen;
– die Färbung zeigt bei aller Mannigfaltigkeit doch große Übereinstimmung, so ist namentlich die Kopfgegend durch ein prachtvolles Rot geziert;



– Spechte nehmen nur solche Bäume in Angriff, deren Kern morsch ist, so gesund auch der Baum von außen erscheinen mag.“

– In Fulda traten Mitglieder der Grünen an die Fuldaer BI gegen AKWs heran zwecks Überlegungen zu einer gemeinsamen Kandidatur. Nachdem sie bei der BI auf keine Resonanz stießen, starteten sie alleine.

– Volkmarsen gilt gegenwärtig als aussichtsreichster geplanter Standort für die hessische Wiederaufarbeitungsanlage. Entgegen der von Atom-Karry verbreiteten Ansicht, die Volkmarser warteten quasi auf die Einrichtung, regte sich, sobald die Aussichten konkreter wurden, erheblicher Widerstand. Aus dem Stand heraus fand in der nordhessischen Gemeinde ein Fackelzug mit 800 Teilnehmern statt. Die BI gegen die WAA will sich auch auf der Ebene der Kommunalwahl gegen die WAA wehren. Unklar ist noch die Form, in der das geschehen soll. Vor allem über Landwirte, die für ihre zukünftige Tätigkeit das Schlimmste befürchten, wurden BI-Aktivisten Plätze auf der Liste der FWG (Freie Wählergemeinschaft) angeboten. Diskussionen in anderen Anti-AKW-BIs über eine Wahlbeteiligung mit speziellen Anti-AKW-Listen, vor allem an potentiellen AKW-Standorten gemäß dem hessischen Standortsicherungsplan, haben offensichtlich weniger dazu geführt, daß kandidiert wird.

– Verschiedene Ansätze im Wetteraukreis führten letztlich nur in Friedberg zu einer Kandidatur eines **„Bündnisses für Demokratie und Umweltschutz“**. Schwerpunkte sind Umweltschutz, Anti-AKW-Kampf und die Wohnsituation. (In Friedberg findet seit dem 4. Januar die erste Hausbesetzung in der Geschichte des Wetterau-Kreises statt! Ein guterhaltenes Wohnhaus mit 24 Zimmern soll einem Kaufhaus weichen).

Am Friedberger Wahlbündnis sind auch Mitglieder des KBW beteiligt. Die Grünen ziehen eine eigenständige Kandidatur durch, nachdem sie anfangs an gemeinsamen Treffen teilgenommen hatten. Nach eigenen Aussagen reichen ihnen ihre Erfahrungen mit der Z. Von der Z kennen sie zwar niemanden, da diese in Hessen organisatorisch gar nicht vertreten ist, dafür kennt aber jemand von ihrem Landesvorstand aus Frankfurt sich ganz genau aus...

– In Bensheim kandidiert die ... GLH! Im Bergstraßenort sind die meisten Aktiven auch Grünen-Mitglieder, man hat sich aber bewußt entschieden, von den Grundsätzen der GLH aus zu arbeiten. Die Bensheimer sind vor allem aktive Anti-AKWler.

Diese kurze Auflistung dokumentiert schon die Vielfältigkeit der alternativen, grünen und sachbezogenen Kandidaturen. Immer ist es Ablehnung bürokratischer, umweltfeindlicher und unsozialer Politik der etablierten Parteien und ihrer Landesregierung in Wiesbaden, die auch auf kommunaler Ebene zu einem Streben nach einer Alternative führt. Dabei haben sich je nach Problemlage vor Ort und politischer Konstellation unterschiedliche Formen der Kandidatur ergeben. Eines allerdings zeigt die Auflistung ganz deutlich. Ein irgendwie gearteter Führungsanspruch der Grünen in der Wahlbewegung ist in Hessen nicht ausgewiesen. Offensichtlich ist es den Grünen bei Alleingängen nirgendwo in Hessen gelungen, nennenswerte Bündnispartner oder auch nur Unterstützer ihrer Listen zu bekommen. Insbesondere der Versuch, Basisverbundenheit durch sogenannte „offene“ Listen zu dokumentieren, muß als gescheitert betrachtet werden. Eine Reihe durchaus aussichtsreicher Ansätze für Bündnislisten wurde durch eigenständiges Auftreten der Grünen zunichte gemacht. Interessanterweise handelt es sich dabei fast immer um Orte oder Städte, in die der nicht allzu lange Arm der BUS (Fraktion Basisdemokratischer Undogmatischer Sozialisten) reicht, und in denen sich Mitglieder des Grünen Landesvorstandes, der von der BUS dominiert wird, verstärkt engagiert haben. Dem Aufbau einer breiteren, auch im Parlament vertretenen Abwehrfront gegen die unökologische Politik der etablierten Parteien haben
wehrfront gegen die unökologische Politik der etablierten Parteien haben
sie damit keinen guten Dienst erwiesen. Als besonders bezeichnende Entgleisung dieses Grünen Landesvorstandes muß man auch eine Informationsschrift an die Grünen Mitglieder werten, die im Stil berüchtigter DGB-Reverse abgefaßt ist und den Grünen Mitgliedern jede Zusammenarbeit mit dem KBW verbietet. Bei seiner Abgrenzung von dieser oder jener „K-Gruppe“ merkt so mancher aus diesem Landesvorstand schon gar nichts mehr von seinem eigenen sektenhaften Auftreten und seiner Isolation.

KB/Gruppe Frankfurt

Der Witz des Jahres: »Nur die SPD kann die Startbahn West verhindern«

Das ist die Parole, mit der die SPD im Kreis Groß-Gerau – dem vom geplanten Bau der Startbahn West am meisten betroffenen Gebiet - in den Kommunalwahlkampf zieht. Weiter erklärte der SPD-Bürgermeister und Spitzenkandidat in Mörfelden-Walldorf, Brehl: *„Wer am 22. März die Sozialdemokraten nicht wählt, schwächt unseren Kampf gegen die Startbahn West“.*

Die SPD geht sogar soweit, zusammen mit der CDU und der FDP die in der Bevölkerung stark verankerte Bürgerinitiative massiv unter Druck zu setzen. Die „Parteienaktionsgemeinschaft Mörfelden-Waldorf“, in der SPD, CDU, DKP und FDP vertreten sind, hat die Bürgerinitiative eindringlich davor gewarnt, eine wie immer geartete Wahlaussage zu den Kommunalwahlen zu machen. Andernfalls werde die Parteienaktionsgemeinschaft die Zusammenarbeit gegen die Startbahn West aufkündigen! Gegen das Votum der DKP, die mit Rücksicht auf SPD, CDU und FDP ebenfalls gegen eine Wahlaussage der BI ist, hat sich das Plenum der BI die Möglichkeit einer Negativwahlaussage gegen die etablierten Parteien vorbehalten und ihre endgültige Entscheidung vom Verlauf des Landtags-Hearings abhängig gemacht. Trotzdem stellt das Verhalten der SPD einen unerhörten Skandal dar. Mit Sicherheit kann heute bereits gesagt werden: Sollte es im Kreis Groß-Gerau keinen erheblichen Dämpfer insbesondere für die SPD geben, wird dies Börner und Co nur ermuntern, den Bau der Startbahn gegen den Willen der Bevölkerung durchzupeitschen. Obwohl ihnen das bewußt ist, versuchen die SPD-Kommunalpolitiker, sich als einzig relevante Kraft gegen die Startbahn West zu profilieren. Die Durchführung des Landtagshearings ist nur ein Steinchen in der SPD-Strategie, sowohl Regierungs- als auch gleichzeitig Oppositionspartei zu spielen.

Im Kreis Groß-Gerau muß sie nun einen Kampf gegen etliche alternativen Wahllisten aufnehmen, deren Erfolgsaussichten hier sicherlich gut sind.

Zunächst ist die **„Grüne Bürgerliste für Umweltschutz und Demokratie“** aus Mörfelden-Walldorf zu nennen. Diese Liste gründete sich am 16.1.81 vorwiegend aus ehemaligen Mitgliedern von SPD, FDP und CDU sowie aus Mitgliedern der Grünen und der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung. Dabei kam ein vielfältiger Kreis zusammen, wie etwa der langjährige FDP-Kreisvorsitzende Schmitt, der ehemalige SPD-Vorsitzende von Mörfelden, Cezanne, oder sogar der ehemalige CDU-Stadtverordnete von Mörfelden, Dickhaut. Dazu kommen Unorganisierte ebenso wie Mitglieder der Grünen und aktive Mitglieder der BI.

Anfangs hatte es einen heftigen Streit um die Frage von Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegeben, der von ehemaligen SPDlern und den Grünen angezettelt wurde und sich gegen eine Beteiligung des KBW richtete. Nach wenigen Tagen war die Frage „geklärt“, indem es zwar keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse für die Mitgliedschaft in der Liste gibt, wohl aber bezüglich der aufgestellten Kandidaten (was letztlich aufs Gleiche rausläuft).

Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Liste, die insbesondere aus ehemaligen SPDlern besteht, entwickeln wird. Sie hat jedenfalls die besten Aussichten, bei den Wahlen einen großen Erfolg zu erringen.

Hier muß noch eine Bemerkung zur DKP gemacht werden. Für die DKP ist der Kampf gegen die Startbahn West und ihre Verankerung in Mörfelden (10 % bei den letzten Kommunalwahlen / 3 Sitze im Stadtparlament) derzeit – nicht ganz zu unrecht – eines ihrer besten Vorzeigebeispiele für DKP-Kommunalpolitik. Sie hat es von vornherein strikt abgelehnt, mit der Bürgerliste gemeinsam zu kandidieren und hat ihr im Gegenzug empfohlen, doch DKP zu wählen. Die jetzigen Kommunalwahlen werden zeigen, was die kritischen Bürger Mörfelden-Walldorfs von dieser sektiererischen Politik halten. Ein Zusammengehen von Bürgerliste und DKP hätte aller Voraussicht nach in Mörfelden eine ähnliche Zustimmung gefunden wie seinerzeit die „Grüne Liste Umweltschutz“ in Gorleben. Das Konkurrieren der Startbahngegner untereinander wird nicht nur zu schwächeren Wahlergebnissen für sie insgesamt führen, sondern auch zu einer verbesserten Wahlchance für die SPD.

Ebenfalls gute Aussichten hat die **„Wählerinitiative Kelsterbach“**, die sich insbesondere aus aktiven Mitgliedern von BIs, Frauengruppen und Gewerkschaften zusammensetzt. Auf Platz 1 ist die seit langem durch ihr starkes Engagement in Sachen Umweltschutz bekannte Henni Zöller, auf Platz 2 der ebenso aktive BIler, Gewerkschafter und Ex-GLHler Leo Spahn zu finden. Unter den zehn Kandidat(inn)en sind neben Henni Zöller noch fünf weitere Frauen nominiert!

In Büttelborn gibt es schon seit längerem die **„Grüne Liste Büttelborn“**, die ebenfalls kandidieren wird. Sie setzt sich vor allem für ökologische Fragen ein.

In Neu-Isenburg (Kreis Offenbach) werden die Grünen kandidieren, nachdem sie eine gemeinsame Liste mit interessierten Initiativen abgelehnt haben. Ebenso wie in Frankfurt wurde auch in Neu-Isenburg ein Führungsanspruch der Partei postuliert. Die interessierten Initiativen sind nach kurzer Zeit enttäuscht über das miese Verhalten der Grünen von der Idee einer alternativen Kandidatur abgerückt. Die Grünen ihrerseits sind in Neu-Isenburg mit einer korrupten SPD (das macht der Frankfurter Einfluß) konfrontiert, die ohne jede Skrupel den FAG-Pressesprecher und extremen Startbahnbefürworter Herbert Becker als Spitzenkandidaten für die Kommunalwahl nominierte.

KB/Gruppe Frankfurt

Wettbewerb

Für die Kommunalwahlen in Hessen suchen wir noch die gelungenste Parole! Im Moment – das ist völlig klar – liegt SPD-Bürgermeister Brehl mit seinem *„Nur die SPD kann die Startbahn West verhindern“* eindeutig in Führung. Doch wir sind überzeugt: Auch die Linken sind nicht von Pappe. Brehl darf das Rennen nicht gewinnen!! Also strengt euern Grips an! **„Nur Dregger kann Strauß stoppen!“ – „Nur Karry trinkt täglich Rheinwasser!“ – „Nur die DKP ist die Partei der Arbeiterklasse“** –, ach nein, das ist alles noch viel zu lasch. **„Nur die Spontis sichern Ruhe und Ordnung“...? „Nur die Legalisierung rettet die Konjunktur“...?**

Einsendeschluß ist der 1. März! Rechtsweg ist ausgeschlossen! Dem Gewinner vermitteln wir eine talk-show mit Brehl in einer der besten Sendezeiten von radio isnogood. Einsendungen bitte an: **S. Lissner, Rödelheimerstr. 13, 6000 Frankfurt 90**

Neuwahlen in Berlin:

Der Kampf gegen eine forcierte Rechtsentwicklung und die Chance der Alternativen Liste



Das finden wir nicht mehr witzig. CDU-Spitzenkandiat unterschreibt bei der Alternativen Liste deren Antrag auf Volksbegehren

Die Westberliner Senatskrise, die mit dem Rücktritt der Regierung Stobbe ihren ersten Höhepunkt überschritt, wurde seitens der SPD durch die Einsetzung eines neuen Senats und dem neuen Regierenden Bürgermeister Vogel zumindest vorläufig bereinigt. Wenn der kommende Bundesgegeschäftsführer der SPD, Glotz, angesichts der Senatskrise anmerkte, *„wenn Berlin fällt, dann wird es ernst“* – so war dies mehr als ein deutlicher Hinweis darauf, daß das Bündnis der sozialliberalen Koalition nicht nur in Westberlin wackelte, sondern auch in Bonn in ernster Gefahr schien.

Das blitzschnelle „Krisenmanagment“ der gesamten sozialdemokratischen Parteiführung konnte diese ernste Krise zunächst aufschieben.

Und in der Tat gibt es deutliche Anzeichen dafür, daß sich das Ende der sozialliberalen Koalition in Westberlin und für die BRD ankündigt und die CDU/CSU sich auf einen vorzeitigen Machtwechsel vorbereitet:

Hatte die herrschende Klasse bisher gute Gründe, mehr auf die SPD/FDP zu setzen, so haben sich die außen- und innenpolitischen Bedingungen in dem Sinne verändert, die eine weitere forcierte politische R e c h t s e n t w i c k l u n g geboten erscheinen lassen:

1. Außenpolitisch bedeutet die Rückkehr zur Politik des Kalten Krieges, zum „Containment“, die bedrohliche Erhöhung der Kriegsgefahr, für die u.a. der neue amerikanische Präsident steht, daß nicht nur die Ära der sogenannten „Entspannungspolitik“ endgültig zu Ende gegangen ist, sondern auch das Ende einer sozialliberalen Koalition, die ja für diese „Entspannung“ stand, signalisiert. Die Bourgeoisie setzt in diesem Sinne wieder stärker auf die äußerste politische Reaktion, die die Politik des Kalten Krieges weit besser vertreten könnte.
2. Innenpolitisch ist die SPD schon lange keine „Reformpartei“ mehr. Vielmehr hat es die SPD/FDP geschafft, die Aufrüstung im Inneren zu einem gewissen Abschluß zu bringen und für die forcierte Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus zunehmend stärkere „Opfer“ von der Bevölkerung in allen gesellschaftlichen Bereichen abzuverlangen. Auch hier wird eine andere Machtkonstellation der bürgerlichen Parteien, eine Ablösung durch die CDU/CSU noch viel schärfere Angriffe auf die soziale Lage der Bevölkerung, auf die demokratischen Rechte usw. bringen können.
3. Der SPD würde es demgegenüber wieder zufallen, in der Rolle der Opposition vermehrte Proteste gegen die weitere Faschisierung zu kanalisieren. Dies gerade deshalb, weil sich diese Proteste zunehmend a u ß e r h a l b des bürgerlichen Parteienlagers entwickelt haben und zum Einzug vieler bunter, alternativer und grüner Listen in Stadt- und Landesparlamente führten.

Mit einem Wort: die SPD bzw. die sozialliberale Koalition hat ihren Zenit bereits überschritten, ist als regierende Partei weitgehend verbraucht, wie es nicht nur in der Westberliner Senatskrise zum Ausdruck kommt. Alle fortschrittlichen Kräfte in der BRD und in Westberlin haben jedoch keinen Grund, sich über das politische Abwirtschaften der SPD zu freuen:

Eine beschleunigte Faschisierung im Inneren, eine vorzeitige Ablösung der SPD/FDP durch die politische Reaktion, die imperialistische Politik der direkten Kriegsvorbereitungen und des Kalten Krieges bedeuten für die linken und demokratischen Kräfte, daß äußerst „harte Zeiten“ auf sie zukommen werden.

Vor diesem Hintergrund haben die in Westberlin vorgezogenen Wahlen, die voraussichtlich im Mai stattfinden werden, eine gewisse Signalwirkung für die politische Entwicklung auch in der BRD insgesamt.

Es ist von daher dringend geboten, eine absolute Mehrheit und damit die Alleinherrschaft der CDU in Westberlin mit allen Mitteln zu verhindern.

eine absolute Mehrheit und damit die Alleinherrschaft der CDU in Westberlin mit allen Mitteln zu verhindern.

Dieses Ziel im Auge behaltend, kann der Einzug der Alternativen Liste ins Abgeordnetenhaus (nach einer neuesten Meinungsumfrage des Allenbacher Instituts würde die AL bei jetzigen Neuwahlen rund 13% der Stimmen erhalten!, „TAZ“ v. 28.1. 1981) auch auf parlamentarischer Ebene zu einer Verbreiterung des Protestes und Widerstandes beitragen.

Volksbegehren abgeschlossen

Der Wahlkampf in Westberlin begann unmittelbar im Zusamenhang des Rücktritts des bisherigen Senats. Zwei Bürger reichten am 14.1.1981 einen Antrag ein und forderten ein Volksbegehren statt eines „Parteibegehrens“, das die CDU zwei Tage später zur Ausnutzung der Senatskrise stellte. Das erste Volksbegehren wurde von einem Mitglied der AL und einem Mitglied der Zehlendorfer „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger“ mit dem Ziel gestellt, daß nicht die politische Reaktion allein das Abwirtschaften der SPD und FDP auf ihre Mühlen lenkt. Der Wettlauf mit der CDU um das Volksbegehren begann am 21.1.; 80.000 Unterschriften mußten so schnell wie möglich beigebracht werden. Das von der AL massiv unterstützte Begehren wurde zu einem vollen Erfolg: **Innerhalb von nur vier Tagen hatte die AL bereits die 80.000 Unterschriften zusammen, bis zum Sonntag (25.1.) waren es insgesamt 91.000 Unterschriften (= ca. 7% aller Wahlberechtigten). Erfreulich dabei war, daß sich nicht nur zahlreiche AL-Mitglieder, sondern viele Menschen aus anderen Gruppierungen, Bürgerinitiativen usw. aktiv an der Unterschriftensammlung beteiligten.**

Der CDU gelang es, bis zum gleichen Zeitpunkt runde 220.000 Unterschriften zu sammeln. Zu dem eigentlichen Volksbegehren, für das rund 300.000 Unterschriften nötig wären, wird es indes nicht kommen.

SPD und FDP sind bereit, sich mit der CDU auf parlamentarischem Wege über einen Wahltermin zu einigen, da eine wiederholte breite Unterschriftensammlung die CDU nur noch weiter stärken würde.

SPD weiter nach rechts

Der neugebildete Senat unter Vogel bereitet sich voll auf den Wahlkampf vor. Es wird eine große „Selbstreinigung“ vorgetäuscht, um die Wähler/innen in der noch verbleibenden Zeit die reaktionäre Senatspolitik und die Skandale der SPD im Falle Garski, die Verfilzungen usw. vergessen zu machen.

Der SPD-Rechte Vogel und seine Mannschaft wollen offensichtlich demonstrieren, daß die Koalition nun wieder „handlungsfähig“ ist. Und hier ist mit sehr stürmischen Entwicklungen zu rechnen:

1. Ende letzter Woche wurde Manfred Wetzel, der einen Bullen am Schießen gehindert hatte, wegen „gefährlicher Körperverletzung und schwerem Widerstand“ zu skandalö-

Schießen gehindert hatte, wegen „gefährlicher Körperverletzung und schwerem Widerstand“ zu skandalö-

sen zweieinhalb Jahren ohne Bewährung verurteilt (s. gesonderten Artikel in diesem AK).
2. Am 27.1.81 wurde Rita Meyhofer erneut verhaftet, so daß bis zu diesem Datum sieben Demonstrant/inn/en im Zuge der Auseinandersetzung um die Hausbesetzungen und die brutalen Polizeieinsätze im Dezember letzten Jahres im Knast saßen. Die Antwort kam postwendend: noch in der gleichen Nacht flogen zwei Mollis in eine Bankniederlassung und wiederum mehrere Pflastersteine in Fensterscheiben, u.a. in das Haus des Patentamtes. Außerdem demonstrierten am selben Abend rund 500 Leute gegen die neue Verhaftung; 40 bis 50 Wannen der Polizei, mehrere Wasserwerfer demonstrierten ihrerseits die polizeistaatliche Lösung.
3. Eine weitere Konfrontation bahnt sich um die besetzten Häuser in der Willibald-Alexis-Straße 43 und Heimstraße 9 und 9a an: alle Häuser gehören der stadteigenen Gesellschaft GeWoBaG, die die gut erhaltenen Häuser (mit Bad, guten Öfen usw.) völlig unnötig zusätzlich aufwendig modernisieren will. Da die Modernisierungsmaßnahmen bereits begonnen wurden, will die GeWoBaG die Maßnahmen unter allen Umständen durchführen. Berliner Mietverein, AL und die FDP-Tiergarten haben sich inzwischen gegen die drohende Räumung dieser drei Häuser, die erst am 22.1. besetzt wurden, ausgesprochen. Die drei Kreuzberger Bezirksverordneten der AL sind aus Solidarität sofort in eines dieser Häuser eingezogen.

Pikanterweise ist für einen sich anbahnenden Konflikt der Senatsdirektor der SPD, Lekutat, verantwortlich, der gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der GeWoBaG ist. Er ist außerdem in einen weiteren Filzskandal verwickelt, erwarb einige Grundstücke zu Vorzugspreisen und hat schon einmal am Chamissoplatz 3 eine polizeiliche Räumung durchgesetzt.

Nachdem der neue Regierende Bürgermeister Vogel nach wie vor alle Vorbedingungen (die Freilassung aller verhafteten Hausbesetzer und ihrer Sympathisanten) kategorisch ablehnt und eine entsprechende Strafverfolgung für geboten hält, sind damit die nächsten Auseinandersetzungen vorprogrammiert und werden nachhaltig den Westberliner Wahlkampf bestimmen. Die SPD jedenfalls wird in Westberlin keineswegs um einiger linker Stimmen willen „friedliche Lösungen“ anstreben, sondern sich als „selbstgereinigte“ Partei deutlich nach r e c h t s gegenüber der CDU anpassen und zu profilieren versuchen. Die ersten „Amtshandlungen“ unter Vogel sprechen jedenfalls eine deutliche Sprache.

Eine klare Verschiebung nach r e c h t s kann gleichermaßen als politisches Zugeständnis än diejenigen Teile der Westberliner FDP (Oxfort) angesehen werden, die für eine Koalittion mit der CDU eintreten.

Den Demagogen keine Chance!

Die CDU nutzte das erwähnte Volksbegehren als „sauberste Lösung“ (Weizäcker) zur massenhaften Kampagne mit reaktionärer Zielsetzung aus. Als „sauberste Lösung“ hat die CDU u.a. anzubieten:

– *„...durch schnellere und leichtere Baugenehmigungen dafür zu sorgen, daß der Wohnungsmangel behoben“* wird. Zu deutsch: die CDU will noch rigideren Vollzug von Kahlschlagsanierung und die Modernisierungsmaßnahmen der Hausbesitzer weiter „erleichtern“. Daß sie für die Aufhebung des Weißen Kreises, also der Mietpreisbindung für Altbauwohnungen ist, versteht sich von selbst.
– *„...der ohnehin überhöhte Anteil der ausländischen Bevölkerung“* müsse gestoppt werden. Die CDU bietet u.a. an, die *„Bereitschaft türkischer Mitbürger, in ihre Heimat zurückzukehren, durch staatliche Hilfen zu fördern“* – in ein Land also, in dem chilenische Verhältnisse herrschen!... (Aus einem Flugblatt der CDU zum Volksbegehren.)
– Sie lehnt es – im Gegensatz zur SPD – strikt ab, mit Instandbesetzern zu verhandeln, sondern erklärt sämtliche Instandbesetzungen als „illegal“ und beschimpft die Besetzer als „Terroristen“, „Kriminelle“ usw.
– Die CDU bezeichnet die neue Senatorin Anke Brunn als *„weit links“* stehend, da sie sich nicht in

natorin Anke Brunn als *„weit links“* stehend, da sie sich nicht in

NRW gegen die Einstellung eines „kommunistischen Richters“ ausgesprochen habe (ebenda).

Mehr Abbau demokratischer Rechte, mehr Berufsverbote, rigorose Maßnahmen gegen die Hausbesetzer, eine extreme Ausländerfeindlichkeit..., das sind nur einige Punkte der reaktionären „sauberen Lösungen“, die die CDU unter Nutzung der Krise der SPD/FDP anzubieten hat.

Es ist an der Zeit, gegen diese weitere Rechtsgefahr und den Machtantritt dieser Partei Front zu machen!

AL beschließt Kandidatur

Inmitten des Unterschriftensammelns zum Volksbegehren lud die Alternative Liste ihre Mitglieder, aber auch Nicht-Mitglieder zu einer Versammlung ein, und beschloß bei großer Einmütigkeit, zu den Abgeordnetenhauswahlen zu kandidieren. In dem Antrag zur MVV am 22.1. heißt es dazu u.a.:

„2. Bei den bevorstehenden vorgezogenen Neuwahlen wird die Alternative Liste zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen...kandidieren.
3. Angesichts der Möglichkeit bei vorgezogenen Neuwahlen der Stimme des außerparlamentarischen Widerstandes auch im Abgeordnetenhaus durch eine Wahlbeteiligung Gehör zu verschaffen, erklären wir von der AL, unseren Wunsch mit allen zusammenzuarbeiten, die an einer alternativen Kandidatur interessiert sind...“

Damit strebt die AL ein Wahl b ü n d n i s mit anderen Kräften wie z.B. den Grünen, Bürgerinitiativen, der aus der SEW ausgetretenen „Klarheit“-Gruppe usw. an. Nicht-AL-Mitglieder/innen können per MVV-Beschluß auch auf Listen der AL kandidieren.

Dennoch sind die politischen (Wahlkampf)Konturen der AL - offensichtlich infolge der großen Chance, selbst ins Abgeordnetenhaus einzuziehen – noch recht verschwommen.

Unter diesem Eindruck wird in verschiedenen schriftlichen Stellungnahmen der AL vornehmlich und richtig betont, daß durch die Neuwahlen sich *„die Möglichkeit bietet, daß alle fortschrittlichen Kräfte in unserer Stadt ihre grundlegende Opposition gegen die Politik der etablierten Parteien zum Ausdruck bringen können... Bereits jetzt hat die Angst der etablierten Parteien davor, daß der Widerstand der Betroffenen auch ins Abgeordnetenhaus einzieht, die Chefs von Rundfunk, Presse und Fernsehen erreicht“* (Papier von drei AL-Mitgliedern aus den Unterlagen des AL-Delegiertenrats, vom 21.1.81). Es wird hervorgehoben, daß sich die Kandidatur der AL gegen alle drei bürgerliche Parteien richtet. Zur CDU wird gesagt, daß sie selbst versucht, *„an die Fleischtöpfe zu gelangen“* (Aufruf zum Volksbegehren von Peter Finger, AL und W. Grundwald, WUB).

Noch nicht alle Hindernisse überwunden

Indes werden die Arbeiten seitens der AL und anderer Beteiligter hinsichtlich einer politischen Wahlplattform bzw. eines Aktionsprogramms beschleunigt angegangen. Während es in wichtigen innenpolitischen Bereichen und den kommunalpolitischen Themen kaum erhebliche politische Differenzen geben dürfte, geraten die umstrittenen Themen in den Vorder-

Differenzen geben dürfte, geraten die umstrittenen Themen in den Vorder-

grund, die schon anläßlich der AL-Gründung vor zwei Jahren fast zum Bruch des Bündnisses führten und daher ausgeklammert blieben: die „Berlin-Frage“ und die Friedenspolitik. In einer Art Neuauflage – nunmehr unter dem Druck des nahen Wahltermins – stehen sich die vaterländischen Positionen der aufgelösten und nunmehr in der AL agierenden „KPD“ den fortschrittlichen Positionen vieler Unorganisierter, SB, Z , KB usw. gegenüber. Ein Seminar der AL zur Friedenspolitik und zum militärischen Kräfteverhältnis, zu dem einige ehemalige „KPD“-Größen anrückten, kamen die schier unüberbrückbaren politischen Differenzen erneut zum Ausdruck.

Die Fortschrittlichkeit der AL wäre gefährdet, wenn sich die reaktionären Positionen der Ex-„KPD“ durchsetzen würden.

Ein Westberliner Genosse

„Berliner Luft – auch in Bonn“

Auf diese Formel bringt „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein die bundesweiten Auswirkungen der Westberliner Regierungskrise. Diese „Berliner Luft“ hat die Bonner Spitzenpolitiker, vor allem die der SPD, in hektische Betriebsamkeit versetzt, aber auch Augsteins Berufsstand, die politischen Redakteure und Kolumnenschreiber, zu wahren Höhenflügen animiert. Jeder von ihnen versucht, noch tiefer in die Seelen der handelnden Personen einzudringen und neue „Hintergrundinformationen“ unter die Leute zu bringen: z.B. daß der Kanzler schon lange keine Lust mehr habe, daß die SPD-„Troika“ (Schmidt/Brandt/Wehner) tief zerstritten sei, vor allem wegen Wehners neu erwachter Leidenschaft für große Koalitionen, z.B. daß Genscher als Partner und Vizekanzler des notorischen Versagers Kohl zum eigentlichen Regierungschef aufsteigen würde. Die „Welt am Sonntag“ machte Genscher gar zum möglichen Kanzler einer CDU/FDP-Koalition.

Die Fakten, die all diesen „Analysen“ über das nahe Ende der sozialleberalen Koalition zugrundeliegen, sind folgende:

– Der Beschluß der Westberliner FDP, die Koalition mit der SPD bis zur Senatswahl fortzusetzen, ist alles andere als eine Prinzipienentscheidung. *„Ein 'Umfallen' der Liberalen wäre allenfalls denkbar gewesen, hätte der christdemokratische Vormann und Bundestagsabgeordnete Richard von Weizsäcker sofort nach dem Rücktritt des Senats die Liberalen mit Angeboten direkt be-*

Fortsetzung von der vorherigen Seite

drängt", schreibt die „FR" (20.1.). Da solche Angebote ausblieben – die CDU rechnet sich offenbar Chancen aus, die absolute Mehrheit zu erreichen bzw. die FDP später immer noch „herumkriegen" – kam für die FDP ein sofortiger Wechsel nicht in Frage: das Hängenbleiben an der 5 % Hürde wäre bei den bevorstehenden Neuwahlen vorprogrammiert gewesen. Höchstwahrscheinlich wird die FDP nun ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf ziehen, um nach der Wahl „nach allen Seiten offen" zu sein.

– Daß die FDP im Prinzip zu jedem Handel bereit ist, zeigt ein Blick auf das Saarland: dort zog die FDP noch 1975 zusammen mit der SPD in den Wahlkampf, um dem „*zwanzigjährigen CDU-Filz*" ein Ende zu bereiten. Heute ist sie Koalitionspartner der CDU und stolz auf dieses Bündnis „*frei von Belastungen*" (Landesvorsitzender Klumpp).

– Genscher selbst hat wiederholt – wenn auch nicht in aller Öffentlichkeit – betont, daß er beim Regieren mit der CDU keine Probleme hätte (so melden es übereinstimmend die „Eingeweihten" aus den Redaktionen sowohl der regierungs- als auch der oppositionsorientierten Presse. Aus der Sicht des „Spiegel" ist Genscher schon seit längerem dabei, die sozialliberale Koalition (bewußt?) zu zersetzen: „*Indem er den Kanzler scheinheilig vor Angriffen der eigenen Genossen in Schutz nimmt, sorgt er dafür, daß die Probleme Schmidts mit der SPD in der Öffentlichkeit immer aufs neue breitgetreten werden.*"

– Strauß, der gegenüber der FDP schon kurz nach der Bundestagswahl von Konfrontation („*Abstauber- und Klingelbeutel-Partei*") zu Anbiederung übergegangen war, hat noch vor Stobbes Debakel seine Annäherungsversuche wiederholt. Er bescheinigte der FDP, sie sei „*auf dem Wege, zu begreifen, daß eine wirklich liberale Politik mit sozialen Garantien nur mit der CDU/CSU gemacht werden kann*" („Hamburger Abendblatt", 13.1.). Zwar widersprach Kohl dem mit dem kraftmeierischen Ausspruch: „*Die Union will zwar ins Kanzleramt, aber nicht durch den Dienstboteneingang, sondern durch den Haupteingang und mit Glockenspiel*". Aber wenn das „Schicksal der Nation" eine andere Regierung erfordert, wird er schon das kleine „Opfer" bringen und auf das Glockenspiel verzichten. Strauß wollte gar – im gleichen Atemzug mit seinem Antrag an die FDP – eine große Koalition nicht ausschließen – „für den Fall eines nationalen Notstandes", der aber (noch?) nicht gegeben sei.

Der „Notstand" kommt bestimmt (zuerst für die SPD)

Hinter all den aktuellen taktischen Geplänkeln und den von den Zeremonienmeistern der Bonner Politik sorgenvoll vorgetragenen Überlegungen wird der Kern der Sache von allen Beteiligten geflissentlich im Dunkeln gelassen: die politischen Ziele und „Sachzwänge", die einen Wechsel der Bonner Koalition ratsam bzw. notwendig erscheinen lassen. Wenn diese „Sachfragen" in der Öffentlichkeit überhaupt diskutiert werden, dann geschieht das – je nach Parteizugehörigkeit – mit dem Hinweis bzw. der Sorge, die SPD sei wegen ihrer inneren Zerstrittenheit dabei, „regierungsunfähig" zu werden. Allein in dem Antrag der 24 SPD-Abgeordneten, den Rüstungshaushalt um 1 Milliarde DM zu kürzen, sieht beispielsweise die „Frankfurter Allgemeine" den Anfang vom Ende der Koalition mit der FDP: „*Der Angriff gegen den Nato-Doppelbeschluß, zu allem übrigen Koalitionsverdruß, trifft Genschers Außenpolitik im Kern!*" Und tatsächlich hat Genscher sogleich angekündigt, er werde sich diesem Antrag „mit aller Entschiedenheit widersetzen" („FR", 26.1.). Herbert Wehner – „*Ich versuche, alles zusammenzuhalten – wenn es überhaupt noch etwas zusammenzuhalten gibt*" („Spiegel", 26.1.) – intervenierte ebenfalls gegen jede Kürzung des Rüstungsetats: der Kürzungsantrag werde dazu führen, daß „Verwirrung" um sich greife („FR", 26.1.).

Genauso unantastbar wie die Aufrüstung, ein „Sachzwang" mit gleich großer Priorität bei allen Parteien, ist das Atomprogramm. Dem taktischen Brokdorf-„Gegner" Klose wird schon jetzt der Rücktritt zugunsten eines strammen Atombefürworters bei einer Niederlage auf dem SPD-Sonderparteitag vorausgesagt. Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff nutzt – vier Tage vor dem Hamburger SPD-Parteitag – sogar die Haushaltsdebatte im Bundestag, um Stoltenberg demonstrativ die Unterstützung der Bundesregierung für seine Brokdorf-Entscheidung zuzusichern. Die FDP Schleswig-Holstein hat sich, wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit (100:99), für Brokdorf ausgesprochen. Der Plan, bei der nächsten Landtagswahl gemeinsam mit der SPD Stoltenberg zu stürzen, dürfte dahin sein – falls die schleswig-holsteinische SPD nicht auch noch eine 180grad-Wende vollführt.

Augstein spricht in seinem eingangs zitierten Kommentar über die „Berliner Luft in Bonn" davon, daß „*heutzutage... der weltpolitische und ökonomische Trend ohnehin gegen die SPD läuft*". Das kann man auch so sagen: die SPD kann sich – wenn überhaupt – nur dann an der Regierung halten, wenn sie in ihrer Politik ständig weiter nach rechts geht – so wie sie das gegenwärtig in den Fragen der Rüstung, der Atompolitik, der Mitbestimmung oder der Sparpolitik vorexerziert.

Die Zahl derjenigen, die unter diesen Umständen noch weiter die SPD wählen, weil das „immer noch besser als Strauß" sein soll, dürfte damit zusehends kleiner werden. Aber Machtwechsel sind in der BRD allemal nicht durch Wahlen, sondern durch Koalitionswechsel herbeigeführt worden.

Atommüllager – Anhörung in Lüchow
Für die Betreiber ein Fiasko

Wenn Lächerlichkeit töten könnte, wäre die physikalisch-technische Bundesanstalt (PTB) spätestens seit dem 28.1.81 hin – Ursache: Selbstmord. Fünfzig Clowns aus Politik und Wissenschaft waren anfangs auf der Bühne des Lüchower Gildehauses angetreten zur öffentlichen Anhörungsschau – einer „*Gelegenheit, die moderne Technik der Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente einer breiten Öffentlichkeit zu erläutern*" (EJZ, 20.12.80). Doch schon die Benennung von PTB-Abteilungsleiter Heintz zum Anhörungsleiter war ein Griff in die Vollen: Er machte von sich reden, als er im Intercity lautstark mit DWK-Vorständlern beriet, wie gesetzliche Endlagervor schriften umschifft werden können. Die Schau endete nach völliger Verarschung der über 400 Anwesenden mit einem Happening der WAA-Gegner, die schließlich auszogen. Selbst die Presse folgte, als im Saal nur noch ein Lüchow-Dannenberger von der Pro-Atom-BI saß.

In Gorleben soll noch dieses Jahr mit dem Bau eines Zwischenlagers für 1.500 Tonnen abgebrannter Brennelemente begonnen werden; man hofft, schon 1982 damit fertig zu sein. Im März soll die Umzäunung des Geländes in Angriff genommen werden. Allerdings ist für diese Trokkenlager nicht einmal eine Genehmigung vorgesehen und damit auch keine gerichtlichen Einsprüche. Diese Anhörung sollte als ‚Ersatz' dafür dienen.

Nachdem 1978 die DWK ein Trockenlager für „*noch nicht als machbar demonstriert*" hielt, zog sie nach der völligen Infragestellung ihres ursprünglich geplanten Naßlagerkonzepts auf dem Gorleben-Hearing im März 1979 nun doch wieder das Trockenlager als „neue" Wunderlösung aus der Tasche und erklärte: „*Allein die Tatsache, daß in erheblicher Zahl Brennelemente von einigen Tonnen in trockenen Behältern transportiert werden, zeigt, daß man ohne jede Zwangskühlung Brennelemente einlagern kann... dieses Konzept ist im Detail durchgearbeitet*". Schon durch Laienfragen wurden die Atombetreiber derartig verunsichert, daß 1980 ein Seminar zu dem Thema abgebrochen werden mußte. Der Experte vom Kernforschungszentrum Jülich, Dr, Haag, erklärte sich in „*allen wesentlichen Punkten als inkompetent, weil auch er Schwierigkeiten habe, an Informationen heranzukommen*" (taz, 13.5.). Beim zweiten Anlauf erging es dem Projektleiter der DWK nicht besser, das geplante 3. Seminar fand gar nicht erst statt.

Entsprechend schlagend waren auch die Argumente auf der jetzigen Anhörung. Da jedes Sicherheitsgutachten für diese neue „Entsorgung" fehlt, kam Anhörungsleiter Heintz auf den Dreh, daß nicht alle Gutachten veröffentlicht werden durften, während andere, zwar nicht in Gorleben aber doch in Braunschweig, eingesehen werden könnten. Schon die Anhörung für das Zwischenlager in Ahaus war an dieser Stelle geplatzt, – dort sogar einvernehmlich – weil man ohne Gutachten wohl kaum eine Anhörung über die Frage der Sicherheit eines solchen Lagers machen kann...

Da kann es nur als ein fauler Witz betrachtet werden, wenn z.B. die nicht unwesentliche Frage für die zukünftige Sicherheit der Lüchow-Dannenberger, wie denn so ein Castor-Behälter für Atommüll abgedichtet würde, damit abschlägig beantwortet wird, daß dieses Thema unter den Schutz des ‚know-how' falle.

Diese Art von Geheimniskrämerei um die Sicherheit dieses Konzepts unterstreicht, daß es eben nicht um Sicherheit geht, sondern darum, endlich ein Zwischenlager auf schnellstem Wege zu bauen. Das gilt ja bekanntlich heute schon als Ersatz für eine gesicherte Entsorgung, die „früher" einmal die Grundlage für jede weitere AKW-Planung und Genehmigung sein sollte.

AKW-Nein-Kommission

Neuwahlen in Westberlin:
So sehen's die anderen ...

Die Westberliner Grünen:
Sie führten am 19.1. eine Mitgliederversammlung durch, an der rund 70 Menschen teilnahmen. Die Grünen unterstützen in ihrer Erklärung das

„KPD" (vormals „KPD/ML")
Die Aust'sche „KPD" unterstützt ebenfalls ein breites fortschrittliches Wahlbündnis, wenn die Fragen der Kriegsgefahr, der demokratischen

eine „klare Aussage für eine Friedens- und Entspannungspolitik", die „Verwirklichung der demokratischen Verfassungsgebote", die „gesetzliche Bindung jeder Subvention ... an die

Trockenlager für „noch nicht als machbar demonstriert" hielt, zog sie nach der völligen Infragestellung ihres ursprünglich geplanten Naßlagerkonzepts auf dem Gorleben-Hearing im März 1979 nun doch wieder das Trockenlager als „neue" Wunderlösung aus der Tasche und erklärte: „Allein die Tatsache, daß in erheblicher Zahl Brennelemente von einigen Tonnen in trockenen Behältern transportiert werden, zeigt, daß man ohne jede Zwangskühlung Brennelemente

Diese Art von Geheimniskrämerei um die Sicherheit dieses Konzepts unterstreicht, daß es eben nicht um Sicherheit geht, sondern darum, endlich ein Zwischenlager auf schnellstem Wege zu bauen. Das gilt ja bekanntlich heute schon als Ersatz für eine gesicherte Entsorgung, die „früher" einmal die Grundlage für jede weitere AKW-Planung und Genehmigung sein sollte.

AKW-Nein-Kommission

Neuwahlen in Westberlin:
So sehen's die anderen ...

Die Westberliner Grünen:
Sie führten am 19.1. eine Mitgliederversammlung durch, an der rund 70 Menschen teilnahmen. Die Grünen unterstützen in ihrer Erklärung das von zwei Bürgern eingeleitete Volksbegehren. Sie erteilen der CDU eine „*klare Absage*", weil sie u.a. „*selbst Teil des Filzsystems ist*" und setzen sich für Neuwahlen ein. Erfreulicherweise wird die Alternative Liste als entscheidender politischer Faktor anerkannt, die „*es den vielen Basisgruppen ... erleichtert, ihre Initiativen in wirksame Politik umzusetzen*". Die Grünen gehen weiterhin davon aus, daß es „*bei den zu erwartenden Neuwahlen zu dem breiten Bündnis aller alternativen und grünen Kräfte kommt, zu dem die AL eingeladen hat*". Die Grünen wollen sich dafür einsetzen, daß „*das Wahlprogramm deutliche ökologische Akzente erhält*" (Pressemitteilung der Grünen, 19.1.81). Die sog. Mitgliederinitiative der Grünen – ein 'fraktioneller' Zusammenschluß aus Grünen gegenüber den mehrheitlichen AL-Grünen – treten ebenfalls für ein breites Bündnis ein und machen zugleich das „*Angebot, sich mit mindestens einem grünen Kandidaten auf einem sicheren Listenplatz in einer gemeinsamen Liste zu beteiligen*" (Aus der Zeitung „Grünspecht" der „Mitgliederinitiative", Jan. 1981).

KBW:
„*Der KBW ist der Auffassung, daß in diesen Kämpfen der bürgerliche Staat zerbrochen und der Sozialismus aufgebaut wird*", heißt es abschließend in einem ersten Flugblatt des KBW zu den Neuwahlen. Ansonsten wird der AL mit der Einleitung des Volksbegehrens „*ein propagandistischer Effekt*" bescheinigt. Die AL habe damit „*de facto schon Wahlkampf gegen die CDU getrieben...*".

Der KBW meint, daß die Widersprüche für die SPD nicht auszuhalten sein werden, wenn „*die Liste um die AL und WUB sich auf ein Programm konzentriert, das für den großen Teil des Arbeiterflügels der SPD annehmbar ist und Elemente des Grundsatzprogramms der Gewerkschaften enthält*".

Auf der AL-Mitgliederversammlung vom 22.1. sprach sich ein KBW-Vertreter ferner dafür aus, die AL und ein breites Wahlbündnis zu unterstützen, wenn die Aufgabe gestellt wird, eine absolute Mehrheit der CDU zu verhindern.

„KPD" (vormals „KPD/ML")
Die Aust'sche „KPD" unterstützt ebenfalls ein breites fortschrittliches Wahlbündnis, wenn die Fragen der Kriegsgefahr, der demokratischen Rechte und des „sozialen Besitzstandes" im Mittelpunkt stehen würden (eine „KPD"-Vertreterin auf der AL-MVV). Die der „KPD" nahestehende „Volksfront" äußerte sich im gleichen Sinne.

SEW:
Hier gibt es in der Tat Neues zu vermelden. Nachdem bei den Wahlen vor zwei Jahren die Stimmenprozente der SEW um 100% unter 1% sanken und diese Partei durch massenhafte Austritte arg geschrumpft ist – Folge der arbeiterfeindlichen und antikommunistischen Diffamierungen des Reichsbahnerstreiks durch die SEW – kann sie es sich nicht länger leisten, die AL zu ignorieren bzw. als „reaktionär" zu diffamieren. So heißt es in einer Stellungnahme der SEW neuerdings: „*Wir schlagen den demokratischen und sozialistischen Kräften, Arbeitern und Angestellten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, christlichen Bürgern und liberalen Demokraten, Anhängern der AL, den in Bürger- und Mieterinitiativen Zusammenarbeitenden vor, ungeachtet verschiedener weltanschaulicher und politischer Ansichten, für eine Politik zu wirken, die dem Frieden, den demokratischen und sozialen Interessen der Bevölkerungsmehrheit dient*". Eine solche Politik erfordert nach Auffassung der SEW eine „*klare Aussage für eine Friedens- und Entspannungspolitik*", die „*Verwirklichung der demokratischen Verfassungsgebote*", die „*gesetzliche Bindung jeder Subvention ... an die Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze*" und „*eine Bau- ... und Mietenpolitik, die ... dem Weißen Kreis eine endgülige Absage erteilt*".

Außerdem schätzt die SEW ein, daß es der CDU-Führung darum gehe, „*die Politik in Westberlin noch weiter nach rechts zu drängen*" und verurteilt daher „*auf das schärfste*" das Volksbegehren der CDU. Ob es der SEW bei ihrem Bündnisangebot mitsamt ihrer oben zitierten „Vorleistungen" tatsächlich ernst ist, muß mehr als bezweifelt werden. Auf Befragen des Verfassers dieses Artikels teilte eine Vertreterin der SEW mit, daß die SEW gedenkt, neben der AL zu kandidieren.

Dennoch gab es ein bisher einmaliges Novum: ein Vertreter der SEW redete erstmalig auf einer Mitgliederversammlung der AL und sagte zur AL: „*Wir reichen unsere Hand zum gemeinsamen Handeln*". Nach der konkreten Wahlbeteiligung der SEW befragt, begab sich der Vertreter in Ausflüchte.

Sei es, wie es sei: eine Alleinkandidatur der SEW würde sie im Wahlergebnis noch weiter in die Promillegrenzen absacken lassen. Ein ernsthaftes Einlassen in ein Wahlbündnis mit der AL hingegen würde diese Partei noch weiter dezimieren und ihre Bedeutungslosigkeit erhöhen.

Ein Westberliner Genosse

Westberlin: Hausbesetzungen feiern Hochkonkunktur!

Bis zum 28.1. waren in Westberlin insgesamt mindestens 40 Häuser besetzt worden: Allein 36 in Kreuzberg, in Schöneberg und Wedding sind es nunmehr jeweils zwei. Allein 15 Häuser wurden während des Vakuums besetzt, daß zwischen Stobbes Rücktritt und der Vereidigung Vogels bestand. Im Zeichen des Wahlkampfs sind noch weitere Besetzungen zu erwarten. Jedenfalls: die Senatskrise hat einmalige Besetzungsmöglichkeiten geschaffen!

Einmal anders herum: CDU-Bürgermeister gestolpert ...

Im Westberliner Bezirk Wilmersdorf, wo die AL mit 2 Bezirksverordneten vertreten ist, brachte die AL einen Antrag ein, den CDU-Bürgermeister von der Lanken abzuberufen. Begründung: „Das Maß ist voll". In einer geheimen Abstimmung geschah es denn auch: mit 23:22 Stimmen der SPD, FDP,AL und einem ausgescherten CDU-U-Boot wurde der Bürgermeister abgewählt. SPD und FDP forderten daraufhin, politische Konsequenzen zu ziehen...

Freispruch im Gorleben-Prozeß

– Erklärung der Prozeßgruppe des AKW Münster –

Am 14. Januar fand vor dem Landgericht Münster die Berufungsverhandlung gegen Micky vom Arbeitskreis Umwelt statt. Er war als zuständiger Versammlungsleiter einer Demonstration gegen die Bohrungen in Gorleben (März 79) in 1. Instanz verurteilt worden, weil die Leute damals nicht, wie in den Auflagen vorgeschrieben, in 4er Reihen durch Münster marschierten.

In der Arbeit der Prozeßgruppe des AKU die diesen Prozeß wesentlich besser als den ersten vorbereitet hatte (zusätzliche Zeugen etc.), war deutlich geworden, daß neben der individuellen Entlastung auch der politische Gesamtzusammenhang des Verfahrens aufgezeigt werden mußte. Überall in der BRD wird zur Zeit das Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit in ‚kleinen' Schritten einzuschränken versucht: in Münster die 4er Reihen, in Lingen 1000er Blocks zwischen denen die Polizei fährt, in Koblenz ist Schminken der Gesichter verboten, in Heidelberg muß ein presserechtlich Verantwortlicher 34.000 DM an Polizeischäden bezahlen, nur weil er zur Demo aufgerufen hat, in Würzburg wird für ‚Recht' befunden, Busse an der Weiterfahrt zu Demos (Brokdorf, Kalkar) zu hindern.

Angesichts der Tatsache, daß sich in stets neuen Unfällen, wie jetzt z. B. bei dem Brand in La Hague (französische Wiederaufbereitung), die Gefährlichkeit der Atomanlagen immer wieder herausstellt, ist jedoch ein uneingeschränktes Demonstrationsrecht wesentliches Element demokratischer Auseinandersetzung. In diesem Sinne ging es in der Verhandlung auch darum, für die Versammlungsleiter und -leiterinnen zukünftiger Aktionen Angst und Kriminalisierungsgrundlage zu verhindern.

Der Raum war voll, die Stimmung gut. Die Polizei brachte als einzige konkrete Beschwerde zwei Busverspätungen von 13 bzw. 7 Minuten mit, die sich allerdings erst bei ihren Nachforschungen „ergeben" hatten. Die vernommenen Beamten konnten sich häufig nicht mehr erinnern, nur in Bezug auf Mickys Verhalten wußten sie noch sehr genau Bescheid, und der Staatsanwalt durfte laut einer Weisung ‚von oben' nicht einer Einstellung des Verfahrens zustimmen.

Nach knapp achtstündiger (!) Verhandlung endlich entschied der Richter auf Freispruch (weil Micky konkret kein Fehlverhalten nachgewiesen werden konnte) und belastete dadurch die Steuerzahler mit den mehreren 1000 DM Verfahrenskosten.

Ein großer Erfolg war, daß der Richter in seiner Urteilsbegründung seine Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer 4er-Reihen-Auflage herausstellte. Er gab der Polizei zu bedenken, daß das Versammlungs- und Demonstrationsrecht durch seinen Grundrechtscharakter stets zu einer Beeinträchtigung des Verkehrs führt, die es für die Behörden zu akzeptieren gilt. Erschwerungen und Störungen des öffentlichen Verkehrs müssen ebenso wie vereinzelte Sperrungen und Umleitungen in Kauf genommen werden; die Forderung nach ungehindertem Straßenverkehr hätte zurückzutreten.

Auch das Hinlegen während einer Demonstration (symbolischer Ausdruck für den Atomtod) könne von der Polizei nur bemängelt werden, falls zuvor konkret ein Verbot ausgesprochen worden sei (was allerdings wieder verwaltungsrechtlich anfechtbar ist).

Mit diesem Freispruch wurde eine weitere Einschränkung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit zurückgekämpft. In Münster (und hoffentlich auch in anderen Städten) wird es die Polizei in absehbarer Zeit wohl kaum noch wagen, eine Kriminalisierung einzelner Versammlungsleiter wegen nicht hundertprozentig perfekt und bürokratisch eingehaltener Auflagen anzustrengen.

SPD-Auseinandersetzung um Brokdorf

Nur Schaukämpfe?

Bekanntermaßen macht das geplante AKW Brokdorf seinem Ruf in jeder Hinsicht Ehre: Der Widerstand entwickelt sich wieder, aber auch die Parteienlandschaft, insbesondere die SPD-Hamburg, kommt ordentlich ins Schwitzen.

Aus den Abstimmungen in den Hamburger SPD Kreisverbänden ergab sich: 510 Delegierte gegen Brokdorf, 307 dafür. Eine durchaus unerwartete Situation für die insgesamt eher rechts einzuschätzende Hamburger SPD, sodaß sich die Frage stellt, was hinter dieser Auseinandersetzung eigentlich steckt, denn die sogenannten Hamburger „Kernenergie-Gegner" in der SPD plagen keineswegs grundsätzliche Sicherheitsbedenken gegen AKW's. Am besten wird dies deutlich aus zwei gegensätzlichen Positionspapieren, die die Grundlage der Diskussion in den Kreisverbänden bildeten. Das erste stammt von Wirtschaftssenator Steinert und spricht sich für Brokdorf aus, das andere ist sozusagen ein Anti-Steinert Papier gegen Brokdorf von Bodo Fischer, Umweltexperte der Fraktion und entspricht der Klose-Linie.

Das Steinert Papier beginnt mit einer Aufrechnung der Stromzuwachsraten und den notwendigen Kraftwerkskapazitäten und kommt zu dem Schluß: „*Die Schlußfolgerung aus diesen Rechnungen ist, daß die Kapazität (Leistung) der HEW*

rung aus diesen Rechnungen ist, daß die Kapazität (Leistung) der HEW *1986 zur Deckung der Höchstlast und zur Bereitstellung der notwendigen Energie ausreicht. Es besteht noch ein kleiner rechnerischer Leistungsüberschuß von 34 MW. Dieser Überschuß reicht aber nicht mehr um den Bedarfszuwachs von 75 MW im Jahr 1987 zu decken.*" (S.5). Sein Vorschlag ist, neben dem Ausbau des Fernwärmenetzes müsse ab 1987 ein AKW (Brokdorf) und ein zusätzliches Kohlekraftwerk in Betrieb genommen werden. Interessant sind seine Ausführungen aber besonders hinsichtlich des Ausbaus der Fernwärmeversorgung von Hamburg.



„*Wesentliches Ziel im Rahmen der Energiekonzeption Hamburgs ... ist die Energieeinsparung und die rationelle Energieverwendung. Einen wesentlichen Beitrag zur Energieeinsparung und zur rationellen Energieverwendung bietet der Einsatz von Fernwärme... Verglichen mit einer konventionellen Öl- oder Gasheizung wird durch die Fernwärme der Primärenergieaufwand pro beheizter Wohnung halbiert. Das bedeutet: Die Brennstoffausnutzung in einem Heizkraftwerk kann durch Kraft-Wärme-Kopplung von 40% auf nahezu 85% gesteigert werden*" (S.10).

Bisher hat Hamburg ein Fernwärmenetz mit einem Anschlußwert von 186.000 Wohneinheiten, von denen aber 120.000 der Industrie zugute kommen. Mit dem geplanten Bau von drei Heizkraftwerken soll der Anschlußwert auf 330.000 Wohneinheiten gesteigert werden.

„*Dieser geplante Fernwärmeausbau würde bewirken, daß in Hamburg mehrere 10.000 Einzelfeuerungsanlagen abgeschaltet werden können, die die Luft heute zu einem erheblichen Teil verschmutzen... Hieraus folgt, daß der Bau der Heizkraftwerke die Umweltsituation insgesamt verbessert, da Schadstoffe fast vollständig in den Heizkraftwerken zurückgehalten werden.*" (S.12). Hierbei geht der Herr Senator noch nicht einmal von den technisch möglichen optimalen Verfahren der Abgasreinigung aus, die für die Heizkraftwerke und die neuen Kohlekraftwerke auch gar nicht vorgesehen sind. Scheinheilig läßt sich Steinert dann in seinem Papier über die schlechte Luft Hamburgs aus, der keine weiteren Kohleprojekte zugemutet werden könnten. Insofern kommt er dann auch zu dem Schluß, daß statt eines neuen großen Kohlekraftwerks Brokdorf vorzuziehen sei, da hierdurch keinerlei zusätzliche Belastungen entstünden. Diese Argumentation ist in zweierlei Hinsicht scheinheilig. Erstens wagt er auf die Umweltbelastung hinzuweisen, für die er selbst verantwortlich ist. Bekanntlich ist z.B. der Süderelberaum die größte Industriezusammenballung der Ölbranche ganz Europas mit Schwefeldioxidbelastungen, die denen des Ruhrgebiets in nichts nachstehen. Zweitens ist bekannt, daß in Kohlekraftwerke mitnichten alle technisch möglichen Ab-

in nichts nachstehen. Zweitens ist be- kannt, daß in Kohlekraftwerke mitnichten alle technisch möglichen Abgasreinigungen eingebaut werden, weswegen sie so zu Recht abzulehnen sind. Bezeichnenderweise regt sich gegen das geplante Heizkraftwerk Haferweg in Altona und auch in Wandsbek schon erster Protest. Letztendlich dient die „Sorge" um die Umweltbelastung nur als Vehikel für Brokdorf.

Das Gegenpapier von Bodo Fischer rechnet vor, daß Steinert sowohl den Kraftwerksbedarf als auch den Strombedarf für die nächsten 20 Jahre viel zu hoch angesetzt hat, wie sich an der ständigen Abnahme der jährlichen Bedarfsteigerungen belegen läßt. Zudem weist Fischer nach, daß in den Kohlekraftwerken 99,5% des Staubes zurückgehalten werden und eine 80%ige Rauchgasentschwefelung vorgenommen werden könnte. Hierbei geht er noch nicht einmal von den optimalen Bedingungen zum Beispiel einer Wirbelschichtfeuerung aus, die auch in kleinen Heizkraftwerken installiert werden kann (s. a. „Kohle AK"; „Energiediskussion" 1/2/80, S.2; „Was Sie schon immer über Umweltschutz wissen wollten", BMI, S. 144).

Insgesamt kommt Fischer zu dem Schluß, daß mit dem Bau eines neuen Kohlekraftwerks plus Ersetzung der bestehenden der Kapazitätsbedarf bis in das Jahr 2000 gedeckt werden kann (S.7). „*Man kann Steinert dankbar sein, denn die Analyse seiner Fakten macht deutlich, daß Brokdorf nicht gebaut werden muß*" (S.7).

Als wesentliches Argument der Brokdorf-„Gegner" in der SPD kommt hinzu, daß durch den Bau von Brokdorf der Anteil der Atomenergie an der Stromversorgung Hamburgs 70% betragen würde, was nach den Ausfallzeiten von Brunsbüttel als weiteres Argument herangezogen wird. Vor allem aber wird damit argumentiert, daß der Bau von Brokdorf eine Torpedierung der Beschlüsse des SPD Parteitages von 79, in denen der Nutzung der Kohle Priorität eingeräumt wurde, und der Regierungserklärung, in der für eine Energieeinsparung und Streuung der Energieträger plädiert wurde, bedeuten würde. Bezeichnenderweise heißt es auch in einem neuen Papier der Energiekommission beim SPD-Parteivorstand, „*daß gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf sowohl aufgrund der Beschlußlage der Partei als auch unter den Gesichtspunkten der regionalen Energieversorgung erhebliche Bedenken erhoben werden können*" („HA", 26.1.81). An dieser Frage stehen sich auch tatsächlich zwei unterschiedliche Linien der Energiepolitik gegenüber.

Der rechte Flügel der Hamburger SPD fordert in Übereinstimmung mit der CDU eine Forcierung des Ausbaus der Atomenergie und damit eine Forcierung der Stromproduktion, die für die E-Werke sowohl im industriellen Bereich als im Bereich der Haushalte enorme Profite verspricht und sich einreiht in die Kampagnen für den Einsatz von Nachtspeicherheizungen und elektrischen Wärmepumpen. Am extremsten hat dies bisher Albrecht für die Energieversorgung Niedersachsen propagiert, der durch den Bau mehrerer AKWs die Gebäudeheizung nahezu vollständig auf Strom basieren lassen möchte (s.a. AK 168: „Gegen die neue Offensive der Atommafia"). Bekanntlich ist dies auch die allgemeine Linie der CDU/CSU auf Bundesebene, die Strauß auf der Weltenergiekonferenz so formulierte: „*Deshalb trete ich – ich war der erste Bundesminister für Atomfragen vor nunmehr 25 Jahren – ohne wenn und aber in diesem Vierteljahrhundert für den Ausbau der Kernenergie ein*" („Energiediskussion", 5/6/80, S.16).

Bundeskanzler Schmidt hielt dagegen auf derselben Tagung folgende Rede: „*Die Energiequellen unserer Erde sollen möglichst sparsam und auf möglichst breiter Palette genutzt werden, das heißt in größtmöglicher Vielfalt. Ökonomisch wäre es falsch und ökologisch könnte es verhängnisvoll werden, wenn alle Volkswirtschaften der Erde allein oder überwiegend auf einen einzigen Energieträger setzen würden – so wie gestern auf die Kohle oder heute auf Gas oder morgen auf die Kernkraft. Die deutsche Bundesregierung ... folgt seit langem im eigenen Land einem Konzept der Diversifikation* (Streuung, Anm. Red.) *des Energieangebots*" (ebd. S. 11).

Dies heißt natürlich keineswegs, daß die SPD oder die Bundesregierung keine AKWs mehr baut, sondern kennzeichnet nur eine Politik, die ein Schwergewicht auf wenige Energieträger zugunsten einer möglichst großen Streuung verhindern will.

Hintergrund beider Linien ist eine möglichst schnelle Verringerung des Ölanteils für die Energieversorgung der BRD. Der weitere Unterschied zur CDU-Linie ist der Anteil der Stromproduktion an der Energieversorgung. Als letztes Jahr die Bundesregierung ein 1,2 Milliarden Projekt zum Ausbau des Fernwärmenetzes plante, versuchte Stoltenberg dies mit allen Mitteln zu verhindern. Zudem betreibt die E-Wirtschaft schon seit Jahren eine gezielte Politik der Überalterung von bestehenden Kohlekraftwerken und Nichtanmeldung neuer Bauvorhaben auf Kohlebasis.

In Hamburg ging diese Politik bekanntlich soweit, daß Stoltenberg und Breuel erklärten, Hamburg im Falle einer Absage an Brokdorf in keinem Fall Baugelände für ein Kohlekraftwerk zur Verfügung zu stellen.

So zeigt sich, daß die Auseinandersetzung um Brokdorf, über den Aspekt der internen Flügelkämpfe in der SPD um Klose hinaus, handfeste energiepolitische Differenzen offenlegen.

Ein weiterer Punkt für das Zögern der SPD in Sachen Brokdorf ist aber zweifellos auch der enorme Widerstand, der in dieser Konstellation die Durchsetzung des Baus zu einem Fiasko für die bürgerlichen Parteien insgesamt werden lassen kann. Da aber in der nächsten Zeit unter dem Stichwort „Baulinie 80" nicht nur weitergebaut, sondern auch neue Genehmigungen im Hau-Ruck-Verfahren erteilt werden sollen, ist an ein Aufgeben des Projekts Brokdorf nicht gedacht.

Auf der gleichen Linie beginnt am 5.2. der Verwaltungsgerichtsprozeß um das AKW Wyhl. Alle Anzeichen deuten daraufhin, daß mit einem schnellen Verfahren zu rechnen ist, in dem grünes Licht für den Bau gegeben wird. Der Streit in der Hamburger SPD geht darum, ob man den Weiterbau in Brokdorf zugunsten einer Genehmigung von Kohlekraftwerken nicht noch einmal verschieben solle.

AKW-Nein-Kommission

Hamburger

Hamburger

Gewerkschaften zu Brokdorf

HBV
Gegen Brokdorf hat sich die HBV mit einer Erklärung ausgesprochen, in der es heißt, daß Atomstrom zu teuer und Brokdorf wahrscheinlich überflüssig sei.

GEW
Gegen Brokdorf und für einen „schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie" hat sich die GEW ausgesprochen.

IG-DRUPA
Der Hamburger Bezirksvorstand fordert „einen Rückzug des Landes Hamburg aus dem Projekt Brokdorf".

IG-Metall
Mier macht sich die Hamburger Führung zum Erfüllungsgehilfen der Atomindustrie. Ortschef Müllner schrieb dazu ein schon berüchtigtes Papier. Hier ein paar Kostproben: „*Die grundsätzliche Ablehnung von Kernenergie darf bei der Entscheidung über die Energieversorgung Hamburgs kein ausschlaggebender Maßstab sein. Das Versorgungskonzept ist bereits auf diesen Energieträger ausgerichtet.*"

Was nicht sein darf, das nicht sein kann! Oder an anderer Stelle: „*Hamburg darf sich daher im Vergleich zu anderen Ballungsgebieten nicht mit dem zusätzlichen Risiko belasten, Spitzenreiter im Strompreis zu werden und die für 1990 zu erwartende Versorgungslücke nicht vorbeugend geschlossen zu haben.*" Hier ist dem Kollegen Müllner zu sagen, daß Hamburg bereits Spitzenreiter in den Strompreisen ist und dies vor allem durch die Atomenergie, nämlich aufgrund der hohen Ausfallzeiten von Brunsbüttel!

Hamburger Architektenkammer
Auch sie hat sich gegen Brokdorf ausgesprochen. Zudem wird gefordert, daß eine Entscheidung über den Einsatz von Kernenergie solange aufgeschoben wird, „*bis mit allem Nachdruck der Versuch gemacht worden ist, unsere Energieprobleme durch optimale Nutzung der vorhandenen Energien zu lösen*".

AfA (Arbeitskreis für Arbeitnehmerfragen in der SPD)
Der AfA-Landesvorstand gab folgende wegweisende Erklärung ab:
„*Die AfA fordert langfristig den Ausstieg aus der Kernenergie und fordert alle politisch Verantwortlichen auf, die Forschung für Alternativenergien zu beschleunigen und schnellstmöglich umzusetzen*" ... „*Die AfA bejaht den begrenzten Einsatz von Kernkraft und damit die Beibehaltung der Beteiligung an Brokdorf aus Gründen der Wirtschafts-Struktur sowie Arbeitsmarktpolitik.*"

Verhaftung von AKW-Gegnern

Verhaftung von AKW-Gegnern

in Kolmar

60 - 70 AKW-Gegner, nahezu alle aus dem autonomen Lager, forderten die sofortige Freilassung zweier inhaftierter AKW-Gegner aus dem Itzehoer Raum, denen von den Staatsorganen zwei Brandanschläge auf das Amtsgericht Glückstadt und auf die Stadtwerke Glückstadt zur Last gelegt werden. Später wurden noch zwei weitere AKW-Gegner inhaftiert. Wie Mitglieder der „Weißen Rose" (autonome) und der autonomen BI Glückstadt auf einer Pressekonferenz in Neumünster mitteilten, wurden sie nach längerer Beschattung festgenommen.

Nach ihrer Verhaftung wurden die beiden zwei Tage hin und her gefahren, ohne Essen zu bekommen. Erst am Donnerstag (nach 5 Tagen) durften die Eltern sie besuchen.

Nach Ansicht der BIs (s.o.) handelt es sich um ein Manöver der Staatsorgane, das sich in erster Linie gegen die wöchentlichen BI-Treffen in Kollmar zur Vorbereitung der internationalen Großdemonstration, die nach Baubeginn in Brokdorf am Bauzaun stattfinden soll, richtet. Anschläge auf Einrichtungen der Atomindustrie und der Elektrizitätswirtschaft werden von ihnen ausdrücklich als ein Bestandteil des Widerstandes bezeichnet.

Bedauerlich ist der Umstand, daß nur so wenige Menschen an der Solidaritätsdemo teilnahmen. Aus Neumünster selber waren es vielleicht 15 - 20.

Besondere Furore machte in diesem Zusammenhang eine Erklärung der BI Glückstadt, die auch von der BI Krempe und Lars Hennings („Z") unterstützt wurde. Darin wird zwar die Freilassung der 3 AKW-Gegner gefordert, aber sich gleichzeitig in oberlehrerhafter Manier von den Anschlägen distanziert und eine Erklärung von Teilnehmern des Kolmar-Treffens vom 18.1.81 verurteilt, in der solche Anschläge als Bestandteil des Widerstandes ausdrücklich begrüßt wurden. In der Glückstädter Erklärung heißt es dagegen: „*Anschläge wie die auf die Stadtwerke und das Amtsgericht Glückstadt oder auch das Landgericht Itzehoe sind für uns nicht selbstverständlich ein Teil des Widerstandes gegen das AKW Brokdorf... Im übrigen erkennen wir nicht, wie durch solche Anschläge der Weiterbau in Brokdorf verhindert wird. Wir sehen darin eine Gefahr für die breite Mobilisierung*". Mit der gleichen Selbstherrlichkeit könnte man behaupten, daß für Großdemonstrationen auch nicht zu erkennen sei, wie dadurch Brokdorf zu verhindern sei bzw. was sie nützen.

Die Glückstädter Erklärung führte auf dem vorletzten Kolmar-Treffen beinahe zu einem Eklat. Schließlich konnte sich aber doch darauf geeinigt werden, daß in Zukunft Erklärungen vom gesamten Treffen und nicht von Teilen abgegeben werden.

So sicher soll auch Brokdorf werden!

Wie der Presse zu entnehmen ist, soll das AKW Ohu die nächsten 14 Monate stillstehen. Keine Panne, Unfall oder Versagen des Reaktors, nein, nein!

Die Betreiber haben sich freiwillig bereit erklärt, für lumpige 400 Mio DM ‚Verbesserungen' vorzunehmen!

Wie aus Fachkreisen verlautet, handelt es sich um eine kaum nennenswerte Nachrüstung der Sicherheitseinrichtungen, die den Strompreis in Zukunft halbieren sollen!

IGM-Funktionärskonferenz: Brokdorf-Kritik unerwünscht

Zum Kampftag „30 Jahre Montan-Mitbestimmung" der Hamburger IG Metall am 30.1. war jede Kritik am Brokdorf-Kurs der Hamburger IGM-Führung unerwünscht. IGM-Chef Müllner, einer der Haupteinpeitscher in der Hamburger SPD für Brokdorf, hatte vorher in der „Neuen" (vom 22.1.81) behauptet, daß seine Position keineswegs „*ein Bekenntnis für Kernenergie war und ist*". Müllner schrieb: „*Wir Gewerkschafter müssen Positionen beziehen, um den richtigen Standpunkt ringen können und wollen auch den schwierigsten Fragen nicht ausweichen... Unsere Kollegen und Kolleginnen wollen keine Feiglinge als Vertreter.*"

Auf der Funktionärsversammlung spielte das Aufsichtsratsmitglied der HEW Müllner dann lieber den Feigling, um die Behandlung eines Antrages des Vertrauenskörpers Still und Ortmann & Herbst zu umgehen, der lediglich erklärte, daß die Ortsverwaltung nicht über Brokdorf beschließen könne, ohne daß an der Mitgliederbasis eine ausführliche Diskussion zu dem Thema gelaufen sei. Vor zwei Jahren sei die Diskussion um Kernkraft in der Vertreterversammlung vertagt worden, diese Diskussion wurde dann „immer wieder verschoben", heißt es in dem Still-Antrag.

Einmal rettete sich die OV mit einer Eingangsrede und dann auch mit einer eingeschobenen Abschlußrede von Willi Brandt (der seinen Zug nicht verpassen durfte) über die Runden. Kritische Stimmen zu Brokdorf, aber auch den Nachrüstungsbeschlüssen, den U-Booten für Chile etc. wurden von vornherein niedergebrüllt, auch von Leuten, die „zum Abstimmen herangekarrt" worden seien, wie ein Kollege ausführte.

Die Brokdorf-Kritik würgte Müllner selbst und sein Kollege Engelmann aus dem IGM-OV schlicht ab: „*Hier wird bewußt versucht von einer Gruppe, den Unmut der Kollegen gegen einen Mann zu lenken — gegen Johannes Müllner. Ich stelle mich bewußt vor ihn*".

Nach der vorgezogenen Abschlußrede Brandts wurde dann der Abbruch der Versammlung mit Mehrheit — wenn auch knapper Mehrheit (127 zu 97 Stimmen) durchgezogen.

Wie gesagt, die IG Metall führt offene Diskussionen auch über ‚brisante' Themen und macht es sich bei ihren Entscheidungen nicht leicht...

Nach einem Bericht von Metall-Genossen

Kritische Stellungnahmen zur Startbahn West

Für das am 2. Februar in Wiesbaden beginnende Landtagshearing zum Bau der Startbahn West auf dem Frankfurter Flughafen hat der parlamentarische Anhörungsvorstand in den letzten Tagen Gutachten und Stellungnahmen in einem Gewicht von über 30 kg an die Eingeladenen verschickt. Einmal abgesehen von der Tatsache, daß der über 1 Meter hohe Papierberg in wenigen Tagen oder Wochen kaum durchzuarbeiten ist, bedeutet Quantität noch lange nicht Qualität.

Denn fast 90 % der meist völlig veralteten Gutachten aus den Jahren 1965 bis Mitte der 70er Jahre sind Gefälligkeitsgutachten für die Startbahn West. Auftraggeber fast aller Gutachten sind die FAG oder die Landesregierung. Und dies hört sich dann so an: „Unter medizinischen Gesichtspunkten ist der Bau der Startbahn West nur zu begrüßen"; der Bau der Startbahn würde nicht zu einer Grundwasserabsenkung, sondern im Gegenteil zu einer Erhöhung des Grundwasserspiegels führen und weiterer solcher Unsinn. Nicht veröffentlicht werden sollen allem Anschein nach einige kritische Gutachten, die man lieber verheimlichen will.

Die ‚Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafenerweiterung' hat in einem Brief an den Anhörungsvorstand allein 8 bisher geheimgehaltene Gutachten zur Veröffentlichung und Heranziehung für das Hearing verlangt. Es ist anzunehmen, daß die meisten davon kritisch zur Startbahn West Stellung nehmen.

Wir haben den Versuch gemacht, die wichtigsten b e k a n n t e n kritischen Stellungnahmen und Gutachten der letzten Zeit zusammenzustellen, um zu dokumentieren, welche Argumente der Startbahngegner oder -kritiker auf dem Hearing eine Rolle spielen werden. Noch eine Vorbemerkung: Eine Reihe dieser Argumentationen konzentriert sich darauf, die Prognosen der Flughafen-Betreiber über das weitere Anwachsen des Luftverkehrs und die durch die Startbahn West erreichbare Steigerung der Flugbewegungen in Frankfurt anzuzweifeln und zu widerlegen. Mehrheitsstandpunkt in der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung ist hingegen eine noch tiefergehende Kritik: Die Startbahn West sei unabhängig von diesen ökonomischen Fragen abzulehnen, da eine gigantische Umweltzerstörung dieser Art im Ballungszentrum Frankfurt nicht mehr hingenommen werden könne.

Streit um Ted Hooton

Geht es um die Diskussion über die Kapazitäten des Frankfurter Flughafens, dann fällt meist der Name Ted Hooton. Der englische Luftfahrtexperte wird in der Öffentlichkeit sehr
Hooton. Der englische Luftfahrtexperte wird in der Öffentlichkeit sehr
oft als Kritiker der Startbahn West gehandelt, insbesondere von der „FR", aber auch von etlichen BIlern und sogar der „taz" (z.B. „taz", 16.1.81).

Belegt wird diese Vermutung mit zwei bekanntgewordenen Auszügen von Hootons Studien über den Frankfurter Flughafen.

Erstmals wurden im August 1980 Teile seiner Studie bekannt. Demnach wurde berichtet, nach Hootons Analysen bringe die Startbahn lediglich eine zusätzliche Flugbewegung pro Stunde (51 statt bisher 50); der Kapazitätszuwachs betrage höchstens 10 %, keinesfalls jedoch 16 - 19 %, wie von der FAG behauptet („FR", 26.8.80 u. 17.1.81).

Da die gesamte Studie nicht veröffentlicht wurde, hatte die BI schon im August 80 befürchtet, „daß sie in einzelnen Punkten noch einmal überarbeitet werden würde" (solange bis die FAG-Berechnungen stimmen), bevor sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde.

Die Pilotenvereinigung Cockpit hatte vergeblich versucht, an die Studie ranzukommen. Mit dem Hinweis der Flugsicherung, daß sich zunächst ein Ausschuß darum kümmern müsse, blieb die Studie jedoch geheim. Trotzdem galt Ted Hooton bis zur Verwaltungsgerichtsentscheidung im Oktober 80 in Kassel als „Kritiker" der Startbahn West.

Noch mehr Aufsehen erregten die kürzlich bekanntgewordenen Auszüge einer neuen, *„zum ersten Mal ohne Zeitdruck und auf effektiver Berechnungsgr[ndlage"* erstellten Studie Hootons.

In der ebenfalls der Öffentlichkeit bislang vorenthaltenen Studie kommt Hooton zu dem Schluß, *„daß die geplante dritte Bahn im Jahr nur 5,9 % Kapazitätszuwachs bringen würde"* („FR", 17.1.81).

„Das Problem auf dem Frankfurter Flughafen sei der Mangel an Anflugkapazitäten auf den beiden zu nah zusammenliegenden Parallelbahnen. Es sei dasselbe Problem wie in seinen früheren Gutachten, nur seien seine jetzigen Berechnungen genauer, zumal er den Wetter- und Windrichtungsdaten genaue Beobachtung geschenkt habe." Hooton fährt fort, selbst wenn er die Witterungsbedingungen sehr günstig ansetze und von einer 88prozentigen Benutzbarkeit der Startbahn ausgehe, *„bringt für 1990 die dritte Bahn nur 1000 Flugbewegungen mehr [0,5 %]. Der Grund sei, ... daß die zusätzliche Nutzbarkeit der dritten Bahn, bezogen auf die Ausfälle bei schlechten Windverhältnissen, das grundlegende Problem des Bahnsystems nicht löse, nämlich den Mangel an Anflugkapazitäten"* („FR", 17.1.81).

Die FAG-Auftraggeber aller bisherigen Hooton-Gutachten — stellte nach Bekanntwerden dieser durchaus kritischen Auszüge lakonisch fest, daß Hooton mit — bewußt vorgegebenen — falschen Angaben (nämlich die der h e u t i g e n Verkehrsverteilung) diese
— falschen Angaben (nämlich die der h e u t i g e n Verkehrsverteilung) diese
Studie erarbeitet hätte.

„Wäre er von den richtigen Voraussetzungen ausgegangen, wären wesentlich höhere Kapazitätswerte herausgekommen, was von Hooton in früheren Gutachten auch bestätigt worden sei" („FR", 17.1.81).

Tatsächlich darf auch das 2. bekanntgewordene Hooton-Gutachten, daß dem Anschein nach gegen die Startbahn West spricht, keineswegs von den Startbahngegnern als willkommene Unterstützung bejubelt werden. Das beweist deutlich Hootons Stellungnahme anläßlich der Verwaltungsgerichtsentscheidung im Oktober 80 in Kassel. Dort erklärte Hooton schriftlich: *„Soweit ich gehört habe, ist mein Name als Luftfahrtexperte in den Frankfurter Zeitungen erschienen. Ferner habe ich gehört, daß behauptet wurde, aus einem bestimmten Arbeitspapier Nr. 7 ergebe sich, daß die zusätzliche 3. Startbahn angeblich nur einen Kapazitätszuwachs von einer Bewegung pro Stunde bringe.*

Dies ist in höchstem Maße unfair und total falsch. Deshalb möchte ich meinen Standpunkt unmißverständlich klarmachen und einige der technischen Aspekte meiner Arbeit erklären".

Es folgt eine etwas längere Erklärung über die Methodik seiner Studie, um schließlich festzustellen, *„daß nach meiner Meinung die Lage der 3. Startbahn nicht ideal zur Lösung des Kapazitätenproblems in Frankfurt ist. Aber ich habe stets, seit 1976, daran festgehalten, daß sie eine mögliche Lösung des Problems darstellt und wichtig ist, um die Verspätungsproblematik zu entschärfen und den Treibstoffverbrauch der Flugzeuge zu reduzieren"* (aus: Antwort des Ministers für Wirtschaft und ‚Technik, Hessischer Landtag, Drucksache 9/3801.

Diese eindeutige Stellungnahme von Ted Hooton f ü r den Bau der Startbahn West erfolgte im Oktober 1980. Die 2. bekanntgewordene „kritische" Studie stammt jedoch vom März 1980. D.h. entweder hat es die FAG — die Hooton bestimmt nicht schlecht bezahlt — geschafft, ihn völlig auf ihre Seite zu bekommen, oder das Ganze ist ein glänzend ausgetüftelter Trick: Hooton wird aller Voraussicht nach auf dem hearing als Befürworter der Startbahn West auftreten. Da er aber bislang (zu Unrecht) als Kritiker der Startbahn West galt, dürfte sein Urteil nicht nur sehr viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen, sondern auch eine gewisse „Vertrauenswürdigkeit" haben. Deshalb Startbahngegner aufgepaßt: Auf Ted Hooton ist kein Verlaß!

Die Grebe/Schuster-Stellungnahme

Die Stellungnahme der beiden bekannten Landschaftplaner Reinhard Grebe und Jürgen Schuster aus Nürnberg wirft die ökologischen Fragen im Zusammenhang mit dem Bau der Start-
wirft die ökologischen Fragen im Zusammenhang mit dem Bau der Start-
bahn West auf. Sie stellt, trotz des Fehlens einiger Problemkomplexe (die bislang auch noch so gut wie nicht wissenschaftlich untersucht wurden), die Hauptargumentationslinie der Startbahngegner dar. *„Grundsätzlich muß sich in einem Raum, in dem weiteres ‚Wachstum' über kurz oder lang an sich selbst ersticken wird, auch der Luftverkehr den landschaftlichen und humanökologischen Prioritäten unterordnen".* Dies ist das Fazit ihrer Stellungnahme, die Mitte Dezember 1980 veröffentlicht wurde.

In ihrem kurzen Papier kritisieren sie insbesondere, daß bislang keine Untersuchung zur Umweltverträglichkeit der Startbahn West bekannt sei. Selbst nach einem über zehnjährigen Verfahren sei eine solche Untersuchung noch vor dem Beginn jeglicher Bauarbeiten zu fordern.

Grebe und Schuster vermissen auch Untersuchungen über die Auswirkungen der für den Startbahnbau notwendigen Grundwasserabsenkung und über dessen Verschmutzung durch erhöhte Immissionen im Start- und Anflugbereich.

Bei Realisierung der Startbahn West müßten sowohl „höchst schutzwürdige" Pflanzen als auch die Vögel des ziemlich einzigartigen Mönchbruchs aus Gründen der Flugsicherheit vernichtet werden. Denn dieses Gebiet würde dann in eine Zone fallen, in der aus Gründen der Flugsicherheit nach Vorschrift des Bundesverkehrsministeriums Vögel zu entfernen sind. Schließlich würde die Umwandlung eines 300 Hektar großen feuchten Waldbestandes in eine Beton- und Grasfläche Auswirkungen auf das Klima des ganzen Raumes, *„in dem die Wälder heute einen wesentlichen Stabilisierungsfaktor darstellen"*, haben.

Grebe und Schuster kommen zu dem Schluß: *„Wenn man die Frage nach der möglichen Belastbarkeit des Raumes mit der möglichen Zumutbarkeit der Menschen verbindet, so sind die Antworten im Rhein-Main-Raum schon gegeben"* (alle Angaben „FR", 11.12.80).

Die Lufthansa-Studie

Im November 1980 wurde eine interne „Konzernßperspektive" der Lufthansa bekannt. In dieser Studie kommt zum Ausdruck, daß die Lufthansa in den kommenden Jahren angeblich Flugverkehr von Frankfurt abziehen und auf andere deutsche Flughäfen sowie bei Kurzstrecken auf die Bundesbahn verlagern will. *„Die Überlastung des Frankfurter Flughafens wird sich voraussichtlich Ende der 80er Jahre entschärfen".*

Die Studie wurde insbesondere in Hinblick auf die rapide anwachsenden Treibstoffkosten und die zunehmende Konkurrenzsituation zu anderen Fluggesellschaften erstellt. Hinzu kommt noch die Erwägung, daß die Lufthansa — die 50 % des Flugverkehrs auf dem Frankfurter Flughafen abwickelt — die finanziellen Hauptbelastungen der durch den Bau der Startbahn West erhöhten Benutzungsgebühren (etwa 40 Mio DM jährlich) zu tragen hätte. Das sieht die Lufthansa aber gar nicht gerne.

Der Inhalt der Studie besteht im wesentlichen darin, daß die Lufthansa in ihrer Konzeption des inländischen Flugnetzes von einer zunehmenden „Dezentralisierung" ausgeht.
1. Durch die — von der Lufthansa erwarteten — Inbetriebnahme von München II im Jahr 1986;
2. durch direkten Anflug der Flughäfen Hamburg, Köln, Düsseldorf, Stuttgart und München, die heute noch *„teils direkt und teils künstlich über Frankfurt gebündelt werden"*;
3. durch die verstärkte Integration der Bundesbahn in den innerdeutschen Verkehr.

„Die Konkurrenzfähigkeit des Flugzeuges auf kurzen Strecken verschiebt sich zugunsten der Bahn... Es wird erwartet, daß die Bahn bei Entfernungen bis 800 Kilometer konkurrenzfähig wird".

Die Studie kommt zum Schluß, diese Integration der Bahn solle stattfinden, da die Lufthansa die hohen Kosten der kurzen Strecken nicht mehr „vertreten" (auf deutsch: bezahlen) könne. Völlig falsch wäre es allerdings, zu glauben, von den Lufthansa-Vertretern würden auf dem Hearing solche Töne zu vernehmen sein (aus denen man immerhin folgern könnte, der Bau der Startbahn sei „unwesentlich" oder gar „überflüssig"). Der Lufthansa-Vorstand hat vielmehr diese Studie nach ihrem Bekanntwerden für irrelevant erklärt und sich voll hinter die FAG gestellt!

Piloten

Piloten

„Wir halten den Bau der Startbahn quer zur Hauptwindrichtung und quer zu den anderen Bahnen für wenig glücklich. Die Flugsicherheit wird dadurch nicht erhöht", heißt es in einer Erklärung von 251 Piloten und Flugingenieuren zur Startbahn West.

Häufiger Seitenwind, die Luftverwirbelungen in der Waldschneise, komplizierte An- und Abflugverfahren sowie zunehmendes Gedränge im Luftraum brächten hingegen viel größere Schwierigkeiten für die Flugsicherheit. Zudem sei täglich festzustellen, daß es während der Landespitzen nur sehr wenige Starts gebe, deren Verlagerung auf eine zukünftige Startbahn West das Problem der fehlenden L a n d e kapazität nicht lösen könne. Zum anderen zeige sich, daß während einer Startspitze nahezu sämtliche Starts von nur e i n e r Bahn abgewickelt werden könnten, und somit die S t a r t kapazität nicht das eigentliche Problem sei.

Darüber hinaus gebe es bis heute überhaupt keinen zweifelsfreien Nachweis, ob die geäußerten Erwartungen über die angebliche Kapazitätensteigerung tatsächlich eintreffen werden.

Aus alldem ergebe sich, daß im Interesse der Umwelt und einer weiteren ungestörten Entwicklung des Luftverkehrs neue Belastungen so gering wie möglich gehalten werden müßten, und vor allem nur durch *„einen nachgewiesenen anderweitigen Vorteil für die Allgemeinheit gerechtfertigt werden können".* Die sei jedoch im Falle der Startbahn West nicht erwiesen.

„Deshalb lehnen wir das Projekt ab"! („FR" vom 15.1.81).

Eingeladen zur Teilnahme am Hearing ist allerdings nicht dieser Kreis, sondern der Vorstand der Pilotenvereinigung „Cockpit". Was der vertreten wird, ist bisjetzt noch nicht eindeutig klar. Jedenfalls fühlt er sich der erwähnten Stellungnahme n i c h t verpflichtet...

Fluglotsen

90 % (!!) der auf dem Frankfurter Flughafen arbeitenden Fluglotsen haben sich mittlerweile gegen den Bau der Startbahn West ausgesprochen. Auch sie kommen zu dem Ergebnis, daß eine weitere Startbahn keinesfalls die Probleme zeitweiser Engpässe lösen könne. Im Gegenteil würden durch den Bau der Startbahn die Probleme des rollenden Verkehrs (also vom Terminal bis zur Startbahn) wegen eines langen Rollwegs erheblich vergrößert. In vielen Fällen würde eine angebliche Zeitersparnis beim Abflug durch zusätzliche Verzögerungen wegen des langen Rollfeldes wieder aufgehoben.

Fortsetzung nächste Seite

DIE STARTBAHN IN ZAHLEN

Länge: 4.000 m und 1.000 m Sicherheitsvorfeld.
Breite: 600 m und ca. 200 m Entwässerungszone beiderseits der Trasse.
Drohender Waldverlust: ca. 300 Hektar.
Drohender Waldverlust durch die Verlegung einer RWE-Hochspannungstrasse ca. 170 Hektar. Drohende Waldschädigung in den Entwässerungszonen: ca. 100 Hektar. Drohende Waldschädigung durch Lärm und Abgase, Verlust an Erholungswald: ca. 6.000 Hektar.
Drohende Summe des Waldverlustes und der Waldschädigung durch das Areal der Startbahn 18 West: ca. 570 Hektar Mischwald!
Der Verlust von 570 Hektar Wald bedeutet:
- 3 Millionen Bäume weniger;
- Verlust des Waldes als Wasserspeicher für ca. 1 Million Kubikmeter Wasser;
- Verlust des Waldes als Luftfilter mit einer Jahresleistung von ca. 25.000 Tonnen Staub, Ruß und Kerosin;
- Verlust des Waldes als Sauerstoffproduzent mit einer Jahresleistung von 570.000 kg Sauerstoff.

Deshalb:
STOPPT DEN FLUGHAFEN — RETTET UNSEREN WALD!
Die Stadt Mörfelden-Walldorf hat einen jährlichen Wasserbedarf von ca. 2.000.000 Kubikmetern.
Ein Liter Kerosin macht 1.000 Kubikmeter Grund- und Trinkwasser ungenießbar.
1979 liefen bei einem Leitungsdefekt auf dem Flughafen Rhein-Main ca. 200.000 Liter Kerosin aus und versickerten im Boden.
Ein Hektar Buchenwald kann
aus und versickerten im Boden.
Ein Hektar Buchenwald kann
jährlich ca. 70 Tonnen, ein Hektar Fichten- oder Kiefernwald etwa 30 Tonnen Staub aus der Luft herausfiltern.
Bei Starts und Landungen werden im Bereich des Flughafens Rhein-Main **täglich** ca. 22 Tonnen (!) Staub, Ruß und unverbrannter Kraftstoff in die Luft abgegeben. Im Jahr sind das 7.700 Tonnen!
1974 wurden auf dem Flughafen Frankfurt (ohne US-Base Rhein-Main) 211.677 Starts und Landungen durchgeführt, das sind durchschnittlich 580 Starts und Landungen pro Tag. Unter der Annahme, daß davon 89 % durch Düsenflugzeuge erfolgten und 40 % davon Jets mit vier Triebwerken, der Rest Jets mit drei Triebwerken waren, ergeben sich folgende Auswurfmengen in Tonnen **pro Tag**:

Kohlenmonoxid CO	7,5 t
Kohlenwasserstoff CH	18,5 t
Stickoxide	2,2 t
Feststoffe	3,5 t

Insgesamt also 31,7 Tonnen Abgase pro Tag. Etwa die gleiche Menge Sauerstoff wird verbraucht. Allein die Triebwerke einer Boeing 707 stoßen ebensoviel Abgase aus wie 6.850 Volkswagen.
Durch Starts und Landungen werden auf dem Rhein-Main-Flughafen täglich ca. 30.000 kg Sauerstoff durch die Triebwerke verbraucht.
Der Wald des Kreises Groß-Gerau (ca. 12.000 Hektar) produziert täglich rund 35.000 kg Sauerstoff.
(Aus: *„Rettet unseren Wald"* — Dokumentation der Parteien-Aktionsgemeinschaft Mörfelden-Walldorf gegen Flughafenerweiterung.)

Pfarrer kämpfen gegen Startbahn West

Neu-Isenburg (DS/ba) – Mehr als 50 Pfarrerinnen und Pfarrer aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet sind entschlossen, sich aktiv am Kampf gegen die Startbahn West zu beteiligen. In einer von Frithjof Decker, Pfarrvikar der Neu-Isenburger Johannesgemeinde, herausgegebenen Presseerklärung heißt es, daß selbst in vom Flughafen weiter entfernt liegenden Gemeinden sich eine große Betroffenheit der Menschen über den geplanten Bau gezeigt habe. Die Bevölkerung habe die Bedrohung ihres Lebensraums erkannt.

Der Kampf gegen die Startbahn West sei richtungsweisend für alle Vorhaben, die unseren Lebensraum zerstörten. Wenn das letzte große Waldgebiet unserer Region wirtschaftlichen Interessen geopfert werden solle, wollten Gemeindemitglieder und Pfarrer als Christen in dieser Frage nicht abseits stehen. Es gelte, klare Position zu beziehen und „dort Zeugnis abzulegen, wo der Kampf gegen die Startbahn entschieden wird, im Wald."

Die Pfarrer rechnen damit, daß das von den Gegnern des Baus errichtete Hüttendorf „wahrscheinlich nach der Kommunalwahl geräumt wird und im Herbst die geplanten Rodungsarbeiten beginnen. Wenn der bedrohte Lebensraum gerettet werden solle, müßten Tausende von Menschen den Wald schützen: „Die Verteidigung des Hüttendorfes wird ein wichtiges Zeichen sein, dort wird am „Tag X" jeder gebraucht."

Die Pfarrer empfehlen den Bürgern, in der Zwischenzeit das Hüttendorf zu besuchen, sich zu informieren und mit den Bewohnern zu sprechen. Kritisch zu beobachten sei auch die im Februar stattfindende Anhörung der Landesregierung.

Dreieck-Spiegel 29.1.81

Alexander Schubart

Volksbegehren und Volksentscheid zur Startbahn West

EIN DISKUSSIONSVORSCHLAG

Im gegenwärtigen Zeitpunkt kann niemand sagen, was für Wirkungen das Hearing des Hessischen Landtages auf die Öffentlichkeit einerseits und auf die Startbahnbefürworter andererseits haben wird und ob und wie die Karten in Sachen Startbahn West neu gemischt werden. Bis zum Beweis des Gegenteils sollten die Startbahngegner davon ausgehen, daß — wie immer die Ergebnisse des Hearings sein werden — die Startbahnbefürworter versuchen werden, ihren Entschluß aufrechtzuerhalten und auch durchzusetzen, im kommenden Herbst mit den Rodungsarbeiten und dem Bau der Startbahn zu beginnen. Die Frage ist nur, ob sie es werden tun können.

Wir haben also noch bis zum Herbst dieses Jahres Zeit. Es gilt, bis dahin Zeichen zu setzen, die das Abholzen von 200 bis 300 Hektar Mönchbruchwald und den Beginn der Bauarbeiten für die Startbahn nicht möglich machen. Dazu gehört in erster Linie unser aller Entschlossenheit, Wald und Hüttendorf zu verteidigen. Es stellt sich jedoch auch die Frage, wie wir aus einem Zustand des bloßen Reagierungs (wie es z. B. unserem Verhalten gegenüber dem Landtagshearing entspricht) herauszukommen und selbst in die Offensive zu gehen. Hier kann in erster Linie das von der Bürgerinitiative ins Auge gefaßte Gegen-Hearing im Frühsommer dieses Jahres eine Rolle spielen. Ob es notwendig oder sinnvoll sein wird, sollten wir auf Grund der Abwicklung und der Ergebnisse des Landtagshearings beurteilen.

Ein Mittel, wirkungsvoll in die Offensive zu gehen, stellen möglicherweise — und das will ich hier zum Nachdenken geben, nachdem ich die Sache im letzten BI-Plenum kurz mündlich vorgetragen hatte — Volksbegehren und Volksentscheid über die Startbahn West dar. Ob das realistisch und machbar und seine Durchführung den gewünschten Erfolg bringen kann, muß natürlich sehr sorgfältig abgewogen werden. Eine Einschränkung muß ich gleich vorweg machen: Eine Gruppierung oder Organisation alleine wäre zur Durchführung des Volksbegehrens nicht in der Lage. Hingegen hielte ich es sehr wohl für machbar, mindestens für erwägenswert, daß die kommunale Arbeitsgemeinschaft, die BI's, die anerkannten Naturschutzverbände und die Parteienaktionsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid gemeinsam initiieren und — soweit das nötig ist — auch durchführen. Und was den Erfolg anbelant: Niemand kann sagen, wie das Unternehmen ausgeht. Die Frage ist nur, ob man eine an sich mögliche Chance wahrnimmt, die jedenfalls nicht die Position der Startbahngegner verschlechtern kann.

II

Was sind nun Volksbegehren und Volksentscheid? Die maßgeblichen Artikel der Verassung des Landes Hessen lauten:

Artikel 116

(1) Die Gesetzgebung wird ausgeübt

a) durch das Volk im Wege des Volksentscheids,

b) durch den Landtag.

(2) Außer in den Fällen des Volksentscheids beschließt der Landtag die Gesetze nach Maßgabe dieser Verfassung. Er überwacht ihre Ausführung.

Artikel 124

(1) Ein Volksentscheid ist herbeizuführen, wenn ein Fünftel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt. Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen. Der Haushaltplan, Abgabengesetze oder Besoldungsordnungen können nicht Gegenstand eines Volksbegehrens sein.

(2) Das dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetz ist von der Regierung unter Darlegung ihres Standpunktes dem Landtag zu unterbreiten. Der Volksentscheid unterbleibt, wenn der Landtag den begehrten Gesetzentwurf unverändert übernimmt.

(3) Die Volksabstimmung kann nur bejahend oder verneinend sein. Es entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

(4) Das Verfahren beim Volksbegehren und Volksentscheid regelt das Gesetz.

(4) Das Verfahren beim Volksbegehren und Volksentscheid regelt das Gesetz.

Das in Art. 124 Abs. 4 der Verfassung genannte „Gesetz" ist das „Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid" vom 16. Mai 1950 (GVBI S. 103), das alle Einzelheiten regelt. Für einige wichtige Detailfragen muß schließlich noch das Gesetz über den Staatsgerichtshof vom 12.12.1947 (GCBI S. 3) herangezogen werden.

Der zentrale Ausgangspunkt des ganzen Unternehmens ist zunächst der Satz, daß dem Volksbegehren (und dann natürlich auch dem Volksentscheid) ein „ausgearbeiteter Gesetzentwurf" zugrunde liegen muß. Es wäre also unzulässig, ein Volksbegehren und Volksentscheid über die Frage herbeizuführen: „Startbahn West: Ja oder nein". Es müßte vielmehr ein Gesetz entworfen werden, das nicht unvereinbar wäre mit

a) dem Grundgesetz und dem gesamten sonstigen Bundesrecht; insbesondere müßte sich das Gesetz im Rahmen der Gesetzgebungskompetenz der Länder halten,

b) der Hessischen Verfassung.

Unter Einhaltung dieser rechtlichen Voraussetzungen halte ich sehr wohl die Forderung „Keine Startbahn West" auch für gesetzlich realisierbar. In der Anlage füge ich dementsprechend den „Entwurf eines Gesetzes über die Raumordnung im Bereich des Verkehrsflughafens Frankfurt a.M." bei. Nach diesem Gesetzentwurf soll der Verkehrsflughafen auf den jetzigen Bestand, einschließlich der Parallelverschiebungen der Start- und Landebahnen „Nord" und „Süd" nach Westen festgeschrieben und eine Erweiterung darüber hinaus unterbunden werden. Durch ein solches Gesetz wäre der Bau der Startbahn West rechtlich ebenso ausgeschlossen, wie irgendeine andere Erweiterung des Flughafens.

Selbstverständlich muß der anliegende Gesetzentwurf juristisch abgeklopft und verbessert werden! (...)

Hingegen wäre es — leider, leider, leider — verfassungsrechtlich nicht zulässig, auch das Nachtflugverbot in einem solchen oder einem besonderen Gesetz zu regeln. Denn hierfür liegt die Gesetzgebungszuständigkeit beim Bund, von der er auch durch das „Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm" Gebrauch gemacht hat.

III

Das Volksbegehren und der Volksentscheid weist folgende Einzelheiten und Erfordernisse auf:

Es gibt drei Phasen:

Erste Phase: das Antragsverfahren

Hier ist notwendig:

1. Schon in dieser Phase muß der ausgearbeitete Gesetzentwurf vorliegen, der in den weiteren Phasen nicht mehr verändert werden darf.
2. Es muß festgelegt werden, wer „Antragsteller ist. Dies können sein:
   a) natürliche Personen;
   b. juristische Personen des Privatrechts, in Frage kommen die anerkannten Naturschutzverbände, die als „eingetragene Vereine" organisiert sind;
   c. juristische Personen des öffentlichen Rechts; in Frage kommt der Landkreis Groß Gerau und diejenigen Gemeinden, die der kommunalen Arbeitsgemeinschaft angehören;
   d. nicht rechtsfähige Personengemeinschaften, wie z. B. die „Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein/Main" oder die „Parteienaktionsgemeinschaft", zu denken ist in diesem Zusammenhang auch an die kommunale Arbeitsgemeinschaft selbst.

4. Die Antragsteller müssen bis zu drei Vertrauenspersonen und deren Stellvertreter für die Entgegennahme behördlicher Mitteilungen sowie zur Abgabe von Erklärungen der Landesregierung gegenüber bestimmen.
5. Das ist das wichtigste: Der Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens muß die Unterschriften von mindestens 3 % der bei der letzten Landtagswahl Stimmberechtigten tragen, das Stimmrecht jedes Unterzeichners ist von der Gemeindebehörde zu bestätigen.

Bei der (letzten) Landtagswahl 1978 waren stimmberechtigt: 3.933.990 Hessen.

Wir müssen also schon in dieser Phase rund 120.000 Unterschriften sammeln. Das setzt schon in dieser Phase eine sehr erhebliche Mobilisierung voraus. Allerdings sind wir hier an keine Frist, innerhalb der wir die Unterschriften sammeln müssen, gebunden.

6. Der Antrag für das Volksbegehren mit dem ausgearbeiteten Gesetzentwurf und allen Unterschriften ist beim Landeswahlleiter einzureichen.

Haben wir bis hierher den Hindernislauf bestanden, so ist im Widerstand gegen die Startbahn West sowohl juristisch als auch politisch eine neue Situation gegeben:

a. Die Landesregierung muß binnen eines Monats über die Zulassung unseres Antrages beschließen. Sie m u ß dem Zulassungsantrag stattgeben, wenn er die oben genannten Voraussetzungen erfüllt und dem Bundesrecht und der Landesverfassung nicht widerspricht. Gibt die Landesregierung dem Antrag nicht statt, so ist die Beschwerde an den Staatsgerichtshof gegeben, der dann über die Zulassung entscheidet.

b. Das Gesetz sieht ausdrücklich vor, daß der beantragte Gesetzentwurf schon in dieser Phase beim Landtag eingebracht werden kann. Der Landtag kann aber nur entweder den Gesetzesentwurf u n v e r ä n d e r t annehmen, ihn ablehnen oder sich mit ihm nicht befassen, er kann ihn aber nicht durchlöchern.

c. Mit dem Erfolg unseres Antrages wird der Konflikt über die Startbahn West auf eine l a n d e s v e r f a s s u n g s r e c h t l i c h e E b e n e gehoben. Es wird insbesondere die Zuständigkeit des (hessischen) Staatsgerichtshofes begründet. Sollte nunmehr die Landesregierung vor Beendigung von Volksbegehren und Volksentscheid gleichwohl zulassen, daß Rodungen im Wald vorgenommen oder gar mit dem Bau der Startbahn West selbst begonnen wird, so könnten wir möglicherweise mit der Begründung, daß Rodungen und Startbahnbau Ziel und Zweck von Volksbegehren und Volksentscheid vereiteln würden, eine Verfassungsklage vor dem Staatsgerichtshof (§ 44 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof) erheben und eine entsprechende einstweilige Verfügung bei diesem Gerichtshof (§ 22 dieses Gesetzes) beantragen. Für die Anrufung des Staatsgerichtshofes bräuchten wir allerdings entweder knapp 40.000 Unterschriften oder elf Landtagsabgeordnete.

Zweite Phase: das Volksbegehren

Das Verfahren beginnt mit der Zulassung des Antrages auf Volksbegehren durch die Hessische Landesregierung oder durch Beschluß des Staatsgerichtshofes.

1. Nach Zulassung des Volksbegehrens hat der Landeswahlleiter im Staatsanzeiger zu veröffentlichen:
   a. den Gesetzesentwurf
   b. die Zulassung der Listenauslegung für das Volksbegehren
   c. die Namen der Vertrauenspersonen
   d. den Beginn und das Ende der Frist zur Auslegung der Eintragungslisten.

   Der Beginn der Auslegungsfrist soll die fünfte Woche nach der Veröffentlichung sein, die Ein-

   Der Beginn der Auslegungsfrist soll die fünfte Woche nach der Veröffentlichung sein, die Eintragungsfrist selbst soll zwei Wochen dauern. Da es sich hier um eine Soll-Vorschrift handelt, können wir beantragen, daß sowohl die 5-Wochen- als auch die 2-Wochen-Frist jeweils um eine Woche verlängert wird. Dies ist sehr wichtig, um unsere Chance beim Volksbegehren zu verbessern.
2. Es obliegt den Antragstellern (also uns)
   a. die Eintragungslisten zu beschaffen und bedrucken zu lassen;
   b. sie an all diejenigen Gemeindebehörden in Hessen zu verschikken, wo immer wir die Chance eröffnen wollen, daß Stimmberechtigte in Hessen sich in die Listen eintragen können. Die Gemeinden müssen die ordnungsgemäßen Listen zu den üblichen Amtsstunden sowie an Samstagen und Sonntagen zur Eintragung auslegen.

   Die Versendung der Listen an die Gemeindebehörden muß binnen vier Wochen nach der Veröffentlichung der Zulassung im Staatsanzeiger erfolgen.
4. Das eigentlich Wesentliche ergibt sich schon aus Art. 124 der Verfassung: Während der Eintragungspflicht müssen sich — um das Volksbegehren zu einem Erfolg zu führen — ein Fünftel der bei der letzten Landtagswahl Stimmberechtigten (siehe oben, Erste Phase, Nr. 5) sich in die Eintragungslisten mit vollem Namen und Adresse eingetragen haben. Es müssen also während der Eintragungsfrist knapp 800.000 gültige Eintragungen vorgenommen worden sein, wobei gleichgültig ist, aus welchen Gemeinden innerhalb Hessens die Eintragungen stammen. Dies, und nicht etwa der nachfolgende Volksentscheid, ist die größte Hürde für einen Erfolg hinsichtlich des Zustandekommens des Gesetzentwurfes. Hier muß natürlich eine riesige Mobilisierung laufen! Die Chance eines Erfolges ist jedoch nur gegeben, wenn die Mobilisierung nicht nur von den vier Formationen der Startbahngegner, einschließlich aller Kreisverbände und Ortsgruppen der Naturschutzverbände in Hessen, sondern auch vom BBU mit allen ökologisch orientierten Bürgerinitiativen und anderen Organisationen dgetragen wird. Die Strategie des Vorgehens muß sorgfältig durchdacht werden.

Und natürlich wird das alles auch einen großen Batzen Geld kosten.

Nach Ende der Auslegungsfrist muß die Landesregierung prüfen, ob das Volksbegehren rechtswirksam zustande gekommen ist. Verneint sie diese Frage, so kann wiederum der Staatsgerichtshof angerufen werden.

Haben Landesregierung oder Staatsgerichtshof das Volksbegehren für zustande gekommen erklärt, so muß die Landesregierung den Gesetzentwurf, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, unter Darlegung ihres Standpunktes dem Landtag unterbreiten. Der Landtag hat dann innerhalb eines Monats darüber abzustimmen, ob der dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetzentwurf unverändert zum Gesetz erhoben werden soll.

Dritte Phase: Volksentscheid

Der Volksentscheid findet natürlich nur statt, wenn der Landtag das Gesetz nicht unverändert übernommen hat. Die Durchführung des Volksentscheides ist — im Gegensatz zum Volksbegehren — Sache des Staates; wir brauchen keinerlei Formalitäten mehr zu erledigen.

Wesentlich für den Volksentscheid ist folgendes:

1. Der Tag der Abstimmung muß ein Sonntag oder gesetzlicher Feiertag sein.
2. Der Stimmzettel darf nur lauten auf „Ja" und „Nein" und keinen Zusatz enthalten.
3. Entscheidend ist: Das Gesetz ist angenommen, wenn es mehr „Ja"-Stimmen als „Nein"-Stimmen gibt. Es

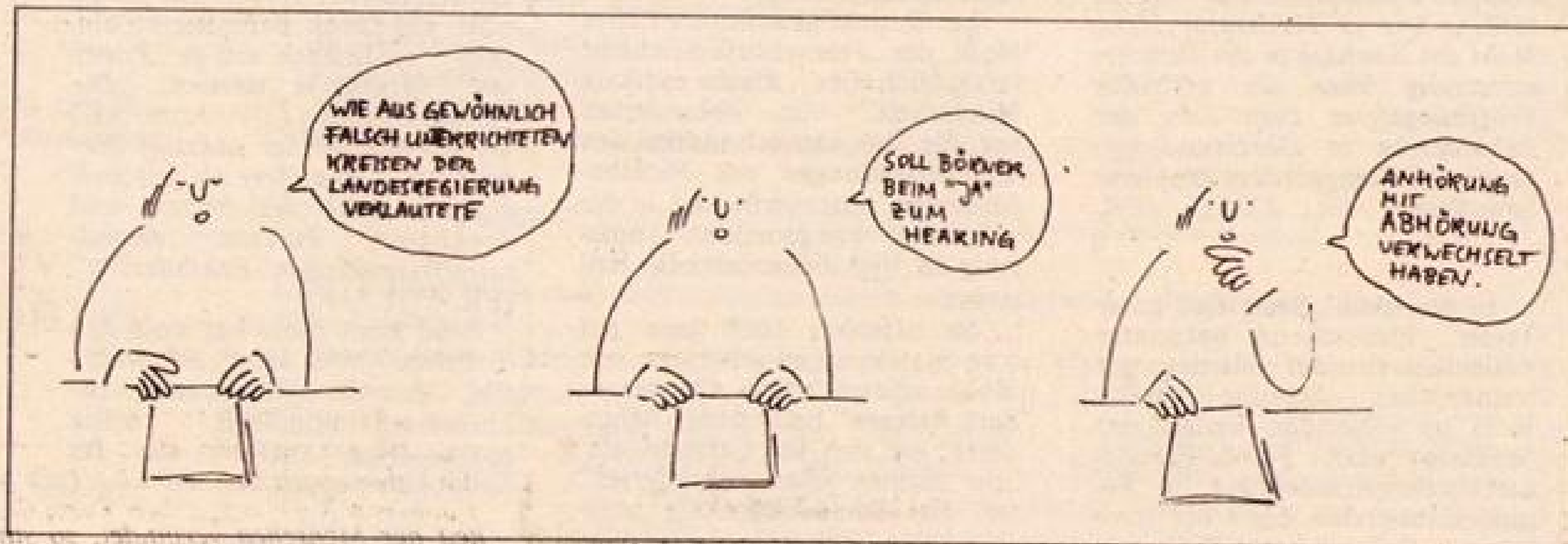
genommen, wenn es mehr „Ja"-Stimmen als „Nein"-Stimmen gibt. Es

gibt kein Quorum, weder bezüglich der abgegebenen Stimmen noch bezüglich der „Ja"-Stimmen. Das Gesetz ist also auch dann angenommen, wenn die Abstimmungsbeteiligung sehr gering war, ja auch dann, wenn es weniger Ja-Stimmen als vorher Eintragungen beim Volksbegehren gibt, sofern nur die „Ja"-Stimmen gegenüber den „Nein"-Stimmen überwiegen.

Wenn man davon ausgeht, daß die Startbahnbefürworter nur einen geringen Anhang in der Bevölkerung haben und daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in Hessen der Startbahn West gegenüber neutral eingestellt ist und deshalb auch gar nicht zur Abstimmung gehen wird, sehe ich eigentlich beim Volksentscheid nach einem gewonnenen Volksbegehren keine Probleme. Es kann natürlich auch sein, daß die eine oder andere politische Partei eine Mobilisierung pro-Startbahn betreibt. Dann müßte zum dritten Mal auf seiten der Startbahngegner eine große Mobilisierung für den Gesetzentwurf laufen.

IV

In Anbetracht des Umstandes, daß wir nur noch bis zum Herbst — sagen wir: bis zum 31. Oktober 1981 — Zeit haben, wenn die Startbahnbefürworter bei ihrer bisherigen Linie und ihrem Zeitplan bleiben, müßten wir uns recht bald entscheiden, ob wir dem Unternehmen näher treten wollen oder nicht. Falls wir das Unternehmen durchführen wollen, müßte spätestens im Spätsommer das Antragsverfahren abgeschlossen sein.



Fortsetzung von der vorherigen Seite

Eine Lösung sehen sie hingegen im Ausbau des bisherigen Parallelbahnsystems („FR", 4.10. und 28.11.80). Die auf dem Hearing vertretene Bundesanstalt für Flugsicherung wird jedoch voraussichtlich das genaue Gegenteil verkünden.

„Arbeitsplätze gefährdet"

Die Gesamtvertretung des fliegenden Personals der Lufthansa hat sich ebenfalls kritisch zur Startbahn West geäußert. Sie befürchtet durch die Folgekosten der Startbahn West (stark erhöhte Gebühren für Starts und Landungen — siehe oben) eine Gefährdung der Arbeitsplätze durch „notwendig" werdende Rationalisierungen („FR", 17.12.80).

Arbeitsplatzrückgang

Arbeitsplatzrückgang auf dem Flughafen?

rl. - Wie aus zuverlässigen Kreisen des Flughafens verlautet, ist auf Rhein-Main eine Tendenz zu weniger Arbeitsplätzen zu verzeichnen. Den Informationen zufolge sollen seit vielen Wochen bei der Flughafen AG Arbeitsplätze ausgeschiedener Mitarbeiter nicht mehr neu besetzt werden. Dadurch komme es zu personellen Engpässen vor allem im Bereich des Flughafenschutzdienstes. Als Ursache werden die seit April fallenden Fluggastzahlen angegeben. Die FAG erwartet offenbar auch im Hauptreisemonat August weniger Fluggäste als sie dies prognostiziert hat. Obwohl die Touristikunternehmer bisher ein Plus von 16 Prozent meldeten, ist der Anteil der Fluggastzahlen rückläufig. Der Frankfurter Flughafen schneidet im Verhältnis zum gesamten Weltluftverkehrs-Aufkommen indes noch rosig ab.

aus: Mainspitze v. 30.8.80

„Ohne die Air-Base wäre die dritte Startbahn unnötig"

Zu diesem einfachen und absolut einleuchtenden Schluß kommt Flugkapitän Braunburg in einem Artikel der „Zeit" (21.1.81). Der US-Militärflughafen Frankfurt (der größte außerhalb der USA) beansprucht etwa 1/3 des Airport-Geländes. Die amerikanischen Maschinen benutzen ebenfalls (zur Freude der Bürger vorzugsweise nachts) die Start- und Landebahnen des Rhein-Main-Flughafens. Braunburg meint: „*Die beiden* (vorhandenen — Anm. AK) *Bahnen müßten soweit auseinandergelegt werden, daß gleichzeitig Parallelanflüge möglich werden*". Dies würde jedoch voraussetzen, „*daß Rhein-Main das wird, was man von einem solchen Knotenpunkt des Luftverkehrs erwartet: ein reiner Zivilflughafen*". Heute dagegen sei Frankfurt „*zum Teil ein Militärflughafen*". Und ob!

Dieses Thema sei jedoch für die politisch Verantwortlichen „*tabu*". Leider gilt das bislang eigentlich nicht nur für die Herrschenden, sondern auch für die Auseinandersetzung insgesamt. Umso beachtlicher, daß ein ehemaliger langjähriger Flugkapitän die Zivilcourage hat, dieses Thema einmal auf den Tisch zu legen.

KB/Gruppe Frankfurt



Eröffnungsveranstaltung zum UNO-Jahr

SONDERKINDERGARTEN=KINDERKNAST
SONDERSCHULE =BILDUNGSKNAST
SONDERWERKSTATT =ARBEITSKNAST
SONDERHEIM =KRUPPELKNAST
ISOLATION=TOTALER KNAST

Nach dem Talentschuppen wurde Carstens in die Ecke gestellt!

Die Eingangsveranstaltung zum UNO-Jahr des Behinderten am 24./25. 1. in der Westfalenhalle sollte der große Auftakt zum „Behindertenjahr" sein. Es wurden weder Kosten noch Mühe gescheut, um diese zwei Tage zu einem Integrationsspektakel ohnegleichen zu machen, denn die Eingangsveranstaltung sollte beispielhaft für den weiteren Verlauf des UNO-Jahres sein, unter dem Motto: *„Einander verstehen - miteinander leben!"*.

Doch die Rechnung ging nicht ganz so auf, wie Politiker und Funktionäre sich dies gewünscht hätten.

Gleich zu Anfang wurde einer Gruppe von ca. 70 Leuten gewaltsam der Einlaß in die „Halle für Alle" verwehrt, da diese Gruppe von Leuten offiziell nicht vorgesehen war. Sie bildeten einen Zug „Dankbarer Krüppel und Wohltäter", nach dem Vorbild des anachronistischen Zuges mit sechs sarkastischen Bildern zu Politikerreden, Heimsituation, „Aktion Sorgenkind", Behindertenwerkstätten und Rehabilitationseinrichtungen.

Demonstriert wurden leere Politikerreden *„Man sollte, man könnte, wir werden auf jeden Fall"*, Funktionäre als Scheinheilige mit überdimensionalen Fünfmarkstücken als Heiligenscheine und die Auswirkungen dieser Entrechtungen und Entmündigungen auf die Situation von Behinderten in Heimen durch Absperrketten und 10 Geboten, wie *„Du sollst dich verwalten lassen, du sollst geschlechtslos sein"*, usw.

Die Handgreiflichkeiten beendete nach kurzer Zeit ein Herr vom Arbeitsministerium, der versicherte, daß alles nur ein „Mißverständnis" sei und natürlich jedermensch in der „Halle für Alle" willkommen sei.

Nachdem der Zug einige Runden durch diese Halle gedreht hatte und mit dem Lied *„Danke, für eure edlen Gaben, danke, für dieses UNO-Jahr, danke, daß wir euch Helfer haben, alles bleibt wie's war"*, seine übergroße Dankbarkeit zum Ausdruck gebracht hatte, begaben sich die Teilnehmer des Zuges in die Halle 3, in der Carstens sein Wort zum UNO-Jahr vom Stapel lassen sollte.

Zuvor gab es aber noch kulturelle Unterhaltung, einen „Talentschuppen", in dem nicht nur Profis wie Truck Stop und Smartiboy Ted Herold auftraten, sondern auch Geistigbehinderte, wie die „Gurkenlandboys", als Teil der Integrationsoperette ihre Dressurakte vorführen durften.

Moderator Thomas Gottschalk's Nervosität angesichts der Vorkommnisse in Halle 2 hatte bereits nach den ersten ungestörten Liedern nachgelassen, als die Bühne dann auf Hans-Dieter Hüschs Stichwort *„Wir haben Angst, aber wir brauchen Mut"* von neun Behinderten besetzt wurde!

Innerhalb weniger Minuten waren Plakate gegen das UNO-Jahrplakat mit der Aufschrift *„Jedem Krüppel seinen Knüppel!"* aufgehängt, ein Transparent mit der Forderung: **„Keine Reden, keine Aussonderung, keine Menschenrechtsverletzungen"** entrollt, und zur Vorbeugung gegen eine evtl. Räumung mittels Ordnungskräften ketteten sich die Behinderten aneinander.

Eine Resolution wurde verlesen, in der erklärt wurde, daß das UNO-Jahr über die Köpfe der Behinderten hinweg und gegen unsere Interessen durchgeführt würde und die die o. g. Forderungen aufstellt. Angekündigt wurde ein Krüppeltribunal, in dem Menschenrechtsverletzungen und Entmündigung Behinderter aufgedeckt und veröffentlicht werden sollen. Im Gegensatz zum UNO-Jahr werden hier Behinderte für sich selbst sprechen und ihre Situation anhand von Einzelfällen und allgemeinen Recherchen ihre Situation darstellen. **Das erste Vorbereitungstreffen findet in Frankfurt statt (Anmeldung bei: Theresia Degener, Schwarzburgstr. 20, 6000 Frankfurt a.M.).**

Anschließend wurde ein Bericht über die Dortmunder Situation verlesen, der klar machte, daß Dortmund nur für diese zwei Tage behindertengerechter ausgestattet worden ist, wie z. B. der ausgezeichnet organisierte Fahrdienst für Behinderte, für die zwei Tage, während gleichzeitig in Bremen die Mittel für den Behindertenfahrdienst drastisch gekürzt wurden, und während gleichzeitig das so benötigte Haus für die DSH geräumt wurde (s. Kasten).

Die Bühnenbesetzer forderten die Veranstalter auf, Mikrophone ins Publikum zu geben, damit eine gemeinsame Diskussion zwischen Besetzern und Publikum über das UNO-Jahr stattfinden konnte.

Der allergrößte Teil der Zuschauer blieb sitzen und viele beteiligten sich an der Diskussion und brachten Erfahrungen aus Heimen, Rehazentren und Werkstätten ein.

Die Diskussion erstreckte sich über mehrere Stunden, zwischendurch wurden Lieder gesungen *„Wehrt Euch, leistet Widerstand gegen dieses UNO-Jahr im Land"*. Als das Gerücht einer polizeilichen Räumung umherging, wurde dies mit lauten Pfiffen verurteilt.

Carstens verzichtete dennoch nicht auf seine Rede. Er verzog sich in die „Speakerscorner" der Halle 2, ursprünglich für kritische Behinderte gedacht, appellierte dort an das Verständnis und Mitgefühl der Nichtbehinderten und bedankte sich für uns bei jedem Arbeitgeber, der Behinderte einstellt. Andere Arbeitgeber und öffentliche Stellen forderte er auf, das Gleiche zu tun.

Obwohl Carstens seine Rede doch noch hielt und sich der „Reichsbund" natürlich von den Besetzern distanzierte, blieb das Publikum bis zum Ende der Besetzung zum Schutze und zur Unterstützung der Besetzer in der Halle 3. Enttäuscht von der Diskussion waren nur Funktionäre, Landtagsabgeordnete und andere Offizielle, die trotz ihrer Bemühungen nicht an die Mikrophone gelassen wurden. Sie konnten nicht verstehen, daß ihnen ihr Privileg Reden zu halten, genommen wurde, daß Behinderte nicht mehr bevormundet werden wollten. Eine Betreuerin geistigbehinderter Kinder drohte damit, ihre Kinder auf die Bühne zu schicken und Randale zu machen, falls sie nicht reden dürfte.

Nachdem Eckensteher Carstens seine Rede, die ungestört verlief, da vereinzelte Störer gewaltsam entfernt wurden, beendet hatte, schickte er sich an, einen Rundgang durch die Halle 3 zu machen, in der Behinderte aller Schadensklassen ihre Arbeit in Werkstätten vorführten und von Nichtbehinderten aller Arten begafft werden konnten.

In dem Moment traf er allerdings auf den Strom der Besetzer und ihrer Unterstützer, die mittlerweile die Bühnenbesetzung abgebrochen hatten und mit dem Lied *„Carstens, steck die Rede weg, dein Geschwätz das hat doch keinen Zweck, geh' doch lieber wandern"* durch die Halle 2 zogen.

Carstens zog es daraufhin vor, sich durch den Notausgang zusammen mit seinem Clan zu verabschieden, nicht ohne einem Rollstuhlfahrer vorher noch einmal die Wange getätschelt zu haben.

Während das offizielle Programm der Integrationsoperette weiter lief, traf sich am Abend der Aktionskreis gegen das UNO-Jahr und viele Unterstützer zu einem Nachbereitungstreffen, wo die gelungene Aktion erstmal gefeiert wurde und weitere für den darauffolgenden Tag ge-
tion erstmal gefeiert wurde und weitere für den darauffolgenden Tag ge-plant wurden.

„Aus Versehen" wurde auch am Sonntagmorgen wieder handgreiflich gegen die Aktionsgruppe vorgegangen, als sie die „Halle für Alle" betreten wollte. Glücklicherweise kam zur rechten Zeit wiederum ein offizieller Vertreter, der das „Mißverständnis" aufklärte.

Der Behindertenzirkus war nun um eine Halle vergrößert worden. In der Halle 1 durften Behinderte aller Arten Sport treiben. Sie durften sich an Nichtbehinderten messen und zeigen, was Krüppel noch alles können, wenn sie nur guten Mutes sind und viel lachen.

In der Halle 2 wurden Geistigbehinderte an Webrahmen vorgeführt und nichtbehinderte „schöne" Mannequins führten von Geistigbehinderten angefertigte Kleider vor.

Nichtbehinderte Schauspieler von den Badischen Kammerschauspielen führten in der Halle 3 ein Theaterstück über die Situation in Rehabilitationseinrichtungen von Moralprediger Sommerauer (TV-Pfaffe) vor. „Schrittwechsel" hieß die Schnulze, in der die Hauptfigur eine Sekretärin war, die durch einen Unfall querschnittsgelähmt wurde und nun in einem Rehazentrum umgeschult werden sollte. Mit viel Schmalz und Kitsch sollte den Behinderten gezeigt werden, wie sie ihre Situation zu meistern haben; bei den Nichtbehinderten sollte auf die Tränendrüse gedrückt werden, um Verständnis zu wecken.

Neunzig Minuten hielten die miserablen Schauspieler trotz lautstarker Zwischenrufe aus dem Publikum das miserable Stück durch.

In der anschließenden Diskussion wurde das Stück einhellig verurteilt. Ein Behinderter aus einer Rehaeinrichtung entlarvte anhand von Fakten das Stück als absolut realitätsfremd.

Besonders kritisiert wurde, daß Behinderte durch nichtbehinderte Schauspieler dargestellt wurden. Die Forderung nach sofortiger Absetzung des Stückes wurde mit lautem Beifall begrüßt.

Die Schauspieler, die Regieassistentin und ihr Autor reagierten zunehmend unsicherer auf diese massive Kritik. Auf die Frage, warum die Rollen der Behinderten nicht von Behinderten selbst gespielt würden, kamen nur einfallslose Sätze wie: *„Aber wir sind doch Schauspieler.... Wir wollen doch nur Verständnis wecken ... Behinderte können die Strapazen einer Tournee - fünf Stunden Fahrt täglich - nicht durchstehen."*

Das Stück abzubrechen, daran wäre gar nicht zu denken. Zuviele Behinderte und Nichtbehinderte wären bereits begeistert von dem Stück. Nach anhaltender Kritik waren die Schauspieler und ihr Autor so verunsichert, daß sie nicht mehr wußten, ob das Stück nun für Nichtbehinderte oder für Behinderte sei.

Bilanz

Die Aktionen auf der Dortmunder Eingangsveranstaltung waren ein voller Erfolg und ein wesentlicher Einschnitt in der Behindertenbewegung. Die Aktionsgruppe gegen das UNO-Jahr ist ein Zusammenschluß von alternativen Behinderteninitiativen aus der gesamten Bundesrepublik, einschließlich Westberlin, der seit Februar 80 besteht. Vertreter aus vierzig Städten haben insgesamt an den bisherigen Treffen teilgenommen, um dem UNO-Jahr schlagkräftige Aktionen entgegenzusetzen. Wenn wir auch nicht in allen inhaltlichen Punkten einer Meinung sind, so besteht doch der Konsens:

Das UNO-Jahr ist nicht unser Jahr, sondern das Feier- und Verschleierungsjahr der Politiker und Funktionäre. Behinderte sollen als Vorzeigekrüppel für deren Karrieren und Wohltätertum herhalten. An unserer Situation wird sich nichts ändern, im Gegenteil, das UNO-Jahr wirkt unseren Interessen an Emanzipation und Aufdeckung der gesellschaftlichen Bedingungen als Ursachen für die Entmündigung, Diskriminierung und Entrechtung, die wir täglich erfahren, entgegen und stabilisiert diese.

Deshalb ist es unerläßlich, dem UNO-Jahr Aktionen entgegenzusetzen, die seine Taktik enthüllen und unterlaufen.

Die Dortmunder Aktion hat gezeigt, daß wir nicht die Repräsentan-

Die Dortmunder Aktion hat gezeigt, daß wir nicht die Repräsentanten einer kleinen Minderheit sind. Abgesehen von der Demonstration gegen das „Frankfurter Urteil" (Mai 1980) hat es seit Jahren keine vergleichbare Aktion der Behindertenbewegung gegeben, die sich auf solch eine breite Basis stützt und eine derartige Aktionsfähigkeit demonstrierte. Daß die verschiedensten Strömungen der Behindertenbewegung so schlagkräftig zusammenarbeiten konnten, liegt sicherlich auch an der Frechheit des UNO-Jahres. Selbst in unseren kühnsten Träumen hätten wir uns eine derartig diffamierende Integrationsoperette, wie sie uns in Dortmund geboten wurde, nicht vorzustellen gewagt.

Eine wichtige Erfahrung für viele war sicherlich auch, daß Ernst Klee nicht mit von der Partie war.

Die Auseinandersetzungen um einzelne inhaltliche Punkte, wie z.B. die Funktion von Nichtbehinderten in der Behindertenbewegung muß sicherlich noch weiter geführt werden.

Eine Auseinandersetzung aber auch mit den Behinderten, bei denen das UNO-Jahr immer noch Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lage erweckt, ist notwendig. Das hat die Diskussion während der Bühnenbesetzung eindeutig gezeigt.

Deutlich wurde während der Aktionen aber auch, daß eine Veränderung unserer Situation als entmündigte Randgruppe der Gesellschaft allein durch Konfrontation mit den Kräften der Gesellschaft zu erreichen ist, die die Ursachen für unsere Lage verschleiern und stabilisieren.

Bei der Vorbereitung zum Krüppeltribunal wird diese Auseinandersetzung weitergeführt werden müssen, und es wird sich zeigen, ob wir unsere jetzige emanzipatorische Sch lagkraft weiter umsetzen können.

Für die kommende Auseinandersetzung um diese Fragen bieten wir den AK als Diskussionsforum an.

Behindertenkommission

Er heißt Mohl – sein Kopf ist hohl

Den Vogel abgeschossen bei der Hetze gegen die Bühnenbesetzer am 24.1.81 hat wieder einmal ZDF-Mitarbeiter Hans Mohl - seines Zeichens Moderator von „Gesundheitsmagazin Praxis", Apologet der „Aktion Sorgenkind" und in dieser Funktion einer der Chefideologen der Behindertenfeinde. In der von ihm moderierten Live-Sendung des ZDF von der Eröffnungsveranstaltung am 25. Jan. beschimpfte Mohl die Bühnenbesetzer und ihre Freunde als *„kleine radikale Minderheit"*, die *„erhebliche Mißklänge"* in die auf positive Darstellung des Erreichten etc. blabla gerichtete Veranstaltung gebracht hätten. Dies ging sogar der „FR" - deren Berichterstattung über die Dortmunder Veranstaltung auch nicht gerade ein Meisterstück kritischen Journalismus' war - zu weit:

„Demonstrationen wie die Besetzung einer Bühne durch Rollstuhlfahrer mit schlechten Noten zu bedenken und als Akt bloßen Spielverderbens hinzustellen, wie es Moderator Hans Mohl am Sonntag in der Berichterstattung über die offizielle Eröffnungsfeier zum Jahr der Behinderten in Dortmund tat, zeugt von mangelndem Problembewußtsein im ZDF." (FR, 27.1.81).

In von den „Beispielen guter Taten" hinreichend bekannter mitleidheischender Manier mit weinerlicher Stimme stellte Mohl im folgenden Verlauf der Sendung eine Friede-Freude-Eierkuchen-Atmosphäre im Behindertenbereich dar - der fernsehende Krüppel hatte Mühe, seinen Brechreiz zu unterdrücken. So wurden z. B. rollstuhlfahrende Spitzensportler als beispielhaft für die Krüppel dargestellt. *„Hier läuft heute (Sonntag, Anm. AK) alles nur positiv, im Gegensatz zu gestern"* meinte sinngemäß der Moderator und konnte gar nicht verstehen, daß nur so relativ wenig Behinderte in den Behindertensportverbänden mitmachen. Sollten alle Krüppel Sportbanausen sein?

Daß die allermeisten Behinderten gar nicht in der Lage sind, derartigen Leistungssport zu treiben, dementsprechend durch derartige Shows auch gar nicht „motiviert" werden können; daß den Bedürfnissen der meisten Behinderten angepaßte Sportmöglichkeiten und Spiele so gut wie gar nicht entwickelt werden; daß sehr viele Krüppel bewußt darauf verzichten, den Leistungssport als Krücke für ihr Selbstbewußtsein zu benutzen, wie dies von Leuten wie Mohl immer propagiert wird, „vergaß" der Moderator zu erwähnen.

Im Grunde genommen führte Mohl der Fernsehöffentlichkeit tatsächlich eine „kleine radikale Minderheit" von Behinderten vor, die sich nämlich radikal den Wertvorstellungen der Nichtbehinderten unterwirft und in der möglichst weitgehenden Anpassung an Nichtbehinderte ihr Heil sucht.

So offenbar auch jene auf rote Samtkisschen gebettete, von Mohl offensichtlich für besonders telegen befundene Behinderte, die sich bei Carstens etc. *„im Namen aller Behinderter"* für die Bühnenbesetzung *„entschuldigte"*, diese in die ideologische Nähe des 3. Reiches (!) zu rücken sich nicht entblödete und schließlich Carstens & Co *„für ihr großes Verständnis"* dankte. Da lacht natürlich das Herz des Behinderers.

Ubrigens waren auch die Kameraeinstellungen „geschickt" gewählt: es wurde optisch der Eindruck vermittelt, bei der Bühnenbesetzung seien nur eine Handvoll Leute gewesen, während sich eine schier unübersehbare Menge um Carstens scharte. Wer dabei war, weiß, daß das genaue Gegenteil der Fall war. Behinderte, die dem Bild des Edel-Krüppels nicht entsprechen - also insbesondere geistig Behinderte - kommen bei Mohl allenfalls als bildliche Umrahmung seiner behindertenfeindlichen Kommentare vor. Fast schon müßig zu erwähnen, daß Mohl mit keinem Wort auf die Situation in Heimen, in Werkstätten für Behinderte, auf tägliche Menschenrechtsverletzungen und Quälereien an körperlich, geistig oder psychisch Behinderten eingeht - schließlich soll ja „Positives" dargestellt werden. *„Die Fernsehanstalt* (ZDF, Anm. AK) *ist als Mutter der ‚Aktion Sorgenkind' alles andere als unschuldig am Bild des braven und dankbaren, kurzum ‚verwaltungsfreundlichen' Behinderten"* (FR, 27.1.81).

Und Hans Mohl hat wohl den dicksten Anteil daran. Seine subtile, menschenverachtende Behindertenfeindlichkeit sollte nicht ohne Antwort aus der Krüppelbewegung bleiben.

Behindertenkommission

Frauen gegen Krieg und Militarismus

Aktionswoche 1. - 8. März

Am 24./25.1. fand das Arbeitswochenende zur Vorbereitung der Aktionswoche in Hamburg mit ca. 30 Frauen statt (vgl. AK 193). Gekommen waren Frauen der Graswurzelrevolution, der War Resisters International, des Nicaragua-Komitees, des KB, der Bunte-Liste-Initiativen, der DFI, der Initiative ‚Frauen in die Bundeswehr – wir sagen nein', der Volksfront, der antiimperialistischen Frauen, der Grünen, der Ärzte gegen Atomenergie und unorganisierte Frauen.

Einig waren sich die Frauen, daß die Aktionswoche nicht, wie z.B. die Initiative „Frauen in die Bundeswehr – wir sagen nein" forderte, von bestimmten Initiativen abendweise gestaltet werden soll. Sondern die Frauen wollen an verschiedenen Tagen bestimmte Themen anbieten, die von den Frauen, die dazu Lust haben, vorbereitet werden. So bildeten sich drei Arbeitsgruppen: Die erste Arbeitsgruppe behandelte das Thema Militarisierung der Frau und zivile Verteidigung. Dabei gibt es zwei Schwerpunkte: einmal die durch die Notstandsgesetze gesetzlich festgelegte Einberufung der Frauen zwischen 18 und 55 zum „Dienst" im sanitären und Gesundheitsbereich, die Ausbildung von Frauen als Schwesternhelferinnen für den „Verteidigungsfall" und die Vorbereitung des Gesundheitssicherstellungsgesetzes, in dem genaue Anweisungen für Ärzte und Krankenschwestern für den „Ernstfall" enthalten sind. Dazu kommt die Einbeziehung der Frauen in den Zivilschutz. Als zweiter Schwerpunkt ergab sich die Einplanung von Frauen in die Bundeswehr [illegible] selbst. Schon heute arbeiten 60 000 Frauen im Bereich der Bundeswehr, allerdings (noch?) als Zivilpersonen. Im Gespräch ist eine „Gemeinschaftsdienstpflicht", die Frauen wie Männer zum „Dienst" für den „Verteidigungsfall" vorbereiten soll. Die Frauen in dieser Arbeitsgruppe bereiten in verschiedenen Gruppen die Themen für die Aktionswoche vor. Auch die zweite Arbeitsgruppe, die sich mit der Politik der NATO, den „Nachrüstungsbeschlüssen" und dem „Verteidigungsfall" befaßte, konnte an diesem Wochenende nur die Problemstellungen festlegen und will sich bis zur Aktionswoche noch treffen. In der dritten Arbeitsgruppe wollen die Frauen die historischen und möglichst auch gegenwärtigen Gründe, die zum Engagement von Frauen gegen den Krieg geführt haben, aufarbeiten. Eine geplante Arbeitsgruppe „Frauen in der 3. Welt" kam mangels Beteiligung nicht zustande. Eine Arbeitsgruppe zu Schule und Antimilitarismus ebenfalls nicht. Da die Aktionswoche in den Schulferien liegt, wollen einige Frauen vorschlagen, dieses Thema zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln und dazu eine Verantstaltung anzubieten.

Wie die Aktionswoche genau aussehen soll, ist noch nicht endgültig festgelegt. Soweit ist sicher, daß sie am Montag mit einer Veranstaltung beginnen soll, auf der die einzelnen Frauen ihre Vorhaben vorstellen, auf der aber auch schon mit dem Thema selbst (Militarisierung der Frau im zivilen Bereich) begonnen werden soll. Eine zweite Veranstaltung soll zum Thema NATO durchgeführt werden. Zu anderen Themen sollen Workshops und Diskussionsrunden angeboten werden. Neben der Information soll aber nicht die Diskussion um die eigenen Ängste vor dem Krieg und das Gefühl der eigenen Ohnmacht angesichts der laufenden Kriegsmaschinerie zu kurz kommen. Die Frauen aus der ersten Arbeitsgruppe wollen eine Verweigerungsaktion zu dem § 12 a Grundgesetz (Dienstverpflichtung von Frauen zwischen 18 und 55) vorbereiten. umstritten war auf dem Vorbereitungswochenende, ob zu der Aktionswoche auch Männer zugelassen sind. Obwohl z.B. das Thema NATO nichts frauenspezifisches ist, vertraten einige Frauen, daß prinzipiell Männer auf der Aktionswoche nichts zu suchen hätten, weil sie stören. Andere Frauen vertraten, daß sie selbst, wenn Männer nicht dabei sind, besser reden könnten. Die Meinung, daß zu bestimmten Veranstaltungen, z.B. Diskussionsrunden Männer ausgeschlossen sein sollten, sonst aber nicht, konnte sich nicht durchsetzen. So ist die Aktionswoche ausschließlich für Frauen.

Am Mittwoch, 11.2., findet ein weiteres Vorbereitungstreffen in der Frauenkneipe statt, auf dem die Öffentlichkeitsarbeit zu der Aktionswoche diskutiert werden soll.

Eine Genossin aus Hamburg

Erfolg gewerkschaftlicher Frauenarbeit: § 218-Veranstaltung des DGB



Viele Frauen aus verschiedensten Einzelgewerkschaften Hamburgs äußerten schon vor längerer Zeit ihr Interesse, eine gemeinsame Veranstaltung zum § 218 durchzuführen.

Dank der besonderen Aktivitäten von interessierten Gewerkschafterinnen aus den Frauenausschüssen und -arbeitskreis von GEW, IGM, HBV, Gewerkschaft Textil und IG Chemie findet sie nun am 25.2. um 19.00 Uhr im Curio-Haus statt.

Es ist zum ersten Mal in Hamburg, daß der DGB zu der Problematik zum § 218 einlädt.

Genau an dem Tag, an dem das Bundesverfassungsgericht vor sieben Jahren sich gegen die Fristenlösung ausgesprochen hat, wollen die Gewerkschaftsfrauen informieren und diskutieren über

- die Geschichte des § 218 sowie über die aktuellen Auseinandersetzungen;
- die Haltung des DGB zum § 218;
- Pro Familia und das Familienplanungszentrum;
- die Anwendung von Prostaglandine bei Schwangerschaftsabbruch.

Außerdem wollen sie sich gemeinsam überlegen, wie die Problematik des § 218 weiterhin in den Einzelgewerkschaften diskutiert werden soll und wie der DGB sich in Zukunft für die Forderungen der Gewerkschafterinnen einsetzt.

Eine Hamburger Genossin

Hausfrau und Mutter kostet 3479,10 Mark im Monat

Bonn – Die Hausarbeit einer Mutter mit zwei Kindern ist im Monat 3479,10 Mark wert. Das errechnete jetzt der Göttinger Jurist Jürgen Schacht für die Verbraucheraufklärung.

Schacht zerlegte die Arbeit in einzelne Lohn-Tätigkeiten und errechnete aus den Tariflöhnen von Köchinnen, Erzieherinnen oder Hausgehilfinnen dann das gesamte (fiktive) Einkommen.

Nach diesem Haustarif müßte eine Frau selbst in einer kinderlosen Ehe 1825,20 Mark kassieren, bei vier Kindern wären es 4244,80 Mark. Wichtig kann diese Tabelle als Richtlinie für Schadenersatz bei getöteten Hausfrauen oder Hausmännern werden.

Na, was gemerkt? Oder auch schon gewöhnt an den täglichen Zynismus? „Wichtig", teilt die „Hamburger Morgenpost" (21.1.81) mit, kann der (Geldes-)Wert der Arbeit einer Hausfrau werden, wenn sie tot ist – dann nämlich kann Männe Schadenersatz kassieren ...

Die alltägliche Männergewalt — wir müssen uns endlich trauen, uns zu wehren!!

Sozialamt – viele Menschen warten.

Alte, Junge – Frauen, Männer, Kinder –, alle warten sie und der lange Gang mit den Bänken ist voll von Menschen und total verräuchert.

Schräg gegenüber von mir zwei Frauen mit einem Kleinkind. Das Kind ist „anders", es ist ein Mischling ... Die Frauen warten, unterhalten sich und spielen mit dem Kind. Die eine hat lila Pumphosen an, einen weiten, dicken, bequemen Pullover, kurze Haare.

Ein friedliches Bild, diese beiden Frauen mit dem Kind!

Da kommt ein Mann, der mit den Leuten, die noch mit auf der Bank sitzen, bekannt ist. Begrüßung, Unterhaltung; von mir nur so nebenbei registriert. Plötzlich aber wird der Typ laut. Ich höre Sätze wie „Was hast du denn hier zu suchen in Berlin?? Geh doch wieder rüber! Wie siehst du überhaupt aus??"

Der Mann bullig, laut und offensichtlich auch angetrunken. Die Frau wird rot vor Wut, sagt aber nichts, macht einen hilflosen Eindruck. Ihre Freundin entgegnet in scharfem Ton und mit hartem Gesicht einige Sätze, die ich aber kaum verstehen kann, weil sie trotzdem leise spricht.

Jetzt legt der Typ aber erst richtig los: Sie hätte es doch gar nicht nötig, die Frau auch noch in Schutz zu nehmen, sie würde doch ganz „vernünftig" aussehen. Aber die andere, diese Pumphosen und erst der Pullover, wie man nur so rumlaufen könne, so häßlich, einfach widerlich ... ! „Da kann mir ja auch wirklich alles vergehen ... " usw. usw ... !

Die Frauen reagieren jetzt nicht mehr auf diese Provokation. Sie beachten den Mann nicht mehr und unterhalten sich weiter. Der legt noch mal los: „Wo hast du eigentlich das Balg her? ... Da war doch kein Deutscher am Machen?" Und überhaupt, er verstehe was von Frauen ! – ??? Er sei Zuhälter und hätte drei Frauen am Laufen und die wären tiptop und nicht sowas Verschlamptes!

Mir blieb regelrecht die Spucke weg bei soviel Unverschämtheit und Überheblichkeit. Ich wußte auch nicht, wie ich mich mit den Frauen solidarisch erklären könnte. Ich wurde immer wütender und war auch hilflos – zuerst. Ich dachte, am liebsten würde ich dem jetzt richtig eins in die Fresse hauen – die ganze Wut rauslassen! Doch damit komme ich

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Tribunal gegen Lesbendiskriminierung

Zwangsheterosexualität bestimmt die ganze Gesellschaft

Angefangen mit der Erziehung:

Mädchen werden vorbereitet auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter; Lesbianismus wird nicht (oder höchstens im Biologie-Unterricht) erwähnt ...

Medizin und Psychologie:

Hier dominieren nach wie vor stockreaktionäre Lehrmeinungen; noch immer wird versucht, Lesben zu „heilen" ...

Betrieb und Gewerkschaft:

Frau muß mit Schikanen bis hin zur Entlassung rechnen, wenn sie sich als Lesbe zu erkennen gibt; „Interessenvertretung" durch den DGB findet dann im Normalfall n i c h t statt ...

Justiz und Knast:

Vom Sorgerechtsentzug für lesbische Mütter bis zur direkten Aburteilung wegen Homosexualität, wie z. B. im Itzehoer „Mord"-Prozeß; Schikanen auch im Knast – so wurde Judy Anderson gezwungen, Kleider zu tragen ...

Kirche:

Was der Eilige Vater über Homosexualität von sich gibt wäre lächerlich ... wenn er nicht immer noch über so viel Macht verfügte ...

Porno-Industrie:

„Lesben" werden vermarktet – mit Schwanz-Ersatzstücken dekoriert aggressiven Männer-Phantasien ausgeliefert ...

Wohnungsmarkt:

„Nur an ruhiges Ehepaar zu vermieten" – in solche Wohnungen kommen wir gar nicht erst rein – woanders werden wir (privat oder mit unserer Gruppe) gekündigt, wie jüngst das Husumer Frauenzentrum.
last not least:

Zwangsheterosexualität bestimmt die Medien !

Meist werden wir einfach totgeschwiegen, Ausnahmen sind Hetz-Artikel nach dem Muster „Die Verbrechen der lesbischen Frauen" („Bild") oder schulterklopfendes Toleranz-Gedusel ... so schließt sich der Kreis: Die Meinungsmacher sorgen dafür, daß alles so bleibt, wie es ist und der He-Terror ungestört HERRschen kann ...

Dagegen wollen wir uns wehren mit einem TRIBUNAL GEGEN LESBENDISKRIMINIERUNG können wir u n s e r e Öffentlichkeit herstellen und den He-Terror anklagen! Das erfordert natürlich viel Vorbereitung:
- gründliche Recherchen
- Spendensammlungen
- Öffentlichkeitsarbeit ....

Alles nähere sollten wir gemeinsam diskutieren, und zwar auf dem

1. Vorbereitungstreffen am 20. (abends) – 22.2. in Hannover (FZ)

Bitte, meldet Euch dazu rechtzeitig an, damit wir genügend Schlafplätze organisieren können, und zwar bei
U. Stolzenbach, Viktoriastr. 38, 5100 Aachen, Tel. 0241/ 50 28 41
Die Idee des Tribunals wird bisher getragen von: „Lesbenstich", „Kommunikations- und Beratungszentrum homosexueller Frauen und Männer e. V./Westberlin" (Frauengruppe), KB-Lesbengruppe; Unterstützerinnen sind bisher: LAZ Westberlin, Lesbengruppen aus Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen, Göttingen, Lübeck, Mainz; Schülerinnen aus Frankfurt sowie Frauen aus Kaiserslautern und aus der „Gruppe lesbische Mütter".

Fortsetzung von der vorherigen Seite

nicht gegen ihn an. Reden ist bei mir auch nicht mehr drin bei solchen Typen. Für sinnlose Diskussionen habe ich keine Lust mehr.

Ich bin also aufgestanden, hab mich zu den Frauen gestellt und die eine mit dem Kind gefragt, ob sie sich auf meinen Platz setzen möchte, damit sie nicht mehr belästigt wird. Der Typ hat jetzt nichts mehr gesagt. Die Frau erzählte mir nun, daß sie früher nicht verstehen konnte, wenn Frauen durch die Anmache und Belästigung durch Männer sich bedroht fühlten. Aber in letzter Zeit sei ihr das immer häufiger selbst passiert ...! Ich meinte, daß das wohl auch daran liegt, daß sie jetzt bewußter ist, was sich ja auch in der Kleidung bei den meisten Frauen ausdrückt. Frau läßt sich halt nicht mehr in enge, unbequeme Sachen zwängen und hat es nicht nötig, Busen, Po etc. zu betonen! Da lachte sie und stimmte mir zu.

Die zweite Frau kam nun auch hinzu und meinte zu dem Vorfall: „Scheiße, eigentlich habe ich immer mein Tränengasspray dabei, anders kann man (frau) sich ja auch nicht wehren. Ich glaube, ich werde mal Karate oder so was ähnliches lernen, dann kann ich mir denken, ist auch die Hemmschwelle geringer, jeman(n)den anzugreifen."

Und sie erzählte, wie sie vor ein paar Tagen, als sie abends noch in die Kneipe nebenan ging, nur um ein paar Zigaretten zu holen, von einem Mann ohne Grund geschlagen, angegriffen und festgehalten wurde. Er hat auch ihren Kopf auf die Theke geschlagen (ein paar Mal) und wollte, nachdem er sie auch noch ins Gesicht geschlagen hatte, eine brennende Zigarette darauf ausdrücken ...!

Wie es dazu kam?

Die Frau wollte aus dem Lokal gehen, da hat ihr der Typ an den Busen gegriffen ... einfach so ... und hat gesagt: „Ganz schön!" !?

Frau wollte sich das nicht gefallen lassen: „Laß das, ich greife dir auch nicht an die Eier!"

Nun, er hat halt eine passende Antwort bekommen. Es muß wohl die Schlagfertigkeit gewesen sein, die ihn dann so wütend gemacht hat. In dem Lokal waren noch andere Männer, eine Frau und der Wirt anwesend. Und keiner hat ihr geholfen – nicht mal die Frau! Meine Nachbarin sagte dann zu dem Mann, als er mit der brennenden Zigarette ganz nah am Gesicht war: „Wenn du mich unbedingt umbringen willst, dann mach schnell, ich hab keinen Bock, vorher auch noch leiden zu müssen!"

Da kam der Wirt endlich hinter der Theke vor und sagte zu dem Mann, er solle die Frau loslassen, denn wenn die die Polizei holen würde ... darauf hätte er keine Lust. Da konnte sie aus dem Lokal rennen. Sie mußte am nächsten Tag zum Arzt, weil das Gesicht voller Striemen gewesen sei.

Ich will nicht mehr, daß mir bei solchen Vorfällen immer nur Wut und Ohnmacht bleiben. Daß ich sprachlos bin vor Entsetzen. Und die anderen Frauen auch!

Wir können uns nur zusammen und solidarisch gegen die Gewalt von Männern wehren!
Wenn frau nicht frau hilft, wer denn?
Wir sind doch alle und jeden Tag davon betroffen!

Ottilie Singer

Patientinnen von Psychiatrie-Pfleger vergewaltigt

Daß in bundesdeutschen Psychiatrien, Behindertenanstalten und anderen Abschiebe-Knästen für „Unnormale" Prügel und andere Mißhandlungen üblich sind, ist schon ein fast alltäglicher Skandal. Frauen sind in ganz besonderem Maße bedroht. Nicht nur, daß sie schneller und häufiger in Anstalten abgeschoben werden – auch dort sind sie von der brutalsten und gewalttätigsten Form der Männersexualität bedroht: VERGEWALTIGUNG.

Im Landeskrankenhaus Langenfeld vergewaltigte ein Pfleger mindestens vier Frauen. Sie berichten (Namen geändert):

Anneliese: *„Vor ungefähr zwei Jahren bin ich von Pfleger K. in seinem Büro vergewaltigt worden. Er hatte die Tür abgeschlossen und die Gardinen zugemacht. Hinterher gab er mir 30 Mark und eine Packung Zigaretten, damit ich nichts sage. Danach hat er es nochmal gemacht, und zwar als ich auf dem Weg zur Arbeit war. Er kam mit dem Auto an und sagte, er könne mich ja zur Arbeit fahren. Das tat er aber nicht, sondern fuhr weiter weg in den Wald. Dort hat er mich dann im Auto vergewaltigt und mir hinterher 50 Mark als Schweigegeld gegeben. Als ich danach einer Schwester davon erzählte, ist er auf eine andere Station versetzt worden, aber ein paar Monate später bin ich zusammen mit einigen anderen Patientinnen auf dieselbe Station verlegt worden. Dort hat er auch noch andere vergewaltigt."*

Jutta: *„Pfleger K. hat mir einmal gesagt, er würde mit mir zu meiner Mutter fahren. Stattdessen ist er aber mit mir zu sich nach Hause gefahren und hat mich dort vergewaltigt. Er hat mir Bohnenkaffee gegeben und mir gedroht, daß ich an den Bauchgurt komme, wenn ich irgendwas erzähle."* (Bauchgurt bedeutet: Die Patienten werden zur Strafe mit einem Gurt um den Bauch fest an ihr Bett geschnallt. Manchmal zusätzlich an Händen und Füßen, so daß sie sich nicht mehr rühren können.)

Ilse: *„Pfleger K. hat mich zweimal vergewaltigt und mir dann Bohnenkaffee und Kekse gegeben. Außerdem hat er mir mit dem Bauchgurt gedroht."*

Marlies: *„Als wir auf der Station mal ein bißchen gefeiert haben, ist Pfleger K. mit mir in sein Büro gegangen und hat die Tür hinter uns abgeschlossen. Dann hat er mich vergewaltigt. Ich habe nie jemandem etwas davon erzählt, außer meiner Freundin, da er mir gedroht hat, ich würde dann an den Bauchgurt kommen."*

(„Unbequeme Nachrichten", Dez. 1980)

Die Beschwerde-Zentren, Herausgeber der „Unbequemen Nachrichten", rufen alle, die Ähnliches erlebt oder davon gehört haben, auf, sich bei ihnen zu melden:

Beschwerdezentrum des SSK e.V.
Liebigstr. 25
5000 Köln 30
Tel. 0221/55 61 89

Dort können auch die Adressen der Beschwerde-Zentren in anderen Städten erfragt werden.

Wer die „Unbequemen Nachrichten", eine der wichtigsten Zeitungen im Kampf gegen die herrschende Psychiatrie, abonnieren will, zahle 10 Mark (oder mehr) pro Jahr auf das Konto:

Kirstin Bauer
Postscheck Köln Nr. 28 88 76-507
Stichwort: Unbequeme Nachrichten

Vergewaltigung — Das psychische Erleben der Frau

„Ich habe lange Zeit mit niemandem über meine Vergewaltigung gesprochen"

Diese Aussage ist stellvertretend für viele Vergewaltigungsopfer, die in ihren Problemen von unserer Gesellschaft nicht genügend unterstützt werden und nicht wissen, an wen sie sich um Rat und Hilfe wenden können.

Aus dieser Situation heraus haben sich in letzter Zeit in vielen Städten der BRD Notrufgruppen zur Unterstützung vergewaltigter Frauen gegründet. Sie haben sich zur Aufgabe gemacht, die Frauen zu beraten und die Öffentlichkeit über den Problemkreis der Vergewaltigung aufzuklären.

Wir sind Mitarbeiterinnen der „Marburger Notrufgruppe für vergewaltigte Frauen" und erkannten die Notwendigkeit, mehr über die psychischen Probleme und die Bewältigungsprozesse der betroffenen Frauen zu wissen.

Leider gibt es im deutschsprachigen Raum keine wissenschaftliche Untersuchung, die sich mit den speziellen Schwierigkeiten der Frau befassen.

Deshalb schreiben wir unsere Diplomarbeit am Fachbereich Psychologie der Universität Marburg über „Erleben und Bewältigung der vergewaltigten Frau". Wir beabsichtigen mit der Arbeit, den Frauen bessere Hilfe geben zu können und das Problem der Vergewaltigung in der Öffentlichkeit bewußter zu machen.

Von daher bitten wir betroffene Frauen, uns bei dieser Arbeit durch Ausfüllen eines Fragebogens zu unterstützen.

Da wir wissen, daß es für viele Frauen schwierig ist, darüber Auskunft zu geben, besteht für sie die Möglichkeit, anonym zu bleiben. Andererseits sind wir gerne zu einem Gespräch bereit, falls das Bedürfnis dazu besteht.

Frauen, die uns helfen wollen, können den Fragebogen anfordern bei (Unkosten werden erstattet):

Anne Müller & Andrea Lehnart
c/o Prof. Dr. G. Sommer (!–d. Setz.)
Fachbereich Psychologie der Philipps-Universität Marburg
Gutenbergstr. 18
3550 Marburg

Kritiken aus der Gruppe Z an ihrer Vergewaltigungsbroschüre

Mitte letzten Jahres veröffentlichte die „Gruppe Z" eine Broschüre „betrifft: Vergewaltigung". Die Frauenkommission der „Gruppe Z" und die Verfasserin Christine Peters erhoben mit dieser Broschüre den Anspruch, das Thema Vergewaltigung *„aus der dumpfen Emotionalität heraus (zu) nehmen"*, mit der es bisher behandelt worden sei. In erster Linie ging es dabei um Polemik gegen die „feministische Frauenbewegung" und andere linke Frauen, die *„sich gehen lassen in Gefühlen von Mitleid und Haß"*, statt die *„gesellschaftlichen Bezüge"* zu sehen. Nicht die Lage der vergewaltigten F r a u e n in unserer Gesellschaft stand im Vordergrund, sondern eine recht zweifelhafte, wenig wissenschaftliche Untersuchung über Lage und Herkunft der V e r g e w a l t i g e r. Dieser Ansatz der Broschüre gipfelte in der These der „z w e i O p f e r", der Vergewaltiger und die Vergewaltigte, denen b e i d e n geholfen werden müßte. Die Antwort, was Frauen gegen Vergewaltiger machen sollen/können, blieb „Gruppe Z" schuldig; weder juristische Verfolgung noch „Selbsthilfe"-Aktionen von Frauen schienen der „Gruppe Z" so recht akzeptabel.

Mit dieser Broschüre stieß die „Gruppe Z" selbst in den eigenen Reihen auf Widerspruch – in einer Situation, wo autonome und linke Frauen die Praktiken linker Anwälte bei der Verteidigung von Vergewaltigern enthüllen, wo Frauen aufgerüttelt durch den Film „Der Schrei aus der Stille" mehr als zuvor in die Öffentlichkeit gehen mit ihren Erfahrungen und Erlebnissen in Sachen Gewalt gegen Frauen.

Seit einigen Monaten schon munkelt es in der „Z"-Szene, daß es interne Kritiken an dieser Broschüre gibt; das offizielle Organ der Gruppe, die Zeitschrift „Z", hat jedoch seit dem Erscheinen der Broschüre „betrifft: Vergewaltigung" kein Wörtchen mehr über dieses Thema verloren. Kürzlich ist, nach mehr als einem halben Jahr, der hauptsächlich i n t e r n vertriebene Rundbrief „Z-Diskurs" Nr. 3 erschienen, der einige mehr oder weniger kritische Beiträge enthält. Die umfassendste Kritik kommt von einer Westberliner Genossin. Sie kritisiert die Auseinandersetzung mit der feministischen Theorie in der „Z"-Broschüre, *„weil in all diesen Veröffentlichungen* (gemeint sind die feministischen Untersuchungen – Anm. d. Verf.) *die patriarchalen Strukturen dieser Gesellschaft als eine wesentliche Ursache für Vergewaltigung gesehen werden, während Ch. krampfhaft versucht, Vergewaltigungen allein auf die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen, die allgemeine Sexualunterdrückung im Kapitalismus zurückzuführen und die patriarchale Unterdrückung der Frauen völlig unter den Tisch fallen läßt. Aus dem Kapitalismus allein läßt sich Vergewaltigung aber nun mal nicht erklären und deshalb muß ihr Ansatz zu falschen und teilweise frauenfeindlichen Standpunkten führen"*. Die Genossin kritisiert, daß Ch. Peters die Vergewaltiger im wesentlichen in der Arbeiterklasse zu finden glaubt, nur weil der prozentuale Anteil vor dem Gericht hauptsächliche Vergewaltiger aus der untersten Schicht registriert. Diese Tatsache ist für die Westberliner Genossin eher ein *„Ausdruck der herrschenden Klassenjustiz, in der nach dem Motto verfahren wird: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen"*. Die Genossin führt an, daß die Vergewaltigungen in der Ehe nicht untersucht worden seien bzw. die fehlenden Statistiken die Dunkelziffer nur vermuten lassen, somit heute auch nur spekuliert werden kann, wieviele Vergewaltigungen in der Oberschicht passieren. Die Genossin schreibt: *„Es geht mir mit diesen Einwänden darum, zu zeigen, daß Ch's. Beweisführung nicht sehr sauber ist, und darum, den Anteil von Vergewaltigung in der Mittel- und Oberschicht nicht zu unterschätzen"*.

Im weiteren kritisiert die Genossin die *„diffuse Tätereinteilung"*, *„mit der Ch. sich seitenweise beschäftigt"*, wobei sie die Ursachen von Vergewaltigungen *„geflissentlich übersieht"*.

„Der ‚kriminelle, meist asoziale Täter' (dies Zitat stammt aus der vielverwendeten Untersuchung von Ch. von Schorsch – Anmerk. d. Verf.) *handelt ausdrücklich nicht aus ‚sexualpathologischen Gegebenheiten', sondern aus Rache an der Frau, aus ‚einer momentanen, situationsausgelösten Haltung von Frauenverachtung und Haß, von enttäuschten oder betrogenen Ehemännern', ‚die Partnerin wird nur als Sexualobjekt gesehen' "*. Ch. Peters ignoriere in der Broschüre, daß Vergewaltigungen in unserer Gesellschaft *„Ausdruck des Herrschaftsverhältnisses von Männern über Frauen"* sind. *„Indem Ch. die doppelte Unterdrückung der Frau, nämlich die durch das Patriarchat, leugnet, gelangt sie zu der absurden Schlußfolgerung, daß es sich bei Vergewaltigern und vergewaltigten Frauen um gleichermaßen unterdrückte Opfer handelt. Natürlich ist ein weißer rassistischer Arbeiter, der einen Schwarzen zusammenschlägt, auch ein Opfer dieser Gesellschaft, und dennoch ist er im Verhältnis zu dem Schwarzen Unterdrücker und der Schwarze Unterdrückter. Dasselbe gilt auch im Fall des Vergewaltigers. Es ist schon ärgerlich, das Kleine Einmaleins der Frauenunterdrückung noch einmal wiederholen zu müssen, aber offensichtlich ist es nötig"* (du sprichst mir aus dem Herzen – d. Verf.).

Auch die negative Bewertung von Aktionen der Frauenbewegung gegen Vergewaltiger durch Ch. bleibt nicht unwidersprochen durch die Genossin aus Westberlin. Für die Genossin sind erstmal alle Aktionen positiv, *„die die herrschende Ideologie der Frau als allzeit zur Verfügung stehendes, williges Sexualobjekt angreifen"*. In diesem Zusammenhang greift sie auch Ch. Peters These an, daß Männer in Pornos gute Möglichkeiten hätten, mit ihren sexuellen Schwierigkeiten fertig zu werden: *„Da ist die These ‚Pornographie ist die Theorie und Vergewaltigung die Praxis' noch eher ein Schritt in die richtige Richtung als das, was Ch. uns zu diesem Thema zu bieten hat"*.

Die Aktionen der Frauenbewegung gegen Vergewaltigungen beschrieb Ch. mit der Bemerkung, *„daß diese im Ausland entwickelten Aktionsformen ‚bedauerlicherweise' auch bei uns übernommen werden"* (gemeint sind Aktionen gegen Peepshows und Pornos; ich hab gehört, daß bald alle zerstört sind, wo therapieren wir dann die Vergewaltiger? – Anm. d. Verf.).

Die Genossin fragt: *„Verurteilt Ch. es eigentlich auch, wenn in einem Kino, in dem ein extrem ausländerfeindlicher Film gezeigt wird, eine Bombe hochgeht, wenn Schwarze gegen den Freispruch eines weißen Rassisten protestieren, wenn Lesben und Schwule in San Francisco einen halben Aufstand machen, weil der Mörder eines schwulen Abgeordneten nur 4 Jahre kriegt?"*

Die Frage der Strafverschärfung beantwortet die Genossin auch im Gegensatz zu Ch. Peters: es gehe überhaupt darum, daß Vergewaltigungen strafbar sind; eine „Umerziehung" von Vergewaltigern kann sie sich nur vorstellen, wenn wir die Macht im Staate haben; *„solange wir die nicht haben, bleibt uns keine andere Wahl, als die bürgerlichen Gerichte in Anspruch zu nehmen"*. Ebenso ist für sie die Frage, sollen linke Anwälte Vergewaltiger verteidigen, klar: *„Eine Verteidigung wäre für mich überhaupt nur dann denkbar, wenn der Vergewaltiger sozusagen als ‚reuiger Sünder' vor Gericht erscheinen würde und die Frau dadurch von vornherein nicht belastet würde. Das kommt allerdings unter 1000 Fällen – wenn überhaupt – bloß einmal vor"*.

Die anderen Beiträge einiger „Z"-Genoss(inn)en im gleichen „Z-Diskurs" stellen die Broschüre nicht grundsätzlich in Frage, sondern



äußern nur an einzelnen Punkten Kritiken, z.B. daß es mehr Bücher (als die von Ch. Peters zitierten) zum Thema Gewalt gegen Frauen gibt, daß eine fehlende Theorie bzw. Untersuchung über die Vergewaltigungen in der BRD kein Argument sei, hier und heute Frauen vor Vergewaltigungen zu schützen, also auch Gerichte in Anspruch zu nehmen. Oder daß sich gerade in der Prostitution die herrschende Gewalt gegen Frauen widerspiegelt und nicht (wie Ch. Peters meint), daß dort lediglich *„sexuelle Wünsche gegen Bezahlung erfüllt"* werden.

Ein anderer Punkt ist die Beschäftigung mit der Frage, ob ein Vergewaltiger „krank oder normal" ist, *„aber für die Beurteilung des Täters sind wir nicht viel weitergekommen, wenn wir festgestellt haben, daß es sich um einen ‚sexuell kranken' Menschen handelt ..."*.

Eine Feststellung, der man wohl zustimmen kann.

Zum Schluß wollen wir noch einmal die Westberliner Genossin zustimmend zitieren: Unter der Zwischenüberschrift **„Bündnismöglichkeiten verscherzt"** meint die Genossin, daß Ch. Peters mit ihrer Abgrenzung vom Feminismus *„sozusagen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet"* hat. Auf der Grundlage der Leugnung des Patriarchats hält sie eine Kritik an anderen Strömungen zur Vergewaltigung *„völlig unmöglich"*.

Abschließend gibt die Genossin der „Gruppe Z" den klugen Rat: *„So qualifiziert und differenziert die Z an die Grünen herangegangen ist, so unqualifiziert und bündnisunfähig ist sie an die Frauenbewegung herangegangen. Ein wahrlich schlechter Einstieg in die Frauenpolitik – es wird einige Selbstkritik kosten, das wieder gutzumachen"*. Ob dies die „Gruppe Z" auch so sieht, bleibt noch dahin gestellt, da weder die „Z"-Autoritäten noch Ch. Peters zu den Kritiken Stellung nehmen.

Ul., KB Hamburg

Anmerkung

In einem Diskussionsbeitrag des „Z-Diskurs" Nr. 3 ist auch der AK nicht vergessen worden. Mit der Kritik von Bx. (Münster) im AK an der „Z"-Broschüre möchte man sich nicht „aufhalten". Stattdessen wird der Artikel einer Genossin aus Hamburg angeführt, der sich gar nicht mit der „Z"-Broschüre befaßte.

Die Herangehensweise in dem folgenden Zitat aus „Z-Diskurs" Nr. 3 – die für die „Gruppe Z" üblich ist – mag verdeutlichen, wie dummerhaft auf diese Stellungnahme einer vergewaltigten Frau eingegangen wird: *„Die erste Stellungnahme der ‚Genossin aus Hamburg', die praktisch seit ihrer Jugend von ihrem Stiefvater vergewaltigt wurde, macht sehr deutlich, wieviel persönliches Entsetzen und Ausgeliefertheit durch die Vergewaltigung entstehen kann. Die Genossin läßt durchblicken, daß sie trotz alledem wieder leben gelernt hat – was mir allerdings ganz und gar hierbei fehlt: Hat es denn für sie beim Überleben und neu leben gar keine Rolle gespielt, daß sie Kommunistin geworden ist mit einem jahrelangen sehr verantwortungsschweren Engagement? Warum schreibt sie darüber nicht? Ist sie tatsächlich schon so weit, ihre Teilnahme am Klassenkampf als Linke für ihre persönliche Entwicklung als völlig unerheblich anzusehen? (AK 180).*
Die zweite Stellungnahme dieser ‚Genossin aus Hamburg' finde ich gut, wo sie sich dagegen wendet, daß ‚wir Frauen eben alle Opfer sind', gegen die völlige Inflationierung des Begriffs Vergewaltigung im AK, und ein selbstbewußteres und offeneres Herangehen an Chauvinismus fordert. Im Rahmen der bisherigen AK-Debatte ist der Artikel ein Fortschritt. Allerdings – auch er bleibt stecken in der uneffektiven Frontstellung ‚Frau/Chauvi'. Warum ist die Genossin eigentlich im KB und nicht bei der Emma? (AK 181)."

Zum ersteren ist zu sagen, daß der KB den Kampf gegen die Herrschenden und das Patriarchat auf seine Fahne geschrieben hat, zum zweiten liegt der Grund in unseren Archiven.

Für die Entwicklung einer „Linie" in der KB-Frauenpolitik

„Wider die friedliche Koexistenz zweier Linien", hieß die letzte und vielleicht wichtigste Zwischenüberschrift in dem Artikel „Aus alten Fehlern lernen" von zwei Genossinnen der Frauenleitung des KB in AK 193. Die Genossinnen schrieben hierzu: *„Die Widersprüche zwischen beiden* (gemeint sind zwei Broschüren zur Frauenarbeit: einmal die ‚lila Schulungsbroschüre' mit Nachdrucken von Auseinandersetzungsartikeln mit der Frauenbewegung vor allem aus den Jahren 1975 bis 1977, und zum zweiten die 1980 erschienene Broschüre „Hurra, wir sind autonom", die vor allem das Frauenstatut des KB vorstellt) *sind so fundamental, daß wir mit dem kommentarlosen Weitervertrieb jenes ‚Schulungsheftes' unsere heutige Politik u n g l a u b w ü r d i g machen"*.

Tatsächlich hat es besonders in den letzten 1 1/2 Jahren eine „friedliche Koexistenz" zwischen den KB-Frauen gegeben, indem die verschiedensten Ansichten und Meinungen über unsere Frauenpolitik relativ friedlich nebeneinanderher existierten: Da arbeitete die „Radikalfeministin" mit der „orthodoxen" KB-Frauenpolitikerin Hand in Hand. Zwar war uns schon aus vielerlei Diskussionen bekannt, daß zwischen uns erhebliche Meinungsverschiedenheiten in der Einschätzung und Zielrichtung unserer Frauenarbeit bestanden; im AK hat sich das jedoch kaum niedergeschlagen, und auch innerhalb der Organisation hat es darum bisher zu wenig o f f e n e Auseinandersetzung gegeben. Wir sehen dies heute selbstkritisch. Der Artikel der beiden Genossinnen hat immerhin eine längstfällige Auseinandersetzung provoziert. Die beiden Genossinnen haben gegen die „friedliche Koexistenz zweier Linien" polemisiert. Wir sind auch nicht der Meinung, daß uns in der Entwicklung einer KB-Frauenpolitik eine f r i e d l i c h e Koexistenz nützt. Stattdessen müßte es darum gehen, in s t r e i t b a r e r Koexistenz einen Weg für unsere Arbeit zu entwickeln. In d e m Sinne, wie die Genossinnen jedoch ihre Forderung stellten, scheint eher das Gegenteil gemeint, wird die Koexistenz kontroverser Auffassungen a n s i c h und nicht etwa bloß deren Friedlichkeit in Frage gestellt. Dies hatte vor einem Jahr tatsächlich die damalige ZL-Fraktion (jetzt Gruppe Z) versucht — nur mit genau umgekehrten Vorzeichen: Die ZL-Fraktion forderte, die *„Grauzonen des Feminismus"*, die *„kleinbürgerlichen Fehl-*

Z) versucht — nur mit genau umgekehrten Vorzeichen: Die ZL-Fraktion forderte, die *„Grauzonen des Feminismus"*, die *„kleinbürgerlichen Fehl-*

strömungen" schärfstens zu bekämpfen und *„die Konturen im KB wieder schärfer zu ziehen"* (AK 160, August 1979). Mit einem ersten Artikelpaket von fünf AK-Seiten („Krise, Utopismus und Entsolidarisierung", „Krise und Krisenliteratur" und „Grauzonen des Feminismus") wurde unsere Frauenpolitik als Sündenschaf der KB-Krise abgeschlachtet.

Uns scheint, daß die Hauptaussage in dem Artikel der beiden Genossinnen darin bestand, die Sache genau zur entgegengesetzten Seite hin zu übertreiben, also die letzten 1 1/2 Jahre Frauenpolitik als d i e „neue (feministische) Linie" festzuschreiben. Wir dagegen sind dafür, an der Arbeit, wie sie 1975-79 begonnen worden war, anzuknüpfen und sie weiterzuentwickeln. Wir wollen im Folgenden deutlich machen, worin sich unserer Meinung nach beide Phasen („Linien") voneinander unterscheiden.

1975-79: Die ersten „Gehversuche" unserer Frauenpolitik

Ein wichtiges Kennzeichen unserer Frauenpolitik in den ersten Jahren ihrer Entwicklung war die Tatsache, daß wir viele Meinungen und Strömungen in der Frauenbewegung sowie die Politik der Bourgeoisie auf- und angriffen — und daran Ansätze einer e i g e n e n politischen Identität entwickelten. Wir setzten uns mit „allem und jedem" auseinander, womit wir in unserer Frauenarbeit praktisch oder theoretisch konfrontiert wurden, mit der Politik der Bourgeoisie gegenüber den Frauen (Ehe und Familie, Jahr der Frau, Kriminalität etc.) ebenso wie z.B. mit der „ML"-Kraftmeierei des KBW. Wir schrieben Artikel zur autonomen Frauenbewegung (z.B. zum Frauenforum, zur Arbeit in Frauenzentren, zu Frauenhäusern, zum Erscheinen von „Emma" und „Courage"), ebenso wie Artikel zur Solidarität mit ausländischen Frauen (Chile, Portugal, Cuba, 8.März etc.). Allein 59 Artikel schrieben wir schon 1975 zum § 218.

1976 erweiterten wir diesen Ansatz um zahlreiche weitere Artikel zu vielen Aspekten der Frauenunterdrückung, z.B. zur Gewalt gegen Frauen, zur ideologischen Hetze gegen emanzipierte Frauen u.ä. 23 Artikel schrieben wir damals zur Auseinandersetzung mit feministischen Positionen, 80 Artikel zum § 218 und 50 Artikel zum Thema Frauenarbeit (Betrieb und Gewerkschaft). Und 16 Artikel beschäftigten sich mit dem Thema Sexualität und Lesben.

1977 ging die Zahl der Artikel insgesamt wieder zurück — wir befanden uns mit der Frauenarbeit in einer Krise —, jedoch schrieben wir immer noch 31 Artikel zur Auseinandersetzung mit dem Feminismus, 21 Artikel zur Frauenarbeit und 24 Artikel zum § 218. In dieser Zeit — ca. 1976/77 — befand sich die Frauenbewegung in einem Rückzug: Die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 war gescheitert, die Fristenregelung vom Verfassungsgericht vereitelt worden und die SPD/FDP-Regierung hatte ihre Indikationsregelung im Sommer 1976 durchgesetzt. Mit dieser Niederlage der Frauenbewegung entwickelten sich Resignation, Entpolitisierung und auch Antikommunismus. Teile der Frauenbewegung zogen sich in eine „Neue Innerlichkeit" zurück, und die a u s s c h l i e ß l i c h e Propagierung von Selbsthilfe und „alternativen Projekten" war keine Seltenheit. Eine Vielzahl von „Krisenliteratur" gab die passende ideologische Flankierung dieser Rückzugsbewegung.

In dieser Zeit (1975/76) erschien auch Alice Schwarzers Buch „Der kleine Unterschied . . . ". Wir haben dieses Buch damals (und daran halten wir heute noch fest) als politisch-ideologische Ausrichtungsschrift für die Frauenbewegung eingeschätzt, die *„sexualfeindliche und arbeiterfeindliche Thesen"* an die Frau bringen sollte. Alice Schwarzer selbst schreibt: *„Dieses Buch untersucht konkret Ursachen und Folgen der herrschenden sexuellen Normen für ein Frauenleben. Es entlarvt Frauenunterdrückung und zeigt erste Schritte zur Befreiung"* (zitiert nach dem Buchumschlag). Als wesentliche Perspektive gibt A.Schwarzer in ihren Thesen an, daß die Frauen sich nur befreien können, wenn sie sich dem Mann verweigern, lesbisch lieben und ihre Unterdrükkung durch „Macht und Ohnmacht" überwinden (*„Die Beziehungen zwischen Mann und Frau sind heute so eindeutig Machbeziehungen ..., daß auch die weibliche Sexualität nur wieder A:sdruck weiblicher Ohnmacht sein kann"* — S.180; *„Nur eine zum Dogma erhobene Heterosexualität kann das männliche Sexualmonopol sichern . . . "* — S. 206 und : *„Darum kann nur die Erschütterung des männlichen Sexmonopols von Grund auf die*

sichern . . . " — S. 206 und : *„Darum kann nur die Erschütterung des männlichen Sexmonopols von Grund auf die*

Geschlechterrollen ins Wanken bringen" — S.205). *„Liebe ist eben nur unter Gleichen möglich und nicht unter Ungleichen"* behauptet Alice Schwarzer.

> **Selbstkritische Anmerkung zur „Erklärung" in AK 193**
>
> In unserer „Erklärung" zum Artikel „Aus alten Fehlern lernen" in AK 193 haben wir einen Fehler gemacht, auf den uns mehrere Genossinnen hingewiesen haben. Es heißt dort: *„daß wir es heute mit zwei F r a k t i o n e n in unserer Frauenpolitik zu tun haben"*. Richtiger wäre es gewesen, von der Herausbildung verschiedener S t r ö m u n g e n zu sprechen, auch wenn die Autorinnen des Artikels selbst davon sprechen, eine „L i n i e" der KB-Frauenpolitik zu repräsentieren.
>
> Die Bildung einer Fraktion ist allerdings unserer Meinung nach nichts Negatives, wie einige Genossinnen meinten, die in der Bezeichnung allein schon eine Gefahr und drohendes Schubladendenken sahen. Im Statut des KB heißt es dazu: *„Die Bildung von Fraktionen ist ein wichtiges Instrument zur Klärung politischer Kontroversen im KB"*. Insofern hatten wir in der Bezeichnung auch nichts Einschüchterndes oder Diffamierendes gesehen.
>
> a. und Ul.

In ihrem Artikel schrieb die AG Frauen damals: *„Da für A.S. die Beziehung zwischen Mann und Frau g e n e r e l l ... eine Herrschaftsbeziehung ist, k a n n die ‚Befreiung' für die Frau natürlich nur in sexueller Verweigerung gegenüber dem Mann und in lesbischen Beziehungen liegen"* (Schulungsbroschüre, S.40).

Natürlich trifft bei A.Schwarzer *„die bestehende Klassendefinition ... auf die Frauen nicht zu"* — für Alice sind Leute wie wir, die von Klassengesellschaft sprechen, *„Neunmalkluge, die von der Ausbeutung der proletarischen Frau reden, der sogenannten ‚bürgerlichen Frau' hingegeben vorhalten, sie sei privilegiert, führe ein faules Leben und beute die Männer aus"* (ebenda S.41). Sie behauptet, daß die Linken *„entgegen ihrem emanzipatorischen Anspruch, Frauen noch stärker instrumentalisieren ... als es vorher der Fall war"* (Buch, S.195).

Gegen derlei Thesen haben wir uns damals abgegrenzt und würden es heute wieder tun, auch wenn wir heute das eine oder andere in dem damals erschienenen Artikel wohl anders formulieren würden.

Eine andere Frage ist dabei, welche Fehler in der Diskussion innerhalb der Organisation gemacht wurden. Mag sein, daß im Interesse der Verdeutlichung von Alices falscher Position an dem Anliegen einiger Genossinnen vorbeigeredet wurde, die im wesentlichen die Erfahrungsberichte über die sexuellen Erfahrungen der Frauen gelesen hatten, in denen sie sich wiedergefunden haben und die für sie subjektiv wichtiger waren als die Auseinandersetzungen um den ideologischen Charakter von Alices Thesen.

Dieses Beispiel mag hier genügen, um klar zu machen, worum es uns bei diesen Diskussionen ging. Auch bei der Diskussion um den Artikel zu „Hexen, Hebammen und Krankenschwestern" ging es uns ja nicht um die Verurteilung der Selbsthilfe a n s i c h , sondern um ihre Propagierung als ideologische Linie, als neue „Perspektive nach dem Scheitern der 218-Bewegung.

Insgesamt gesehen haben wir in dieser Phase unserer Frauenpolitik die meisten Ansatzpunkte für eine eigenständige Frauenarbeit entwickelt. Natürlich haben wir dabei auch Fehler gemacht. Schon dadurch, daß wir so viele Ansatzpunkte hatten (vgl. auch die Anzahl der erschienen Artikel, die wir oben aufgeführt haben), gingen wir das Risiko ein, in vielen Punkten auch mit unserer Position angreifbar zu sein, mehr oder weniger schwere Fehler zu machen. Aber daraus wollen und müssen wir doch l e r n e n . Wenn frau heute gar keine Fehler mehr machen kann, weil sie sich gegenüber der Frauenbewegung gar nicht erst „in Gefahr begibt", ist sie zwangsläufig zum Stummsein verurteilt. Wir meinen, daß es immer noch besser ist, viel zu tun, viel und kritisch zu analysieren und zu schreiben und damit auch in Kauf zu nehmen, Fehler zu machen, als nichts mehr zu tun, nicht mehr kritsich zu sein und damit natürlich auch keine Fehler mehr machen zu können. Womit wir beim heutigen Zustand unserer Frauenpolitik und den letzten 1 1/2 Jahren wären.

1979/80: Kommentatorentum und keine Auseinandersetzung

1979/80: Kommentatorentum und keine Auseinandersetzung

Für die letzten 1 1/2 Jahre (seit September 1979) hat sich im Vergleich zu früher die Lage erheblich verändert: 20 Artikel (von Kurzmeldungen abgesehen) zum § 218 und 5 Artikel zu Frauenhäusern wurden geschrieben; zur Militarisierung der Frauen (Frauen zum Bund — nein danke) bzw. zur Frauenfriedensbewegung wurden 7 Artikel verfaßt; zu den Bundestagswahlen (bzw. zu den Grünen) hat es 16 Artikel gegeben; über die Lage von Frauen im Ausland wurden 11 Artikel geschrieben sowie 43 zu Betrieb und Gewerkschaft. Nahezu alle diese Artikel kommentieren im wesentlichen nur Aktionen, Ereignisse und enthüllen Diskriminierungen und Angriffe durch die Herrschenden in unserer Gesellschaft.

Darüber hinaus gab es 35 Artikel zum Thema Gewalt gegen Frauen, 23 Artikel zur Frauensexualität, 13 zu Beziehungsproblemen, 15 zum männlichen Chauvinismus und 5 zu Männergruppen oder zum Thema Sterilisation; 12 Berichte von Müttern standen im AK, und 3 Artikel erschienen zum Mütter-Töchter-Konflikt; 9 Artikel beschäftigten sich mit internen KB-Problemen. Dabei sind die meisten dieser Artikel vom Charakter her subjektive Erfahrungsberichte.

Auseinandersetzungsartikel mit anderen Strömungen lassen sich kaum finden, obwohl wir uns nach der Abspaltung der Gruppe Z besonders hinsichtlich der sozialdemokratischen und revisionistischen Frauenpolitik genau das Gegenteil vorgenommen hatten, nämlich eine v e r s t ä r k t e Auseinandersetzung gerade mit diesen Strömungen. Der einzige Artikel hierzu war eine Auswertung der Zusammenarbeit mit DKP und DFI anläßlich des 8. März 1980. Die Auseinandersetzung mit der autonomen Frauenbewegung ist — abgesehen von der Wahldebatte der „Emma" (ihre Broschüre „Wahlboykott?" und unser Artikel „Sie reden vom Wahlboykott und meinen das ‚kleiner Übel' ") — im AK nicht mehr geführt worden. Auch auf den Lesbenseiten im AK gab es keinen einzigen Artikel, der sich kritisch mit den Strömungen und Meinungen innerhalb der Lesbenbewegung auseinandergesetzt hätte.

Im Gegensatz zu den Autorinnen und Unterstützerinnen des Artikels „Aus alten Fehlern lernen" jedoch k r i t i s i e r e n wir gerade diese fehlende Auseinandersetzung und schätzen diesen Zustand als negativ und unsere Arbeit zurückzerrend ein. Unsere Berichterstattung zu zentralen Ereignissen innerhalb der Frauenbewegung bewegt sich weitgehend auf einer unkritischen Ebene. Unsere begonnene Auseinandersetzung um den Film „Der Schrei aus der Stille" z.B. ist in den Anfängen steckengeblieben (z.B. die Diskussion um die Gleichsetzung bzw. Gleichbehandlung von psychischer und physischer Gewalt) und hat nicht dazu geführt, daß wir eine Perspektive für den Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen entwickeln konnten. Wir haben auch nicht weiter darüber diskutiert, welchen Stellenwert wir diesem Kampf beimessen, wir haben uns nicht mit den Vorstellungen und Meinungen innerhalb der Frauenbewegung zu diesem Thema auseinandergesetzt.

Nicht anders verhält es sich auch z.B. für die im vergangenen Jahr erstarkte Bewegung „Frauen für den Frieden", in der revisionistische und sozialdemokratische Strömungen dominieren: Kein einziger Artikel im AK hat sich mit diesen Positionen auseinandergesetzt. Auf der anderen Seite hat es hierzu in „Emma" und „Courage" in mehreren Nummern Auseinandersetzungen zum Aufruf der Friedensfrauen („Anstiftung zum Frieden") gegeben, die „Courage" hat sogar eine ganze Sondernummer zum Thema „Krieg" herausgebracht. Es wäre doch auch lohnend, sich mit den militanten und den feministischen Positionen zu diesem Thema zu beschäftigen, z.B. mit der Meinung „Warum sollen wir gegen den 3. Weltkrieg kämpfen, wir haben doch schon heute Krieg, jeden Tag und überall" oder mit der Fragen „Sind d i e Männer schuld am Krieg?". Wäre es nicht gerade auch unsere Aufgabe, angesichts der Gefahr eines neuen Weltkrieges, daß wir wissenschaftliche Untersuchungsarbeit leisten und die Auseinandersetzung mit dem Ziel führen,Gemeinsamkeiten mit pazifistischen, feministischen und militanten Positionen zu finden dabei „das bewußte Element" zu stärken?

Notwendig wäre überhaupt eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Feminismus-Begriffes in all seinen Schattierungen. Auch die Autorinnen des Artikels haben leider nicht deutlich gemacht, was s i e eigentlich darunter verstehen (ist Feminismus nicht ein Gegensatz zum Marxismus — und was sollen wir unter

lich darunter verstehen (ist Feminismus nicht ein Gegensatz zum Marxismus — und was sollen wir unter

Marxismus-Feminismus" verstehen?).

Als „F e m i n i s i e r u n g " charakterisieren und loben die Genossinnen diese letzten 1 1/2 Jahre — eine Zeit total ohne Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung, eine Zeit, in der die subjektive Sicht und die persönlichen Erfahrungsberichte d o m i n i e r t e n. Die Wende unserer Politik hin zur „Feminisierung" kam Anfang 1978, behaupten die beiden Genossinnen in ihrem Artikel. Damals bekämpften wir den wieder auskeimenden Neo-Chauvinismus, setzten uns für eigenständige Frauenfeste („nur" für Frauen) ein und arbeiteten auch ansonsten enger mit der autonomen Frauenbewegung zusammen. Aber ist dies nicht auch ganz logisch, hatte die Frauenbewegung selbst nicht einen „Schwenk" vollzogen?! Frauen, die noch Anfang 1977 unsere Genossinnen aus dem Bochumer Frauen- und Lesbenzentrum rausgeschmissen hatten, verfaßten im „deutschen Herbst" 1977 einen Solidaritätsaufruf mit Irmgard Möller, bei dem wir wieder mit ihnen zusammenarbeiten konnten. In der Folge wurden wir „K-Frauen" wieder bündnisfähig, z.B. in der Zusammenarbeit zum Kölner Kongreß „Gewalt gegen Frauen" im Frühjahr 1978. Wir haben damals diesen Sinneswandel der Frauenbewegung dankbar aufgenommen und begannen, mehr das Gemeinsame anstelle des Trennenden zu betonen.

Dies ist jedoch insgesamt eher auf eine „Radikalisierung" der Frauenbewegung denn auf eine „Feminisierung" unserer Arbeit zurückzuführen.

Im KB hat es bisher wohl kaum so viele Meinungen und Strömungen zur Frauenfrage gegeben wie heute. Wir wollen jedoch nicht nur ein gemeinsames Nebeneinander, sondern ein streitbares Miteinander! Ohne diese Streitbarkeit sind wir zur Sprachlosigkeit gezwungen, unsere Teilnahme am Frauenkampf sinkt zur Nachtrabpolitik und die KB-Frauenarbeit damit zur politischen Bedeutungslosigkeit herab.

Wir wollen nun noch einmal zu den Aussagen kommen, die die Genossinnen in ihrer Geschichtsschreibung und ihrer damit verbundenen Einschätzung zu unserer Arbeit zwischen 1975 und 1977 gemacht haben.

Dichtung und Wahrheit

Da wird behauptet: *„Die wichtigsten Impulse für unsere* (*über reine Agitation hinausgehende*) *Politik hatten wir bis dahin* (gemeint ist 1977) *aus der autonomen Frauenbewegung erhalten; jene Ausrichtungskampagne hatte zur Folge, daß wir uns zunehmend von solchen Einflüssen distanzierten. Und wovon sonst hätten wir lernen können?"*. Für diese Behauptung werden keine Belege angeführt, sie ist auch schlicht unwahr. Schauen wir uns doch einmal an, was wir damals an Broschüren veröffentlicht haben (für uns sind sie sichtbarer Ausdruck unserer Agitation und Propaganda): „Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen" (Nachdrucke unserer ersten Artikel), „Frauenarbeit" (zur Lage der werktätigen Frauen, zu Leichtlohngruppen etc.), „Frauen in Chile", „Frauen in Portugal", „Weg mit dem § 218" sowie die Mitarbeit an einer Broschüre zur Bundestagswahl 1976. Alles Themen, von denen frau nicht gerade behaupten kann, daß sie wesentlicher Bestandteil der Frauenbewegung gewesen sind, sie waren dort z.T. noch nicht einmal (mit Ausnahme des § 218) in der Diskussion.

Die Genossinnen behaupten weiter: *„.... das Stichwort ‚Männergewalt' blieb der Propaganda vorbehalten — weitere Ansätze für konkrete Frauenpolitik beschränkten sich auf die Klassenfront, insbesondere die Bereiche Betrieb und Gewerkschaft bzw. Internationalismus ... Nicht die Ergebnisse der ersten Diskussionen über Sexualität und Verhütung fanden Eingang in unsere Presse (‚sowas' war damals noch weit entfernt davon, ‚AK-fähig' zu sein)"* Das Gegenteil ist der Fall: Wir haben oben schon angeführt, daß 1976 schon 16 Artikel zum Thema Sexualität erschienen sind, z.B. zum Thema Prostituierte (AK 84), zum „sexuellen Mißbrauch" von Kindern (AK 82), zur Diskriminierung lesbischer Frauen (AK 75, 85, 86), zum Prozeß gegen Judy Anderson (AK 92, 94) u.a.m. Ebenso war das Thema ‚Gewalt gegen Frauen' schon 1976 Gegenstand einer nationalen Delegiertenversammlung, nachdem ein Genosse gegenüber seiner Freundin mit einer Bierflasche tätlich geworden war. Die AG Frauen forderte schon damals entsprechende Disziplinarmaßnahmen (Beurlaubung, Ausschluß), und schon damals war auch die Parole „Jeder Mann ist ein potentieller Vergewaltiger" heiß-umstritten in der Diskussion.

Wir hatten also schon damals im Kopf — und nicht erst 1978, wie die

kussion.

Wir hatten also schon damals im Kopf — und nicht erst 1978, wie die

Genossinnen behauptet haben —, *„was ‚doppelte Unterdrückung' alles umfaßt — oder, um es mit einer verfemten Feministin zu sagen: ‚daß das Patriarchat nicht vor den Arbeitern und ihrer Partei halt macht' und nicht einmal vor unserer exklusiven Organisation!"*. Schon in unserer ersten Broschüre „Nur mit der proletarischen Frau . . ." stand ein Artikel mit der vielsagenden Üb erschrift „Der Kampf der Frauen findet an zwei Fronten statt", in dem ausgeführt wurde, daß wir neben dem Klassenkampf auch den Geschlechterkampf führen müssen. Und es waren ausgerechnet Genossinnen der AG Frauen, die a l s e r s t e ihre Erlebnisse mit ihren schlagenden Freunden im AK veröffentlichten, bzw. die Schwierigkeiten schilderten, die sie als emanzipierte, kämpferische Genossin mit ihrem Freund hatten, wenn dieser sich um die Hausarbeit drücken wollte . . .

Es ist Zeit aufzustehen

Wir glauben, daß die positive Überschätzung der Verabschiedung des Frauenstatuts (*„ein q u a l i t a t i v e r Fortschritt in unserer Politik"*) sowie die insgesamt betont positive Einschätzung der letzten 1 1/2 Jahre unserer Frauenarbeit, wie sie im Artikel der Genossinnen zum Ausdruck kommt, eine schädliche Ausrichtung unserer Arbeit darstellt: Die Fortsetzung ausschließlich der „Feminisierung" und damit der Sprachlosigkeit gegenüber der Frauenbewegung — und zwar nicht als bedauerlicher Zustand, sondern als alleingültige „ n e u e L i n i e " . Wir haben hierzu oben schon Stellung genommen. Der Fehler der Genossinnen liegt vor allem auch darin, daß sie nicht ausreichend zwischen Positivem und Negativem in unserer alten Politik trennen, daß sie nicht konkret ihre Alternativen entgegensetzen, sie entwickeln auch nicht das Positive an der bisherigen Arbeit weiter.

Wir dagegen meinen, daß wir in kritischer Aufarbeitung unserer bisherigen Politik und der Anstöße, die wir aus der Frauenbewegung bekommen haben, nicht nur weitere Gehversuche in der Entwicklung einer eigenständigen Frauenarbeit machen, sondern richtig laufen lernen müssen. In diesem Sinne: Packen wir's an, Genossinnen!

a. und Ul., Hamburg

Redaktionelle Vorbemerkung

Wie schon in AK 193 angekündigt, liegt uns eine Anzahl von Artikeln vor, die sich zur Auseinandersetzung um Svende Merians Buch „Der Tod des Märchenprinzen" äußern. Die Frauenleitung hat inzwischen dem Vorschlag der Frauenredakteurinnen zugestimmt, diese Artikel nicht im AK zu veröffentlichen, sondern sie den Interessenten gegen die Erstattung der Kopie- und Portokosten zuzusenden. Ein Fehler allerdings ist uns dabei leider unterlaufen: In diesen Stapel von Manuskripten ist aus Versehen auch ein Artikel von Hil. aus Bielefeld mit hineingeraten, der eigentlich noch in den AK hineingehört hätte. Hil. ist die Autorin der Buchbesprechung in AK 190, in deren Folge sich eine Kontroverse zwischen Svende Merian und vor allem der Coming-Out-Gruppe entwickelt hat. Bei der hier vorliegenden Antwort handelt es sich z.T. um Richtigstellungen, z.T. müssen wir natürlich Hil. als von Svende Merian angegriffener Autorin der Buchbesprechung auch Raum zu einer Erwiderung geben. Wir holen dies nunmehr in dieser Nummer nach.

Die Coming-Out-Gruppe hat ihrerseits erklärt, daß sie die Debatte um das Buch abbrechen möchte, allerdings die Vorwürfe in Bezug auf das Sektierertum nicht für abgeschlossen hält – was dann jedoch eine andere Debatte wäre und auch auf den Lesbenseiten stattfinden müßte.

Antwort auf eine »Antwort«, die keine ist

Zu Svende Merians „Antwort" (AK 191, S. 39) auf meinen Leserinnenbrief zum „Tod des Märchenprinzen" (AK 190, S. 29).

Svende macht es sich sehr leicht mit meinem Leserbrief: statt sich mit m e i n e n Argumenten auseinanderzusetzen und mit m e i n e r Kritik an i h r e m Buch, wirft sie m i r das „Sektierertum" vor, *„das leider in letzter Zeit die Lesbenseiten des AK dominiert"* (Sv.). Offensichtlich bist du der Meinung, daß nur Lesben s o dein Buch kritisieren können, wie ich es getan habe. Du zwingst mich dazu, meine sexuelle Identität ins Spiel zu bringen. Wenn dir Etikettierungen und Schubladen hilfreich für eine Auseinandersetzung sind, so sollst du sie haben: In der Hoffnung, daß du (und wohl leider auch viele andere) mir dann besser zuhören, versichere ich hiermit, daß ich hetero bin, daß ich nie eine sexuelle Frauenbeziehung hatte, daß ich seit zweieinhalb Jahren mit einem Mann lebe, Tisch und Bett mit ihm teile.

Reicht das zu meiner Legitimation?

Nur die Hälfte deiner angeblichen „Antwort" bezieht sich auf meinen Leserbrief, und selbst in dieser Hälfte gehst du entlarvender Weise davon aus, daß ich lesbisch bin. Was bleibt nun eigentlich noch von deiner „Antwort" übrig, in Anbetracht der Tatsache, daß ich nicht lesbisch bin? Peinlich, peinlich. Die andere Hälfte ist eh nur übler Rundumschlag gegen die KB-Lesbenpolitik (vgl. zu diesem Teil von Svendes Artikel die Antwort der KB-Coming-Out-Gruppe in AK 192, S. 22). Die Identifizierung m e i n e r Kritik mit angeblichen Positionen von Lesben betrachte ich n i c h t als etwas, von dem ich mich distanzieren müßte. Allerdings lehne ich die F u n k t i o n ab, die diese „Identifizierung" für dich hat:

a) Diskriminierung von Lesbenpolitik

b) meine Argumente als eh nicht ernstzunehmen abzutun.

Stell dir vor, ich bin auch „ein Mensch mit Widersprüchen" (Sv.), nicht nur du. Ich habe dir keinerlei *„superemanzipierte Forderungen"* (Sv.) vorgebetet – ich habe dich lediglich zur A u s e i n a n d e r s e t z u n g um folgende Punkte aufgefordert:

1. deine Trennung von privat und politisch zu h i n t e r f r a g e n;
2. zu h i n t e r f r a g e n, ob Frauen, die sich (wohlgemerkt: gleichzeitig) für denselben Mann interessieren, n o t w e n d i g konkurrieren m ü s s e n;
3. die R e p r o d u z e n t i n n e n f u n k t i o n zu hinterfragen, die deine Freundinnen für dich haben, und d i r darüber klarzuwerden, w a r u m sie für dich wichtig sind;
4. zu h i n t e r f r a g e n, ob die Entscheidung, wieviel und wie lange frau Energie in den Kampf um einen einzigen Mann investiert, wirklich eine rein i n d i v i d u e l l e ist (*„Diese Entscheidung kann frau immer nur im Konkreten fällen, solange sie es noch mit Männern zu tun haben will"* – S.310);
5. dein idyllisches Bild von Lesbischleben in dieser Gesellschaft zu ü b e r p r ü f e n;
6. zu ü b e r p r ü f e n, ob das Gefühl des M i t l e i d s, das frau mit verschlossenen, gefühlskalten Chauvis hat, nicht eine R a t i o n a l i s i e r u n g der eigenen Entwicklungshilfe und der eigenen A b h ä n g i g k e i t ist.

Ist das so viel verlangt?

Immer wieder beteuerst du, daß du dich *„seit Jahren fast ausschließlich in der Frauenbewegung"* aufgehalten hast. Aber wie machen sich die Erfahrungen bemerkbar, die du dort gemacht hast? Sie schlagen sich lediglich in deinen Standpunkten zur Verhütungsfrage nieder und in deiner Sensibilisierung für die chauvinistischen Verhaltenweisen Arnes. Das ist schon was, sicher. Aber es ist nicht genug. Du behauptest:

„Ich habe mit meinem Buch den Schritt getan, mich mit all meinen unemanzipierten Gefühlen und meinem Nachdenken darüber zur Diskussion zu stellen" (Sv.). Aber was tust du? Du setzt dich nicht für fünf Pfennig mit meinen Argumenten auseinander, sondern schlägst mir blindwütig Pauschalanschuldigungen um die Ohren: *„Ich bin kein feministischer Roboter, der alle Weisheiten der Frauenbewegung abrufbereit gespeichert hat"* (frau beachte das hier abwertend benutzte Wort „Weisheiten", das für Einschätzungen und Fragestellungen steht, wie ich sie oben (vgl. Punkt 1. - 6.) aufgelistet habe). Wo bleibt denn da deine vielgepriesene Gesprächsbereitschaft?

Vielleicht überrascht es dich, daß ich n i c h t verlange, daß du sämtliche Widersprüche in dir und in deinem Leben schlagartig beseitigst. Aber es genügt mir nicht, einfach meine „unemanzipierten" Gefühle zu a k z e p t i e r e n – ich will sie b e w ä l t i g e n, v e r a r b e i t e n! Wobei ich dich bitten möchte, das nicht mit „vergewaltigen" meiner Gefühle zu verwechseln. Um solche Gefühle bearbeiten zu können, muß ich sie mir zunächst einmal zugestehen – soweit hast du recht. Aber eine solche „Selbsterfahrung" ist k e i n S e l b s t z w e c k, bei dem ich stehenbleiben will, sondern ich will davon ausgehend m i c h (mit anderen) v e r ä n d e r n.

Als ihr seit 4 Monaten keine Beziehung mehr hattet, machtest du dir immer noch vor, daß du, wenn du zu Arne gingst, nur seinen Chauvinismus kritisieren wolltest. Im Endeffekt stellt sich auch n a c h diesen 4 Monaten j e d e s m a l heraus, daß diese Absicht nur eine Selbstübertricksung war, ein V o r w a n d, weil du in Wirklichkeit doch immer noch eine Beziehung zu ihm wolltest, wie du schließlich selbst ihm gegenüber zugibst (S. 299 oben). Wenn du auf diese Weise deine Kritik an ihm immer wieder zurücknimmst bzw. selbst als Vorwand enttarnst, wie soll denn gerade er als der kritisierte Chauvi deine Kritik ernstnehmen? (z.B. ca. zwei Monate nach Schluß, S. 185: *„Und dann liegt er irgendwann dicht bei mir, so daß ich ihn umarmen kann. Ich habe ihm gerade nochmal gesagt, daß er ein Chauvi ist. Da guckt er mich ganz frech aus den Augenwinkeln an und meint: 'Aber 'n ganz lieber Chauvi, nicht?' und wir kuscheln uns aneinander"*).

Kein Wunder, daß ein Mann dieses Buch als *„warmen, liebevollen Angriff"* auf männliche Verhaltensweisen charakterisiert, der aber *„niemals unfair"* sei (Norbert Ney in AK 190, S. 29). Ein wirklicher Angriff wäre also „unfair" – wer bestimmt denn da die jeweilige Fairneß-Norm? D a s meine ich, Svende, wenn ich in AK 190 behauptete, deine Schilderung der Beziehung habe n o r m a t i v e n Charakter: Gewisse Männer könnten sich leicht einbilden, daß wir sie immer so liebevoll behandeln müßten wie du.

„Was ist das eigentlich? Da ist ein Mann. Und da ist eine Frau. Diese Frau rennt seit vier Monaten hinter diesem Mann her. In unterschiedlichen Variationen zwar, aber beständig. D u r c h n i c h t s zu erschüttern. (...) Und seit vier Monaten antwortet dieser Mann: Ich weiß nicht, ob ich Freitag Zeit habe. – Es ist mir egal, ob du hier schläfst. – Ich liebe dich nicht. – Ich möchte nicht mit dir schlafen.

Und diese Frau macht weiter. Hartnäckig und mit ungebrochenem Selbstbewußtsein. Was muß der eigentlich noch alles machen, damit sie nicht mehr hinter ihm herrennt? (...) Wie muß sich so ein Mann fühlen, dem eine Frau so hartnäckig hinterherläuft? Der muß ja schon unter Verfolgungswahn l e i d e n," (S. 306).

Das ist ja wohl die völlige Fehleinschätzung: selbst wenn ihn hin und wieder deine Hartnäckigkeit nervt – im Grunde muß er sich geschmeichelt fühlen. Irgendwas muß ja wohl an ihm dran sein, was du ihm auch wiederholt sagst (z.B. S. 298).

Übrigens hast du meinen Leserbrief wohl mindestens ungenau gelesen, denn ich werfe dir n i c h t vor, daß du den *„zum Schlagwort heruntergekommenen Begriff Frauensolidarität"* (Sv.) hinterfragst, wie du behauptest. Ich werfe dir vielmehr vor, daß du ihn nicht bei dir selbst hinterfragst: *„Wenn wir beide* (gemeint sind Sv. und Arnes Exfreundin) *was von ihm gewollt hätten, dann hätte sich unsere Beziehung nicht so entwickeln können"* (S. 316). Für wen ist nun Frauensolidarität ein Schlagwort?

Ich habe durchaus nicht überlesen, daß du an einer Stelle erfreut beschreibst, wie die Exfreundin und du bei einem Treffen überhaupt nicht mehr über ihn geredet habt. Das fand ich gut. Aber das ist die e i n z i g e Stelle im Buch, die sowas wie **für sich selbst wichtige Frauenbeziehungen am Horizont erscheinen läßt!**

Übrigens gehört schon einige Dreistigkeit oder aber Blindheit dazu, folgenden Satz meiner Buchbesprechung: *„Ich spreche Svendes Buch also das Attribut 'feministisch' ab, weil es vollkommen ignoriert, was mittlerweile in puncto Zwangsheterosexualität von der Frauen- und Lesbenbewegung herausgearbeitet worden ist"* (AK 190) in: *„Wer nicht lesbisch ist, kann auch nicht 'richtig' feministisch sein"* (Sv.) zu v e r k e h r e n. Wie gesagt, ich bin selbst nicht lesbisch. Ich erwarte von dir nur die A u s e i n a n d e r s e t z u n g um Lesbenunterdrückung, um deine als Emanzipation getarnte Abhängigkeit von Arne und um deine eignen Frauenfreundschaften. Aber offensichtlich kann ich das von dir als *„Mensch mit Widersprüchen"* (Sv.) n i c h t verlangen – vielleicht deshalb, weil du dann zuviel in Frage stellen müßtest?

Hil., Bielefeld

P.S. Daß ich in AK 190 an einer Stelle falsch zitiert habe, ist richtig. Dieses e i n e Versehen meinerseits darf aber m.E. kein Grund sein, a l l e meine Argumente z u i g n o r i e r e n. Das von mir in " ... *daß ich (Sv.) in meiner Freizeit l i e b e r was mit Männern machen möchte"* unbeabsichtigt hinzugefügte „lieber" bedeutet lediglich eine stärkere Akzentuierung, keine Sinnverfälschung. –

Alle hier mit „Sv." gekennzeichneten Zitate beziehen sich auf Svendes „Antwort" (auf meinen Leserbrief in AK 190, S. 29) in AK 191, S. 39. Die Zitate mit Seitenangaben beziehen sich auf Svendes Buch „Der Tod des Märchenprinzen".

MÄNNER

NEU!

Premiere! Für diesen AK waren ursprünglich 1 1/2 Männerseiten vorgesehen. Da der AK aber umfangmäßig wieder einmal aus allen Nähten platzte und mehrere Tausend Zeilen „rausgekürzt" werden mußten, blieb davon vorerst nur diese spärliche Hälfte.
AK-Redaktion und Frauenredaktion

RoMANNzen- Serie — ein neues Roll-back

Zum ersten Artikel in AK 191

Am liebsten würdest du einen schönen, großen, eindrucksvollen Artikel zur „Männerfrage" machen. Dabei stellst du fest, daß dir das über den Kopf wächst. Sei doch ehrlich! Dir ist selbst das Naheliegende, bei dir anzufangen, total über den Kopf (möglichst weit weg vom Bauch) gewachsen, indem du bei deinen Erzählungen deiner Lebensstory bei den entscheidenden Stellen dich dermaßen drückst, daß ich mich fragte, was hat er jetzt eigentlich begriffen?

Du schreibst, daß du plötzlich nach sieben treuen Jahren von deiner Freundin abhaust, um frei zu sein und dich zu beweisen. Mir schoß in den Kopf, was ist da bei dir abgelaufen? Bedeutete Freiheit für dich, ein Hintertürchen offenlassen? War der Reiz weg? Was war los und was hast du für dich für Konsequenzen gezogen? – Daß du in Zukunft zugibst, mit anderen Frauen schlafen zu wollen und dies auch tust? (Deine einzige selbstkritische Bemerkung!).

Nach deiner Rückkehr warst du einsam, wolltest eine Freundin, hättest für sie alles hingeschmissen – aber es ist d i r durch i h r Verhalten e r s p a r t geblieben. Wahnsinnig, du hast in den dunklen Tagen Trauer und wirkliche Freude empfunden.

Ist das alles?!

Ich bin der Meinung, daß du diese Frau einzig und allein für deine Zwecke ge- und mißbraucht hast, indem du dich mit all deinen Schwierigkeiten in ihren Schoß geflüchtet hast mit der Erwartung, sie wird deine Probleme schon auffangen, ohne daß du selbst etwas dazu getan hast. Oder, wie siehst du das? Wie hast du versucht, ihr das trotzdem schmackhaft zu machen? Wie siehst du das für diese Frau? Was ist bei dir abgelaufen, was hat sich dann bei dir verändert und was hast du für Lehren daraus gezogen? Schreiben tust du nichts darüber! Weiter schreibst du, daß du dich mit Erfahrungsberichten von Frauen nicht identifizieren kannst. Dann folgen ein paar Beispiele von Frauen – und deine einzige Reaktion „Kenn ich alles"!

Deine Einsichtigkeit ist umwerfend! Stattdessen schreibst du weiter in Du-Form (ich hoffe, du meinst trotzdem dich selbst) eine lange „Selbstkritik" (?), die ich echt erschütternd finde. Speziell deine Abhandlungen zur Sexualität, in denen du einen Klopper nach dem anderen bringst, ohne ein Fünkchen Reflektion oder besser Scham und Verzweiflung. Lieber bringst du noch zynisch einen Spruch wie „wäre gar nicht so unerotisch, es gibt noch viel Federbetten".

Einfach so zu schreiben, wie deine Macker-Sex-Spritz-Maschinerie abläuft, finde ich eine Zumutung! Aber mann/frau höre und staune, am nächsten Morgen bist du wirklich betroffen. Die Spannung steigt – aber zur Beruhigung aller folgt: „aber was ändert das?".

Einen weiteren Schlag unter die Gürtellinie aller Frauen versetzt du, indem du aus Prestigegründen mit einer Frau aus der Frauenbewegung befreundet bist. Zum Schluß wird restlos deutlich, daß du, der Eroberer, toller Schwanztyp und natürlich irritierter Freund der Frauenbewegung überhaupt nichts begriffen hast, außer daß du ein Chauvi bist. Selbst die Lehrergenossin fragst du noch, natürlich etwas p r o v o k a t i v , ob sie die Erziehung von Jungen berücksichtigen würde!

Das ist alles weit hinter dem Stand der Auseinandersetzungen! Mit einem anderen Gesichtspunkt in deinem Artikel bin ich ebenfalls überhaupt nicht einverstanden: Deine Gleichsetzung von Mann und Frau. Du siehst mit Neid und Ehrfurcht auf die Frauenbewegung und möchtest genauso werden wie sie, bis zum Neid auf das biologische Vermögen, Kinder zu bekommen (etwas übertrieben, findest du nicht?).

Du schreibst in deiner Aufführung der für dich erstrebenswerten Punkte: 1) die Solidarität zwischen Menschen. Ich nehme an, du meinst erst einmal die zwischen Frauen. Vergessen hast du dabei, daß Frauen sich wegen ihrer Unterdrückung ständig wehren müssen und deshalb eine viel größere Notwendigkeit und Bereitschaft zum Zusammenschluß und Solidarität vorhanden ist als bei uns Typen. Wir sind priviligiert und deshalb besteht für uns diese Notwendigkeit nicht. So finde ich den Vergleich zwischen Frauen- und Männergruppen falsch, wie ich ihn in deinem Artikel rausgelesen habe.

Als 2) schreibst du, die Ausdrucksfähigkeit, auch persönliche Dinge betreffend. Ich gehe eigentlich davon aus, daß wir Typen es besser gelernt haben uns auszudrücken als die Frauen. Es geht doch für uns Typen darum, erst einmal unsere Gefühle an uns herankommenzulassen und zu akzeptieren und darüber mit anderen zu reden und nicht, wie eh und je, allgemein über Empfindungen zu lamentieren und uns dabei gewählt auszudrücken. Anstatt scheinbar zu Frauen aufzusehen, solltest du in dich hineinsehen!

Zum 2.Artikel von Ed. in AK 193

Ich bin nicht der Meinung , daß diese RoMANNzen-Serie dazu benutzt werden soll, daß jeder Mann seinen totalen Chauvi-Schrott im AK abladen sollte, wie du das noch krasser tust, als im vorherigen Artikel. Was soll mann/frau mit solchem Artikel anfangen – außer sich zu ärgern. Mich erinnert das z.T. an einen gewissen TAZ-Artikel und ich bin nicht bereit, mir die dicksten Klopper völlig unkritisch und unkommentiert im AK verbraten zu lassen. Das kann mann keiner Frau und m.E. auch keinem Mann mehr zumuten!

Ed. kann ihr einen Orgasmus machen und ziemlich unzärtlich (brutal?) sein und einer Frau im Bett in einer schwachen Stunde sagen, daß er sie nicht liebe, weil sie seinem Schönheitsideal nicht entspricht...

Du solltest mit deinem Starfighter zum Mond fliegen und dich erst mal besinnen!

Keinen Chauvi-Müllabladeplatz im AK!!

Th.

WIE MANNS MACHT ISSES FALSCH

Unsere Jungs im KB habens wirklich schwer. Chauvis dürfen sie nicht mehr sein; bei den Spontis könnten sie damit vielleicht noch was werden, aber im KB gibt's da nur Generve und wenn sie Pech haben, werden sie vielleicht sogar ausgewiesen. Naja, und als Softis ernten sie nur Hohn und Spott.

So für zu Hause ist den KB–Frauen so'n Softi natürlich allemal lieber als'n Macker – schon rein vom Hausarbeitsökonomischen her – aber wenn so'n Jung auch mal was in'n AK schreiben will, denn wird das entweder gar nich erst abgedruckt oder die Weiber machen sich darüber lustig; da kann mann manchmal schon gar nich mehr folgen bei deren abgehobenen Humor – außerdem isses auch überhaupt nich komisch.

Überhaupt: Sagt mann nichts, dann heißt es: „Typisch Macker, läßt seine Gefühle nicht raus, mackiert den starken Mann", und läßt er sie dann endlich doch mal raus, dann isses auch wieder nicht recht: „Igitt, diese ekligen Selbstanklagen, is ja bald peinlich, will sich wohl bei den Frauen anbiedern".

Bleiben die Männergruppen. Da wird das wenigstens noch anerkannt, wenn einer sich bemüht, seine Verkrustungen und so – na, ihr wißt schon, rauhe Schale, softer Kern und so, da wird sowas wenigstens auch mit dem nötigen Ernst behandelt. Aber bei den Frauen kommt das mit den Männergruppen irgendwie auch nicht so gut an, was woll'n die denn nun eigentlich ...?

Zugegeben, muß mann schon'n bißchen aufpassen, daß das nicht nach hinten losgeht, gibt es ja auch Beispiele für, und is es auch wichtig, den Kontakt zur Frauenbewegung zu halten und so, aber es gibt ja auch positive Beispiele, wo es gut gelaufen is, oder? Und solange es wenigstens nichts schadet, is es doch ok, wird mann ja schließlich auch sensibilisiert von für Männerprobleme und lernt, daß mann Mann auch zärtlich auf die Schulter klopfen kann, und daß mann auch verletzliche Gefühle hat. Und weil in so'ner Männergruppe ja auch alle betroffen sind, macht sich da dann auch keine(r) lustig drüber.

Eine Vertreterin der sado-ironischen Linie in der KB–Frauenpolitik

Leserbrief zu RoMANNzen- Literatur und Schallplatten der R.E.I.S. in AK 193

Liebe R.E.I.S.!

Sehr witzig, eure Literatur- und Plattenvorschläge zum Thema Männeremanzipation. Ich habe mich halb totgeweint! Das ist die Form der Auseinandersetzung, wie ich sie liebe, weil man sich nämlich nicht mit ihr auseinandersetzen kann. Was ich nur noch vermißt habe, war eine entsprechende Karikatur mit dem berühmt-berüchtigten Puschenmännchen (ehemals KBW; vergl. alte AKs). Na, vielleicht könnt ihr die ja noch beim nächsten Mal bringen?! Wie wär's denn mit folgender Karikatur:

Das Puschenmännchen (ehemals KBW) schminkt sich vor dem Spiegel. Dazu folgende Sprechblase: „Na, wie schmier ich mich denn heute bei den Frauen an?"

Wär das nicht ätzend, schön verletzend?

ed.



VSBD-Nazis prügeln weiter

Frankfurt. Als ob es noch einer Bestätigung bedurft hätte, daß die gefährlichsten Figuren der Neonazi-Szene weiterhin unbehelligt ihr Unwesen treiben können, überfiel ein Schlägertrupp der VSBD („Volkssozialistische Bewegung Deutschlands") am 12.1. ein Mitglied der Bürgerinitiative gegen den Nazi-Buchladen in Frankfurt-Bornheim. Der Schlägertrupp wurde von Walter Kexel angeführt. Kexel ist stellvertretender Vorsitzender der VSBD Hessen. Am selben Tag veröffentlichte der „Spiegel", daß der kürzlich umgekommene Naziterrorist Frank Schubert seine Reise in die Schweiz, wo er Waffen beschaffen wollte, nicht allein gemacht hatte. Sein Begleiter war Walter Kexel! Doch die Frankfurter Behörden denken nach wie vor nicht daran, etwas gegen die Bande zu unternehmen. Ebenso weigert sich Innenminister Baum, eine Verbotsverfügung gegen die VSBD zu erlassen.

Überaus eifrig ist die rechte Presse bemüht, die vielen Spuren zu verwischen, die von Schubert zur VSBD, zur „Wehrsportgruppe Hoffmann" und zu weiteren Nazi-Banden führen. Die „Quick" läßt in ihren Spalten ausführlich den Münchner *„Volkssozialisten-Führer"* Busse (vorbestraft wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz, wie „die tat" am 16.1. meldete) zu Wort kommen. Eines der schmalzigen Märchen, die *„Vaterfigur"* Busse dort zum besten gibt, lautet, Schubert habe am 1.5.80 einen anderen „Volksgenossen" wegen eines Mädchens verprügelt und sei deshalb aus der VSBD *„ausgeschlossen"* worden. Die NPD-nahe „Deutsche Wochenzeitung" streitet ebenfalls jede Verbindung der Rechten zu Figuren wie Schubert ab. Dies seien haltlose Verdächtigungen der „Roten".

Wie gut Schuberts Verbindungen zur VSBD sogar noch im letzten Vierteljahr, als er in Mainz bei

Vierteljahr, als er in Mainz bei

dem Nazi Kurt Müller wohnte, waren, zeigt dagegen ein Bericht im „Spiegel" (12.1.). **Walter Kexel, Begleiter Schuberts bei all den Schlägereien, die in Frankfurt und Umgebung Aufsehen erregten, dabei gelegentlich auch mit einer (Gas-?)-Pistole bewaffnet, war direkt in die Schweizer Aktion Schuberts verwikkelt: Kexel war der Mieter des VWs, den die Polizei in der Nähe des Tatorts vom 24.12. (wo Schubert zwei Schweizer Grenzbeamte erschoß, bevor er selbst umkam) entdeckte. Nur zwei Tage davor soll Kexel mit Schubert zusammen in Ossingen (Schweiz) gesehen worden sein.** Dies ist der Wohnsitz des schweizerischen Kontaktmanns der Nazis, Marcel R. (Waffen- bzw. Munitionsbeschaffer?). Schubert soll dort einen Brief ausgehändigt bekommen haben, der nach seinem Tod bei ihm gefunden wurde und von dem bisher nur Teile bekannt geworden sind, die darauf schließen lassen, daß die Nazis neue Verbrechen nach dem Vorbild des Münchner Attentats planen (siehe AK 192). **Kexel steht demnach unter dem dringenden Verdacht, möglicherweise eine der Schlüsselfiguren der Nazi-Terroristenszene zu sein.**

Von der Polizei nach einem Alibi für den 24.12. befragt, verweigerte er eine Aussage. **Dennoch wurde er – auf Weisung der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe! – nicht festgenommen.** Seine Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung sei *„nicht nachgewiesen"*. **Wolfgang Koch** („NSDAP" Frankfurt) und **Heike Solms** aus Siegen (sie hatte den Brief geschrieben), die nach Schuberts Tod kurzfristig festgenommen worden waren, sind ebenfalls nach wie vor auf freiem Fuß. Ein geradezu penetrantes Desinteresse zeigen die Strafverfolgungsbehörden auch gegenüber **Arndt-Heinz Marx**, dem im Rhein-Main-Gebiet als Chef eines lokalen Ablegers der Hoffmann-Bande eine ähnlich zentrale Rolle zufiel wie Schubert oder (inzwischen) Kexel. Marx, der von sich selbst erklärte, daß er *„auf Befehl auch töten"* würde („Stern", 8.1.81), war auch einer der „Ausbilder" des Münchner Bombenlegers Köhler bei der „WSG" (Hoffmann-Bande). Auch er soll – nach einem Bericht der „tat" vom 23.1.81 – bei Kurt Müller in Mainz untergetaucht und vermutlich in Richtung Libanon verschwunden sein. Darüber hinaus deutet einiges darauf hin, daß noch weitere Figuren aus der Frankfurter Naziszene um Schönborn, Beier/Koch („Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene"/HNG und „NSDAP") sowie der VSBD untergetaucht sind.

Doch es geht beileibe nicht nur um Frankfurter „Merkwürdigkeiten". So ganz nebenbei erfährt man aus einem „FR"-Bericht über die Dönitz-Beerdigung (Ausg. vom 7.1.), daß Manfred Roeder, nach den rassistischen Attentaten der „Deutschen Aktionsgruppen" festgenommen, wieder freigelassen wurde und – natürlich! – „gegenwärtig flüchtig" ist, was ihn freilich nicht daran hinderte, in seinem Namen ein „Gebinde" an Dönitz' Grab niederlegen zu lassen. Roeders Festnahme galt Helmut Schmidt nach dem Münchner Attentat immerhin noch als Argument, um Innenminister Baum gegen die damaligen Vorwürfe von Strauß („Sicherheitsbehörden demoralisiert" usw.) in Schutz zu nehmen. So hieß es in einem Interview der „Bild"-Zeitung vom 29.9.80:

„Bild: *Sie sehen also keine Versäumnisse des Innenministers.*
Schmidt: *Keineswegs. Was den Rechtsextremismus angeht, so hat die Bundesregierung und das gilt auch für Innenminister Baum, die Gefahr nie unterschätzt. Ich denke an die Verhaftung des Rechtsextremisten Roeder vor wenigen Wochen...*".

Selbst von der Bundesregierung wird Roeders zentrale Rolle also offenbar ganz richtig eingeschätzt. Doch damit solche Leute wieder freikommen, muß eben nicht erst ein Parteivorsitzender, Arbeitgeberpräsident oder Richter entführt werden. Dafür berichtet die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung" (28.11.80), daß Roeder innerhalb eines einzigen Jahres 170.000 DM an Spendengeldern zugeflossen sein sollen...

Geheimnisvolle Vorgänge! Doch welche andere Erklärung gibt es dafür, als daß einflußreiche Kräfte in diesem Land definitiv daran interessiert sind, daß abermals etwas nach dem Vorbild des Attentats auf das Oktoberfest passiert?

„Jeder von denen", zitiert der „Spiegel" (s.o.) einen Hamburger Kripobeamten, *„wird als lebende Zeitbombe auf die Menschheit losgelassen"*. Im Frankfurter Raum muß

lassen". Im Frankfurter Raum muß

man sich fragen, wie lange es noch dauert, bis der Nazi-Terror wieder Schwerverletzte oder gar Menschenleben fordert. Die von Kexel geführte Frankfurter VSBD wurde mittlerweile aufgefüllt durch Wiesbadener Nazis, ganz junge Kerlchen aus Gießen, einen Anhänger der Braunschweiger Otte-Bande (Vorname Wolfgram), aber auch interessanterweise mit Leuten aus dem Sumpf am rechten Rand der CDU, wie **Dittel**. Dittel war im Bundestagswahlkampf an der gefälschten „Juso-Aufkleber-Aktion" von Grau beteiligt (*„Lieber die Russen in Heilbronn als Strauß in Bonn"*). In der Silvesternacht bewachte er – zuvor zwar als Nazi bekannt, nicht aber im organisierten Umfeld der „VSBD" aufgetreten – mit einem „deutschen Schäferhund" den Nazibuchladen in der Hartmann-Ibachstraße, das Zentrum der VSBD in Frankfurt.

Eine Chronik der letzten beiden Wochen ergibt eine bemerkenswerte Zunahme der Nazi-Aktivitäten:

– Am 5.1. traten im Frankfurter Vorort Kronberg (Taunus) fünf Anhänger der verbotenen „WSG" (Hoffmann-Bande) mit ihrem „Ortsgruppenleiter" Thomas Wolfgang Mander in Aktion. Im „Receptur-Keller" griffen sie mit zerbrochenen Gläsern zwei Männer an, von denen sie einen lebensgefährlich am Hals, den anderen im Gesicht verletzten.
– Am 10.1. wurden antifaschistische Flugblattverteiler an der Frankfurter Hauptwache von Nazis mit einem Messer bedroht.
– Am Nachmittag des 12.1. veranstalteten die VSBD und die HNG (s.o.) ein gespenstisches Begräbnis im Oberräder Waldfriedhof für Schubert. Die VSBD-Vorständler Busse und Koch sowie auch Kexel hatten sich bei Dönitz vorführen lassen, wie man sowas macht. Busse, der in der „Quick" noch scheinheilig „Bedauern über das politische Abgleiten" Schuberts geheuchelt hatte, nutzte die Gelegenheit, einige mehr als deutliche Worte an die anwesenden ca. 50 Alt- und Neonazis zu richten. Von Treue, Ehre und vor allem Rache war da die Rede. *„Der Sturm bricht los, bis endlich das Reich neu entstanden ist."* Schuberts Sarg, mit einer schwarz-weiß-roten „Reichsfahne" bedeckt, wurde mit Hitlergruß und „Sieg Heil" verabschiedet. **Man sieht: Hier wurde ein typischer „Einzeltäter" zu Grab getragen...** Daß die Nazis anwesende Journalisten aggressiv angingen und am Fotografieren hinderten, störte die Verfassungsschützer und Zivilen, die sich diskret im Hintergrund hielten, natürlich nicht.
– Noch am selben Abend überfiel ein von Kexel geführter VSBD-Trupp einen Antifaschisten in der Frankfurter U-Bahn. Dieser war auf dem Weg zu einer Veranstaltung der Bürgerinitiative gegen den Nazi-Buchladen und wurde von den Nazis, die später in den Zug hinzugestiegen waren, als BI-Mitglied erkannt. Sie fielen sofort über ihn her und verletzten ihn mit Holz- und Gummiknüppeln am Kopf und Rücken. Ein weiterer Fahrgast wurde am Bein verletzt. Erst als es dem Angegriffenen gelang, die Notbremse zu ziehen, ließen die Nazis von ihm ab und zogen sich in den hinteren Teil des Wagens zurück. Als der Zugführer kam, um die Bremse zu lösen, wurde er von Fahrgästen über den Vorfall informiert und aufgefordert, die Polizei zu rufen, was er zusicherte – aber nicht tat, so daß sich die Nazis bei der nächsten Haltestelle schlicht davonmachen konnten. *„Er hatte eine andere Optik von dem Vorfall"*, erklärten die Stadtwerke, als sie von der Presse zum Verhalten des Zugführers befragt wurden. Ein Stadtverordneter der SPD, der ebenfalls in dem betreffenden Wagen saß und Zeuge des Vorfalls wurde, hat mittlerweile einen Brief an seinen Parteifreund, Bürgermeister und Dezernenten der Stadtwerke, Martin Berg, gerichtet, in dem um Aufklärung gebeten wird: *„Es geht nicht an, daß die Schläger unbehelligt davonkommen"* („Frankfurter Neue Presse", 14.1.). Berg, der sich zur Zeit als Spitzenkandidat der SPD im Kommunalwahlkampf befindet, könnte dadurch vielleicht zum „Nachdenken" motiviert werden...?

Neben Kexel konnten inzwischen als Beteiligte an dem Überfall identifiziert werden: Helge Blaschek (VSBD), Peter Müller, F. Giebitz (VSBD). Strafanzeige wurde gestellt.

Unverändert „unwissend" gab sich allerdings die Frankfurter Kripo: Am 13.1. erklärte sie der Presse, von dem Überfall nichts zu wissen, obwohl eine Polizeistreife davon informiert worden war und natürlich auch die unvermeidlichen Zivilbeamten auf der BI-Veranstaltung mitbekamen, wie der Überfallene dort unmittelbar von seinem „Erlebnis" in der U-Bahn berichtete. Es dauerte dann noch einige Tage, bevor die Kripo endlich die Ermittlungen aufnahm.

P.S.: Der „Stern" (8.1.81) informiert darüber, daß Ex-Justizminister Vogel sich am 22.5.80 bereits zum zweiten Mal an seinen Kollegen Baum gewandt habe, um ein Verbot der VSBD zu „prüfen". „Erstaunlicherweise" hatte er damit keinen Erfolg.

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt**



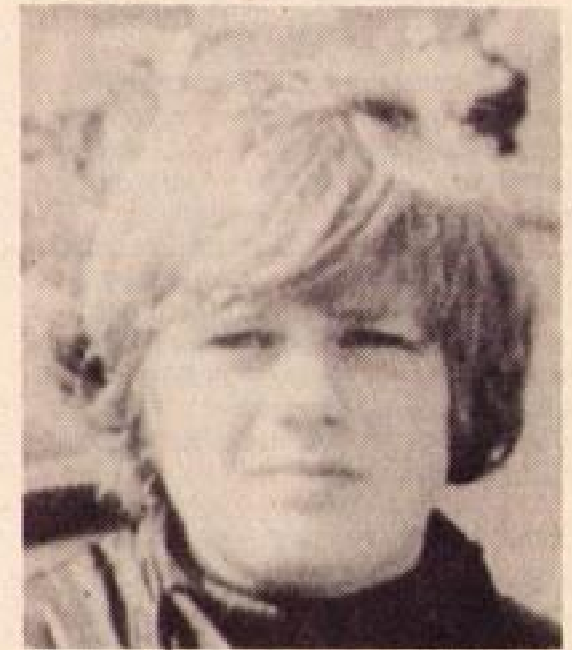
Walter Kexel



Helge Blaschek



Peter Müller



F. Giebitz

NS-Kampfgruppe Müller in Mainz: Eine »gute Adresse« für Nazi-Terroristen

Gleich mehrere Nazi-Terroristen haben, bevor sie ihre Anschläge verübten bzw. sich „absetzten", Unterschlupf gefunden bei einer der „besten Adressen" des westdeutschen Nazismus: Bei der Familie Müller in Mainz, Gärtnerei in Mainz-Gonsenheim, eine der ältesten Gruppen des Neonazismus in der BRD.

U.a. wohnten hier:

– **Odfried Hepp**, Chef der „WSG-Ortenau Schlageter" aus Achern/Baden, der im Sommer 1980 in den Libanon verschwand und zum Bekanntenkreis von Gundolf Köhler gehörte.
– **Frank Schubert**, VSBD-Aktivist aus Frankfurt, zweifacher Mörder vom 24.12.80 an der Schweizer Grenze, und
– **Arndt Heinz Marx**, „WSG-Chef" aus Frankfurt, Freund von Schubert und „Ausbilder" des Münchner Attentäters Gundolf Köhler bei Übungen der „Wehrsportgruppe Hoffmann".

Familie Müller (Vater Kurt, Mutter Ursula und Sohn Harald) sind seit 1969 aktiv, seit 1974 außerhalb der NPD. Auf ihr Konto geht eine ganze Serie von NS-Schmierereien, Anschlägen (u.a. gemeinsam mit Roeder und Christophersen in Westberlin). Bekanntgeworden sind sie insbesondere durch eine meterhohe Plakatwand auf dem Gelände der Gärtnerei, auf der immer wieder offen antisemitische Propaganda gemacht wurde.

Familie Müller gehört zu den tragenden Gruppen der neuen „NSDAP" und beteiligte sich an allen zentralen Treffen der Nazi-Banden („Schießclub Bocholt" 1975, „Truppenkameradschaft Willi Wiesbaden" 1976).

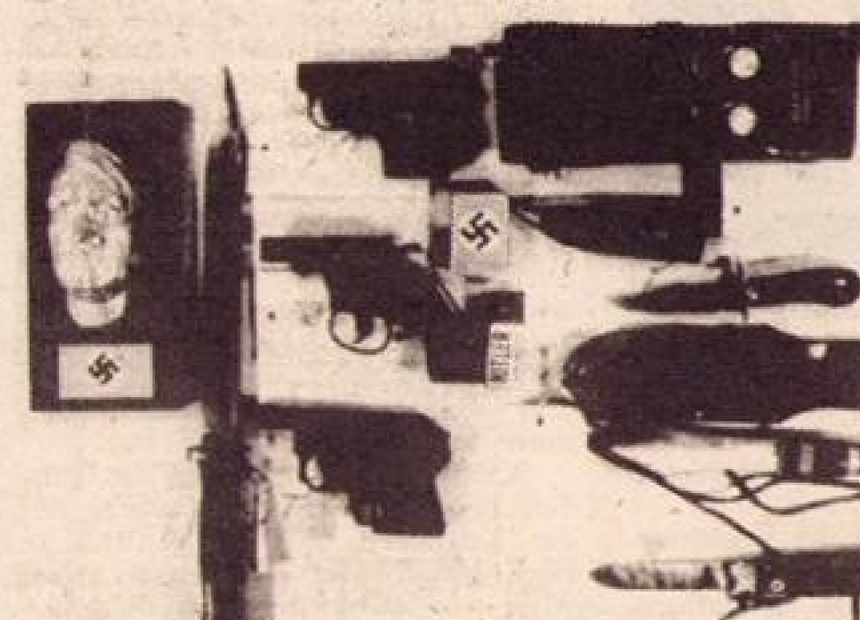
Auch zum terroristischen Sumpf sind bei ihr Verbindungen nachgewiesen: 1974 gehörte Sohn Harald zu der „Neumann-Bande", auf deren Konto mehrere Schmieraktionen sowie ein Überfall auf den Göttinger Buchladen „Polibula" geht. **Neumann** setzte sich nach Südafrika ab, **Willi Wegener** wurde 1976 gefaßt und verurteilt, **Ralf Ollmann** auf Bewährung verurteilt (er gehört heute zum Westberliner Nazi-Sumpf). Harald Müller, bei dem eine ganze Anzahl von Waffen gefunden wurden, ging straffrei aus.

1976 überfiel die Bande ein Ehepaar, das Plakate auf Müllers „Wand" abriß, und schlug die beiden zusammen. Mit von der Partie damals war: **Uwe Rohwer** (sitzt wegen den Überfällen der „Hansa"-Bande), **Klaus Dieter Puls** („Hansa"-Aktivist) und **Gunnar Pahl**; letzterer verbüßte inzwischen eine Gefängnisstrafe in Italien und lebte anschließend als „Reichsleiter der NSDAP" ebenfalls bei den Müllers. Verteidiger der Bande wegen dieses Überfalls war übrigens der bekannte Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger** aus Hamburg, in den 70er Jahren selbst als Nazi-Schläger „aktiv".

Obwohl dutzendfach angezeigt, haben die Müllers mit Ausnahme einer geringfügigen Haftstrafe für Vater Kurt Anfang 1980 bislang allenfalls Geldstrafen berappen müssen. Wie ihre neuesten „Gäste" beweisen, gehören sie nach wie vor zu den aktivsten Banden der Szene und dienen offenbar als logistische Basis, bevor Nazis beschließen, abzutauchen.



„Gäste" der Müllers: Franz Schubert und Arndt Heinz Marx





1976 bei der NS-Kampfgruppe Mainz beschlagnahmte Nazi-Utensilien

Die Spur führt in den Libanon

Es gehört zu den immer wieder von der reaktionären Presse kolportierten Ammenmärchen, daß der Nazi-Terrorismus in Zusammenhang stehe mit Aktivitäten des sowjetischen KGB, den Palästinensern oder auch dem lybischen Regime des Oberst Ghaddafi. Insbesondere die Tatsache, daß „WSG"-Chef Hoffmann einen schwunghaften Handel mit gebrauchtem Bundeswehrgerät in den Libanon unterhält, wird dabei immer wieder zum „Beweis" dafür verwandt, daß der „internationale Terrorismus" (sprich: die PLO und speziell die PFLP) die westeuropäischen Nazis unterstütze. Zu den widerlichsten Geschichten, die in diesem Zusammenhang durch die Presse gingen, gehörte das Märchen, daß der Attentäter von München, Gundolf Köhler, ein Anhänger der PFLP des Dr. Habasch gewesen sei.

Daß diese Geschichte von der Zusammenarbeit zwischen palästinensischen Gruppen und westdeutschen/internationalen Nazis – auf der angeblichen Basis ideologischer Gemeinsamkeiten von Anti-Zionismus und Antisemitismus – allesamt e r l o g e n sind, mußte jetzt auch der „Spiegel" indirekt zugeben, als er in seiner Ausgabe vom 19.1.81 das mysteriöse „Verschwinden" von vier westdeutschen Neonazis im Libanon näher beleuchtete.

Das Verschwinden der Vier

Am 22. September erhielten vier westdeutsche Neonazis in der Beiruter Botschaft der BRD anstandslos neue Ausweispapiere sowie etwas Geld. Am 24. erhielten die vier dann auch Flugtickets für einen Flug am Mittag. Schon am Nachmittag veröffentlichte ein faschistischer Radiosender in Beirut, die vier seien von der PLO entführt worden – eine Version, die von der PLO strikt bestrit-
sion, die von der PLO strikt bestrit-
ten wird. Seitdem fehlt von den Vieren jede weitere Spur.

Bei diesen vier Neonazis handelt es sich um Aktivisten des Nazi-Terrorismus, die sich drohenden Gerichtsverfahren in der BRD entzogen haben:

– **Odfried Hepp aus Achern/Baden.** Er war **Chef einer „Wehrsportgruppe Ortenau/Schlageter"**, gegen die wegen der Vorbereitung mehrerer Anschläge, darunter eine Flugzeugentführung zur Freipressung von Heß, ermittelt wurde.
Bei Hepp, der früher sowohl Kontaktadresse des „Bund Heimattreuer Jugend" wie auch Führer der „Wiking-Jugend" gewesen ist, wurden Pläne zum Aufbau einer „Wehrsportgruppe Baden-Württemberg" gefunden.
Hepps Telefonnummer war bei dem Attentäter von München, Gundolf Köhler, gefunden worden – beide kannten sich also.

– **Stefan Dupper** aus Karlsruhe; mittlerweile, wie Hepp, per Haftbefehl gesucht und Mitglied von Hepps Gruppe. Im Gegensatz zu früheren Verlautbarungen, nach denen diese Bande wegen „terroristischer Vereinigung" angeklagt würde, ist diese Anklage im Haftbefehl fallengelassen worden.

– **Kai-Uwe Bergmann** aus Hamburg, ebenfalls aus der Hepp-Bande.

– **Peter Hamberger** aus München, Funktionär der „Jungen Front", der Jugendorganisation der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (VSBD); ebenfalls mit Haftbefehl gesucht.

Wann die ersten drei in den Libanon gekommen sind, ist noch unklar. Für Hamberger jedenfalls steht fest, daß er am 26. Juli von zuhause weggegangen ist, sich wenige Tage später brieflich noch einmal meldete (er habe „Ausweisschwierigkeiten") und seitdem bis zu seinem Besuch in der Beiruter Botschaft verschwunden blieb.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß an eben jenem 26.7.80 die Hoffmann-Bande (nach Meldung der „Neuen" vom 2.10.80) zwei Kübelwagen über Österreich transportiert haben soll. Nur wenige Tage später, am 31.7.80, versuchten acht westdeutsche Nazis, ebenfalls mit Bundeswehrgerät versorgt, nach Österreich einzureisen. Wie die „Frankfurter Rundschau" am 1.10.80 meldete, wurden diese acht von den bayerischen Grenzbehörden anstandslos durchgelassen, obwohl sie *„dem Verfassungsschutz fast alle als Anhänger neonazistischer Aktivistengruppen bekannt"* waren und vier von ihnen wegen rechtsextremistischer Tätigkeit in Ermittlungsverfahren verwickelt oder schon rechtskräftig verurteilt waren. Es spricht einiges dafür, daß unter diesen acht zumindest Hamberger gewesen ist, wenn nicht das ganze Quartett.

Was die vier im Libanon genau gemacht haben, ist noch unbekannt. Auf alle Fälle sind dabei die Falangisten (libanesische Faschisten!) dermaßen gut über angebliche Schritte informiert und mit Ausrüstungsgegenständen, Paßbildern und ähnlichem an die Öffentlichkeit getreten, daß ihre Version, die vier seien bei der Fatah gewesen, mehr als nur unglaubwürdig ist. Vielmehr wahrscheinlich ist, daß die vier sich bei den Falangisten aufgehalten haben und dort weg-
gehen wollten (worauf sie von diesen
gehen wollten (worauf sie von diesen gekidnappt wurden), oder daß diese ganze Geschichte nur dazu dienen sollte, eine Entführung vorzutäuschen, um den vieren ein Alibi für Anschläge im Ausland zu verschaffen.

Für diese Version spricht auch, daß die Angehörigen von Hepp und Hamberger jeweils nach dem Verschwinden der vier in Beirut und nach dem Anschlag von München einen anonymen Anruf erhielten, demzufolge beide noch leben sollen.

Weitere Kontakte zu den Falangisten

Daß westeuropäische und westdeutsche Nazis in den Ausbildungslagern der libanesischen Faschisten ausgebildet werden, ist den Behörden seit langem bekannt.

So war schon 1976 der französische Faschist Michel Faci im Libanon zur Ausbildung, bevor er mit seiner Gruppe der französischen Nazi-Organisation FANE beitrat, wo er unter dem Pseudonym Michel Leloup als Autor von FANE-Schriften hervorgetreten ist („tat", 16.1.81).

Nach dem Anschlag von Bologna übergab die PLO den italienischen Behörden ein Dossier über ein Ausbildungslager der Falangisten im nordlibanesischen Achoura, in dem außer italienischen und spanischen Faschisten auch über die „Wehrsportgruppe Hoffmann" berichtet wurde. In diesem Lager, so erklärte der PLO-Beauftragte Abu Ayad in einem Interview mit der schweizerischen Zeitung „Corriere del Trinico", sei nicht nur „ein Attentat in Bologna" geplant worden, sondern als Führer der westdeutschen Gruppe ein „Hoffmann" aufgetreten (nach „Münchner Merkur", 29.9.80).

Am 26.6.80 berichtete der „Stern" über ein Treffen, das Hoffmann mit dem faschistischen libanesischen Major Saad Haddad gehabt habe. Gesichert ist, daß Hoffmann am 13.7. über Syrien in den Libanon geflogen ist, bevor dann Ende Juli/Anfang August offenbar mehrere Transporte in den Libanon abgingen (gehandelt werden die Daten: 26.7. – „Die Neue" – und 31.7. sowie 2.8. – „Frankfurter Rundschau"). Am 11.8.80 wurden Mitglieder der „Wehrsportgruppe Hoffmann" in Syrien gesehen und selbst die Falange gibt zu, daß Hoffmann mit den vier „Verschwundenen" zusammen gewesen ist (nach ihrer Version „natürlich" bei Al Fatah).

Einen Tag nach dem Anschlag von München schließlich wurde ein Konvoi von Militärfahrzeugen an der österreichischen Grenze festgehalten und vier Prominente Angehörige der Hoffmann-Bande für wenige Stunden inhaftiert: **Robert Christian Funk, Stefan Faber, Walter Ulrich Behle und Gundolf Johannklinger** – alle auf dem Weg in den Libanon.

Und noch ein Nazi soll sich in den Libanon abgesetzt haben: Arndt Heinz Marx, „WSG"-Führer aus Frankfurt, Ausbilder des Münchner Attentäters Gundolf Köhler bei der „Wehrsportgruppe Hoffmann" und Freund des „VSBD"-Nazis und zweifachen Mörders Frank Schubert („tat", 23.1.81).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Euro-Runde: Erfahrungsaustausch gegen Rassismus und Faschismus

Rassismus und Faschismus – zu diesen Themen fand am 24./25.1. ein Koordinationstreffen linker Organisationen in Paris statt. Vertreten waren OCT (Frankreich), MC (Spanien), Pour le Socialisme (Belgien), Big Flame (Großbritannien), PSU (Frankreich), VS und FS (Dänemark), Sinn Fein (Nordirland), die französische „Association Henri Curiel", der KB und Einzelpersonen.

Die Genossen und Genossinnen aus den einzelnen Ländern berichteten zunächst von den Problemen, denen sich die Immigranten („Gastarbeiter") in ihren Ländern ausgesetzt sehen. Dabei ergaben sich grosse Unterschiede, was die Problematik überhaupt betrifft (in Nordirland geht es eher um ein E m i g r a n t e n -Problem), dann aber auch vor allem, was die Möglichkeiten der Organisierung und des Kampfes der Immigranten angeht. Die Zusammenarbeit zwischen Immigranten und ihren Organisationen und der Linken scheint in allen Ländern nicht gerade bestens zu klappen, bzw. – wie in Dänemark – in den Kinderschuhen zu stecken. Die Angriffe des Staates auf die Rechte und die soziale Situation der Immigranten sind dementsprechend unterschiedlich in den einzelnen Ländern; zufriedenstellend ist die Lage in jedem Fall selbst dort nicht (wie, wiederum, in Dänemark), wo ein relativ „liberales Klima" herrscht und Diskriminierung und Rassismus – anders als beispielsweise in Frankreich und der BRD – n i c h t auf eine lange, böse Tradition zurückblicken können.

Anschließend an die vorwiegend staatlich betriebene Diskriminierungspolitik und rassistische Propaganda wurde der Stand faschistischer Umtriebe und die Gefahr faschistischer Staatsentwicklungen behandelt. Die Verquickung von staatlich betriebener Faschisierung (besonders akut in Nordirland, aber auch im Spanien der „präventiven Konterrevolution", wo die alten Franco-Strukturen fortbestehen) und neofaschistischen Umtrieben mit europäischer Ausstrahlung geht in den meisten europäischen Ländern Hand in Hand mit einer ansteigenden Militanz faschistischer Trupps (so in Großbritannien, wo die Massenbasis – nach dem Rückgang der „National Front" – vorerst für die Faschisten verloren scheint; so in der BRD mit dem Modell „Wehrsportgruppen"): Die Anschläge von Bologna, München und Paris bezeugen das auf erschreckende Weise. (Lediglich in Dänemark und Belgien scheint, nach den Berichten der Genoss/inn/en, die Situation günstiger zu sein).

Am Sonnabendabend wurde diese Situation in einer öffentlichen Veranstaltung dargestellt, bei der ca. 100 Menschen anwesend waren. Als erster Schritt zu einer künftig verstärkten Kooperation auf den Gebieten Antirassismus/Antifaschismus wurde beschlossen, die verschiedenen Beiträge und Materialien in einem im März erscheinenden „Bulletin" zusammenzutragen und zu veröffentlichen, aus dem zum einen die Situation in den einzelnen Ländern sowie bisherige Erfahrungen in der Anti-Rassismus-Arbeit, zum anderen ein Überblick über die Faschistenszene im jeweils nationalen und im europäischen Rahmen ersichtlich sein soll.

Antifa-Kommission KB/Hamburg

Na endlich – NPD-Kosiek entlassen!

Kurz vor Weihnachten geschah in der württembergischen Industriestadt Nürtingen Sensationelles: Aus einer Vorlesung heraus wurde der NPD-Funktionär Rolf Kosiek fristlos entlassen. Der Entlassung zugrunde liegt offenbar eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, das einen Antrag Kosieks auf Revision früherer Urteile verwarf.

Damit ist Kosiek unseres Wissens das e r s t e NPD-Mitglied, das aus dem Staatsdienst entlassen wurde. Doch halt – wegen seiner NPD-Mitgliedschaft wurde Kosiek eigentlich gar nicht entlassen; wesentliches Argument für seine Entfernung aus dem Staatsdienst war ein nach seiner Einstellung verfaßtes Buch („Das Volk in seiner Wirklichkeit"), in dem Kosiek offene Propaganda für den Nationalsozialismus betreibt.



Es lohnt sich, den „Fall Kosiek" hier noch einmal in Erinnerung zu rufen:

Seit 1966 war Kosiek im Staatsdienst. 1968-72 war er Landtagsabgeordneter der NPD im Stuttgarter Landtag. Nach Beendigung seiner parlamentarischen Karriere weigerte sich das Land Rheinland-Pfalz, ihn erneut einzustellen, und gewann die darauf folgenden Prozesse. Dessen ungeachtet war es der damalige CDU-Kultusminister Hahn, der Kosiek 1973 als Dozenten an der Fachhochschule Nürtingen bestätigte. Es dauerte zwei Jahre, bis Kosiek (immerhin Mitglied des NPD-Bundesvorstands, stellvertretender NPD-Vorsitzender in Baden-Württemberg, Aktivist in Rassistenzirkeln wie „Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitslehre", „Arbeitskreis Südwest" und „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung") nun auch von der CDU-Landesregierung seine Entlassung erhielt.

In einem ersten Urteil 1976 wurde die Entlassung Kosieks als unrechtmäßig zurückgewiesen: Soweit die Landesregierung überhaupt Material an das Gericht übergeben hätte, datiere dies alles aus der Zeit v o r Kosieks Einstellung. Es verstoße gegen den Grundsatz von Treu und Glauben, wenn nun von der Landesregierung längst Bekanntes gegen Kosiek angewandt würde. In der darauf folgenden Berufungsverhandlung legte die Landesregierung weiteres Material vor, eben das besagte Buch. In der denkwürdigen Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg (eben jenes Gericht, das in einem weiteren Verfahren die grundsätzliche „Verfassungsmäßigkeit" der NPD festgestellt hatte) wurde ausdrücklich betont, Kosiek müsse nicht wegen seiner „intensiven und vorbehaltlosen Aktivität für die NPD" entlassen werden; ausschlaggebend war für das Urteil, daß angesichts seines Buches ihm seine Bekenntnisse zum Grundgesetz nicht mehr geglaubt werden mochten.

Tatsächlich ist die Entlassung Kosieks kein Urteil g e g e n die NPD als Ganze, die im Gegenteil in den verschiedenen Verfahren juristische Positionen nur gewonnen hat („Grundsatz von Treu und Glauben", NPD-Aktivitäten allein sind kein Grund für eine Entlassung etc.); das Urteil richtet sich allein gegen einen einzelnen Nazi, der es allzu doll getrieben hat und gegen den immer wieder antifaschistischer Protest laut wurde.

Doch wie grauslich die Justizgeschichte im Fall Kosiek auch immer war, seine Entlassung war doch eine Flasche Wein wert.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Antifaschisten aufgepaßt!



Die Angeklagten scheuen die Öffentlichkeit

Seit dem 26. November 1975 wird der Majdanek-Prozeß von einem Jahr ins nächste geschleppt. Vier der angeklagten SS-Bewacher des Vernichtungslagers Majdanek wurden bereits freigesprochen, von den verbliebenen neun Angeklagten sind nur vier in Untersuchungshaft.

Am 5. Jahrestag wurde im In- und Ausland erneut gegen die Verschleppung protestiert. Auch im neuen Jahr versuchte die Verteidigung durch neue Anträge den Beginn der Plädoyers hinauszuzögern. Da zu befürchten ist, daß von den verbliebenen neun Angeklagten weitere freigesprochen werden, sollten alle Antifaschisten den Beginn der Plädoyers im Februar aufmerksam verfolgen!

Verurteilung Mentens endgültig

Der Hohe Rat, die höchste rechtliche Instanz der Niederlande, hat Mentens Berufung zurückgewiesen. Damit ist das Urteil, das das Rotterdamer Gericht im letzten Jahr fällte – zehn Jahre Gefängnis und 100.000 Gulden (gut 90.000 DM) Buße – rechtskräftig und endgültig.

Menten war schon vor drei Jahren wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von einem Gericht in Amsterdam zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Im Amsterdamer Prozeß wurde als bewiesen erachtet, daß Menten mitschuldig ist an der Exekution von etwa dreißig Menschen im vormalig polnischen Podhorodee. Das Urteil wurde jedoch wegen „Formfehlern" aufgehoben und Menten zog samt seinen Winkeladvokaten noch durch drei weitere Instanzen, bis es ihn nunmehr endgültig erwischt hat.

Ausführlich befaßte sich der Hohe Rat in seiner Urteilsbegründung mit der Kritik von Mentens Anwalt an dem Urteil, der Mentens hohes Alter – 81 Jahre – und „seinen schwachen Gesundheitszustand" anführte. Nach Auffassung des Hohen Rates widerspricht die Strafe nicht *„der Person oder den persönlichen Verhältnissen des Verurteilten"*. Obwohl es sich hier um einen 81 jährigen Angeklagten handelt, hat das Gericht, führte der Hohe Rat weiter aus, zu Recht die Prinzipien der internationalen Rechtsnorm in den Vordergrund gestellt und hieraus gefolgert, daß diejenigen, die gegen diese Rechtsnorm verstoßen, nicht vor Strafe bewahrt bleiben dürfen. Selbst wenn sich der Gesundheitszustand des Angeklagten verschlechtert habe, bedeute das nicht, daß die auferlegte Strafe den gesetzlichen Forderungen widerspreche.

Auch für eine Milderung der Strafe sah der Hohe Rat keinen Grund, da es sich zum einen um außerordentlich schwere Verbrechen handele und zum anderen die Qualität des Gefängniswesens *„für geeignete medizinische Versorgung des Verurteilten"* garantiere.

Nachdem die Rechtsmittel in den Niederlanden ausgeschöpft sind, wird nicht für unwahrscheinlich gehalten, daß Menten sich nunmehr an die „Europäische Kommission für Menschenrechte" wenden wird. Nachdem sich diese Instanz jedoch schon für eine Klage des in Breda einsitzenden Kriegsverbrechers Kotalla auf Haftentlassung wegen seiner „geschwächten Gesundheit" als nicht zuständig erklärt hatte, besteht Hoffnung, daß Menten zumindest noch für ein paar Jahre (wenn auch mit über drei Jahrzehnten Verspätung) in den Knast abgeht – zwar ihm nicht mehr zur Lehre, anderen aber zur Warnung.

Obgleich sich die niederländischen Gerichte durchweg als wesentlich konsequenter in der Aburteilung von Kriegsverbrechern erwiesen haben als hierzulande, wo ja noch heute Blutrichter des „Dritten Reiches" über Blutschergen eben dieses Verbrecherstaates „urteilen", ist die nunmehr endgültige Verurteilung Mentens wohl weniger der Konsequenz der niederländischen Gerichte zuzuschreiben, als vielmehr der wachen Aufmerksamkeit und dem Protest einer Vielzahl von demokratischen und antifaschistischen Organisationen wie insbesondere von Gruppierungen ehemaliger Widerstandskämpfer gegenüber einer Behandlung des Menten-Prozesses nach bundesdeutscher Art. („de Volkskrant", 14.1.81)

Niederlande Kommission

Anklage gegen die Angehörigen des Volksgerichtshofes

„Der Volksgerichtshof verurteilte am 22. Februar 1943 im Schwurgerichtssaal des Justizpalastes den 24 Jahre alten Hans Scholl, die 21 Jahre alte Sophie Scholl, beide aus München, und den 23 Jahre alten Christoph Probst, aus Aldrans bei Innsbruck, wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Feindbegünstigung zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Das Urteil wurde am gleichen Tag vollstreckt. Die Verurteilten hatten sich als charakteristische Einzelgänger durch Beschmieren von Häusern mit staatsfeindlichen Aufforderungen und durch Verbreitung hochverräterischer Flugschriften an der Wehrkraft und dem Widerstandsgeist des deutschen Volkes in schamloser Weise vergangen. Angesichts des heroischen Kampfes des deutschen Volkes verdienen derartige Subjekte nichts anderes als den raschen und ehrlosen Tod." („Münchner Neueste Nachrichten" vom 23.2.1943, nach H.Vinke, das kurze Leben der Sophie Scholl)

Die Angehörigen des nazistischen Volksgerichtshofes, die an insgesamt 1300 derartigen Todesurteilen mitgewirkt haben sollen, brachten es nach '45 wieder zu Ehren als Oberstaatsanwälte, Amtsgerichtsdirektoren oder Senatspräsidenten.

Seit Oktober 1979 ermittelt die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Westberlin gegen Angehörige des VGH und stellte bisher 94 in der BRD lebende VGH-Juristen fest. Der Antrag zur Strafverfolgung war von dem ehemaligen Ankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, Robert Kempner, gestellt worden. In früheren Jahren waren seine Bemühungen meist erfolglos geblieben: 1971 hatte die Staatsanwaltschaft nach achtjährigen Ermittlungen die Verfahren gegen 40 Angehörige des VGH eingestellt.

1963 leitete die Staatsanwaltschaft in Westberlin ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Beisitzer am VGH, Hans-Joachim Rehse, ein. Rehse, der an mindestens 231 Todesurteilen mitgewirkt haben soll, wurde 1967 wegen Beihilfe zum Mord in sieben Fällen zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte Lebenslänglich gefordert.

1968 hob jedoch der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe dieses Urteil wieder auf. In der Begründung des BGH stufte dieses den Nazi-„Volksgerichtshof" als ein „ordentliches deutsches Gericht" ein. Folglich könne ein Richter am VGH nur verurteilt werden, wenn er vorsätzlich das (Nazi-)Recht „gebeugt" habe. Dieses Urteil löste weltweite Proteste aus.

Um die Staatsanwaltschaft beim Westberliner Landgericht bei ihren Ermittlungen seit Anfang 1980 etwas zu unterstützen, stellte die VVN im Laufe des Jahres gegen 30 Angehörige des VGH namentlich Strafanzeige wegen Mordes (s. nebenstehenden Kasten).

Bis heute wurde noch nicht gegen einen die Anklage erhoben.







BELLWINKEL, Karl-Hermann
geboren am 1.9.1904 in Minden, wohnhaft: 4950 Minden, Wilhelmstr. 3.
nach 1945: Erster Staatsanwalt in Bielefeld (bis 1968)
vor 1945: ab 24.10.1944 als Staatsanwalt Hilfsarbeiter beim Oberreichsanwalt des VGH; teilweise Vollstreckungsleiter bei Hinrichtungen; SA- und NSDAP-Mitglied; Mitwirkung an mindestens drei Todesurteilen.

Dr. BRUCHHAUS
geboren am 1.2.1903, wohnhaft: 4006 Erkrath
nach 1945: Staatsanwalt in Wuppertal (bis 1961)
vor 1945: Erster Staatsanwalt und Vollstreckungsleiter bei Hinrichtungen beim Oberreichsanwalt des VGH; Mitwirkung an mindestens 33 Todesurteilen.

Dr. EMMERICH, Paul
geboren am 10.8.1907, wohnhaft: 8000 München, Springerstr. 8
nach 1945: Landgerichtsdirektor in Saarbrücken (bis 1962)
vor 1945: Landgerichtsrat in Berlin und beim Oberreichsanwalt des VGH; Mitwirkung an mindestens 13 Todesurteilen.

Dr. GRENDEL, Wilhelm
geboren am 14.12.1902, wohnhaft in Celle, Lindenbergstr. 3.
nach 1945: Oberlandesgerichtsrat in Celle (bis 1966)
seit 1942: Oberlandesgerichtsrat beim Volksgerichtshof; Mitwirkung an mindestens drei Todesurteilen und zahlreichen Terrorurteilen gegen deutsche und polnische Hitlergegner.

Dr. GUNTZ, Eduard
geboren am 23.9.1904, Wohnhaft in München, Böcksteinerstr. 33 d.
nach 1945: Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht München (bis 1968),
vor 1945: Amtsgerichtsrat in München und Dachau; 1939-42 Amtsgerichtsrat bei der Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof, danach beim Sondergericht in Krakau; seit dem 1.2.1944 in der Abteilung Justiz beim Gouverneur des Distrikts Krakau; Mitwirkung an über 16 Todesurteilen und 9 Urteilen mit lebenslänglichem Freiheitsentzug gegen polnische und deutsche Hitlergegner.

Dr. HAGER, Wilmar
geboren am 14.12.1903, wohnhaft in Usingen/Taunus, Neutorstr. 13.
nach 1945 (bis heute): Rechtsanwalt und Notar in Usingen,
vor 1945: Vertreter des Oberreichsanwaltes beim Volksgerichtshof; Mitwirkung an mehr als 22 Todesurteilen.

Dr. HÖHER, Konrad
geboren am 9.5.1905, wohnhaft in Köln, Neue Kempenerstr. 266,
nach 1945: Staatsanwalt in Köln (bis 1964),
vor 1945: Staatsanwalt beim Sondergericht Aachen; seit 1944 Staatsanwalt beim Oberreichsanwalt des Volksgerichtshofes; Mitwirkung an mindestens fünf Todesurteilen gegen deutsche und tschechoslowakische Widerstandskämpfer.

Dr. HERZLIEB, Walter
geboren am 21.3.1900, wohnhaft: 3200 Hildesheim, Hohnsen 7.
vor 1945: Oberregierungsrat, später Ministerialrat im Oberkommando der Wehrmacht, seit 1934 ehrenamtlicher Richter (Beisitzer) beim VGH; Mitwirkung an mindestens 43 Todesurteilen.

Dr. HEUGEL, Heinz
geboren am 11.2.1901, wohnhaft: 3420 Herzberg am Harz, Buschstr. 12.
vor 1945: seit 5.11.1941 beim VGH, zunächst als Hilfsarbeiter, seit 17.10.42 als Erster Staatsanwalt Planbeamter beim Oberreichsanwalt beim VGH; Mitwirkung an mindestens 11 Todesurteilen.

Dr. LELL, Heinz-Günther
geboren am 1.8.1904, wohnhaft in Westberlin 30, Nachotstr. 20.
nach 1945: Oberstaatsanwalt in Westberlin,
vor 1945: Staatsanwalt beim Oberreichsanwalt des Volksgerichtshofes; Mitwirkung an mindestens fünf Todesurteilen und zahlreichen anderen Terrorurteilen gegen deutsche, polnische und litauische Hitlergegner.

Dr. LENHARDT, Gerd
geboren am 17.6.1898, wohnhaft in Neuwied, Deichstr. 18.
nach 1945: Oberlandesgerichtsrat in Neustadt/Weinstraße (bis 1960); danach Rechtsanwalt in Neuwied,
vor 1945: Landgerichtsdirektor in Koblenz und Trier; Ankläger beim Oberreichsanwalt des VGH; Mitwirkung an mindestens 47 Todesurteilen gegen Deutsche, Österreicher, Franzosen und Tschechoslowaken.

JAAGER, Kurt
geboren am 30.1.1904, wohnhaft: 2320 Plön, Unterer Rathsteichweg 1
nach 1945: Erster Staatsanwalt beim Oberlandesgericht in Schleswig (bis 1959).
Vor 1945: Staatsanwalt beim Sondergericht in Wien; Erster Staatsanwalt und Vollstreckungsleiter bei Hinrichtungen beim Oberreichsanwalt des VGH; Mitwirkung an mindestens 26 Todesurteilen.

Dr. JAEGER, Helmut
geboren am 20.6.1901, wohnhaft in 8000 München 1, Franz-Joseph-Straße 39
nach 1945: Oberlandesgerichtsrat beim Oberlandesgericht München (bis 1966)
vor 1945: Staatsanwaltschaftsrat, Erster Staatsanwalt beim VGH; Beteiligung an mindestens 4 Todesurteilen.

LORENZ, Johannes
geboren am 7.3.1907, wohnhaft: 1000 Berlin, Kaiserdamm 102
nach 1945: Kammergerichtsrat in Westberlin (bis 1970)
vor 1945: Landgerichtsdirektor beim VGH; Mitwirkung an mindestens drei Todesurteilen.

van MEENEN, Günter
geboren am 14.2.1895, wohnhaft: 5657 Haan/Rheinland, Dellestr. 31
nach 1945 Landgerichtsdirektor in Duisburg (bis 1962)
vor 1945: Landgerichtsrat beim Oberreichsanwalt des VGH; Mitwirkung an mindestens einem Todesurteil.

Dr. MÜNICH, Alfred
geboren am 2.9.1906, wohnhaft in 8000 München 2, Geroltstraße 41
nach 1945: Senatspräsident beim Oberlandesgericht in München (bis 1970)
vor 1945: ab 1937 beim VGH; als Richter beim VGH an zahlreichen Todesurteilen gegen Antifaschisten und Widerstandskämpfer beteiligt.

Dr. NAUCKE, Kurt
geboren am 9.6.1905, wohnhaft: 3000 Hannover, Tischbeinstr. 38
nach 1945: Erster Oberstaatsanwalt in Hannover
vor 1945: Staatsanwalt beim VGH, Mitwirkung an mindestens 19 Todesurteilen.

NEBELUNG, Günther
geboren am 24.3.1896, wohnhaft in 3370 Seesen/Harz, Kurparkstraße 19
nach 1945: Rechtsanwalt beim Amtsgericht Seesen (bis 1968)
vor 1945: Senatspräsident beim VGH; fällte mehr als 28 Todesurteile, darunter 5 Todesurteile gegen Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944.

Otto RATHMEYER
geboren am 15.12.1905; wohnhaft in Landshut, Brühfeldweg 13;
nach 1945: Landgerichtsrat am Landgericht in Landshut (bis 1968);
vor 1945: Staatsanwalt und Vertreter des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof.
Mitwirkung an mehr als 78 Todesurteilen gegen tschechoslowakische Widerstandskämpfer.

Dr. Paul REIMERS
geboren am 4.2.1902; wohnhaft in Bremen, Im Westerholz 26;
nach 1945: Landgerichtsrat in Ravensburg (bis 1963);
vor 1945: Richter beim Volksgerichtshof.
Mitwirkung an mehr als 124 Todesurteilen gegen deutsche und ausländische Antifaschisten.

ROEMER, Walter
geboren am 27.8.1902, wohnhaft: 5300 Bonn, Schedestr. 4
nach 1945: Ministerialdirektor, Leiter Abt. IV (öfftl. Recht) im Bundesjustizministerium
vor 1945: Seit 1942 Erster Staatsanwalt, Sachbearbeiter beim VGH und Vollstreckungsleiter bei Hinrichtungen im Strafgefängnis München-Stadelheim; Mitwirkung an mindestens 25 Todesurteilen, in zwei Fällen auch an deren Vollstreckung.

SCHERF, Hellmuth
geboren am 10.7.1906 in Leipzig, wohnhaft in 5251 Schnellenbach ü. Engelskirchen, Alte Landstraße 11
nach 1945: Staatsanwalt in Düsseldorf (bis 1963)
vor 1945: Staatsanwalt in Dresden und beim VGH; beteiligt an Todesurteilen gegen tschechoslowakische Staatsbürger; forderte als Ankläger die Todesstrafe für Gewerkschafter.

Dr. SCHLÜTER, Franz
geboren am 13.4.1907, wohnhaft: 8000 München 71, Vinzenz-Schuepfer-Str. 75
nach 1945: Senatspräsident beim Bundespatentgericht in München (bis 1970)
vor 1945: Amtsgerichtsrat, Ankläger und Vollstreckungsleiter beim Oberreichsanwalt beim VGH; Mitwirkung an mindestens 21 Todesurteilen.

Dr. SCHREITMÜLLER, Adolf
geboren am 8.11.1902, wohnhaft in 7000 Stuttgart, Stälinweg 7
nach 1945: Landgerichtsdirektor in Stuttgart (bis 1968)
vor 1945: Landgerichtsrat beim Sondergericht Stuttgart und beim VGH; Mitwirkung an mindestens 19 Todesurteilen.

SPAHR, Karl
geboren am 7.8.1903, wohnhaft: 7140 Ludwigsburg, Seestr. 24/I
nach 1945: Landgerichtsrat in Stuttgart (bis 1962)
vor 1945: Oberstaatsanwalt beim Oberreichsanwalt beim VGH;
Mitwirkung an mindestens 38 Todesurteilen.

STARK, Edmund
geboren am 14.6.1909, wohnhaft in 7980 Ravensburg, Sunthaimstr. 19
nach 1945: Landgerichtsdirektor in Ravensburg (bis 1968)
vor 1945: Ankläger beim VGH; Mitwirkung an mehr als 50 Todesurteilen; nahm in zahlreichen Fällen selbst an der Vollstreckung der Todesurteile teil.

STEINKE, Max
geboren am 7.10.1910, wohnhaft in 7700 Singen/Hohentwiel, Hohehewenstraße 107
nach 1945: Amtsgerichtsdirektor in Singen (bis 1966)
vor 1945: Staatsanwalt beim VGH;
Mitwirkung an einem Todesurteil.

STRÖDTER, Gustav
geboren am 27.5.1909, wohnhaft in 6330 Wetzlar, Am Sturzkopf 24
nach 1945: Amtsgerichtsdirektor beim Amtsgericht Wetzlar (bis 1974)
vor 1945: Amtsgerichtsrat am Sondergericht Linz und seit September 1940 Ermittlungsrichter beim VGH; Mitwirkung an mindestens 12 Todesurteilen.

TREPPENS, Herbert
geboren am 13.12.1907, wohnhaft in 3100 Celle, Clemens-Kassel-Straße 4
nach 1945: Landessozialgerichtsrat in Celle (bis 1962)
vor 1945: Amtsgerichtsrat beim Volksgerichtshof (Sachgebiet Hochverrat); Mitwirkung an mindestens 11 Todesurteilen gegen polnische Widerstandskämpfer.

Dr. WETTENGEL, Alfred
geboren am 22.3.1903, wohnhaft in 7100 Heilbronn, Uhlandstraße 29
nach 1945: Amtsgerichtsrat in Heilbronn (bis 1964)
vor 1945: Landgerichtsrat am Sondergericht Eger und Ermittlungsrichter beim VGH; Mitwirkung an mehreren Todesurteilen.

KPF: Kampf für die Reinheit der Rassen?

Am 24. Dezember, Bulldozer vorneweg, griffen ca. 50 KPF-Mitglieder – nein, nicht das Elyseum an, sondern ein Ausländer-Wohnheim in der von ihnen regierten Pariser Vorort-Stadt Vitry. Einen Tag zuvor waren dort rund 300 aus Mali stammende Arbeiter eingezogen. Für den *„bedauerlichen Zwischenfall"* („Humanité", Zentralorgan der KPF am 3.1.81, also gut eine Woche s p ä t e r) wurde der Generalsekretär der KPF, Georges Marchais, von Jean-Marie Le Pen, Führer der faschistischen Partei „Front National", auf einer Wahlveranstaltung hofiert.



Franzosen – Ausländer: Eine einzige Arbeiterklasse

„Ein Sozialismus in den Farben Frankreichs"

Bereits 1969 forderten die KPF-Bürgermeister der Pariser Umgebung einen „Abbau der Ausländerkonzentration". Später, 1972, schlossen sich dieser Forderung sämtliche KPF-Bürgermeister Frankreichs an.

Zwei Wochen nach dem antisemitischen Mordanschlag an der Synagoge in der rue Copernic (3.10.80) begann die KPF mit der Organisierung einer Serie von Veranstaltungen, in denen sie sich für einen „Einwanderungsstopp" stark machte (wie hierzulande die SPD).

Am 28.10.80 veranstaltete die „Kommunistische Förderation" der Seine-Saint-Denis (Pariser Umgebung) eine Pressekonferenz zum Thema „Franzosen – Ausländer – gemeinsam gegen Ghettos". Die KPF-Bürgermeister zweier Gemeinden, Courneuve und Aulnay-sous-Bois, erklärten dort ihre Anliegen:
in Courneuve würden 16.000 ausländische Familien in 4.000 Wohnungen wohnen, in Aulnay 10.000 ausländische Familien in 3.000 Wohnungen.

Die beiden Bürgermeister griffen den Staat an, er würde absichtlich die Ausländer/innen in KPF-regierten Städten konzentrieren, um diese Kommunen zu „entstabilisieren". Der Bürgermeister von Courneuve gab dort Zahlen an: während 1975 die Stadt 35 % Ausländer zählte, sei die Zahl heute auf 70 % angestiegen. Wenn dieser Rhythmus anhalte, werde es *„innerhalb von zwei Jahren dort keinen einzigen Franzosen"* mehr geben.

Der Bürgermeister von Aulnay verdächtigte die Staatsmacht, die „illegale Einwanderung in kommunistisch regierte Gemeinden" zu tolerieren, gar zu organisieren. Unabhängig davon, daß dies stimmen mag, forderten beide KPF-Bürgermeister

tolerieren, gar zu organisieren. Unabhängig davon, daß dies stimmen mag, forderten beide KPF-Bürgermeister

auf der erwähnten Pressekonferenz tendenziell rassistische Maßnahmen – und sprachen dementsprechend: *„Die Ausländer arbeiten weniger als die Franzosen, 34 % gegenüber 46,7 %... Die materielle Situation dieser starken ausländischen Bevölkerung lastet auf dem sozialen Budget der Kommune... das heißt auf den Ferienzentren, Freizeitheimen, Kinderkrippen, Nothilfe-Diensten, sozialen Fürsorge-Einrichtungen, Schulkantinen usw. usf."*

„Die Übervölkerung von Kindern unterschiedlicher Nationalität ist ein großes Handicap für diese Kinder selber und für alle Kinder überhaupt. ... Man kann sich die katastrophalen Auswirkungen denken ... Ohne den Zeigefinger auf die Ausländer richten zu wollen, muß dennoch festgestellt werden – laut Bericht der Präfektur von 1979 – daß 28,7 % der Delikte von diesem Teil der Bevölkerung begangen werden, die sich in der bereits erwähnten moralischen und materiellen Misere befindet" (Zitate aus der Zeitschrift „Tumultes", Nummer 3, Dezember 1980).

Einige weitere Zitate bekräftigen, daß die KPF zwar einerseits die Staatsmacht verantwortlich macht, letztendlich aber die ausländischen Arbeiter/innen selber angreift bzw. sie verantwortlich macht für ihre Lebensbedingungen. Für eine Partei der Arbeiterbewegung keine schlechte Linie!

„Es gibt in Ivry 20 % Ausländer. Wir sagen es offen: das ist zuviel" („Le travailleur", 24.10.80).
„Diese Konzentration schafft ein gespanntes Klima, manchmal auch Streits zwischen den verschiedenen Nationalitäten und zwischen ihnen und den französischen Familien" („Humanité", 6.11.80).
„Eine solche Situation schafft ein Unwohlsein in der Bevölkerung, die sich in ihren Stadtteilen fremd vorkommt" (Erklärung der KPF-Abgeordneten des Department Val de Marne, 12.6.78).
„Das Büro der KPF-Sektion von Ivry hat eine Erklärung beschlossen über folgenden Kampf:
– Recht auf Sozialwohnung, Verteidigung der schlecht Untergebrachten,
– Recht auf ruhiges, sicheres Leben,
– Gegen die Konzentration der Ausländer in Ivry"
(„Le travailleur", 17.10.80).
„Wir Kommunisten sagen: ja, die Emigration muß gestoppt werden, wenn wir nicht neue französische oder ausländische Arbeiter zu Arbeitslosen machen wollen" („Humanité", 6.11.80).
„Die Wohnungsnot verschärft sich

beitslosen machen wollen" („Humanité", 6.11.80).
„Die Wohnungsnot verschärft sich

und viele französische Familien kommen an Sozialbauwohnungen nicht mehr ran" („Humanité", 6.11.80).
„Wir unterstützen diejenigen kommunistischen, gewählten Vertreter, die das Gesamtvolumen der Sozialhilfe für Ausländer heruntersetzen" („Humanité", 6.11.80).
„Die gewählten kommunistischen Vertreter sind entschlossen, dahingehend zu handeln, daß die französischen Familien gemäß ihres Anteils an der Bevölkerung stärker in den Genuß der Sozialpolitik kommen" („Le travailleur", 24.10.80).

Die KPF hat schon vor Jahren Plakate gedruckt: „Achetons francais!" und „Produisons francais" (Kaufen wir bzw. produzieren wir französisch!). Vielleicht kommt demnächst die Forderung hinzu: „Die französischen Wohnungen den Franzosen"?

Ein weiterer KPF-Bürgermeister, Villin, Bürgermeister von Nanterre, auch Generalsekretär der CGT-Gewerkschaft für die Öffentlichen Verkehrsmittel von Paris und Präsident der Sozialbaugesellschaft von Nanterre, schrieb einer Sozialbehörde den folgenden Brief:
„Herr Direktor,
Ich bedaure Ihnen mitteilen zu müssen, daß unsere Organisation sich zu einer Reduzierung der Aufnahme von Personen aus den Übersee-Gebieten gezwungen sieht.
Ihre Konzentration in unseren Hochhäusern schafft auf vielen Ebenen zahlreiche Probleme.
Einerseits gegenüber den anderen Mietern, durch ihre Lebensart: häufige und nächtliche Treffen, laute Musik, laute Unterhaltungen. Bitte tragen Sie in Zukunft diesem Brief Rechnung, wenn Sie uns Bewerber schicken..." (Aus „Etincelle" 112, 12.80). Ausländer können ja auch bekanntlich nicht wählen.



Plakat der KPF: „Sie schließen unsere Betriebe, sie investieren im Ausland – produzieren wir französisch".

Die Vitry-Affaire

In Frankreich leben derzeit rund 4 Mio. Ausländer/innen, d.h. sie bilden ca. 7,2 % der gesamten Bevölkerung. Besonders stark sind sie in der Pariser Region (36 %), in der Region Rhones-Alpes (12,8 %) und in der Provence Cote d'Azur vertreten (10 %). In Paris selber leben unter dem rechten Bürgermeister Chirac 520.000 ausländische Arbeiter/innen – d. h. sie machen ca. 20 % der Pariser Bevölkerung aus. In der Pariser Umgebung leben in Zahlen 120.000; 12,7 % in KPF-regierten Kommunen, 10,1 % in sozialistisch regierten Kommunen und 9,4 % in Orten, die von den Mehrheitsparteien regiert werden. In Vitry sind 13,9 % der Gesamtbevölkerung Ausländer (Zahlen aus „Liberation", 3.1.81). Der tatkräftige Einsatz der KPF-Mitglieder, der einen Sachschaden von über 300.000 Francs hinterließ, ereignete sich nach der Übersiedlung von 300 afrikanischen Arbeitern von der banachbarten, von den rechten Parteien regierten Gemeinde Saint-Maur in die KPF-regierte Gemeinde Vitry.

Den 300 Arbeitern war, aufgrund der Baufälligkeit ihres Heimes in St.-Maur, die Entscheidung zwischen verschiedenen Heimen freigestellt worden.

Weit davon entfernt, die Aktion selbstkritisch zurückzunehmen, beschränkt sich die KPF darauf hinzuweisen, der KPF-Bürgermeister sei nicht mit von der Partie gewesen (dieser will sogar Klage wegen „Diffamierung" seiner Person anstreben), und das Komplott der rechten Parteien gegenüber KPF-Gemeinden „entlarven".

Die Reaktionen ließen dementsprechend nicht auf sich warten.
Zwei Mitglieder der KPF sind bereits ausgetreten: Antoine Spire, jahrelang Funktionär der Partei, ehemaliger Geschäftsführer des KPF-Verlags „Editions Sociales" sowie Hassan Bouakra, Mitglied des Komitees der KPF-Föderation von Paris.

Am 29.12.80 veröffentlichten 14 Organisationen aus Vitry folgendes Communiqué:
„14 Organisationen aus Vitry und Ivry sowie Einwohner dieser beiden Städte, die sich am 29.12.80 versammelten, legen Wert darauf, ihre Solidarität mit der ausländischen Bevölkerung beider Städte zu betonen. Sie verurteilen die Handlungen der kommunistischen Vertreter von Ivry am Weihnachtsabend gegenüber Arbeitern aus Mali ... Die Sachbeschädigungen der kommunistischen Gemeindevertreter (Sperrung des Wassers, der Elektrizität und der Gas-

Fortsetzung nächste Seite

Gesetzespaket gegen die ausländische Bevölkerung

Zur weiteren Disziplinierung und Diskriminierung der ausländischen Bevölkerung in Frankreich sind in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Gesetzen und Erlassen zum Teil bereits verabschiedet worden, zum Teil noch in der Verhandlung.

Gesetz Barre-Bonnet

Dieses Gesetz ändert den bisher gültigen Erlaß vom 2.11.45, der die Einwanderungs- und Aufenthaltsbedingungen regelte. Das Gesetz wurde am 10.1.1980 verabschiedet und soll offiziell der „illegalen" Einwanderung einen Riegel vorschieben.

In Wirklichkeit hat es aber noch viel weitreichendere Konsequenzen und vergrößert die Unsicherheit und die Willkür für die ausländischen Arbeiter/innen und ihre Familien.

Der erste Artikel des Gesetzes betrifft die Einwanderungsbedingungen:
Bislang reichte, um in Frank-

betrifft die Einwanderungsbedingungen:

Bislang reichte, um in Frankreich einzureisen, ein Paß bzw. ein einfacher Ausweis, mit oder ohne Visum (je nach den internationalen Abmachungen).

Jetzt müssen die Ausländer, die nach Frankreich einreisen wollen, „Rückkehr-Garantien" präsentieren. Diese Garantien sind bislang nicht näher bestimmt, derzeit hängt ihre Definition von der Grenzpolizei und ihrer Willkür ab.

Wenn Ausländer nach Frankreich einreisen wollen, um dort zu arbeiten, müssen sie die notwendigen bewilligenden Dokumente vorzeigen. Dies reicht aber noch nicht aus, da ein Passus dieses 1. Artikels des Barre-Bonnet Gesetzes das Verbot der Einreise vorsieht für jede/n Ausländer/in, der (die) eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstelle.

Der dritte Artikel betrifft die „Behandlung" derjenigen Ausländer, die sich „illegal" in Frankreich aufhalten und nicht die Möglichkeit haben, sofort das französische Territorium zu verlassen. Diese Ausländer können nun in Haft genommen werden.

Der sechste Artikel weitet die Ausweisungsmöglichkeiten aus. Eine Ausweisung – im Unterschied zu einer Abschiebung – bedeutet nun, daß dem Ausgewiesenen 5 Jahre lang oder auch „lebenslänglich" die Wiedereinreise nach Frankreich verboten bleibt bzw. ihm der Erwerb der französischen Staatsangehörigkeit verwehrt wird.

6 Ausweisungsbegründungen sind gesetzlich vorgesehen:
Die erste (und vor diesem Gesetz einzig mögliche): *„Wenn die Anwesenheit des Ausländers eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Glaubwürdigkeit (?) bedeutet".*
Die zweite: *„Wenn der Ausländer über eine gefälschte, veränderte oder unter einem anderen Namen ausgestellte Aufenthaltsgenehmigung verfügt."*
Die dritte: *„Wenn der Ausländer seine legale Einreise nach Frankreich nicht bestätigen kann"*; die vierte: *„Wenn der Ausländer sich länger als drei Monate in Frankreich aufhält, ohne im Besitz einer legalen Aufenthaltsgenehmigung zu sein".*
Die fünfte: *„Wenn dem Ausländer bereits eine Aufenthaltsgenehmigung verweigert worden ist, und er dennoch nicht das französische Territorium verlassen hat"*; die sechste: *„Wenn dem Ausländer eine Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung verweigert worden ist, und er sich dennoch weiterhin auf dem französischen Territorium aufhält".*

Dies ist eine neue Praxis:
Bislang konnten Ausländer erstmal klagen – jetzt können sie sofort ausgewiesen werden, ohne jegliche rechtliche Möglichkeit ihrerseits.
Ursprünglich sah das Gesetz

jegliche rechtliche Möglichkeit ihrerseits.
Ursprünglich sah das Gesetz

sogar die Inhaftierung aller Ausländer vor, die diese letzten vier Bestimmungen ‚erfüllen'. Dies wurde letztendlich als nicht vereinbar mit der französischen Verfassung erklärt....

Das d'Ornano-Gesetzesprojekt

Dieses Gesetzesprojekt betrifft die Wohnbedingungen für sogenannte *„besondere Bevölkerungskategorien"* wie „junge Arbeiter, Behinderte, ältere Bürger, ausländische Arbeiter" u.a., die in Heimen leben.

Kernstück des Gesetzes ist die Verstärkung der Macht der Heimverwaltungen. Zum Beispiel kann die Miete direkt vom Arbeitgeber (d.h. vom Lohn abgezogen) werden, zum Beispiel kann der Verwalter das Verbleiben im Heim von einer Arbeitsstelle oder von der Bezahlung von Krankenversicherungen u. a. abhängig machen.

Was dies bedeutet, kann man an zunächst fiktiven Beispielen verdeutlichen:
– ein ausländischer Arbeiter beteiligt sich an einem Streik. Er wird vom Betrieb entlassen. Sein Arbeitgeber verweigert die Fortzahlung seiner Heimmiete. Daraufhin wird der Wohnvertrag gebrochen. Danach steht seine Ausweisung nicht mehr fern – da er weder Arbeit noch eine Wohnung hat, und somit die Aufenthaltsgenehmigung verfällt.
– Ein ausländischer Student fällt bei einem Examen durch. Er darf nicht mehr an der Uni weiterstudieren. Also darf er auch nicht mehr im Studentenwohnheim leben. Auch ihm blüht die Ausweisung.
– Eine ältere Frau muß 4 Monate lang im Krankenhaus liegen. Da sie in der Zeit ihr Zimmer nicht bewohnt, kann sie aus dem Altersheim entlassen werden.

Karteimäßige Erfassung aller Ausländer

Nach dem Wunsch des Innenministers sollen alle in Frankreich lebenden Ausländer datenmäßig erfaßt werden – und zwar unter drei Gesichtspunkten: Personalien, Arbeitsbedingungen, Straf- und Administrationsmaßnahmen.

Ausländer sollen besondere Ausweise bekommen, aus denen man sofort alle wichtigen (s.o.) Daten entnehmen kann.

Damit es den Bullen gleich optisch ins Auge fällt, mit wem sie es zu tun haben, sollen die Ausländer auch verschiedenfarbige Ausweise bekommen – je nach Kategorie (ob sie naturalisiert worden sind, ob sie eine einfache Aufenthaltsgenehmigung bekommen haben, oder eine privilegierte usw.).

Bonnet-Rundschreiben, Imbert-Erlaß

Bonnet-Rundschreiben, Imbert-Erlaß

Beide, Erlaß und Rundschreiben, betreffen die Lage der ausländischen Studenten/innen in Frankreich.

Studieren in Frankreich wird ein wahres Hindernisrennen für Ausländer:
– die Bewerber müssen in ihrem Heimatland die notwendigen Papiere bei der französischen Botschaft beantragen, Grundvoraussetzung, um überhaupt eine Bewerbungsmöglichkeit zu haben, ist der Nachweis einer finanziellen Absicherung: 8000 Francs müssen erstmal nachgewiesen werden.
– Der Kulturattaché der Botschaft konsultiert dann die *„Oppositionskartei"* (so wörtlich!), das heißt linke Bewerber sind eh ziemlich chancenlos...

Für diejenigen Bewerber allerdings, die *„mittels ihrer Fähigkeiten oder Talente Frankreich wichtige Dienste erweisen können, oder dort unentgeltliche Aktivitäten leisten wollen"*, gibt es eine Sonderklausel. Davon sollen wahrscheinlich die guten Freunde der Giscard d'Estaing-Familie profitieren... Diejenigen, die die „öffentliche Ordnung in Frankreich stören" könnten, werden natürlich abgelehnt.
– Wenn der ausländische Studienbewerber in Frankreich ist, hat er weder das Recht, sitzen zu bleiben, noch einer Arbeit nachzugehen, noch während des Studiums das Fach zu wechseln.

Wenn der ausländische Student sich in Frankreich als rebellisches Element profiliert, kann er sofort ausgewiesen werden.

Wie die Erziehungsministerin Alice Saunier-Seité bereits sagte: die französischen Unis sollen nicht zum *„Mülleimer der dritten Welt"* (!) werden.

Frankreich-Kommission

KPF: Kampf für die Reinheit der Rassen?

Fortsetzung von der vorherigen Seite

leitungen) haben die Wohnbedingungen dort unerträglich gemacht.

Diese Aggression ist umso weniger tolerierbar, als sie von einer Partei der Arbeiterklasse stammt. Die Unterzeichnenden verlangen die sofortige Reparatur der begangenen Beschädigungen und die sofortige Einschaltung der Heizungen" – unterschrieben von: CFDT, PS, PSU, „Amis de la Terre" (frz. Ökologisten), OCR, LCR (beides Organisationen der IV. Internationale), Licra (Bewegung gegen Rassismus und Antisemitismus), PCR (pro-albanische Organisation), „Rock against Police" und weiteren Gruppen (zitiert nach der PSU-Zeitung „Tribune Socialiste hebdo", Nr. 875, 10. - 16.1.81).

Die Gemeinde-Vertreter drohen mit einem Boykott der Abstimmungen über die Gemeinde-Etats, falls die KPF-Vertreter ihre Haltung „Stop der Einwanderung" nicht revidieren („Libération", 13.1.81)

Der Rektor der Pariser Moschee rief für den 6.1.81 zu einem *„großen Gebet"* gegen *„den irregeführten Bürgermeister"* von Vitry auf, woran sich ca. 6.000 Menschen beteiligten.

Während die Gewerkschaft CFDT schrieb: *„Die KPF nimmt die schwere Verantwortung einer Spaltung zwischen französischen und ausländischen Arbeitern und deren rassistische Konsequenzen auf sich ... Diese Gewalt- und Repressionsakte sind einer Organisation der Arbeiterbewegung nicht würdig"*, meinte die KPF-beeinflußte CGT-Gewerkschaft wei-

gung nicht würdig", meinte die KPF-beeinflußte CGT-Gewerkschaft wei-

ter sagen zu können: *„Die Lokalsektion der CGT in Vitry ist entschieden gegen die ausländerfeindliche und antikommunistische Aktion vom 23. 12.* (gemeint ist keinesfalls der Überfall, sondern der U m z u g von St.-Maur nach Vitry – Anm. AK) *und die Gangster-Methoden, mit denen dem Bürgermeister und der Bevölkerung unserer Stadt ein neues Kontingent von 300 Maliern aufgezwungen wird, während hier schon zwei Heime existieren"* („Le Monde", 31.12.80).

Der Generalsekretär der KPF, Georges Marchais, enttäuschte mal wieder nicht die Erwartungen.

In einem offenen Brief an Si Hamza Boukabreur, Rektor der Pariser Moschee, der ihn zu einer Distanzierung von dem Bürgermeister von Vitry aufgefordert hatte, schreibt er: Er bedaure es, den Rektor in *„einer Reihe wiederzufinden mit der Rechten und der Extrem-Rechten, mit den sozialistischen Führern, mit der CFDT, der FEN und weiteren Grüppchen, die als Vorwand für ihre antikommunistische Politik diesmal die Ausländer nehmen ... Ich sage Ihnen das klar: Ja, die Wahrheit der Fakten führt mich zu einer bedingungslosen Unterstützung meines Freundes Paul Merciera, Bürgermeister von Vitry, gegenüber der rassistischen Aggression des Giscard-Bürgermeisters von Saint Maur.*

Ganz allgemein: ich unterstützte seine Ablehnung, noch mehr Ausländer in seine Gemeinde reinzulassen. Die Anwesenheit von knapp 4,5 Millionen Ausländern und Mitgliedern ihrer Familien in Frankreich, sowie die weitere Einwanderung gibt große Probleme auf. Giscard und Stoleru (Minister für Ausländerfragen) betreiben weiter eine illegale Einwanderung von völlig rechtlosen und total ausgebeuteten Werktätigen. Dies trifft für Türken und Malier zu".

Ähnlich wie sich die SPD in manchen Städten (z.B. in Frankfurt) gegenüber der CDU in der Ausländer- und Asylantenfrage als diejenige Partei „profiliert", die „schon als erste davor gewarnt" habe, weist Marchais darauf hin, daß er derjenige war, der innerhalb seiner Partei eine Vorreiterrolle gespielt hat: *„Bereits im Oktober 1969, als ich innerhalb der Leitung der KPF für Ausländerfragen zuständig war, haben die kommunistischen Bürgermeister der Pariser Umgebung und die kommunistischen Abgeordneten von Paris meinen Vorschlag unterstützt, die Forderung nach Abbau der Konzentration ausländischer Arbeiter in bestimmten Gemeinden mitzutragen"* („Libération". 8.1.81).

Vor einiger Zeit noch ließ die CGT-Gewerkschaft folgendes Plakat drucken: „Rassismus: Gift der Unternehmer, spaltet und tötet"....

Frankreich-Kommission

»BI Ausländerstopp« hetzt weiter

Nachdem der Versuch der NPD-eigenen „Bürgerinitiative Ausländerstopp", in Nordrhein-Westfalen ein „Volksbegehren" für ihre Forderungen durchzusetzen, an eher formalen Einwänden der Landesregierung gescheitert ist, haben sich die Rassisten ein neues Aktionsziel gesetzt: Jetzt sollen 1 Million Unterschriften gesammelt und dem Bundestag übergeben werden. Gefordert wird: Ausländerstopp, Ausweisung „illegaler und krimineller Ausländer", „Förderung der Rückkehrbereitschaft" u.a.m. Mit ihrer Unterschrift bekunden die Unterzeichnenden außerdem, daß sie „keineswegs ausländerfeindlich" seien. Außerdem hat die NPD es für nötig befunden, sich von der mit ihr konkurrierenden Rassisten-Initiative für „Ausländerbegrenzung" des DVU-Chefs und „National-Zeitung"-Herausgebers Gerhard Frey abzugrenzen. NPD-Generalsekretär Walter Seetzen beansprucht für seine Initiative die Führung in Sachen Rassismus, da sie bereits *„seit vielen Monaten aktiv und in der Öffentlichkeit bekannt"* sei („Deutsche Stimme", 1/81).

AG Ausländer

DEUTSCHE STIMME II/1981

AUSLÄNDER-STOPP

DEUTSCHLAND den DEUTSCHEN!

Volksmord an (West-) Deutschland!

Das (west-) deutsche Volk wird aussterben

Was kann man tun?

1. Unterschriftenaktion für den Bundestag
Auf dieser Seite sehen Sie eine solche Unterschriftenliste. Die können Sie bei uns kostenlos beziehen. Sammeln Sie im Freundes-, Verwandten- und Bekanntenkreis. Jede Unterschrift ist wichtig. Zeigen wir denen in Bonn, daß das deutsche Volk die verhängnisvolle Ausländerpolitik nicht mehr mitmachen will!

2. Informationsschriften der Bürgerinitiative „Ausländerstopp"
Wir halten Info-Schriften zur Aufklärung der Bevölkerung für Sie bereit. Helfen Sie und bestellen Sie. Flugblätter können zum Beispiel ohne jede Genehmigung oder Anmeldung in die Briefkästen der Häuser gesteckt oder auf den Straßen, vor Schulen und Betrieben verteilt werden.

3. Argumente der Bürgerinitiative verbreiten
Schreiben Sie zum Beispiel Leserbriefe zum Thema an Ihre Zeitung. Fassen Sie sich kurz. Dann ist die Chance der Veröffentlichung größer. Verwenden Sie die sachlichen Argumente



Bayern: »Grauer Wolf« darf Lehrer bleiben

Bereits seit Mitte letzten Jahres fordert die bayrische SPD-Landtagsabgeordnete Carmen König die Ablösung des türkischen Faschisten M. **Pilavci**, der an der Volksschule Neufahrn bei Freising als Lehrer tätig ist. Pilavci war in der Türkei Mitglied der faschistischen MHP („Graue Wölfe") und kandidierte für diese Partei sogar als Abgeordneter. In der BRD setzt er seine faschistische Betätigung als Vorsitzender des „Türkischen Idealistenvereins" in München fort. Die „Idealistenvereine" sind Tarnorganisationen der türkischen Rechtsradikalen.

Wie Schüler seiner Klasse selbst aussagten, *„habe Pilavci im Unterricht sich nachdrücklich für die Wiedererrichtung des großosmanischen Reiches eingesetzt, Fremden- und Judenhaß geschürt, als Feinde ‚Amerika' und die ‚Kommunisten' in gleicher Weise dargestellt und die Kinder aufgerufen, mitzumachen und für ‚das Land' zu kämpfen"* („tat" v. 23.1.81). Dazu kommt noch, daß Pilavci Kinder im Unterricht geprügelt hat, bis sie Nasenbluten bekamen. Dies berichteten Schüler gegenüber dem Bayrischen Rundfunk.

Reaktion des CSU-Kultusministeriums: Man habe Pilavcis Unterricht überprüft, mit der türkischen Elternvertretung gesprochen und keine Bestätigung für die Vorwürfe gefunden. Wenn es nach dem bayrischen KuMi geht, soll der Faschist somit weiter ‚unterrichten', bis sein Vertrag im Sommer 1982 ausläuft.

AG Ausländer

Putsch in der Türkei Graue Wölfe in der BRD

Mannheim. Unter diesem Motto fand am 24. Januar im Gewerkschaftshaus eine Informationsveranstaltung statt. Zu dieser Veranstaltung hatten AI Mannheim/Ludwigshafen, Asta der FH Sozialwesen Ludwigshafen, Dritte Welt Laden Mannheim, Treff International Ludwigshafen und Stadtjugendring Mannheim e.V. aufgerufen. Die Veranstaltung war mit 500 Personen sehr gut besucht. (In den Saal passen normal ca.350 Personen). Ca. 100 Menschen konnten nicht mehr hereingelassen werden. Die Veranstalter hatten Kamil Taylan (türkischer Journalist) und Jürgen Roth (Schriftsteller und Journalist) eingeladen, die über die Situation in der Türkei und über die ‚Grauen Wölfe' in der BRD berichteten. Danach fand eine ca. 2-stündige Diskussion statt. Türken berichteten über Erlebtes hier und in der Türkei. Es war schon erstaunlich, welcher Wandel sich bei den einzelnen Organisationen vollzogen hatte. Im Oktober 80 fand schon einmal eine Türkeiveranstaltung statt, dabei haben die Mitglieder der verschiedenen türkischen Organisationen nicht miteinander gesprochen. Dieses Mal haben sie miteinander diskutiert. Vielleicht sind sie das nächste Mal in der Lage, ihre gegenseitigen Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufzuheben und eine GEMEINSAME Veranstaltung durchzuführen.

JA, Sympi aus Heidelberg

»das da« bricht das Tabu der Ausländerfreundlichkeit

Unter der Überschrift *„Kein Herz für Kanaken"* wird in der Januarnummer der „DAS DA" ein „Tabu" durchbrochen – das Tabu der *„ausländerfreundlichen Attitüden"*, *„das Trommelfeuer pastoraler Ermahnungen"*, das *„permanente sich-in-die-Tasche-lügen"* – das macht sich zwar immer gut, *„nur verstellt es oft den Blick für die Tatsachen"*. Der DAS DA-Schreiber Claus M.Martinot fordert stattdessen, sich zum gesunden Volksempfinden zu bekennen. *„Wer das nicht sehen will, ist ein Narr. Daß die Deutschen latent ausländerfeindlich sind, ist ein Klischee, das vermutlich stimmt"*.

Ausgangspunkt ist angeblich ein Erfahrungsbericht einer Lehrerin aus Hamburg-Wilhelmsburg. An ihrer Schule streiken jetzt die Putzfrauen, weil die Toiletten so schmutzig sind. Dazu die Lehrerin: *„Weil den Türken nicht beizubringen ist, wie man aufs Klo geht. Die stellen sich auf die Brille und scheißen von oben. Wie in Anatolien"*. Die Lehrerin sei eigentlich sozialkritisch, heißt es in dem Artikel, sie würde so etwas nur privat sagen, – sich niemals einem Reporter anvertrauen (außer dem „DAS DA" Reporter) und weiter: *„Sie hat Angst, als fremdenfeindlich, wenn nicht gar faschistisch dazustehen. Sie möchte nicht in der NPD-Ecke landen. „Aber irgendwas muß jetzt passieren"*, sagte sie, *„wenn noch mehr Türken hierherkommen, gibt's Krawall"*.

Diesen „Tatsachen" will sich der „DAS DA"-Schreiber stellen, denn *„was darüber öffentlich gesagt und geschrieben wird, sind die alten Phrasen, die alten Moralpredigten"*. Die „Tatsachen", die im Artikel genannt werden, knüpfen an eine reaktionäre bis faschistische Ausländerhetze an. Hier einige der Punkte, die so *„oft verdrängt werden"*.

– Zunächst ein kleiner antikapita- verdrängt werden".

– Zunächst ein kleiner antikapitalistischer Schlenker: es wird festgestellt, daß nicht d i e deutsche Bevölkerung die Ausländer geholt hat, sondern Industrie und Wirtschaft. – Dann werden die Zahlen der hier lebenden Ausländer genannt, dazu heißt es: *„Die veritable Invasion mußte zwangsläufig Gegenreaktionen provozieren. Schon deshalb, weil die Bevölkerung nie gefragt wurde, ob sie damit einverstanden ist"*.

– Als letztes wird herausanalysiert, daß eine Integration bei den Türken (als stärkste Ausländergruppe) *„mehr als zweifelhaft ist"*. Als Beispiel dafür müssen die Zustände in Berlin-Kreuzberg herhalten, von denen es heißt: *„Entstanden ist ein riesiger Slum, den die wenigen noch verbliebenen Deutschen als eine Art türkische Besatzungszone empfinden"*.

Nach dieser „Realitätsbeschreibung" folgt eine Abrechnung mit den Vorschlägen der *„Integrations-Romantiker"*. Dazu wird ein Aufsatz eines Hochschulprofessors aus der „Zeit" vom 21.11.8o herangezogen. Als besondere *„Traumtänzerei"* wird die Aussage zur *„interkulturellen Erziehung"* (Kinder verschiedener Nationalitäten lernen zusammen, ohne daß die Ausländer „germanisiert" werden) und zur Anerkennung der BRD als Einwandererland benannt. Man kann solchen Vorschlägen von liberalen Bildungsprofessoren oder auch von SPD-Reformern natürlich skeptisch gegenüberstehen (wir selbst haben uns mit der „Integrationspolitik" in AK 191 sehr kritisch auseinandergesetzt), doch „DAS DA" bietet eine andere Alternative. Sie schaut dem einfachen, unverdorbenen Volk aufs Maul, das die Probleme nicht aus *„einem komfortablen Wolkenkuckucksheim betrachtet"*.

„In einer Zeit verschärften Konkurrenzdrucks dürften die meisten deutschen Eltern daran nicht so sehr interessiert sein, daß ihre Sprößlinge etwas über den Koran erfahren. Sondern gute Noten heimbringen, um eine rare Lehrstelle zu ergattern". In Konfrontation zu dem Integrations-Professor wird der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes zitiert (auch aus der „Zeit" vom 21.11.8o) und zwar unter der Vorankündigung: *„Schilling sagt, . . . was unter den guten Menschen der linksopportunistischen Szene ein Wutgeheul auslösen dürfte: Die deutsche Bevölkerung ist mit großer Mehrheit nicht bereit, sich mit Massen von Menschen häuslich einzurichten, die sie als ausgeprägt andersartig und nicht anpassungsfähig empfindet"*. Der Rotkreuzler plädiert für *„eine behutsame Rückführung von Ausländern in ihre Heimat"*.

Danach folgt der so „menschlich verständliche" Satz: *„Machen wir uns doch nichts vor. Es ist verdammt leicht, aus dem warmen Redaktionsstübchen heraus die Ausländer – ja bitte! – Parole auszugeben, . . .Doch was kommt da auf uns zu?". „Selbst im angeblich so toleranten Holland grassiert Haß gegen die Molukker. Und zwar dort, wo sie ganze Neubau-*

Und zwar dort, wo sie ganze Neubau-

viertel dominieren. Das ist nicht Xenophobie – Feindseligkeit gegen alles Fremde – sondern schlichte Angst vor Überfremdung. Ein offenbar weltweit verbreiteter Grundzug menschlichen Wesens. Mit ihm muß man wohl rechnen, wenn man Politik macht".

Um einen *„Grundzug menschlichen Wesens"* handelt es sich also! Da hilft dann natürlich keine Aufklärung, keine Analysen und Erkenntnisse über die Ursachen, keine Auseinandersetzung mehr.

Während in der BRD Ausländerfeindlichkeit und Rassismus stärker werden, während die NPD und Faschisten versuchen, eine Kampagne unter der Forderung „Ausländer Raus" zu initiieren, steht Röhls „DAS DA" nicht abseits. Wie es derzeit offenbar einer Modeströmung in verrotteten „angelinkten" (??) Kreisen entspricht, müssen alle alten „linken Tabus" durchbrochen werden, nach dem Motto: „Stehen wir zu unserer Scheiße im Kopf!" – hier zu Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.

AG Ausländer

Fall Özkan: Liefert BRD-Justiz politischen Flüchtling an die türkische Junta aus?

Am 27.12.8o berichteten türkische Zeitungen, ebenso auch die Pariser „Le Monde", daß Semsi Özkan, der in der Türkei mit Todesschußbefehl gesucht wird, in der BRD festgenommen wurde. Einem Bericht der türkischen Zeitung „Hürriyet" zufolge hat sich die Politische Polizei Istanbuls über Interpol an die entsprechenden BRD-Organe gewandt, um die sofortige Auslieferung Özkans an die Türkei zu erreichen. Nach türkischen Vorstellungen soll - so „Hürriyet"– ein türkischer Polizeitrupp in die BRD geschickt werden und Özkans Transport unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen organisieren und durchführen.

Semsi Özkan, Mitglied des ZK der illegalen „Marxistisch-Leninistischen bewaffneten Propaganda-Einheit" (MLSPB), war 1977 in der Türkei verhaftet worden, konnte aber im August '8o, also noch vor dem Militärputsch, gemeinsam mit Freunden aus dem Toptasi-Gefängnis fliehen. Die faschistische Militärjustiz behauptet, daß Özkan an verschiedenen größeren Raubüberfällen beteiligt gewesen sei sowie über 3o Faschisten und „Sicherheitskräfte" getötet habe. Außerdem werden ihm Kontakte zu den „Roten Brigaden" und zur RAF nachgesagt. Klar ist, daß Özkans Auslieferung an die türkische Justiz seinen sicheren Tod bedeuten würde. Eine Auslieferung widerspräche somit der geltenden westdeutschen Rechtsprechung (bekanntlich sieht das Grundgesetz keine Todesstrafe vor). Jene Rechtsprechung allerdings kann bislang gar nicht in Anspruch genommen werden, da seine obersten Vollzieher – das Bundesjustizministerium – entschieden bestreiten, etwas von einer Verhaftung Özkans in der BRD und einem Auslieferungsersuchen von türkischer Seite zu wissen. Dies ergaben Nachforschungen, die von Rechtsanwälten, der „TAZ" u.a. angestellt wurden.

Es besteht somit die Gefahr, daß Özkan heimlich an die Junta ausgeliefert werden soll. Daß die westdeutsche Justiz (und die Bundesregierung!) hierzu prinzipiell bereit ist, zeigt der Fall Levent Begen: Begen, der bereits in türkischen Gefängnissen gefoltert worden war, wurde trotz Asylantrags Anfang Juli letzten Jahres an die Türkei ausgeliefert. Über sein weiteres Schicksal in der Türkei ist bis heute nichts bekanntgeworden.

AG Ausländer

Lex Feiling

,,Wenn nicht alles täuscht, dann wird dieses Verfahren samt seinem Vorspiel zu der ‚kalkuliertesten' Ansammlung von Untaten und Verbrechen, die dieser Staat je begangen hat' '' (Initiative für Hermann, Sybille und Sylvia). Mit Worten zu kennzeichnen, was sich z.Zt. vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt im ,,Feiling-Prozeß'' abspielt, ist kaum noch möglich. Wie auch die Tatsache, daß dieser Prozeß — ohne Hermann, gegen Sybille Straub und Sylvia Herzinger — überhaupt stattfinden kann, im Wortsinn unglaublich und unvorstellbar ist. Bundesrepublikanische Wirklichkeit jedoch heißt: ,,Aussagen'', dem schwerverletzten Hermann Feiling abgepreßt einen Tag, nachdem ihm die Augen entfernt und Beine knapp unterhalb des Beckens amputiert werden mußten und mit Verbrennungen 2. Grades und Platzwunden im Gesicht, sind ,,freiheitlich-demokratisches'' ,,Beweis''-Material.

Juristisch wurde der Prozeß gegen die beiden Frauen ermöglicht durch das Betreten von ,,Neuland'': Der nichtangeklagte (weil verhandlungsunfähige) Hermann darf zu den ihm abgepressten und manipulierten, ihm in den Mund gelegten ,,Aussagen'' als Zeuge nicht Stellung nehmen, nicht einmal eine schriftliche Stellungnahme nimmt das Gericht zur Kenntnis. Das Wörtchen ,,vorläufig'' im Einstellungsbeschluß erklärt diese ,,Neuland''-Beschreitung zu Recht. Mit Hermann als Zeuge wäre der Prozeß geplatzt, da er als Verlobter von Sybille Strauch von seinem Aussageverweigerungsrecht hätte Gebrauch machen können und auch das ,,Geständnis'' unbrauchbar geworden wäre. Aber auch eine Aussage Hermanns als Zeuge mußte verhindert werden: *,,Der Prozeß, der nur mit und über Hermann Feiling entschieden werden könnte, um den es sich doch von A bis Z dreht, muß ohne ihn gelingen, gerade weil er etwas auszusagen hätte und einer Wahrheitsfindung dienen könnte, die sich um das tatsächlich begangene Verbrechen kümmert.*

Es herrscht also endlich offen lateinamerikanische Justiz in deutschen Gerichtssälen. Die eben dadurch gekennzeichnet ist, daß der Angeklagte die eigentlich gefährliche Anklagebehörde darstellt, dessen bloße Anwesenheit allein demonstrative Peinlichkeit bedeuten würde, weil die Folter sinnlich konkret zum Ausdruck käme, die man ihm antat.

Da er eben Zeuge eines Verbrechens wurde, darf er als Zeuge nicht anerkannt sein. Als Angeklagter ist er ebenfalls verbannt. Zwar nicht als ‚Mitbeschuldigter', aber eben doch aus dem Gerichtssaal.

Selbst die von ihm aus der kasernierten Kontaktsperre herausgeschmuggelten Tonbandkassetten, die eindrucksvoll seinen seinerzeitigen Geiselstatus belegen, dürfen — nach dem Willen der Staatsanwaltschaft — vor Gericht nicht abgespielt werden. Nicht weil ‚Tonträger vor Gericht stets problematische Beweismittel' sind, sondern weil sie selbst noch ein Zuviel an Enthüllungen wären''.

Und der Grund für das alles? *,,Rebmann, der es wissen muß, erklärte damals, Feiling sei das Mittel, um in die ‚Revolutionären Zellen' einzudringen. Auch Rebmann soll als Zeuge nicht erscheinen ... Herold, der inkompetente Richter und vernehmungsführende staatsanwaltliche Nichtskönner zugunsten computerisierter Sachbeweise abschaffen will, hätte sauberer gearbeitet. Der ‚Gesamtkomplex RZ' ist ihm dann auch sofort übertragen worden''.*

Hermanns Rechtsanwalt Baier sagte dazu in seinem Einstellungsantrag: *,,Hermann Feiling ist in diesem Verfahren immer nur Objekt staatlichen Handelns gewesen:*

- *sein verbrannter und verstümmelter Körper und sein Bewußtsein davon war das Werkzeug, mit dem in ihn eingedrungen werden konnte; er war ein monatelang bearbeitetes Werkzeug, mit dem Staatsanwalt und Kriminalbeamte in die Revolutionären Zellen eindringen wollten,*
- *er war und ist das Mittel, um den Prozeß in Gang zu bringen und zum Urteil zu treiben, Beweismittel für die eigene Verurteilung und die seiner Mitangeklagten,*
- *er dient als Demonstrationsobjekt, um die Sinnlosigkeit jeder Auflehnung und des Protestes gegen die bestehenden Verhältnisse zu demonstrieren.*

Ein Urteil über Feiling wird auch ein Urteil über die Justiz und diesen Staat sein'' (aus Konkret 1/81).

Wir veröffentlichen hier die Prozeßberichte der ‚Initiative für Hermann, Sybille und Sylvia' — von der auch alle nicht anders gekennzeichneten Zitate stammen — über die Prozeßtage vom 15., 17. und 22.1. Die Berichte zeichnen in ihrer Genauigkeit und Ausführlichkeit ein schonungsloses Charakterbild der an Hermanns Verhören Beteiligten und dafür Verantwortlichen. Allesamt, versteht sich, ,,Säulen'' der Gesellschaft in Polizei, Justiz und Medizin.

Am 13.1. war bereits der zuständige Staatsanwalt bei der Bundesanwaltschaft Pieper verhört worden, der ,,sich nicht mehr erinnerte'', ob er, ein untergeordneter Polizist, ober überhaupt jemand Hermann vor dem Verhör rechtlich belehrt habe. Im übrigen sei es laut Pieper auch nicht notwendig gewesen, Hermann — gegen den kein Haftbefehl bestand — mitzuteilen, daß er verhört wird. Überhaupt befand sich Hermann — wiederum nach der Aussage dieses Herrn — in der totalen Verfügungsgewalt von Bundesanwaltschaft und Polizei zum Schutz gegen eine angebliche Bombendrohung der RZ; wobei Pieper in einer freudschen Fehlleistung der Wahrheit unfreiwillig wohl auf die Spur kam: *,,War halt ne Bombendrohung* (Pause) *von der Polizei''*!

Antirepressions-Kommission
KB-Westberlin

15.1.81

Man befindet sich immer noch nicht in der Beweisaufnahme, sondern in jenem verfahrensmäßigen Stadium, wo Gericht und Gutachter die Vernehmungsfähigkeit Hermanns zur Zeit seiner barbarischen Verhöre untersuchen. Ein Akt, der sich hinzieht, der ernsthaft gar nichts prüft, sondern dazu da ist, die damalige Unrechtssituation rechtsstaatlich zu kaschieren. Da Hermann — zu diesem Zweck — auch als Zeuge aus dem Gerichtssaal entfernt ist, geht es nur noch darum, reihenweise eben jene Beamte auftreten zu lassen, die sich seinerzeit vergingen; und die bezeugen sich natürlich uneingeschränkt positiv selber.

So auch der Dieter Berberich aus Heidelberg, Rohrbacher Str. 11, im Hause der Polizeidirektion Heidelberg für Staatsschutzsachen ebenso zuständig wie berüchtigt. Von der Erscheinung her ein genuines polizeiliches Fiesauge. Wie das denn nun alles so gewesen sei, wird er befragt, in den ersten Verhören, wenige Stunden nach der Operation? ,,Ich sagte Hermann zu ihm, wenn wir uns nicht mit ‚Sie' anredeten''. Und wie war dessen Verfassung? Derart geschockt, operiert, blind, verstümmelt? Wie konnte man den ansprechen? ,,Der Heilungsprozeß war doch erfolgt. Das sah ich deutlich an den Krusten, die sich bereits gebildet hatten.'' Nachträglich sei er selber überrascht, daß man einen Menschen in solcher Lage ansprechen könne — aber Krusten hatten sich eben bereits gebildet, da gibt's dann kein Halten mehr.

Und wie ist diese merkwürdige Quarantäne zu verstehen? Die Abschottung von der Außenwelt, von jeglichem Besuch durch seine Freunde, von seinem Rechtsanwalt? Ohne daß ein Haftbefehl existierte, Feiling mit anderen Worten ,,frei'' war? ,,Er bestimmte diese Situation selber. Wir berieten ihn nur hinsichtlich der Sicherheitslage. Er trug dann unsere Überlegungen mit.'' Der Schwerverletzte sei doch jeweils gefragt worden: ,,Herr Feiling, teilen Sie unsere Lageeinschätzung in gleicher Weise?''

Wie schon bei den Herren Pieper und Kuhn geht der Trend unverfroren dahin, den orientierungs- und bewegungslosen Hermann zum alleinigen Souverän des Verfahrens aufzutürken. Man selber hatte eigentlich gar nicht so unbedingt etwas gewollt: ,,er'' wollte es so. Kunststück.

Wie erklärt man, nachdem's nun mal rausgekommen ist, die Polizisten in Pflegerkitteln? Höchst simpel: ,,In Oldenburg bestand eben das Pflegepersonal aus beamteten Polizisten''. Womit Polizeisanitäter gemeint sind. Und andere Kliniken gab's eben keine.

Allen Anwesenden geht diese Art des Darstellens etwas zu glatt. Man fragt nach, ob denn an so einem Verletzten nicht wenigstens eine beruhigende Spur von anomalem Verhalten aufgefallen sei? Doch, doch: ,,er hat halt schwer geatmet''. Warum hat er so schwer geatmet? Das kann Berberich dann leider ,,nicht beurteilen'', aber verhören konnte er. Ob sich das etwa auf die Fragen und das polizeiliche Penetrieren bezogen habe? ,,Nein, das hatte mit den Fragen nichts zu tun, da hat er wohl an was andres gedacht''. An was, um Gottes Willen? ,,Er fragte nach Heidelberg, was da los sei, so Kommunalpolitik''. So nebenbei also, während es um Bomben und Konspiration ging, hat der todkranke Mensch, der demnach nicht ganz dicht gewesen sein müßte, an's Kommunale gedacht, worüber er sich so aufgeregt hat, daß es zum schweren Atmen kommt. Einen Arzt hat der Berberich da nicht bemühen müssen, er stellt die Diagnose selber: ,,Ich sag's nochmal, er hat halt geschnauft''.

Unruhe im Gerichtssaal. Berberich läßt versehentlich durchblicken, daß da Tonbänder bei einigen Dienststellen existieren, darauf sei auch das ,,schwere Schnaufen'' zu vernehmen. Der Gerichtsvorsitzende blickt deppert drein. Er soll die Wunden dieses illegalen Verhörs ausbügeln und kennt natürlich diese Tonbänder nicht: Wir befinden uns eben inmitten eines reinen Polizeiverfahrens.

Kommt die Rede auf jenes Ehepaar Köppel, das in der Heidelberger Klinik auftauchte, um Hermann zu besuchen. Mit dem Ergebnis einer dreimonatigen U-Haft und dem Gerücht, die Köppels hätten eine Pistole dabei gehabt, um — womöglich — den Hermann zu entführen (aus der Beatmungsstation!) oder ihn zu ermorden. Frage: Wo ist die Pistole? Warum wurde das Verfahren gegen die Köppels anschließend sang- und klanglos eingestellt? Da hat Herr Berberich, ein Freund von XY-Zimmermann, natürlich keine Aussagegenehmigung seiner Behörde — und die Affaire Köppel, peinlich, wie sie ist, war erfolgreich eliminiert. Gegen Zeugen, sofern sie von der Verteidigung benannt sind, ist das Gericht allergisch: Nur Polizeizeugen treten ungehindert auf. Wörtliche Äußerungen von diesen wiederum, oft erstaunlich leichtfertig, werden nicht protokolliert, oder nur nach hartem Kampf. Und die Protokolle damals, wer hat die geschrieben, wer sie unterzeichnet? Man weiß es nicht. Vielleicht war ,,der Kollege Raisch zuständig'', der bekanntlich über die seltene Fähigkeit verfügt haben soll, Protokolle auch dann zu unterzeichnen, wenn er laut Anwesenheitslisten gar nicht da gewesen ist.

Von einer angeblichen Bombendrohung gegen den Hermann, zu seiner Ermordung gedacht, was man bekanntlich stets vorher bei der Polizei ankündigt, weiß Herr Berberich nichts. Aber der Oberstaatsanwalt Pieper von der Bundesanwaltschaft hat das so gesagt? Na dann, dann ist das eben so, daß ich mich nach zwei Jahren daran eben nicht mehr erinnern kann.

Fazit als Schlußfrage: Wie hat sich denn für Sie Herrn Feilings Lage dargestellt? Antwort: ,,In der Zustimmung zu uns!'' (Wörtlich).

Die Aussage des christdemokratischen Heidelberger Elternbeirates und Gründers der Organisation ,,Weißer Ring'' ist damit glatt wie falsch beendet.

17.1.81

Am 17.1.81 tritt auf der Herr Oberstaatsanwalt Wechsung, 39 Jahre, eine Inkarnation der Angestelltenkultur: Hermann hatte ihn merkwürdigerweise nach seiner Erinnerung mit einem Rechtsanwalt ,,verwechselt''.

Auch Wechsung soll nicht zur Sache reden, zu den ,,Beweisen und Protokollen'', sondern zur Vernehmungssituation, zur Frage des Zustandes von Hermann Feiling. Das gelingt ihm erfolgreich nie, weil er stets den Inhalt des Verhörs einzubringen sucht, obwohl die Beweisaufnahme doch gar nicht eröffnet ist. Wie war die Lage, wie begann das Gespräch, wie kamen Sie überhaupt an das Krankenbett? ,,Herr Feiling begann das Gespräch umstandslos mit den Worten: Ich hatte eine kleine Menge Sprengstoff zur Verfügung.'' Die Verteidiger protestieren. Läßt das Gericht diese Art der Aussage zu, dann werden die angeblichen Aussagen bereits positiv behandelt, bevor doch deren Rechtmäßigkeit geprüft ist. Natürlich sieht das Gericht da keine Probleme, sondern läßt im Sinne magischer Abwehr den Satz protokollieren, der sinngemäß lautet: obwohl wir das tun, tun wir das nicht!

Elegant löst Wechsung die zentrale Frage. Was tat er überhaupt an der Bahre der Intensivstation, Stunden nach der Operation, wo kein Mensch vernehmungsfähig sein kann: Er, Wechsung, habe nicht verhört, sondern angehört, ein Verhör sei wohl ,,aberwitzig'' gewesen, und ,,angehört'' habe er nur, weil Herr Feiling dies gewünscht hätte. Und der war nicht nur einziger Souverän des Spektakels, sondern auch als einziger bei Kräften: ,,Ich wollte unbedingt die Begegnung (!) abkürzen, aber Herr Feiling ging erschöpfend (!) ins Detail.'' Wie ging das nun zu? ,,Herr F. sagte als erstes, daß er Pazifist sei, da er sehr leise sprach, mußte ich mich über ihn beugen ... das ganze Gesicht war doch noch verschmiert und verbrannt''. Woraufhin sich am Ende der Verbrannte, den man nicht verstehen konnte, der aber ,,erschöpfend ins Detail'' ging, während der Wechsung nichts wissen, sondern ,,abkürzen'' wollte, woraufhin sich eben dieser mit mannhaft-erfrischendem ,,Handschlag'' verabschiedet. Hat er Ihnen die Hand hingestreckt, die in Verbänden steckte? ,,Nein, mir nicht''. Wem dann? ,,Dem Herrn Seitz.'' Warum nicht Ihnen, wo doch der Blinde sich an dem orientieren mußte, der mit ihm sprach, und das waren doch Sie? Antwort: ,,Ist doch logisch, daß man nicht unbedingt die Hand des Staatsanwaltes drückt, sondern die des Polizisten (Seitz), weil man doch bei der Polizei am ehesten Schutz sucht''.

Warum, Herr Wechsung, haben Sie den Herrn F. nicht auf die Möglichkeit hingewiesen, sich einen Rechtsanwalt zu nehmen? ,,Herr F. wollte das nicht, er hatte mal einen KBW-Anwalt, und vom KBW hält er nichts''. Bekanntlich verzichtet jeder, der vom KBW ,,nichts hält'', gänzlich auf jeden anderen linken Anwalt.

Ansonsten dieselbe Machart wie bei den anderen Polizeizeugen: essentielle Statements werden unisono fast wörtlich deckungsgleich vorgetragen, man erinnert sich da prächtig, im übrigen kann man kein Pferd von einem Auto unterscheiden und weiß von gar nichts. Hatte der Herr Feiling noch die Atemmaske auf? ,,Da kann ich nicht, da weiß ich im Moment, bin ich überfragt, wer will sich an sowas noch erinnern?'' Ja, wer?

Ein Patzer unterläuft ihm: ,,Absoluten Vorrang hatte, daß er konkrete Aussagen machte!'' — sagt der Wechsung, der eben noch gar nicht verhören wollte, sondern abkürzen, der nur im Auftrag Feilings überhaupt erschien, dem jede Befragung jetzt ,,aberwitzig'' erschienen wäre. Nun soll dieser entscheidende Satz ins gerichtliche Protokoll, sagen die Anwälte. Da aber ist der Richter auch noch da: ,,abgelehnt''!

22.1.81

Fehlte noch der Arzt. Jener Dr. Dressler, der für Hermanns medizinische Betreuung zuständig war, als diese von den Wechsungs und Berberichs bereits in Regie genommen wurde. Der Mann ist auf seine Art imponierend. Der Richter erkannte ihn erst gar nicht als Arzt, sondern begrüßte einen andern: ein scheues, verhuschtes und geducktes Männlein. Dessen Hände beim Aktenblättern extrem zittern, dessen visuelle Muskelkoordination mißlingt, was einen Höhepunkt in einem nervösen Augentic findet, der mit falschen Betonungen redet und faler Gesichtsfarbe ist, daß mein Nachbar ihn spontan mit jener chronischen Klientel in Verbindung bringt, die man in der Regel am Tresen von Wasserhäuschen findet. Ein schwerer Bronchitiker zudem.

Inwieweit war der nun an dem ganzen Schrecken beteiligt? Was hat er unternommen als verantwortlicher Arzt? ,,Ich sorgte für die Ruhepausen!'' Wann? ,,Während des Mittag- und des Abendessens''. Drumherum, das wissen wir bereits, wurde Feiling pausenlos verhört, befragt, vernommen. Frage: Woher wußte Feiling eigentlich, daß er vernommen wird? Klare Antwort: ,,Ich sagte zu ihm, hier, sehen (!) Sie, da hängt ein Mikrophon.'' Wie es dem Patienten ging? Nun, ich sah, daß ,,er bereits wieder eine Tasse Tee essen konnte''. Herr Dr. Dressler, in dessen Hände der unglückliche Hermann Feiling geriet, spricht und deduziert fahrig, zynisch und aggressiv. Er soll seine Krankenblätter interpretieren. Braucht unendliche Zeit dafür, spricht in sich hinein, wird von keinem verstanden, bringt einiges durcheinander: die anwesenden Gutachter springen bei und ordnen für ihn. Der Gutachter Mentzos hat aus diesen Unterlagen schon vor einiger Zeit entnommen, daß Hermann während der ersten Verhörtage zeitweis' im Zustand eines larvierten Krampfanfalles gewesen sein muß. Dr. Dressler muß das übersehen haben. Räumt nachträglich aber einiges an Eventualitäten ein, kommt zeitlich nicht hin. Stehen bleibt, daß Dressler diesen Krampfanfall mit Hilfe von Valium weggespritzt hat. Seine Erscheinung, nicht seine Wirkung. Die Krankenschwester hat ,,Krampfanfall'' in die Krankenakten geschrieben. Dressler hält das für falsch: ,,Man kann ja nicht jede Krankenakte durchsehen und korrigieren''. Der Gutachter Mentzos fragt befremdlich: warum dem Patienten zu mehreren Zeiten nicht eine ausreichende Portion Valium verabreicht wurde, sondern bis zu dreimal die jeweilige Quantität in kurzer Zeitfolge aufgestockt verabreicht wurde. Die Antwort, die wahre, liegt bedrohlich im Raum: weil seine starke Erregung mit immer weiteren pharmazeutischen Keulenschlägen niedergeschlagen werden mußte. Dressler aber sagt: ,,Herr Feiling wollte das so''. Aber es wird noch schlimmer. Der Gutachter Schwedes entdeckt an einem weiteren Tag ein Hochspannungssymbol in den Akten und fragt nach dessen Bedeutung. Dressler lakonisch: ,,Krampfanfall''. Hat wieder die dusselige Krankenschwester, die die Situation nicht ganz begriffen hatte, notiert. Man kann nun wohl davon ausgehen, daß mit Hermann Feiling ein Mensch pausenlos penetriert wurde, der nicht nur blind und amputiert und verbrannt war (teilweise 3. Grad), sondern sich über längere Zeit in einer epileptischen Situation befunden haben muß. Da das nun nicht mehr so ohne weiteres zu leugnen ist, werden taktische Kurskorrekturen eingeleitet: auch dieser Arzt ist tendenziell der Ansicht, daß die Vernehmungsfähigkeit während der ersten Tage so ganz nicht gegeben gewesen sein dürfte. Aber was macht das? Passiert ist nunmal passiert. Die Staatsanwaltschaft wird sagen, daß Hermann irgendwann einmal während seiner monatelangen Odyssee vernehmungsfähig geworden ist, und da hat man sich doch so versichert, daß die frühen, illegal gewonnenen ,,Ergebnisse'' später global bestätigt wurden. Daß die spätere ,,Wahrheit'' einzig und allein auf dem rechtsunwirksam gewonnenen Material aufbaut, wen stört das?

Kein Richter zuckt da zusammen, wenn die veterinärmedizinischen Methoden zutage gefördert werden, mit denen man das Vernehmungsmaterial Feiling hintrimmte: Dressler erklärt, er habe Hermann am Morgen nach der Operation über seinen Zustand ,,rückhaltlos'' aufgeklärt. Wie reagierte dieser darauf? Eine wichtige Frage, weil sie Einsicht Feilings in die ganze Situation tangiert. ,,Er reagierte mit großer Fassung und sagte ‚Verdammte Scheiße' ''. Ansonsten war alles paletti. Nein, leider nicht. Die Oberärztin Dr. Hanf hat zu Protokoll gegeben: ,,Wir waren der Meinung, Feiling mit Rücksicht auf seinen Zustand, noch nicht aufzuklären. Also ihm nicht zu sagen, mit welchen Konsequenzen er zu rechnen habe, die er in seinen dicken Verbänden, auch vor den Augen, noch gar nicht überschauen konnte. Ein eklatanter Widerspruch? Keine Spur. Dressler meint: die Frau Dr. Hanf war dann eben wohl anderer Ansicht als ich.

So ist das zugegangen. Und die Polizisten, hatten die Zutritt, immer und ungestört? ,,Wissen Sie, die Tür war mal ganz offen, mal halb und mal zu. Ich hatte zu den Beamten vollstes Vertrauen.''

Und wir wissen, was geschehen ist: ein Verbrechen. Und wir sehen und erleben, daß dies Gericht alles in seinen Kräften Stehende unternimmt, um diesen Tatbestand zu verhüllen. Damit wahr wird, was unwahr ist, gehört dazu notwendig auch, daß die Mitangeklagten Sybille Straub und Sylvia Herzinger verurteilt werden. Aber vielleicht hängt einiges doch davon ab, inwieweit die Öffentlichkeit, die sich herausgefordert fühlen muß, auf diesen Gang der Dinge reagiert.

Dokumentation und weiteres Material zu dem Prozeß über:
Initiative
Postfach 35
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/73212

Weiterhin dringend erforderlich sind Geldspenden.
Spendenkonto: A. Häuser, Kto-Nr. 181553-735 Postscheckamt Karlsruhe
Nächste Prozeßtermine: 3.2. / 5.2. / 10.2. / 12.2. / 19.2. / 24.2. / 26.2. Zeit: 9.30 h, Ort: Frankfurt, Heiligkreuzgasse, Saal 146 A

Urteil gegen RA Ströbele

18 Monate für politische Verteidigung

Nach 35 Prozeßtagen ist am 19. Januar RA Christian Ströbele wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" (§ 129 StGB) zu 18 Monaten Knast (auf Bewährung) verurteilt worden. Er soll in den Jahren '73 bis '75 durch Weitergabe von Prozeßerklärungen und Beteiligungen am sog. Info-System die RAF unterstützt haben.

Ungeachtet aller Proteste ist mit dieser Verurteilung ein weiterer Schritt zur Kriminalisierung jeder politischen und engagierten Verteidigung getan.

Vor zweieinhalb Jahren (Juli 78) wurde bereits in Hamburg RA Groenewold wegen gleicher Vorwürfe verurteilt. Zwei Jahre Knast und 75000 DM Geldbuße (zu zahlen an den Witwen- und Waisenfonds der Polizei) waren damals das Ergebnis eines Prozesses mit internationalem Interesse und Protest. Wegen des Info-Systems wurde 1979 auch RA Croissant zu zweieinhalb Jahren verurteilt.

Der Verurteilung Ströbels gingen viele Jahre Hetze, Verleumdung und Kriminalisierung voraus. „*Briefträger für Bombenleger und Polizistenmörder, die Mordanleitungen von Zelle zu Zelle schmuggeln*" („Bild", 21.8.73) — so und ähnlich wurden die RAF-Verteidiger spätestens seit 1973 zu



Christian Ströbele

„Terroristenhelfern" gemacht und zum Abschuß freigegeben. Kanzlei-Razzien waren bald an der Tagesordnung, bergeweise wurden Verteidigerakten beschlagnahmt, das Anwaltsgeheimnis war außer Kraft gesetzt.

Im Sommer 75 wurde Ströbele für vier Wochen verhaftet. Von Dezember 1977 bis Anfang 1980 hatte er Berufsverbot für Staatsschutzprozesse. Aus den widerrechtlich beschlagnahmten Verteidigerakten hatte Staatsanwalt Filipiak 1976 seine 500-seitige Anklageschrift fertiggestellt.

Kriminalisierung von Hungerstreiks

Die Unterstützung der RAF durch Ströbele soll mit der Unterstützung der Hungerstreiks 1973/74 begonnen haben: „*Zweck der Hungerstreiks war nicht etwa nur das vordergründige Bestreben, legitime Ziele wie Hafterleichterungen durchzusetzen. Die Hungerstreiks dienten vielmehr in erster Linie dem Ziel, unter dem Deckmantel der sog. ‚Isolationsfolter'-Kampagnen gegen die Justiz zu betreiben, um damit nicht nur die Justiz, sondern zugleich den Rechtsstaat zu diffamieren, ihn in den Augen der Öffentlichkeit zu untergraben und dadurch die bestehende gesellschaftliche Ordnung zu erschüttern*" (Anklageschrift). Als Kronzeuge für diese alte Behauptung trat im Prozeß — na wer wohl? — Horst Mahler auf, ein Ex-Mandant Ströbeles (s.AK 188). Er bezeichnete die damaligen Hungerstreiks als „*Peitsche gegen die Linke*", den Vorwurf der Isolationsfolter als „*Propagandalüge*". Das war Musik in Filipiaks Ohren, für den nun eindeutig feststand, daß die Hungerstreiks juristisch nichts waren als eine Nötigung der Justizbehörden, an der sich Ströbele durch Mitorganisierung und die „*Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit*" beteiligt habe.

Außerordentlich peinlich war für Herrn Oberstaatsanwalt Filipiak die Zeugenvernehmung von Prof. Rasch, der die Isolationsfolter als das darstellte, was sie war und ist. Filipiak behauptete, Rasch sei als Gutachter in solchen Dingen untauglich, da dieser 1971 den SS-Obergruppenführer Best für verhandlungsunfähig erklärt habe, weshalb der Massenmörder Best noch acht Jahre lang „*frisch, fromm und vor allem frei*" habe rumlaufen können („Tagesspiegel", 11.10.80). Das Gegenteil ist richtig; ein anderer Gutachter hatte Best die Freiheit verschafft, während Rasch den SS-Mann damals für verhandlungsfähig gehalten hatte.

Das Gericht sah in den Hungerstreiks zwar keine Nötigung, da es für den Gefangenen „*keine Pflicht gibt, sich selbst am Leben zu halten, er kann sich auch selbst umbringen*". Dennoch seien die Hungerstreiks „*unbegründet*" gewesen: Es werde nicht verkannt, daß die damaligen Haftbedingungen „*gesundheitliche Beschwerden*" zur Folge gehabt hätten, diese seien von den Gefangenen aber selbst zu verantworten gewesen und hätten hingenommen werden müssen. Und wenn die Hungerstreiks auch selbst nicht strafbar seien, so seien sie doch der Ausdruck und der Beleg für den Fortbestand der RAF als „Kriminelle Vereinigung" in Knast gewesen. Etwas feinsinniger als der plumpe Herr Filipiak . . .

Prozeßerklärung nur als Geständnis zulässig?

„*Der Angeklagte darf natürlich alles sagen, was er will. Aber er darf sich nicht wundern, dafür nachher zur Rechenschaft gezogen zu werden*", hieß es in der mündlichen Urteilsbegründung. Straflos seien Prozeßerklärungen immer dann, wenn sie sich auf die vorgeworfene Tat beziehen, strafbare Propaganda aber sei es, wenn sie in die Zukunft gerichtet seien. Nach dieser „Logik" hielt das Gericht zwei Prozeßerklärungen von Ströbeles Mandanten für eine RAF-Werbung.

So habe Astrid Proll in ihrer Erklärung den Satz „*die Rote Armee aufbauen — heute noch*" mehrmals wiederholt und damit „*eingehämmert*". Da Ströbele die Erklärung von Astrid vor ihrer Verlesung auch Ulrike Meinhof „zur offiziellen Absegnung durch die RAF-Chefin" gegeben habe, sei er an ihrem Zustandekommen beteiligt gewesen und habe dadurch die RAF unterstützt.

Die Erklärung von Brigitte Mohnhaupt sei wegen der Sätze „*Unsere Aufgabe ist, die Schweine, die hier die Macht haben, zu vernichten ... Die Guerilla droht nicht, sie handelt ... Es lebe die RAF. Sieg im Volkskrieg*" eine „*Kampfschrift*" und somit eine strafbare Werbung für die RAF gewesen. Es handelte sich hierbei um die Dementierung der in allen Zeitungen abgedruckten Staatsschutzlüge, die RAF habe ein Hamburger Fußballstadion bombardieren wollen. Mit der Übergabe dieser Erklärung habe Ströbele auch in diesem Fall die RAF unterstützt.

Die Straflosigkeit nur bei tatbezogenen Erklärungen kann nur darauf hinauslaufen, daß alles, was nicht Dementi und Distanzierung ist oder als Geständnis gewertet und verwertet werden kann, als Unterstützung einer kriminellen/terroristischen Vereinigung angeklagt und geahndet wird.

Hauptvorwurf: das Info-System

Hauptvorwurf gegen Ströbele war die Beteiligung am sog. Info-System, welches den Informationsaustausch unter den Gefangenen und ihren Anwälten für eine gemeinsame Verteidigung gewährleisten sollte.

für eine gemeinsame Verteidigung gewährleisten sollte.

Hatte das Hamburger Oberlandesgericht im Groenewold-Prozeß das Info-System grundsätzlich noch für — damals — legitim gehalten und „nur" einzelne Schriftstücke beanstandet, so wurde es vom Westberliner Gericht grundsätzlich als unzulässig angesehen. Zweck sei nicht die Organisierung der Verteidigung gewesen, sondern die Schulung „*unter Federführung Baaders*", die Überwindung der Isolation und damit die Aufrechterhaltung und Stärkung der RAF. Auch sei das Info-System als Druck- und Disziplinierungsmittel gegen „Abweichler" benutzt worden, denen man mit Rauswurf aus dem Info-Verteiler gedroht habe — eine Behauptung des Kronzeugen Mahler!

Das Gericht ging aber noch weiter: Auch als Verteidigungsmittel wäre das Info-System nicht rechtmäßig gewesen, da ein „Anwalts-Info" juristisch ausgereicht hätte.

Ein Info-System, wie es damals aufgebaut worden ist, ist bei kollektiven Anklagen gegen Gruppen — insbesondere unter den Bedingungen der Iso-Haft — die e i n z i g e Möglichkeit, die Verteidigung mit den Anwälten juristisch und politisch kollektiv vorzubereiten. Nie ging es — was immer wieder behauptet wurde und wird — um die Planung von irgendwelchen strafbaren Aktionen oder um „Befehle" nach draußen. Das Urteil im Ströbele-Prozeß richtet sich damit prinzipiell gegen eine politische Verteidigungsstrategie, zumal es bis 1975 noch kein Verbot der sog. Blockverteidigung (§ 146 StPO) im Gesetz gab. Darüberhinaus wird vom Anwalt verlangt, als Zensor bei der Informationsbeschaffung und bei der Abgabe von Erklärungen zu fungieren.

Das Gericht hielt Christian Ströbele „zugute", daß es sich bei seinen Mandanten um „*starke Charaktere*" gehandelt habe, denen zu widerstehen, schwer gewesen sein könnte. Auch mache „*das Weltbild der RAF einen gewissen Eindruck*".

Diese angeblich wohlmeinenden und verständnisvollen Worte sind bei Lichte besehen eine unüberhörbare Drohung an alle Anwälte, die eine Verteidigung von RAF-Genossinen und Genossen übernehmen und eine indirekte Empfehlung, sich dem Einfluß dieser „starken Charaktere" und ihrem Weltbild lieber von vorneherein zu entziehen. Insbesondere, da das Gericht im Urteil festschreibt: „Ohne die Unterstützung von Groenewold und Ströbele wäre das Überleben (!) der RAF in der Haft gar nicht möglich gewesen." Was heißt, daß Ströbele, Groenewold und andere Anwälte nach Meinung dieser Richter das Überleben der RAF als Organisation (im Knast) zu verantworten hätten. Angesichts der Stammheimer Toten im Herbst '77 — bei Kontaktsperre o h n e Verbindung zu ihren Verteidigern — eine reife freudsche Fehlleistung.

Ströbeles Anwälte haben gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Antirepressions-Kommission
KB-Westberlin

Westberlin: Terrorurteil gegen Manfred Wetzel

Nach nur fünf Prozeßtagen im Sicherheitsbereich des Kriminalgerichts Moabit stand das Urteil gegen Manfred Wetzel (Manne) fest:
2 1/2 Jahre Knast ohne Bewährung, und dies, weil er verhindert hatte, daß ein Bulle die Knarre zog!
Kein Trick zu billig, keine Lüge zu plump, um vom rücksichtslosen Schußwaffengebrauch der Bullen abzulenken und gegen die, die sich wehren, härteste Strafen auszusprechen!

Was war passiert?

Um den Oranienplatz ließ das Bezirksamt Kreuzberg gegen den Willen der Anwohner eine zwei Meter hohe Mauer bauen, die, nachdem andere Protestformen nichts genutzt hatten, am 1. Mai 1980 wieder eingerissen wurde. Eine Polizeistreife ließ nicht lange auf sich warten, um in der Bullen eigenen Brutalität „Ruhe und Ordnung" wiederherzustellen.

Was dann passierte, schildert Manne so: „*Der Polizist rief 'nem Typen (einem anderen Demonstranten) hinterher: 'Jetzt bleib aber stehen' und griff zu seiner Pistolentasche. Ich dachte: 'Das mußt du verhindern', sonst knallt er den übern Haufen und wollte dem Polizisten mit einem Stuhlbein auf das Schlüsselbein schlagen, damit er Schmerz verspürt und die Tasche losläßt. Im Moment, wo ich zuschlug, machte der Polizist eine Richtungsänderung und bekam das Stuhlbein auf den Kopf. Der zweite Polizist befand sich dicht hinter mir. Er blieb*

bein auf den Kopf. Der zweite Polizist befand sich dicht hinter mir. Er blieb

stehen und richtete seine Pistole auf mich (Abstand 15 m). Ich dachte: 'Jetzt mußt du rennen, sonst knallt er dich über den Haufen.' Ich rannte zwischen parkenden Autos Zick-Zack. Vor mir befanden sich mindestens 30 spielende Kinder. Nach ein paar Sekunden knallte es auch schon. Ich rannte in einen Hof. Wir befanden uns in einer Sackgasse und kletterten in einen offenen Keller. Dort wurden wir verhaftet. Auf dem Weg zum und im Revier bekamen wir Handschellen mit Händen auf dem Rücken. Ebenfalls bekamen wir Schläge in Magen, Nieren und Leber."

Bereits am 2. Mai wurde Manne — mit der Auflage, sich zweimal wöchentlich auf dem Polizeirevier zu melden — wieder freigelassen. Als Manne sich am 15. August 1980 wie üblich auf der Wache meldete, wurde er erneut verhaftet. Gleichzeitig war die Anklage von „schwerer Körperverletzung" in eine wegen „versuchten Totschlags" abgeändert worden, und deshalb bestünde nun „erhöhte Fluchtgefahr" — so der neue Haftbefehl. Mit dem Zuschlag auf versuchten Totschlag hatte man das Verfahren auch gleich beim richtigen (rechten) Richter Fallge und dessen Kammer.

Seitdem sitzt Manne im Knast und nicht etwa der Bulle, der auf Manne geschossen hat. Ein „Ermittlungsverfahren" gegen den Schützen schmort noch heute beim Staatsanwalt, unverschämterweise gerade der Anklagevertreter gegen Manne.

Aber, es kommt noch weit dicker: Der Bulle, den Manfred am Ziehen seiner Pistole gehindert hat, will seine Pistole laut Aussage vom 12.1.81 vor Gericht in der Eile vor dem Einsatz auf dem Revier „vergessen" haben! Das wiederum bestätigt sein Kollege, und zwei weitere Kollegen sind sich nicht schade genug, zu behaupten, daß die Pistole im Schreibtisch auf der Wache gelegen habe.

Ferner gab der Bulle an, „*es habe ihn damals hart getroffen: 16 Tage war er im Krankenhaus und zehn Wochen krankgeschrieben, wegen einer Platzwunde und einer mittleren Gehirnerschütterung*" („taz", 15.1.81). Auch will er von Mannes Schlag längere Zeit bewußtlos gewesen sein. Der Bulle, der hinter Manne herschoß, behauptet natürlich, er habe lediglich ungezielte Warnschüsse in die Luft abgegeben.

Man fragt sich, wer — außer dem Gericht — den Beamten dieses Märchen abkaufen soll, haben doch mehrere Zeugen gezielte Schüsse — in Richtung der spielenden Kinder — beobachtet, wo sich ja auch Manne aufhielt; außerdem hat ein SFB-Reporter den angeblich Bewußtlosen mit klarster Stimme auf einem Kassettenrecorder kurz vor und nach den Schüssen aufgenommen. Dazu kommt, daß die behandelnden Ärzte „*keine medizinische Erklärung für undefinierbare Seh- und Hörstörungen ihres Patienten finden konnten*" („taz", 16.1.81).

Daß es sich bei der Abstimmung der Bullenaussagen, dem Auftreten der Staatsanwaltschaft und der propagandistischen Verwertung dieses Prozesses insgesamt auch um ein wohldurchdachtes „Planspiel" handeln könnte, dafür spricht auch, daß Springers „BZ" in der Ausgabe vom 13.1.81 — also einen Tag nach der Aussage des getroffenen Bullen vor Gericht — zu berichten wußte, daß dieser seinen Verletzungen erlegen sei!

Weiterhin: Der Bulle, den Manfred hindern wollte, zu schießen, ist kein „ganz unbeschriebenes Blatt": Hatte er doch am 9.8.77 mit drei weiteren „Kollegen" einen Betrunkenen in dessen Wohnung nur mittels mehrerer Bauchdurchschüsse festnehmen können, wobei Bewohner des Hauses bestätigen können, daß von Bullen damals Äußerungen wie: „Den knalle ich ab" gefallen sind. Ein entsprechender Beweisantrag von Rechtsanwalt Elfferding wurde abgelehnt, wie auch sämtliche Beweisanträge zum „Mauerbau" abgelehnt wurden!

Nachdem in diesem Prozeßtheater klargeworden war, daß die Bestrafung Mannes exemplarisch durchgesetzt werden sollte, hatte sich Manne entschlossen, an diesem Schauspiel nicht mehr teilzunehmen. Die Zuschauer machten ihrem Verständnis für Mannes Entscheidung Luft, prompt ließ Richter Fallge den Saal räumen!

Angesichts so vieler Dreistigkeiten hatte der Besetzerrat einen Wettbewerb ausgeschrieben: „*Wer in Kreuzberg einen Bullen ohne Waffen präsentieren kann, erhält als Preis einen Schweinebraten, 'Marke a & p' (attraktiv und preiswert).*" Bis Redaktionsschluß jedenfalls wurde dieser

traktiv und preiswert)." Bis Redaktionsschluß jedenfalls wurde dieser

Schweinebraten von niemand abgeholt. Was Wunder: sitzen doch die Pistolen der Herren Polizeibeamten in Kreuzberg (und nicht nur hier) mehr als locker:

- Im Anschluß an eine Demo vom 12.10.80 wurden zwei Demonstranten mit vorgehaltener Pistole in Kreuzberg verhaftet. Drei weitere Personen wurden von einer Zivilstreife mit vorgehaltener Pistole festgenommen und danach stundenlang auf dem Revier festgehalten.
- **Im Oktober wurde Dietmar Marx,** der keinerlei Widerstand leistete, erschossen. Gerechtfertigt wurde dieser Todesschuß anschließend damit, daß Dietmar Marx ein „Krimineller" gewesen sei, was sich dann aber schließlich auch noch als unwahr herausstellte.
- **Während der Demonstration vom 12.12.80 konnte zufälligerweise ein Bulle, mit der Pistole abschußbereit im Anschlag, fotografiert werden!**

Das Urteil

Am 26. Januar folgte — kurz nach der Fünf-Minuten-Hetzrede des Staatsanwalts und dem zweistündigen Plädoyer von Rechtsanwalt Elfferding — das Urteil. Der Staatsanwalt brachte es fertig, immer noch eine Verurteilung „wegen versuchten Totschlags" zu fordern. „*Der Versuch, derart die Gefährlichkeit der Polizei aufzuzeigen, müsse als gescheitert angesehen werden. Die Aussagen hätten nur dem Angeklagten helfen sollen und seien eindeutig von den Polizeizeugen widerlegt worden. Das Verhalten des Angeklagten werde derart noch von jenen bejubelt, die jede staatliche Ordnung als Eingriff in ihre persönliche Freiheit begriffen. Diese Art von Individualismus sei aber nichts anderes als 'Schmarotzertum', meinte der Staatsanwalt*" („Tsp", 27.1.81).

Ferner kündigte er Strafverfahren gegen die Entlastungszeugen an!!!

Daß das Gericht im Prinzip ganz der Argumentation des Staatsanwaltes folgte — wenngleich es „versuchten Totschlag" nicht für bewiesen ansah — wird daraus deutlich, daß es die Beweislage ansonsten ganz im Sinne einer hohen Strafe wertete. „*Die Tat habe an der Grenze des 'versuchten Totschlags' gelegen*" („Tsp", 27.1.81). So das „unabhängige" Gericht.

Was spielt es da schon für eine Rolle, daß nicht Manne hinter dem Bullen hergeschossen hat, sondern umgekehrt! Was spielt es schon für eine Rolle, wenn Polizeibeamte sich nun erst recht ermuntert fühlen, zur Waffe zu greifen?

Die Zuschauer fanden jedenfalls ihre Antwort auf dieses Urteil: War zunächst auf ihren T-Shirts „Laßt Manne raus" zu lesen, so streckten mehrere während der Urteilsverkündung dem Gericht den nackten Arsch entgegen, wo jeder, der es wollte, „Es lebe die FDGO" lesen konnte. Das brachte drei Zuschauerinnen je drei Tage Ordnungshaft ein.

Fortsetzung nächste Seite

Zwangsmoral und Zwangs – vorstellungen

München/Weilheim. Als passende Weihnachtsbescherung beantragte die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht München am 23.12.80 die Beschlagnahme der Alternativzeitschrift „Wahn & Sinn" Nr.3. Und damit es kein Silvesterscherz wurde, beschloß das zuständige Amtsgericht Weilheim noch am 30. Dez., dem Antrag stattzugeben. Der Grund war eine Kurzgeschichte von Peter Schult mit dem Titel „Eiszeit", in der er anhand beispielhafter Situationen aus eigenem Erleben seine Probleme als älter werdender Päderast schildert. Das Gericht bezeichnet diese Kurzgeschichte, die viele Zuhörer schon bei ihrer Premiere auf der Autorenlesung im Cafe Einstein (im Rahmen des Berliner „Schwulen Oktobers" 1980) wegen ihrer schonungslosen Offenheit sehr betroffen gemacht hatte, als „pornografisch" und „offensichtlich schwer jugendgefährdend". Angesichts der wahren Schwemme von weiterhin unbehelligt käuflicher „Pornografie" stellt sich dem naiven Konsumenten natürlich die Frage, warum ausgerechnet dieses „Druckwerk" (O-Ton) beschlagnahmt wird. Das Gericht gibt die zweifelsfreie Antwort:*„Der Artikel...stellt die homosexuelle Päderastie als eine durchaus anerkennenswerte und positive Form mitmenschlicher sexueller Beziehungen dar".* Es dürfte hier also mehr um die Aufrechterhaltung der herrschenden heterosexuellen Zwangsmoral gehen. Die in der umfangreichen Beschlagnahmeaktion nicht gefundenen Exemplare dürfen nur noch unter dem Ladentisch verkauft werden.

Das Gericht schlug „aus Gründen der Verhältnismäßigkeit" einen Kuhhandel vor: wenn die Seiten 11 und 12 mit der Kurzgeschichte entfernt würden, könne die Beschlagnahme abgewendet werden.

Die Nr.2 von „Wahn & Sinn" wurde auch schon beschlagnahmt, und zwar wegen des inkriminierten Artikels über Tips zum Krankfeiern, der

zwar wegen des inkriminierten Artikels über Tips zum Krankfeiern, der in mehreren Alternativblättern ohne rechtliche Folgen ebenfalls abgedruckt war.

Die Herausgeber in ihrer (jetzt auch beschlagnahmten) Nr.3 hierzu: *„Es ging den Herren ja gar nicht drum, gerade diesen Artikel nicht mehr unters Volk kommen zu lassen, sonst hätten sie ja nicht gar so lasch durchsucht, es ging ihnen darum, einer unliebsamen, weil ehrlichen Zeitung das Maul zu verbieten. Schon vorher hatte ja selbst der Bürgermeister Bauer...sich zu einer Verkaufsstelle begeben und dieser Schwierigkeiten angedroht, sollte sie den 'Wahn & Sinn' weiter auslegen...".* Eine Verkaufsstelle berichtet in derselben Ausgabe:*„Zuerst haben sie gründlich alle Geschäftsräume durchsucht, obwohl bereits alle Zeitungen, die wir hatten beschlagnahmt waren. Wir hatten bis dahin erst eine Zeitung verkauft – sie fragten uns, wie denn der eine ausgeschaut hätte, der die Zeitung kaufte; als wir sagten, daß wir es nicht wüßten, fragten sie uns noch, wie denn der ausschauen würde, der die Zeitung immer vorbeibringt..."* Was schrieben doch so richtig die Väter unserer FDGO im Grundgesetz:„Eine Zensur findet nicht statt". Alles Nähere regeln offensichtlich die Staatsorgane. (Quellen: „Wahn & Sinn" Nr.3 und Originalgerichtsbeschluß).

Olaf Stüben

Antifaschisten vor Gericht

Harburger Antifaschistenprozeß geplatzt!

„Ich habe einiges dazu gelernt" – dies waren die letzten Worte des Richters Winterstein im Harburger Antifaschistenprozeß. Nach 17 Verhandlungstagen um die Fragen, ob Widerstand gegen eine rassistische NPD-Kundgebung notwendig und berechtigt ist (so die Angeklagten), ob „Eierwürfe" Landfriedensbruch und Körperverletzung gleichkommen (so Staatsanwalt Gerhard), wer überhaupt geworfen hat und ob die Polizeizeugen glaubwürdig sind – nach 17 Tagen zähen Ringens mit einem etwas tapsigen Richter und gegen einen maßlos arroganten Staatsanwalt wurde ein gegen Winterstein gestellter Ablösungsantrag wegen Besorgnis der Befangenheit für begründet erklärt.

Kernstück dieses Antrages ist ein Telefongespräch des Richters mit dem Kronzeugen PHK Hartwig. Rechtsanwalt Maeffert hatte im Oktober beantragt, daß der Richter Maßnahmen ergreifen möge, um eine Einflußnahme (Ausstellen von Aussagegenehmigungen an andere Zeugen, Zeugenbetreuungsgespräche) durch den leitenden Polizeibeamten Hartwig zu unterbinden. Dieser Antrag wurde damals zurückgewiesen. Ohne Kenntnis der Verteidigung telefonierte der Richter mit Hartwig und wies den Zeugen an, er möge keine weiteren Aussagegenehmigungen für die am Prozeß beteiligten Polizeizeugen ausstellen. Somit war er also der Zielrichtung des Antrages nachgekommen. Wochen später berichteten allerdings weitere Polizeizeugen von Betreuungsgesprächen mit Hartwig. Sie hatten ihre Aussagegenehmigungen jedoch von einem Herrn Peters unterschreiben lassen. Richter Winterstein wußte, daß dies offensichtlich ein „Strohmann" war. Er hielt es allerdings nicht für notwendig, über das Telefongespräch zu berichten und unterließ es, der Verarschung der Bullen gegenüber den Prozeßbeteiligten irgend etwas entgegenzusetzen (einzelne Polizeiaussagen wirkten 100 prozentig auswendig gelernt). So heißt es dann auch im Befangenheitsantrag: *„In den Augen eines verständigen Angeklagten hat sich der Richter zu einem Instrument des PHK Hartwig machen lassen."*

Hintergrund dieser erfolgreichen Ablösung des Richters ist aber sicherlich die nach 17 Verhandlungstagen eingetretene Prozeßgesamtsituation. So waren neben einer überwiegend positiven Presse (Mopo, FR, Konkret, Scene u.a.) ständig 20-40 Besucher anwesend. Sicherlich hatte die Justiz auch Legitimationsschwierigkeiten in ihren eigenen Reihen.

Wesentlich war jedoch, daß die Verteidigung die Anklageschrift Punkt für Punkt „in Nichts" auflöste. Bis auf Hartwig wollte letztendlich kein einziger Polizeizeuge gesehen haben, ob die Eier auch ihr Ziel erreicht haben. Hartwig, der mit nicht ausreichender Entschuldigung vom Prozeß fernblieb, wurde zu 100 DM Geldstrafe verurteilt plus die Kosten eines Verhandlungstages.

In Kenntnis der Tatsachen (unglaubwürdige Zeugen, Zeugenbetreuung, usw.) ist es unwahrscheinlich, daß ein neuer Richter dieses Verfahren wieder aufrollt. Diesem Skandal wäre dann ein breiter Widerstand entgegenzusetzen.

Anachronistischer Zug gewinnt vor Gericht

München. Gegen eine Reihe Flugblattverteiler der „Aktion Brecht statt Strauß/Anachronistischer Zug" liefen Verfahren der Staatsanwaltschaft, weil ein Darsteller auf dem sogenannten „Plagenwagen" mit der Maske von Strauß inmitten von Nazi-Größen zu sehen war. Das Amtsgericht München hat jedoch den Erlaß eines Strafbefehls und die Einleitung des Hauptverfahrens abgelehnt. Anlaß war eine Fotografie des „Plagenwagens" auf Flugblättern der „Aktion". Diese Darstellung sei durch die von Artikel 5 des Grundgesetzes geschützte freie Meinungsäußerung in der Wahrnehmung berechtigter Interessen gedeckt. Gerade die plakative Zuordnung eines politischen Gegners zu bestimmten in dem Meinungsbild der Öffentlichkeit gering geschätzten politischen Richtungen (das Gericht setzte hier Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus in eine Reihe!) sei ein gängiges Wahlkampf-Propagandamittel. Die in der Fotografie versinnbildlichte Aussage *„Strauß ist Faschist, Strauß hat mit Nationalsozialismus zu tun"* sei in der Tendenz mit der Zuordnung mancher SPD-Politiker zum Kommunismus um Wahlkampf (Schlagwort: *„Moskauer Fraktion"*) durchaus vergleichbar. Gerade Strauß habe *„in zahlreichen Wahlschlachten bewiesen, daß er nicht nur mit dem Florett der feinsinnigen Argumentation, sondern auch mit der grobschlächtigeren Waffe der derben Rede umgehen kann; er muß sich ein solches gefallen lassen."* Bleibt abzuwarten,ob das Landgericht Kempten, das gegen die Veranstalter des „Anachronistischen Zuges" vorgehen soll, sich dieser Auffassung anschließt und ob Strauß es dabei beläßt.

Die bereits erfolgte Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Polizei und Staatsanwaltschaften, während der Zug stattfand, kann eh nicht rückgängig gemacht werden (nach „taz", 28.1.81)

Wichtiger Termin für Strauß-Gegner in Bremen

Der in AK 193, S. 18 („Strauß beleidigt"), angesprochene Prozeß gegen die drei Bremer Strauß-Gegner beginnt **am 6. Februar um 9.30 Uhr im Bremer Amtsgerichtsgebäude.**

Gegenstand dieses Prozesses ist ein Plakat, auf dem Strauß in einer Fotomontage als stiernackiger Schlächter mit einem Beil in der Hand dargestellt ist, während im Hintergrund Demonstranten von Bullen zusammengeknüppelt werden. Strauß gibt vor, sich durch diese Darstellung beleidigt zu fühlen.

Die Tatsache, daß der in Bremen als besonders hart berüchtigte Richter Radtke den Vorsitz des Prozesses führt, macht die Notwendigkeit einer breiten demokratischen Öffentlichkeit für die Angeklagten noch einsichtiger. Kommt also möglichst zahlreich!!

3 Studenten wegen kirchenkritischer Plakate festgenommen

In der Universität Karlsruhe (Technische Hochschule) wurden am Mittwoch, den 14. Januar, drei Studenten von Kripo-Beamten in Zivil verhaftet, als sie mit kirchenkritischen Plakaten für eine Podiumsdiskussion zum Thema „Kirche, Glaube, Politik" werben wollten.

Ein (namentlich bekannter) Student, SPD-Mitglied und aktives Mitglied einer christlichen Sekte, hatte die Kriminalpolizei verständigt. Die im Uni-Gelände festgenommenen Studenten wurden über drei Stunden festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt (Fingerabdrücke, diverse Fotos, Vernehmung).

Zum Inhalt der Plakate: Eines prangert die Vernunftfeindlichkeit der Kirche an, indem es den „lieben Gott" als Kasperle-Puppe in der Hand eines Pfarrers entlarvt und fordert im Text: „Schluß mit dem Mittelalter: Kirchenaustritt!". Das andere Plakat macht auf die Lustfeindlichkeit der Kirche aufmerksam und zeigt einen dornengekrönten blutenden Penis am Kreuz, darunter die vom Papst erst kürzlich wiederbelebte Bibel-Drohung: „Wer eine Frau auch nur lüstern ansieht...".

Anlaß der am folgenden Tag stattgefundenen Podiumsdiskussion war eine heftige Auseinandersetzung um Kirche und Religion, die sich an dem Papstbesuch entzündet hatte. Die in der Mensa aufgehängten Wandzeitungen lösten ein bis dahin nicht gekanntes Echo in der Studentenschaft aus. Tagelang war der Mensaabgang durch diskutierende Menschentrauben verstopft. Da das Thema offensichtlich von größtem Interesse war, forderte die Marxistisch-Reichistische Initiative (MRI) den UStA (Unabhängigen Studentenausschuß) auf, eine Podiumsdiskussion mit Kirchenvertretern und -kritikern zu veranstalten. 300 Studenten nahmen teil — eine für die Universität Karlsruhe völlig unerwartet hohe Zahl.

Das Verhalten des Denunzianten, den die Juso-Hochschlugruppe mit in die Runde der Podiumsteilnehmer hievte, wurde von fast allen Anwesenden mißbilligt; daß es sich hier eigentlich um eine empörende, der Inquisition würdigen Maßnahme handelt, drückte die Mehrheit der Anwesenden aus durch die Verabschiedung einer Resolution, welche die Repression von Kirchenkritikern verurteilt und die Aufhebung des § 166 StGB fordert.

Die Denunziation und die damit eingeleitete Verhaftung durch Kriminalpolizei im Universitätsbereich stellt einen Präzedenzfall dar. Es blieb diesem würdigen „Vertreter christlicher Toleranz" (Selbstbezeichnung während der Podiumsdiskussion) vorbehalten, als erster die Polizei an die Universität zu rufen. Selbst in den Zeiten schärfster politischer Auseinandersetzungen an dieser Hochschule war kein Student oder politische Gruppe auf die Idee gekommen, mittels staatlicher Repression die Freiheit der Andersdenkenden zu unterdrücken!

Erst nach der Podiumsdiskussion wurde bekannt, daß der Referent der Marxistisch-Reichistischen Initiative auf dem Podium ebenfalls angezeigt wurde und daß 2 Mitglieder des RCDS (Hochschulorganisation der CDU) mit Teleobjektiv einzelne Diskussionsteilnehmer — die Kirchenkritiker — photographierten. Es bestehen kaum Zweifel, daß diese Aufnahmen nicht für private Photoalben hergestellt wurden.

Diese Karlsruher Vorfälle stellen keinen Einzelfall dar: In Bremen betreibt CDU und Kirche die Entlassung eines Jugendfunk-Redakteurs, der in einer Sendung eine Papst-Satire brachte. In Osnabrück mußten sich Mitglieder des AStA Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen gefallen lassen. Sie hatten eine Satire der Zeitschrift „Titanic" abgedruckt, die den aufwendigen Aufzug des Papstes verulkte und der nun selbst ein Prozeß ins Haus steht (s. AK 193).

Der letzte Papstbesuch, der mit großzügigster staatlicher Unterstützung durchgezogen wurde, war wohl als Auftakt für die Wiederfestigung von Ansehen, Autorität und Einfluß der Kirche geplant. Doch dieses mittelalterliche Spektakel blieb nicht unwidersprochen: Vermehrt wurden Stimmen laut, die Trennung von Kirche und Staat fordern und die Auflösung des unter Nazi-Herrschaft mit dem Vatikan besiegelten Konkordats fordern.

Die daraufhin einsetzende Verfolgung von Kirchenkritikern mittels der restriktiven Auslegung des § 166 StGB schafft Zustände, die an die schwärzesten Zeiten der Adenauer-Ära anknüpfen. Hier geht es sicherlich nicht darum, verfolgte Religionsgemeinschaften vor ihren Verfolgern zu schützen, sondern um die Kriminalisierung von Kritik an der Kirche, an ihrer Ideologie und an ihrem Einfluß in Staat und Gesellschaft.

Einschüchterung und dumpfe Resignation sollen nun wieder etabliert werden nach dem Motto: „Wo keine Demut, erzwinge sie". Der § 166 sieht Gefängnisstrafen bis zu 3 Jahren vor!

(Bericht der MRI-Karlsruhe)



Fortsetzung von der vorherigen Seite

Mit „Rechtsstaatlichkeit" hat dieses Urteil nichts mehr zu tun, vielmehr stellt es den Polizeibeamten,die ein gut Teil Senatspolitik auszuführen haben werden, falls sich der Senat zur Räumung besetzter Häuser entschließen sollte, einen „Freifahrschein" zum Gebrauch von Schußwaffen aus, ganz nach dem Motto: „Wir finden immer einen Weg, Euch vor Strafverfahren zu schützen, wir kriminalisieren ja auch lieber die Demonstranten."

Damit klar ist, daß sich das heute und auch in Zukunft nicht gefallen lassen werden darf, fand am 27.1. eine Demonstration gegen dieses Terrorurteil statt und auch dagegen, daß immer noch Leute (jetzt wieder sieben, da eine Haftverschonung aufgehoben wurde) wegen der Weihnachtsdemonstrationen im Knast sind. Spontan kamen ca. 800 Teilnehmer zusammen. Und etwa die gleiche Menge Bullen, die die Demonstration fast über die ganze Route umzingelten.

Antirepressions-Kommission KB-Westberlin

IG Chemie: Ein Vorstand sieht rot

Ein Mann meldet sich in der Krise zu Wort, dessen rechte sozialpartnerschaftliche Gesinnung schon fast sprichwörtlich ist: Karl Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie, richtet sich in der Januar-Ausgabe der „gewerkschaftspost" an die Mitglieder. Ein Ausblick ins neue Jahr, der keinen Vergleich zum „Wort zum Sonntag" zu scheuen braucht. Hauenschilds Credo ist bezeichnend für den scharfen Rechtskurs des kürzlich neugewählten IG Chemie-Vorstands. Hier ein paar Kostproben:

Seine Bilanz *„am Ende eines turbulenten Jahres"* mündet in das Fazit, daß derjenige *„im großen und ganzen mit den vergangenen 12 Monaten zufrieden sein"* kann, der *„nicht zu denen zählt, deren Arbeitsplatz den wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder der technischen Entwicklung zum Opfer gefallen ist und wer nicht von persönlichen Schicksalsschlägen betroffen wurde"*. Wir empfehlen Hauenschild, sich diese „Bilanz" in jährlicher Neuauflage patentieren zu lassen, sie ist so schön zeitlos.

Doch ganz ohne Sinn schreibt der Vorsitzende dies nicht, will er doch erreichen, daß die Forderung Lambsdorffs und der Kapitalisten nach Lohnsenkung und Sozialabbau auch unter den Chemiearbeitern akzeptiert wird.

Dazu weiß Hauenschild, daß die Verteuerungen der Rohölpreise *„eine der wesentlichen Ursachen"* der wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien und tröstet gleichzeitig, daß „wir Deutschen" von allen immer noch am Besten dastehen: *„Millionen und aber Millionen Menschen auf unserer Erde wären glücklich, wenn sie hoffen dürften, irgendwann in ihrem Leben noch einmal einen Bruchteil unseres Lebensstandards erreichen zu können"*. Gleiches gelte für das Streben der aber Millionen nach dem *„Maß der politischen Bewegungsfreiheit"*, daß in der BRD existiere. Dunkle Wolken sieht er nur von außen auf „uns Deutsche" ziehen: *„Die Vorgänge in Afghanistan, in Polen, im Iran und Irak oder auch in El Salvador können sich jederzeit zu größeren Konflikten ausweiten, von denen auch wir betroffen sein könnten"* — selbstverständlich kein Wort zur Türkei, zur NATO-Nachrüstung, zum Rüstungsexport.

Die Kapitalisten beschwört er, den Gewerkschaften in der Krise nicht den „Schwarzen Peter" zuzuschieben und endlich anzuerkennen, daß diese *„ihre Fähigkeit, ihren Teil Verantwortung zu tragen, nicht erst noch unter Beweis stellen"* mußten. Und schließlich kriegt er die Kurve für 1981:

„Wo weniger zu verteilen ist als bisher, muß umso sorgfältiger und gerechter verteilt werden. Wenn Erwartungen zurückgeschraubt werden müssen, dann nicht nur Erwartungen der sozial Schwächsten in unserem Volk, sondern die Erwartungen aller, egal, ob arm oder reich, egal, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer" (Karl Hauenschild : „Kurs halten!", in gp 1/81).

Besser hätte auch Josef Kardinal Höffner nicht an die Volksgemeinschaft appellieren können. Kein Wort verliert dieser Gewerkschaftsführer über steigende Profite, Preistreiberei, rücksichtslose Rationalisierung, Entlassungen und Massenarbeitslosigkeit.

„Ruhe und Ordnung" — die Säuberungswelle rollt

Hauenschild macht damit deutlich, daß er und sein Vorstand unbedingt die Sozialpartnerschaft, die reale Unterordnung unter die Politik des Kapitals in der Krise, durchsetzen will.

Nach der Niederlage der Opposition um Paul Plumeyer auf den beiden Gewerkschaftstagen im September (siehe AK 185) und November letzten Jahres geht der rechtslastige Vorstand daran, den Funktionärskörper vollständig von oppositionellen Ansätzen zu säubern. Der Nichtwiederwahl Plumeyers, der Nichtwahl der oppositionellen Kretschmer und Patschkowski und der Entmachtung des „gemäßigt linken" Werner Vitt im Vorstand (siehe AK 191) folgt jetzt die Durchforstung des hauptamtlichen Funktionärskörpers. Alle nachfolgenden Fakten sind der „Frankfurter Rundschau" vom 20.1.81 entnommen.

Auf der ersten Beiratssitzung der IG Chemie nach dem Gewerkschaftstag (der Beirat ist das höchste beschlußfassende Organ zwischen den Gewerkschaftstagen) ist ausdrücklich formuliert worden, daß der Hauptvorstand **„wieder Ruhe und Ordnung in die Organisation hineinbringen"** müsse. *„Zu diesem Zweck muß auch eine intensive Diskussion mit allen Hauptamtlichen geführt werden. Hauptamtliche, die sich absolut nicht mit der Politik der IG Chemie Papier Keramik identifizieren können, müssen notfalls von sich aus die Konsequenzen ziehen"*. Welche „Diskussion" und „Konsequenzen" gemeint sind?

Politisch wird dies so eingegrenzt: *„Wenn die Kritik an den verantwortlichen Spitzengremien der Gewerkschaften, wie das in manchen Fällen zu vermuten ist, in Wirklichkeit auch eine Kritik an unserer demokratischen Staatsform ist, muß dieser Sachverhalt sehr gründlich aufgearbeitet werden"*. Weiter könne es die Organisation *„auf die Dauer nicht ertragen, wenn an den satzungmäßigen Beschlußgremien vorbei Konspirations- und Fraktionsarbeit betrieben wird"* (Hauenschild laut Protokoll). *„Der Hauptvorstand werde die Mehrheiten, um die er gekämpft habe, mit der entsprechenden Autorität zu nutzen verstehen und konsequent gegen destruktive Kritik einschreiten"*.

Zerschlagung der „Weserachse"

Der Hauptschlag der IG Chemie-Führer richtet sich gegen die sogenannte „Weserachse", die Zusammenarbeit der Verwaltungsstellen Nienburg, Hannoversch-Münden und Bremen in der Bildungsarbeit. Alle drei, insbesondere aber die beiden ersten, gehörten schon im Patschkowski-Konflikt 1979 (Patschkowski ist Verwaltungsstellenleiter in Hannoversch-Münden) zu den Opponenten gegen den Versuch des Vorstands, die Satzung zugunsten der Möglichkeit der Ernennung von Vertrauensleuten zu entdemokratisieren. Sie standen auch an der Spitze der Ablehnungsfront gegen die Entlassung Patschkowskis durch den Vorstand. Bereits damals war auch versucht worden, die Nienburger Verwaltungsstelle zu säubern. Dieser Versuch scheiterte ebenso wie der Angriff gegen Patschkowski und die Hann.-Mündener.

Die „Frankfurter Rundschau" gab bekannt, daß mittlerweile bereits mit der Auflösung der Nienburger Verwaltungsstelle gedroht wird, falls der Verwaltungsstellenleiter Schepoks (ein Anhänger der Opposition) nicht zurücktrete.

Namens des Vorstands führen diese Säuberung der rechte SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe und der neugewählte Wolfgang Schultze (vordem berüchtigt aus der Tätigkeit bei „Arbeit und Leben" und der Entlassung des Linken Danielowski) sowie Mitglieder des niedersächsischen Bezirksvorstands durch. Mit allen Machtmitteln und Intrigen wird zur Zeit noch versucht, ohne Auflösung der Verwaltungsstelle den Hauenschild-Kurs durchzusetzen. So wurde vor dem Gewerkschaftstag das Votum der Nienburger für ihren Delegierten (mit 43 gegen 8 Stimmen gewählt) von einer Mehrheit der Hauenschild-Anhänger auf der Bezirksversammlung provokativ mißachtet, die statt seiner den bei nur 8 Stimmen unterlegenen Gegenkandidaten zum Delegierten für den Gewerkschaftstag wählten. Aus genau dessen Betrieb gingen Mißtrauenserklärungen gegen Schepoks ein. Über diese bestellten Mißtrauensanträge informierte ein Sekretär der Bezirksleitung in anderen Betrieben. Sie waren Anlaß für den Vorstand, dem Ruf der „Basis" zu folgen und in Nienburg im wahrsten Sinne des Wortes nach dem Rechten zu schauen. Bisher allerdings noch ohne Erfolg. Der Verwaltungsstellenvorstand hat sich einstimmig hinter Schepoks gestellt.

Aus dem Bezirk Westfalen berichtet die „Frankfurter Rundschau", daß Hauenschild persönlich in die Neuwahl des Bezirksvorsitzenden eingriff. Der favorisierte Kandidat Lieberum wurde von ihm abgelehnt, da aus ihm *„ein neuer Plumeyer"* werden könnte. Angegebener Grund: Lieberum habe sich im Konflikt Plumeyer/Hauenschild nicht klar entschieden, er vertrete oft konträre Auffassungen zum Hauptvorstand und sei für diesen nicht vertrauenswürdig („FR", 20.1.81).

Zwei Belege noch über das Ausmaß der Säuberung. Hermann Rappe vor Delegierten der Bremer Verwaltungsstelle: **„Wir haben uns mit 30, 35 Gewerkschaftsführern und Sekretären auseinanderzusetzen, die uns in 10, 15 Verwaltungsstellen Schwierigkeiten gemacht haben". Und Hauenschild hat auf der Betriebsversammlung der IG Chemie-Hauptverwaltung angekündigt, daß es jetzt eine „mehrheitsstabilisierende Personalpolitik" gebe. Der Betriebsrat der Hauptverwaltung bestätigte, daß er sich mit *„einer ganzen Latte von Personalveränderungen"* zu befassen habe. Der Betriebsratsvorsitzende Klaus Carlin schmiß erst kürzlich das Handtuch und wechselte zur Gewerkschaft HBV über.**

Die Vorgänge in der IG Chemie dürfen nicht unterschätzt werden. Nach den Antikommunisten-Kampagnen der IG Bau Steine Erden [illegible] 1956 und der IG Bergbau Anfang der sechziger Jahre (beide Gewerkschaften sind heute stramm auf Rechtskurs), nach der Säuberung der Belegschaftsvertretung durch Gewerkschaftsausschlüsse und Entlassungen (1969 auf der Bremer Klöckner-Hütte durch die IG Metall), nach den massenhaften Gewerkschaftsausschlüssen gegen „K-Grüppler" Mitte der siebziger Jahre, soll jetzt wieder eine ganze Gewerkschaft auf strammen Rechtskurs getrimmt und von einer Opposition gesäubert werden, die weder kommunistisch noch eine homogene Einheit ist, sondern die wesentlich die Ablehnung der undemokratischen Machenschaften der Hauenschild-Mafia einigt. Die Drohung mit der Auflösung einer ganzen Verwaltungsstelle hat ihre Parallele in der Politik eines Georg Leber, unter dessen Führung zuletzt in der Gewerkschaftsgeschichte 1956 der Bezirk Nordrhein der IG Bau mit neun Verwaltungsstellen aufgelöst wurde. Die Linke sollte die Entwicklung der IG Chemie zur gelben Gewerkschaft sehr ernst nehmen und jede vornehm geübte Zurückhaltung bei der Öffentlichmachung der Machenschaften der Hauenschild-Mafia aufgeben.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Nachrichten zu den Betriebsrätewahlen '81

Wie schon im letzten „Arbeiterkampf" begonnen, wollen wir an dieser Stelle weiter über aktuelle Entwicklungen anläßlich der Betriebsrätewahl 81 berichten.

Bremer Vulkan: Wahlmanipulation zugunsten der Betriebsrats-Mehrheit

Die von uns im letzten AK als beispielhaft vorgestellten Aktivitäten der aktiven Vertrauensleute auf der Werft Bremer Vulkan sind inzwischen von der Betriebsratsmehrheit abgeblockt worden.

Wie wir berichteten, konnten die aktiven Vertrauensleute und Betriebsräte Wahlen in den einzelnen Branchen durchsetzen.

Durch diese Vorwahlen sollten die Kandidaten/innen der einzelnen Branchen ermittelt werden. Auf der Vertrauensleutesitzung am 19.12.80 sollte dann auf Grundlage dieser Vorwahlen die IG Metall-Liste aufgestellt werden.

Doch es kam anders. Einige Mitglieder der BR-Mehrheit waren bei den Vorwahlen in ihren Branchen „durchgefallen". Der Betriebsratsvorsitzende Kirchhof erhielt z.B. in seiner Branche (50 Kollegen) nur 12 Stimmen. Außer Kirchhof gab es noch eine Reihe weiterer Mitglieder der BR-Mehrheit, die nicht wiedergewählt wurden. Das konnten diese Leute offenbar nicht hinnehmen und so setzten sie auf der Vertrauensleuteversammlung durch, daß sie als Vertreter für 6 Branchen gewählt wurden, die keine Kandidaten vorgeschlagen hatten. Die betroffenen Branchen wurden natürlich nicht gefragt, ob sie überhaupt einverstanden sind.

Doch das war noch nicht die Spitze der Wahlfälschung. Die Mitglieder der BR-Mehrheit, die jetzt nur noch über diesen Trick als Kandidaten zur Verfügung standen, landeten bei der Kandidatenaufstellung u.a. auf den Plätzen 4 (Kirchhof), 5, 10 und 14. Diese Plätze sind relativ aussichtsreich. D.h. bei einer möglichen Listenwahl (kurz vor Listenschluß eingereicht) wären die ersten 17 Kandidaten der IGM-Liste sicher im BR.

Ganz anders verhielt es sich bei den **Kandidaten, die zu der fortschrittlichen Minderheit im Betriebsrat gehören.** So wurde z.B. der Kollege Bettelhäuser mit 88 % der Stimmen seiner Branche gewählt, taucht aber erst auf Platz 13 der Liste auf.

„Der Kollege Seidel, der in dem Bereich Werkzeugbau und Labor 70 % der Stimmen erhielt [der BR-Vorsitzende Kirchhof bekam von den gleichen Kollegen dagegen nur 24 % der Stimmen], steht auf Platz 24; dafür steht aber der Kollege Kirchhof auf Platz 4" (nach „Echolot" linke Betriebszeitung — 6.1.81). Das sind nur die gröbsten Beispiele der gelaufenen Wahlmanipulationen.

In der Betriebszeitung „Echolot" heißt es zu diesen Vorgängen, daß man sich trotzdem weiter für das „demokratischte aller Wahlverfahren" — die Persönlichkeitswahl — einsetzen will. *„Wenn allerdings plötzlich eine andere Liste auftauchen sollte, werden wir — egal wer dahinter steckt — darum kämpfen, daß diese wieder zurückgezogen wird. Wir werden uns solchen Machenschaften nicht bedingungslos unterordnen. Wenn eine solche Liste allerdings nicht zurückgezogen wird, werden wir nicht davor zurückscheuen, auf einer eigenen Liste zu kandidieren. Wir sind — das ist unsere Überzeugung — der Belegschaft schuldig, eine Alternative anzubieten."*

Hawreliuk sagt verstärkte Anti-DKP-Hetze voraus

Auf einer Juso-Tagung zum Thema „Einheitsgewerkschaft und innerorganisatorische Demokratie" äußerte sich der gefeuerte DGB-Bundesjugendsekretär Hawreliuk auch zu der Debatte um die „kommunistische Unterwanderung": *„Meiner Meinung nach waren die Debatten um die kommunistische Unterwanderung in der Gewerkschaftsjugend Einstiegsdebatten in Auseinandersetzungen, die die DGB-Gewerkschaften in Zukunft verstärkt treffen werden — und nicht nur als eine theoretische Auseinandersetzung, sondern auch als eine ganz praktische Auseinandersetzung. Wir werden dies spätestens feststellen, wenn wir bei den Betriebsratswahlen 1981 Gewerkschaftsmitglieder auf die Listen der Gewerkschaften setzen und auf diesen Listen auch eingetragene DKP-Mitglieder sind"* („Neue", 22.1.81).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

V-Leute statt Computer? Baum effektiviert Betriebsräte-Beschnüffelung

Wenige Wochen vor Beginn der Betriebsratswahlen 1981 hat sich Bundesinnenminister Baum zu dem Thema Beschnüffelung von Betriebsräten geäußert, eine Angelegenheit, die ihm nach der letzten Betriebsratswahl vor allem aus Gewerkschaftskreisen heftige Kritik eingebracht hatte. Er kündigte an, daß nach seinen Vorstellungen nicht mehr wie in der Vergangenheit Kandidatenlisten in den Verfassungsschutz-Computer NADIS eingegeben werden sollen, um „linksextremistische Unterwanderung" aufzuspüren. Baum ließ verlauten, daß der *„sicherheitspolitische Nutzen"* dieser Schnüffelei in keinem Verhältnis stehe zu dem Vertrauensverlust, der durch die *„Gefährdung des demokratischen Klimas"* und durch den Dauerkonflikt mit den Gewerkschaften entstünde.

Diese „noble Geste" des Ministers wurde denn auch von der sozialliberal orientierten Presse wohlwollend aufgenommen. Die konservative „Frankfurter Allgemeine" kommentierte, ihrem Standort gemäß, dem Verfassungsschutz sollten *„neue Fesseln angelegt werden, was die Tätigkeit in den Betrieben angeht"*. Sollte Baum also tatsächlich...?

Hinter dem Nebelvorhang der Sorge um das demokratische Klima in der BRD scheint sich allerdings wieder einmal eine der typischen sozialliberalen „Reformen" zu verbergen: mit größerer Effektivität, dafür aber unauffälliger, vielleicht sogar noch kostensparend die gleichen reaktionären Ziele zu verfolgen — und das Ganze auch noch als Liberalisierung in der Öffentlichkeit verkauft.

Für diese Version sprechen eine Reihe von Fakten, die der mißtrauische Leser dieser Tage den Zeitungen entnehmen konnte. So moniert Baum die mangelnde Effektivität des bisherigen Verfahrens. So seien von rund 30.000 Betrieben überhaupt nur rund 1.600 Betriebe in die Überprüfung einbezogen worden, und von diesen hätte der Verfassungsschutz wiederum nur aus 922 Betrieben Datenmaterial erhalten.

Nach der in der Öffentlichkeit geführten Kritik seit den letzten Betriebsratswahlen sei mit noch wesentlich weniger Bereitschaft von Gewerkschaftern und Firmenleitungen zu rechnen, dem Verfassungsschutz Datenmaterial zur Verfügung zu stellen.

Gegen die Version von der Liberalisierung spricht auch, daß nach Gesprächen Baums mit dem CDU-Vorsitzenden Kohl und dem Chef der CDU-Sozialausschüsse, Blüm, kein Widerstand gegen die neuen Pläne des Ministers signalisiert wurde. Und auch Verfassungsschutz-Präsident Meier ließ erkennen, daß er gegen eine Änderung der bisherigen Überprüfungspraxis nichts einzuwenden habe.

Worum geht es also? Die „Welt" vom 19.1. wußte zu berichten, daß Baum zukünftig gezielt V-Leute des Verfassungsschutzes einsetzen wolle, die in den Betrieben anzuwerben seien. Und obwohl die „FAZ" am 21.1. einen Sprecher des Innenministeriums die V-Leute-Pläne einen „baren Unsinn" nennen ließ, spann die gleiche Zeitung zwei Tage später den von der „Welt" geknüpften Faden weiter. Um nicht pauschal alle Betriebsräte überprüfen zu müssen — was nur zu Unruhe in den Betrieben führe — sei es sinnvoller, bei den Linksextremisten, etwa der DKP und ihren Betriebsgruppen, direkt anzusetzen und hier durch V-Leute und/oder Studium der Betriebszeitungen immer dort gezielt weiter zu spähen, wo es Anzeichen einer Kandidatur von Mitgliedern dieser Gruppen gäbe.

Das ist also die ganze „Liberalisierungs"-Logik von Minister Baum. Statt breiter Erfassung von sehr vielen Betriebsratskandidaten werden die Anstrengungen auf die mit den Untersuchungen der Vergangenheit ermittelten Brennpunkte konzentriert. Auf diese Weise soll Ärger mit „Unschuldigen" vermieden werden, der bisher nur zu unerwünschten Solidarisierungen geführt hat. Den „harmlosen" Gewerkschaftern, die nun nicht mehr von den Überprüfungen erfaßt werden, könnte so eine scheinbar eingeschränkte, tatsächlich aber intensivierte Verfassungsschutz-Schnüffelei auch wesentlich leichter als „Demokratisierung" verkauft werden. — Kein Wunder also, daß die CDU-Politiker mit Baums Vorschlägen zufrieden waren. Und der Applaus der Gewerkschaftsführer dürfte bald folgen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

HDW: Werden die Chile-U-Boote geliefert?

Nachdem im Bereich „Sonderschiffbau" der HDW in Kiel am 12. Dezember etwa 1.000 Beschäftigte für den Bau von U-Booten für die chilenische Militärdiktatur gestreikt hatten, blieb die Stellungnahme der IG Metall eindeutig. Sowohl die Kieler und die Hamburger IG Metall-Ortsverwaltung als auch der Vorsitzende Loderer haben sich gegen die Lieferung dieser U-Boote ausgesprochen und die Bundesregierung aufgefordert, die bereits erteilte Genehmigung rückgängig zu machen. Bei diesen Stellungnahmen mit dem Tenor, es sei Sache der Bundesregierung, Rüstungsexporte in solche Länder zu verhindern und die Produktionskapazität in den bundeseigenen Unternehmen für friedliche Zwekke einzusetzen, beließ es die IG Metall.

Die Arbeitsniederlegung war unter maßgeblicher Mitwirkung von rechten IG Metall-Betriebsräten zustandegekommen. Die freigestellten Betriebsräte hatten in einem Fernschreiben an den Bundeskanzler auf die Aufträge für Chile bestanden. Dazu schwieg die IG Metall bislang in der Öffentlichkeit.

Der IG Metall-Vorstand hat sich seinen Antiimperialismus und seinen Antimilitarismus immer recht einfach gemacht. Konkrete Schritte oder gar Kämpfe gegen Rüstungsproduktion in der BRD hat es nie gegeben. So ist bislang ja auch akzeptiert worden, daß bei HDW ein Werk ausschließlich für den Bau von U-Booten eingesetzt wird, und daß diese U-Boote bereits an die Militärdiktaturen Argentinien, Uruguay, Indonesien und an die südafrikanischen Rassisten geliefert wurden.

(Übrigens ist das Argument der gefährdeten Arbeitsplätze ein billiger Scherz, da die U-Boote, die einst vom Schah von Persien bestellt waren, fast fertiggestellt sind).

Kriegsschiffbau auch bei HDW-Hamburg?

Auf der Januar-Betriebsversammlung der Hamburger HDW-Werke sagte der Vorstandsvorsitzende Henke: *„Schiffsneubau bedeutet für uns nicht nur Handelsschiffsneubau und Off Shore* (Bohrinseln), *sondern auch Kriegsschiffbau. Und wir bemühen uns um Kriegsschiffsaufträge und dafür möchte ich ihre Unterstützung, meine Damen und Herren."*

Das Buhlen der Kapitalisten um Rüstungsaufträge ist nicht ungewöhnlich, eher schon die direkte Aufforderung an die Beschäftigten, so etwas zu unterstützen. Peinlich wurde es aber, als kein Betriebsratsmitglied und auch nicht der Vertreter der IG Metall-Ortsverwaltung darauf einging.

Fortsetzung nächste Seite

1, 2, 3, 4 Arbeitsplätze wollen wir, 5, 6, 7, 8 bei Grundig gibt's heut Rabbatz!

Am 17.1.81 fand in Landau eine Demonstration gegen die geplante Stillegung der Grundig-Werke Landau und Ascha statt. Aufgerufen hatte die Verwaltungsstelle Landshut der IGM und das „Bürgerkomitee Erhaltet die Arbeitsplätze bei Grundig". Gekommen waren ca. 2.500 Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Grundig-Betrieben in der BRD und andere Gewerkschafter aus der Region. Der Demonstrationszug bewegte sich durch Landau.

„1, 2, 3, 4 Arbeitsplätze brauchen wir, – 5, 6, 7, 8 bei Grundig wird Rabbatz gemacht!"

„1, 2, 3, 4 Arbeitsplätze brauchen wir, – 5, 6, 7, 8 der Konsul wird zum Mars gebracht" und

„Grundig in den Ruhestand – Arbeitsplätze in unsere Hand" waren einzelne Parolen, die allerdings spontan entstanden.

Die Abschlußkundgebung fand allerdings nicht in Landau statt, sondern die Demonstrationsteilnehmer wurden mit Bussen in das nahegelegene Ruhstorf gefahren.

Stürmisch begrüßt wurden dort insbesondere sämtliche Delegationen aus den anderen Grundig-Werken, in denen insgesamt 5.000 Unterschriften gegen die Werksschließung gesammelt worden waren. Das örtliche Bürgerkomitee hatte zusammen mit den Landauer Kollegen 46.000 Unterschriften gesammelt.

Von dem Veranstaltungsleiter, dem Kollegen Neugebauer, wurde die Teilnahme von Spitzeln der Grundig-Geschäftsleitung kritisiert, die von den Veranstaltungsteilnehmern Fotos machten. Außerdem hatte die Grundig-Geschäftsleitung vor der Demonstration eine Stellungnahme in die örtliche Presse lanciert, in der die IGM, das Bürgerkomitee und bewußt die DKP als aufrufende Organisationen genannt wurden. Anstatt dies richtigzustellen, distanzierte sich Neugebauer von der DKP, mit der die Veranstalter „so gut wie nichts gemeinsam haben".

Nach dem Veranstaltungsleiter kamen die Betriebsratsvorsitzenden der Betriebe Landau und Ascha zu Wort. Obwohl in den Reden von Ersatzarbeitsplätzen und Kampf für Arbeitsplätze viel die Rede war, sind inzwischen auch in Landau/Ascha Sozialpläne abgeschlossen worden, die einen schrittweisen Abbau der Belegschaft vorsehen. Nach den beiden Betriebsratsvorsitzenden sprach Pfarrer Peter als Sprecher des Bürgerkomitees.

Pfarrer Peter stellte insbesondere die menschlichen Probleme der arbeitslosen Kollegen heraus und die Hoffnung auf eine an der Würde des Menschen orientierte Wirtschaftsordnung. Im Kampf dafür wollte er allerdings auch niemandem den Schwarzen Peter zuschieben. Sondern der Kampf für eine menschliche Wirtschaftsordnung sollte mit „Pro-Forderungen" geführt werden; z.B.: Für die Erhaltung der Arbeitsplätze. Stellung nahm Peter auch gegen die, die sich nur von wirtschaftlichen Erwägungen leiten lassen und das Träumen nach einer besseren Zukunft als Spinnerei abtun.



Eduard Schleinkofer, vom Bezirksvorstand der IGM Bayern hielt eine längere Rede in der er u.a. die Mitbestimmung als eine Möglichkeit pries, derartige Unternehmensentscheidungen zu verhindern.

„Grundig Tango" Kultur und Politik zwei paar Schuhe ?

Im Anschluß an die Rede Schleinkofers wurden Solidaritätsadressen von den Belegschaftsvertretungen verschiedener Grundig Betriebe, Vertrauenskörper anderer Betriebe und gewerkschaftlichen Gremien verlesen. Wegen „Zeitmangel" konnten verschiedene Solidaritätsadressen nicht mehr vorgetragen werden. Ein ebenfalls vorbereiteter Kulturbeitrag von Nürnberger Vertrauensleuten, die den „Grundig Tango" vortragen wollten, wurde nicht zugelassen. Zu doll wollte man dem Konsul Max dann doch nicht auf die Füße treten.

Nach Berichten von Teilnehmern der Demonstration

Für Interessierte:
Die Nürnberger Stadtzeitung „plärrer" gab anläßlich der geplanten und schon durchgeführten Stillegung des Grundigkonzerns eine „Grundig EXTRA Nr. 1" heraus, die zu beziehen ist über „plärrer", Roonstr. 13, 8500 Nürnberg 80, Preis DM 3. Sie enthält eine umfassende Untersuchung über die Konzentration in der Unterhaltungselektronik und die Rationalisierungspraktiken der Grundig AG.

AG.

Asbest und Cadmium-Verseuchung: Baum lenkt ein

Jährlich sterben in der Bundesrepublik 5.000 Menschen durch Einsatz von asbesthaltigem Zement, Fußboden- und Bremsbelägen, Textilien und Filtern an Krebs. 10.000 bis 100.000 über fünfzigjährige Personen in der Bundesrepublik leiden an Nierenfunktionsstörungen durch zu hohe Belastungen der Nahrungsmittel mit Cadmium.

Diese Zahlen gehen aus den Cadmium- und Asbestberichten des Umweltbundesamtes hervor. Bei der Vorlage dieser Berichte brachte Bundesinnenminister Baum gegenüber den Journalisten einige starke Sprüche über seine umweltpolitischen Ziele: „*Verzicht auf Asbest überall dort, wo Gefahren für den Menschen bestehen*" und dabei sei es „*kein absolutes Gebot, Arbeitsplätze zu erhalten.*" Offenbar wollte Baum damit allen Mutmaßungen von vornherein entgegentreten, daß wesentliche Passagen der Berichte auf Druck der Asbestindustrie entschärft worden sind.

Interventionen der Industrie hatte es viele gegeben. Erst im vorletzten AK berichteten wir über einen vertraulichen Brief des Gesamtbetriebsrats der Eternit AG. Darin forderten die Betriebsräte, die Umweltberichte gar nicht erst erscheinen zu lassen, da sie ihre Arbeitsplätze bedroht sähen. Aber die Asbestindustrie muß keine Bedrohung ihrer Produktion und ihrer Profite fürchten. Und den Beschäftigten in der Asbestindustrie droht weiterhin mehr der Krebstod als die Gefahr von Massenentlassungen.

Ein Verbot von Asbestzement mit fünfjähriger Übergangsfrist (ein not-

Ein Verbot von Asbestzement mit fünfjähriger Übergangsfrist (ein notwendiges sofortiges Verbot ist eh nie geplant gewesen) ist nicht in die endgültige Fassung aufgenommen worden, weil die Umweltbehörde erst dann Maßnahmen ergreifen will, wenn Industrie und Gewerkschaften Stellungnahmen zu den ökonomischen Auswirkungen abgegeben haben. Erst wenn durch Kooperation keine umweltpolitisch „verantwortbare" Übergangsregelung erreicht wird, erwägt der Innenminister gesetzliche Regelungen.

Seit über 50 Jahren ist bekannt, daß Asbest Krebs erzeugt. Seit Jahren fordern Gewerkschaften das Verbot von Asbest. In Dänemark, Schweden und den Niederlanden ist es bereits verboten. Aber Herr Baum wartet darauf, daß die bundesdeutsche Industrie Einsicht zeigt.

Ähnlich sind die Aussagen im Cadmium-Bericht zu finden. Durch die Luftverschmutzung aus der Metallverhüttung und der Verfeuerung von Kohle und Öl setzt sich Cadmium im Boden ab. Dadurch gelangt es in die Nahrungsmittelkette. Außerdem wird direkt cadmiumhaltiger Klärschlamm zum Düngen verwendet. Zuviel Cadmium wirkt auf die Nieren und ist vermutlich auch krebsauslösend und greift die Knochen an.

Auch hier ist von einem Cadmium-Verbot nicht die Rede. Es müsse aber ein weiterer Anstieg „*schleunigst gestoppt werden.*" Und das soll die Industrie in Branchenabkommen selbst regeln.

Spürhund Wilke wieder aktiv

Wie aus einer schlimmen Entgleisung die »stalinistische Unterwanderung« des DGB wird

Seit einigen Wochen beschäftigt ein Skandal an der vom DGB geführten Frankfurter Akademie der Arbeit die DGB-Führung und die Presse. Ein äußerst mieser Sketch gegen den Trotzkismus war der Anlaß. Nicht mehr der Sketch und die Aufdeckung fragwürdiger politischer Kultur, nicht mehr der in den DGB-Gewerkschaften übliche undemokratische Umgang mit linken Positionen (sei es der Trotzkismus, der Maoismus, der Leninismus, die Behandlung abweichender linker Meinungen etc.) sind Gegenstand der Debatte, sondern die „kommunistische Unterwanderung" des DGB. Vorneweg bei dieser Ablenkung von den Frankfurter Ereignissen ist wiederum Manfred Wilke, Verfasser des mittlerweile berüchtigten Buches über den „Marsch der DKP durch die Institutionen" (siehe AK 191, S. 19). Er, der immer vorgibt, sich als „Linker" für politischen Pluralismus und mehr Demokratie im DGB einzusetzen, liefert mit dieser Kampagne erneut den Beweis, daß dieses Anliegen vorgeschoben ist, daß es ihm gerade um die Heraussäuberung einer Strömung aus dem DGB geht, statt um Diskussion.

Der Vorfall ...

An der Akademie der Arbeit werden hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre ausgebildet. Während eines Sketches auf dem Semesterfest kam es zu folgendem Dialog: „*Frage: Kann außerhalb Mexikos ein Eispickel benutzt werden? Antwort: Benutzen ist eigentlich zuviel gesagt; allerdings treten in letzter Zeit Fälle auf, bei denen man annehmen muß, hier ist ein Eispickel im Spiel. Besonders im Frankfurter Uni-Bereich ist dieses Phänomen zu beobachten. Da ein Eispickel ja bekanntlich nicht aus Eis besteht und darum ein Auftauen des Pickels aussichtslos ist, sollte sich jeder vor diesem gefährlichen Instrument vorsehen*" („FR", 15.1.). Von den Autoren wurde dies später damit begründet, daß „*der Eispickel als Symbol für die trotzkistische Ideologie gilt*" („was tun", 15.1.81). Eine an der Akademie studierende Trotzkistin war empört über den Zynismus, der in dieser Darstellung und der unverblümten Anspielung auf Trotzkis Ermordung zum Ausdruck kam. Sie protestierte gegen die Darstellung und erfuhr anschließend den herrschenden Umgang im DGB mit anderen Anschauungen. Konfrontiert mit Drohungen und Einschüchterungen (vergleiche die Dokumentation in der „taz" vom 9.1.81) gab sie eine politische Erklärung ab, in der sie den Sketch als „Höhepunkt" der Unterwanderung der Akademie durch die DKP bezeichnet und einigen Dozenten und Hörern vorwirft, daß sie „*politische Positionen der DKP-SED zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zu den politischen Regimen in der DDR, in Osteuropa und in der UdSSR vertreten.*"

... und seine Vermarktung

Das war das Stichwort für Manfred Wilke, der den Vorfall in die überregionale Presse brachte. Um das Ganze schön pressewirksam zu gestalten, zog er maßlose Vergleiche zu den Judenverbrennungsspielen an der Münchener Bundeswehrhochschule und stellte fest, daß diese Art von Humor allenfalls an einer DKP-Parteihochschule möglich sei. (Wilke irrt — wo hat er eigentlich die letzten zehn Jahre im DGB verbracht?) Weiterhin forderte er das zuständige DGB-Bundesvorstandsmitglied Maria Weber (CDU) auf, an der Akademie „Konsequenzen zu ziehen". Ihm assistierten einige in diesem Zusammenhang altbekannte Figuren (Heinz Brandt, Manfred Scharrer), die sich sogleich bemühten, den Vorfall einseitig der DKP in die Schuhe zu schieben. Dies, obwohl der Leiter der DGB-Schule Hattingen, Ahrenhövel, ausplauderte, der „Eispickel-Witz" sei ein „alter Kalauer", der schon auf vielen gewerkschaftlichen Jugendveranstaltungen zu hören gewesen sei. Die Autoren des Sketches stellten fest, daß Jusos in Diskussionen untereinander Trotzkisten als „Eispickel-Geschädigte" bezeichnen würden.

Eine solche Lesart des Vorfalls war jedoch nicht gefragt. Manfred Scharrer, „linker" Weißwäscher der Sozialdemokratie, begründete die DKP-Verantwortung so: „*Man kann verstehen, daß DKPisten oder auch Maoisten, oder ihnen freundschaftlich zugetane Kollegen, aufgrund ihrer Bedeutungslosigkeit Omnipotenzphantasien entwickeln, die sich eben bei uns heute nur in einem humoristischen Gewande an die Verbrechen von Josef Stalin hängen können*" („taz", 9.1.). Für die „taz" war anschließend die Sache klar: Bei den Sketch-Autoren habe es sich um „*offensichtlich DKP-orientierte Studenten*" („taz", 22.1.) gehandelt.

Heinz Brandt holte noch etwas weiter aus, um die DKP-Unterwanderung an der Akademie der Arbeit (AdA) zu belegen. Er verwies auf eine Veranstaltung an der Akademie zum 17. Juni 1980, wo es „*einer kritischen Minderheit*" gelungen sei, ihn als Diskussionsredner einzuladen. Er habe dann „*zum ersten Mal das Monopol der Verwaltung der Geschichte durch DKP-nahe Kreise durchbrochen*" („FAZ", 7.1.).

Doch damit hatte Heinz Brandt überzogen. Das war selbst dem sozialdemokratischen Historiker Gerhard Beier — der sonst nicht schüchtern ist, wenn's gegen die DKP geht — zuviel: „*Ein Monopol, das nie bestand, konnte Brandt schwerlich erstmals brechen ... Die Moderation der Akademieleitung war fair und über jeden Zweifel an ihrer freiheitlich-demokratischen Grundhaltung erhaben*" („FAZ", 12.1.81).

Eine Ehrenrettung der Akademie seitens der DGB-Führung nahm Maria Weber vor, die betonte, man solle den Vorfall nicht überbewerten. Schließlich werden die Stipendien an die AdA u. a. von der evangelischen Kirche, der DAG, der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, der Stadt Frankfurt und der Konrad-Adenauer-Stiftung bezahlt. Eine zu laut geführte Debatte um die kommunistische Unterwanderung konnte also der DGB-Führung in diesem Falle nicht recht sein. Für den „taz"-Kommentator ist dies allerdings nur ein Beleg für „*das Bestreben des Apparats, wieder aus dem Schußfeld des 'öffentlichen Interesses' zu kommen*". Die DGB-Führung wolle keine öffentliche Diskussion über die kommunistische Unterwanderung, dies sei gerade die Aufgabe der Linken. „**Der politische Kampf gegen die DKP ist bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen eine Lebensversicherung der minoritären Positionen in der Gewerkschaft**" (H.W. Plager in der „taz" vom 22.1.81). Flugs wird hier die DKP zum Hauptfeind bei der Durchsetzung linker Positionen im DGB erklärt. Gerade dies macht die eifrigen „linken" DKP-Kritiker so unglaubwürdig: daß sie in maßloser Verkennung realer Machtverhältnisse Unterdrückung der Diskussion, mangelnde Demokratie und bürokratische Reglementierung im DGB zum DKP-Spezifikum verkehren und nicht begreifen, daß die DKP häufig genug nützlicher Idiot und eifrigster Aktivist bei der Durchsetzung der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie ist. Wie aber kann z.B. Plager den Kampf gegen die DKP zum Hauptkampf innerhalb der Gewerkschaften erklären und dabei DGB-Chef Vetter und CDU-Weber der „Feigheit" im Kampf gegen die „kommunistische Unterwanderung" bezichtigen? Soll man sich ernsthaft mit diesen verbünden? Sind es nicht Vetter, Weber und Schwab gewesen — und nicht die DKP — die die Arbeit in Berufsverbotekomitees, die Beteiligung am Russell-Tribunal verboten haben, die Säuberung in der DGB-Jugend durchgeführt haben, die Beteiligung am 8. März untersagt haben, die Gewerkschaftsausschlüsse praktizieren, die den politischen Pluralismus ersticken, die die Gewerkschaften zu angepaßten Apparaten machen?

Einigen Eiferern im Feldzug gegen die „stalinistische Unterwanderung" geht mittlerweile jedes Maß verloren (speziell Heinz Brandt, dessen mutigen Kampf gegen den wahrlich nicht DKP-beherrschten Atomfilz im DGB wir nicht vergessen haben, muß sich diesen Vorwurf gefallen lassen), bei anderen, meist sozialdemokratisch organisierten, ist der Eifer durchaus verständlich.

So wundert auch nicht die Unterschriftensammlung zu den Frankfurter Vorfällen, in der nicht für mehr Demokratie und politischen Pluralismus im DGB gestritten wird, sondern in der es heißt: „*Wir sind nicht gegen die offene Erörterung von DKP-Standpunkten, aber gegen eine Unterwanderung von Gewerkschaftsgremien durch Verbergen der eigenen Auffassungen und durch ein politisches Spiel mit gezinkten Karten und persönlichen Diffamierungen.*"

Den fast ausnahmslos sozialdemokratischen Unterzeichnern und alten Bekannten seit Beginn der Unterwanderungskampagne 1978 im DGB (Iring Fetscher, Helga Grebing, Hermann Weber, Fritz Vilmar, Hinrich Oetjen, Heinz Brandt, Manfred Scharrer u.a.) könnte man spaßeshalber mal einen Termin mit aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Genossinnen und Genossen unserer Organisation vermitteln, da ließe sich viel, sehr viel über Demokratie in den Gewerkschaften erzählen. Es war aber nur ein Spaß, denn die Unterzeichner müssen um die Zustände im DGB wissen, auch daß diese nicht die DKP zu verantworten hat.

Erwähnenswert noch, daß auch Andreas Buro, einer der Repräsentanten des SB, zu den Unterzeichnern gehört. Weicht das von Manfred Wilke in seinem Buch beklagte Schweigen des SB zur „kommunistischen Unterwanderung" des DGB durch die DKP nun einer Zustimmung zu den Thesen Wilkes? Eine Stellungnahme des SB zu dem Wilke-Buch, die wir schon im AK 191 gefordert hatten, wird immer dringender.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von der vorherigen Seite

HDW: Werden die Chile-U-Boote geliefert?

Es kam noch dicker. Ein linker Kollege versuchte in einem Beitrag, anknüpfend an Erfahrungen des letzten Krieges, etwas umfassender darauf einzugehen, was Rüstungsproduktion und Waffenexport gerade in faschistische Diktaturen heißt. Der Versammlungsleiter (stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Karl-Heinz Peters) drehte das Mikrofon ab und unterbrach den Beitrag damit, daß allgemeinpolitische Stellungnahmen nicht erlaubt seien. Der Kollege beendete seinen Beitrag damit, er finde es erschreckend, daß hier Leute im Gewerkschaftskostüm herumlaufen würden und es nicht einmal zuließen, daß ein antimilitaristisches Gedicht verlesen werde, während ihre Parteifreunde in Kiel Arbeiter für Rüstungsaufträge streiken lassen würden.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

GEW-Führung diffamiert die peruanische Lehrergewerkschaft SUTEP

Daß sich die GEW-Führung weigert, die peruanische Lehrergewerkschaft SUTEP, die 80 % der peruanischen Lehrer organisiert, zu unterstützen, ist bekannt. Meist wurde dies vom GEW-Vorsitzenden Erich Frister formal damit begründet, daß die SUTEP nicht der 'Internationalen Vereinigung Freier Lehrerverbände' (IVFL) angehöre. Nach langem Ringen kam es Anfang Dezember zu einem Gespräch zwischen Frister und dem stellvertretenden Vorsitzenden der SUTEP, Cesar Barrera. Verlauf und Hintergründe dieses Gesprächs belegen, daß die GEW-Führung an ihrem Kurs, in Peru antikommunistische Lehrerbünde hochzupäppeln und den in der SUTEP organisierten Lehrern jegliche Unterstützung zu verweigern, festhält. Dies darf in der GEW nicht unwidersprochen bleiben.

Über die Unterredung zwischen Frister und Cesar Barrera hat der SUTEP-Vertreter ein ausführliches Gedächtnisprotokoll angefertigt, aus dem hier zitiert werden soll:

„Ich habe Herrn Frister auch gefragt, warum er die peruanischen Lehrer nicht unterstützt. Er antwortete, daß er die peruanischen Lehrer durchaus unterstützt habe. Ich bat ihn, mir ein einziges Beispiel dafür zu nennen. Darauf antwortete er mit dem Vorwurf, 'daß die Finanzlage der SUTEP gut sei und daß er wisse, daß die SUTEP seit mehreren Jahren eine Art Büro in Europa unterhalte'.

Ich wies ihm nach, daß das mit der guten finanziellen Lage vollständig falsch sei, daß die SUTEP aus ihrem Büro in Lima 'rausgeworfen wurde, weil sie die Miete nicht bezahlen konnte, daß aus dem gleichen Grund ihre Zeitung nicht erscheinen kann, daß ich nach Europa gekommen bin dank der Unterstützung der Solidaritätsgruppen mit Peru, daß die SUTEP keinerlei Büro in Europa unterhält. (...)

Ich bat Herrn Frister noch einmal
SUTEP keinerlei Büro in Europa unterhält. (...)

Ich bat Herrn Frister noch einmal zu den Beziehungen zwischen der GEW und der SUTEP Stellung zu nehmen, und er möge mir Beispiele nennen für die Unterstützung, die die kämpfenden peruanischen Lehrer erhalten hätten. Darauf antwortete Herr Frister mit einem zweiten, noch absurderen Vorwurf: Er wisse, daß es in Peru überhaupt keinen Lehrerstreik gegeben habe und daß die Führer die Lehrer mit Gewalt zwänggen, ihnen zu folgen. (...)

In meiner Eigenschaft als Funktionär der SUTEP bot ich ihm an, ihm Dokumentationen und Beweise für die Kämpfe der SUTEP zu beschaffen. **Herr Frister wies darauf hin, daß die Zeit, die er für das Gespräch vorgesehen habe, abgelaufen sei, daß er andere Verpflichtungen habe; und er empfahl mir, nicht so weit zu reisen, sondern lieber in Amerika zu bleiben und mit seinem Büro in Costa Rica zu verhandeln und auf diese Weise Zeit und Reisekosten zu sparen.**

Ich wies darauf hin, daß meine Anwesenheit bei der GEW und meine Gespräche mit ihm zustande gekommen seien, weil mir daran läge, gewerkschaftliche Beziehungen mit der GEW aufzunehmen, und deshalb bat ich ihn noch einmal um eine Stellungnahme zu diesem Thema. Herr Frister wies darauf hin, daß die Zeit für das Gespräch bereits um 5 Minuten überschritten sei. Mit dieser Bemerkung zog er sich zurück und zeigte meinem Übersetzer und mir einen anderen Herrn, der sein Vertrauen genieße und mit dem wir weiter sprechen könnten. Damit ging er und wünschte mir alles Gute" („päd-extra", 1/81).

Abgesehen von der ungeheuren Arroganz, mit der Frister das Gespräch führte, fällt auf, daß sich Frister mehrfach weigerte zu konkretisieren, wie er die peruanischen Lehrer unterstützt. Wir wollen das an dieser Stelle nachholen. Frister ist zugleich Präsident der 'Internationalen Vereinigung Freier Lehrergewerkschaften' (IVFL), die in Peru den gewerkschaftlichen Dachverband CTP unterstützt. Nun gibt es in Peru nicht wie in der BRD einen Dachverband, sondern vier. Die drei großen peruanischen Gewerkschaften (die SUTEP, die Bauerngewerkschaft CCP und die Bergarbeitergewerkschaft FETIMP) gehören keinem dieser Dachverbände an, da alle Dachverbände parteipolitisch gebunden sind und die Militärregierung unterstützt haben. Die CTP ist eine Richtungsgewerkschaft, die von Mitgliedern des Zentralkomitees der rechtssozialdemokratischen APRA-Partei geführt wird. Die in der CTP organisierten Lehrer (ca. 2 % der Lehrer Perus) haben sich während der SUTEP-Streiks der letzten Jahre als Streikbrecher hervorgetan.

haben sich während der SUTEP-Streiks der letzten Jahre als Streik-

Fristers IVFL hat nun im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit der CTP einen „Projektplan" ausgearbeitet, der zum Ziel hat, über Schulungskurse regionale Lehrerkader der CTP herauszubilden. Das Projekt wurde von der IVFL mit 30.000 US-Dollars finanziert, wozu auch die GEW ihr Scherflein beigetragen haben dürfte.

IVFL und CTP begründen ihr Projekt folgendermaßen (übersetzt aus dem offiziellen Projektbericht): *„1978 und 1979 unternahm die SUTEP ausgedehnte Streiks. Der Streik 1978 dauerte 80 Tage, bevor die Lehrer eine Gehaltsverbesserung von 2000 Soles (8 US-Dollar) 'gewannen'. 1979 war der Streik außerordentlich lang und bitter. Als der Streik im Juni begann, wurde er in vielen Gebieten von Peru befolgt, aber nur teilweise in Lima, wo beinahe 40 % der Lehrer im Klassenraum blieben. Die Militärregierung beantwortete den Streik 1979 rigoros, verhaftete mehrere hundert Lehrer, entließ noch mehrere Tausend und benutzte Gummiknüppel, Tränengas und Panzer, um die Demonstrationen zu brechen. Als der Streik andauerte, begannen die Lehrer in ihre Klassenräume zurückzukehren. Sie fürchteten den dauernden Verlust ihrer Arbeitsplätze und waren desillusioniert von der SUTEP, als diese Regierungsangebote, ökonomischen Mißständen abzuhelfen, zurückwies, während sie wegen politischer Forderungen aushielt. Der Streik endete im September 1979 unentschieden. Die Lehrer erreichten einige ökonomische Verbesserungen, aber zu einem hohen Preis, und die peruanischen Schüler versäumten fast ein Jahr Schule. Heute ist die Lehrerbewegung desillusioniert und ihre Mitglieder sind demoralisiert.*

Die Zukunft für die Lehrer und das allgemeine Erziehungssystem in Peru sind düster, wenn nicht eine sofortige Aktion unternommen wird, die den Lehrern beim Aufbau einer effektiven demokratischen Organisation hilft".

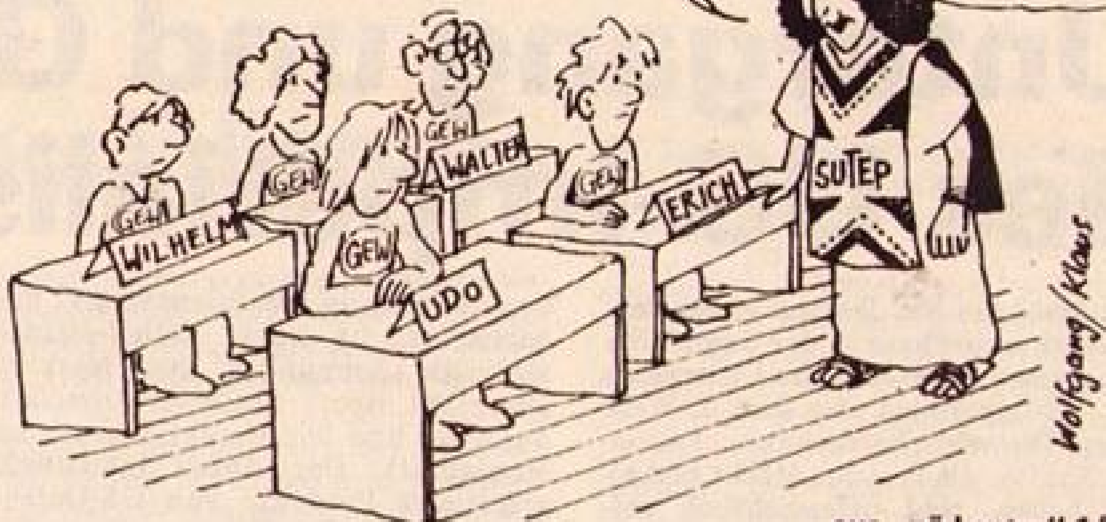
Dies schreibt wohlgemerkt eine Organisation, die sich in dem unter den Bedingungen der Militärdiktatur geführten Streik, bei dem 33 Lehrer ihr Leben lassen mußten, als Streikbrecher hervorgetan hat. Im übrigen ist auch die Behauptung der „Demoralisierung" der SUTEP-Mitgliedschaft nicht sehr glaubwürdig und soll wohl mehr als eine Legitimation für den Aufbau der eigenen Organisation herhalten. Es ist bezeichnend, daß Frister, der sich 1978 und 1979 einen Dreck um die Lehrerstreiks gekümmert hatte, dieses Spiel mitspielt.

Wer ist da kontaktscheu?

Wer ist da kontaktscheu?

„Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich mich als Vorsitzender der GEW und auch als Repräsentant der IVFL nicht erneut in Kontakte mit Vertretern einer Organisation begeben kann, die offensichtlich eine Mitgliedschaft in der IVFL ablehnt"
(Aus einem Brief Fristers an den Geschäftsführer der GEW-Frankfurt vom 11.6.80).

„Offensichtlich will die SUTEP die Zusammenarbeit nicht. Auch die in den vergangenen Monaten in der Bundesrepublik anwesenden SUTEP-Repräsentanten haben sorgfältig jeglichen Kontakt mit dem GEW-Hauptvorstand vermieden"
(Aus einem Brief Fristers vom 3.10.80; abgedruckt in ‚e&w' 11/80).



aus „päd extra" 1/81

Einige GEW-Kollegen haben in einer Leserzuschrift an die ‚e&w' 11/80 dies Verhalten zutreffend als Gewerkschaftsimperialismus' bezeichnet.

In den Landesverbänden der GEW kommt es jetzt darauf an, daß die Forderung nach Unterstützung der SUTEP verbreitet wird und daß die GEW-Führung aufgefordert wird, die Zusammenarbeit mit der CTP, die nicht die Interessen der demokratischen Kräfte in Peru vertritt, aufzukündigen. Darüberhinaus sind auch praktische Beweise der Solidarität notwendig. So hat z.B. der Freiburger Ortsverband der GEW den Vorschlag gemacht, eine Solidaritätsmitgliedschaft westdeutscher Lehrer in der SUTEP einzuführen, um so regelmäßige Beiträge für die SUTEP spenden zu können.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Erich Frister — und Arbeiterkampf: Wer lügt denn nun?

Wegen der Verweigerung der Solidarität der GEW-Führung mit der SUTEP hatten sich einige Kolleginnen und Kollegen beim Großen Vorsitzenden beschwert. In seiner Antwort verwies Frister darauf, daß die von den Kollegen vorgetragene Argumentation mit jener des KB („GEW Führung verweigert Solidarität mit peruanischen Lehrern"; AK 185) identisch sei. Weiter heißt es in Fristers Schreiben:

„Das geringe Maß an Glaubwürdigkeit der vom ‚Kommunistischen

„Das geringe Maß an Glaubwürdigkeit der vom ‚Kommunistischen Bund' vorgetragenen Argumentation wird auch durch die in dem genannten Artikel enthaltene Lüge über die spanische Lehrergewerkschaft FETE unterstrichen. Diese spanische Lehrergewerkschaft wurde nicht ‚1976 mit Unterstützung der GEW-Führung in Spanien als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft aufgebaut', sondern existiert als die maßgebliche Gewerkschaft der Lehrer Spaniens seit den 20er Jahren und war als im Untergrund und im Exil arbeitende Gewerkschaft auch während der Franco-Zeit Mitglied der IVFL. Die Unterstützung dieser traditionsreichen Lehrergewerkschaft nach dem Ende der Franco-Diktatur durch IVFL und GEW war keine ‚Spaltertätigkeit'. Der Vorwurf der ‚Spaltertätigkeit' ist an diejenigen zu richten, die neben der FETE eine kommunistisch geführte Lehrergewerkschaft etabliert haben".

Der Klarheit und der Wahrheit wegen wollen wir dazu noch anmerken, daß wir keineswegs behauptet hatten, daß die FETE 1976 gegründet wurde. Mit der Bezeichnung ‚aufbauen', lehnten wir uns an eine Formulierung von Erich Frister an, der das Hochpäppeln der sozialdemokratischen UGT, bzw. ihres Lehrerverbandes FETE 1976 in Spanien so

begründete: „Zunächst einmal will man aber Richtungsgewerkschaften

begründete: *„Zunächst einmal will man aber Richtungsgewerkschaften aufbauen, weil man angesichts der Unerfahrenheit der breiten Mitgliederschichten und der strafferen Organisation der kommunistisch geschulten Kader das Entstehen einer kommunistisch geführten Gewerkschaft anstelle einer Einheitsgewerkschaft befürchtet (...) Die kommunistisch gesteuerten Arbeiterkommissionen wollen selbstverständlich eine undifferenzierte Einheitsgewerkschaft, weil sie sich dort nicht als Kommunisten zu erkennen geben müssen und alle Möglichkeiten der Infiltration durch disziplinierte Kaderarbeit behalten"* („e&w" 7/76).

Im übrigen möchten wir Erich Frister doch bitten, in Zukunft seine Kritiken an AK-Artikeln an die Verlagsadresse zu schicken und damit nicht irgendwelche ihm unbequeme GEW-Kollegen zu belästigen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Sozialpartner

Bevor Friedhelm Farthmann Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen für die SPD wurde, war er DGB-Funktionär. „Unser Mann" in Düsseldorf sozusagen.

Daß die SPD Arbeiterinteressen verrät und verraten hat, darf man unter Linken heute kaum noch hinter vorgehaltener Hand sagen, auch wenn es stimmt. Wollen wir doch mal sehen; wie sich der Sozialdemokrat Gewerkschafter Farthmann als Minister macht.

ARBEITGEBERVERBAND EISEN- UND STAHLINDUSTRIE E.V.

An die

1. Herren des Vorstandes des Verbandes
2. Vorstände der Mitgliedsunternehmen
3. befreundeten Verbände

4 DÜSSELDORF 30, den 13.12.80
Sch/wm

Bundesverdienstkreuz für Dr. Weisweiler

Sehr geehrte Herren!

Der Bundespräsident hat Herrn Dr. Franz Josef Weisweiler, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie, das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Die Auszeichnung wurde Herrn Dr. Weisweiler durch den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, am 13. Dezember 1980 überreicht.

Mit dieser Ehrung werden vor allem die Verdienste Dr. Weisweilers um den sozialen Ausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen gewürdigt. Professor Dr. Farthmann hob bei der Verleihung die Offenheit und Fairneß hervor, die Herrn Dr. Weisweiler auch als Verhandlungsführer der Stahl-Arbeitgeber bei der Lösung tarifpolitischer Probleme und Konflikte auszeichnen.

Mit freundlichen Grüßen

ARBEITGEBERVERBAND
Eisen- und Stahlindustrie e.V.
Die Geschäftsführung

(Stumpfe) (Schmitz-Simonis)

Im Dezember 1980 verleiht Bundespräsident Carstens dem Vorsitzenden des „Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie", Dr. Franz Josef Weisweiler, „Das Verdienstkreuz am Bande" der BRD. Die Übergabe des Ordens und die Laudatio auf Weisweiler nahm Farthmann vor. Mit dem Orden wurden Weisweilers *„Verdienste (...) um den sozialen Ausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen gewürdigt"*. Farthmann lobte dessen *„Offenheit und Fairneß"*, die er als *„Verhandlungsführer der Stahl-Arbeitgeber bei der Lösung tarifpolitischer Probleme und Konflikte"* bewiesen habe.

So steht es, schwarz auf weiß (siehe Faksimile), dreimal die Augen reiben ändert nichts daran. Es geht um denselben Weisweiler, der im Stahlarbeiterstreik 1978/79 mit allen Mitteln gegen die Einführung der 35-Stundenwoche zu Felde zog, der zehntausende Stahlarbeiter aussperrte, der als Kapitalistenboß und Vorstandsmitglied im Mannesmann-Konzern maßgeblich an der Beseitigung der Montan-Mitbestimmung arbeitet!

Vom „Gewerkschafter" Farthmann wird er wegen seiner „Fairneß" gewürdigt, na denn Prost. Das sind die „Sachzwänge", die die SPD spätestens seit Noske so sehr zwicken. Verrat an den Arbeiterinteressen? Wohl kaum. Leute wie Farthmann, Leber und Matthöfer (um nur einige „Gewerkschafter" zu nennen) üben keinen Verrat, die sind so. Man sieht, wir hängen keinen undifferenzierten Verratsthesen nach ...

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Skandal: Vetter und Lambsdorff gießen sich einen auf die Nase ... und wer bezahlt das?

Daß Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff und der DGB-Vorsitzende Vetter gemeinsam saufen, ist zwar bezeichnend für die soziale Partnerschaft im Lande, ist aber ihre private Sache. Allerdings sind wir einem ungeheuren finanziellen Skandal auf der Spur, der der Aufklärung bedarf: Wurden hier Steuergelder oder gar Gewerkschaftsgelder zweckentfremdet? Wir verlangen Aufklärung über folgende Zusammenhänge:

1. Auf dem Düsseldorfer Neujahrsempfang des DGB sagte Vetter über Lambsdorff: **„Wir sind weiter bereit, ihm auf die Nase zu hauen, immer wieder auf dieselbe Stelle, damit er es auch merkt"** („Welt", 15.1.81).

2. Lambsdorff, sichtlich erschrocken und eingeschüchtert angesichts der Drohung, die Klassenauseinandersetzungen bis zur Gewalttätigkeit zu eskalieren, schreibt Vetter einen Brief aus seinem Winter-Urlaubsort: **„Ich werde die mir verbleibende Zeit in meinem Kurort ausnutzen, um gerade diesen Körperteil ganz besonders widerstandsfähig zu machen"** („Frankfurter Rundschau". 23.1.81).

3. Vetter, auf so viel Widerstand nicht vorbereitet, wiegelt ab und schreibt an Lambsdorff folgende Zeilen: **„Die mir übersandten Zeilen aus Ihrem Urlaubsort haben gezeigt, daß die von mir gemachten etwas überzogenen Äußerungen humorvoll aufgenommen worden sind. Ich freue mich darüber. Sicher werden wir in absehbarer Zeit Gelegenheit haben, uns gemeinsam einen auf die Nase gießen zu können"** („Frankfurter Rundschau", 23.1.81).

4. Und die Zeit war absehbar: Am 26.1.81 trafen beide zusammen, zu **„einem Meinungsaustausch über den Jahreswirtschaftsbericht"** der Bundesregierung („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26.1.81) in Bonn.

Der Presse vom 27.1. war zu entnehmen, daß bei diesem Treffen, an dem auch noch andere DGB-Führer teilnahmen, Bekanntes ausgetauscht wurde, was man auch am Fernsehschirm der Debatte um den neuen Haushalt hätte entnehmen können.

Wir fragen: Wozu tarnt sich dieses Treffen als „Meinungsaustausch"?

Stimmt es, daß die Herren sich einen auf die Nase gegossen haben?

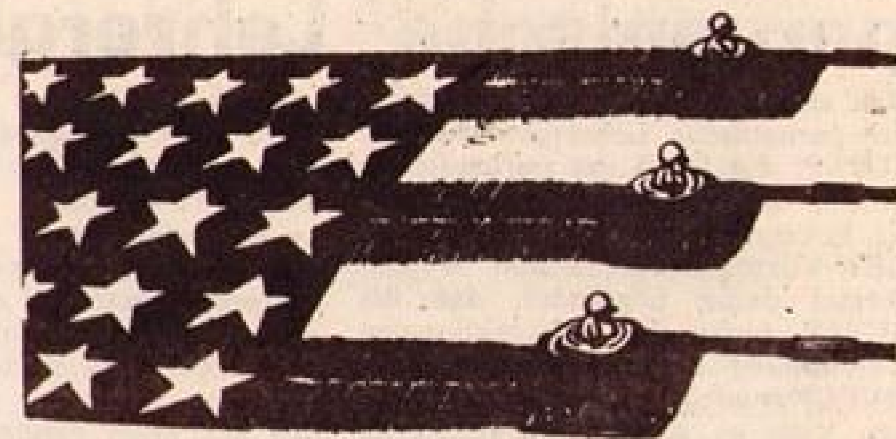
Wenn ja, wer bezahlt das, wie hoch waren die Spesen und waren alle am nächsten Tag pünktlich an ihrem Arbeitsplatz?

Aufklärung tut not.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Jean-Pierre Vigier

Untergang und Gegenangriff des US-Imperialismus



Die Wahl des Mr. Reagan kennzeichnet eine neue Phase in der Geschichte des Aufschwungs und des Untergangs des US-Imperiums seit dem 2. Weltkrieg. Die wirtschaftlichen und sozialen Kräfte, die ihm zur Macht verholfen haben, sind offensichtlich entschlossen, die Orientierung und die Zielsetzungen der US-Politik von Grund auf zu ändern. Angesichts der Wirtschaftsoffensive der Europäer und der Japaner gehen diese Kräfte zum Gegenangriff über.

1 Der Kurswechsel der Ölgesellschaften

Es wäre ein Irrtum, Herrn Reagan zu unterschätzen. Sein Erfolg drückt den jähen Zusammenbruch des amerikanischen Liberalismus aus, die Infragestellung des Yalta-Abkommens und die Beendigung der Politik der Entspannung und Koexistenz. Um dies über die konjunkturell bedingten Umstände hinaus, die dem neuen Präsidenten zugute kamen (Afghanistan-Krise, Geiselaffaire), zu verstehen, genügt es, sich die folgende Tatsache in Erinnerung zu rufen: Reagans Wahl bezeugt einen dramatischen Wechsel des Kräfteverhältnisses innerhalb des amerikanischen Großkapitals.

Die Republikaner stützen sich traditionell auf das nationale Kapital: Automobilbau, militärisch-industri-

Die Republikaner stützen sich traditionell auf das nationale Kapital: Automobilbau, militärisch-industri-eller Komplex, Banken. Diesmal jedoch haben die Republikaner auch die Unterstützung einer entscheidenden Fraktion des im Ausland angelegten Kapitals erhalten: Erdölkompagnien, multinationale Banken und Gesellschaften. Diese hatten im Rahmen der Umverteilungspolitik der Interessenssphären auf der Welt (wie sie durch die Trilaterale Kommission definiert worden ist), Carter an die Macht gebracht. Die Unterstützung der Medien beispielsweise (die von den Erdölkompagnien kontrolliert werden) erklärt die Umkehrung des Kräfteverhältnisses zugunsten von Reagan im Süden und Osten der USA. Seine Wahl signalisiert das Auseinanderbrechen des „großen Bündnisses" zwischen Finanzkapital, Gewerkschaften und rassischen Minderheiten, das bislang die USA regiert hatte. Ein Beispiel ist das Umschwenken von liberalen und akademischen Schichten des Ostens, die seit der Wahl von Roosevelt stets die Demokraten favorisiert hatten.

Wenn das multinationale Kapital seine Politik geändert und die Demokraten verlassen hat, um ein Bündnis mit dem Nationalkapital und den finstersten Kräften der Reaktion zu bilden (von rechtsradikalen Predigern bis zum Ku Klux Klan), dann geschieht das deshalb, um eine neue Wirtschaftpolitik nach innen und außen zu entwickeln. Dies bedeutet nichts anderes, als von der Entspannungspolitik zum Marsch am Rande des Abgrunds überzuwechseln.

2. Die amerikanische Rezession

Diese Umkehrung des Kräfteverhältnisses (Republikaner-Demokraten) hat überhaupt nichts Mysteriöses an sich. Seit den 60er Jahren ist der US-Imperialismus als Nachfolger der englischen und anderen westlichen Kolonialreiche von offensichtlichen Widersprüchen unterminiert. Die Hegemonie des Dollars, die einen massiven Kapitalexport in rentable Regionen des Erdballs erlaubt (wo sowohl die Rohstoffe als auch die Arbeitskräfte billig sind), ist die Hauptursache der weltweiten Inflation. Dieser Kapitalexport hat eine konstante Schwächung des Binnen-Kapitals zur Folge.

Zwischen 1970 und 1980 haben die US-Unternehmen 23 % der Anteile, die sie auf dem Weltmarkt besaßen, verloren. Zwischen 1960 und 1970 betrug der Verlust bereits 16%. 1950 entfielen auf die USA 40 % der Exporte aller industriellen Länder. 1960 fiel diese Zahl auf 25 %. Heute sind es nur noch ca. 17 % Für die US-Unternehmen, die traditionell den amerikanischen Inlandsmarkt beherrschen, ist heute nicht einmal mehr die „Immunität" ihres Marktes garantiert (trotz des institutionellen Schutzes und der protektionistischen Mentalität). Der Anteil industriell gefertigter Produkte von US-Unternehmen am Inlandsmarkt ist von 98 auf 93 Prozent gesunken. Dabei gibt es natürlich je nach Produktionssektor Unterschiede. 1960 wurden 95 % der in den USA verkauften elektronischen Produkte (an der Spitze: Fernsehgeräte) von US-Unternehmen hergestellt; 1980 waren es nur noch 49 %.

US-Anteile auf dem Weltmarkt

	1960 %	1979 %
Automobile	22,6	13,9
Flugzeugbau	70,9	58
Organische Chemie	20,5	15
Telekommunikation	28,5	14,5
Kunststoffe	27,8	13
Haushaltsgeräte	27,9	19,5
Pharmazeutische Produkte	27,6	16,5
Werkzeugmaschinen	32,5	21,7
Landwirtschaftsmaschinen	40,2	23,2
Textilmaschinen	15,5	6,6
Eisenbahnmaterial	34,8	11,8

Die Rangliste der größten Unternehmen der Welt, in der früher US-Firmen uneingeschränkt dominierten, hat sich bedeutend verändert. Unter den 30 führenden Unternehmen sind heute 17 nicht-amerikanische, darunter 6 westdeutsche. Von den ersten 100 Unternehmen sind 47 aus den USA, 39 aus Europa und 9 aus Japan. In solchen Sektoren wie Chemie, Pharmazie oder nicht-eisenhaltige Materialien haben die USA innerhalb von 20 Jahren mehr als die Hälfte ihres prozentualen Weltmarktanteils verloren. Die USA bleiben das Paradies der Forscher, allerdings ist auch das nur relativ: Die für die Forschung ausgegebenen Gelder betrugen 1960 3 % des Bruttosozialproduktes; 1978 waren es nur noch 2,2 %. Seit 11 Jahren gibt es eine Stagnation.

Daraus ergibt sich ein Sinken der Produktivität und der Mehrwertrate, was die amerikanische Stahl- und Automobilindustrie in eine tiefe Krise führt. Die Produktivität der amerikanischen Industrie hat sich seit Mitte der 60er Jahre konstant verschlechtert. Nach einer Steigerung von 3,2 % zwischen 1949 und 1966 hat sich die Tendenz umgekehrt: Absinken um jährlich 2,1 % zwischen 1966 und 1973, um 0,8 % zwischen 1973 bis 1979 sowie ein Fall um 2 % im Jahr 1979.

Einer der Berater von Reagan, Mr. Stoffaes, behauptete, die Produktivität der amerikanischen Industrie befände sich auf einem historischen Minimum. Die Zeitung „Business Week" nennt dazu erdrückende Zahlen: *„1973 produzierte der japanische Arbeiter 55 % dessen, was der amerikanische Arbeiter schaffte, der deutsche Arbeiter 74 %. 1979 produziert der japanische Arbeiter 66 % davon und der deutsche Arbeiter 88 %".*

Dies wird begleitet von einem spektakulären Sinken der Investitionen (die nur 10 % des Bruttosozialproduktes ausmachen). Zwischen 1960 und 1980 haben die USA nur halb soviel investiert wie Japan und 50 % weniger als die BRD und Frankreich. Unzureichende Investitionen in Basisindustrien verwandeln angesichts der Energiepreise und der ökologischen Begrenzungen zahlreiche Industrien in unrentable Einrichtungen.

Statt ihre eigene Ausrüstung zu erneuern, bestand die Politik großer Komplexe oft darin, andere Unternehmen zu günstigen Preisen aufzukaufen. In der Schwerindustrie ist das Durchschnittsalter der Betriebe doppelt so hoch wie das europäischer oder japanischer Betriebe. Wie in England zu Beginn dieses Jahrhunderts hat der tertiäre Sektor einen wachsenden Anteil von Investitionen verschlungen, die bislang für die Industrie bestimmt waren.

Anteil von US-Unternehmen am Inlandsmarkt

	1960 %	1979 %
Automobile	95,9	79
Stahl	95,8	86
Elektrizität	99,5	78,9
Landwirtschaftsmaschinen	92,8	84,7
Chemie	98	81
Elektronische Geräte	94,4	49,4
Schuhindustrie	97,7	82,7
Werkzeugmaschinen	96,8	75,4
Lebensmittelindustrie	97	81,3
Textilausrüstung	93,4	54,4
Rechenmaschinen	95	56,8

3. Eine Neuaufteilung der Welt

Die deutschen und japanischen Rivalen überfallen den Inlandsmarkt und die traditionellen Reservate der USA (Lateinamerika, Südostasien). Die Erdölpreissteigerungen (Vervierfachung in den Jahren 1974/75 und weitere Verdopplung 1978/80) und das Fallen des Dollars reichen zusammen nicht aus, um die Vormachtstellung der USA weltweit zu garantieren. Eine neue Politik ist notwendig.

Das nationale Kapital will den Protektionismus wieder einführen, um den Inlandsmarkt gegen das japanische und deutsche Eindringen zu verteidigen. Die Zinsraten sollen erhöht werden (um die Hegamonie des Papierdollars aufrechtzuerhalten und ausländisches Kapital in die USA zu höht werden (um die Hegemonie des Papierdollars aufrechtzuerhalten und ausländisches Kapital in die USA zu locken), alle staatlichen Lenkungsmaßnahmen sollen abgeschafft werden (im Rahmen des „New Deal"). Beides soll durch eine massive Steigerung der Rüstungsaufträge (wie von Reagan versprochen) kompensiert werden.

Politisch ist dies in der Öffentlichkeit nur durch eine brutale Verschärfung des Kalten Krieges zu legitimieren. Das multinationale Kapital, insbesondere die Ölkonzerne, hat, nachdem es früher auf die Koexistenz gesetzt hatte, eigene Gründe, um nun ebenfalls auf die Spannungsstrategie zu setzen. Nach innen wie nach außen muß es eine erneute Verdopplung des Ölpreises begründen. Die eigene, inländische Ölförderung der USA sinkt konstant seit 1970. 1970 betrug sie noch 11,3 Mio. Barrel pro Tag, 1980 waren es 8,7 Mio Barrel täglich. Das Erdöl aus Alaska (1,6 Mio. Barrel pro Tag) hat diesen Verlust nicht ausgeglichen. 1990 wird diese Produktion auf 6 bis 7 Mio. täglich fallen, d.h. eine weitere Senkung um 30 bis 40 %. Die jüngste Drosselung der US-Ölimporte aufgrund der Rezession sollte niemanden trügen. Jeder Aufschwung der US-Wirtschaft würde automatisch ein Anwachsen der Ölimporte um 3 oder 4 Mio. Barrel pro Tag bedeuten.

Weltweit ist das Bild noch düsterer. Auch wenn man von der aktuellen Wachstumsrate ausgeht, wird der Ölverbrauch (ohne die sozialistischen Länder mitzurechnen) von 51 Mio. Barrel täglich auf 66 Mio. bis 1990 steigen, während die Weltförderung innerhalb der gleichen Periode auf 55 Mio. Barrel pro Tag fallen wird.

Ein neuer Ölschock ist unvermeidlich. Schon jetzt ist der Ölpreis wieder um 20 % gestiegen, seit der Irak mit Unterstützung der USA den Iran angegriffen hat. Die Ölkonzerne der USA – wohlwissend, daß nur die Kohle, deren weltweite Reserven nach Schätzungen noch zwei Jahrhunderte ausreichen würden, das Öl ersetzen kann – kaufen massiv die verfügbaren Kohlegruben auf der ganzen Welt auf. Zum Beispiel haben sie vor kurzem für 4 Milliarden Dollar die Kohlevorkommen von Kolumbien aufgekauft. Nach Meinung von Experten des amerikanischen Kongresses sollen sie bereits heute 40 % der Weltreserven kontrollieren. Von größter Bedeutung ist dabei, daß das aus Kohle gewonnene Öl erst rentabel wird, wenn der Ölpreis 60 Dollar pro Barrel beträgt.

Man versteht also das Interesse der Ölkonzerne an einer Spannungspolitik, die für die Rentabilisierung ihrer Investitionspolitik unumgänglich ist. Die vorgesehenen Preissteigerungen haben darüber hinaus den Vorteil, die drohenden Rivalen aus dem Feld zu schlagen und die Anleihen zu beschleunigen, die für die Dritte Welt notwendig sind, um den neuen Schock zu überleben. Anders ausgedrückt: Die US-Banken, die mit dem Recycling der ausländischen Kapitalien und der Öldollars beauftragt sind, werden unter der Herrschaft von Reagan und seinem Berater Friedmann in den Genuß neuer Freiheiten kommen, um die Dritte Welt noch schärfer zu schröpfen.

4. Der US-Gegenangriff

Herr Reagan darf nicht unterschätzt werden. Innerhalb der Weltwirtschaftskrise, die sich im Westen ebenso wie im Osten manifestiert, verfügt er über bedrohliche Waffen (technische, ökonomische und finanzielle Überlegenheit der USA). Alles deutet darauf hin, daß er sich ihrer auch bedienen wird. Mindestens fünf Faktoren begünstigen den industriellen Wiederaufschwung der USA gemäß den Einschätzungen Reagans:

- Wenn auch angegriffen, bleibt der US-Inlandsmarkt unvergleichbar bedeutend: 220 Mio. Verbraucher.
- Die amerikanische Industrie verfügt über ein bedeutendes Netz sekundärer Industrien. Obwohl die nationalen Investitionen im Durchschnitt gesunken sind, weist eine Analyse der unterschiedlichen Sektoren bedeutende Ausnahmen in den Zukunftsindustrien auf (Informatik, Telekommunikationen, Bio-Technologie etc.). Die Produktionsinstrumente sind sehr formatik, Telekommunikationen, Bio-Technologie etc.). Die Produktionsinstrumente sind sehr leicht anpaßbar. Zu Beginn des letzten Weltkriegs z.B. besaßen die USA keine Luftflotte – innerhalb von zwei Jahren produzierte Douglas jedoch 1000 Flugzeuge monatlich!
- Die neueste Entwicklung weist geographisch außergewöhnliche Wachstumsraten auf: in Kalifornien, Texas, Georgia, Arizona und Florida.
- Eine nicht im Bruttosozialprodukt erfaßte Wirtschaft spielt eine wachsende Rolle. Zahlreiche Parallelindustrien entwickeln sich, wie z. B. auch in Italien. Dieses Parallelsystem in einem Umfang von 10 bis 15 % des Bruttosozialprodukts verstärkt die industrielle Mobilität.
- Ein Neuaufschwung der öffentlichen Aufträge in entwickelten Sektoren (z.B. Luftfahrtindustrie und Elektronik) wird eine Kettenreaktion für die gesamte übrige Industrie zur Folge haben. Die Ankurbelung der Rüstungsprogramme betrifft direkt 1100 Betriebe und indirekt Tausende von Unterlieferanten. Gleichzeitig interessieren sich die Investoren, an ihrer Spitze Wall Street, für die neuen zivilen Technologien, z.B. für die Bio-Technologie oder die Mini-Informatik.

Ein weiterer Berater Reagans, Michael Ely, stellt fest: *„Wir haben ganze Sektoren unseren japanischen und europäischen Partnern überlassen. Ohne in die Falle des Protektionismus hineinzuschlittern, glaube ich, daß wir nun die Phase der Wiedereroberung antreten."*

Die ausländischen Gegner dieses politischen Kurses der USA befinden sich nicht in einer Stärkeposition. Der Staatskapitalismus in der Sowjetunion sowie in den anderen sozialistischen Ländern befindet sich in der Krise. Seine Wachstumsrate sinkt konstant seit den 60er Jahren und ist heute auf 2 % gefallen. Sein technologischer Rückstand und seine Abhängigkeit von ausländischen Technologien verstärken sich, ebenso die Krise seiner Landwirtschaft. Er leidet an einem wachsenden Kapitalmangel und einer Investitionskrise infolge des Sinkens der Produktivität und des Fallens der Mehrwertrate.

Seine angebliche militärische Überlegenheit ist eine aus der Luft geholte Propaganda der westlichen Welt. Seine Aktivitäten nach außen beschränken sich auf den Waffenexport sowie militärische Aktionen, die nie auf eine ökonomische und finanzielle Infrastruktur gestützt sind (was die Stärke des US-Imperialismus ausgemacht hat).

Außerdem befindet sich – wenn auch Japan nach wie vor in der Offensive ist – die BRD heute in einer schwierigen Periode (siehe z.B. der Fall der DM gegenüber dem Dollar). Für beide ist eine neue Runde des Wettrüstens kein gutes Omen für die Zukunft.

Herr Reagan darf nicht unterschätzt werden. Diejenigen Kommentare, die die Bedeutung seiner Wahl herunterspielen, gleichen den spöttischen Bemerkungen bei der Wahl von Hitler 1933. Reagan ist genauso wenig ein zweitklassiger Cowboy, wie Hitler ein gescheiterter Maler war. Ihr Erfolg ist lediglich das Zeugnis tiefgreifender Veränderungen innerhalb der sozialen Kräfte, die solche Leute an die Macht befördern. Das Aufglühen von Nationalismus und Großmachtchauvinismus charakterisiert das neue Amerika der achtziger Jahre.

Die europäische Linke täte gut daran, angesichts des neuen Kräfteverhältnisses ihre Politik insgesamt zu überdenken. Angesichts der aktuellen Gefahr sind in Frankreich z.B. die Streitereien zwischen KPF und PS überholt.

Eine erste Auflistung genügt, um die Tragweite der Gefahr klarzumachen:

1. Der Erfolg Reagans eröffnet eine bedrohliche Ära der Konfrontation zwischen Ost und West. Die Analysen der östlichen Führer wie auch der KPF (die das Atlantische Bündnis akzeptiert) über den schnellen und absoluten Abschwung der Kräfte des Imperialismus, ihre Unterschätzung des strukturellen Wesens der Weltkrise sind einfach lächerlich. Einmal die liberale Maske beiseite schätzung des strukturellen Wesens der Weltkrise sind einfach lächerlich. Einmal die liberale Maske beiseite geschoben, wird der Kampf des US-Imperiums umso brutaler und gefährlicher werden. Z.B. könnte die Spannungspolitik das amerikanische Getreide- und Computer-Embargo gegenüber der SU wirksam machen.

2. Die Wahl Reagans ruiniert die Hoffnungen, die die westdeutsche Sozialdemokratie in die Ostpolitik gesetzt hat. Die Kriegsdrohungen nutzen ihren Gegnern. Ein Ergebnis könnte der Wechsel der Liberalen in das Lager von Strauß sein.

3. Der Erfolg Reagans macht die Hoffnungen der gemäßigten Araber zunichte, ein Abkommen mit dem Staat Israel auszuhandeln, das ihnen die Schaffung eines Palästinenserstaates und die Beendigung der illegalen Besetzung Jerusalems ermöglicht hätte. Aus seiner Sicht hatte Begin also recht damit, die Verhandlungen zu sabotieren und erst einmal abzuwarten. Der Friede interessiert ihn nicht. Die Wahl Reagans gibt ihm Recht, denn er findet sich ganz natürlich in einer Rolle wieder, von der er sich viel verspricht: Kommandant des Hauptflugzeugträgers der USA im Nahen Osten zu sein. Das Schicksal der Politik von Sadat, Faysal und Arafat ist bereits besiegelt. Die Stunde der Diplomaten ist im Nahen Osten vorüber.

4. Der Erfolg Reagans beendet die reformistischen Illusionen der italienischen und spanischen Eurokommunisten, die an eine Beteiligung an der Macht geglaubt hatten und sich ausgerechnet hatten, die USA würden dies akzeptieren. Der historische Kompromiß ist tot – dafür werden der neue amerikanische Senat und auch die CIA schon sorgen.

5. Der Erfolg Reagans bedeutet eine Stärkung der Militärdiktaturen in Lateinamerika, Afrika und der übrigen Dritten Welt zugunsten des US-Imperialismus. Er beinhaltet eine ganz besondere Bedrohung für Kuba und die Revolutionäre Lateinamerikas.

Es ist richtig, daß die neue Verteilung der Karten, die auf den Machtantritt von Herrn Reagan folgen wird, nicht unbedingt negativ zu sein braucht. Gegenüber dem neuen Chef werden die Partner im Atlantischen Bündnis gezwungen sein, ihre Politik neu zu definieren. Es besteht die Möglichkeit von Umgruppierungen. Für die europäische Linke und die revolutionären Kräfte, die jetzt mit einem neuen Kurs der amerikanischen Politik konfrontiert sind, gibt es nichts Wichtigeres, als an einem Bündnis aller Kräfte zu arbeiten, die bereit sind, die europäischen Länder der Dynamik der Konfrontation zwischen den Blöcken zu entreißen und den Marsch in den Krieg zu bekämpfen, der sich aus der bedrohlichen Entwicklung des US-Imperialismus ergibt.

Containment

alte und neue Kriegsstrategie des Imperialismus

Nachdem die Politik der „Entspannung" zu den Akten gelegt wurde, kehrt der Westen heute wieder zu der Politik des Kalten Krieges (Containment) zurück. Im Gegensatz zu den 50er Jahren bieten ihm allerdings die neuen Superwaffen noch günstigere Möglichkeiten, ein weltweites „roll back" einzuleiten.

Das Ende der Entspannung

Präsident Ford faßte am Ende seiner Präsidentschaft den Entschluß, künftig nicht mehr von „Détente" (= Entspannung) zu reden. Dies war die offizielle Beendigung dieser Spielart imperialistischer Außenpolitik.

Der bürgerliche Militäranalytiker (1) Hans Peter Schwarz versucht, in einer „Bilanz der bisherigen Entspannung" (2) die Gründe für ihr Scheitern zusammentragen:

• In Bezug auf ihre Tauglichkeit in der „Dritten Welt" („Regionale Entspannungspolitik") stellt Schwarz mißmutig fest: *„Weder die Krisenzone im Nahen Osten noch in Südostasien oder die Auseinandersetzung um Einflußzonen in Afrika sind durch die Entspannungspolitik wesentlich beeinflußt worden."* Und: *„Wie wenig diese Konzessionsbereitschaft bringt, zeigt freilich die sowjetische Nahost-Politik ein Jahr nach dem großen amerikanisch-sowjetischen Weizen-Deal des Jahres 1972 (...)"*.

• In der direkten Ost-West-Konfrontation kann Schwarz ebenfalls keinen Fortschritt sehen: *„Die Hoffnung, daß die Entspannung in der DDR und der UdSSR eine gewisse Liberalisierung bewirken würde, hat sich nicht erfüllt. Die Zukunftsaussichten des Ost-West-Handels sind zwar nicht schlecht, aber die osteuropäischen Länder haben immer noch Schwierigkeiten, Waren zu produzieren, die auf den westlichen Märkten konkurrenzfähig sind. Und der rasche Anstieg der langfristigen Auslandsverschuldung der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Volkswirtschaften übt einen fühlbaren Bremseffekt aus und verweist auf die relativ engen Grenzen, denen sich Versuche zur forcierten Ausweitung des Ost-West-Handels gegenübersehen"* (3). Kurz gesagt: Die unzureichende Integration der Planwirtschaften des RGW in den kapitalistischen Weltmarkt schmeckt dem Herren nicht.

Schwarz fragt, ob „der übermäßige Profit einzelner Branchen und Unternehmen" tatsächlich im „öffentlichen Interesse" liege. In seinem abschließenden Urteil geht er mit der Entspannungspolitik hart ins Gericht: Neben „wirtschaftlichen Partikularinteressen" kritisiert er sie als Ausdruck der *„Bequemlichkeit einer bürgerlichen Gesellschaft, die der jahrzehntelangen, riskanten und vor allem auch kostspieligen Auseinandersetzung mit dem totalitären Gegner gern aus dem Weg gehen würde."* Er fordert: *„Die nunmehr fällige Revision der Ostpolitik"*, die als Ganzes *„ebenso verdächtig geworden ist wie der Begriff des 'Ap-*

mehr fällige Revision der Ostpolitik", die als Ganzes *„ebenso verdächtig ge-*

worden ist wie der Begriff des 'Appeasement' im Jahre 1939" (4).

Also: Schluß mit „Bequemlichkeit" und „Appeasement", was „wir" brauchen, ist eine „jahrzehntelange, riskante und kostspielige" Auseinandersetzung mit dem „totalitären Gegner."

Trotzdem werden wohl einige Elemente der „Entspannung" überleben. Selbst der „Falke" Brzezinski sieht z.B. in den 68er Ereignissen *„in der Tschechoslowakei den Erfolg einer Politik der friedlichen Verflechtung. Was freilich fehlte, war ein westlicher Wille, die sowjetische Invasion abzuschrecken, und die Phantasie, ihr durch rechtzeitige politische Initiativen vorzubeugen"* (5; S. 61). „Friedliche Verflechtung" plus der Wille und die Fähigkeit zur Abschreckung wird also laut Brzezinski die Strategie der Zukunft sein. Dazu „ist in der Bundesrepublik der Containment-Ansatz wiederbelebt worden", resümiert H.P. Schwarz (2).

Containment — das ist die Politik des Kalten Krieges, wie sie vor allem von Ende der 40er bis Ende der 50er Jahre betrieben wurde. Was macht ihre Renaissance zum heutigen Zeitpunkt möglich und nötig?

Die Politik des Containment

Zur Kennzeichnung kurz einige Zitate aus der Strategiestudie NSC-68, die Präsident Truman 1950 in Auftrag gab (5; S. 27): Containment steht demnach für eine Politik, *„die mit allen Mitteln bis zum Rande eines Krieges versucht, die weitere Ausdehnung der sowjetischen Macht zu blockieren, die Falschheiten der sowjetischen Anmaßungen zu entlarven, eine Schwächung sowjetischer Kontrolle und Einflußnahme einzuleiten und im allgemeinen die Ansätze der Zerstörung innerhalb des sowjetischen Systems soweit zu fördern, daß der Kreml zumindest zu dem Punkt gebracht wird, sein Verhalten so zu modifizieren, daß es mit allgemein akzeptierten internationalen Regeln (standards) übereinstimmt."*

Die damalige internationale Situation läßt sich aus der Sicht des Imperialismus durchaus mit der heutigen vergleichen. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte die Errichtung der Volksdemokratien in Osteuropa, die USA konzentrierten sich auf eine Stabilisierung Westeuropas, 1949 folgten die siegreichen Revolutionen in China und Nordkorea. Heute ist parallel die Entwicklung in Vietnam/Kampuchea, die Entwicklung im Nahen Osten, im Südlichen Afrika und Mittelamerika zu sehen. So liest sich auch eine Lageeinschätzung aus der NSC-68-Studie ganz aktuell: *„Die Integrität und Lebenskraft unseres Systems ist in größerer Gefahr als zu jedem anderen Zeitpunkt in unserer Geschichte. Selbst wenn es die Sowjetunion nicht gäbe, würden wir vor (einem) großen Problem der freien Gesellschaft stehen"* (5; S. 25).

Wie die jüngsten Regierungserklärungen westlicher Staaten hört sich auch das „Programm zur Gewinnung des Friedens" aus NSC-68 an(5; S. 29):

1. Politische und ökonomische Vereinheitlichung der westlichen Welt.
2. Nachhaltige Erhöhung der Rüstungsausgaben mit dem Ziel qualitativer Überlegenheit aller Heeresteile und Waffengattungen gegenüber den sozialistischen Ländern.
3. Spürbare Aufstockung des Militärhilfeprogramms.
4. Erweiterung des Wirtschaftshilfeprogramms.
5. Konzertierte Aktion zur Stabilisierung der amerikanischen Handelsbilanz.
6. Ideologische Verpflichtung der Bevölkerung aller westlichen Staaten auf die USA und Programme, „um offene psychologische Kriegsführung anzuzetteln, darauf angelegt, die massenhafte Lossagung von der Treuepflicht zur Sowjetunion zu ermutigen"
7. „Versteckte Maßnahmen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Kriegsführung voranzutreiben mit dem Ziel, Unruhe und Widerstand in ausgewählten strategischen Satellitenstaaten zu schüren und zu unterstützen."
8. „Entwicklung von Programmen zur inneren Sicherheit und zivilen Verteidigung."
10. „Einschränkung der Bundesausgaben für andere Zwecke als die Verteidigung.
10. „Einschränkung der Bundesausgaben für andere Zwecke als die der Verteidigung und auswärtigen Hilfeleistungen."
11. Steuererhöhungen.

Möglich wurde die Containment-Strategie erst durch das Atomwaffenmonopol der USA (von 1945 - 1949) bzw. danach durch die totale nukleare Überlegenheit mit der Fähigkeit zum vernichtenden Erstschlag, die Ende der 50er Jahre („Sputnikschock") beendet war. Diese geballte militärische Überlegenheit konnten die USA in politische Fortschritte umwandeln. So setzten die USA 1945 die Atombombe gegen Japan ein, obwohl ein japanisches Friedensangebot schon vorgelegen hatte. Ihr Ziel war dabei also kein militärisches mehr, sondern mehr ein politisches: Das schon vereinbarte militärische Eingreifen der UdSSR in Ostasien zu verhindern, der UdSSR die militärische Überlegenheit der USA zu signalisieren, vor einer volksdemokratischen Entwicklung in Osteuropa zu warnen und Japan als (potentiellen) wirtschaftlichen Konkurrenten zu schwächen.

Auch für die Unterwerfung der „Dritten Welt" war diese Politik der nuklearen Stärke mehr von Nutzen, als z.B. die Entspannungspolitik (s. auch die eingangs zitierte Enttäuschung von H.P. Schwarz): Im Schutze ihrer atomaren Überlegenheit versuchten die USA ein weltweites „roll-back": 1950 überschritt General McArthur mit seinen Truppen den 38. Breitengrad und drang in Nord-Korea ein; im August 1953 inszenierten die USA mittels des CIA den Staatsstreich im Iran gegen die Mossadegh-Regierung; 1954 setzten sie — den bedrängten Franzosen zu Hilfe kommend — Diem in Südvietnam ein und intervenierten im gleichen Jahr in Guatemala.

Ebenso wurde gegenüber der Sowjetunion ständig an einen Atomkrieg gedacht, z.T. wurden sogar detaillierte Pläne mit genauer Terminierung entworfen. Der Plan „Drop-Shot" beispielsweise sah für die ersten drei Kriegsmonate 6.000 Bomber-Einsätze gegen 100 sowjetische Städte vor, bei denen 300 Atombomben und 20.000 t konventionelle Bomben abgeworden werden sollten. Anschließend sollten 38 US-Divisionen (= 1 Million Soldaten) das Territorium der UdSSR besetzen. Für die Zeit „danach" waren ebenfalls schon Ausarbeitungen in den Schubladen: von der Einführung eines Mehrparteiensystems mit dem vorprogrammierten Wahlsieg der „Monarchistischen Partei", über die Privatisierung der Fabriken bis hin zur Glückslotterie für Waisenkinder, bei der die Gewinner einen Platz im Heim und die Verlierer einen Lolly bekommen sollten.

Die Autoren von NSC-68 sprachen sich dann doch gegen solche Pläne aus, weil eine koordinierte Erpressungspolitik der Stärke die gewünschte Entwicklung „weniger kostspielig, aber wirkungsvoller" (5; S. 31) herbeiführen würde. Auch fürchteten sie die moralisch-politischen Verfallserscheinungen des Imperialismus bei einem totalen Vernichtungskrieg. Dennoch war die militärische Komponente auch bei NSC-68 Grundlage und Rückhalt aller politischer Maßnahmen: *„Ohne überlegene militärische Bündnismacht ist eine Politik des Containment* — die in Wirklichkeit eine Politik kalkulierten und allmählichen Zwangs ist — *nicht mehr als eine Politik des Bluff"* (5; S. 32). Daß die Absage von NSC-68 an einen atomaren Überfall auf die UdSSR nicht grundsätzlicher Art war, beweisen gleichzeitige Äußerungen des späteren US-Präsidenten Johnson (damals war er noch Senator): *„Wir haben es satt, eure Handlanger zu bekämpfen... Wir werden nicht länger unsere jungen Männer auf dem Altar eurer Verschwörungen opfern. Die nächste Aggression wird die letzte sein... Wir werden zurückschlagen, aber nicht nur gegen eure Satelliten, sondern gegen euch ... mit all der gefürchteten Macht..., die in unserer Kontrolle steht, und es wird ein fürchterlicher Schlag werden"* (5; S. 39). Und nach dem US-Außenminister von 1953 - 1959, John Forster Dulles, hielten sich die USA die Möglichkeit offen, jeden nicht näher definierten „sowjetischen Angriff" „zum Zeitpunkt und an Orten unserer Wahl" massiv atomar zu vergelten (5; S. 39). Er sprach wiederholt von einer Militärmacht, „die stark genug wäre, den Kommunismus zurückzudrängen" (5; S. 40).

Die neuen Superwaffen

Nachdem durch den Start der sowjetischen Interkontinentalrakete die Gefahr eines sowjetischen Zurückschlagens nach einem amerikanischen Überfall offensichtlich geworden war, ging der Imperialismus von der ständigen Drohung mit einem Atomkrieg erstmal ab. Angesichts des „Gleichgewichts des Schreckens" schien das Risiko zu groß, in einem atomaren Schlagabtausch selbst vernichtet zu werden.

Doch diese Phase gehört heute mit jedem Tag mehr der Vergangenheit an. Das renommierte Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) folgert, daß sich die USA *„zwangsläufig dem ersten Schlag"* nähern, *„ohne eigene Vernichtung befürchten zu müssen. Dann wird die Versuchung entstehen, diese Fähigkeit zu nutzen"* („FR", 30.7.80).

Mitte/Ende der 80er Jahre könnte ein Atomkrieg folgendermaßen ablaufen: Amerikanische „Killer-Satelliten" schalten mittels Laser-Kanonen die sowjetischen Frühwarnsatelliten aus bzw. blenden sie. Gleichzeitig dringen „unsichtbare Bomber" tief in russischen Luftraum ein und feuern die „cruise missiles" ab, die selbsttätig und für die übliche Radarüberwachung unbemerkt den Weg zu den Bunkern der sowjetischen Atomraketen finden. Ebenfalls zur gleichen Zeit schießen die amerikanischen Atom-U-Boote ihre 10.000 Atomsprengköpfe ab, teils um die Arbeit der Cruise Missiles zu vollenden, teils um die sowjetischen Atom-U-Boote ebenfalls auszuschalten. — Innerhalb von kurzer Zeit wäre die UdSSR atomar „entwaffnet". Weltraumkrieg, unsichtbare Waffen, die stark erhöhte Zielgenauigkeit aller Trägersysteme und die Fähigkeit, durch computergesteuerte Geräuschortung endlich auch die gegnerischen U-Boote auszuschalten — das sind die Trümpfe der USA, die ihr einen militärischen Vorteil über die UdSSR bringen sollen, wie er nicht einmal zur Zeit des Kalten Krieges bestanden hat. — Umgekehrt wäre so ein „entwaffnender Erstschlag" für die UdSSR unmöglich: Die neuen MX-Raketen der USA sind eine praktisch unverwundbare Waffe, da sie 200 Raketen auf einem unterirdischen Schienensystem immer von einem der 4.600 Silos zum anderen gefahren werden. Das richtige Ziel wäre also nie genau zu bestimmen (siehe dazu auch den Artikel zur „Direktive 59" in AK 185, S. 40f).

Die Kriegsgefahr wächst!

Ein Vergleich zum „alten" Containment zeigt, daß die damalige Strategie aufgrund der grobschlächtigen Waffentechnik doch sehr unhandlich war.

Kissinger resümierte 1959: *„Im gleichen Maß, wie die Vernichtungskraft der modernen Waffen wächst, verliert die Drohung mit dem totalen Krieg ihre Glaubwürdigkeit und damit ihre politische Wirkung. Die uns zu Gebote stehenden Möglichkeiten schwerster Vergeltung haben weder den Koreanischen Krieg, noch den Verlust des nördlichen Indochina, noch den sowjetisch-ägyptischen Waffenhandel, noch die Suezkrise abgewandt"* (5; S. 47).

Das Problem bestand also darin, militärisch brauchbare, d.h. mit Erfolgsaussichten anwendbare Optionen unterhalb der Schwelle eines totalen Atomkrieges zu finden, um „begrenzte" Kriege führbar zu machen und um insbesondere sozialrevolutionären Entwicklungen überall in der „Dritten Welt" begegnen zu können.

Heute hat der Imperialismus neue Möglichkeiten:
• durch den Einsatz seiner „Eingreiftruppe", ein Einsatz der jederzeit zu einem Nuklearkrieg gesteigert werden kann (die Flotten sind mit entsprechenden Atomwaffen ausgestattet — allein 100 auf einem Flugzeugträger);
• nach wie vor durch den Einsatz der Truppen der Verbündeten des Imperialismus wie Israel oder Südafrika, die heute mit Förderung und Duldung der USA ein Nuklearpotential aufgebaut haben;
• durch die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, mit denen die USA „begrenzte" Atomkriege führten wollen, ohne selbst einbezogen zu werden;
• schließlich durch die Möglichkeit zum „entwaffnenden Erstschlag" und den Aufbau einer „unverwundbaren Zweitschlagskapazität" (siehe oben).

Verbrecherische Absichten

Daß die USA keine Skrupel hätten, im Zweifelsfall auch einen Atomkrieg zu führen, unterstrich Brzezinski schon 1977 in einem „Zeit"-Interview: „Analytisch und deskriptiv" gesehen, würde ein umfassender Atomkrieg „nur" 10 % der Erdbevölkerung vernichten (5; S. 65). Daß „wirtschaftliche Partikularinteressen" (Schwarz) und 400 Millionen Tote für den Imperialismus nicht ins Gewicht fallen, wenn er danach die uneingeschränkte Macht zur Ausbeutung der restlichen 3,5 Milliarden Menschen genießen kann, dürfte klar sein. In die gleiche Richtung zielen die jüngsten Äußerungen von US-Außenminister Haig, für die USA gebe *„es wichtigeres als den Frieden"* und *„eine glaubwürdige Abschreckung verlangt, die unbedingte Entschlossenheit unserer Macht zu nutzen, einschließlich der Atommacht..."*. Trotzdem können wir diesen Krieg verhindern. In der NSC-68-Studie wird beispielsweise für den Fall eines atomaren Überfalls vor *„verheerenden materiellen und ideologischen Konsequenzen in der westlichen Welt selbst"* gewarnt, *„u.U. bis zu einem Punkt, wo die Regenerationsfähigkeit des westlichen Systems in Frage gestellt sei"* (5; S. 31).

Vor diesem politischen (nicht unbedingt militärischen) Risiko hat der Imperialismus natürlich Angst. Tragen wir dazu bei, es weiter zu vergrößern!

„Die geistige Atombombe, welche die revolutionären Völker besitzen, ist eine weitaus gewaltigere und nützlichere Waffe als die physische Atombombe." (Lin Biao, Sieg im Volkskrieg)

Ein Genosse aus Freiburg

Literatur/Anmerkungen:

1. H.P. Schwarz schreibt u.a. für die Zeitschrift „Wehrkunde" und wurde in AK 182 mehrfach im Artikel „BRD-Marine: Rüstung zum Kampf um die Weltmeere" zitiert.
2. entnommen aus: H.P. Schwarz/Meissner: „Entspannung in Ost und West" (1979)
3. H.P. Schwarz: Supermacht und Juniorpartner: Ansätze amerikanischer und westdeutscher Ostpolitik (s. unter 2)
4. Mit „Appeasement" ist die Politik der Westmächte gemeint, die durch ihr Entgegenkommen Hitler zu seinem Weltkrieg ermunterte. Der Expansionismus der Nazis wird von H.P. Schwarz mit der heutigen Außenpolitik der UdSSR verglichen.
5. Bernd Greiner: Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute. Pahl-Rugenstein 1980.

US-Truppen in Oberfranken bereiten sich auf den Krieg vor

„Die Intensität der derzeitigen Manövertätigkeit und deren Konzentration im Grenzland müsse zweifellos im Zusammenhang mit der derzeitigen weltpolitischen Lage, insbesondere auch mit der Lage in Polen gesehen werden."

Diese Einschätzung vertrat der CSU-Fraktionsgeschäftsführer im Deutschen Bundestag, Paul Röhner, in seiner Eigenschaft als Direktor des Bayerischen Bauernverbandes (Stichwort: CSU-Filz) vor Bauern aus dem oberfränkischen Jura.

Der Grund für diese offenen Worte: In den letzten Januartagen dieses Jahres inszenierten die in Bamberg, Erlangen und Illesheim stationierten Truppen der 1. Panzerdivision der US-Army ein riesiges Manöver. Eingesetzt waren 4000 Soldaten, 150 Panzer, darunter schwerstes Gerät, 300 Kettenfahrzeuge, 450 LKW und Jeeps.

Einsatzort: der sogenannte 'Bereitstellungsraum' um Königsfeld ('Fränkische Schweiz') in der Nähe der Grenze zur DDR und CSSR.

„Die Schäden hielten keinem Jahrzehntevergleich stand und erinnerten teilweise an echte Kriegsschäden." Das ist die Beurteilung der Manöverschäden durch den CSU-Landtagsabgeordneten Vollkommer. Und da hat er ausnahmsweise einmal recht. Die US-Truppen 'spielen' richtig Krieg. *„Kaum ein Waldstück ohne Posten, kein Dorf ohne 'Besetzung', ständig patroullierende Fahrzeuge..."* — *„500 Straßenbegrenzungspfähle sind plattgewalzt, viele Verkehrsschilder ramponiert."* Schloß Greifenstein wurde 'erobert' und dabei eine denkmalgeschützte Lindenallee zerstört. Die Felder gleichen einem Truppenübungsplatz und sind auf Jahre hinaus schwer geschädigt. Viele der kleinen Bauern sind in ihrer Existenz bedroht. Es gab unzählige Verkehrsunfälle. Zahlen über Tote und Verletzte sind noch nicht veröffentlicht worden.

CSU-MdL Vollkommer: *„Kein Angehöriger der Manövertruppen kümmere sich um die Schäden oder gebe zu erkennen, daß die Sorgen und Probleme der Jurabewohner im Zusammenhang mit den Truppenübungen ernst genommen würden."*

Auch sonst tun die GIs alles, dem in Mylai erworbenen 'Image' der US-Army gerecht zu werden. So vergewaltigte ein GI einer Panzerbesatzung eine 23jährige Frau 45 Minuten lang unter brutaler Gewaltanwendung, und ließ sie nackt im Schnee liegen. Bei Temperaturen von minus 17 Grad Celsius zog sich die Frau Erfrierungen 1. Grades zu. Sie kam mit erfrorenen Füßen, Kratzwunden und einem schweren Schock ins Krankenhaus.

Allein 1980 fanden im Landkreis Bamberg 121 (!) Manöver statt, an denen auch die Bundeswehr beteiligt war. Divisionskommandeur Generalmajor John C. Faith kann seinem neuen Kriegsminister Haig und seinem „Schicksals"-Präsidenten Reagan melden: Die Ostfront steht. (Informationen aus „Fränkischer Tag" vom 24. und 27.1.81)

Ein Genosse

Solidarität mit El Salvador

Die Offensive der FMLN läuft weiter, ebenso wie die Mobilisierung der Bevölkerung, trotz schärfster Repression und trotz des erwarteten immer stärkeren Eingreifens der USA. Während die bürgerliche Presse jeden Rückzug der Guerilleros aus einer Stadt oder Ortschaft gleich als Niederlage oder als Scheitern der Offensive wertet, haben die Befreiungskräfte El Salvadors bereits jetzt einen wesentlichen und großen Erfolg errungen: Sie sind als politische und militärische Macht nicht mehr zu leugnen, die Geschichte von den kleinen terroristischen Grüppchen läßt sich nicht länger halten und die internationale Solidarität gegen eine US-Intervention nimmt zu.

Nach den ersten militärischen Anfangserfolgen der FMLN mußten inzwischen einige der eroberten Gebiete geräumt werden, dafür wurden Angriffe in anderen Teilen des Landes durchgeführt.

So meldete die FMLN, sie habe die Hauptstadt der Nordost-Provinz Morazan San Francisco Gotera wieder geräumt, um andere Positionen zu stärken („SZ", 21.1.81).

Gleichzeitig konzentrierte die Guerilla starke Verbände um die Provinzhauptstadt Usulutan im Süden des Landes („SZ", 20.1.81).

Auch viele Ortschaften im Umkreis der Hauptstadt San Salvador und auch wichtige Industrievororte wurden erneut von der Befreiungsbewegung angegriffen, und die Stromversorgung eines Großteils der Hauptstadt wurde tagelang lahmgelegt („taz", 23.1.).

Der Verteidigungsminister, Oberst Garcia, mußte einräumen, daß die Juntatruppen über weite Teile der Provinzen Chalatenango, Morazan, Usulutan, Canas, La Paz und San Vicente die Kontrolle verloren haben („SZ", 21.1.81). Das sind sechs von insgesamt 14 Provinzen des Landes. In etwa 60 Ortschaften sind die Befreiungskräfte so stark, daß sie eigene Revolutionsverwaltungen aufbauen konnten („taz", 20.1.81).

Die FMLN hat zwei Radiosender eingerichtet, Radio Liberacion und Radio Venceremos, über die Informationen an die Bevölkerung und z.T. verschlüsselte Anweisungen an die kämpfenden Einheiten ausgestrahlt werden.

Die gegenwärtige Taktik der Guerilla beschreibt ein FMLN-Kommandant gegen über „Le Monde" folgendermaßen: *„Wir versuchen gerade, sowohl den Stellungskrieg als auch den Bewegungskrieg mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften fortzusetzen. Wo wir eine gewonnene Position halten können, wird sie gehalten, wenn nicht, zieht man sich zurück und kommt später wieder."*

Der Generalstreik

Der von der FDR ausgerufene Generalstreik werde kaum befolgt oder sei inzwischen sogar total zusammengebrochen, versucht uns die bürgerliche Presse glauben zu machen.

Daß dieser Streik gerade auch von den Regierungsangestellten in der Hauptstadt mitgetragen wurde, also von denjenigen Sektoren, die bis dahin noch nicht in den Kampf einbezogen waren, erfährt man jedoch nicht. Auch die unvorstellbare Repression, mit der dieser Streik beantwortet wurde, wird nur am Rande erwähnt: Alle Regierungsangestellten wurden bei Androhung der Todesstrafe dienstverpflichtet. Viele Betriebe wurden vom Militär besetzt („SZ", 20.1.81). 5000 Industriearbeiter wurden wegen des Streiks entlassen („taz", 22.1.81).

Über das ganze Land wurde eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Allein in der Hauptstadt werden pro Nacht durchschnittlich 20 Menschen wegen Nichtbefolgung der Ausgangssperre erschossen („SZ", 20.1.81). Die salvadorenische Luftwaffe bombardierte mehrere Dörfer in der Provinz Chalatenango (ebenda).

Aus einem Truppentransporter heraus beschossen Nationalgardisten Einkäufer auf dem Marktplatz der Hauptstadt mit Maschinenpistolen, Bilanz: 10 Tote. Daraufhin brach eine Panik aus („FR", 19.1.81). Nach Angaben des Direktors der Einwanderungsbehörde von Honduras sind bisher rund 50.000 Flüchtlinge aus El Salvador eingetroffen.

USA mischen immer stärker mit

Die USA haben mit der Junta neue Abkommen getroffen, nach denen die jährlichen Zahlungen auf umgerechnet 65 Mio DM erhöht werden („SZ", 26.1.81). Nach Meldungen aus Nicaragua betrug die US-Hilfe an die Junta seit dem 18.12.80 sogar 126,7 Mio Dollar! („taz", 26.1.81).

Zur gleichen Zeit veranlaßte Reagan die Einstellung der Wirtschaftshilfe an Nicaragua. Es solle zunächst geprüft werden, ob 50 % der US-Hilfe tatsächlich, wie vereinbart, an die Privatkapitalisten geflossen seien.

Die USA unterhalten inzwischen nach El Salvador eine Luftbrücke, über die sie mit 10 Hercules-Transportflugzeugen pro Tag (!) Waffen, militärische Ausrüstung und nordamerikanisches Militärpersonal einfliegen (nach Berichten der FMLN, „taz"). Begleitet wird diese „schleichende Intervention" von Sprüchen wie: *„Wir werden nicht dulden, daß in El Salvador Marxisten-Leninisten die Macht übernehmen"* (US-Botschafter White), und der neue Außenminister und ehemalige Hanoi-Bombardierer, General Haig, äußerte, die *„sogenannte Befreiungsbewegung"* bestehe in Wirklichkeit aus *„sowjetisch gesteuerten Terroristen"* („Spiegel", 19.1.81). Das Märchen von der angeblichen militärischen Unterstützung aus Cuba und Nicaragua wird weiter gesponnen, obwohl selbst der salvadorenische Vizepräsident Oberst Abdul Gutierrez erklärte, daß die meisten Waffen der Guerilleros aus den USA stammen („SZ", 21.1.81).

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hennig, der schon einmal dadurch auffiel, daß er in El Salvador keine Menschenrechtsverletzungen feststellen konnte, griff die Gerüchte um angebliche nicaraguanische Guerilleros in El Salvador begierig auf und machte daraus eine Anfrage an die Bundesregierung.

Diplomatische Offensive der FDR

Neben der jetzt schon laufenden Intervention der USA durch Waffenlieferungen besteht die Gefahr einer direkten militärischen Intervention durch US-Bodentruppen und Luftwaffe noch immer. Schon gibt es erste Meldungen über die Beteiligung von nordamerikanischen Flugzeugen an Bombardements gegen FMLN-Stellungen im Süden („taz", 26.1.81), und die FDR spricht davon, daß schon über 300 US-Militärberater im Land sind.

Auf der Grundlage ihrer militärischen und politischen Stärke hat die FDR eine diplomatische Offensive begonnen, um den internationalen Druck auf die USA gegen eine Intervention zu verstärken und die Beendigung des Terrors gegen das Volk zu erreichen.

In Mexico richtete die FDR einen politisch-diplomatischen Ausschuß unter Führung des Sozialdemokraten Roberto Ungo ein. Dieser bemüht sich um Verhandlungen mit Vertretern ausländischer Regierungen und Parteien. Die kanadische Regierung gab bekannt, daß sie FDR-Vertreter zu Gesprächen mit dem Außenminister nach Ottawa eingeladen habe und versicherte, daß keine Waffen an die Junta geliefert würden („taz", 21.1.81). Die FDR hat auch den USA Verhandlungen angeboten, unter der Bedingung, daß sie sämtliche Hilfe an die Junta einstellt und sich verpflichtet, nicht in El Salvador zu intervenieren.

Die Sozialistische Internationale unter Vorsitz von SPD-Chef Brandt hat alle Staaten zum Boykott der Junta aufgerufen, jede Art direkter oder indirekter Unterstützung solle beendet werden. Ebenso forderte die regierende sozialdemokratische Partei Dänemarks die USA auf, die Hilfe für die Junta einzustellen („SZ", 26.1.81). Mehr als 30 SPD-Bundestagsabgeordnete fordern die sofortige Einstellung der militärischen Einmischung durch die USA, Honduras und Guatemala. Die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien fordern sie auf, *„in diesem Sinne auf den NATO-Partner USA einzuwirken"* („taz", 27.1.81).

Auf Anfrage des SPD-Abgeordneten Carsten Voigt teilte die Bundesregierung mit, daß *„sie jede Form der Einmischung von außen und insbesondere natürlich* (?) *jede Form der Intervention in El Salvador ablehnt"* (ebd).

Vertreter der politisch-diplomatischen Kommission werden bei ihrer Rundreise durch verschiedene Länder am 3. und 4. Februar in der BRD eintreffen, um mit dem SPD-Vorstand zu sprechen („SZ", 23.1.81). Bisher ist die Bundesregierung jedoch nicht bereit, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Sie verbleibt offensichtlich in Wartestellung, um in jedem Fall auf die „richtige Karte" setzen zu können. Die Junta fühlt sich nun ihrerseits durch die Erfolge der FDR unter Zugzwang gesetzt, kritisiert die Unterstützung der internationalen Sozialdemokratie für die „Terroristen" und kündigt ihrerseits „Gesprächsbereitschaft" an. Duarte sicherte sogar den Guerilleros zu, keine Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen, wenn sie bereit seien, ihre Waffen niederzulegen.

All diese diplomatischen Aktivitäten zielen darauf ab, die internationale Anerkennung für die FDR zu verbreitern und eine möglichst große Front gegen die Interventionspolitik der USA zu schaffen. In diesem Rahmen ist wohl die Einbeziehung von „gemäßigten" und repräsentierfähigen Personen in die FDR und die geplante Gegenregierung zu sehen. Mit dem Sozialdemokraten Ungo wurde (nach der Ermordung der FDR-Führer im November) eine respektable Persönlichkeit an die Spitze der Oppositionsfront gewählt. Dem Obersten Majano, der erst bei der Regierungsumbildung im Januar aus der Junta flog, wurde ein Platz in der Gegenregierung angeboten, den er nach unbestätigten Meldungen angenommen hat („LAN" Nr. 89).

Lateinamerika-Kommission



La guerra popular se intensifica en todos los frentes.

Ebenso bedeutsam scheinen die Differenzen zwischen der FARN und der sich aus den anderen drei Guerillaorganisationen bildenden FMLN (Okt. 1980) für die Entwicklung des Widerstands gewesen zu sein.

Es ist inzwischen erwiesen, daß die FARN unter Vermittlung des Panamesen Torrijos sowie einiger US-Vertreter Geheimverhandlungen mit dem als liberal geltenden Obersten Majano, Juntamitglied seit Oktober 1979, geführt hat. Es bleibt Spekulation, ob Majano die FARN für einen gemäßigt linken Putsch von oben gewinnen wollte, oder die FARN den Offizier und seine Anhänger auf die Seite der Opposition ziehen wollte.

Tatsache ist: Diese Gespräche, die Linie der engen Kontakte zum sogenannten fortschrittlichen Flügel des Militärs, führte zum Ausschluß der FARN aus dem militärischen Oberkommando der Guerilla. Sie trat jedoch Anfang November — Majano war inzwischen vollständig entmachtet worden — in die inzwischen gebildete Einheitsorganisation FMLN ein, wobei sie ihre Linie selbstkritisch revidierte.

(aus: lateinamerikanachrichten Nr. 89)



El Salvador-Solidarität

Freiburg: 2.000 Menschen demonstrierten am Tag des Amtsantritts von Ronald Reagan für die Solidarität mit dem Volk von El Salvador, gegen die US-Waffenlieferungen und -Interventionsdrohungen sowie gegen die Unterstützung von Reagans Kriegskurs durch die Bundesregierung. Gefordert wurde der Abbruch sämtlicher diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zur Junta in El Salvador, die Anerkennung der FDR als legitime Vertretung des el-salvadorianischen Volkes sowie eine scharfe Verurteilung der US-Kriegspolitik durch die BRD-Regierung.

Zum Abschluß der Kundgebung wurde unter lautem Beifall eine amerikanische Flagge verbrannt. Dann ging es vor das Carl-Schurz-(Amerika-)Haus, das hektisch von der Polizei abgeriegelt wurde. Der folgende Spontan Demo-Zug durch die Innenstadt wurde von einem Bullenspalier in vollem Wichs flankiert; jedoch hatten die Objekt-(McDonalds etc.)-Schützer erhebliche Schwierigkeiten, jede Windung und Wendung des Demo-Zuges nachzuvollziehen.

Der Unterstützerkreis für die Demo war so breit wie nur selten zuvor in Freiburg: Dritte-Welt-Gruppen, DKP, KB, GIM, Jusos, Grüne, Gewaltfreie Aktion, Schwarzwaldhofbesetzer, Judos, Alternativbetriebe, Uni-Fachschaften, SPD-OV Oberwiehre, Frauen für den Frieden, Schülerzusammenschluß usw.

Alles in allem eine sehr schöne Aktion, die von der Teilnehmerzahl die Erwartungen weit übertraf und uns gezeigt hat, daß viele Menschen bereit sind, gegen die imperialistische Völkermordpolitik auf die Straße zu gehen.

Ein Genosse aus Freiburg

Offensive der FMLN – eine Niederlage?

In Teilen der El Salvador-Solidaritätsbewegung sind leider seit Beginn der Großoffensive am 10. Januar allzu große Hoffnungen auf einen baldigen Sieg der FMLN verbreitet worden. Äußerungen von Guerilla-Führern, daß sie beabsichtigen, bis zum Amtsantritt Reagans eine *„nicht so leicht rückgängig zu machende politisch militärische Situation"* zu schaffen, wurden in die Richtung interpretiert, daß Reagan sozusagen als Antrittsgeschenk ein befreites El Salvador präsentiert werde. Vor lauter Jubel und Vorfreude wurde „vergessen", daß der Imperialismus bisher nur einen Bruchteil seiner militärischen Kräfte eingesetzt hat. 3.000 bis 4.000 US-Ledernacken lauern vor El Salvadors Küste auf ihren Einsatz. Guatemala und Honduras stellen tausende von Invasionssöldnern bereit, Somozas Nationalgarde besteht leider immer noch, und die Exilcubaner, die in Florida trainieren dürfen, hätten sicherlich auch nichts gegen ein Salvador-Abenteuer einzuwenden.

Warum sollte der Imperialismus davor zurückschrecken, aus ganz El Salvador verbrannte Erde zu machen? Aus purer Menschenfreundlichkeit sicher nicht! Zukünftige Wirtschaftsinteressen in diesem kleinen Land werden ihn sicher auch nicht daran hindern. Es geht ihm einzig und allein um strategische Gesichtspunkte. El Salvador soll kein weiterer umfallender Dominostein werden. Ein Nicaragua war ihm schon zu viel.

Nicht umsonst haben sich die Guerillaorganisationen den „langdauernden Volkskrieg" auf ihre Fahnen geschrieben. Jetzt, nach den ersten Rückzugsmeldungen, kippt bei vielen das Jubelgeschrei um in Enttäuschung und zum Teil Nörgelei.

Durch die anschauliche und in aller Welt sichtbare Demonstration der Stärke und Volksverbundenheit der Befreiungsbewegung haben wir doch viel bessere Möglichkeiten, auf Regierungen, Parteien, Gewerkschaften usw. einzuwirken und so die diplomatische Offensive der FDR zu unterstützen.

Die FMLN-Offensive hat also ihr Ziel schon erreicht; die politisch-militärische Situation in El Salvador ist jetzt nicht mehr so leicht rückgängig zu machen, denn die „Weltöffentlichkeit" hat da ein Auge drauf.

Ein Mitglied des El-Salvador-Komitees Hamburg

Uruguay: Schluß mit Folter und Diktatur

Endlich gerät Uruguay wieder etwas mehr in die Öffentlichkeit. Anläßlich der Mini-WM, die ausschließlich für das Renommee und internationale Ansehen arrangiert worden war, gab es immerhin einige kritische Kommentare.

Eine Forderung nach Amnestie und Wiederherstellung der Demokratie in Uruguay mit 4.000 Unterschriften wurde der Konsulin in Hamburg überreicht („Hamburger Abendblatt", 9.1.81). Insgesamt wird wieder häufiger und ausführlicher über die brutalste Diktatur in Südamerika berichtet. Die wesentlichen Voraussetzungen dafür hat die Bevölkerung Uruguays selber geschaffen, als im November 1980 das Verfassungsreferendum der Militärs mit übergroßer und überraschender Mehrheit abgelehnt wurde. Nicht nur in dieser eindeutigen Absage des Volkes an die Generäle zeigt sich der beginnende Aufschwung des Widerstandes. Schon im April 1980 schlossen sich die traditionellen bürgerlichen Parteien mit den reformistischen Kräften einschließlich der KP zur „Demokratischen Konvergenz Uruguays" zusammen, um neue Grundlagen für den Widerstand gegen die Diktatur zu schaffen. Während des Referendums war Montevideo erstmalig wieder voll von Parolen und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" spekulierte: „Tupamaros wieder aktiv?" (22.12. 1980).

Sicher ist jedenfalls, daß auch das fast vergessene Uruguay wieder in Bewegung gerät.

Im März sollen nach jahrelanger Verschleppung die Prozesse gegen den Tupamaro-Gründer Raul Sendic und gegen den Vorsitzenden der „Breiten Front" (vergleichbar mit der Unidad Popular in Chile), Liber Seregni, geführt werden. Beide sitzen seit Jahren unter Isolation und Folter in Haft. Die Belebung der Uruguay-Solidarität – in jedem Fall eine notwendige Aufgabe, stellt sich im Hinblick auf diesen Prozeß besonders dringend.

Nein zum Referendum

53,7 % stimmten landesweit gegen das Verfassungsprojekt der Militärs, in Montevideo sogar über 66 %, nur 38,69 % stimmten mit Ja. Mit diesem Referendum wollten die Militärs, in Übereinstimmung mit den Plänen ihrer Kollegen in Chile und Brasilien, die sogenannte Institutionalisierung einleiten, d. h. eine Verfassung schaffen, die die Diktatur formal legalisiert. Während man in Brasilien in diesem Rahmen wenigstens eine Amnestie durchführte und Parteien- und Gewerkschaftsrechte eingeführt werden sollen, wurde in Uruguay am status quo absolut nichts verändert; auch das Referendum selber schrieb den Zustand der Diktatur weiterhin fest:



Wie die deutschen Nazis gaben auch die Militärs in Uruguay ihren KZ's zynische Namen: Gefängnis Libertad (Freiheit)

So sollten die institutionellen Akte (mit denen die Militärs notstandsmäßig regieren) in die künftige Verfassung übernommen werden: die Unterordnung der Justiz unter die Junta; das Recht des Militärs, die Menschenrechte „unter Berücksichtigung der inneren Sicherheit" zu regulieren (Akte Nr. 5); der Radikalenerlaß, nach dem jeder Staatsbeamte vom Geheimdienst in eine der Kategorien von A (gleich „sauber") bis C (muß sofort entlassen werden) eingestuft wird (Akte Nr. 7); das Verbot auf politische Betätigung für alle bürgerlichen Politiker bis 1991. Der nationale Sicherheitsrat (COSENA), praktisch das Regierungsinstrument der Militärs, sollte weiterhin das höchste Organ bleiben, mit der Zuständigkeit für die „nationale Sicherheit", die nach Auffassung der Militärs alle Gebiete umfaßt; auch der Haushalt und neue Gesetze sollten nur mit der Zustimmung des nationalen Sicherheitsrates verabschiedet werden können. Schließlich kann der Sicherheitsrat umfangreiche Notstandsmaßnahmen in Gang setzen, für die die BRD-Gesetzgebung als Vorbild gedient hat.

Präsident Mendez vor gut drei Jahren: *„Die deutsche Notstandsgesetzgebung ist in unseren Augen die fortschrittlichste der Welt. Wir haben einige Elemente daraus übernommen"* („Stern", Nr. 16/77).

Ein Streikrecht war laut Referendumsplan ausschließlich für private Betriebe vorgesehen; nur e i n Präsidentschaftskandidat sollte bei Wahlen zur Abstimmung stehen; und die Rechte der politischen Parteien sollten so eingeschränkt werden, daß sie praktisch verboten bleiben.

Das Regime hat mit aufwendiger
tisch verboten bleiben.

Das Regime hat mit aufwendiger Propaganda über alle verfügbaren Kanäle für das Referendum geworben. Es bestand Abstimmungspflicht, und es konnte nur mit ja oder nein abgestimmt werden. Eine Ablehnung bedeute die Unterbrechung des „Demokratisierungsprozesses" und Weiterführung der Diktatur, hieß es, um die Zustimmung zu erpressen. Daß trotz dieses Trommelfeuers die Ablehnung so eindeutig ausfiel, ist ein enormer Erfolg.

Die beiden traditionellen bürgerlichen Parteien (Colorados und Blancos) hatten sich überwiegend für eine Ablehnung des Referendums ausgesprochen, sie hatten aber nur geringfügige Möglichkeiten zur Diskussion und Propaganda. Trotzdem gab es zum ersten Mal seit Jahren wieder ein „politisches Klima", Montevideo war voll von Parolen, es gab Pressemeldungen der Opposition etc. All dies wurde kurz nach dem Referendum und rechtzeitig vor der Mini-WM-Show wieder unterbunden.

Die Militärs kündigten die Suche nach neuen Methoden und Wegen an, um an ihrer Institutionalisierung festzuhalten. Im Januar wurde die Möglichkeit eines Dialogs mit den politischen Parteien angekündigt („El Dia", Mexiko 15.1.81), und die beiden bürgerlichen Parteien (die damit überhaupt nur angesprochen sind) scheinen nicht abgeneigt. Der ehemalige Präsidentschaftskandidat der Blancos, Ferreira Aldunate, nannte jedenfalls als wichtigste Aufgabe die Beendigung der Diktatur und: *„Die politischen Parteien und die Militärs sind diejenigen, die in einen Dialog über die Zukunft Uruguays eintreten müssen"* („El Dia", Mexiko, 13.1.81).

Wie kam es zum Putsch 1973?

Uruguay unterscheidet sich sehr stark von seinen südamerikanischen Nachbarn, etwa Bolivien mit den unzählbaren Militärputschen oder Paraguay mit jahrzehntelanger diktatorischer Herrschaft.

Auf der Grundlage von wirtschaftlicher Prosperität und weitgehenden sozialen Errungenschaften war Uruguay seit Anfang des Jahrhunderts ein für südamerikanische Verhältnisse wohlhabendes und stabiles Land. Traditionsgemäß war und ist Uruguay ein Land der Viehzucht, sein Hauptprodukt ist Fleisch. Gute Absatzbedingungen auf dem Weltmarkt, vor allem in Europa, sorgten bis Anfang der fünfziger Jahre für wirtschaftlichen Aufschwung. In den zwanziger Jahren erreichte das Pro-Kopf-Einkommen das Niveau der USA, schon 1915 wurde der Acht-Stunden-Tag eingeführt, 1919 das Rentenalter auf 60 Jahre herabgesetzt. Seit 1916 gibt es den kostenlosen Schulbesuch und die Möglichkeit der Scheidung auf alleinigen Wunsch der Frau. Vor diesem Hintergrund konnte das traditionelle Zwei-Parteien-System funktionieren: die Colorados, die im wesentlichen das städtische Bürgertum repräsentieren, und die Nationalpartei oder Blancos, die die Oligarchie, die großen Viehzuchthaciendas vertreten. Fast 100 Jahre (1860 bis 1956) stellten die Colorados die Regierung, an der aber nach einem ausgeklügelten Proporz-System die Blancos beteiligt wurden. Der Einbruch kam Anfang der fünfziger Jahre, als die Nachfrage nach Fleisch stagnierte, die Preise sanken und der Agrarprotektionismus der EWG (Einfuhrbeschränkungen) das Wirtschaftsmodell Uruguays in ernste Schwierigkeiten brachte. Die Exporterlöse reichten nicht mehr aus, um die traditionell großen Importmengen zu finanzieren, enorme Verschuldung und Inflation mit Raten bis zu 150 % waren die Folge. Vor diesem Hintergrund kamen 1956 die Blancos und damit indirekt die Oligarchie an die Regierung (ungefähr 500 Familien besitzen 40 % des ganzen Landes, denn die Bodenverteilung war auch von den Reformpräsidenten in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts nicht angetastet worden). Die Oligarchie war nicht bereit, die Krise mitzutragen, die Lasten wurden in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds auf die Bevölkerung abgewälzt. Das bedeutete wilde Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit, Kapitalflucht und war die Grundlage für die wachsenden sozialen Konflikte. In dieser Zeit (Anfang der sechziger Jahre) entstand die CNT, der Dachverband der Gewerkschaften; andere Gruppen wie die Studenten organisierten sich; die „Nationale Befreiungsfront Tupamaros" wurde gegründet und führte vor allem ab Ende der sechziger Jahre nicht nur spektakuläre, sondern auch sehr populäre Aktionen durch; die Strömungen, die den Reformismus der KP kritisierten, nahmen zu.

mismus der KP kritisierten, nahmen zu.

1971 fanden die bislang letzten Wahlen statt. Dazu war auf Initiative der KP die „Frente Amplio" (Breite Front) gegründet worden, die aus den reformistischen Parteien (Sozialistische Partei, KP, Democracia christiana), Gewerkschaften und Teilen der bürgerlichen Parteien bestand. Die Tupamaros und andere radikale Gruppen schlossen sich nicht der Frente Amplio an, bekämpften sie aber auch nicht. Die Frente Amplio erhielt bei den Wahlen aber lediglich 21 %, die Mehrheit der Wähler ließ sich noch nicht aus dem traditionellen Parteiengefüge herausbrechen. Durch dieses Wahlergebnis fühlte sich die Rechte gestärkt und begann die große Offensive gegen die linke Bewegung. 1972 wurde den Militärs offiziell der „Kampf gegen die Subversion" übertragen. Das bedeutete massive Repression gegen die Arbeiterbewegung und eine Generaloffensive mit gewaltigem Aufwand an Soldaten und Material gegen die Tupamaros. Im Juni 1973 übernahmen die Militärs schließlich auch formell die Regierung. Der zivile Präsident Bordaberry, der die Machtübernahme der Generäle eingeleitet hatte, durfte als Schachfigur zunächst im Amt bleiben. Er wurde 1976 von Mendez abgelöst.

Die Militarisierung Uruguays entsprach dem Gesamtkonzept des Imperialismus, der mit den Volksfrontkonzeptexperimenten und den starken Arbeiterbewegungen in Südamerika Schluß machen wollte. (In Bolivien hatten die faschistischen Militärs schon 1971 geputscht, in Chile kam der Putsch dann wenig später im September und in Argentinien 1976, damit war erstmal Friedhofsruhe im Südzipfel hergestellt.)

In Uruguay gab es in Reaktion auf den Putsch einen der größten Streiks in der Geschichte des Landes. 14 Tage lang war Uruguay praktisch lahmgelegt, aber dieser Widerstand kam zu spät, und die Militärs, bereits erfahren im Kampf gegen die Linke und wohl ausgebildet in den USA und Panama, schlugen den Streik blutig nieder. Die Repression, die dann einsetzte und bis heute andauert, stellt noch einen Pinochet in den Schatten. Die Wirtschaftspolitik, die die Militärs seit 1973 durchführen, entspricht ebenfalls der für ganz Südamerika geltenden „Konzeption", die inzwischen unter den Namen Friedman und Chicagoer Schule traurige Berühmtheit erlangt hat. Eine Stabilisierung der Wirtschaft ist den Militärs in Uruguay aber bisher nicht geglückt, nicht einmal in ihrer eigenen Logik.

Über Chile z. B. gibt es häufig Erfolgsmeldungen über die Wirtschaftspolitik der Chicago-Boys, die die völlige Verarmung der Massen ganz und gar außer acht lassen. Das tun die Militärs in Uruguay auch, sie haben aber trotzdem für den Imperialismus wenig vorzuweisen. Ein enormes Handelsbilanzdefizit, eine voraussichtliche Inflationsrate um 50 % und eine Auslandsverschuldung von 1,6 Mrd. Dollar (Ende 1979) sind trotz des

Fortsetzung nächste Seite

Solidaritätskampagne: Freiheit für Raul Sendic und alle politischen Häftlinge

Wenn im März der schon mehr-
fach verschobene Prozeß gegen
1970 wurde er erneut zusammen
mit anderen Mitgliedern der na-
reise der Genossin und Lebensge-
fährtin von Raul Sendic durch

Wenn im März der schon mehrfach verschobene Prozeß gegen Raul Sendic, Liber Seregni und andere seit Jahren isolierte und gefolterte Linke tatsächlich stattfindet (s. Artikel in diesem AK), sollten eine möglichst große und aufmerksame Öffentlichkeit und massiver internationaler Druck geschaffen werden. Liber Seregni war der Generalsekretär der Frente Amplio (Breite Front), die die KP, die Sozialistische Partei, Christdemokraten, Teile der bürgerlichen Parteien und einige Gewerkschaften umfaßte und bei den letzten Wahlen 1971 21 % der Stimmen gewann. Seregni war General, ist natürlich längst aus der Armee ausgeschlossen worden und seit Jahren in Haft. Die Militärs sollen ihm im vorigen Jahr die Ausreise ins Asyl angeboten haben. Seregni hat das abgelehnt und auf einem öffentlichen Prozeß bestanden.

Raul Sendic ist so etwas wie die Symbolfigur des bewaffneten Kampfes in Uruguay. Nachdem er jahrelang mit den Zuckerarbeitern des Nordens kämpfte, gründete er 1962 die Nationale Befreiungsfront Tupamaros. Stellvertretend für all die anderen weniger prominenten Gefangenen hier einige Daten zu Sendics Leben.

Sendic begann nach dem Studium von Rechts- und Sozialwissenschaften seine politische Arbeit in der Sozialistischen Partei, er war Jugendsekretär und Mitglied des ZK. Ab 1956 lebte und arbeitete er mit den Zuckerarbeitern in verschiedenen Regionen, unterstützte sie in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt und setzte sich für die gewerkschaftliche Organisierung ein. Nach einem Besuch in Kuba 1960 nahm er 1962 am ersten Marsch der Zuckerarbeiter in die Hauptstadt teil. Die Hauptforderung dieses 400 km langen Marsches war der Acht-Stunden-Tag.

Noch im selben Jahr gründete Sendic zusammen mit einer kleinen Gruppe von Land- und städtischen Arbeitern die MLN Tupamaros. Wesentliche Grundlage für diese Gründung war die Überzeugung, daß der bewaffnete Kampf notwendig ist, und daß unmittelbar mit seiner Vorbereitung begonnen werden muß.

Nach einer Aktion zur Waffenbeschaffung ging Raul Sendic 1963 in den Untergrund. Im März 1964 konnte er knapp dem Zugriff der Polizei entkommen. Im selben Jahr führten die Zuckerarbeiter einen zweiten Marsch auf Montevideo durch, um die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Verteilung des Bodens zu erreichen. Eine ihrer Hauptparolen war: *„Für das Land und für Sendic"*. Am 16. Dezember 1964 wurde Sendic zusammen mit zwei Zuckerarbeitern in Argentinien verhaftet, aber schon zwei Tage später wieder befreit. Im August 1970 wurde er erneut zusammen mit anderen Mitgliedern der nationalen Leitung der Tupamaros verhaftet. Gut ein Jahr später im September 1971 gelang die Flucht aus dem Gefängnis von Punta Carreta. Über 100 Häftlinge hatten einen 80 m langen und 60 cm breiten Tunnel gegraben und konnten dadurch entkommen. Im September 1972 wurde er nach einer längeren Konfrontation mit der Polizei, bei der er schwer verletzt wurde, wiederum verhaftet. Im September 1973, nach der endgültigen Machtübernahme der Militärs, wurde er ebenso wie andere Genossen als Geisel genommen. D. h., die Militärs gaben bekannt, daß sie die Geiseln sofort exekutieren würden, sobald irgendeine Aktion der MLN stattfände. Seitdem befindet sich Raul Sendic ununterbrochen in Haft und überwiegend in Isolation. Sein Kommentar dazu: *„Sie können uns erschießen, aber sie werden nie den Kampf des Volkes aufhalten"*.

Was kann man konkret tun?

Ende Februar/Anfang März soll es (wenn alles klappt) eine Rundreise der Genossin und Lebensgefährtin von Raul Sendic durch Europa geben. Dazu können Veranstaltungen, Informationsabende, Diskussionsrunden organisiert werden. Sobald wir Genaueres und Termine haben, geben wir sie bekannt.

Spenden für den Prozeß (z. B. ist geplant, daß europäische Juristen am Prozeß als Beobachter teilnehmen) und für den Widerstand in Uruguay auf folgendes Konto:
Gabriel Coll
Cta central de Finanzas
Bank Brüssel Lambert,
Afd. Sint Niklaes
Konto Nr.: 393 0054 447 — 22

Außerdem gibt es Solidaritätsplakate „Freiheit für Raul Sendic", die Ergebnis eines Treffens von einigen europäischen linken Gruppen und MIR/Chile sind. Die Plakate (Preis 6,— DM) können über das Arbeiterbuch, Grindelhof 45, 2 Hamburg 13 oder über den Verlag (AK-Adresse) bezogen werden.

Lateinamerika-Kommission



Fortsetzung von der vorherigen Seite

Abbaus von Schutzzöllen, zahlreichen Reprivatisierungsmaßnahmen und Förderung für ausländisches Kapital nicht gerade eine Empfehlung für Investitionen. Diese sind dann auch nicht in erhoffter Weise getätigt worden.

Verelendung und Repression

Die Auswirkungen für die Bevölkerung sind bekanntermaßen katastrophal. Der Reallohn ist in den letzten Jahren um etwa die Hälfte gesunken, 30 % aller Familien erreichen nicht einmal den Minimallohn, Arbeitszeiten von 12 und mehr Stunden oder eine zweite Arbeitsstelle oder Kinderarbeit sind die gängigen Mittel, um die Familie überhaupt durchzubringen. Nur ein konkretes Beispiel: Die Mietpreisbindung wurde aufgehoben, tausende mußten ihre Wohnungen verlassen, bis April 1980 verfügten die Gerichte in Montevideo 28.000 Zwangsräumungen („Prela", 30.8.80).

Die Anzahl der Flüchtlinge, die wegen des wirtschaftlichen Drucks oder der Repression das Land verließen, wird auf eine halbe Million geschätzt (bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 2,8 Mio). Eine Gruppe von Auswanderern brachte angesichts dieser Dimensionen auf dem Flughafen von Montevideo ein Schild an: „*Der Letzte, der das Land verläßt, möchte bitte das Licht ausmachen*". Ungefähr 15.000 Uruguayer leben in „überwachter Freiheit", 40.000 bis 60.000 Menschen sind seit 1973 durch die Konzentrationslager und Gefängnisse ge-
zentrationslager und Gefängnisse ge-
gangen. Ehemalige Angehörige des Geheimdienstes haben berichtet, was mit den Häftlingen geschieht: „*Alle Festgenommenen ohne Ausnahme werden gefoltert*". 55 % des gesamten Haushalts werden für Militär- und Sicherheitskräfte ausgegeben, auf 29 Einwohner kommt ein Polizist. Das Telefonnetz wird nirgendwo so systematisch und perfekt abgehört wie in Montevideo. Jede Kirchengemeinde oder irgendein Verein brauchen für ihre Versammlungen eine Genehmigung der Polizei. Es gibt fast keine Familie, die nicht mindestens einen politischen Gefangenen hat (Informationen nach: „critica Politica", Nov. 80; „LAN" 88; „Le Monde diplomatique" Juli 1979; „Die Zeit", 12.12. 80).

Hier ein kurzer Ausschnitt aus einem Artikel des uruguayischen Schriftstellers Eduardo Galleano, seit Jahren im Exil und vor allem bekannt durch „Die offenen Adern Lateinamerikas": „*Es gibt Ohren in den Straßen, Omnibussen, Taxis, Büros und Fabriken. Im Cafe, wer sitzt am Nebentisch? Die Kapuze ist das Symbol dieser traurigen Stunde geworden. Von jeweils 70 Uruguayern hat einer dieses schwarze Tuch kennengelernt, das dich von der Welt trennt und in eine Sache verwandelt ... Der Reallohn ist auf weniger als die Hälfte gefallen in sieben Jahren, aber es gibt jetzt Kommissariate in den ehemaligen Gewerkschaftsbüros, und gewerkschaftliche Aktivität wird als kriminelle Handlung betrachtet ... Die Militärmacht hat die Partitur der Nationalhymne geändert, damit die Musik leise klingt, wenn es in der Hymne heißt: ‚Tyrannen zittert', und damit derjenige zu erkennen ist, der diese Stelle laut singt ...*" (aus: „critica politica", November 1980).

Dieser Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt: Zur Situation der Opposition in Uruguay und einem genaueren Bericht über die Tupamaros und die Entwicklung der Guerillabewegungen in Lateinamerika.

Lateinamerika-Kommission

Südkorea: Das Regime verordnet Demokratie

Nach weltweiten Protesten und angedrohten wirtschaftlichen und politischen Sanktionen wurde die gegen den Oppositionspolitiker Kim Dae Dschung verhängte Todesstrafe vom Chef der Militärjunta, General Tschon Du Hwan, in lebenslängliche Haft umgewandelt. Diese „Gnade" ist Bestandteil der Bemühungen der südkoreanischen Militärjunta, das international stark ramponierte Image ihres Regimes aufzupolieren.

Mit der Wahl von 5.278 Wahlmännern, die ihrerseits den Präsidenten Tschon wählen dürfen, wird am 11. Februar in Südkorea wieder offiziell die Demokratie eingeführt. Dazu wurde sogar das seit Oktober 1979 nach der Ermordung von Tschons Vorgänger Park Dschung Hi verhängte Kriegsrecht samt Pressezensur aufgehoben, politische Parteien zugelassen und Versammlungen wieder erlaubt. Der Geheimdienst mit dem unangenehmen Namen CIA wurde in „Amt für nationale Sicherheitsplanung" umgetauft, die antikommunistische Ausrichtung bleibt natürlich beibehalten.

So zahlreich und phantasievoll auch die Namen der neugegründeten politischen Parteien sein mögen, so täuschen sie doch nicht darüber hinweg, daß alle einflußreichen Oppositionspolitiker entweder im Gefängnis sitzen oder mit einem mehrjährigen Verbot politischer Betätigung belegt sind.

Besonders deutlich wird der Charakter der „Demokratisierung" am Beispiel der Aufhebung der Pressezensur: In den letzten Monaten wurde eine systematische Zentralisierung unter Kontrolle des Regimes durchgeführt. Informationen werden nur von der staatlichen Nachrichtenagentur bezogen. „*Ein neues Pressegesetz legt auch den Journalisten persönlich sehr enge Grenzen für ihre Berichterstattung auf. Verstöße werden nicht nur mit Bestrafung der redaktionell Verantwortlichen, sondern auch mit einem Entzug der Zeitungs- oder Rundfunklizenz bedroht. Außerdem dürfen 'einschlägig vorbelastete Personen' nicht als Journalisten arbeiten*" („SZ", 26.1.81).

Im Rundfunk- und Fernsehbereich wurden alle nicht systemkonformen Anstalten aufgelöst, so beispielsweise das christliche Rundfunksystem, das 1945 gegründet worden war und das eine der wenigen Quellen von nichtzensierten Nachrichten war („Japan Times", 20.12.80).

In der „Weltrangliste" der Pressezensur, die unlängst von „amnesty international" veröffentlicht wurde, nimmt Südkorea Platz 1 ein. Danach sind zur Zeit mindestens 1.200 Redakteure in Haft („Hamburger Morgenpost", 28.1.81).

Das umgewandelte Todesurteil gegen Kim darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Zwischenzeit weitere Todesurteil verhängt wurden. Ende Dezember wurden vom obersten Gerichtshof die Todesurteile gegen zwei angebliche Mitglieder einer „südkoreanischen Volksbefreiungsfront" bestätigt.

Weitere drei Todesurteile wegen Beteiligung an dem Aufstand in Kwangdschu im Frühjahr 1980 wurden ebenfalls bestätigt.

Wie der Presseattaché der südkoreanischen Botschaft in Bonn verkündete, ist das Regime „*jedenfalls fest entschlossen, nicht jene Verhältnisse zuzulassen, die Vietnam aushöhlten, ehe es kommunistisch okkupiert wurde. Es wird keinen Vietkong in Südkorea geben*" („FR", 18.12.80).

Wie das südvietnamesische Regime stützt sich auch Tschons Militärjunta hierbei in erster Linie auf die US-Imperialisten, die derzeit mit ca. 40.000 Soldaten in Südkorea vertreten sind. Der frischgebackene US-Präsident Reagan und sein Außenminister Haig, der ja auf asiatischen Kriegsschauplätzen durchaus Erfahrung hat, enttäuschen sie sicherlich nicht. Reagan hatte Tschon schon vor einiger Zeit schriftlich versichert, „*daß er für eine verstärkte Militärpräsenz in Südkorea eintrete, vorausgesetzt, Tschon werde Milde gegenüber Kim walten lassen*" („FR", 24.1.81). Diese Voraussetzung ist ja jetzt erfüllt, so daß Tschon am 2. Februar mit freudigen Erwartungen nach Washington reisen kann. Anfang Februar — also während der „Wahlen" — findet in Südkorea das alljährliche gemeinsame Manöver mit den US-Streitkräften statt („Team Spirit 81"). Auf dem Rückweg wird er voraussichtlich in Tokio Station machen, wo jetzt ein Kredit von umgerechnet 190 Millionen DM abgeholt werden kann. Allerdings wird die Ansicht der japanischen Regierung, daß mit der „Begnadigung" Kims die schlimmsten Befürchtungen gegenstandslos geworden seien, von denjenigen, die für die Freilassung Kims gekämpft und Millionen Unterschriften gesammelt haben, durchaus nicht überall in Japan geteilt. So haben mehrere Oppositionspolitiker die sofortige und bedingungslose Freilassung Kim Dae Dschungs verlangt.

Kim selbst und elf seiner Mitangeklagten sind aus Protest gegen das Urteil in einen Hungerstreik getreten, „*um für die Verwirklichung der Demokratie in Korea, die Unabhängigkeit der Justiz, die Wiederherstellung der Meinungsfreiheit und die Freilassung der vielen für die Demokratie kämpfenden Gefangenen zu beten*", wie es in einer Erklärung der Familie Kims heißt („SZ", 28.1.81). Bei Gebeten wird es hoffentlich nicht bleiben .... ,

Asien-Australien-Kommission

Philippinen: Das Urteil des »Ständigen Tribunals der Völker«

Am 3. November 1980 sprach das „Ständige Tribunal der Völker" nach dreitägiger Verhandlung das Urteil über das Marcos-Regime auf den Philippinen. Wir hatten bereits im AK 190 auf Seite 42 über die Anrufung dieses Tribunals durch die philippinische Widerstandsfront NDF (National Democratic Front) und die moslemische Front MNLF (Moro National Liberation Front) berichtet.

Die Quintessenz des Urteils, nämlich die völlige, uneingeschränkte Verurteilung der Marcos-Diktatur, ging seinerzeit kurz durch die Presse. Uns liegt inzwischen das 15 Punkte umfassende Urteil vor — es ist weit mehr als die Marcos-Verurteilung. Es ist eine umfassende Anklage gegen den amerikanischen, japanischen und europäischen Imperialismus.

Wie der ‚große Bruder', das „Russell-Tribunal", hat auch das „Ständige Tribunal der Völker" natürlich keine juristische Macht — es vermag aber die internationale Öffentlichkeit für die Interessen der unterdrückten Völker zu mobilisieren.

Bevor wir das Urteil abdrucken, noch die Zusammensetzung der Jury: Sergio Mendez Arceo (Erzbischof von Cuernavaca, Mexiko); Richard Baumlin (Rechtsexperte und Mitglied des schwedischen Parlaments) Harvey Cox (Theologie-Professor, Harvard-Universität); Richard Falk (Professor für Internationales Recht an der Princeton-Universität und Umweltschutzaktivist); Andrea Giardina (Professor für internationales Recht, Universität Neapel); François Houtart (Professor der Soziologie und Dritte-Welt-Experte, Universität Louvain, Belgien); Ajit Roy (Kommentator der indischen Zeitung „Economic and Political Weekly"); Makoto Oda (bekannter japanischer Schriftsteller); Ernst Utrecht (Soziologe, Universität Sydney); George Wald (Professor für Biologie an der Harvard-Universität, Nobelpreisträger, Präsident der Jury).

50 weitere international anerkannte Rechtsexperten berieten die Jury. Zahlreiche Zeugen aus den Philippinen sagten vor der Jury über die Menschenrechtsverletzungen der Marcos-Diktatur aus. Umfangreiches schriftliches Material lag zur Verhandlung vor, wir veröffentlichten bereits den Bericht des Bangsa-Moro-Volkes an das Tribunal. Doch nun das Urteil:

Das Urteil des Tribunals

„*1. Das Tribunal ist zu dem Schluß gekommen, daß das Marcos-Regime durch seine Absicherung über permamentes Kriegsrecht und durch den zahlreichen, schreienden Mißbrauch der Staatsmacht das Recht verloren hat, in der internationalen Gesellschaft als eine legitimierte Regierung zu stehen, und die Kompetenz verloren hat, im Namen des philippinischen oder Bangsa-Moro-Volkes zu handeln.*

2. Das Tribunal ist zu dem Schluß gekommen, daß die Bündnisse und Vereinbarungen, die die USA den Philippinen auferlegten — zugegebenermaßen mit der Komplizenschaft der verschiedenen philippinischen Regierungen —, als ungleiche Abkommen null und nichtig sind. Alle Verpflichtungen, die aus ihnen entstehen, sollen künftig aufhören. In diesem Zusammenhang erklärt das Tribunal das jüngste internationale Handelsabkommen, im Oktober 1979 unterzeichnet, und als Collantes-Murphy-Abkommen bekannt, für ungültig. (...) *Das Tribunal erklärt ebenfalls das Militär-Stützpunkt-Abkommen von 1947 und seine kürzliche Verlängerung von 1979 für null und nichtig.*

3. Das Tribunal verurteilt in der schärfstmöglichen Weise das Programm zur Vertreibung und physischen Ausrottung, das gerade jetzt vom Marcos-Regime gegen das Bangsa-Moro-Volk durchgeführt wird, ihm bereits ein Großteil des angestammten Landes nahm und grob gerechnet die Hälfte von ihnen zu Flüchtlingen und Exilierten machte. Der zunehmende Effekt dieses Programms erreicht die Ausmaße des Völkermords.

4. Das Tribunal ist überzeugt davon, daß die Übel des Marcos-Regimes eine maßlose Diskriminierung der Frau und ebenso maßlose wirtschaftliche und sexuelle Ausbeutung zur Folge haben.

5. Das Tribunal verurteilt ebenso die Rolle der Regierung der Vereinigten Staaten in der Unterstützung des Marcos-Regimes für ihre (der USA, Red.) *wirtschaftlichen und global-strategischen Interessen gegen die Interessen des philippinischen und Bangsa-Moro-Volkes zu handeln: Das Tribunal ruft auf, solche Aktivitäten der fortgesetzten Unterstützung der Staatskriminalität zu beenden und alle 'Rechte', die durch ungleiche Abkommen zustandegekommen sind, zurückzunehmen und von jetzt an die volle Souveränität des Landes einschließlich des Status der 'National Democratic Front' und 'Moro National Liberation Front' als legitime Vertreter ihrer jeweiligen Völker zu respektieren.*

6. Das Tribunal ruft in diesem Zusammenhang die öffentliche Meinung der Welt zur besonderen Wachsamkeit gegenüber möglichen Versuchen der USA zur Ersetzung der Marcos-Diktatur durch ein anderes abhängiges, neokoloniales Regime ... auf.

7. Das Tribunal vermerkt, daß der ‚Internationale Währungsfonds', die ‚Weltbank' und die ‚Asien-Entwicklungsbank' entgegen ihrem geäußerten Ziel zu helfen, den Lebensstandard der Entwicklungsländer zu heben, eine entscheidende Rolle in der Unterstützung, Ermunterung und Aushaltung des Marcosregimes spielen ... und ruft diese Institutionen auf, diese Beziehungen abzubrechen, die zur Mißachtung der Menschenrechte führen und die verantwortlich sind für die Bedrohung der Existenz solcher Stammesvölker wie der Igorot und Kalinga durch die Unterstützung von hochtechnologischen Hydro-Elektrischen Projekten.

8. Das Tribunal klagt eine Reihe amerikanischer, japanischer und europäischer multinationaler Gesellschaften an, für ihre Rolle bei der Verletzung der souveränen Rechte des philippinischen und Bangsa-Moro-Volkes, einschließlich deren rechtmäßige Ansprüche auf souveräne Kontrolle über natürliche Ressourcen. Das Tribunal ruft die Gesellschaften auf, ihre Aktivitäten einzustellen und das philippinische und Bangsa-Moro-Volk für die Ausplünderung der Ressourcen zu entschädigen und in Zukunft alle weitere Einmischung in das innere Leben der Philippinen zu unterlassen.

9. Das Tribunal klagt ebenso die transnationalen Handelsbanken für die Aushaltung (Finanzierung) der illegalen und kriminellen Aktivitäten der Marcosregierung und der multinationalen Gesellschaften an, und fordert diese Banken auf, ihre laufenden Aktivitäten einzustellen...

10. Das Tribunal kritisiert ebenfalls die Aktivitäten verschiedener regierungsunabhängiger Organisationen, einschließlich der Bildungs-, Religions- und Gewerkschaftsorganisationen, weil sie dem Marcos-Regime Unterstützung geben durch Unterstützung für ökonomische Projekte zur Stabilisierung der bestehenden sozialen Ordnung, durch Ausbildung der örtlichen Elite und durch Fehlleitung der Arbeiter und Bauern über die Formierung von betrügerischen Organisationen, die vorgeben, für das Volk zu arbeiten — tatsächlich aber Werkzeuge des Regimes sind.

11. Das Tribunal hält Ferdinand Marcos für schuldig für schwere und zahlreiche wirtschaftliche und politische Verbrechen gegen sein eigenes und gegen das Bangsa-Moro-Volk, und erklärt ihn als unfähig zu regieren...

12. Das Tribunal hält den korrupten und plündernden Marcos-'Clan' für schuldig als Komplizen und Täter von zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Verbrechen und erklärt sie verantwortlich gegenüber einem angemessenem Gericht.

13. Das Tribunal nimmt zur Kenntnis, daß das Bangsa-Moro-Volk das Recht auf Selbstbestimmung haben muß. Es begrüßt die Garantie der MNLF, daß, falls das Bangsa-Moro-Volk entscheidet, einen eigenständigen Staat zu bilden, alle Minderheiten Anspruch auf gleiche Rechte unabhängig von Rasse, Religion oder nationaler Herkunft haben werden. Weiterhin begrüßt das Tribunal die gemeinsame Position von NDF und MNLF in der entscheidenden Frage der Selbstbestimmung.

14. Das Tribunal erklärt, daß der bewaffnete Kampf zwischen dem Marcos-Regime und dem philippinischen und Bangsa-Moro-Volk vom internationalen Recht her den Status von kriegführenden Nationen hat, und daher die Parteien vollständig die Vorschriften der Genfer Konvention zu beachten haben. Ein Verweis hierauf ist notwendig, angesichts der zahlreichen Grausamkeiten, die von den Marcos-Soldaten in den letzten Jahren begangen wurden.

15. Das Tribunal ruft die Weltöffentlichkeit, fortschrittliche Regierungen, Organisationen und Personen auf, dem Kampf des philippinischen und Bangsa-Moro-Volkes (für nationale Selbstbestimmung, Befreiung vom Marcos-Regime und vom neokolonialistischen System der Unterdrückung) Unterstützung zu geben."

(Aus dem Englischen übersetzt aus „Philippine Liberation Courier", November/Dezember 80).

Asien-Australien-Kommission



Söldner des Faschisten Marcos inspizieren die von ihnen in einem Massaker ermordeten Moslems

Der moralische Strich durch die Hamburger Allee

– Bemerkungen zu zwei Artikeln im „id": zu Hermann Feiling und zu Irland –

Großer Ärger mit einem Teil der linken westdeutschen Presse in Gestalt ihrer moralischen Version: also mit dem „id", dem „Pflasterstrand" und der mindestens ihnen gesinnungsmäßig zu assoziierenden „Tageszeitung".

Seit einigen Monaten wird von diesen Blättern der FEILING-Prozeß entweder vollständig unterdrückt, nur auszugsweise bedacht oder in der Berichterstattung sogar falsch erwähnt. Am gravierendsten ist dies Verhalten im Falle der TAZ. Die war Monate vor dem Prozeßbeginn mit umfangreichem Material versorgt worden, dessen brisanter Inhalt einer fast totalen Unterdrückung zum Opfer fiel, deren individueller Name Wolfgang Grundmann lautet. Dutzende von Telefonaten, von Zusendungen und von brieflichen wie mündlichen Protesten konnten im Falle TAZ an diesem Schweigen nichts ändern. Seit Prozeßbeginn berichtet die TAZ im Grunde gar nicht mehr. Der id schrieb zwar etwas über die Sache – natürlich ebenfalls erst nach einigen Aufforderungen und round-table-Gesprächen –, aber so, daß ein Vorwurf an die Initiative daraus wurde: diese habe beabsichtigt, aus dem Skandal „ein Propagandaforum" zu machen. Was eben offenbar nicht Sinn der Angelegenheit ist. Beim Pflasterstrand dieselbe Prozedur: nämlich zähe Verhandlungen, Verdächtigungen und Zurückhaltung. Wobei immerhin noch ein ausgewählter, politisch reiner Teilabdruck der DOKU ertrotzt werden konnte, was darin geendet ist, daß nun, während des Prozesses, auch diese Postille nichts mehr zum Verfahren schreibt, das den Namen Substanz verdient.

Schuld an diesem Umstand, der nur noch als Systematik und als organisiert verstanden werden kann, ist die Tatsache, daß der verwundete Hermann Feiling sich nicht in der von der „Hamburger Allee" gewünschten Weise von der RZ distanziert hat. Seit den von Daniel Cohn-Bendit seinerzeit lancierten und inzwischen offen eingestandenen Kampagnisierungen der H.J.Klein-Enthüllungen unter dem Titel einer „Rückkehr in die Menschlichkeit", darf aus einem Prozeß, den Bundesanwälte in RZ-Nähe bringen, offenbar keine gegenläufige Tendenz entwickelt werden. Da Baum und Glotz und Cohn-Bendit sich für eine solche „Rückkehr" entschieden haben, darf kein schiefes Licht auf solche Strategie fallen, was im Falle einer breiten und öffentlichen Aufdeckung des Verbrechens, das Feiling angetan ward, allerdings geschehen würde: Rückkehr in die Unmenschlichkeit!

Diese Erfahrung der Initiative ist keine bloße Vermutung. Sie hat sich längst erhärtet, seitdem Frankfurter Anwälte, die den genannten Organen nahestehen, sich die Finger wundtelefonierten, um unsere Berichte über den Prozeß in den Papierkorb zu lancieren. Dies geschieht nicht nur im Rahmen der hauseigenen Spontipresse (TAZ etc.), sondern auch anderswo: ein STERN-Artikel zum Feiling-Prozeß war bereits fertig, hatte Geld und Aufwand und Photos gekostet, war vom Leiter der Abteilung Deutschland II (Seuffert) bereits abgesegnet. Wurde aber in letzter Minute verhindert, nachdem ein spontinaher Frankfurter freier Mitarbeiter des STERN erfolgreich dagegen intervenierte.

In letzter Zeit häufen sich solche Erscheinungen. Beim id hat dies geradezu Methode: zwar wird hier stets zu einer „Diskussion" aufgefordert, wenn man zuvor politischen Gefangenen einen journalistischen Hieb versetzt hat, die dann aber unbeschwert verdrängt wird, wenn eben diese kritisierten Leute die Aufforderung aufgreifen und sich zu Wort melden.

Als vor zwei Wochen in diesem Sinne Klaus Jünschke, Jan van de Loo, Eberhard Tresselt und andere an den id schrieben, geriet dies dem zu keinem einzigen Stück von „Diskussion", sondern zur fünfzeiligen posteingangsstempelmäßigen Information darüber, daß eben von diesen längere Briefe eingetroffen seien. Wir sind sicher, wir wissen, daß der Ärger nicht unser Ärger ist. Daß die Kritik an der so moralischen „Hamburger Allee" und an der TAZ inzwischen wahrscheinlich massenhaft geworden ist. Ihr Problem ist, daß sie stumm bleibt, solange es dieses „Pressemonopol" gibt.

Es kommt uns also darauf an, eine wirkliche Diskussion, außerhalb von Zensur und sententiöser Auswahl, zu dieser Presse und den von dieser ständig entstellten politischen Inhalten aufzunehmen. Und so sehr wir empfehlen, den Arbeiterkampf zu lesen, so sehr meinen wir, daß darüberhinaus es an der Zeit wäre, sich Gedanken zu machen für weitere Organe, die tatsächlich „unterbliebene und unterdrückte Nachrichten" und Diskussionen veröffentlichen.

Wer darüber nachdenkt und phantasiert und vielleicht auch schon plant: er mag uns einmal schreiben.

Im folgenden versuchen wir die Methode der id-Berichterstattung an zwei konkreten Fällen aus jüngster Zeit aufzugreifen.

WISK
H-Block/Armagh-Komitee
Initiative für Hermann, Sybille & Sylvia

WISK
H-Block/Armagh-Komitee
Initiative für Hermann, Sybille & Sylvia

FALL I: Der „Feiling"-Prozeß

Hermann Feiling verfaßt vor seinem Prozeß eine knappe Erklärung, ruhig gehalten, frei vom kämpferischen Barock. Er hat Grund und Anlaß genug, etwas zu sich selbst zu sagen, nachdem man ihm lange genug das Reden in eigener Sache verwehrt hat. Grund genug zu der Annahme, daß das, was lange genug „unterblieben" ist, von einem Heft gedruckt und verstärkt wird, das sich für's Unterbliebene eingeschrieben hat.

Natürlich unterdrückt diese Art von linker Moral einen solchen Text umstandslos sofort. Was sie andererseits allerdings Monate später nicht daran hindert, eben diesen Text gekürzt und damit funktionalisiert vor's eigene Tor zu legen, wo es darum geht, dem bewaffneten Widerstand jenen Routinehieb zu verpassen, der allerdings so ritualisiert und eindimensional erscheint wie manche Kommandoerklärung.

In diesem Fall geriet der Hieb nicht so locker wie sonst. Wie gesagt: die Erklärung des Hermann Feiling, die dem id zum auszugsweisen Material wurde, nämlich zum Zweck, war durch nichts aufgemotzt und so gehalten, wie ein Mensch spricht, der keine besondere Dramatik benötigt: er hat genug erlebt.

Was also zum Ausdruck kam, inhaltlich wie menschlich, manifest wie latent, gab so nicht den rechten Stoff zur naßforschen Denunziation ab. Also geht der moralisierende Schmock in seiner ganzen Rücksichtslosigkeit zu dem Punkt über, den er sich dazu in strenger Fragestellung entwirft:

„Gleichgültig, ob es Krimi (!) oder Realität ist, was Feiling in seiner Erklärung zu dem Zweck des Sprengsatzes sagt, die Frage an ihn heißt: hätte ein symbolträchtiges Loch in der Mauer irgendeines Folterstaats-Konsulates Deine Verstümmelung (...) gelohnt? Davon ist in der Erklärung mit keinem Wort die Rede. Schweigen."

Man muß das schon zweimal lesen. Der Abdruck der Erklärung Feilings, die ja wenigstens vermittelt etwas zu diesem Thema hätte ausführen können, „lohnte" sich nicht, sondern der Oberlehrer muß hier ran, der mit dem erhobenen Zeigefinger, der dem verwundeten Menschen erst mal so richtig seine Wunden zeigt und sich doch bitte mal erklären lassen möchte, ob es sich „gelohnt" hat.

Nein, zehnmal nein. Wenn vom „Lohn" die Rede ist, dann ist Hermann Feiling nicht auf seinen Profit gekommen, sondern tief in die Kosten. Das ist allerdings die Moral bei der Geschichte. Die Frage so zu stellen „lohnt" sich allein für den Spießer vom id. Der operiert hier mit Ängsten und zwar nicht „gleichgültig ob Krimi oder Realität", sondern der Frager zielt höchst real auf die üblichen und alltäglichen Ängste ab, die der haben muß, der sich wehrt. Die da, die angeblich kein „Weltbild" ihr eigen nennen, entwerfen und induzieren ein ganz altes Bild: Wer sich raushält, kommt ungeschoren davon. Eliminiert wird eine Erfahrung, die zutiefst human ist, die dem Weltbild einer globalen Vernichtungsdrohung entstammt, die eine Rigidität meint, die auch aus Leiden geboren sein kann: daß jeder darin umkommt, der sich nicht in Gefahr begibt.

Man kann diese prinzipielle Moral natürlich spitzfindig intellektualisieren: Feiling hätte schließlich von Sprengsätzen lassen können, es gibt auch andere Mittel. Sicher. Aber es gibt keine Garantie auf risikolosen Kampf gegen Unmenschlichkeit, keine Zusage, daß es sich auch ganz persönlich immer und in jedem Fall „lohnt". Mag sein, daß Richard Herding sich unbeschwert unterstanden hätte, auch an Olaf Ritzmanns Grab die flotte Frage aufzuwerfen, ob es sich denn gelohnt hätte. Ob nicht auch in seinem Fall und in allen Fällen der Teilnahme an bloßen Demonstrationen, die vorher in ihren Konsequenzen keiner sicher überschauen kann, etwas mehr Zurückhaltung angebracht wäre – man mag das fragen. Menschlich klingt diese Frage nicht – der auf den verwundeten Feiling zeigende moralisierende Finger ist widerlich.

Die den Hermann zwangsweise verhörenden Polizisten kommen diesem an einer Stelle in den Protokollen ganz ähnlich. Feiling soll aussagen, er weigert sich offenbar und stöhnt. Woraufhin er gesagt bekommt: „Die anderen sehen doch noch manierlicher aus" Der Hintergrund dieses unverschämten Penetrationsversuches ist derselbe: sehen sie sich an, sofern sie noch können, und beantworten die Frage, „ob es sich gelohnt hat": wir anderen haben schließlich noch Beine.

Bei Bullen ist das Unmoral. Warum fragen Linke so? Die Frage reflektiert die Wut des verkniffenen Intellektuellen sublimiert. Er fühlt sich ständig herausgefordert vom aufrechten Gang andrer, gerade auch moralisch, und der seine Ängste daher projektiv auf jene abwälzt, die sich da mal getraut haben. Diese Vermutung zu erheben lohnt sich nämlich durchaus.

Hermann Feiling will eben nicht bloßes Opfer, nur Verstümmelter sein, er wehrt sich auch heute noch, bekennt sich und meldet sich zu Wort: darin besteht die Frechheit der Herausforderung, die ein id nicht durchgehen lassen kann, die einem Richard Herding, der nicht ehrlich sein will, unerträglich ist.

Nicht Feiling ist eine Erklärung schuldig, der seine Sache bewußt und schmerzvoll einsteckt, nicht jubelnd, wozu kein Grund gegeben ist, aber auch nicht wie einer jetzt sein mag, der sich zusätzlich selber noch den Vogel zeigt – sondern die „Linken & Moralisten", die von „irgendeinem Folterstaatskonsulat" reden, die damals schweigen und heute wenig dazu sagen, sollten erklären, oder wenigstens sich schämen.

Nicht als ob die politische Pflicht

dazu sagen, sollten erklären, oder wenigstens sich schämen.
Nicht als ob die politische Pflicht

unbedingt Bombe hieße. Nicht als ob nicht jeder sich besser tausend als hundertmal fragen sollte, ob er dieses oder jenes Risiko glaubt übernehmen zu können. Aber die, die es auf sich genommen haben, sind keine bloßen Objekte eines zuschauenden Publikums, das über lohnende Gewinnraten feilscht.

Ein paar Seiten zuvor, in derselben id-Nummer, erklärt Stefan Wisniewski dem Richard Herding, der nicht lesen kann, wie diejenigen, die sich ins Handgemenge begaben, selbst unter äußerstem Zwang noch Freiheit erleben; und er erklärt dies nicht einmal RAFmäßig bombastisch, sondern im Sinne der konkreten Moral und Menschlichkeit des Zitates, das der id dann beziehungslos und abgehoben über seinen kuriosen Irland-Artikel schrieb. Eine Nummer später:

„Nicht zu rächen ist unsere Aufgabe, sondern auszuhalten; denn siegen werden jene, die am meisten ertragen können, und nicht jene, die das meiste Leid zufügen". Es mag sich lohnen, darüber nachzudenken.

Bleibt noch als P.S. anzumerken, daß der id ansonsten über Hermanns, Sybilles & Sylvias Prozeß so gut wie nichts berichtet. Höchstens noch ein wenig Unsinn: „Max Watts als Prozeßberichterstatter (unter anderem für den id) hatte den Eindruck, das Gericht mache Feilings Teilnahme davon abhängig, ob seine Heidelberger Freunde ihm eine Mitfahrgelegenheit bieten!"

Kommentar überflüssig. Der gute Max war wohl doch ein wenig kurz nur präsent. Aber diese Armut ist dann die empirische Basis weitreichender Schlußfolgerungen des prozeßmäßig ebenfalls abwesenden Herding.

FALL II: Der id und Irland

Der id ist bekanntlich eine Angelegenheit, die vor vielem zurückschreckt, niemals aber vor dem entschlossenen Aussprechen von Tabus und dem kühnen Niederreißen gedanklicher Barrieren; in diesem Fall heißt das Ziel: „Irland-Romantizismus".

Nein, wir waren nicht darüber erstaunt, daß ausgerechnet am Tag der Demo für die irischen Hungerstreiker ein id erscheint, der dem deutschen Publikum Aufklärung gibt über eine Gefahr dort, wo niemand sie vermutet hätte: der id werde möglicherweise in seiner „Berichterstattung von der IRA instrumentalisiert".

Erstaunt waren wir allenfalls darüber, wir Kritikaster, daß unser Urteil über die Leistungsfähigkeit der irischen Post sich als bloßes Vorurteil entlarvte: wie kann ein Brief, am 14.12. in Dublin verfaßt, am 15.12. oder höchstens noch am 16.12. in Frankfurt beim id eingetroffen sein? Wo doch das irische Postsystem, mit Ägypten auf einer Höhe, ansonsten für derlei Depeschen durchweg 14 Tage benötigt? Solche Frage ist kleinliche Empiristerei, die im id auch ansonsten als kühne Metamorphose gelöst wird: etwa dadurch, daß der Schreiber dieses Briefes, ein gewisser James, im Vorspann als „Engländer" erscheint, um – pardauz im Artikel unter „wir Irländer" firmieren zu können.

Schlimmer aber ist doch die Behauptung, der id sei von der IRA „instrumentalisiert". Etwa Richard? Oder Waldemar? Eher steht doch wohl ein Streik in der mentholverarbeitenden Zigarettenindustrie zu befürchten.

Nein, wir verstehen gut. Wenn man so richtig mit Schwung die herrschenden Irlandtabus entfesseln will, dann muß man vorher am besten selber einen Türken bauen. Und da man davon auszugehen gedenkt, daß man es in der Regel mit einem voraussetzungslosen Publikum zu tun hat, das bei der bloßen Andeutung des Wortes „Argwohn" wollüstig erschauert, kann sich inhaltlich ungehemmt die spekulative Einheit des Unsinns entfalten: Jameses Geschichten!

Natürlich sagt dieser „James" (wir hätten gern die Adresse) nicht, Folter und H-Blocks seien „okay", sondern schlägt vor, man müsse „darüber nachdenken", indem man ein wenig davon wegdenkt. Wichtiger nämlich sei unlängst ein „Generalstreik" in Südirland gewesen, bedeutender deshalb, weil daran 250.000 Leute teilgenommen hätten – gegen blasse 50.000 Teilnehmer der IRA-Demo. Wer sich da nicht klar zu entscheiden versteht, der ist eben instrumentalisiert. Mehrheit / Minderheit:

Demo. Wer sich da nicht klar zu entscheiden versteht, der ist eben instrumentalisiert. Mehrheit / Minderheit:

wir hattens bereits. Wir sagen: eben drum. Weil wir uns plastisch noch an den vergeblichen Versuch erinnern können, über eben diesen Generalstreik etwas in den id, in die TAZ zu bringen. Weswegen wir uns jetzt ganz klar vorhalten lassen müssen, nur die IRA zu sehen, niemals aber die Generalstreiks. Uns war der Streik allerdings immer schon wichtig. Der IRA offenbar auch, die zur Teilnahme daran aufrief und der Sache eine ganze Titelseite widmete. Somit wäre eigentlich auch das Verhältnis der IRA in Sachen Generalstreik positiv geklärt. Geklärt ist damit nur noch nicht, warum die aufgeklärten Geister & kritischen Kritiker nicht auch an der IRA-Demo teilnahmen. Weil es eben falsch ist, da klotzig 250.000 gegen 50.000 zu setzen, wo beidemale 250.000 das einzig richtige wäre.

Was soll diese Art von politischer Kritik, die sich über Arithmetik bestimmt? Sollen die Provos (IRA) demnächst die AKW-Demos („fortschrittlich"), die sie ausdrücklich unterstützen, dadurch widerlegen, daß daran viel weniger Leute teilnehmen als an ihren Märschen?

Soll dieser kalte Kaffee tatsächlich Auftakt sein für eine neue, kritischere Irlandberichterstattung?

Danach gehts aber erst so richtig los im Stil à la Hamburger Allee: IRA schießt, Staat schießt auch, also ist auch dort die Guerilla wie der Staat. Diese neue Sensibilität, die mit ihren Glucksmanns und Guattaris längst noch keine Dialektik in die Knie zwingt, ist die alte formale Logik: „Alle Affen essen gerne Bananen. Alle Römer essen gerne Bananen. Also sind alle Römer Affen."

Denn: der irische „Alltag" ist total „sexistisch". Die Provos sind „Teil des Alltags" – yeah, Brothers, but they don't like mondays! –.

In diesem Zusammenhang gelingt unserem Sozialwissenschaftler, der inzwischen vom Engländer zum Iren reüssiert ist, der Anflug einer Ahnung (soziologisch) bezüglich der Differenz der irischen Jugend im Süden vs. Norden. Die im Norden, meint er, halten wohl etwas mehr zur IRA. Wie aber verträgt sich das mit der Alltagshypothese?

Der Norden ist durchaus, jedenfalls was Gesetze angeht, liberaler strukturiert, was Auswirkungen auf die Alltagspraxis hat: die Pille war nie ein Problem, Abtreibung auch nicht und die klerikale Kontrolle ist sicherlich weniger bedeutsam als im Süden.

Nimmt man unseren „James" ernst, so lautet die Gleichung seines baren Unsinns: Die IRA ist im Süden, wo sie nicht bewaffnet kämpft, Teil des repressiven Alltags, mithin gegen die kritische Jugend, im Norden dagegen, wo sie kämpft, automatisch Teil des weniger repressiven Alltags, folglich gehört ihr die Jugend.

Aus dieser sicheren „Position", die einzig auf die Dummheit der Leute baut, holt er zum vermeintlich letzten Schlag gegen die IRA aus. Diese habe „bedauert, daß der Papst nicht auch nach Nordirland" gekommen ist. So ist sie nämlich, die IRA, päpstisch bis auf die Knochen, sexistisch und im Grunde wie der Imperialismus. Der petit bourgeois kann sich beruhigt schlafen legen, was gehen ihn da noch die Kämpfe dieser Leute an: was ist der Mensch? Halb Tier, halb Engel.

Wir haben die IRA nie glorifiziert, diese äußerst widersprüchliche, wahrhaftig über keinen Verdacht erhabene Truppe. Aber wenn schon, dann neigen wir dazu, sie etwas historisch-kritischer zu sehen, notfalls selbst zu verwerfen – aber nicht durch das bloße Andichten barer Unwahrheiten. In der Tat hat die IRA versucht, dem Papstbesuch jegliche Weihe und Legitimation zu nehmen. Durch den ironisch gemeinten Vorschlag, er solle doch, wenn er schon komme, auch in Nordirland die H-Block-Folter in Augenschein nehmen.

Das hat jeder in Irland so gehört und verstanden. Sogar der Papst. Nur im id, wo mit Märchen und Mythen aufgeräumt werden soll, kann dieser Hut noch verkauft werden.

Und da der gute „James" vermeintlich die schwache deutsche Gemeinde mit lutherschen Pauken und Trompeten verunsichert hat, folgt der pfäffische Trost und Rat am Ende als wiederum gesalbte Dummheit.

Der Ire ist anders, die IRA schlecht, der id womöglich „instrumentalisiert" – und dennoch gibt es eine Wahrheit über Irland: die „Boomtown rats" und „stiff little fingers", die „beste

– und dennoch gibt es eine Wahrheit über Irland: die „Boomtown rats" und „stiff little fingers", die „beste

Punkband der Welt".

Das ist so richtig, wie es falsch ist. Der deutsche linke Intellektuelle, dem Walter Benjamin mit Grund dauerhafte Melancholie attestierte, ist immer schon halbwegs geschwankt zwischen Camus und einem frivolen Blick ins genetsche Werk. Halb gut, halb böse. Stiff little fingers sind, wie die IRA, Note wie Kugel, allerdings genuiner Ausdruck struktureller Gewalttätigkeit, Ausdruck des Alltags. Sie passen zusammen. Der Spießer aber trennt und ästhetisiert. Die deutsche revolutionäre Phantasie kaprizierte sich immer schon auf die Musik. Die Revolte endet affirmativ. Die Ästhetisierung dessen, was wirklich geschieht, lebendig ist und Alltag, fällt der affirmativen Verdrängung anheim. Die Herausforderung der Guerilla auch in Irland ist abgewehrt: die IRA ist ungenießbar, stiff little fingers aber sind schmackhaft. Warum auch denken, wenn delirieren einfacher ist. So nämlich endet der selbstgebaute Türke, die so energisch geplante Vertreibung des Irland-Romantizismus, welcher der IRA und uns angedichtet werden sollte: in der Bildung neuer Mythen. Im Konsumierbarmachen des Widerstandes in der Musik. Eine Lösung für linke Intellektuelle? Vielleicht. Für miserable Soziologen aus Dublin gewiß die beste Beschäftigung. Für arbeitslose Jugendliche in Dublin und Belfast kaum. They still don't like mondays. And above all not the trendy lefties in Germoney and in our own country.

Im übrigen gehört die IRA handfest kritisiert: wir laden dazu ein anläßlich einer RUNDREISE von Iren auch zu diesen Fragen Mai-Juni 1981 durch die BRD. Wer will Veranstaltungen machen? Er melde sich. Und unser neues Irlandinfo No. 14 ist auch fertig.

Hier spricht die »Volksfront«

Im AK 193 berichteten wir über die provokatorischen Lügen, mit denen die DKP die „Volksfront", den Wahlverein der KPD/ML, zu bekämpfen versucht.

Wir erhielten daraufhin Post vom Genossen Manuel, Kreisvorsitzender der „Volksfront" in Essen. Manuel teilt uns mit, daß er *„jetzt seit sechs Wochen"* den AK bezieht und *„bis jetzt mit Eurer Zeitung sehr zufrieden"* war. Nicht einverstanden sei er aber mit der Bezeichnung der „Volksfront" als Wahlverein der KPD/ML. Die „Volksfront" sei *„eine e i g e n s t ä n d i g e Organisation"*, die *„es sich zur Aufgabe gemacht"* habe, *„a l l e antifaschistischen Organisationen zu vereinen"*, bei Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Organisationen. *„Was nun unsere Beziehungen zur KPD/ML angeht, ist es doch klar, daß wir eine Zusammenarbeit mit der KPD/ML nicht ablehnen, und um mehr handelt es sich nicht".*

Manuel hat recht, daß die „Volksfront" sich selbst nicht als Wahlverein der KPD/ML definiert, sondern als *„der freiwillige Zusammenschluß von Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und Parteizugehörigkeit"* (aus einem Brief der „Volksfront"-Bundesgeschäftsstelle an Egon Bahr). Wahr ist aber auch, daß dieser „freiwillige Zusammenschluß" ohne öffentliche Information, geschweige denn breitere Diskussion z u s t a n d e g e k o m m e n ist, und daß die E x i s t e n z dieser „Volksfront" der Öffentlichkeit erstmals durch den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, mitgeteilt wurde.

Unter Volksfront wird im historischen Sinn eine Koalition der Kommunistischen Partei mit anderen Parteien zur Abwehr einer drohenden faschistischen Machtergreifung verstanden. In diesem Sinn wurde der Begriff vor allem von Dimitroff in den 30er Jahren geprägt. Etwas abweichend von dieser Definition versteht heute die bürgerliche Propaganda unter Volksfront im wesentlichen die Zusammenarbeit zwischen DKP und Teilen der SPD in Aktionsbündnissen.

Die „Volksfront", um die es aber h i e r geht, ist zweifellos weder das eine noch das andere. Sie ist – genauso wie die kürzlich erfolgte Umbenennung der KPD/ML in „KPD" –
so wie die kürzlich erfolgte Umbe-
nennung der KPD/ML in „KPD" – ein Versuch, sich eines traditionellen Namens zu bemächtigen, um vom Gewicht dieses Namens zu profitieren. Die KPD/ML wird zudem bei dieser Namensgebung darauf spekuliert haben, daß CDU/CSU und sonstige Rechte mit ihrem dauernden Gegeifere gegen die „Volksfrontbündnisse" reichlich unfreiwillige Propaganda für den Namen „Volksfront" machen würde. Die Bundestagswahl 1980 als Probe aufs Exempel widerlegte aber diese Spekulation auf die Zugkraft eines traditionellen Namens: Die „Volksfront" bekam – sogar trotz eines insgesamt ganz passablen Programms – noch weniger Stimmen als der abgewirtschaftete KBW und blieb irgendwo unterhalb der 0,00%-Marke.

Beiläufig sei erwähnt, daß die KPD/ML noch eine Reihe weiterer Organisationen unterhält, die gleichfalls selbstverständlich alle ihre Eigenständigkeit betonen und die gleichfalls mit traditionellen Namen Politik zu machen versuchen:

– Die **„Rote Garde"**, KPD/ML-Jugendorganisation, die älteste der Filialen.

Sie übernahm diesen Namen mit dem Hinweis auf die Roten Garden der chinesischen Kulturrevolution. Da die KPD/ML seit 1977 für die Kulturrevolution nur noch Verleumdungen übrig hat, wäre es logisch, den Namen demnächst zu ändern. Anbieten würde sich „KJVD", der Name der Jugendorganisation der alten KPD.

– Die **„Revolutionäre Gewerkschaftsopposition", RGO.** Ihr Name erinnert an ein nicht besonders erfolgreiches Experiment der KPD Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre.

– **„Revolutionäres Landvolk"**, die witzigste und winzigste der KPD/ML-Filialen. Sie soll nach dem Willen der KPD/ML die fortschrittlichen Bauernmassen zusammenfassen.

Die Anleihe dieses Namens fällt etwas aus dem Rahmen: Das „Revolutionäre Landvolk" war ein lockerer Zusammenschluß militanter Bauern gegen ihre Verelendung Ende der 20er Jahre und hatte mit der KPD weder organisatorisch noch politisch viel zu tun. Im Gegenteil hatte der Antikapitalismus und Aktionismus dieser Bewegung starke ideologische und dann auch organisatorische Zusammenhänge zum Rechtsradikalismus, namentlich zum 'linken' Flügel der NSDAP.

»Den AStA instandsetzen!« Wahlsieg der Linken in Göttingen!

Einen großen Erfolg errang die Linke bei den diesjährigen Wahlen zum Studentenparlament in Göttingen. Stärkste Fraktion im Studentenparlament und damit im AStA wurde die LINKE BÜNDNISLISTE (LBL), ein Zusammenschluß von Mitgliedern verschiedener örtlicher Initiativen und Organisationen (BULI, AntiFa, AK gegen Atomenergie, Grüne, KB, Z, u.a.) sowie einiger linker Fachschaftsräte. Diese Liste konnte 18,77% der Stimmen auf sich vereinigen. (Ergebnisse siehe Kasten).

Die Entstehung dieser Liste geht zurück auf das Versagen der Politik des letzten Göttinger AStA, der sich aus Jusos, dem SB und der LDK (KB, Z und Sympathisanten) zusammensetzte. So betrieben Jusos und SB in diesem AStA eine Stillhaltepolitik gegenüber staatlichen Repressionen, die Wahrnehmung des politischen Mandats, Widerstand gegen Veranstaltungsverbote und gegen die Umsetzung des NHG fehlte fast ganz, die Unterstützung örtlicher Initiativen (z.B. Häuserkämpfer) kam jeweils nur nach langem Hin und Her zustande; der AStA wurde – besonders während des Bundestagswahlkampfes – immer mehr zu einer Filiale der SPD. Aufgrund der dadurch entstandenen Auseinandersetzungen innerhalb des AStA war eine linke Politik an der Uni von dieser Seite fast völlig gelähmt.

Die Politik der AStA Mehrheit (Jusos,SB) bekamen auch die linken Fachschaften zu spüren; es wurde oft genug versucht, sie über die Politik der „knappen Finanzen" politisch zu disziplinieren.

Resultat dieser Politik war ein allgemeiner Unmut innerhalb der Linken, ein Brachliegen linker Politik an der Uni, ein von den aktuellen Kämpfen isolierter AStA und eine weitgehende Entpolitisierung der Studentenschaft.

Diese Situation war schließlich ausschlaggebend zur Gründung der LINKEN BÜNDNISLISTE (LBL), zumal die Gefahr eines rechten AStA bedrohlich nahe erschien.

Die LINKE BÜNDNISLISTE

Das Charakteristische und Neue an dieser Liste ist der Zusammenschluß von außeruniversitären Initiativen und an der Uni politisch arbeitenden Gruppen. Daneben ist dieses Bündnis durch seine Breite und Heterogenität gekennzeichnet – so versteht sich diese Liste als ein Forum der innerlinken Diskussion und als Grundlage gemeinsamer politischer Arbeit.Die trotz der Vielfalt der beteiligten Gruppen demonstrierte politische Schlagkraft des Bündnisses dürfte nicht unerheblich zu dem Erfolg beigetragen haben!. Ziel der LBL ist es, den AStA wieder zu einem Instrument für die Vermittlung linker Politik und zu einem Faktor im demokratischen Kampf zu machen. Weg vom universitätsbornierten und bürokratisierten AStA des letzten Jahres, hin zum AStA als Instrument linker Politik inner– und außerhalb der Uni! Dieses Ziel drückt sich aus in der Parole der Liste: „Den AStA instandsetzten!" – mit einem Zwinkern zu den Häuserkämpfern...

Grund zur Beteiligung war für die außeruniversitären Initiativen der gemeinsame Wille, die Uni wieder verstärkt zu ihrem politischen Arbeitsfeld zu machen und durch die Beteiligung am AStA auch organisatorisch wieder Fuß an der Hochschule zu fassen. In einer Stadt mit einem so hohen Anteil an Studenten stellt die Universität ein nicht zu vernachlässigendes Feld politischer Arbeit dar. Für die an der Liste beteiligten Fachschaften ist der engere Zusammenschluß und die Koordinierung des Widerstandes gegen das NHG Hauptgrund für die Beteiligung. Daneben erlaubt die Zusammenarbeit mit den Initiativen eine fundiertere und effektivere Politik an den Fachbereichen.

Der Wahlkampf

Zum Hauptthema der Publikationen und Aktionen wurde der Göttinger Häuserkampf, der durch die seit einiger Zeit andauernden Besetzungen die aktuell brisanteste und wichtigste politische Auseinandersetzung darstellt. Die LBL unterstützte die Besetzungen sowohl materiell als auch organisatorisch. In der äußerst brisanten Situation nach den „Göttinger Sylvesterkrawallen" rief die LBL als einzige linke Gruppe an der Uni neben dem KB zu einer Demo gegen „Bullenterror und Pressehetze" auf; an der Demo beteiligten sich 1.200 Menschen! Durch ihr entschiedenes Eintreten für die Besetzer wurde die LBL zur wichtigsten Gruppe im Häuserkampf an der Uni, denn im Gegensatz zu anderen linken Gruppen (Juso, SB, MSB) stellte sich die LBL in die aktuellen Auseinandersetzungen hinein und konnte so eine wirkungsvolle Politik im Häuserkampf betreiben.

Zweiter Schwerpunkt der politischen Aktivitäten der LBL war die Solidaritätsarbeit für El Salvador, hier wurden Veranstaltungen organisiert, die Spendenkampagne der „TAZ" unterstützt und publizistisch für eine durchgängige Information gesorgt. Daneben stellten der Widerstand gegen das AKW Brokdorf sowie die Anzeigenkampagne der NPD gegen Antifaschisten (RgR Eschwege) weitere Inhalte der Politik der LBL dar. So kann gesagt werden, daß die LINKE BÜNDNISLISTE schon hier die AStA-Arbeit nach ihren Vorstellungen demonstrierte und zugleich Ersatz für die brachliegende AStA-Arbeit leistete.

Die Wahl selbst war durch eine gegenüber dem Vorjahr stark erhöhte Wahlbeteiligung gekennzeichnet. Auch hieran zeigt sich, daß durch das verstärkte Hineintragen politischer Inhalte und Auseinandersetzungen in die Uni breite Teile der Linken mobilisiert werden können und die dadurch entstehende Politisierung sich günstig auf die Linke auswirkt.

Ausblick

Nach diesem Wahlergebnis verdient das zukünftige Verhalten der Jusos besondere Beachtung.

So entstanden ihnen im letzten AStA kaum Schwierigkeiten vonseiten der örtlichen SPD – das Bündnis mit Kommunisten (LDK) konnten sie wohl deshalb so ungehindert eingehen, weil sie als stärkste Fraktion weitgehend die Linie des letzten AStA bestimmen konnten. Abzuwarten bleibt, wie sie sich in ihrer neuen Rolle als zweitstärkste Fraktion in einer AStA-Koalition mit der LBL verhalten werden. Diese Frage stellt sich umso mehr, da aufgrund der neuen linken AStA-Konstellation wieder verschärfte Angriffe vonseiten des Wissenschaftsministers Pestel sowie der CDU-Landesregierung zu erwarten sind – insbesondere gegen die Wahrnehmung des politischen Mandats. Daß die Zeit für solche Angriffe offensichtlich wieder einmal reif ist, demonstrierte Pestel ja schon ausgiebig am Osnabrücker AStA (s.AK 193). Die wieder einmal verstärkte Bedrohung soll jedoch kein Hindernis für eine effektive linke Politik des AStA sein – im Gegenteil: Häuserkampf, El Salvador, Brokdorf sowie der verschärfte Kampf gegen die Durchsetzung des NHG und der neuen Prüfungsordnungen an den Fachbereichen, dies werden die Punkte sein, die als nächstes auf dem Programm des neuen Göttinger AStA stehen.

Bleibt abzuwarten, wieweit das Göttinger Modell eines breiten Bündnisses linker Gruppen innerhalb und außerhalb der Uni an anderen Hochschulen Nachahmung und Erfolg finden wird...!

Ein Genosse aus Göttingen

Liste	Stimmen 1980	in %	Stimmen 1981	in %
UFO (rechtsstehend)	881	14	1618	16,9
Juso	1226	19,5	1453	15,2
SLH	–	–	517	5,4
MSB	258	4,1	244	2,5
SB	630	10	204	2,1
LBL	–	–	1795	18,7
Basisgruppen	–	–	1021	10,6
RCDS	1150	18,3	1427	14,9

Diese Tabelle ist unvollständig, unbedeutende Splittergruppen sind nicht berücksichtigt.
Die Wahlbeteiligung betrug 36,89 %
Zu einer gemeinsamen Kandidatur der LBL und der Basisgruppen kam es nicht, weil die Basisgruppen die Konzeption der LBL als Intiativenbündnis ablehnen und weil sie ihren Schwerpunkt strikt auf hochschulspezifische Fragen legen.

Keimform? Ja, aber nicht in meiner Kommission!

Man sollte meinen, daß es drei Jahre nach Beginn der Krisendebatte, ein Jahr nach der Trennung von der „Z"-Fraktion, in einer kommunistischen Organisation wie der unsrigen nicht mehr möglich ist, daß ein Anleiter mit den Genossen umspringen kann, wie er gerade will.
Aber – weit gefehlt!

So nahm sich der Anleiter einer Kommission das Recht heraus, einen Genossen einfach aus der Kommission auszuschließen und einen anderen zu beurlauben.

J., seit mehr als zwei Jahren in der Kommission, hatte im Sommer '79 einen schweren Unfall, dessen Folge ist, daß er sich eine völlig neue Existenz aufbauen muß, da er in seinem alten Beruf nicht mehr arbeiten kann. Dazu kommt, daß an den Verletzungen bis heute noch herumgepfuscht wird. Drei mehrwöchige Krankenhausaufenthalte hat J. schon hinter sich, mindestens einer steht ihm noch bevor.

Meiner Meinung nach ist es durchaus verständlich, wenn der Genosse in dieser Situation Schwierigkeiten hat und, anstatt mit seiner Arbeit in Schwung zu kommen, schon in den Ansätzen stecken bleibt. Schlimm wird es dann, wenn von der Anleitung statt Unterstützung das Gegenteil kommt, wie in diesem Fall:
Ende April 1980 schrieb der Kommissionsanleiter, K., einen Brief an die Genossen der Kommission, worin er sich über die mangelnde Mitarbeit von J. beschwerte. K. machte in diesem Brief J. dafür verantwortlich, daß er (K.) keine Zeit mehr für sein Privatleben hat.

Erst auf scharfe Kritik von „höherer Seite" hin nahm K. dies mit der Bemerkung, er habe eine Schlacht verloren, zurück; er bestand jedoch darauf, J. gegenüber keine Ansprüche und Forderungen mehr zu stellen. Wir haben damals diese ungeheuerliche Ignoranz scharf kritisiert, aber letztendlich zur Kenntnis nehmen müssen, weil auf dem Termin keine Einigung in Sicht war.

Nachdem J. dann, von einem längeren Krankenhausaufenthalt zurück, K. fragte, ob wir den Kommissions-Termin umlegen könnten (da an dem bisherigen Tag der Elternabend einer Babyinitiative stattfindet, an dem er jetzt teilnimmt, weil seine Freundin ein Kind erwartet), wurde von K. einfach gesagt, daß es ihm egal sei, der Termin finde statt wie bisher. Schließlich sei J. schon lange nicht mehr in der Kommission und brauche deshalb auch gar nicht anwesend zu sein, und überhaupt, soll er doch kein Kind machen ...

Aber es kommt noch besser:
Innerhalb der Organisation erzählt K. herum, daß J. kein Mitglied der Kommission mehr sei. Ende Juni '80 wird der von K. selbstherrlich beschlossene „Ausschluß" aus der Kommission durch einen Brief von K. an J. zementiert:
„Das Material zum ... (zum Thema, an dem J. bisher gearbeitet hatte) *lege bitte in mein Fach. Ebenso etwaiges aus den Kommissionsbeständen stammendes Archiv- etc.- Material. Sofern dir in direktem oder indirektem Komm.-Zusammenhang noch geschrieben wird, lasse mir diese Sachen bitte sofort zukommen bzw. leite Anrufe zu Komm.-Sachen sofort an mich weiter."*
Wohlbemerkt – dieser „Ausschluß" war in keiner Weise mit höheren Leitungsgremien diskutiert worden, geschweige denn dort beschlossen worden. Einzig und allein K. beschließt und vollzieht diesen „Ausschluß", als ob dies „seine" Kommission wäre.

Seitdem J. nicht mehr an dem Termin teilnehmen konnte, fand der Termin nicht mehr statt, weil auch ich, aus Solidarität mit J., nicht mehr am Termin teilnahm.

K. ignorierte dies ganz einfach und behauptete, ich würde *„einer Klärung ..."* einer Kritik, die er an mir hatte, „ ... *konsequent aus dem Weg ... gehen".* Ich würde mich einfach hinter J. verstecken. Ich schrieb ihm daraufhin einen Brief, worin ich ihm mitteilte, daß ich nicht bereit bin, sein Verhalten J. gegenüber mitzumachen. Weiterhin teilte ich ihm mit, daß unsere seit langem geplante Auslandsfahrt (in die Niederlande – Anm. AK) nun stattfindet und welchen Schwerpunkt diese Fahrt haben wird.

Die Reaktion von K.:
Er „beurlaubt" mich noch am selben Abend aus der Kommission und teilt mir mit, daß ich nicht im Namen des KB auftreten dürfe und nicht mit unseren 'Kontakten' reden dürfe! Als Begründung schrieb er später in einem Papier:
„Sein Brief hat auf mich sehr stark den Eindruck gemacht, als ob er ... die Kommission an sich reißen will. In seinem Zusammentun mit J. und H. (ein Genosse, der mitgekommen ist) *kann ich nur den Versuch einer Frontbildung sehen, den Versuch, mich abzuspalten. In dem Zusammenhang hat die hervorgezauberte ... Fahrt meiner Auffassung nach auch nicht den Charakter 'neuerwachter Aktivität', sondern ist ein mieses Erpressungsmanöver ... Ob einer, der wie M. versucht, den 'Anleiter' hinterrücks abzuservieren, selber noch auf eine Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit setzt!".*

So eine Vermutung ist noch lange kein Grund, jemanden einfach zu beurlauben!

Aber, man sollte es kaum glauben, es geht noch weiter:
K. läßt den 'Kontakt', den wir aufsuchen wollten, benachrichtigen, daß wir nicht kommen würden, und sagt ihm selber, daß ich beurlaubt wäre und nicht im Namen des KB sprechen dürfe. Der verabredete Treff wäre deshalb fast geplatzt; nur durch Zufall haben wir den Genossen angetroffen ...

An meiner „Beurlaubung" hielt K. auch bei einem Gespräch am 17.9. nach wie vor fest und machte klar, daß er nicht bereit sei, darüber zu sprechen, geschweige denn die „Beurlaubung" zurückzunehmen.

Es geht einfach nicht, daß ein Anleiter mit den Genossen umspringen kann, wie er will, mit ihnen tun und lassen kann, was er will! Und wenn sich andere Genossen mit den Betroffenen solidarisieren, werden sie einfach beurlaubt.

Im Weiteren nutzte K. seine Position aus, um unsere Artikelarbeit zu boykottieren: Ein Artikel von J. und mir, der auf Ergebnissen unserer Fahrt basierte, wurde ignoriert und dies mit ‚Pippi'-Punkten „begründet". Im AK erschien stattdessen ein Artikel von ihm selbst.

In einer Stellungnahme dazu schrieb ich ihm, daß der Artikel ohne Hintergründe einfach nur Sensationsberichterstattung ist, und diese können wir tatsächlich in jedem AK schreiben. Dazu habe ich nie eine Antwort erhalten ...

Inzwischen ist dieser Artikel zwei Monate alt; der LG-Genosse, der den Fall bearbeiten sollte, hatte dem
Abdruck im AK mit der Begründung
Abdruck im AK mit der Begründung widersprochen, das würde eine Reihe von „Richtigstellungen" K.'s nach sich ziehen.

Mit dieser Begründung könnten wir sofort die AK-Arbeit einstellen.

K. blieb in der Zwischenzeit nicht untätig, so forderte er mich auf, doch seine sofortige Tötung zu beantragen
Mich hat er nun auch endgültig aus der Kommission „ausgeschlossen". Ebenso aus dem Kreis der Genoss/inn/en, die zu ähnlichen Themen in anderen Kommissionen arbeiten. K. ist auch dort Anleiter ...

M., Metallbereich
KB/Gruppe Hamburg

Eine Anmerkung

Der im obigen Artikel (richtig?) zitierte LG-Genosse, der dem Verfasser M. vom Abdruck dieses Textes im AK abgeraten hat, weil dies eine Reihe von „Richtigstellungen" nach sich ziehen würde, gab diesen Rat sicherlich in guter Absicht – dennoch irrt er.

An diesem Artikel ist nichts r i c h t i g -, sondern nur noch f e s t zustellen: *„Gerüchte"*, oder – wie im vorliegenden Fall – Behauptungen, *„können derart infam oder idiotisch sein, daß der Angegriffene sich entweder höchst lächerlich oder höchst verdächtig macht, wenn er dazu überhaupt dementierend Stellung nimmt"* (AK 156).

K., Niederlande-Kommission

Letzte Meldung

K. hat am 29.1.81 schriftlich beantragt, das LG solle beschließen, *„daß eine wie auch immer geartete Arbeit M.'s in den Niederlanden, die in irgendeinem Zusammenhang mit dem KB steht, abgelehnt wird."*

AK-Redaktion

»Psychisch krank...«

Ein unlängst aus dem KB ausgetretener Genosse hat uns um den Abdruck folgenden Inserats gebeten:
Ich bin 22 Jahre alt, männlich, und zur Zeit „psychisch krank". Ich möchte auf diesem Wege Kontakt aufnehmen zu (Ex)Genoss(inn)en, denen es ähnlich geht, um über meine Erfahrungen im KB zu diskutieren. Schreibt bitte an die AK-Redaktion, die alle Post weiterleiten wird.

Buchbesprechung

Murray Bookchin: »Hör zu, Marxist!«

Haben wir nicht angesichts der im Namen des Marxismus unter Stalin begangenen grausamen Verbrechen die Pflicht, uns als Marxisten kritisieren zu lassen? Erinnern die Verhältnisse im Ostblock, in China und überall dort, wo „der" Marxismus siegreich war, nicht dauernd an diese unsere Pflicht?

Auch wenn wir tausendmal meinen, diese Entwicklungen erklären zu können, sind wir nicht trotzdem zum permanenten „Revisionismus", zum „Wieder-Nachdenken" verpflichtet? Aber haben wir auch wirklich schon die notwendige Distanz, um den Marxismus, soweit er eben zur Ideologie verkommen ist, in Frage zu stellen? Ich glaube, daß erst, wenn für Marxisten nicht mehr der Marxismus das Heiligste ist, sondern das eigene Nachdenken, eine schöpferische Weiterentwicklung der Ideen von Marx/Engels möglich ist.

Einen wichtigen Beitrag in diesem Sinne liefert meiner Meinung nach der amerikanische Anarcho-Kommunist Murray Bookchin mit seinem Essay „Hör zu, Marxist!" (in: „Unter dem Pflaster liegt der Strand", Kramer Verlag Westberlin 1970; auch im Winddruckverlag als Broschüre).

Ursprünglich zur Auseinandersetzung mit den nach dem Zerfall des SDS (students for a demokratic society) 1969 in den USA entstehenden „K-Gruppen" gedacht, besitzt der Aufsatz auch heute noch Wert für die Kritik der Linken (der „alten" wie der neuen) überhaupt.

Auffällig ist die Nähe zur neomarxistischen „kritischen Theorie der Gesellschaft". Konstatiert z.B. Theodor W. Adorno, der Marxismus habe „die Chance zu seiner Verwirklichung verpaßt", so sieht Bookchin den Marxismus als eine hervorragende, jedoch auf die Verhältnisse des Frühkapitalismus zugeschnittene Theorie, die heute keine vernünftigen Handlungsanweisungen mehr zu geben vermag. Ganz wie Marcuse stellt auch er die Verfehlung der Marxschen Verelendungstheorie heraus. Wir leben heute nicht in der von Marx vorhergesagten Mangel-, sondern in einer Überflußgesellschaft. („*Der Versuch, die Marxsche Verelendungstheorie in ihrer Gültigkeit auf internationale Verhältnisse auszuweiten*", ist für ihn „*nicht als ein Täuschungsmanöver: Dieser theoretische Taschenspielertrick versucht ganz von der Frage abzulenken, warum die Verelendung nicht in den hochindustriellen Gebieten des Kapitalismus eingetreten ist, den einzigen Gebieten, in denen die technologischen Voraussetzungen für das Entstehen einer klassenlosen Gesellschaft gegeben sind*").

Ganz wie in der Theorie der „Frankfurter Schule" sieht auch Bookchin die Integration der Arbeiterklasse in den bürgerlichen Staat: „*Anstatt, daß sich das Proletariat zu einer revolutionären Klasse im Schoße des Kapitalismus entwickelt, erweist es sich als ein Organ im Körper der bürgerlichen Gesellschaft.*" Der glücksverheißende Konsum und die Erneuerung der „psychischen Schablonen", der Werte und der Ideologie des Kapitalismus im täglichen industriellen Arbeitsprozeß sorgt für die Verankerung des Zwangssystems im einzelnen Menschen. Wie mit seiner Verelendungsprognose, so lag Marx mit seiner Einschätzung der Entfremdungsmechanismen im fortgeschrittenen Kapitalismus falsch: Marx hat den Grad der Entfremdung des Menschen von seinen natürlichen Bedürfnissen und deren Bedingungen weit unterschätzt. Und wenn Marx' Hoffnung darauf gerichtet war, daß die Arbeiterklasse durch das Fabriksystem „diszipliniert, geeint und organisiert" würde, so muß angesichts der Vereinnahmung des Menschen durch das heutige Industriesystem dieser Gedanke als hoffnungslos reaktionär erscheinen. Nicht das Sich-Hineinbegeben in diese große Maschinerie, sondern die Schaffung eigener Kommunikations und Lebensstrukturen, die Schaffung eigener Werte und Anschauungen kann uns der freien Gesellschaft näher bringen. Um mit Bookchin zu sprechen: „*Der Arbeiter wird nicht dadurch zum Revolutionär, daß er ein noch besserer Arbeiter wird, sondern dadurch, daß er sich von seinem Arbeitertum distanziert*", und weiter: „*Der Arbeiter fängt erst dann an, ein Revolutionär zu werden, wenn er sein Arbeitertum aufgibt und wenn er seinen Klassenstatus wirklich und ohne Einschränkung verabscheut. Er wird zum Revolutionär, wenn er diejenigen Eigenschaften abzulegen beginnt, welche die Marxisten am meisten an ihm loben — seine Arbeitsmoral, seinen von der Fabrikdisziplin geprägten Charakter, seinen Respekt vor der Hierarchie, seine Unterwürfigkeit gegenüber Vorgesetzten, sein Verhalten als Konsument, seine puritanischen Relikte.*"

Wer fühlt sich bei diesen Worten nicht an den Proletarierkult in der DDR und die Vorstellungen der „Realsozialisten" von „Disziplin" erinnert? Für Bookchin ist j e d e r , ob Arbeiter, Bauer, Student, Angestellter, Soldat, Bürokrat, Geistesschaffender — oder auch Marxist ein „Bourgeois", wenn er nicht jene Klassen„ketten" ablegt, die ihn an alle die verschiedenen Formen der Herrschaft binden, und diese Forderung gilt für alle Lebensbereiche.

Bei den meisten Linken hat sich die Erkenntnis, daß der Kapitalismus a l l e Bereiche, auch die „Privatsphäre" durchdringt, langsam durchgesetzt. Praktische Konsequenzen werden deshalb noch lange nicht daraus gezogen. Wenn die Privatsphäre aufgelöst ist, kann „privates" Handeln politisch werden und eine gesamtgesellschaftliche Perspektive erhalten. Diesem Gedanken folgend entwirft Bookchin den Typus des neuen Revolutionärs: „*Ein solcher Revolutionär stellt nicht nur die ökonomischen und politischen Voraussetzungen der hierarchischen Gesellschaft in Frage, er wendet sich gegen die Hierarchie selbst. Er behauptet nicht nur die Notwendigkeit einer sozialen Revolution, sondern versucht auch, auf eine so revolutionäre Weise zu l e b e n , wie es die gesellschaftliche Situation überhaupt zuläßt. Er bekämpft nicht nur die herrschaftsbedingten Lebensformen, sondern improvisiert neue Formen freiheitlichen Seins, deren Poesie in der vorweggenommenen Zukunft liegt*".

Wenn Bookchin versucht, den „Mythos vom Proletariat" zu zerstören, liegt er wiederum auf einer Ebene mit Marcuse und dessen Theorie vom „neuen Proletariat". Und wie Marcuse, so wird auch ihm ungerechtfertigterweise vorgeworfen, er spreche dem Arbeiter seinen Status als revolutionäres Subjekt ab. Dabei wird auch gerade in „Hör zu, Marxist!", unter strenger Beachtung der ökonomischen Kausalität des Bewußtseinsprozesses, dargelegt, warum die Arbeiterschaft unabdingbar für eine erfolgreiche Revolution ist. Genauso unabdingbar allerdings wie andere Bevölkerungsteile auch (Intellektuelle, Techniker u.a.). Die praktische Schlußfolgerung hieraus formuliert Bookchin recht provokativ: „*Wenn man die Klassenstruktur festigt, indem man von der 'Rolle der Arbeiterklasse' schwatzt, wenn man dem traditionellen Klassenkampf neuen Auftrieb gibt, indem man ihm einen revolutionären Gehalt zubilligt, wenn man unsere heutige revolutionäre Bewegung mit der 'Arbeiteritis' infiziert, dann ist das zutiefst reaktionär.*"

Nach seiner Kritik des „Mythos vom Proletariat" geht es Bookchin im zweiten Teil seines Essays um den „Mythos von der Partei". Mit seiner Organisationskritik liegt er ganz auf der Linie des klassischen Anarchismus. Am Beispiel der russischen Revolution von 1917 und den Mai-Unruhen in Frankreich 1968 versucht er darzulegen, wie zentralisierte Parteien Massenbewegungen an der Verwirklichung revolutionärer Ziele hindern können: Hier wie dort gab es Selbstverwaltungskörperschaften (Räte und Fabrikkomitees bzw. Studentenversammlungen und Aktionskomitees), die sich spontan gebildet hatten. Sie repräsentierten die Mehrheit des Volkes und organisierten den Meinungsbildungsprozeß und den Prozeß der Willensbildung. 1917 versuchten die Bolschewiki, 1968 nach dem leninistischen Organisationsprinzip aufgebaute Miniparteien, die Selbstverwaltungsorgane für ihre Ziele zu vereinnahmen. Unter anderem dieses Streben nach Machtzuwachs, das jeder Partei anhaftet, führte, so Bookchin, in einem Falle zur Bürokratisierung und damit Verbürgerlichung der sozialistischen Bewegung in Rußland, im anderen Falle zur Lähmung und somit zum schließlichen Scheitern der Mai-Revolte in Frankreich.

Resümee: „*Die Partei besitzt eine hierarchische Struktur. Sie ist darin ein genaues Abbild jener Gesellschaft, welche sie zu bekämpfen vorgibt. Was sie auch immer in Anspruch nehmen mag, sie ist ein bürgerliches Gebilde, ein Staat im Kleinen, mit einem Apparat und mit Kadern, welche Macht v e r s c h a f f e n , aber nicht Macht z e r s t ö r e n sollen*". Dem marxistisch-leninistischen Organisationstyp stellt Bookchin sein Konzept der „Affinity-Groups" (wörtlich: Verwandtschaftsgruppen) gegenüber: kleine, funktionierende Gruppen von Revolutionären, die, den politischen Kampf mit der Revolutionierung des eigenen Alltags verbindend, in loser Kooperation mit anderen Gruppen als bloßer Katalysator der revolutionären Bewegung fungieren.

Betrachtet man die Misere der westdeutschen Linken nach 1968, so muß einem meines Erachtens beim Schlußsatz der Broschüre bewußt werden, daß hier jedenfalls noch ein Punkt skizziert worden ist, an dem ein „Wieder-Nachdenken" beginnen muß: „*Hör zu, Marxist: Die Organisation, die wir aufbauen wollen, ist von der gleichen Art wie die Gesellschaft, die durch unsere Revolution entstehen wird. Entweder wir lösen uns von der Vergangenheit — als einzelne und in der Gruppe — oder wir werden den Kampf um die Zukunft verlieren.*"

Jochen, Barmstedt

Marxismus, nein danke?

Jochen fordert in seiner Buchbesprechung eine „schöpferische Weiterentwicklung" des Marxismus und meint, Marxisten hätten die Pflicht, sich als solche kritisieren zu lassen. Das hört sich sehr sympathisch an; wer wollte sich gegen einen solchen Anspruch wenden?

Doch was steckt i n h a l t l i c h hinter diesen Formulierungen? Murray Bookchin, den Jochen für seine Argumentation heranzieht, schreibt in seiner Broschüre „Hör zu, Marxist", nicht die Arbeiterklasse sei die tragende Kraft der Revolution, Revolutionäre gebe es vielmehr „*in allen Schichten der Gesellschaft, insbesondere unter den Jugendlichen*" (S. 6). Der revolutionäre Kampf in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern bewegt sich nach Bookchins Ansicht „*auf einem geschichtlich neuen Terrain*", es sei „*der Kampf zwischen einer jungen Generation, welche keine chronischen Wirtschaftskrisen kennengelernt hat und der Kultur, den Werten und Institutionen einer älteren, konservativen Generation*" (S. 7).

Was Bookchin hier vertritt, ist nichts anderes als die (bürgerliche) Theorie, der „Generationskonflikt" sei heute bedeutender als die Klassenwidersprüche, wobei der Begriff „Jugendlicher" bewußt klassenunspezifisch gebraucht wird. Mit „schöpferischer Weiterentwicklung des Marxismus" hat dies nicht viel zu tun. Wer dem Klassenkampf neuen Auftrieb gibt, von der revolutionären Rolle bzw. Aufgabe der Arbeiterklasse spricht, ist für Bookchin „zutiefst reaktionär" (S. 12). Bookchin behauptet sogar, der „traditionelle Klassenkampf" f e s t i g e den Kapitalismus, indem er „Auswüchse" korrigiere. Mit dieser Auffassung steht Bookchin in einer Reihe mit dem „schöpferischen Marxisten" Rudolf Bahro, der (ähnlich wie Herbert Gruhl und Olaf Dinné) die Werktätigen zum „Maßhalten" auffordert.

Mit seiner Ablehnung des Klassenkampfes geht bei Bookchin eine bemerkenswerte Haltung gegenüber Kommunisten einher. „*Diese Leute noch 'Rote' zu nennen und die Angriffe auf sie als 'Kommunistenjagd' zu bezeichnen, ist eine Art von McCarthyismus mit umgekehrten Vorzeichen*" (S. 4). (Der US-Senator McCarthy organisierte in den fünfziger Jahren eine Hexenjagd auf Kommunisten, mit Berufsverboten u.ä.m.). Die „K-Gruppen" beschimpft Bookchin als „*die Syphilis unserer radikalen Jugendbewegung*" (S. 4).

Für wahre Revolutionäre hält Bookchin Jugendliche, die Hasch rauchen und „auf ihren Job pfeifen" (S. 15) — ob d a s allein die Perspektive für die arbeitenden Jugendlichen ist, und der Weg, die Kapitalisten und ihren Staat zum Zittern zu bringen?

Wenn Jochen (in Übereinstimmung mit Bookchin) behauptet, daß Marx „*den Grad der Entfremdung des Menschen von seinen natürlichen Bedürfnissen und deren Bedingungen weit unterschätzt*" hat, so ist dies m.E. eine Verfälschung der Analysen und Ideen von Marx und Engels. Marx und Engels haben an der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die sich daraus ergebende Ausbeutung der arbeitenden Menschen kritisiert, sondern vor allem auch die herrschende Teilung der Arbeit, die T r e n n u n g v o n H a n d - u n d K o p f a r b e i t. Auch wenn dies durch den „realen Sozialismus" in Vergessenheit geriet, so nahm dieser Punkt dennoch in der Marx'schen Kapitalismuskritik einen bedeutenden Platz ein.

So kritisierte Marx z.B. „*die aus der Teilung der Arbeit entspringende völlige Verkümmerung der Volksmasse*" (1). Nach Marx „*zerstört die Kontinuität gleichförmiger Arbeit die Spann- und Schwungkraft der Lebensgeister, die im Wechsel der Tätigkeit selbst ihre Erholung und ihren Reiz finden*" (2). Über die sozialistische Gesellschaft schrieb Friedrich Engels: „*Statt Elend herbeizuführen, wird die Überproduktion über die Befriedigung der nächsten Bedürfnisse der Gesellschaft hinaus die Bedürfnisse aller sicherzustellen, n e u e B e d ü r f n i s s e und zugleich die Mittel, sie zu befriedigen, erzeugen*" (3, Herv. v. mir).

Die von Jochen und Bookchin aufgestellte Behauptung, die Marxisten würden die Disziplinierung und Organisierung der Arbeiterklasse durch die kapitalistische Produktionsweise als fortschrittlich abfeiern, gehört seit langem zu den Lieblingsargumenten des Anarchismus. Allen anarchistischen Verzerrungen zum Trotz sei an dieser Stelle zitiert, was Lenin 1910 zu dieser Frage meinte: „*Der Kapitalismus ist fortschrittlich, denn er vernichtet die alten Produktionsweisen und entwickelt die Produktivkräfte, zugleich aber hemmt er auf einer bestimmten Entwicklungsstufe das Wachstum der Produktivkräfte. Er entwickelt, organisiert und diszipliniert die Arbeiter — und er u n t e r d r ü c k t, u n t e r j o c h t , führt zu Degeneration, Elend usw. Der Kapitalismus erzeugt seinen 'Totengräber, schafft selbst die Elemente der neuen Ordnung, aber diese einzelnen Elemente ändern ohne einen 'Sprung'* (gemeint ist die sozialistische Revolution — Anm. AK) *nichts an der allgemeinen Sachlage, rühren nichts an die Herrschaft des Kapitals*" (4, Herv. v. mir).

Daß eine Reihe von „K-Gruppen" und „kommunistischen" Parteien durch ihre hierarchisch-antidemokratische Struktur, Verbot von Fraktionen, Personenkult, „strrraffe Disziplin" faktisch nichts als „alten Kack im neuen Frack" servieren, spricht gegen diese Parteien, aber nicht gegen den Marxismus-Leninismus.

Bookchins „Perspektive" ist in der Konsequenz resignativ. Die Arbeiterklasse der kapitalistischen Metropolen sei zu einer Revolution nicht fähig, stützen könnte man sich hier im wesentlichen auf „rebellische" Jugendliche, also eine Minderheit in der Gesellschaft. Auf die Revolutionen in den Ländern der „Dritten Welt" zu bauen, darin steckt für Bookchin „*eine sehr große Gefahr: Völkermord*" (S. 10). Die US-Imperialisten seien in der Lage, Atomwaffen gegen kämpfende Völker der „Dritten Welt" einzusetzen. Bookchin schrieb seine Broschüre etwa 1970. Seitdem haben sich eine Reihe von Völkern in Indochina, Afrika und Lateinamerika im Volkskrieg befreit. In keinem dieser Fälle hat es der Imperialismus gewagt, Atomwaffen einzusetzen, da dies zu seiner extremsten Isolation geführt hätte. Noch heute lastet auf den USA die Hypothek der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.

Daß die „Überflußgesellschaft" in den imperialistischen Metropolen Teile der Arbeiterklasse „bestechen" kann, nur aufgrund der Ausbeutung der Völker der „Dritten Welt" funktioniert und folglich durch die Befreiungsbewegungen wirkungsvolle Schläge erhält und noch weiter erhalten wird, will Bookchin anscheinend nicht sehen.

In seinen Überlegungen zur Oktoberrevolution verschweigt Jochen ebenso wie Bookchin leider völlig den Kampf von Lenin und anderen Bolschewiki gegen die Bürokratisierung.

Recht originell in Jochens Buchbesprechung ist seine Analyse des Scheiterns des Pariser Mai 1968. Daß „leninistische Miniparteien" für dieses Scheitern verantwortlich seien, ist wirklich ein schlechter Witz. Wie soll ausgerechnet jene Handvoll von trotzkistischen und „ML"-Organisationen, die kaum in der Massenbewegung verankert waren und zudem zum Teil noch durch blindes Sektierertum gegenüber dieser Bewegung glänzten, das Scheitern der Mai-Revolte verursacht haben? War es nicht gerade der M a n g e l an Organisiertheit, das Fehlen von in den Massen verankerten revolutionären Organisationen und die Abwiegelei und Hetze der Führung der PCF, die die Massenbewegung erfolglos bleiben ließ? Wie Bookchins „Alternative" zur kommunistischen Organisation, kleine Gruppen von Revolutionären, die „*in loser Kooperation mit anderen Gruppen als bloßer Katalysator der revolutionären Bewegung fungieren*", in der Lage sein sollen, den kapitalistischen Unterdrückungsapparat zum Teufel zu jagen, verraten Bookchin und Jochen leider nicht.

U., RGW-Kommission

Anmerkungen

1. Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, MEW, Band 23, S. 384
2. ebenda, S. 361
3. Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus (1847), in: Marx/Engels, Studienausgabe in vier Bänden, Band 3, Frankfurt 1979, S. 53
4. W.I. Lenin: Werke, Band 16, S. 354

SPENDENAUFRUF 100000 DM FÜR AK TECHNIK

Spendenliste seit AK 193	Technik	AK-Spende
Gesundheitsbereich	300,–	
BO Eimsbüttel	200,–	
L + J, KB/Gruppe Bremen	550.–	
Schmuckverkauf KB/Gruppe Bremen	500,–	
KB/Gruppe Göttingen		1500,–
Medienzelle		50,–
W.R., Bremerhaven	50,–	
M.H., Göttingen	300,–	
L.D., Frankfurt (Erbschaft)	5000,–	
W.N., Westberlin	100,–	
B.S., Pinneberg	50,–	
P.S., Essen		79,–
F.O.P., Bremen		98,–
KB/Gruppe Bremervörde/Stade	50,–	
Skatrunde Nordheim	200,–	
KB/Gruppe Lüneburg		17,50
Insgesamt seit AK 193	7.300,–	1.734,50
Stand AK 193	77.715,42	35.318,63
Stand AK 194	85.015,42	37.053,13

Spendenkonto:

Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
Konto 4 501 755 00
Bankleitzahl 200 800 00

Bundesregierung gegen »Einmischung« in die inneren Angelegenheiten!

Seit dem 20.1. wird der Hungerstreik gegen die Folter in der Türkei zentral in Bonn fortgesetzt. Über 100 Hungerstreikende, Türken, Kurden und Deutsche, beendeten ihre Aktionen in den Städten Hamburg, Westberlin, Hannover, Bielefeld, Köln, Frankfurt, Wiesbaden, Nürnberg, Ulm und München und versammelten sich in Bonn, um damit den Druck auf die Bundesregierung zu verstärken. Ihnen wurden die Häuser der Sozialistischen Jugend – Die Falken (SPD-nahe), der Evangelischen Studentengemeinde und der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) zur Verfügung gestellt. Inzwischen hält der Hungerstreik über 30 Tage an, der Gesundheitszustand eines Teils ist erheblich gefährdet. Er soll jedoch fortgesetzt werden, bis zur Einsetzung einer Kommission, die die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei untersucht.

Inzwischen liegen die ersten Reaktionen der türkischen Militärjunta vor. Scheinheilig schreibt die großbürgerliche „FAZ": *„Ankara geht Foltervorwürfen nach"* (28.1.81). Zugegeben wird in dieser Erklärung offiziell, daß es in den Gefängnissen eine Reihe von Todesfällen durch die Folter gegeben hat. Namentlich werden genannt: Hasan Asker Özmen, der durch Elektroschocks zu Tode gefoltert wurde; Ihan Erdost, ein bekannter linker Verleger, der mit Gewehrkolben erschlagen wurde; Saban Gazeteci, der am 24.9.80 zu Tode geprügelt wurde. Gleichzeitig versucht die faschistische Junta jedoch, dies als „Ausnahmefälle" darzustellen, die nichts mit der Junta zu tun hätten. Sie gab sogar bekannt, daß 13 Polizisten, Soldaten und Gefängniswärter verhaftet wurden und wegen Gefangenenmißhandlung und Mord vor Gericht gestellt werden sollen.

Dies hat etwa die gleiche Glaubwürdigkeit, als wenn das Hitlerregime untergeordnete SS-Chargen vor Gericht gestellt hätte. Und fürwahr, auch führende Nazigrößen haben sich vor Gericht ja immer damit zu verteidigen versucht, daß sie über das Morden in den Gefängnissen und KZs nichts gewußt hätten!

Besonders frech-dreist ist eine in diesem Zusammenhang herausgegebene Erklärung der türkischen Botschaft in Bonn, die sogleich auch Einzug in die westdeutschen Medien fand: *„Inhaftierte werden in der Türkei nicht gefoltert"*, weil die *„Folter in der Türkei gesetzlich verboten ist"* („taz", 23.1.). Es kann nicht sein, was nicht sein darf! Im gleichen Stil geht es weiter, wenn gesagt wird: Es gebe *„keinerlei Folterung, die bewußt und systematisch ausgeübt wird und einen Bestandteil des Verhörs bildet"* („FR", 20.1.).

Nicht dementiert wird damit, daß es eine „unsystematische" Folter gibt. Vor allem als Linke und Revolutionäre Verdächtige werden bei der Festnahme und in den Gefängnissen geschlagen, mit Elektroschocks gequält, Frauen werden vergewaltigt, Scheinerschießungen sollen Gefangene psychisch zerstören, andere werden aus dem Fenster geworfen. Diese Art der Folter ist nicht nur Bestandteil des Verhörs, sondern sie dient der physischen und psychischen Zerstörung und der Einschüchterung der Linken. Aber darüber hinaus gibt es auch die systematische Folter bei Verhören, um Informationen herauszupressen. Wir haben schon in AK 192 einen türkischen Ingenieur zitiert. Dieser berichtete, daß Gefangene noch vor dem Verhör geschlagen und mit Elektroschocks gequält wurden, und daß diese Tortur fortgesetzt wurde, wenn die gewünschten Informationen nicht gegeben wurden.

Das Hungerstreikkomitee hat auf weitere Fälle von Verhaftungen und einen Fall des Mordes an einem Gefangenen hingewiesen. Drei Abgeordnete der jetzt verbotenen (bzw. „suspendierten") sozialdemokratischen Partei, CHP, wurden mit der Begründung verhaftet, sie hätten mit einer revolutionären Organisation zusammengearbeitet. Damit wird den Sozialdemokraten ein „Zeichen gesetzt", jeglichen Widerstand gegen die Junta aufzugeben, wie dies von der Führung der Partei in Übereinstimmung mit der SPD auch befolgt wird (siehe AK 193).

Weiterhin wurden die Verhaftungen von fünf bekannten Oppositionellen veranlaßt: Ogushan Myftüoglu (Rechtsanwalt), Melih Pekdemir (Journalist), Nasuh Mithap (Wirtschaftswissenschaftler), Ali Baspinar (Lehrer, Ex-Vorsitzender der Lehrergewerkschaft von Ankara) und Akin Dirik. Der letztgenannte hat nach Angaben der Militärjunta „Selbstmord" verübt, indem er sich aus dem vierten Stock des Polizeipräsidiums gestürzt habe! Dies ist nun schon der vierte Fall, in dem sich aus diesem Haus Gefangene selbst zu Tode gestürzt haben sollen!

Weiterhin legte das Hungerstreikkomitee auf einer Pressekonferenz die Zeugenaussage des BRD-Bürgers Harald Class vor, der Mitte September verhaftet wurde und u.a. in Ankara im Gefängnis mit Elektroschocks gefoltert wurde.

Das Verwirrspiel von SPD und FDP

Die Hungerstreiks haben wesentlichen Anteil daran, daß in der BRD eine große Öffentlichkeit über die Zustände in der Türkei geschaffen wurde. Vor allem aber können heute die Verfolgungen, Folterungen und staatlichen Morde kaum noch verschwiegen und auch nicht unter dem Mantel des „Kampfs gegen den Terrorismus" versteckt werden, da ersichtlich die gesamte Opposition der Junta von der Verfolgung betroffen ist.

An diesen Anklagen gegen die faschistische Junta kommt auch die SPD/FDP-Regierung nicht mehr vorbei, muß sie doch erklären, weshalb sie weiterhin an der Unterstützung der Junta festhält.

Helga Schuchart, FDP-Bundestagsabgeordnete, gab bekannt, daß die FDP-Fraktion a n r e g e, *„eine Delegation des Deutschen Bundestages zu bilden, die zur Klärung der Vorwürfe gegen die Menschenrechtsverletzungen durch die Militärjunta in die Türkei reisen soll"* („FR", 30.1.). Die SPD-Fraktion und das Außenministerium haben sich dieser A n r e g u n g angeschlossen.

Dies entspricht n i c h t der Forderung der Hungerstreikenden, die ausdrücklich eine u n a b h ä n g i g e Kommission fordern, der diplomatischer Schutz der Bundesregierung gewährt werden soll. Wenn überhaupt, dann kann tatsächlich nur eine u n a b h ä n g i g e Kommission etwas ausrichten, da jede regierungsoffizielle Kommission den „guten Beziehungen" zwischen der BRD und der Türkei und letztlich auch der Geheimhaltungspflicht durch die Regierung unterliegt. Es kommt ja nicht von ungefähr, daß selbst „linke" SPDler lange Zeit ihren Protest gegen den Militärputsch zurückgehalten haben, um der Bundesregierung nicht zu schaden. Dies kann sich jederzeit bei einer Kommission wiederholen. Zudem muß schon jetzt stutzig machen, daß Helga Schuchart ausdrücklich die Bereitschaft der CDU begrüßte, *„sich an einer solchen Delegation zu beteiligen"* („FR", 30.1.).

Im gleichen Atemzug durchkreuzte der außenpolitische Sprecher der SPD, Peter Corterier, alle Hoffnungen in eine solche Kommission: *„Auf keinen Fall solle der Eindruck erweckt werden, als wolle sich die Bundesrepublik in die inneren Angelegenheiten des NATO-Partners einmischen"* (ebenda).

Das kann natürlich nur so verstanden werden, daß die Kommission ihre Untersuchungen nur in A b s p r a c h e mit der Militärjunta aufnehmen soll, womit das Ergebnis vorausbestimmt ist. Scheinbar einschränkend fuhr er fort: *„Allerdings sei dem deutschen Steuerzahler nicht zumutbar, auch in diesem Jahr ein großes finanzielles Opfer für die Türkei zu erbringen, bevor nicht die behaupteten Menschenrechtsverletzungen und Folterungen auf ihren Wahrheitsgehalt restlos aufgeklärt seien"* (ebenda). Da aber andersherum die weitere Militärhilfe für die Militärjunta schon beschlossene Sache ist (siehe AK 193), kann dies wiederum nur heißen, daß das Ergebnis der Untersuchung auf eine Reinwaschung der Junta hinauslaufen muß. Zu erwarten ist, daß diese Reise mit dem gleichen Ergebnis wie die Kluncker-Reise abschließt: Es gibt Menschenrechtsverletzungen, aber diese geschehen im Kampf gegen den „Terrorismus" (siehe AK 193).

In diesem Sinne äußerte sich auch Bundeskanzler Helmut Schmidt im französischen Fernsehen. Er bescheinigte der Militärjunta darin noch einmal ausdrücklich, *„daß sie bei der Bekämpfung des Terrors... erhebliche Fortschritte gemacht habe. Er sehe das mit besonderer Beruhigung, ‚denn das war ja ein Land, in dem der Terrorismus ein ungeheures Ausmaß erreicht hatte'"* („FR", 20.1.).

Im gleichen Sinne verhielt sich auch die SPD-Fraktion im Europa-Parlament gegenüber dem Antrag einiger sozialistischer und kommunistischer Abgeordneten, die Türkei aus dem Europa-Rat auszuschließen. Sie stimmte stattdessen einem Antrag zu, in dem die Militärjunta aufgefordert wurde, *„genaue Angaben über die Bedingungen und einen Zeitplan für die Wiederherstellung der demokratischen Institutionen unter voller Achtung des Volkswillens"* zu machen („Die Neue", 31.1.).

Damit hat die SPD heute zur faschistischen Junta in der Türkei das gleiche Verhältnis wie die CDU zur faschistischen Junta in Chile!

Türkischer Flüchtling in der BRD »verschollen«

Wir berichteten im AK 193 über Semsi Özkan, der in der Türkei mit Todesschußbefehl gesucht wird, in die BRD geflohen ist und hier festgenommen und in Abschiebehaft genommen wurde. Seitdem fehlt jede Spur von ihm.

Semsi Özkan ist Mitglied des Zentralkomitees der illegalen Marxistisch-Leninistischen bewaffneten Propaganda-Einheit (MLSPB). 1977 wurde er verhaftet, konnte aber im August 80 aus dem Gefängnis fliehen. Ende 1980 meldeten mehrere türkische Zeitungen und auch die „Le Monde" seine Verhaftung in der BRD. Nach Angaben der türkischen Zeitung „Hürriyet" stammt diese Information aus Justiz- und Polizeikreisen in Ankara, die dies wiederum aufgrund ihrer guten Beziehungen zu den westdeutschen Behörden erfahren haben sollen. Darüber hinaus zitieren die türkischen Zeitungen auch aus einem Schreiben der politischen Polizei Istanbuls, das über Interpol an die westdeutschen Behörden gegangen ist und in dem die Auslieferung Semsi Özkans gefordert wird.

Bei den westdeutschen Behörden ist davon jedoch angeblich nichts bekannt. Bisher gibt es nicht einmal eine offizielle Bestätigung der Verhaftung. Zu befürchten ist, daß die Abschiebung geheim und illegal durchgeführt werden soll. Um der Auslieferung zu entgehen, müßte Semsi Özkan einen Asylantrag stellen, der große Chancen hätte, da ihn bei Auslieferung an die Türkei die Todesstrafe drohen würde. Um dies unmöglich zu machen, wird seine Verhaftung nicht bekanntgegeben. Und wer offiziell nicht verhaftet ist, kann auch nicht abgeschoben werden.

(Informationen nach „taz" vom 21.1.81)

Akin Dirik. Der letztgenannte hat nach Angaben der Militärjunta „Selbstmord" verübt, indem er sich

heimhaltungspflicht durch die Regierung unterliegt. Es kommt ja nicht von ungefähr, daß selbst „linke"

schistischen Junta in der Türkei das gleiche Verhältnis wie die CDU zur faschistischen Junta in Chile!

Orhan Aydin: Zum Tode verurteilt, weil er Kurde ist!

Seit dem Militärputsch in der Türkei wurde die im Jahre 1972 unterbrochene Vollstreckung von Todesurteilen aufgehoben. Darüber hinaus hat die Verhängung der Todesstrafe durch die Militärgerichtshöfe sprunghaft zugenommen. Bisher sind vier Hinrichtungen und 108 Todesurteile bekannt. In 50 Fällen ist die Exekution von der Junta als „dringend" eingestuft worden. Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß in Kürze eine Hinrichtungswelle stattfindet. Unter den zum Tode Verurteilten befindet sich auch der Kurde Orhan Aydin, dessen Verurteilung im Oktober vergangenen Jahres bestätigt wurde. Zur Zeit liegt das Urteil der obersten Instanz zur Überprüfung vor. Allerdings gibt es seit dem Putsch keinen Fall, in dem die Bestätigung eines Todesurteils nicht erfolgt wäre. Der Fall von Orhan Aydin nimmt eine Sonderrolle ein, weil daran die besondere Verfolgung und Entrechtung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei exemplarisch deutlich wird.

Der Krieg gegen die Kurden

Über die Situation in Kurdistan gibt es leider nur spärliche Informationen, weil dies Thema in der türkischen Presse tabu ist und der Zensur unterliegt. Aber selbst aus den nur zwischen den Zeilen erkennbaren Andeutungen läßt sich mit wenig Phantasie die Schärfe der Angriffe erahnen, zumal bereits jahrelang aktenkundig ist, daß in Türkisch-Kurdistan Vertreibungen, Folterungen, Erschießungen an der Tagesordnung sind.

Letztlich ist auch in der Öffentlichkeit wenig bekannt, daß sich die Verhängung des Kriegsrechts Ende 1978 fast ausschließlich auf die kurdischen Provinzen bezog (Ausnahmen für die westliche Türkei waren die Hauptstadt Ankara und einige Industrieschwerpunkte).

Heute gibt es Meldungen über regelrechte Treibjagden auf die kurdische Bevölkerung, häufig aus Hubschraubern heraus, Bombardierung der Dörfer und Verschleppung der Einwohner ganzer Dörfer in Militärlager („TAZ", 16.1.81).

Eine Bestätigung über den besonderen Terror lieferte, wohl unbewußt, die Militärjunta selber. So ergibt eine Auswertung der Zahlen über Verhaftungen: Nach offiziellen Angaben wurden in der Türkei in den ersten 18 Tagen nach dem Putsch in 19 Provinzen insgesamt 2.379 Verhaftungen vorgenommen. Aus der Aufschlüsselung nach Regionen ergibt sich, daß allein 2.000 Verhaftungen in Türkisch-Kurdistan stattgefunden haben, das sind 83 Prozent! Daß heute in Kurdistan standrechtliche Erschießungen stattfinden, läßt sich daran festmachen, daß Meldungen über bei angeblichen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen „Terroristen" und „Sicherheitskräften" ums Leben gekommener Menschen aus Türkisch-Kurdistan häufig mehrere Menschen auf einmal getötet wurden und dabei bezeichnenderweise fast nie Hinweise über ebenfalls getötete oder verletzte Soldaten zu finden sind. Dies widerspricht den Erfahrungen der vergangenen Jahre

(Angaben aus: „Türkei-Information" Nr. 6).

Das Verfahren gegen Orhan Aydin

Orhan Aydin ist ein bekanntes Mitglied der revolutionären Kurdischen Arbeiterpartei (PKK).

Er wurde bereits Anfang 1979 verhaftet und befindet sich seitdem im Militärgefängnis von Diyarbakir, in dem er seit seiner Verhaftung ständig gefoltert wurde. Das Absurde in seinem Fall ist, daß es absolut keine Beweise für irgendwelche „Straftaten" gegen ihn gibt. Es wurde versucht, ihm durch Folter „Geständnisse" zu entlocken. Dies erfolgte auch noch während der Verhandlung vor dem Militärgericht. Es geht den Militärbehörden also in erster Linie darum, an seinem Fall ein Exempel zu statuieren, das abschreckend auf alle Kurden, die sich aktiv am Befreiungskampf für die nationale Unabhängigkeit und für eine sozialistische Gesellschaft beteiligen, wirken soll.

War das Verfahren gegen ihn schon eine Farce, so wurde er auch noch sämtlicher Verteidigungsrechte beraubt: Sein Verteidiger wurde kurzerhand ebenfalls verhaftet und eingesperrt, weil er sich mit den politischen Zielen der Kurdischen Befreiungsbewegung identifizierte, also „Separatisten" unterstützt. Dies ist nach dem türkischen Strafrecht möglich, da im offiziellen Sprachgebrauch der türkischen Republik die Existenz der Kurden schlicht geleugnet wird. Jeder, der dagegen verstößt, kann schwer bestraft werden.

So ist Orhan Aydin völlig recht- und schutzlos der Willkür der Militärgerichte ausgeliefert.

Ähnlich wie in diesem Fall steht es mit der Vielzahl verhafteter Kurden, für die in der nächsten Zeit Prozesse stattfinden werden, da es nach den Erfahrungen meist kaum möglich ist, Rechtsanwälte für die Verteidigung zu gewinnen.

Wir möchten dazu aufrufen, der türkischen Junta klar zu machen, daß trotz Nachrichtensperre die Willkür sich nicht verschweigen läßt.

Schickt Protestbriefe gegen die bevorstehende Hinrichtung von Orhan Aydin und die Verfolgung der Kurden an:

Kenan Evren
Türkiye Cumhuruyeti Devlet
Baskani Cankayaköskü
Cankaya
Ankara / Türkei

Türkei-Kommission